

Wolfgang Duchkowitsch,
Fritz Hausjell,
Bernd Semrad (Hg.)



**DIE
SPIRALE
DES
SCHWEIGENS**

Zum Umgang mit der
nationalsozialistischen
Zeitungswissenschaft

Der Band will erhellen, wie nach 1945 mit dem Erbe der NS-Zeitungswissenschaft in Deutschland und Österreich umgegangen wurde. Wie in anderen wissenschaftlichen Disziplinen verdeckten Jahrzehnte des Schweigens folgenreich personelle und inhaltliche Kontinuitäten, verhinderten die Remigration vertriebener ForscherInnen und behinderten die Modernisierung des Faches.

Das noch junge Fach wurde durch die NS-Herrschaft in seiner vielfältigen Entwicklung jäh gebrochen, ab 1933 zunächst zu einer politischen Führungswissenschaft degradiert, danach zur Kriegswissenschaft. Willfähige Vollstrecker, junge Aufsteiger, angepasste Mitläufer und still Duldende benötigte dieses System.

Noch immer zeigen sich weiße Flecken in der Erkundung der „braunen“ Vergangenheit. Renommierte AutorInnen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich stellen sich in diesem Buch brennenden Fragen nach Wurzeln der heutigen Kommunikationswissenschaft.

Wolfgang Duchkowitsch und Fritz Hausjell lehren am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.

Bernd Semrad arbeitet als Studienassistent und Projektmitarbeiter an diesem Institut.



Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell,
Bernd Semrad (Hg.)

Die Spirale des Schweigens

Zum Umgang mit der
nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8258-7278-5

2. Auflage 2004

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

© **LIT VERLAG** Wien 2004

Krotenthallergasse 10 A-1080 Wien

Tel. +43 (0) 1 / 409 56 61 Fax +43 (0) 1 / 409 56 97

e-Mail: wien@lit-verlag.at

<http://www.lit-verlag.at>

Editorial zur Schriftenreihe Kommunikation.Zeit.Raum

Die Reihe präsentiert Ergebnisse kommunikationshistorischer Forschung.

Den *Raum* definiert sie kulturell-geographisch primär mit Europa, wobei es um Kommunikation in öffentlichen wie nichtöffentlichen Räumen geht, beruflich, geheim oder privat.

Ihr Zeit-Rahmen ist nicht die «Gutenberg-Galaxis».

Untersuchungsobjekt ist nichtmedial wie medial hergestellte *Kommunikation*. Ziel ist eine Erweiterung von traditionellen Parametern der Kommunikationsgeschichte, hin zu einer möglichst viel dimensionierten Matrix.

Sie wird dem Untersuchungsgegenstand adäquat aus folgenden Dimensionen gebildet: Politik, Wirtschaft, Arbeit, Geld, Recht, Kultur, Utopie, Philosophie, Ideologie, Ethik, Religion, Ästhetik, Technik, Produktionsmittel, Bildung, Kommunikationskompetenz, Geschlecht, Ethnie, Sprache, Gesellschaftsform, Familienform, Subjektbeziehung, Beziehungskapital, Mentalität, Alter, Erotik, Militär, Partei, Verband, Organisation, Bewusstsein, Raumwahrnehmung, Zeitempfinden...

Wolfgang Duchkowitsch
Fritz Hausjell

Wien, November 2003

Inhalt

Vorwort.....	9
Debatte	
→ <i>Horst Pöttker</i> Momente einer Debatte. Wie die deutsche Kommunikationswissenschaft sich heute vor ihrer Vergangenheit schützt	13
→ «Ronneberger war ein Chamäleon» Wolfgang R. Langenbucher im Gespräch mit Wolfgang Duchkowitsch und Fritz Hausjell zu «braunen Flecken» in der Fachgeschichte, personellen und inhaltlichen Kontinuitäten der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft und «terminologischen Eierschalen»	23
Selbsterkundung	
→ <i>Horst Pöttker</i> Konformität – Opportunismus – Opposition. Zur Typologie von Verhaltensweisen im NS-Regime und danach	41
<i>Stefanie Averbeck/Arnulf Kutsch</i> Thesen zur Geschichte der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft 1900-1960	55
<i>Lutz Hachmeister</i> Presseforschung und Vernichtungskrieg. Zum Verhältnis von SS, Propaganda-Apparat und Publizistik	67
<i>Bernd Söseemann</i> Zeitungs- und Publizistikwissenschaft in der NS-Diktatur. Sieben Feststellungen zur wissenschaftsgeschichtlichen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland	81
<i>Kurt Koszyk</i> Überwintern im Widerspruch.....	89
<i>Hans Bohrmann</i> Als der Krieg zu Ende war. Von der Zeitungswissenschaft zur Publizistik.....	97
<i>Rudolf Stöber</i> Emil Dovifat, Karl d'Estes und Walter Hagemann. Die Wiederbegründung der Publizistik in Deutschland nach 1945	123
<i>Walter J. Schütz</i> Neuanfang mit brauner Lektüre. Studienbedingungen nach 1945 – ein Erfahrungsbericht...	145

Hanno Hardt

Am Vergessen scheitern. Essay zur historischen Identität der Publizistikwissenschaft, 1945-68 153

Hans Heinz Fabris

Keine Vergangenheit?..... 161

Peter Meier/Roger Blum

Im schweizerischen Erdreich verwurzelte Wissenschaft. Zur Fachgeschichte der Journalistik und Zeitungskunde in der Schweiz vor 1945 167

Aufbruch

Verena Blaum

Schmarotzende Misteln. Wilmont Haacke und die sogenannte Verjudung des deutschen Feuilletons..... 181

→ **Peer Heinelt**

Portait eines Schreibtischtäters. Franz Ronneberger (1913-1999) 193

Fritz Hausjell

Franz Ronnebergers Wiener Jahre. Seine journalistische Tätigkeit und seine Mitarbeit am «Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens der Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ)» in Wien 1941-45 219

Wolfgang Duchkowitsch

Von Karl Oswin Kurth zu Kurt Paupié. Eine Geschichte ideologischer Konformität?235

Bernd Semrad

Die geistigen «Ariseure». Die «Wiener Schule» der Werbeforschung im Dienste des Nationalsozialismus. Ein Werkstattbericht..... 249

Autorinnen und Autoren..... 273

Vorwort

Der Kommunikationswissenschaft wurde im Lauf der letzten Jahrzehnte häufig vorgeworfen, eine gesichtslose Wissenschaft zu sein. Richtig ist aber vielmehr, dass das Fach mehrere Gesichter hatte und hat. In diesen kommt neben der Gegenwart auch die Vielfalt der Geschichte des Faches zum Ausdruck. Manche Gesichtszüge des Faches wollten nach 1945 wenig zur Kenntnis genommen werden. Vor allem die «Jugendjahre» der zunächst Zeitungswissenschaft benannten Disziplin waren eine Geschichte zwischen Instrumentalisierung und Identitätskrise, zwischen Anpassung und Verweigerung. Diese Geschichte gilt es aufzuarbeiten. Insbesondere die Verstrickungen und Verirrungen des Faches und seiner Vertreter im nationalsozialistischen Regime verdienen klaren Blickes erforscht zu werden. Denn noch immer zeigen sich weisse Flecken in der Erkundung der «braunen» Vergangenheit.

«Die Spirale des Schweigens» will erhellen, wie nach 1945 mit dem Erbe der NS-Zeitungs- wissenschaft in Deutschland und Österreich umgegangen wurde. Das Thema wurde lange verdrängt, weggeschoben oder einfach vergessen. Wie in anderen wissenschaftlichen Disziplinen verdeckten Jahrzehnte des Schweigens folgenreich personelle und inhaltliche Kontinuitäten des Nationalsozialismus, verhinderten die Remigration vertriebener Forscherinnen und behinderten die Modernisierung des Faches.

Mit dem Titel soll zur Diskussion gestellt werden, ob nicht gerade jenes Modell von Elisabeth Noelle-Neumann (das mitunter als «einzige aus der Publizistikwissenschaft je hervorgegangene Theorie» bezeichnet wird) den hier thematisierten Zusammenhang am treffendsten beschreibt: Das Schweigen zum historischen Erbe des Nationalsozialismus. Die Wurzeln dieser «Theorie» und die Biographie der Autorin rückten aber bislang nur selten in den Mittelpunkt der fachhistorischen Erforschung – und wenn, dann mit Folgen wie sie im ersten Beitrag dieses Bands beschrieben werden.

Das noch junge Fach wurde durch die NS-Herrschaft in seiner vielfältigen Entwicklung jäh gebrochen, ab 1933 zunächst zu einer politischen Führungswissenschaft degradiert, danach zur Kriegswissenschaft. Dieses System baute auf willfährigen Vollstreckern, jungen Aufsteigern, angepassten Mitläufern und still Duldenden auf.

Renommierte Autorinnen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich stellen sich in diesem Buch brennenden Fragen nach den Wurzeln der heutigen Kommunikationswissenschaft. Fragen, die erst in jüngster Zeit zu einer intensiveren Debatte innerhalb des Faches geführt haben. Es sind dies zum Teil Ergebnisse und Berichte, die im Rahmen der Jahrestagung der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) in Dortmund (18. und 19. Jänner 2002) referiert und in *Medien & Zeit* (Heft 2-3/2002) erstmals abgedruckt wurden; zum Teil sind es neue Beiträge zum Bereich der «Vergangenheitsbewältigung» der Kommunikationswissenschaft auf der Ebene der Struktur-, Ideen- und Sozialgestalt des Faches.

Die «Erregung» begann, als Horst Pöttker in *Aviso* (Heft 28/2001) – dem Publikationsorgan der DGPK – im Beitrag «Mitgemacht, weitergemacht, zugemacht» die NS-Vergangenheit und das NS-Erbe der Kommunikationswissenschaft sowie die fehlende Aufarbeitung dieser Geschichte

anprangerte. Die Fachgruppentagung, in weiterer Folge der «Tagungsband» von *Medien & Zeit* und in – vorerst – letzter Konsequenz dieser Band können somit als Versuch gewertet werden, endlich die eingeforderte Auseinandersetzung mit der «eigenen» Geschichte zu leisten.

Pöttker eröffnet die Debatte in der «Spirale des Schweigens» mit einem Beitrag, der die Diskussion nach dem Av/so-Artikel beleuchtet. Wolfgang R. Langenbacher gibt im Gespräch mit den Herausgebern Einschätzungen zu «braunen Flecken» in der Fachgeschichte und zu personellen wie inhaltlichen Kontinuitäten der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft ab.

Die Selbsterkundung des Faches wird von Pöttker mit einem typologischen Entwurf verschiedener «Verhaltensweisen im NS-Regime und danach» fortgesetzt. Dieser Beitrag ist durchaus als Kontrast zu jenem von Bernd Söseman zu lesen, der sich mit «sieben Feststellungen zur wissenschaftsgeschichtlichen Forschung» der «Zeitungs- und Publizistikwissenschaft in der NS-Diktatur» nähert. Stefanie Averbeck und Arnulf Kutsch widmen sich in ihren Thesen zur Geschichte des Faches der Ideen- wie auch der Sozialgestalt der Zeitungs- bzw. Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Lutz Hachmeister beleuchtet das «Verhältnis von SS, Propaganda-Apparat und Publizistik», analysiert damit die Verbindung von «Presseforschung und Vernichtungskrieg». Kurt Koszyk sieht in der Fachgeschichte zurzeit des Nationalsozialismus den Aspekt des «Überwinterns im Widerspruch» – im Widerspruch zwischen Willfährigkeit und Widerstand. Hans Bohrmann und Rudolf Stöber setzen sich mit der Wiederbegründung des Faches im Jahr 1945 und danach auseinander. Beide stellen Persönlichkeiten im Fach in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen und suchen Antworten auf die Frage des Fortwirkens von nationalsozialistischen Strukturen, Inhalten und Ideen. Walter J. Schütz verfasste einen autobiographischen Beitrag über seine Studienzeit in den Jahren des wissenschaftlichen Wiederaufbaus und gibt einen Erfahrungsbericht über die Studienbedingungen nach 1945 – einem «Neuanfang mit brauner Lektüre». Hanno Hardt sucht in seinem Essay nach Antworten auf die Frage, ob das wiederbegründete Fach in den Jahren 1945-68 am Vergessen scheitert. Ähnlich Hans Heinz Fabris: Bezugnehmend auf die österreichische Fachgeschichte erkundet er die historische Identität der fortan Publizistik bzw. Publizistikwissenschaft genannten Disziplin. Peter Meier und Roger Blum komplettieren die fachhistorische Introspektive mit einer Betrachtung der «im schweizerischen Erdreich verwurzelten» Journalistik und Zeitungskunde.

Dieser Band kennzeichnet letztlich auch einen Aufbruch zu einer Spurensuche nach personellen, inhaltlichen und ideologischen Kontinuitäten der NS-Zeitungswissenschaft. Verena Blaum beleuchtet erstmals umfassend Werk und Wirken von Wilmont Haacke – berühmt geworden für seine «Feuilletonkunde». Peer Heinelt und Fritz Hausjell rücken Karriere und Schaffen von Franz Ronneberger in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Wolfgang Duchkowitsch fokussiert seinen Blick auf zwei Institutsvorstände der Zeitungs- bzw. Publizistikwissenschaft in Wien, Karl Kurth (1942-1945) und Kurt Paupié (1969-1981), und stellt die Frage nach deren ideologischer Konformität. Bernd Semrad erweitert die Selbsterkundung des Faches auf den Bereich der Werbung und zeichnet eine Forschungsskizze zum Thema Kontinuitäten und Brüche der «Wiener Schule» der Werbeforschung im Dienste des Nationalsozialismus – mit Hanns F. J. Kropff als «typischem» NS-Karrieristen.

Weitere Auflagen mit einer Fortsetzung der Selbsterkundung des Faches und dem Aufbruch zu neuen Erkenntnissen sind in Planung. Die Debatte geht weiter.

Die Herausgeber,
Wien im November 2003



DEBATE

Momente einer Debatte

Wie die deutsche Kommunikationswissenschaft sich heute vor ihrer Vergangenheit schützt

Horst Pöttker

Wie andere Fächer hat die deutsche Kommunikationswissenschaft sich bisher nicht zu einem wahren und lebensdienlichen¹ Erzählen ihrer Vergangenheit im NS-Regime durchringen können und wehrt selbstkritische Einsichten und Schuldempfindungen, die damit verbunden wären, nach wie vor ab. Diese Basisthese soll hier illustriert und plausibel gemacht werden.

1. Zeittypisches und Wissenschaftsspezifisches

In einer differenzierteren Version setzt die Grundannahme voraus, dass eine wissenschaftliche Disziplin für die Abwehrleistung rational erscheinende Argumente braucht, die sie der aktuellen Situation anpassen muss. Verdrängung der NS-Vergangenheit ist ein Prozess, in dessen Verlauf sich die kognitiven Instrumente wandeln, mit denen wahre Erinnerung abgewehrt wird. Dieser Wandel reagiert darauf, dass immer mehr Stücke auf die Dauer nicht unterdrückbarer Wahrheit sich empirisch oder logisch durchsetzen. Im Folgenden werden hauptsächlich Abwehrargumente diskutiert, die fünf bis sechs Jahrzehnte nach dem Ende des NS-Regimes aktuell sind. Dabei kommt es darauf an, einerseits ihre im wissenschaftlichen Milieu überzeugenden, rational erscheinenden Seiten, andererseits aber auch die ihnen innewohnenden Irrtümer zu zeigen.

Die Perspektive der Analyse ist alles andere als distanziert oder interessenlos. Ihr Subjekt ist mit ihrem Objekt aufs Engste verbunden. Im Frühjahr 2001 habe ich durch einen in AVISO, dem offiziellen Organ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) veröffentlichten Beitrag², der bereits die oben formulierte These vertrat, eine Debatte provoziert, die sich grossenteils auf der Homepage der DGPK³ dokumentiert findet. Die Kritik an meinem Beitrag, die offener war als die zwar zahlreiche, aber vorsichtiger formulierte Zustimmung, ziehe ich als Material heran, um gängige Abwehrmuster zu studieren. Zweifellos gibt es auch andere Perspektiven, unter denen man diesen Stoff betrachten könnte. Sie wären aber ebenfalls nicht frei von Vitalinteressen. Die Seinsverbundenheit von Erkenntnisprozessen lässt sich nicht vermeiden, sondern nur offenlegen, und jeder Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität erschwert dieses Deklarieren.

Im Folgenden werden auf der DGPK-Homepage oder an anderen Stellen veröffentlichte Debattenbeiträge mit Autorennamen und Datum zitiert. Fehlt die Autorengabe, handelt es sich

¹ Meine Argumentation bezieht sich auf Jörn Rüsen's Theorie des historischen Erzählens, die sich um die Qualitäten Wahrheit und Lebensdienlichkeit dreht. Rüsen hat sie in zahlreichen Publikationen dargelegt.

² Horst Pöttker: *Mitgemacht, weitergemacht, zugemacht. Zum NS-Erbe der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. In: *Aviso*. Nr. 28/2001, 4-7.

³ <http://www.dgpuk.de>.

um Zitate aus Briefen von DGPUK-Mitgliedern an mich, bei denen die Absender einer Veröffentlichung nicht zugestimmt haben.

2. «Mit Juden durchsetzt»

Beginnen wir mit einem Abwehrmuster, das nicht mehr aktuell ist, in den Reaktionen auf den A V/SO-Artikel aber noch vorkam, wie um eine in den fünfziger und frühen sechziger Jahren verbreitete Denkweise zu illustrieren. Dass der Brief, den mir ein älterer Kollege wenige Tage nach Erscheinen des Artikels schrieb, sich dafür eignet, lässt bereits der erste Satz erkennen: «Es ist offenbar eine Mode der jungen Generation, die längst verflossenen Diskussionen über die NS-Zeit einmal wieder aufzuwärmen.» (15.2.2001)

Offenbar schliesst der Schreiber aus, dass Kenntnisstand und Argumentationsweise im Laufe der Zeit voranschreiten. Folglich teilt er mit, was ihm von früher geläufig ist – zuerst Relativierendes zur Tätigkeit des Leipziger Zeitungswissenschaftlers Hans Amandus Münster für das NS-Regime:

Selbst zu der Auftragsarbeit, Listen jüdischer Mitarbeiter in der Presse anzufertigen, möchte ich in den Akten die Zielsetzung des Auftrags lesen und wie H. A. Münster auf diesen Auftrag reagierte. Es wäre ja z.B. keineswegs falsch, wenn da behauptet würde, dass die Presse überdurchschnittlich mit Juden durchsetzt war, denn sonst hätte es ja damals nur 0,25% jüdische Mitarbeiter geben dürfen.

Dann Entlastendes über *Das Reich* und Joseph Goebbels: «Journalisten, die für ‚Das Reich‘ schrieben, lagen eigentlich nicht auf der offiziellen Propagandawelle, sondern standen im Abseits – jedenfalls war das die Parteimeinung, denn die hielt ‚Das Reich‘ für eine geniale Camouflage des Herrn Dr. Goebbels.» Und schliesslich Abschätziges über die Idee, Kommunikationswissenschaftler(innen) sollten mit ihrer Vergangenheit offen umgehen: «Ihre Vorstellung, dass ein Professor oder auch nur ein sonstiger Wissenschaftler sich zu seiner NS-Vergangenheit bekennen sollte, hat Herr Dr. Strauss bekanntlich mit dem Schnee von gestern weggeräumt. Oder erwarten Sie von einem gebildeten (...) Menschen, dass er sich freiwillig als Schlachtopfer meldet? Bekanntlich gehen dahin nur die allerdümmsten Kälber. Wer bekennt sich schon zu seiner Dummheit?»

Allein wegen dieser Zuschrift hätte sich der A V/SO-Artikel gelohnt. Was könnte seine Notwendigkeit deutlicher zeigen? Eine jüdisch «durchsetzte» Presse, Goebbels ein heimlicher Oppositioneller, wer Fehler eingesteht ist dämlich. Noch immer wird mit Argumenten hantiert, die das Fach exkulpieren, indem sie die Zustände im NS-Regime verharmlosen. Es ist die Logik der unmenschlichen Ideologie (Judengefahr; zeige niemals Schwäche!) und intriganten Herrschaftsweise (interne Rivalitäten) des Nationalsozialismus selbst, aus der hier die zeitungswissenschaftliche Beihilfe zur Verfolgung jüdischer Journalisten gerechtfertigt, die intellektuelle Leitstimme im Propagandakonzert zur Stimme heimlicher Opposition erhoben, das Bemühen um einen lernenden Umgang mit eigenen Fehlern als naiv abgetan wird.

Das ist charakteristisch für eine Zeit, in der der rasche Wiederaufbau vom Bedürfnis der grossenteils noch selbst am NS-Regime beteiligten Deutschen begleitet wurde, die eigenen Untaten und Versäumnisse zu vergessen, zu leugnen oder wenigstens zu verkleinern. In dieser Phase wurden der Nationalsozialismus und seine Verbrechen selbst verdrängt. 1956 intervenierte die Regierung Adenauer mit Erfolg in Paris, um die öffentliche Aufführung von Alain Resnais' Dokumentarfilm über Auschwitz «Nuit et Brouillard» (Musik: Hanns Eisler; Text: Jean Cayrol, deutsche Fassung: Paul Celan) auf den Filmfestspielen von Cannes zu verhindern.

Längsschnittstudien zeigen, dass die NS-Vergangenheit nach einer ersten Thematisierungswelle zwischen 1945 und 1949 (z.B. mit intensiver Berichterstattung über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess) in der darauf folgenden Dekade in den deutschen Medien kaum behandelt worden ist⁴. Das Schweigen über Auschwitz wurde erst durch die grossen NS-Prozesse der sechziger Jahre und ihre journalistische Begleitung beendet, bevor 1968 die antiautoritäre Jugend unter die Lupe zu nehmen begann, wie sich ihre Väter zwischen 1933 und 1945 verhalten hatten. Seit den siebziger Jahren sind Vorgänge wie der um Resnais' Auschwitz-Film nicht mehr denkbar. Es wirkt heute anachronistisch, wenn das NS-Regime wie in dem oben zitierten Brief verniedlicht wird.

3. «Persönlich motivierte Angriffe»

Weder zeit- noch fachspezifisch ist die Technik, sich Unangenehmes dadurch vom Leib zu halten, dass man seine Übermittler herabsetzt. Es ist bemerkenswert, mit welcher Selbstverständlichkeit dem Redakteur und dem Autor des A V/SO-Textes eigennützige Motive, fragwürdiger biographischer Hintergrund oder einfach Unfähigkeit nachgesagt wurden. Mit Ausnahme des offenen Briefs von Winfried Schulz (22.3.2001) enthalten alle kritischen Reaktionen persönliche Unterstellungen.

Stilbildend war ein Brief an den DGPK-Vorsitzenden vom 22.2.2001, in dem Walter J. Schütz behauptet hat:

Bereits in der Vergangenheit haben Pöttker und Haller sachlich nicht gerechtfertigte Angriffe gegen andere Mitglieder (Haller./Schreiber; Pöttker./Schulz) vorgetragen. Das war so lange hinzunehmen, als dazu nicht der Aviso benutzt wurde.

Bernd Söseemann spekuliert über unsere Beweggründe:

Welche Motive oder Überlegungen haben den Ausschlag gegeben, ein offenkundig unzulängliches Manuskript zu akzeptieren? Nicht einmal die persönlich motivierten Angriffe Pöttkers haben offensichtlich Bedenken bei dem verantwortlichen Kollegen Haller hervorgerufen. (2.3.2001)

Jürgen Wilke und in ähnlicher Weise Gabriel Weimann stellen unsere Kompetenz in Zweifel, Journalisten auszubilden, und werfen mir mangelndes Berufsethos vor. Wilke über Haller und Pöttker:

Ich finde schon bemerkenswert, welche ‚Qualität‘ hier Kollegen, die in der Journalistenausbildung tätig sind, bieten bzw. durchgehen lassen. Dies desavouiert alle Einstellungen zur journalistischen ‚Qualitätssteigerung‘, mit denen sich auch diese Kollegen zu Wort gemeldet haben. (15.3.2001 an den DGPK-Vorsitzenden)

Weimann über Pöttker:

He forgot the ethics of scientific quotation. This is rather disappointing since he is a Professor of Journalism, teaching and educating students of journalism who are to become the future journalists, editors and authors. (2.5.2001 an dieselbe Adresse)

⁴ vgl. Horst Pöttker: *Zwischen Politik und publizistischer Professionalität. Zum journalistischen Umgang mit der NS-Vergangenheit seit 1945*. In: Jürgen Wilke (Hg.): *Massenmedien und Zeitgeschichte*. Konstanz 1999, 648-663.

Der jüngste Beleg ist Otto B. Roegeles Reaktion auf den AV/SO-Text unter dem Titel «Knäuel von Erfindungen» (*Rheinischer Merkur*, 27.7.2001, S.7) Der Autor lässt sich über meinen 68er-Hintergrund aus, wobei ihm der sozialwissenschaftliche Begriff «Kohorte» nicht geläufig zu sein scheint.

Es mehren sich die Versuche, das Bild der 68er Revolte, die den Umsturz von Staat und Gesellschaft wollte und zum Linksterrorismus führte, in freundlichen Farben neu zu malen. Wenn einer aus der Frankfurter Putzgruppe Aussenminister werden und der RAF-Anwalt Ströbele Helmut Kohl verhören kann – warum sollen dann die Leute der ‚68er Kohorte‘ nicht die Geschichte umschreiben dürfen? Horst Pöttker (...) zählt sich zu der ‚68er Kohorte‘.

Die Überzeugungskraft dieser alten, schon der antiken Rhetorik bekannten Technik beruht darauf, dass sie die hohe Komplexität eines argumentativen Diskurses auf die leicht fasslichen Dimensionen der Person und des binären Codes gut/schlecht reduziert. Wo Komplexität als Qualität gilt, z.B. im wissenschaftlichen Milieu, kann diese Technik freilich auch kontraproduktiv sein. Dass Winfried Schulz darauf verzichtet, zeigt seine verlässliche Sensibilität für die Standards wissenschaftlicher Kommunikation.

Zur sachlichen Berechtigung der Vorwürfe an Haller und mich liesse sich vieles sagen.⁵ Ich beschränke mich hier auf Bemerkungen zur Funktion der Bemühungen, die beiden für den AV/SO-Text verantwortlichen Personen zu demontieren. Auffällig an den zitierten Stellungnahmen ist zweierlei:

Erstens gehen sie kaum auf den Inhalt des AV/SO-Artikels ein, unterstellen ohne konkrete Belege dessen Niveaulosigkeit, wobei sie sich gegen Kritik an diesem Versäumnis mit dem Argument immunisieren, der Text biete «insgesamt so gut wie keine Voraussetzung für eine wissenschaftlichen Kriterien verpflichtete Diskussion» (Sösemann, 2.3.2001). Anders, als der Titel «Knäuel von Erfindungen» erwarten lässt, widerlegt z.B. Roegele keine einzige meiner Sachaussagen. Es sei denn, man will den zutreffenden Hinweis, dass Otto Groth in den Jahren vor 1945 in der Münchner Institutsbibliothek an seiner 1948 erschienenen «Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft» gearbeitet hat, als Widerlegung meiner Aussage betrachten, der unter der NS-Herrschaft als Jude mit Berufs- und Publikationsverbot belegte, ähnlich wie Victor Klemperer in «privilegiertes Mischehe» lebende Groth habe im «Dritten Reich» funktionslos überwintert.

Zweitens handelt es sich mit Ausnahme der Texte von Weimann (aus Übersee) und Roegele (der redaktionellen Prozedur einer Wochenzeitung unterzogen) um schnelle, fast automatische Reaktionen ohne intellektuellen Filter. Beides ist von den deutschen Reaktionen auf Daniel J. Goldhagens Buch «Hitler's Willing Executioners» bekannt und kann als Kennzeichen eines Typs strategischer Kommunikation verstanden werden, mit dem die von Goldhagen, Christopher Browning oder – auf andere Weise – Philipp Jenninger geäußerte Einsicht, dass sich die gewöhnlichen Deutschen durch ihr alltägliches Tun und Lassen an den NS-Verbrechen beteiligt haben, heute abgewehrt zu werden pflegt.⁶

⁵ Als Einstieg in diese hier deplizierte Auseinandersetzung sei z.B. die Lektüre des Email-Wechsels zwischen Gabriel Weimann und mir oder der von Michael Haller verfassten offenen Briefe auf der DGpuK-Homepage (<http://www.dgpuk.de>) empfohlen.

⁶ vgl. Horst Pöttker: *Strategische Kommunikation. Zur deutschen Reaktion auf Daniel J. Goldhagens «Hitler's Willing Executioners»*. In: Siegfried Ouant/Wolfgang Gast (Hg.): *Deutschland im Dialog der Kulturen*. Konstanz 1998, 235-247; ders.: *Mut zur Nüchternheit. Was Philipp Jenninger am 10. November 1988 wirklich gesagt hat – und warum er gehen musste*. In: *medium*, 3/1989, 27-32.

Das rührt an Zeittypisches. Es geht heute nicht mehr, wie in den fünfziger Jahren, um das Verschweigen des Holocaust selbst. Sondern es geht um eine Methode, die es erlaubt, den Anteil der eigenen «Familie» (im weitesten Sinne) an den allenfalls noch von Rechtsextremisten gelegneten Verbrechen zu ignorieren – und damit die eigene Verantwortung für die Zukunft. Dass auch in unserem Fach diese elaborierte Variante des Nicht-wahrhaben-wollens grassiert, war die These des A V/SO-Artikels, in dem es, von keinem Kritiker zitiert, heisst:

Da die Mehrheit der Deutschen Hitler aus Überzeugung oder aus Opportunität gefolgt war, hätte vor allem das Lernen und Umdenken gefördert werden müssen, um Rückfällen entgegenzuwirken Umdenken aber setzt das Eingeständnis voraus, mitgemacht zu haben, um reflektieren zu können, warum das geschehen ist.

4. «...alles verkappte Nazis?»

Das führt zum nächsten Muster, das zeit-, aber nicht fachspezifisch ist. Um die Vorstellung von der Beteiligung der normalen Deutschen an den NS-Verbrechen abzuwehren, wird der Umstand vergessen, dass das Regime sich nicht zuletzt auf die Anpassungsbereitschaft von Menschen gestützt hat, die die nationalsozialistische Ideologie nicht oder nur teilweise teilten – und darüber hinaus sogar auf ganz gewöhnliche Handlung(sweis)en, die erst der totalitäre Kontext zur Beteiligung an Verbrechen umgewertet hat.

Folgt man Max Weber⁷, besteht auch in diesen Fällen eine Verantwortung der Handlungssubjekte für die (nicht intendierten) Folgen ihres Tuns und Lassens. Holger Böning hat das in seinem offenen Brief vom 23.4.2001 im Hinblick auf die noch zu schreibende Nachkriegsgeschichte der DGPuK konkretisiert:

Dabei sollte die Frage, ob einzelnen Betroffenen in der Vergangenheit nazistische Gesinnungen zu bescheinigen seien, nicht im Mittelpunkt stehen. Wer so fragt, hat nicht bemerkt, dass guter Glaube und ideologische Verblendung vielleicht entschuldbarere Motive für bestimmte Handlungen und Äusserungen waren als die ebenso oft feststellbaren Haltungen des blanken Opportunismus und der zynischen Gesinnungslosigkeit.

Weil die Funktionalität opportunistischer oder alltäglicher Handlungen für das Regime verkannt wird, muss der *Vorwurf der NS-Gesinnung sogar da hineingelesen* werden, wo er ausdrücklich unterbleibt. Über die oben zitierte Stelle («aus Überzeugung oder aus Opportunität») hinaus habe ich die Unerheblichkeit des subjektiven Handlungssinns für die Frage nach dem Mitmachen im AV/SO-Text durch folgende Formulierung zum Ausdruck gebracht: «Professoren wie Student(inn)en des Fachs haben sich nicht nur mit dem NS-Regime arrangiert, sie haben ihm, *aus welchen Motiven auch immer*, gedient.» Ausserdem habe ich nur von – sogar unvermeidlicher – *personeller* (und nicht von ideologischer) Kontinuität in der Zeitungswissenschaft vor und nach 1945 gesprochen.

Dessen ungeachtet schreibt der DGPuK-Vorsitzende an alle Mitglieder:

Wir sind der Meinung, dass man Noelle-Neumanns Aufarbeitung ihrer Vergangenheit durchaus kontrovers diskutieren kann, halten es aber für falsch, ihr nazistische Gesinnung zu unterstellen. (12.3.2001)

⁷ vgl. Max Weber: *Politik als Beruf*. 8. Aufl. Berlin 1987, und den darin erläuterten Begriff Verantwortungsethik.

Ähnlich Winfried Schulz, der die Unterstellung des Vorwurfs der NS-Gesinnung noch aufbläht, indem er sie auch auf die Schüler Noelle-Neumanns (Schulz, Kepplinger, Wilke, Brosius, Donsbach, Schenk, Scherer, Tonnemacher) bezieht: «alles verkappte Nazis?» (22.3.2001). Roegele weitet sie sogar auf das ganze Fach aus:

Offensichtlich verfolgt Pöttker das Hauptziel, Elisabeth Noelle-Neumann der fortwirkenden Nazi-Vergangenheit zu beschuldigen, baut drum herum jedoch eine weitläufige Kulisse auf, die belegen soll, dass die gesamte ‚Zunft‘ antisemitischen Regungen unterworfen sei. (Rheinischer Merkur, 27.7.2001)

Schliesslich hält der DGPK-Vorstand auch in der fortgeschrittenen Debatte an der Unterstellung eines – nun angeblich nur noch unterschwellig geäusserten – Nazi-Vorwurfs fest, wenn er «zumindest missverständliche Formulierungen» moniert, «aus denen man lesen konnte, Elisabeth Noelle-Neumann habe sogar noch nach der NS-Zeit im Sinne nazistischer Positionen gewirkt. Besonders empört haben uns implizite Angriffe auf Schüler und Mitarbeiter.» (Stellungnahme vom 30.4.2001)

Besonders aufschlussreich ist hier die Zwischenbemerkung, die Unterstellung des Nazi-Vorwurfs sei «aus unserer Sicht die naheliegende Lesart» gewesen. Anstatt – wenigstens nach entsprechenden Hinweisen – daran zu denken, dass das NS-Regime nicht zuletzt wegen der Handlung(sweis)en von Menschen, auch Zeitungswissenschaftler(inne)n, bestehen konnte, die sich mit dem Nationalsozialismus nicht identifizierten, hält die Spitze der Fachgesellschaft lieber an der abstrusen Vorstellung fest, eines ihrer Mitglieder traue einer ganzen Schule der gegenwärtigen Kommunikationswissenschaft nationalsozialistische Überzeugungen zu.

Warum werden Fragen nach der Entstehung und dem Bestehen-können des NS-Regimes so gern auf die Frage nach der Nazi-Gesinnung reduziert, was erscheint plausibel an dieser in den Sozial- und Geschichtswissenschaften sonst oft kritisierten Gleichsetzung von subjektivem Handlungssinn und objektiver Funktion? Attraktiv an der Gleichsetzung ist, dass sie davor bewahrt, Konsequenzen für das eigene Handeln ziehen zu müssen. Ich bin ja kein Antisemit oder Nazi, also habe ich gegebenenfalls auch nichts mit dem Aufkommen eines neuen Gewaltregimes zu tun. Ich bin auf diese Weise befreit davon, Handlung(sweis)en jenseits meiner politischen Überzeugungen, die solche Entwicklungen fördern könnten, z.B. alltäglichen Opportunismus oder blinden Gehorsam, zu erkennen und hemmende Einstellungen zu trainieren.

Das moralisierende Fragen, ob einer Person Verfehlungen vorzuwerfen sind oder nicht, ob sie gemäss der biographischen Gesamtheit ihrer Motive Schurke oder Held war, lenkt vom Entscheidenden ab. Wichtiger für eine Fachgeschichte, die lebenspraktische Konsequenzen aus der Vergangenheit fördern will, ist die Frage nach Handlung(sweis)en, auf die sich das Regime stützen konnte.

5. «...mehr als zehn Aufsätze und Bücher»

Ein Band über Emil Dovifat liegt seit drei Jahren vor (mit einem umfangreichen Quellenteil); noch in diesem Jahr werden Untersuchungen zu Fritz Eberhard erscheinen – ebenfalls mit Dokumenten aus und zu der nationalsozialistischen Epoche und zum Exil; ebenfalls noch in diesem Jahr dürfte eine Dissertation vorgelegt werden, die ausschliesslich das Fach, seine Vertreter und die Institute zwischen 1933 und 1945 behandelt. Die ältere Forschung ist in den abgeschlossenen Biographien leicht zugänglich, die neuere findet sich in der Publizistik und wird seit drei Jahren in dem Jahrbuch zur Kommunikationsgeschichte akribisch berücksichtigt und übersichtlich präsentiert. (Sösemann, 2.3.2001)

Schon die Grundthese, man habe sich in der Publizistikwissenschaft mit der NS-Vergangenheit des Faches bisher nicht beschäftigt, ist ganz unhaltbar und zeigt, dass der Verfasser dies offenbar nicht zur Kenntnis genommen hat oder verschweigt. Der umfangreiche Band über Emil Dovifat, den Herr Sösemann herausgegeben hat und der auf eine Berliner Tagung zurückgeht, wird offenbar ignoriert.
(Wilke, 15.3.2001)

Persönlich darf ich (...) bemerken, dass ich in den zurückliegenden Jahren wohl mehr als zehn Aufsätze und Bücher alleine oder gemeinsam mit Kollegen veröffentlicht habe, von welchen ich sehr wohl behaupten möchte, dass sie der nationalsozialistischen Vergangenheit des Faches «offen ins Auge blicken».

Es folgt eine Aufzählung von 15 Titeln und noch mehr Namen, die Publikationen von Schülern des Kollegen betreffen, der mir diesen Brief (8.3.2001) geschrieben hat.

Zu den auffälligen Abwehrmustern bei Fachhistorikern gehört, dass die These, die deutsche Kommunikationswissenschaft habe sich bisher nicht zu einem offenen Umgang mit ihrer Vergangenheit durchringen können, missverstanden wird als Behauptung, sie habe sich mit dieser Vergangenheit gar nicht oder zu wenig beschäftigt. Diese mir unterschobene Behauptung ist durch die Zahl der einschlägigen Publikationen und akademischen Abschlussarbeiten tatsächlich leicht zu widerlegen.

Das Zeittypische an diesem Muster tritt hervor, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die These von der mangelnden Thematisierung sich für die ersten Nachkriegsjahrzehnte durchaus aufrechterhalten liesse. «Die Aufarbeitung der Fachgeschichte begann im Wesentlichen erst vier Jahrzehnte nach 1945.» (Böning, 23.4.2001) Die *Wendung ins Quantitative* generiert erst in der Gegenwart plausible erscheinende Abwehrargumente.

Das Fachspezifische hängt mit der Dominanz quantitativer Kriterien im Wissenschaftsbetrieb zusammen. Eher entscheidet die Zahl der Publikationen über eine akademische Karriere als die Prägnanz ihres Inhalts, die sich sogar kontraproduktiv auswirken mag. Zwar trifft diese Binsenweisheit keineswegs immer zu, aber viele Wissenschaftler orientieren sich in ihrer Karrierepraxis an ihr, was nicht ohne Auswirkungen auf den akademischen Denkstil bleibt.

Quantifizierbarkeit ist nicht per se verdächtig, sondern zunächst ein methodischer Vorteil. Gleichwohl gibt es Fragen, die sich mit quantitativen Kriterien allein nicht beantworten lassen.

Dazu gehört die These vom ausweichenden Umgang der Kommunikationswissenschaft mit ihrer NS-Vergangenheit. Nicht-Thematisierung muss nicht Verdrängung bedeuten, aber Verdrängung muss sich auch nicht als Nicht-Thematisierung äussern. Wie schon das Wort Verdrängen sagt, gibt es ein Um-den-heissen-Brei-herum-reden, kann das Nicht-wahrhaben-wollen die Gestalt von Betriebsamkeit annehmen. Ob die Kommunikationswissenschaft sich ihrer NS-Vergangenheit stellt oder nicht, ist deshalb nicht nur eine Frage der Quantität fachhistorischer Detailstudien, sondern auch der dabei verfolgten Fragestellungen und Argumentationsweisen.

Aufschlussreich dafür ist der von Bernd Sösemann 1998 herausgegebene Band über Emil Dovifat, der in der Debatte über den A V/SO-Artikel immer wieder erwähnt wurde, um die These zu widerlegen, das Fach gehe nicht offen mit seiner NS-Vergangenheit um. Wer die 694 Seiten gründlich liest, wird feststellen, dass es abgesehen von Ausnahmen, vor allem den von Barbara Baerns und Otto Köhler beigesteuerten Texten, kaum einen überzeugenderen Beleg

für meine These geben kann als diesen Band. Der Herausgeber geht nämlich in seinem Beitrag mit dem denkwürdigen Titel «Auf dem Grat zwischen Entschiedenheit und Kompromiss» wie selbstverständlich von der Prämisse aus, Dovifat sei ein Oppositioneller gewesen. Das schlägt sich in Lücken der Dokumentation nieder, etwa dem Fehlen jeglicher explizit auf Hitler Bezug nehmender Passagen aus den Überarbeitungen der «Zeitungslehre» von 1937 und 1944 oder aus Dovifats Schrift «Rede und Redner» von 1937.

Dort liest man im Kapitel «Adolf Hitler» u.a.: «Das Kapitel 6 des Buches *Mein Kampf*, das die Bedeutung der Rede und ihren Kampfeinsatz behandelt, ist eine Redelehre, die an Frische und Lebendigkeit ihresgleichen sucht.»⁸ Es ist wichtig, den Wortlaut solcher Stellen in Erinnerung zu behalten, solange behauptet wird, sie seien eine versteckte «Verhöhnung» und Dovifat habe zwischen den Zeilen «beste Aufklärung über Hitlers Absichten» (15.2.2001) betrieben. Selbst wenn Dovifat solche Absichten gehabt haben sollte, können es seine Leser kaum bemerkt haben.

Selbst ein Überfluss an Detailstudien zur Fachgeschichte der NS-Zeit, von dem gewiss keine Rede sein kann, würde den Mangel an selbstkritischem Diskurs über Formen und Gründe des Mitmachens im NS-Regime nicht widerlegen. Dieser Mangel zeigt sich u.a. daran, dass in der Forschungsliteratur für regimetreues Verhalten oft nur Erklärungen aus den Zeitumständen gesucht und als Entschuldigungen gedeutet werden. Aber: Wem hat dieses Handeln damals genützt? Was denken die Handelnden und andere später darüber? Wird das Mitmachen beim Namen genannt? Werden Schlüsse gezogen? Welches sind die notwendigen Voraussetzungen, damit wir Konsequenzen für unser Tun und Lassen heute ziehen können? Erst mit solchen Fragen würde sich die Fachgeschichte von einer positivistischen Instanz zu einer lebensdienlichen Tätigkeit entwickeln können.

6. «...altbekannte Vorwürfe»

Schliesslich fällt die Häufigkeit auf, mit der festgestellt wird, dass der AV/SO-Beitrag *keine neuen Informationen enthalte*. Die meisten kritischen Reaktionen lassen en passant Bemerkungen fallen wie es handle sich um «altbekannte und bereits intensiv diskutierte Vorwürfe» (Brosius, 12.3.2001). Das Plausible an solchen Bemerkungen ist die Anspielung auf die wissenschaftliche Aufgabe, Innovationen im kulturellen Wissensvorrat anzuregen. Eine Zeitspezifik ergibt sich daraus, dass es in den fünfziger oder sechziger Jahren noch nicht glaubwürdig gewesen wäre, z.B. die angeblich «immer wieder bemühten Zitate» (Schulz, 22.3.2001) aus Elisabeth Noelles Dissertation und aus ihren /?e/ch-Artikeln zu erwähnen – einfach, weil seit dem Ende der NS-Herrschaft noch nicht genug Zeit vergangen war, in der solches «Bemühen» hätte überhandnehmen können.

Warum die Empörung, wenn in meinem Text ohnehin Bekanntes stand? Geht es wirklich um die Innovationskraft der Fachgeschichte? Offenbar dient die Fehlanzeige neuer Informationen hier vor allem dem Zweck, bereits erlangtes Wissen wieder abzustossen. Dass die Vorwürfe «altbekannt» seien, antisemitische Noelle-Zitate «immer wieder bemüht» würden, soll ihre neuerliche Erwähnung illegitim erscheinen lassen.

Martin Stock hat die generelle Intention erkannt: «Anstelle einer sachlichen Auseinandersetzung hätte Ihnen anscheinend die Unterdrückung des kritischen Beitrags in dem Vereinsorgan besser gefallen.» (30.3.2001 an den DGpuK-Vorsitzenden)

⁸ Emil Dovifat: *Rede und Redner. Ihr Wesen und ihre politische Macht*. Leipzig 1937,138.

Selbst wenn er zuträfe, wäre der bloße Umstand, dass etwas bekannt ist, kein hinreichender Grund, es nicht noch einmal zu sagen. Dazu würde er erst, wenn das Bekannte Folgen gezeigt hätte, die seine Verarbeitung anzeigen. Bei belastenden Zitaten könnten dies in einem wissenschaftlichen Zusammenhang Reflexionen darüber sein, welche Funktion die zitierten Publikationen für das NS-Regime hatten. In einem moralischen Zusammenhang könnte es der Ausdruck des Bedauerns seitens der Urheber der Zitate sein. Das eine wie das andere hat es in der deutschen Publizistik- und Kommunikationswissenschaft – mit seltenen, im AVISO-Artikel erwähnten Ausnahmen – nicht gegeben. Solange das so ist, hat die Fachgeschichte auf belastende Fakten hinzuweisen, auch wenn sie nicht neu sind.

Innovationskraft ist eine nachrangige Qualität wissenschaftlicher Aussagen im Vergleich zu deren Wahrheit. Richtige Einzelaussagen werden durch Wiederholung nicht falsch. Im Gegenteil: Damit sie wahr werden können, sind sie im wissenschaftlichen Diskurs so lange zu wiederholen, wie sie nicht überzeugend interpretiert und in theoretische Einsichten überführt worden sind. Das ist der Fachgeschichte mit den Zeugnissen des Mitmachens massgeblicher Zeitungs- und Kommunikationswissenschaftler im NS-Regime bisher nicht gelungen.

Die Fehlanzeige von neuen Fakten ist der akademische Sonderfall eines generellen Abwehrmechanismus, der auf Nebensächliches ablenkt. Er lässt sich in der Kritik am AV/SO-Beitrag auch in anderer Form beobachten. Sösemann beklagt in seinem Schreiben an den DGPK-Vorsitzenden (2.3.2001) ein unzulängliches wissenschaftliches Niveau meines Textes. Die einzigen konkreten Belege, die er dafür anführt, sind die Verwendung von NS-Vokabular⁹ und die von mir aus der soziologischen Diskussion übernommene These von der Dysfunktionalität der Emigrationselite für die DDR-Gesellschaft.¹⁰

Was haben diese Monita mit der Hauptthese vom Nicht-wahrhaben-wollen des Mitmachens deutscher Zeitungswissenschaftler im Nationalsozialismus zu tun? Sösemann erwähnt diese These mit keinem Wort, obwohl ihn ein Vitalinteresse mit ihr verbindet: seine Prämisse, Dovi-fat sei ein Oppositioneller gewesen, kann nämlich auch als Gegenposition dazu verstanden werden.

7. Lebensdienlichkeit und Wahrheit der Fachgeschichte

Die Debatte über den AV/SO-Text zeigt, dass auch unter den Historikern unseres Faches eine Abneigung herrscht, den Nationalsozialismus in die Kontinuität der deutschen Entwicklung zu stellen und darüber hinaus als latente Möglichkeit aller Menschen, Kulturen und Epochen zu begreifen. Das Bedürfnis, Auschwitz als das ganz andere, Fremde abzustossen, mit dem «uns» nichts verbindet, ist verständlich. Der Gedanke, dass Menschen anderen Menschen dies antun können, zumal mit einer Planmässigkeit, die wir als Ausdruck moderner Überlegenheit schätzen, muss wohl bis zu einem gewissen Grade verdrängt werden, wenn der Alltag erträglich bleiben soll.

Jede Kultur hat dafür eigene Methoden. Beispielsweise gibt es immer noch Amerikaner, besonders solche mit deutschen Vorfahren, die Auschwitz für eine Erfindung der US-Kriegspropaganda halten – nicht, weil sie Neonazis wären, sondern weil sie der Kultur des Landes Lessings und Heines mehr vertrauen als ihrer eigenen Regierung.

⁹ Dass Wörter wie «Erbe», «Nicht-Arier» oder «Reichskristallnacht» in distanzierendem Kontext als stilistische Mittel der historischen Charakterisierung dienen können, verträgt sich offenbar nicht mit politischer Korrektheit.

¹⁰ Die DDR ist übrigens nicht, wie Sösemann in meinen Text hineinliest, im Jahre 1989 gescheitert, sondern im Laufe der vier Jahrzehnte ihres Bestehens.

Auschwitz zu leugnen, ist in Deutschland nicht nur verboten, sondern angesichts der erdrückenden Beweise an Ort und Stelle auch nicht überzeugend. Seitdem die NS-Prozesse die unglaublichen Tatsachen ins öffentliche Bewusstsein gezwungen haben, ist hier eine andere Methode in Gebrauch gekommen, die unangenehme Wahrheit fern zu halten: Geleugnet werden nicht die Verbrechen selbst, wohl aber, dass und was das Alltagshandeln der gewöhnlichen Deutschen dazu beigetragen hat. Das NS-Regime wird als eine Sache der Nazis weggeschoben, mit der «wir», unsere Eltern und Grosseltern (im weitesten Sinne) nichts zu tun haben, weil wir, unsere Eltern und Grosseltern, ja keine Nazis sind (waren).

Das ist durchaus lebensdienlich, weil es den Alltag erträglicher macht.

Die Lebensdienlichkeit der Geschichtswissenschaft (einschliesslich der Fachgeschichte) ist freilich nicht die eines Kissens, um es sich im Alltag bequem zu machen. Ihre Lebensdienlichkeit ist an die Qualität der Wahrheit gebunden. Wahrheit ist keine Substanz, der man ein für alle Mal habhaft werden könnte, sondern ein Prozess der Suche, der an das Prinzip unbeschränkter Kommunikation (Öffentlichkeit) gebunden ist.

Dieser gegenüber vorhandenem Wissen kritische, enttabuisierende Wahrheitsdiskurs hat die Kraft, den Alltag zu verändern. Die (Fach-)Geschichte verliert diese Kraft, wenn sie sich derselben Abwehrinstrumente bedient, mit denen ausserwissenschaftliches Denken sich im Alltag einrichtet.

«Ronneberger war ein Chamäleon»

Wolfgang R. Langenbacher im Gespräch mit Wolfgang Duchkowitsch und Fritz Hausjell zu «braunen Flecken» in der Fachgeschichte, personellen und inhaltlichen Kontinuitäten der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft und «terminologischen Eierschalen»

Hausjell: Herr Langenbacher, wo ist für Sie als Student der Zeitungswissenschaft das erste Mal die Geschichte des Faches ein Thema geworden?

Langenbacher: Das war eindeutig mit dem Buch von Otto Groth – «Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft», denn dieses Werk hatte bei uns am Münchner Institut einen Standardwerkcharakter. Es war 1948 erschienen und in einer sehr von den Nachkriegsspuren geprägten äusseren Form – betrachtete man etwa die Papierqualität. Das war ein Buch, welches uns Heinz Starkulla sen. vermittelt hat. Und einzelne dieser Figuren, die Otto Groth darin verarbeitete, sind auch von uns systematisch aufgenommen worden: Etwa ich habe über Robert Eduard Prutz' Theorie des Unterhaltungsromans gearbeitet und seine «Geschichte des deutschen Journalismus» verwertet, auch in meiner Dissertation. Peter Glotz hat in «Presse-Reform und Fernseh-Streit» – das ist ein Reader, eine Art historische Dokumentation, die 1965 erschien – ebenfalls alte Texte abgedruckt. Quelle war immer Otto Groth, und dieser hat ja nie einen Zweifel daran gelassen, dass er ein Antinazi war und folglich haben wir uns in guter Gesellschaft gefunden. Und das hat sich dann mit dem ersten Band der «Unerkannten Kulturmacht» wiederholt. In der Einleitung setzt sich Groth in scharfer Form von der Publizistikwissenschaft ab (vertreten durch Emil Dovifat usw.) und nennt dies eine «Führungswissenschaft», mit der er nichts zu tun haben wolle und er, Groth, eine ganz andere Vorstellung von Zeitungswissenschaft habe. Also haben wir uns wieder in guter Gesellschaft gefühlt.

Duchkowitsch: Waren die Rezeptionen also zunächst auf München und seine Fachvertreter konzentriert?

Langenbacher: Ja, eindeutig. Die Vorstellung, dass es eine «Münchner Schule» gibt, die hat sich schon immer gehalten, auch bevor sie von Hans Wagner so formuliert wurde. Starkulla hat uns vermittelt, dass Karl d'Esther, der das Institut gegründet und aufgebaut hat, eben kein Publizistikwissenschaftler war und die publizistikwissenschaftliche Entwicklung im Nationalsozialismus nicht nachvollzogen hat, sondern darauf beharrte, dass das Fach Zeitungswissenschaft bleibt. Auch das hat uns das Gefühl vermittelt, wir standen auf der Seite derer, die keine Probleme mit der «braunen» Vergangenheit hatten.

Duchkowitsch: Karl d'Esther hat aber publiziert während der Zeit des «Dritten Reichs»!

Langenbacher: Ja, er war auch Herausgeber der *Zeitungswissenschaft*. Aber ob er dabei besondere Zugeständnisse an die Machthaber gemacht hat weiss ich nicht. Er war sicher ein eher unpolitischer Typ, er kam ja aus der Wandervogel-Bewegung. D'Esther hat zwar in meiner Studienzeit noch gelebt und es waren noch Personen aus seiner Umgebung im Archiv beschäf-

tigt, aber ihn als Person habe ich nicht mehr erlebt, sondern nur über Erzählungen von Starkulla.

Hausjell: War mit der Abgrenzung zur «Führungswissenschaft» auch so etwas wie eine kritische Auseinandersetzung verbunden oder hat es gereicht zu sagen: Man ist auf der richtigen Seite?

Langenbucher: Hans Wagner setzte sich in einem sehr frühen Aufsatz mit der Dovifatschen Lehre von der Publizistik und ihrem autoritären Charakter auseinander – unabhängig ob das jetzt nationalsozialistisch oder katholisch war. Das nahmen wir zur Kenntnis, das war auch Diskussionsgegenstand. Wagner, Glotz und ich haben dieses Thema heftig diskutiert und auch akzeptiert, aber uns nicht weiter dafür interessiert, wie das nun im Falle von Dovifat mit seiner Anpassung im «Dritten Reich» zusammen hing.

Duchkowitsch: Also über München hinaus war dies kein Thema?

Langenbucher: Nein, wie hätte das auch sein sollen, wenn man sich anschaut, wer die Gründungsmitglieder der DGPuK (Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft: Anm.) und wer die Gründungsherausgeber der *Publizistik* waren, da konnte schwerlich diese Debatte aufkommen: Vielmehr haben Beteiligte eine wichtige Rolle gespielt und waren daher an einer Thematisierung nicht interessiert. Wir Jüngeren – das ist jetzt eine Interpretation aus heutiger Sicht – haben diese Älteren als Autoritäten akzeptiert und in München kam dann hinzu, dass mit Roegele ab 1963 ein Ordinarius im Amt war, der auch keine «braune» Vergangenheit hatte, sondern im Gegenteil eine katholische und eher widerständische, das kann man in einem Aufsatz von ihm über die Studenten im «Dritten Reich» nachlesen.

Duchkowitsch: Es gab einmal den Vorwurf, dass Roegele für den Bundesnachrichtendienst tätig gewesen sei, ist da irgendetwas dran?

Langenbucher: Ein anderes Gerücht war, dass er ein Opus dei-Mitglied war. Ich weiss über beides nichts Konkretes. Auf den Punkt gebracht: Glotz' und meine Zusammenarbeit mit Roegele beruhte auf dem Grundsatz «Ein vernünftiger Konservativer ist mir lieber als ein linker Spinner». Das war die Basis und sonst hat er uns völlige Freiheit gelassen in unserer Arbeit. Dass wir nie mit ihm ernsthaft auf einer wissenschaftlichen Ebene über seinen Konservatismus streiten würden, wussten wir. Wir haben uns allerdings phasenweise der Lektüre des *Rheinischen Merkurs* verweigert, weil uns allzu oft die Galle hochgekommen wäre.

Hausjell: Die Frage der Kontinuität bzw. der teilweisen Kontinuität der nationalsozialistisch belasteten Generation war ja relativ stark verknüpft mit der Frage der Diskontinuität der Vertriebenen. Wann wurde das ein Thema?

Langenbucher: Überhaupt nicht! Also ich könnte aus meinen *Publizistik-Unterlagen* meinen Kommentar zu dem Aufsatz von Stefanie Averbeck heraussuchen, wo ich meinen drei Mitherausgeber-Kollegen geschrieben habe, dass ich nur zutiefst verbittert auf diesen Aufsatz reagieren kann, wenn ich bedenke, dass mir meine akademischen Lehrer davon überhaupt nichts berichtet haben. Also ausser Otto Groth, von dem man geglaubt hatte, er wäre eine singuläre Figur, waren uns jahrzehntelang keine Namen bekannt. Die allergrösste Überraschung war für mich, dass es eine Fülle jungen hoffnungsvollen Nachwuchses gab, der 1933 und in den folgenden Jahren seine Karrieren durch fürchterliche Schicksale beendet sah. Aber darüber haben wir überhaupt nichts gewusst.

Duchkowitsch: Rührt die Verbitterung daher, weil man da nicht hineingeleuchtet hat?

Langenbucher: Jene die es wissen konnten, haben sich dafür nicht interessiert. Eine Ausnahme die ich gekannt habe, war Kurt Baschwitz. Und zwar deshalb, weil ich durch sein Buch «Du und die Masse», das ich durch einen Zufall bekam, auf Baschwitz aufmerksam wurde und mir dachte: Wieso kommt der gerade nach Holland? Aber ich bin dem nie wirklich nachgegangen und Arnulf Kutsch hat mich daran erinnert, dass in einer frühen Nummer der *Publizistik* eine Baschwitz-Würdigung vorkommt, geschrieben von Hans Amandus Münster. Der war ja nun wirklich ein eindeutiger Protagonist der NS-Ideologie, der es aus diesem Grund nach 1945 nicht mehr zu einer Professur gebracht hat. Und daneben stand ein Beitrag von Wilmont Haacke.

Duchkowitsch: In ein und demselben Jahrgang?

Langenbucher: In einem Heft! Nebeneinander!

Hausjell: Aber konnten diese Artikel nicht gerade deshalb nebeneinander stehen, weil es für den Zeitraum 1933 bis 1945 meistens diese signifikanten Auslassungen gab? Bei Haacke beispielsweise?

Langenbucher: Also mit Sicherheit! Von Haacke war schon bekannt, dass es diese zwei unterschiedlichen Ausgaben der «Feuilletonkunde» gab.

Hausjell: Ab wann war das bekannt?

Langenbucher: Das weiss ich nicht genau. Es war zwar bekannt, aber kein Gegenstand, über den man sich gross aufgeregt hat, sondern man hat zur Kenntnis genommen, dass Haacke nur ein paar Seiten herauslassen musste und schon war das ein dreibändiges Werk, das eigentlich akzeptabel war. Bis heute war ich der Meinung: So war's ja auch wirklich. Man hat das Buch fast unverändert wieder auflegen können. Mit Ausnahme des Einleitungskapitels. Und das hat man offensichtlich als eine lässliche Sünde betrachtet. Jedenfalls nicht zum Anlass genommen, um das genauer zu untersuchen oder gar der Person ans Leder zu gehen. Denn die Person erschien einem ja auf Tagungen, in Veröffentlichungen usw. und war ein anständiger Mensch.

Duchkowitsch: Zumal er sich offensichtlich recht gut auch in den 60er Jahren getarnt hat, weil er – auf seine Wien-Tätigkeit angesprochen – in der *Publizistik* geschrieben hat, dass das «Handbuch der Zeitungswissenschaft» von Berlin aus gesperrt worden sei. Und zwischen den Zeilen klingt an, es wäre da eine Art Widerstandsbewegung, ein Widerstandsnest gewesen. In Wirklichkeit aber ist die letzte Lieferung des Handbuchs im November 1944 erschienen. Das hätte man damals überprüfen können. Folglich war dem was nicht so! Das Handbuch wurde nicht 1942 «abgedreht», wie er schreibt. Es erschien nahezu bis Ende des Zweiten Weltkriegs.

Langenbucher: Ich vermute, dass Sie von allen Zeitzeugen meiner Generation – jene die jetzt 55 bis 65 Jahre alt sind – das Gleiche hören werden. Ob das jetzt Schulz ist, der in Mainz gross wurde, oder Kutsch, der in Münster gross wurde – das war einfach kein Thema!

Duchkowitsch: Das Thema Haacke wurde von Wilfried Scharf 2001 in der *Publizistik* wieder aufgebracht. Scharf hat in seiner Würdigung geschrieben, dass Haacke von 1939 bis 1942 Assistent in Wien war, dann habe er sich 1942 in Prag habilitiert, für die Zeit danach – bis 1946, 1947 gibt es keine Aussagen.

Langenbucher: Was steht für den Zeitraum bis 1946?

Duchkowitsch: Das «Handbuch» kommt nicht vor, die zweibändige «Feuilletonkunde» kommt nicht vor, als hätte da er nichts geschrieben und es geht dann erst damit weiter, dass er ab 1946/47 die Pressestelle an der Universität Mainz leitete und dort Lektor war,

Langenbucher: Für welches Fach?

Duchkowitsch: Das steht natürlich nicht da. Ich habe das so interpretiert, dass er damals immerhin schon wieder an der Uni war und gerade in einem sensiblen Bereich wie der Pressestelle tätig war. Da habe ich schon grosse Augen bekommen. Auch in Mainz dürfte es kein Problem gewesen sein, auf Personalreserven dieser Art zurückzugreifen.

Langenbucher: Wir als Herausgeber der *Publizistik* haben uns anlässlich des von Ihnen angesprochenen Artikels nicht sonderlich darum gekümmert, sondern das macht die Redaktion. Ihre Frage ist aber berechtigt, ob wir in so einem kritischen Fall nicht hätten genauer hineinschauen sollen. Das tun wir aber in der Regel nicht, weil diese Personalien eben Routineangelegenheiten der Redaktion sind.

Duchkowitsch: Kann man dann auch diese Zuschreibung unter diesem Blickwinkel sehen: Scharf meint, Haacke sei eine «Leitfigur im Fach» gewesen.

Langenbucher: Nach 1945?

Duchkowitsch: Scharf schreibt: «Der Mitbegründer der Fachzeitschrift *Publizistik* und eine der Leitfiguren der gleichnamigen Wissenschaft nach 1945».

Langenbucher: Wie oder wodurch wird man zu einer Leitfigur? Haacke war Ordinarius, er war Mitglied der DGPK und er war Herausgeber dieser Zeitschrift, als solcher hat er in den ersten Jahrzehnten sicher eine grosse Rolle gespielt, zumal er zu den Gründungsvätern zählte. Wenn man «Leitfigur» in einem intellektuellen Sinne versteht, dann ist es jedoch ein kühnes Urteil. Haacke hat, gerade mit seinen Spezialgebieten, keinen grossen Einfluss mehr ausgeübt.

Duchkowitsch: In Wien hat Marianne Lunzer Haacke regelmässig zitiert und auch eigene Lehrveranstaltungen zu seinen Themen gemacht. Etwa «politische Zeitschrift» und «allgemeine Zeitschrift».

Langenbucher: Da dürfte Wien eher eine Besonderheit sein. Ich glaube nicht, dass das an anderen Universitäten so lief. Die beiden Bände «Die Zeitschrift» sind schon beachtet worden, zumal es da «Konkurrenz» gab. Dafür hat sich auch Harry Pross interessiert und er hat zum Teil die gleichen Gegenstände besprochen, analysiert und dokumentiert. Ich würde aber eher Harry Pross als Leitfigur bezeichnen, weil er eher dem entsprach, was die Zeitgenossen, also die jüngeren Leute im Fach, gedacht haben.

Hausjell: Wurde über die Rolle, die Haacke bei der *Publizistik* in diesen frühen Jahren gespielt hat, im Rahmen der Vorstudien zu «50 Jahren *Publizistik*» in der Redaktion nachgedacht. Oder können Sie sich gar an Derartiges in Ihrer Studienzeit erinnern?

Langenbucher: Aus der Studienzeit ist mir nichts bekannt.

Hausjell: Dann also eher für die späteren 60er Jahre.

Langenbucher: Haacke war nach dem Tod Kieslichs kontinuierlich der geschäftsführende Herausgeber, er hat allerdings schon als ich ihn in den 70er Jahren kennen gelernt habe, die redaktionelle Arbeit ganz an Schütz delegiert. Der eigentliche Macher der Zeitschrift im Sinne eines sehr autonomen Redakteurs war also Schütz und Haacke hat ihm immer freie Hand gegeben.

Hausjell: Wenn man dies jetzt fokussiert auf Themen wie Nationalsozialismus, wie Exil, gibt es da möglicherweise einen Begründungszusammenhang, dass es im Fach insgesamt eine Verspätung der Aufarbeitung der Vergangenheit gegeben hat?

Langenbucher: Ich fürchte nein, und zwar weil die *Publizistik* ja wie die meisten Fachzeitschriften vom Eingesandten leben und dies nach kritischer Prüfung drucken. So etwas aktiv aufzunehmen hätte einer aktiven Redaktionspolitik bedurft. Diese aktive Redaktionspolitik hat es gelegentlich gegeben, beispielsweise im Falle von Festschriften, etwa Festschrift Otto Groth, Festschrift Hanns Braun. Da wurde herausgeberisch autonom gehandelt. Manchmal ist durch das Hereinkommen thematisch gleicher Beiträge die Idee entstanden, eine Doppelnummer zu machen oder sogar die berühmte, für Bibliothekare furchterregende, Vierfachnummer 1974/75, die über einen Jahrgang hinweg geht. Dass die Herausgeber nicht öfter aktiv tätig wurden, hat hauptsächlich darin seinen Grund, dass Schütz dies gescheut hat wie der Teufel das Weihwasser. Sein Standpunkt war: Wenn man etwas anfordert und es kommt, dann muss man es nehmen. Deshalb haben wir uns immer ganz still gehalten.

Hausjell: Aber dass diese zentralen Herausgeber wie eben Haacke oder dann auch Franz Ronneberger, die die NS-Zeit auch aktiv mitgestaltet haben, sich selbst nicht mit dieser Thematik beschäftigt hatten, ist symptomatisch. So wie wir es gewohnt sind im Bereich des Journalismus und in anderen Berufsgruppen. Das hat sie also nicht unterschieden.

Duchkowitsch: Die Frage noch weitergespielt: Wurde im privaten Kreis darüber gesprochen? Im Sinne eines Austauschs von Erinnerungen, «als wir noch in Wien waren»?

Langenbucher: Wir waren zwar oft genug zusammen, manchmal auch privat, weil der Verlag uns zum Abendessen eingeladen hat. Aber das von Ihnen Angesprochene war kein Thema. Zum ersten Mal habe ich bei einer Tagung in Wien erlebt, dass Ronneberger Kriegserinnerungen in einer Runde zum Besten gegeben hat.

Duchkowitsch: Ich habe Ronneberger bei einer Tagung in Mainz kennengelernt. Beim Frühstück hat sich ein Gespräch ergeben und er meinte: «Ah, Sie kommen aus Wien, Sie wissen ja: ich war in Wien!» Ich habe mir damals bloss eine Broschüre angeschaut und auf den ersten Blick kaum wirklich so schaurige Dinge entdeckt wie bei Haacke. Es ging zwar schon um den südosteuropäischen Raum, um die Ukraine, ich habe das aber nur flüchtig gelesen und nicht gleich etwas Auffälliges gesehen. Er hat zwar keinen Hehl daraus gemacht, aber auch nicht mehr darüber gesprochen. Ronneberger hat nur gefragt, ob ich was gefunden hätte, was ich verneinen musste. Da sagte er: «Na, sehen Sie!»

Langenbucher: Unterlagen zur Frühgeschichte der *Publizistik* zeigen Interessantes: Es ging etwa um die Einbindung Adornos. Man muss sich vorstellen: Adorno links, ein Emigrant und Vertriebener – und auf der anderen Seite Haacke. Das zeigt einen Grad von Unsensibilität und Naivität in der unmittelbaren Nachkriegszeit und noch lange danach, der im Nachhinein wirklich schwer verständlich ist. Wenn man so wie ich jahrelang mit diesen Kollegen zu tun hat, dann kommt natürlich auch ein Punkt, wo das Aufgreifen dieser Fragen, selbst wenn man sehr gut informiert wäre und in die Vollen gehen könnte, letztlich ein Bruch einer Beziehung wäre.

Duchkowitsch: Das wäre sicher als schwerer Angriff interpretiert worden.

Hausjell: Vor wenigen Jahren hat Irene Neverla in der *Zeit* einen Beitrag geschrieben, in dem sie Elisabeth Noelle-Neumann in Zusammenhang mit Alphons Silbermann thematisiert. Im Zuge dessen hatte sie auch das Thema des Verhaltens von Noelle-Neumann im «Dritten Reich» aufgegriffen. Daraufhin hatte Noelle-Neumann ihr mit einer Klage gedroht. Die Frage ist: Hat sich auch Haacke vor Derartigem gefürchtet?

Langenbucher: Ja, Haacke war immer in einer latenten Panik, wobei er ja nicht fürchten musste, dass das Thema nun hoch kommt, weil er ganz Furchtbares verbrochen hat, sondern weil er einfach dieses «an den Pranger stellen» gefürchtet hat. Das hat er da und dort bei irgendjemandem erlebt, deshalb ist er eher auf Tauchstation gegangen. Wenn er ganz konsequent gewesen wäre, hätte er allerdings wohl auch die Herausgeberschaft der *Publizistik* nicht machen dürfen.

Hausjell: Wenn man sich die Frage autobiographischer Abhandlungen anschaut, fällt im *Publizistik-Sonderheit* 1/1997 auf, dass Ronneberger als einziger befragt wurde und nicht selbst über die Frühgeschichte des Faches schreibt. Dabei mutet es doch etwas seltsam an, dass er von seinem Schwiegersohn befragt wird und sich die Fragen und Antworten zum «Dritten Reich» im Grunde auf einer Seite reduzieren.

Langenbucher: Ich denke, das Interview war nicht anders zu bekommen, es war ohnehin sehr schwierig, an das Material heranzukommen. Das war ein weiterer Indikator dafür, wie schwer sich die Personen getan haben, dem Fach Rede und Antwort zu stehen.

Hausjell: Warum hat Haacke nicht mitgewirkt?

Langenbucher: Weil er sich geweigert hat.

Hausjell: Hätte er einen Kontext gehabt, um sich von dieser Angst zu befreien?

Langenbucher: Es ist ihm alles angeboten worden, Interview etc., es war ein zähes Ringen mit ihm.

Hausjell: Unter Studenten in Deutschland war die Belastung des Faches Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre im Zusammenhang mit Noelle-Neumann ein Thema. In Münster gab es eine relativ heftige Auseinandersetzung, an der Siegfried Weischenberg als Studierender oder möglicherweise als junger Assistent beteiligt war. Weitreichendere Auseinandersetzungen folgten dann aber erst in den 90er Jahren oder gar erst in der jüngsten Vergangenheit.

Langenbucher: Mir fällt noch diese Dokumentation der drei Auflagen von Dovifats «Zeitungskunde» in *Twen* ein. Eine Journalistin – Christa Rotzoll, später bekannt geworden, damals wahrscheinlich Studentin – hat die Weimarer Ausgabe, die «Dritte Reich»-Ausgabe und die Nachkriegsausgabe verglichen und die gleichen Stellen nebeneinander gestellt. Emil Dovifat ist damit offensiv umgegangen und hat gesagt, wenn man genau nachprüfe, dann könne man feststellen, dass alles was an nationalsozialistischen Inhalten vorkommt, von ihm auf dem Wege des Zitats eingesetzt wurde. Und dass er sich nie selber geäußert habe, sondern dass er die Stellen aus den nazistischen Quellen einmontiert hat. Diese Geschichte in *Twen* haben wir als eine Art Kabarett genommen, aber auch das war wieder kein Anlass, um nachzuprüfen und wissenschaftsgeschichtlich Dovifat auf die Finger zu sehen. Übrigens, das ist erst mit Bernd Sösemann und Stephan Russ-Mohl passiert, und ich glaube wenn man die Auseinander-

setzungen mit Dovifat in diesen beiden Veröffentlichungen nachliest, dann kann man einiges auch im Nachhinein rekonstruieren. Russ-Mohl und Söseemann neigen aber dazu, Dovifat für einen harmlosen Verirrten zu halten, für jemanden der nicht wirklich dem Regime Tribut gezollt hat. Dovifat bin ich noch in seinen späten Lebensjahren begegnet, als er das «Handbuch der Publizistik» herausgegeben hat, für das ich noch einen Beitrag geschrieben hatte. Er war ein älterer Herr, der wirklich wieder an den Anfang seiner wissenschaftlichen Karriere zurückgegangen ist und selbst in die Bibliothek ging, selbst Korrektur gelesen hat, Anmerkungen gemacht hat. Das war ein sympathischer Eindruck von einem Grossordinarius, der, nachdem er emeritiert war, selbst ein Handbuch erarbeitet.

Eine zweite Erinnerung ist die an eine Tagung in Bochum, wo Franz Ronneberger nach meiner Erinnerung aber weggeblieben ist, weil Proteste angekündigt wurden – obwohl er eine zentrale Figur der Tagung gewesen wäre. Und da haben auch Studenten der Bochumer Sektion für Publizistik in Flugblattform Ausschnitte aus dem *Völkischen Beobachter*, Wiener Ausgabe, verteilt. Auch da kann ich wieder nur sagen: das hat man zur Kenntnis genommen, aber nicht als Problem angesehen. Ronneberger hatte sich ja wieder habilitiert, sozusagen gereinigt von dieser Vergangenheit, hat eine neue Karriere begonnen und das hat man als menschlich und intellektuell akzeptabel zur Kenntnis genommen.

Hausjell: Ich erinnere mich, wie Sie mir Anfang der 90er Jahre Ronnebergers *Erinnerungen an die Wiedervereinigung* mit grossem Entsetzen gezeigt haben. Waren da auch bei Ihnen hinsichtlich der Frage Zweifel aufgekommen, ob Ronneberger wirklich frei von dieser ihn ja wohl sehr prägenden autoritären und diktatorischen Sozialisation sei? Der Revisionismus im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung spricht ja eine eindeutige Sprache.

Langenbucher: Ich habe angefangen zu lesen und war wirklich entsetzt über den reaktionären Inhalt und wie Ronneberger manche Dinge kommentiert hat – deutschnational reaktionär. Und wenn Sie sich erinnern, hab ich Ihnen gesagt, dass ich das auch nicht auf sich beruhen lassen will, sondern dass ich ihm dazu schreiben muss. Ich habe dann beim Weiterlesen gefunden, dass das alles so schrecklich ist, dass ich das nicht machen will, sondern nur ignorieren kann. Ronneberger war damals schon schwer krank, war damals schon sehr alt, ist dann gestorben. Und da hätte ich es auch für sehr problematisch gehalten – nun im Nachhinein – da noch einmal was aufzurühren. Aber die Lektüre dieser Schrift habe ich auf Seite 60 abgebrochen, weil mir an dieser Stelle – sprichwörtlich gesagt – jemand meine Puppe weggenommen hat. Mein Bild von Ronneberger war das eines Intellektuellen, eines redlichen Wissenschaftlers, der sich in mittlerem Alter noch einmal völlig neu in eine Disziplin begibt, und der nach streng wissenschaftlichen Kriterien und methodischem Verständnis diese Wissenschaft betreibt. Ich war ja sehr früh und sehr intensiv mit Ronneberger involviert in einem DFG-Projekt: «Integration und Sozialisation». Da hatte er für die Universität Nürnberg-Erlangen und für einen Verbund von Fächern wirklich eine sehr zentrale Rolle gespielt. Er war derjenige, der Niklas Luhmann als erster rezipiert hat. Derjenige, der dann jemanden wie Manfred Rühl erzogen hat. Und Luhmann in der Rühlschen Dissertation war ja wissenschaftsgeschichtlich sehr folgenreich. Auch ich habe viel von ihm gelernt – z.B. in einem gemeinsamen Seminar.

Duchkowsitch: Und dass er auch noch eine führende Rolle im Münchner Süd-Osteuropa Institut gespielt hat, war Ihnen wahrscheinlich auch gar nicht so bekannt.

Langenbucher: Nein. Ich habe zwar mitgekriegt, dass er publiziert hat, aber ich habe nichts gelesen, weil es mich nicht weiter interessiert hat. Und was das für ein Institut ist, wüsste ich eigentlich bis heute nicht.

Duchkowsitch: Bei einer Veranstaltung in Mainz hat der Präsident der Süd-Osteuropa Gesell-

schaft – das war ein Bankier, der früher Pressesprecher der CSU in Bonn war – gemeint, wir könnten doch jetzt über Jugoslawien (es war damals noch ein Land) und über andere Gebiete Südosteuropas sprechen, ohne dass uns jemand den Vorwurf machen würde, wir würden schon wieder mit der langen Hand dorthin langen wollen. Schliesslich spreche doch auch Gorbatschow von einem «gemeinsamen deutschen, äh, europäischen Haus».

Langenbucher: Sie meinen, da gibt es Verbindungen zu der Zeit vor 1945?

Hausjell: Die Problematik ist die, dass man sich scheut, ältere Herren und Damen mit der Vergangenheit zu konfrontieren. Besonders dann, wenn erst sehr spät bewusst wird, was da alles passiert ist. Ich denke, das war auch bei Ronneberger der Fall. Bei Haacke ist das immer noch so, obwohl das eine ganz andere Grössenordnung ist. Aber im Fall Haacke ist eigentlich nie wirklich ausdebattiert worden, was nun tatsächlich war. Viele Bereiche dieser Fachgeschichte kennen wir noch nicht so detailliert. Allzu viele Zeitzeugen existieren ja auch nicht mehr. Am Ende bleibt aber der Eindruck, Haacke wurde geschont oder geschützt.

Langenbucher: Nein! Der hat sich einfach verweigert. Für Haacke war seine Vergangenheit vergangen, und er wollte nicht, dass sie von irgendjemandem wieder aufgerührt wird. Er hat auch alles dazu getan, um das zu bewirken.

Hausjell: Dieses Bedürfnis, die Vergangenheit ruhen zu lassen, ist vor diesem Hintergrund verständlich und nachvollziehbar. Gab es bei anderen denn genau das Gegenteil: Also diese Vergangenheit zu thematisieren und somit zu bewältigen? Solche, die in den Nationalsozialismus verstrickt waren, nach 1945 aber den Eindruck hatten, sich geirrt zu haben und sich anders entwickeln zu wollen. Ich denke, bei Ronneberger war das zumindest in unserem Fach nicht der Fall, da er ja als Quereinsteiger gilt, obwohl er ja de facto schon einmal dazu gezählt hat – als er für dieses Süd-Osteuropa Institut gearbeitet hat.

Langenbucher: Ronneberger war Jurist und hat sich nach 1945 in Soziologie habilitiert. Auf diesem Weg ist er nach Nürnberg berufen worden.

Hausjell: Aber er hatte zum Fach insofern eine relativ starke Nähe, als er in Wien an einem einschlägigen Forschungsinstitut beteiligt war und auch als Journalist tätig war.

Langenbucher: Das Fach war damals ja sehr klein. Es gab nur ganz wenige Menschen überhaupt. Deshalb kann sich die Frage eigentlich nur auf Frau Noelle und die Herren Haacke, Walter Hagemann, Henk Prakke und Ronneberger beziehen. Für keine dieser Personen habe ich jemals diesbezügliche Dokumente gesehen, bestimmt nicht.

Hausjell: Die Thematik wurde 2001 und 2002 bei den DGPUK-Tagungen aufgegriffen, nachdem von Michael Haller und Horst Pöttker eine Diskussion angestossen worden war. Wie würden Sie denn – sie waren ja in die Podiumsdiskussion bei dieser Tagung auch involviert – den Verlauf, wie sich ein Fach mit diesem Thema beschäftigt, darstellen. Gibt es eine charakteristische oder unterschiedliche und sehr differenzierte Verläufe?

Langenbucher: Erstens musste der Anstoss von einem «Aussenseiter» kommen. Denn Pöttker ist nicht, oder erst sehr spät, in den inneren Kreis des Faches getreten. Und zweitens war die erste Reaktion eine sehr törichte und ablehnende. Ich glaube, dass es denjenigen, die sich entsprechend geäussert haben, im Nachhinein auch eher unangenehm war, weil sie sehr kurzschlüssig reagiert haben. Und dass insbesondere ablehnende Stimmen die Spontanreaktionen prägten, ist auch verständlich, da die Debatte auf Noelle-Neumann fokussiert war und sie sehr

viele loyale Schüler hat. Dann, nach einer gewissen Besinnungsreaktion, kam doch eine adäquate Reaktion, die aber – soweit ich das jetzt beobachten konnte – nicht verbunden war mit einem besonders lauten Schuldeingeständnis. Es gab immerhin in München und Münster in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Aufarbeitung der Fachgeschichte. Zwar nicht mit dem Ziel, diese Frage wie sie von Pöttker aufgeworfen wurde, in den Vordergrund zu stellen, aber doch zu dokumentieren und zu analysieren, was mit dem Fach im «Dritten Reich» eigentlich passiert war. Es sind Arbeiten über Münster entstanden, über München gab es einen Sammelband. Eine andere Frage ist die, wie man die Ergebnisse verwertet hat. Ob man sie zum Beispiel für eine Selbstprüfung von Theorien und wissenschaftlichen Forschungsarbeiten, die nach dieser Zeit entstanden sind, verwendet hat – wie es ja zum Beispiel in Amerika mit Noelle geschah. In amerikanischen Diskussionen über Noelle wurde ja die Frage gestellt, ob die Theorie der Schweigespirale nicht gewissermassen die Eierschalen der Vergangenheit mit sich trage. Eine ähnliche Diskussion kann man sicherlich bei Ronneberger über seinen Begriff der Integration und was damit verbunden ist, führen. Soweit ich sehe, ist das nicht geschehen.

Duchkowsch: Was Ronneberger anlangt, eigentlich bis heute nicht!

Langenbucher: Wissenssoziologisch wäre das auf jeden Fall interessant. Und würde ja auch aufzeigen, dass diese Personen, die ja zum Teil schon 30 oder 40 Jahre alt waren, auf jeden Fall bereits ihre ganze Sozialisation und Bildung hinter sich hatten, später einen Rückgriff auf Denkbestände machten, – zum Teil auch unbewusst – die sie sich damals angeeignet haben.

Hausjell: In den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Nationalsozialismus gab es diese Aufarbeitung überhaupt nicht. Das heisst, die Möglichkeit für eine betroffene Person, sich von der Vergangenheit durch einen Diskussionsprozess zu lösen, bestand im Grunde gar nicht. Ausser vielleicht im nicht öffentlichen Bereich. Aber auch da zeigen Gespräche mit Zeitzeugen, dass diese Fragen nicht thematisiert wurden, also nicht im beruflichen, aber auch nicht im privaten Umfeld. Man hat voneinander gewusst; man wusste etwa, dieser oder jener kam aus dem Exil zurück. Aber was genau dahinter steckte, waren eher vage Vermutungen und Verdächtigungen.

Duchkowsch: Ich möchte das noch etwas zuspitzen: Peer Heinelt hat erstmals in *Medien & Zeit* darauf hingewiesen, dass Ronneberger in manchen seiner Überlegungen – nicht nur was die Integration anlangt –, immer noch die Idee der deutschen Volksgemeinschaft mit verwoben hat. Gerade bei der Integrationsfunktion wird das besonders deutlich. Und die Reaktion war für mich eine merkwürdige. Ein Kollege, der Name sei jetzt unwichtig, hat mich ein Jahr nach der Publikation gefragt, ob ich deswegen – als Herausgeber von *Medien & Zeit* – berufliche Schwierigkeiten bekommen hätte. Und wenn ja, würde er mir sogar zur Seite springen und auch etwas über Ronneberger oder ähnliche Personen schreiben. Ich war sehr erstaunt. Ein Jahr nach dieser Publikation dürfte es offensichtlich Diskussionsgegenstand geworden sein. Oder ist das ein Hirngespinnst?

Langenbucher: Ich denke, jeder einzelne von uns in diesem Fach war damals ein Teil jener Entwicklung, die Norbert Frei in seinem Buch «Vergangenheitspolitik» beschreibt. Da gab es eine unmittelbare Nachkriegszeit, in der man sehr offensiv diese Aufarbeitung gemacht hat, Leute verurteilt hat. Dann kam welthistorisch der Kalte Krieg und dann wurde völlig umgeschaltet. Und das kann man bei Frei im Einzelnen nachlesen. Erst in den 60er Jahren, vor allem durch die 68er Bewegung – und das *Twen* ist in gewisser Weise ja ein intellektueller Vorläufer dieser Bewegung – hätte eine gründlichere und politischere Aufarbeitung beginnen können. Man müsste recherchieren, ab wann diese fachhistorischen Dissertationen und Magisterarbeiten in Münster und München gemacht wurden. Ich jedenfalls erinnere mich genau daran, dass ich mir

immer gesagt habe, das ist Roeges Angelegenheit. Das betreut er. Mich interessiert es nicht besonders. Deshalb habe ich diese Arbeiten auch nicht gelesen. Ich habe überhaupt keine gelesen. Nicht einmal den Sammelband. Irgendetwas Skandalöses ist dabei ja nicht herausgekommen.

Hausjell: Im Fall des Leipziger Instituts wurden schon massive Vorwürfe artikuliert. Etwa wie einzelne dort tätige Personen agiert haben, was etwa bis hin zur Deportation von Personen geführt hat.

Langenbucher: Also, gerade Hans Amandus Münster ist ja früh gestorben. Ich meine damit: noch lebenden Personen hätte man Vorwürfe machen müssen.

Hausjell: Das hat natürlich damit zu tun, dass die Aufarbeitung erst so spät wirklich systematisch begonnen hat. Denn das ist schliesslich ein Produkt der 80er und 90er Jahre.

Duchkowitsch: Wenn man nun in die Gegenwart geht und diese Auseinandersetzungen, die es in den letzten Jahren auch gegeben hat innerhalb der Fachgesellschaft: Ist für Sie persönlich damit die Diskussion um die «braune» Vergangenheit des Faches abgeschlossen oder halten Sie es für notwendig, sich auch im Bereich dieser Leitfiguren oder auch Nicht-Leitfiguren im Fach umzusehen, oder auch im Bereich der Nachfolger und Schüler? Sollte man die Erforschung des Theoriegebäudes und der Terminologie innerhalb des Faches auch auf diese möglichen Wurzeln oder Kontinuitäten noch weiter konzentrieren?

Langenbucher: Diese Erforschung kann um ihrer selbst Willen erfolgen und das gehört auch zur intellektuellen Hygiene eines Faches. Es wird sicherlich noch braune und schwarze Flecken geben, aber einen Erkenntnisgewinn für die Entwicklung des Faches und für die heutige Situation wird man kaum bekommen. Denn das Fach, so wie es über den Nationalsozialismus gerettet wurde oder danach aufgebaut wurde, war im Grunde ein völlig anspruchloses Fach. Als ich studiert habe, Ende der 50er Jahre, da hatte ich viele Kommilitonen, die Soziologie, Politik, Geschichte und Zeitungswissenschaft studiert haben. Ich erinnere mich noch an ein Gespräch mit jemandem, der dann ein später ein sehr bekannter Politologe wurde, der schlicht gesagt hat: «Das ist mir zu anspruchlos was da betrieben wird!» Viele von denen sind nach zwei, drei Semestern woanders hingegangen. Ein bekanntes Beispiel ist Wolf Lepenies. Warum jemand wie Glotz und ich nach München gingen und noch zwei, drei andere wie Wagner im Fach geblieben sind, das hat verschiedene Motive gehabt: Zum Beispiel, dass man gar nicht Wissenschaftler werden wollte. Ich wollte etwa Journalist werden. Das Fach hat sich dann verbreitert und ist anspruchsvoll geworden, als es in Berührung mit der Soziologie und der Psychologie kam, etwa mit so einem Werk wie den «Psychologischen Grundlagen der Massenkommunikation» von Gerhard Maletzke. Ich glaube also nicht, dass man über die Beschäftigung mit der Vor-Maletzke-Zeit noch grossen Gewinn erzielt. Ein wichtiges Thema ist ein anderes: Wir haben vielleicht noch terminologische Eierschalen aus dieser Frühzeit des Faches übernommen und müssen uns damit erst im Sinne einer Ideologiekritik auseinander setzen. Das denke ich mir etwa sehr oft bei dem Begriff der Integration, den ich persönlich sehr schätze. Ich habe ihn sozusagen «gemeinsam» mit Ronneberger gelernt, aber ich stosse immer häufiger auf geistes- und begriffsgeschichtliche Zusammenhänge, die mich dazu veranlassen, den Begriff nochmals zu hinterfragen, um zu sehen, wo diese Eierschalen sind.

Duchkowitsch: Gerade das zeigt: Ronneberger gilt nach wie vor als Klassiker.

Langenbucher: Ja, aber wir müssten uns im Sinne einer Hygiene des Faches die Werke «Kommunikationspolitik», die «Soziologie der Massenkommunikation» und seine PR-Bücher

nochmals näher ansehen. Man muss aber von Anfang an einen anderen Gedanken mitdenken: Ronneberger war ein Chamäleon, und das meine ich ganz und gar positiv. Er war ein Innovationsmotor für das Fach wie sonst keiner seiner Generation. Ich würde es für nicht unmöglich halten, dass in dessen drei Bänden «Kommunikationspolitik» nicht eine einzige Eierschale aus der Zeit vor 1945 enthalten ist! Ronneberger war zweifelsohne ein Kopf, der schnell gelernt hat, der rasch formuliert hat und der ungeheuer aufnahmefähig war und offensichtlich auch eine hohe Lese- und Verarbeitungskapazität hatte. Er hat auch ein riesiges Archiv gehabt und alles aufgesogen, bis hin zur Systemtheorie. Hinter sein privates politisches Denken bin ich erst über sein schon erwähntes unsägliches «Tagebuch über die Wiedervereinigung» gekommen. Aber das spart er in seinen ganzen Veröffentlichungen aus. In einem Aufsatz zur Hochschulreform hat er sich sogar als völlig Verwandelter in die Diskussion begeben.

Hausjell: Ist denn diese Tagebuchpublikation im Fach breiter rezipiert worden?

Langenbucher: Nein, überhaupt nicht! Das war ja im Eigenverlag des Nürnberger Instituts erschienen, der normalerweise nur wissenschaftliche Veröffentlichungen vorbehalten bleibt.

Hausjell: Ronneberger war ab 1948 für die WAZ tätig. Dort war Erich Brost sein Chef und die Beziehung zwischen den beiden war von kritischer Distanziertheit Brosts geprägt...

Duchkowitsch: ...der Ronneberger auch hin zu demokratischem Bewusstsein führen wollte.

Langenbucher: Es kann natürlich sein, dass Ronneberger einige Jahre gebraucht hat, bis er von seinen «braunen» Gedanken weg war und dass man ihm auch eine Verdienstmöglichkeit schaffen wollte.

Hausjell: Wie hat sich diese Irritation anfangs der 90er Jahre in Ihrem Verhältnis zu Ronneberger ausgewirkt. Gab es Gespräche darüber?

Langenbucher: Gab es nicht. Im Übrigen war das eine vorher beschriebene «gewachsene Beziehung» und ich war der in Jahren nicht so viel jüngere, aber doch – in der Fallhöhe war es eine Vater-Sohn-Beziehung. Ich habe dann die Lust verloren, mich damit auseinander zu setzen. Wie war das denn hier in Wien eigentlich mit Karl Kurth? Der war ja nach dem Krieg auch vom Erdboden verschluckt.

Duchkowitsch: Mir hat Marianne Lunzer erzählt, – das war schon lange nach dem Studium, im Unterricht hab ich darüber nie etwas gehört – dass Kurth im Herbst 1945 noch einmal zurückgekehrt sei ans Institut, da aber erfahren habe, er sei suspendiert. Die Antwort war: «Macht mir gar nichts aus, ich habe sowieso von den Briten eine Professur in Göttingen zugesagt bekommen. Auf Wiedersehen!» Ein Detail am Rande: Nach seinem Abgang hat die einzige Schreibmaschine am Institut gefehlt. Seine Behauptung war: «Das ist meine!»

Langenbucher: Und wann hat man sich überhaupt erstmals mit Kurth beschäftigt?

Duchkowitsch: Ich habe mich das erste Mal mit Kurth anlässlich einer Ringvorlesung und einer Publikation unter dem Titel «Willfähige Wissenschaft» im Jahre 1988 beschäftigt. Symptomatisch dabei ist – mittlerweile sind 14 Jahre vergangen – dass unter den 15 Mitarbeitern des Projekts keiner älter war als ich, es sind sieben im gleichen Jahr geboren, 1942. Und alle anderen waren jünger. Diese Auseinandersetzung begann erst ab einer bestimmten Generation. Vor 14 Jahren, also die damals 40-Jährigen und jüngeren Wissenschaftler.

Hausjell: Noch heute wird die Beschäftigung mit den Schatten der Vergangenheit oft nicht gerne gesehen. Wie die DGpuK damit umgeht, hat sich ab der Jahrestagung in Münster 2001 gezeigt. Es war damals vereinbart worden, dass die Problematik im Rahmen der Fachgruppentagung Kommunikationsgeschichte in Dortmund im Jänner 2002 thematisiert wird. Das ist geschehen, die Ergebnisse sollten dann in der Jahrestagung 2002 in Dresden präsentiert werden. Davon war dann aber in Dresden nicht mehr die Rede.

Duchkowitsch: Ich erinnere mich da an einen Satz von Ihnen, weil jemand gemeint hatte, wir könnten doch dem Veranstalter Wolfgang Donsbach die Programmgestaltung nicht vorschreiben. Und da haben sie gemeint: «Wenn Donsbach das nicht aufnimmt, wäre das eine Verlängerung des Skandals.» Diese «Verlängerung des Skandals» hat nun stattgefunden, da das Thema in Dresden unter den Teppich gekehrt wurde.

Langenbucher: Das ist symptomatisch. Das zeigt die Absicht, wie man in Zukunft damit umgehen will. Denn eines ist klar geworden: Durch die verschiedensten Untersuchungen, für mich vor allem durch die Untersuchungen zur Emigration, gäbe es eine vielschichtiger und intellektuell interessantere Geschichte des Faches zu erzählen, wenn man all diese Personen und Autoren mitberücksichtigen würde. Was man in Zukunft auch tun sollte. In einer Fortsetzung der «Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft» von Otto Groth, die dann eine Geschichte der Kommunikationswissenschaft wäre, müsste man diese Kapitel von den 20er Jahren beginnend über die Zeit des Nationalsozialismus ergänzen. Allein schon aus diesem Grund: «Verbrecher» waren bei unseren Fachkollegen wohl nicht dabei! Aber die, die man vertrieben hat, und die man in den Tod getrieben hat, das wären mehrere Kapitel, die in unser Fach mit einzubeziehen wären. In das was man selbstverständlich als «Fach» begreift. Ich habe einmal (zusammen mit Peter Glotz) ein Buch herausgebracht mit dem Titel: «Versäumte Lektionen». Das eben Besprochene sind versäumte Lektionen. Und die sind spätestens jetzt durch die Arbeiten in Leipzig präsent. Es wäre ein notwendiger Schritt, Neuausgaben davon zu machen usw. Was die Verstrickung des Faches in den Nationalsozialismus angeht: Ich glaube, da gibt es auch nicht mehr viel zu entdecken, und es sind auch nur sehr wenige Menschen, um die es da geht. Aber die positive Seite, bzw. die eigentlich negative, ist das, was man verdrängt, vertrieben und dann nicht rezipiert hat.

Duchkowitsch: Ich stimme Ihnen zu: Da wird es wahrscheinlich nicht mehr vieles zu entdecken geben. Meine Forschungen zum ehemaligen Wiener Institutsvorstand Paupié waren aber Neuland.

Langenbucher: In der Tat!

Duchkowitsch: Für Kurt Koszyk war das nicht ganz so neu. Er hat schon einiges gehört gehabt in Verbindung mit Paupié. Aber die Reaktion von Michael Schmolke hat mich dann doch erstaunt. Nach meinem Referat im Rahmen der Dortmunder Fachgruppentagung hat er gemeint: «Ach, was graben Sie den alten Paupié aus? Der war doch nur ein kleines Licht. Und übrigens in der HJ war ich auch.» Das war der Schlusssatz. Ich habe aber bei meinem Beitrag ganz bewusst darauf hingewiesen, ich werfe Paupié nicht vor, dass er mit 15 oder 16 Jahren illegal bei der HJ war. Ich werfe ihm nicht vor, dass er bei der SA war mit 18 Jahren, mit 1. Jänner 1938. Ich werfe ihm nicht vor, dass er bei der NSDAP war. Ich werfe ihm nicht vor, dass er 1947/1948 den Fragebogen eidesstattlich falsch ausgefüllt hat. All das nicht! Aber das, was er nachher gemacht hat. Wen er nachher gefördert hat. Dass er braune Zellen geduldet hat! Das ist etwas, worüber man wirklich sprechen muss. Und dann kommt Schmolke und sagt: «Ich war auch bei der HJ!»? Im Jahr 1934 geboren? Wann war er denn da bei der HJ? 1945? Im Alter von 11 Jahren, für die Dauer von ein paar Wochen?

Langenbucher: Aber welches Interesse hat Schmolke daran, Paupié jetzt zu schonen?

Hausjell: Das war gegen die jüngeren Forschungen und Auseinandersetzungen über die «braune Generation» der Journalisten gerichtet, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten anstellten und anregten. Das zehrt und hat immer noch Nachwirkungen. Schmolke ist insofern noch viel bedeutsamer, als diese Auseinandersetzung mit ihm symptomatisch ist. Es gab ein von ihm geleitetes Projekt über die Vorläufer des Faches in Österreich. Ich hab mir die Ergebnisse systematisch angeschaut und mir die Frage gestellt: Wo sind denn bitte die Vertriebenen!? Weil ich mir gedacht habe, da muss es ja auch in Österreich Menschen geben, die in diesem Berufsbe- reich gearbeitet haben – es war schon klar, das Fach war noch nicht etabliert – aber es gab Bemühungen in diese Richtungen, und es gab auf verschiedenen Universitäten und Instituten das eine oder andere, was man zum Fach zählen konnte. Es hat sich herausgestellt, dass die- se Generation der Vertriebenen, der Ermordeten, mit ganz wenigen Ausnahmen nicht in die- sem Buch berücksichtigt ist. Die Problematik ist auch die, dass zum Teil nur in viel zu spezifi- schen Bereichen geschaut wurde. Es sind meines Wissens kaum unselbständige Publikationen angesehen worden, nur die selbständigen Publikationen. Es ist die Frage auch dort, wieviel ist davon zum Beispiel aus den Bibliotheken verschwunden? Wieviel ist davon einfach weg?

Langenbucher: Sie haben also den Verdacht, dass man das Werk von Stefanie Averbek für Österreich noch nachvollziehen muss?

Duchkowitsch: Es ist noch viel aufzuholen. Etwa müssen wir auch im Bereich der Werbung for- schen. Da gibt es grosse Lücken für die Zeit des Nationalsozialismus. Etwa auf der Seite der «Täter»! Die sind noch gar nicht wirklich beleuchtet. An der Hochschule für Welthandel gab es einen gewissen Hanns Kropff, der war ab 1933 tätig. Hat zum ersten Mal eine Lehrveranstal- tung abgehalten zum Thema: Werbung und Propaganda. Und er war mitverantwortlich für die «Arisierung» im Gesamtbereich der Werbung. Ein Hochschullehrer, der 1938 erzählt hat, dass er immer schon illegal war, und dass er immer schon gesorgt hat für die Verbreitung dieser Idee. Und derselbe hat in den 50er und 60er Jahren in Deutschland dann ein Standardwerk herausgebracht im Bereich der Werbung. Wir haben Hinweise, wonach zwischen 250 und 300 Werbeunternehmungen, von Juden betrieben, «arisiert» worden seien. Mit Hilfe derer konnte dann eine Werbewirtschaft für das «Dritte Reich» aufgebaut werden, sodass dann Wien die dritt- oder viertwichtigste Werbestadt war für das gesamte «Deutsche Reich». Hier stellt sich auch die Frage: Was war mit den Unternehmen nach 1945? Beide Seiten wären da sicher noch zu beleuchten. Täter, Mittäter, Mitläufer, aber auch Verfolgte und Vergessene! Aber eben was Österreich betrifft.

Hausjell: Stichwort Paul F. Lazarsfeld. Ab wann ist Ihnen Lazarsfeld als ein wesentlicher Mit- begründer des Faches oder Innovator des Faches bewusst geworden? Sie haben ja 1988 hier in Wien eine ihm gewidmete Tagung organisiert.

Langenbucher: Die erste Begegnung weiss ich noch ganz genau. Da hat Peter Glotz aus einem Bibliotheksexemplar des «Personal Influence» die ersten Seiten kopiert, gebunden und sie in die Bibliothek gestellt. Das war so um 1963 oder 1964. Dass personal influence, opinion leader usw. etwas Wichtiges ist, war damit klar gesagt. Wir haben aber noch nicht gewusst, wer La- zarsfeld ist. Dann aber ist beim Luchterhand Verlag eine Reihe von Paperbackausgaben so- zilogischer Texte erschienen. Unter diesen ein Band: «Wähler und Gewählte». Und das haben wir auch sofort rezipiert. Aber dann war der nächste Elihu Katz. Katz und Lazarsfeld, da gibt es ja auch gemeinsame Publikationen. Und ich habe in der Arbeit der Kommission für den Aus- bau des Technischen Kommunikationssystems im Arbeitskreis «Bedürfnisse» mit dem Stutt- garter Hans-Jörg Bessler zusammen eine Studie konzipiert zur Erforschung der Kommunika-

tionsbedürfnisse. Da haben wir uns ganz eng angelehnt an eine Studie von Katz. Das lief dann später alles unter dem Titel Nutzenansatz. Das war eine empirische Studie von Katz und anderen. Diese haben wir praktisch umgesetzt. Infratest hat sie dann durchgeführt. Von Weiss gibt es eine Menge an Publikationen darüber. Und da war dann auf einmal klar, dass Elihu Katz eine Lichtgestalt ist, und als Burda einen Preis «In medias res» gegründet und gestiftet hat, da habe ich überhaupt keine Probleme gehabt, die Kollegen in der Jury, da waren ein Politologe, ein Psychologe, ein Soziologe, davon zu überzeugen, dass unser erster Preisträger Katz sein muss. Es gibt einen Sammelband der Laudationes und der Festvorträge. Ich habe die Laudatio für Katz formuliert. Diese hatte einen merkwürdigen Titel, von dem Katz mir dann gesagt hat, er hätte nie begriffen, was ich hätte sagen wollen, nämlich: «Die Tradition eines halben Jahrhunderts moderner Kommunikationsforschung». Daran kann man nachvollziehen, ab welchem Zeitpunkt und warum ich auf die Idee kam, diese Wiener Tagung zu machen. Die hing ja mit einem runden Geburtstag von Paul F. Lazarsfeld zusammen. Nachdem ich nach Wien gekommen bin, habe ich mich der Wiener Tradition sozusagen versichert, die ich ohnehin schon identifiziert hatte, und da war es offensichtlich, wer Lazarsfeld war, und wie er nach Amerika gekommen ist usw.

Duchkowitsch: War damals auch schon eine Frage, wie er wieder zurückgeholt werden kann?

Langenbucher: Er wurde nicht zurückgeholt, das ist ja das Problem. Es gibt Informationen, dass er sehr wohl wieder bereit gewesen wäre, nach 1945 nach Wien zurückzukommen, aber dass man sich da nicht genug darum bemüht hat.

Hausjell: Die Lazarsfeld-Tagung war 1988. Wann hat denn Ronneberger seine Ehrenmitgliedschaft bei der DGPK erhalten?

Langenbucher: Ja, ich glaube das war 1988.

Hausjell: Das war ja etwas sehr Eigenartiges. Das ist ja auch von Hanno Hardt entsprechend quittiert worden – mit dem Austritt. Das bringt mich zu der Frage: Die DGPK hat eigentlich diese Frage für sich nicht wirklich thematisiert, nach welchen Kriterien sie auch künftig Ehrenmitgliedschaften vergeben wollen?

Langenbucher: Einwurf: Ronneberger war ja lange Vorsitzender usw. Also, die Verdienste um die Gesellschaft waren ja unverkennbar. Ganz klar.

Hausjell: War das der Ausgleich dafür, dass zu einem Zeitpunkt, wo ein Emigrant auf der Tagung gewürdigt wird, auch Ronneberger gewürdigt wird?

Langenbucher: Ich glaube nicht, dass irgendjemand daran einen Gedanken verwendet hat, weil die Tagung unsere Sache war und sich die DGPK uns angeschlossen hat. Der DGPK-Vorstand hat gewissermassen routinemässig Ehrenmitgliedschaften verteilt.

Hausjell: Zu einem damit eng verwandten Thema, das aus meiner Sicht vieles mit dem vorher Besprochenen zu tun hat: Im Rahmen der letzten DGPK-Jahresversammlung starteten Sie eine Initiative, das Thema Judentum und Journalismus zu einem künftigen Tagungsthema zu machen. Haben die einerseits recht unterschiedlichen Reaktionen darauf und auf der anderen Seite die Wahrnehmung, dass dieses Thema im Fach regelrecht ausgegrenzt und vermieden worden ist, aus Ihrer Sicht auch mit den gedanklichen Kontinuitäten zu tun?

Langenbucher: Allein schon vom Judentum zu sprechen, stellt fast eine Tabuverletzung dar.

Das ist zwar nicht wirklich so, aber das zeigt die empirische Beobachtung. Wie hoch der Anteil von Juden in bestimmten Berufsfeldern war, hat mich eine Sekunde erschrecken lassen, bis ich in der nächsten Sekunde dann beschlossen habe, das zum Thema zu machen, es wissenschaftlich zu analysieren. Man kann es deutlich machen an dem Vorwort zu den «Sensationen des Alltags», da haben wir lediglich ganz naiv gezählt und sind auf zumindest 17 von 18 gekommen.

Hausjell: Womit das sicher auch zu tun hat, ist der Faktor der Diskontinuität im Fach, sprich jüdische Fachvertreter hat es nach 1945 kaum mehr gegeben, Silbermann als eine der wenigen Ausnahmen. Aber auch Silbermann hat sich bald an den Rand des Faches gestellt hat – oder wurde gestellt. So betrachtet, hat dies sowohl mit der Kontinuität als auch mit der Diskontinuität zu tun.

Langenbucher: Es wäre interessant, dem nachzugehen. Ich glaube in der Tat, dass es ein ver-gessenes Thema war oder besser: ein unmögliches Thema.

Duchkowitsch: Ein unmögliches Thema, das war in der Geschichtswissenschaft genau so oder auch in der Literaturwissenschaft oder in der Kunstgeschichte.

Hausjell: Beschäftigt man sich mit den Leistungen des Judentums in Medienberufen, dann thematisiert man natürlich auch die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus mit.

Langenbucher: Wer dies früh thematisiert hat, war Marcel Reich-Ranicki, der seine Beiträge aus vielen Jahren in drei Büchern gesammelt hat.

Hausjell: Aber es ist weder in Österreich noch in Deutschland ein Thema gewesen?

Duchkowitsch: Aber in Amerika: Man sehe sich nur das Buch von Harry Zohn an: «Ich bin ein Sohn der deutschen Sprache nur». Zohn lebte in Amerika, war dort Professor.

Langenbucher: Ja, man kann an vieles anschliessen. Es geht hier auch um merkwürdige Ver-säumnisse gerade unseres Faches. Sonst sind ja «Jewish studies» weltweit eine prosperierende Disziplin. Ich denke, gerade hier in Wien sollten wir uns in diese Traditionen einklinken. Die Theodor-Herzl-Dozentur ist ein Anfang.



SELBSTERKUNDUNG

Konformität – Opportunismus – Opposition

Zur Typologie von Verhaltensweisen im NS-Regime und danach

Horst Pöttker

Fachgeschichte sollte systematisch geschrieben werden. Dazu sind Begriffsinstrumente und Massstäbe nötig. Um einen Vorschlag für solche Massstäbe geht es hier, (noch) nicht um substantielle Thesen als Folge ihrer Anwendung.

Fragestellung und Methode

Im Titel der Tagung* finden sich die Begriffe «Kontinuität» und «Umbruch», beide im Plural und nicht durch «oder» mit Fragezeichen, sondern durch «und» verbunden. Das hebt die Vermutung, in der Kommunikationswissenschaft habe es über 1945 hinweg sowohl Umbruch als auch Kontinuität gegeben, in den Rang einer Prämisse. Sie zu teilen entbindet nicht von der Aufgabe zu untersuchen, wo und wie in unserem Fach Kontinuität und Umbruch stattgefunden haben. Dabei erheben sich Probleme wie die folgenden:

1. Kontinuität wird oft mit der Identität von Systemen in der Zeitdimension gleichgesetzt. Kontinuität von Systemen kann aber auch deren Wandel im Interesse von Umweltpassung und Funktionsfähigkeit erfordern. Und Umbruch wird oft mit Diskontinuität gleichgesetzt, aber auch allmählicher Wandel kann, wenn er tiefgreifend ist, zur Diskontinuität von Systemen führen.
2. Oft ist unklar, auf welche Phänomenebene sich die Begriffe «Kontinuität» und «Umbruch» beziehen: die von Personen, Strukturen, Institutionen oder Theorien, wie es in der Einladung zum Workshop heisst?
3. Im Zusammenhang mit der NS-Zeit sind die Begriffe «Kontinuität» und «Umbruch» moralisch und politisch aufgeladen. Das ist aus dem Bedürfnis zu erklären, zu dieser Epoche der planmäßigen Menschenvernichtung Distanz zu gewinnen. In bestimmter Auffassung, der meine Begrifflichkeit allerdings nicht folgen wird, erscheint Kontinuität aber selbst beim Nationalsozialismus nicht per se abzulehnen, Umbruch nicht per se wünschbar. Z.B. ist eine gewisse Kontinuitätsvorstellung wohl Voraussetzung dafür, die NS-Vergangenheit als kulturelle Erbschaft annehmen und verarbeiten zu können, was die nur auf Umbruch setzende DDR nicht geschafft hat.

Um solche Probleme zu klären, ist das Verständnis von «Kontinuität» und «Umbruch» zu schärfen. Im Hinblick auf die Frage nach der Systemidentität spreche ich im Folgenden von «Dis-

* Der Beitrag basiert auf der Grundlage des Referats im Rahmen der Jahrestagung der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) in Dortmund von 18.-19. Jänner 2002 (Thema Kontinuitäten und Umbrüche – Von der Zeitungs- zur Kommunikationswissenschaft).

kontinuität» statt von «Umbruch». Die Begriffe «Kontinuität» (im Sinne von Systemidentität) und «Diskontinuität» (= Nicht-Identität) werden auf die *gesamtgesellschaftliche* Ebene bezogen. Entsprechend dem moralisch-politischen Hintergrund spreche ich von «Kontinuität» bei Faktoren, die die Fortsetzung bzw. Wiederbelebung des nationalsozialistischen oder eines ähnlichen Regimes begünstigen, während Faktoren, die dem entgegenstehen, unter «Diskontinuität» subsumiert werden.

Fachgeschichte kann nicht getrennt von der allgemeinen Zeit- und Kulturgeschichte, in die sie eingebettet ist, geschrieben werden. Instrumente, die zu Antworten auf Fragen nach Kontinuität oder Diskontinuität verhelfen, sollten daher auch jenseits der Fachgrenzen anwendbar sein. Mit anderen Worten: Die Fachgeschichte sollte Begriffe verwenden, mit der auch die allgemeine Geschichte des NS-Regimes arbeiten kann.

Personen, Strukturen, Institutionen und Theorien hängen zusammen. Trotzdem müssen Maßstäbe, mit denen Kontinuität oder Diskontinuität festgestellt werden soll, zunächst auf eine bestimmte Phänomenebene bezogen werden. (Auch Temperatur und Luftfeuchtigkeit hängen zusammen, trotzdem werden sie mit verschiedenen Instrumenten gemessen. Erst die voneinander unabhängige Messung von Variablen erlaubt die Feststellung von Zusammenhängen zwischen ihnen.) Die folgende Typologie bezieht sich auf die elementare Ebene des *sozialen Handelns* und seiner Regelmäßigkeiten («Handlungsweisen»)¹, die für alle anderen Phänomenebenen als Basis relevant ist. Mit dem Begriff des Handelns wird der auf das NS-Regime bezogene *subjektive Sinn* eines Tuns oder Lassens zur konstitutiven Dimension einer Typologie, die gleichwohl die Frage nach der *objektiven Funktion* einer Handlungsweise für das Regime nicht aus dem Auge verliert.

Ich schlage eine Typologie von Handlungsweisen im NS-Regime und danach im Sinne der idealtypologischen Methode Max Webers² vor. Idealtypen können als Permutationen von Ausprägungen binärer Codes konstruiert werden. In Bezug auf Handlungsweisen im NS-Regime kommen dafür z.B. in Frage: subjektive Identifikation mit dem Regime vs. Nichtidentifikation; Bereitschaft zu Straftaten vs. Nichtbereitschaft; objektiver Nutzen für das Regime vs. Schaden; Belohnung durch das Regime vs. Nichtbelohnung; subjektive Orientierung an einer zu erwartenden Belohnung vs. Desinteresse; Bestrafung durch das Regime vs. Nichtbestrafung; subjektive Bereitschaft zum Risiko der Bestrafung vs. Nichtbereitschaft. Die Zahl der mathematisch möglichen Kombinationen ist um ein Vielfaches höher als die Zahl der vorgeschlagenen Varianten, die ich auf sieben typische reduziere.

Hilfreich bei dieser Reduktion ist, dass Idealtypen nach Weber auch aus realen Erscheinungen, hier Handlungsweisen bestimmter Subjekte, als deren abstrahierende Übersteigerung abgeleitet werden können. Personen der Zeitungs- und späteren Kommunikationswissenschaft, an denen sich die sieben Handlungsweisen typischerweise zeigen, werden im Folgenden exemplarisch erwähnt. Diese Personen müssen aber nicht immer im Sinne des jeweiligen Typus gehandelt haben. Z.B. kann ein Subjekt, das typischerweise regimekonform war, auch jüdische Freunde beschützt haben. (Himmler hat das in einer berüchtigten Rede vor SS-Offizieren beklagt: An sich würden die Deutschen als gute Nationalsozialisten ja von der Notwendigkeit überzeugt sein, dass die jüdische Rasse ausgerottet werden müsse. Aber dann käme eben doch jeder Deutsche und hätte seinen «guten Juden», der ausnahmsweise zu verschonen sei.) Oder ein Oppositioneller kann sich in besonderen Situationen auch opportunistisch verhalten

¹ vgl. Max Weber: *Soziologische Grundbegriffe*. 2. Aufl. Tübingen 1966, 5.

² vgl. Max Weber: *Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher Erkenntnis*. In: ders.: *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik*. 4. Aufl. Stuttgart 1968, 186-262, 238 f.

oder Kompromisstexte veröffentlicht haben, die für das Regime objektiv nützlich waren. Oder innerhalb einer Biographie kann sich Wandel, gar Umbruch von einer Handlungsweise zur anderen vollzogen haben.

Idealtypen sind methodische Instrumente, um Wirklichkeit an ihnen zu messen und so zu erkennen. Das schliesst die Feststellung von Abweichungen ein. Idealtypen sind keine Schubladen, in die sich Realität – auch nicht die historische – säuberlich einordnen liesse.

Deshalb sind Fragen der biographischen Methode wie, ob jemand Konformist, Opportunist oder Oppositioneller war, oft gar nicht klar zu beantworten. (Aufschlussreich kann allerdings die Feststellung sein, welche Handlungsweisen im Laufe einer Biographie nicht praktiziert wurden.) Ausserdem kann die biographische Methode der entscheidenden Frage, wodurch die NS-Herrschaft möglich wurde – und damit dem lebensdienlichen Sinn der Rekonstruktion dieser Epoche – kaum gerecht werden, weil nicht Persönlichkeitsentwicklungen, sondern Handlungen über die Existenzfähigkeit des Regimes entschieden.

1. Totale Konformität

Dieser erste Typus ist unkompliziert: Subjektiver Sinn ist die bedingungslose Identifikation mit den Vorgaben des NS-Regimes einschliesslich der Bereitschaft, zu seinem Nutzen oder im Namen seiner Ideologie Verbrechen zu begehen.

Das Regime konnte sich natürlich in höchstem Masse auf diese von ihm nachdrücklich propagierte Handlungsweise stützen.

Diskontinuität setzt – hier wie bei allen anderen für das Regime nützlichen Handlungsweisen – Einsicht in diese Funktionalität und deren (selbst-)kritische Bewertung voraus. Beides wird einerseits dadurch erleichtert, dass Verbrechen rechtlich oder moralisch identifizierbar sind, andererseits durch die Tendenz zur Verdrängung bewusster Schuld erschwert. Kontinuität ist bei diesem Typus nicht nur mit der Abwesenheit von (selbst-)kritischer Einsicht verbunden, sondern in der Regel auch mit einem Bewusstseinswandel, in dessen Verlauf elementare ideologische Überzeugungen beibehalten, die verbrecherische Dimension des früheren eigenen Handelns aber geugnet wird.

Als Beispiel aus der Zeitungswissenschaft kann *Franz Alfred Six*, u.a. Dekan auf Lebenszeit der «Auslandswissenschaftlichen Fakultät» an der Universität Berlin, gelten. Seine Identifikation mit Terminologie und Kernaussagen der nationalsozialistischen Ideologie stellte er bereits in den Anfangsjahren des Regimes durch seine ansonsten dürftige zeitungswissenschaftliche Dissertation «Die politische Propaganda der NSDAP im Kampf um die Macht» an der Universität Heidelberg unter Beweis. Dass er im Namen dieser Ideologie zu Handlungen bereit war, die selbst das im NS-Staat geltende Recht verletzen und deshalb geheim gehalten wurden, zeigt seine Tätigkeit als ranghöher Organisator und Befehlsgeber im «Reichssicherheitshauptamt» (RSHA), als der er sich an den von der SS begangenen Massenmorden in Osteuropa beteiligt hat. Lutz Hachmeister hat in seiner Dortmunder Habilitationsschrift gezeigt, dass sich *Der Spiegel* in den frühen fünfziger Jahren des Wissens und Könnens von Mitarbeitern bedient hat, die zum Kreis von Six' Kollegen und Untergebenen im SD gehört hatten.³

Es gereicht unserem Fach zur Ehre, dass totale Konformität nach 1945 für beamtete oder angestellte Tätigkeit als Kommunikationswissenschaftler disqualifizierte. Six hat aber nach Ver-

³ vgl. Lutz Hachmeister: *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*. München 1998.

büssen eines Fünftels der im Nürnberger Einsatzgruppen-Prozess gegen ihn verhängten zwanzigjährigen Haftstrafe in der Bundesrepublik Deutschland freiberuflich als Berater von Medienunternehmen gearbeitet.⁴

2. Ideologische Konformität

Konstitutiv ist auch hier eine Orientierung an Vorgaben des Regimes. Allerdings fehlt die Bereitschaft zu Straftaten, so dass die Identifikation mit dem Nationalsozialismus sich auf zustimmende Äusserungen zur Ideologie (Führerprinzip, Rassenlehre, Volksgemeinschaft, geopolitische Ziele usw.) beschränkt. Häufigkeit und Intensität solcher Äusserungen lassen darauf schliessen, dass das Handlungssubjekt ideologische Vorgaben des Nationalsozialismus mit Überzeugung geteilt und verbreitet hat, typischerweise im wahrhaftigen Glauben an eine «gute Sache» (Idealismus).

Auch diese Handlungsweise wurde vom Regime propagiert und ausgenutzt. Das Vermeiden von Straftaten wurde nicht sanktioniert.

Kontinuität bedeutet hier bewusstes oder unbewusstes Festhalten an den Überzeugungen von vor 1945, wobei allenfalls den NS-Verbrechen unmittelbar vorgeschaltete Ideologiekomponenten (z.B. Antisemitismus) verdrängt, gemildert oder modifiziert werden. Diskontinuität ist wiederum an das selbstkritische Bekenntnis zu dieser früheren Handlungsweise gebunden, wofür hier wegen der retrospektiven Erkennbarkeit ideologischer Überzeugungen und wegen des Fehlens krimineller Schuld und daran geknüpfter Verdrängungsmotive unter allen regimefunktionalen Typen die besten Chancen bestehen. Das eigene Handeln im NS-Regime konnte in diesem Fall später unter die relativ wenig belastende Kategorie des *Irrtums* subsumiert werden.

Ein exemplarischer Fall ist der Dichter und spätere medienkundliche Fachjournalist *Friedrich Wilhelm Hymmen*. In jungen Jahren hat er sich als Autor damals weit verbreiteter Blut- und Boden-Stücke einen Namen gemacht, ohne dass von ihm Verstösse gegen Strafgesetze oder Menschenrechte bekannt geworden wären. Hymmen hat sich zu seiner Tätigkeit im Nationalsozialismus bekannt, ihren Nutzen für das Regime erkannt und sich von ihr beschämt distanziert. Nach 1945 hat er bewusst keine fiktionalen Texte mehr geschrieben und war stattdessen journalistisch – als verantwortlicher Redakteur des *epd-Artikeldienstes* «Kirche und Rundfunk» (heute *epd Medien*) – tätig. Über den Sinn dieses Entschlusses kann man streiten, immerhin hat Hymmen aber überhaupt eine praktische Konsequenz aus seinem Handeln im Nationalsozialismus gezogen. Zur Kommunikationswissenschaft gehört er auch insofern, als er für die Zeitschrift *medium* zahlreiche Lexikon-Artikel zu Medien-Stichworten verfasst hat, die an Prägnanz ihresgleichen suchen.

Im Falle des NS-Regimes war ideologische Konformität allerdings damit konfrontiert, dass die nationalsozialistische Ideologie auch schon in ihren proklamierten Zielen (z.B. gewaltsame Eroberung von Lebensraum im Osten, Vernichtung der jüdischen Rasse) verbrecherisch war, d.h. (zumindest implizite) Aufforderungen zu Straftaten enthielt. Idealistischer Glaube an eine gute Sache musste daher Teile der Ideologie abspalten und davor die Augen verschliessen, um sich auf die für sich genommen nicht kriminellen Komponenten (Gemeinschaftsidee, Führerprinzip, Autonomiegedanke) konzentrieren zu können. Ideologische Konformität im NS-Regime war daher bestenfalls naiv, oft aber auch auf einem Auge blind und wissentlich verlogen.

⁴ Zu Six' Biographie und Beurteilung vgl. auch Regina Urban/Franz Herpolzheimer: *Franz Alfred Six (geb. 1909)*. In: Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*. Köln 1984, 169-213.

Das zeigt sich z.B. im Falle des Leipziger Institutschefs *Hans Amandus Münster*, der, obwohl im Wesentlichen nur ideologisch konform, was sich mit seinen Bemühungen um eine Modernisierung der Zeitungswissenschaft in sozialempirische Richtung durchaus vertrug, und sonst wohl nicht unmittelbar an Verbrechen beteiligt, dennoch nichts dabei fand, Listen jüdischer Presseleute als akademische Abschlussarbeiten anfertigen zu lassen (und so der Verfolgung der aufgelisteten Journalisten eine Informationsgrundlage zu verschaffen). Es gibt bis heute DGPK-Mitglieder (Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft), die selbst dafür Entschuldigungsgründe suchen.⁵

Obwohl ohne Hochschullehreramt, hat Münster die Kommunikationswissenschaft nach 1945 noch um Lehrbücher bereichert. In seinen Publikationen aus der Nachkriegszeit steckt auf verborgene Weise ideologiegeschichtliche Kontinuität, z.B. wenn er in seiner Darstellung des US-amerikanischen Pressewesens⁶ mit keinem Wort auf die dort den Journalismus prägende Objektivitätsnorm eingeht, die der vom Nationalsozialismus auf die Spitze getriebenen deutschen Tradition des Gesinnungsjournalismus fremd ist.

3. Opportunismus

Der subjektive Sinn ist hier nicht primär auf das NS-Regime bezogen, das nur als unvermeidliche Randbedingung in Betracht gezogen wird, sondern auf eigene Ziele des Handlungssubjekts: ökonomische Vorteile, beruflicher Erfolg, Einfluss usw. Vom normalen Alltagshandeln unterscheidet sich Opportunismus dadurch, dass diese Ziele nicht lebensnotwendig sind. Der nur sekundär auf das NS-Regime bezogene Handlungssinn enthält allerdings das Motiv, dessen Vorgaben so weit zu erfüllen, wie es dem Subjekt im Interesse einer effektiven Verfolgung seiner Ziele notwendig erscheint – ohne sich mit diesen Vorgaben zu identifizieren.

Auch diese instrumentelle Handlungsweise kann Straftaten als Zugeständnisse an Regimevorgaben umfassen. Gleichzeitig ist sie wegen der fehlenden Identifikation aber auch mit *heimlicher Distanz* zum Regime und infolgedessen mit *Unrechtsbewusstsein* verbunden. Deshalb sind die Zugeständnisse typischerweise vorsichtig und gering an Zahl, möglicherweise auch schon im wiederum opportunistischen Blick auf spätere Verhältnisse. Dass sie gleichzeitig unübersehbar sein müssen, um ihren Zweck zu erfüllen, macht die Widersprüchlichkeit dieser Handlungsweise aus.

Trotz der inneren Distanz lagerte die opportunistische Handlungsweise NS-konforme Produkte (z.B. Texte, die antisemitische Voururteile bestätigten) und Verhältnisse ab, auf die sich das Regime stützen konnte.

Im Hinblick auf Diskontinuität ist die opportunistische Handlungsweise besonders problematisch, weil sie kritische Selbsterkenntnis aus mehreren Gründen erschwert: Die bereits unter der NS-Herrschaft vorhandene Distanz verstellt Einsichten in die Funktionalität konformer Äusserungen, nährt zusammen mit deren Seltenheit sogar die Illusion, sie hätten als Abschirmung verborgener Opposition gedient. Das schon während opportunistischer Handlungen vorhandene Unrechtsbewusstsein ist ein zusätzliches Motiv für die Verdrängung eigener Schuld.

⁵ vgl. Horst Pöttker: *Momente einer Debatte. Wie die deutsche Kommunikationswissenschaft sich heute vor ihrer Vergangenheit schützt*. In diesem Band.

⁶ vgl. Hans A. Münster: *Die moderne Presse. Bd. II. Die Presse im Ausland*. Bad Kreuznach 1956, 14-42. Teile dieser Schrift sind möglicherweise schon in der NS-Ära entstanden.

An Beispielen aus unserem Fach mangelt es nicht. Schwer einzuordnen ist der Fall *Emil Dovifat*, weil hier ideologische Konformität, vor allem mit dem von Dovifat schon vor 1933 begrüßten Prinzip der politischen Führung, kritische Distanz zum Nationalsozialismus z.B. hinsichtlich seines mörderischen Antisemitismus, normales Alltagshandeln sowie Opportunismus, wie er in den mit Elogen auf Hitler gespickten Lehrbüchern «Zeitungslehre»⁷ und «Rede und Redner»⁸ zum Ausdruck kommt, zu einem kaum wieder zerlegbaren Konglomerat verschmolzen sind. Nach der Lektüre etlicher Dovifat-Texte aus der NS-Zeit scheint mir, dass bei ihm nicht, wie gelegentlich vermutet, das opportunistische Element überwog, sondern – bei einem gesinnungsethisch geprägten Konservativen kaum anders zu erwarten – eine komplexe Verbindung von ideologischer Konformität und Distanz ohne die Konsequenz oppositionellen Handelns. Dass diese schillernde Persönlichkeit (Bernd Sösemann hat ihr einen Aufsatz mit dem un-nachahmlichen Titel «Auf dem Grat zwischen Entschiedenheit und Kompromiss»⁹ gewidmet) nach 1945 zur Symbolfigur unseres Faches wurde, die Aussenstehende immer noch mit Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft assoziieren, ist charakteristisch für die deutsche Mi-sere im Hinblick auf vieles, das mit dem Nationalsozialismus zu tun hat.

Klarer liegen die Dinge bei Dovifats Schülerin *Elisabeth Noelle*. Auch bei ihr ist ideologische Konformität nicht völlig auszuschliessen, zumal Noelle-Neumanns Theorie der öffentlichen Meinung¹⁰ tiefgründige Parallelen mit der NS-Ideologie (Dominanz biologischer Muster zur Erklärung menschlichen Verhaltens, antimoderne Gleichsetzung von Gesellschaftlichkeit mit konfliktfreier Homogenität) aufweist.¹¹ Mehr für Opportunismus sprechen aber die geringe Zahl und die argumentative Isoliertheit der Passagen in ihren Texten, die antisemitische Klischees bedienen, ebenso wie die Tatsache, dass sie diese damals opportunen, nach 1945 belastenden Sätze gleichmässig über ihre wissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten – von einem Beitrag für eine amerikanische Studentenzeitschrift über ihre Dissertation¹² bis zu ihren Artikeln für Goebbels' Vorzeige-Wochenschrift *Das Reich*¹³ – verteilt hat. Im Übrigen sah die ehrgeizige Elisabeth Noelle eine Karriere als Journalistin noch vor sich, so dass sie auch mehr Grund zu Opportunismus hatte als der in Amt und Würden waltende Institutschef Dovifat. Schliesslich ist Noelle-Neumanns hartnäckige Weigerung, sich zu ihrem Mitmachen im NS-Regime zu bekennen, typischer für Opportunismus und die dazu gehörende Distanz zum Nationalsozialismus als für ideologische Konformität, die selbstkritische Einsichten leichter macht.

Bei der opportunistischen Handlungsweise nicht unerwähnt lassen will ich meinen eigenen «wissenschaftlichen Grossvater» *Theodor Geiger*. Wenngleich Soziologe, gehört er insofern zur Kommunikationswissenschaft, als er in den vierziger Jahren ein Buch über Reklame geschrieben, Programm und Rezeption des dänischen Radios empirisch untersucht und einen wichtigen historisch-systematischen Beitrag zum Selbstverständnis des Journalismus geleistet

⁷ Emil Dovifat: *Zeitungslehre. Bd. I, II*. Berlin, Leipzig 1937 und die noch angepasste «Feldpostauflage» von 1944.

⁸ Emil Dovifat: *Rede und Redner. Ihr Wesen und ihre politische Macht*. Leipzig 1937.

⁹ Bernd Sösemann: *Auf dem Grat zwischen Entschiedenheit und Kompromiss*. In: ders. (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998, 103-159.

¹⁰ vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: *Die Schweigespirale, öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München, Zürich 1980.

¹¹ vgl. dazu Horst Pöttker: *Tönnies und die Schweigespirale. Zur Mutation einer Theorie über die öffentliche Meinung*. In: Günter Bentele/Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation*. München 1993, 202-213.

¹² vgl. Elisabeth Noelle: *Amerikanische Massenbefragungen über Politik und Presse*. Diss. Phil. Berlin, Limburg a.d.L. 1940, bes. 63 und 134 f.

¹³ vgl. Elisabeth Noelle: *Wer informiert Amerika?* In: *Das Reich*, 8.6.1941.

¹⁴ vgl. Horst Pöttker: *Kritische Empirie. Zur Aktualität Theodor Geigers für die Medienforschung*. In: Urs Fazis/Jachen C. Nett (Hg.): *Gesellschaftstheorie und Normentheorie. Symposium zum Gedenken an Theodor Geiger 9.11.1891-16.6.1952*. Basel 1992, 285-296.

hat.¹⁴ Geiger hat schon vor der Machtübergabe an Hitler die heraufziehende NS-Herrschaft kritisch analysiert¹⁵ und ist im Herbst 1933 nach Skandinavien emigriert. Gleichwohl hat er sich zwischen Februar und September 1933 durch Briefe, Vorträge («Volksoziologie als Heimatkunde» am 20. März 1933 vor dem Braunschweiger Landeslehrerverein) und Publikationen, die nach Ton und Inhalt peinlich aus dem Rahmen seines übrigen Werkes fallen¹⁶, mit den neuen Machthabern zu arrangieren versucht – die ihn trotzdem aus dem Braunschweigischen Hochschuldienst entlassen haben.

4. Normales Alltagshandeln

Dieser Typus kann nur ex negativo bestimmt werden. Als normalen Alltag im NS-Regime kann man ein Handeln bezeichnen, das nicht unter die Kategorien der totalen oder ideologischen Konformität, des Opportunismus, der Opposition oder der inneren bzw. tatsächlich vollzogenen Emigration zu subsumieren ist. Mit anderen Worten: Normaler Alltag ist ein Handeln, das die Subjekte auch ohne das NS-Regime praktiziert hätten.

Es kann natürlich die unterschiedlichsten Motive haben: von der Absicht, berufliche oder familiäre Pflichten zu erfüllen, bis zum Erfolgsstreben ohne Rücksicht auf Vorgaben des Regimes. In Anbetracht des Menschenrechts auf Leben und Unversehrtheit sollte über das Grundkriterium hinaus auch die Motivation zum Alltagshandeln gezählt werden, einer Verfolgung durch die Machthaber zu entgehen.

Auch Alltagshandlungen konnte sich das Regime zu Nutze machen und zur Mitwirkung an Verbrechen umwerten. Lokführer, die Transporte nach Auschwitz fuhren, mussten dabei nur ihren üblichen Dienstpflichten nachkommen. Damit sie ihre Funktion erfüllten, war es nicht notwendig, sie zu informieren oder zu fragen.

Diskontinuität setzt beim Alltagshandeln einmal mehr die selbstkritische Einsicht in die (zumindest mögliche) Funktionalität für das Regime voraus, die sich gerade bei diesem Typus erst nach langwierigen Lernprozessen einstellt. Kontinuität wurde hier dadurch begünstigt, dass Alltagshandeln vom pluralistischen Kontext der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft aus zunächst unproblematisch erscheinen musste.

Fünf Jahrzehnte haben nicht ausgereicht, um in der politischen Kultur Deutschlands die Erkenntnis durchzusetzen, dass in Regimen wie dem nationalsozialistischen normales Alltagshandeln Beteiligung an Verbrechen bedeuten kann. Dass es uns nicht gelingen will, die NS-Vergangenheit intellektuell zu begreifen und moralisch zu verarbeiten, hängt mit der geringen Verbreitung dieser Einsicht zusammen. Erst ihre Akzeptanz würde zu dem Eingeständnis führen, dass die meisten Deutschen zum Ent- und Bestehen der nationalsozialistischen Herrschaft beigetragen haben – mindestens durch Unterlassen. Und erst dieses Eingeständnis würde eine befriedigende Antwort auf die noch immer offene Frage, wie etwas so Unglaubliches wie Auschwitz möglich war, sowie eine Klärung der ebenfalls noch immer offenen Schuldfrage erlauben: Es gibt zwar keine Kollektivschuld, aber die allermeisten Deutschen haben sich auch als Individuen durch Mangel an Zivilcourage schuldig gemacht.

Als Beispiel für normales Alltagshandeln eines massgeblichen Zeitungswissenschaftlers erwähne ich den Münchner Institutsleiter *Karl d'Ester*. Er hat das getan, was er auch ohne das

¹⁵ vgl. Theodor Geiger: *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*. Stuttgart 1932, besonders den Exkurs «Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus».

¹⁶ vgl. Thomas Meyer: *Die Soziologie Theodor Geigers. Emanzipation von der Ideologie*. Wiesbaden 2001, 122-130.

NS-Regime getan hätte, nämlich gelehrt, geforscht und Bücher geschrieben, wobei an den Produkten und Sedimenten seiner wissenschaftlichen Tätigkeit weder Zeichen von Opportunismus noch von Opposition erkennbar sind. Allenfalls dass er zusammen mit Hans A. Münster die Schriftenreihe «Wesen und Wirkungen der Publizistik» herausgegeben hat, deren programmatischer Band 1 «Die Zeitung als Mittel der Nationalerziehung» hiess¹⁷, mag ein Tribut an das Regime gewesen sein. Die 645 Seiten seines 1941 erschienen Buchs über das Bild der Presse und des Journalismus in der schönen Literatur¹⁸ dagegen lassen – jedenfalls für mich heute – nicht erkennen, wie d'Ester zum NS-Regime stand. Auch die gelegentlich als Zeichen von Opposition gedeutete Tatsache, dass er dem in «privilegiertem Mischehe», also legal in Deutschland lebenden Juden Otto Groth nicht die Türen seines Instituts versperrt hat, scheint mir besser in die Kategorie des normalen Alltagshandelns zu passen. Beides hat dem Regime nicht geschadet, eher genützt, mindestens durch den für Goebbels erwünschten Anschein des Nachweises, zu welchen Leistungen und welcher Liberalität – sogar gegenüber Juden, wenn sie Deutschland nahe standen – man im «Dritten Reich» fähig war.

D'Ester, der ebenso wie Dovifat über 1945 hinaus Institutsdirektor blieb, hat sich zur Bedeutung seiner zeitungswissenschaftlichen Tätigkeit für das NS-Regime auch nach dessen Ende wenig geäußert. Immerhin gehört sein Schüler Kurt Koszyk zu den wenigen von Peter Glotz als «Linke» bezeichneten Kommunikationswissenschaftlern¹⁹, die es gewagt haben, Mängel an Diskontinuität im Fach zu beklagen. Neben Wilmont Haacke, Franz Ronneberger und Walter Hagemann ist d'Ester eine der Figuren der Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft über 1945 hinweg, die auch in quantitativer Hinsicht noch der Forschung bedürfen.²⁰

5. Opposition

Das NS-Regime liess kein auf seine Ablösung oder Strukturveränderung zielendes Handeln zu, ohne das Subjekt solcher Handlungen mit drastischen Sanktionen (bis hin zur physischen Vernichtung) zu bedrohen. Opposition im Nationalsozialismus kann daher als ein die Dekonstruktion des Regimes anstrebendes Tun oder Lassen definiert werden, das das Risiko eingeht, mehr oder weniger hart sanktioniert zu werden.

Es ist die einzige unter den hier typisierten Handlungsweisen, auf die sich das Regime nicht stützen konnte. Gleichzeitig ist sie die einzige, aus der sich für das Handlungssubjekt Gefahren für die eigene Existenz ergaben.

Gesellschaftliche Diskontinuität bedeutet im Falle der oppositionellen Handlungsweise retropektive Fortsetzung der individuellen Regimekritik über 1945 hinaus, angesichts neuer Informationen und Fragen notwendigerweise verbunden mit einem Wandel von Attitüde und Argumentation. Gesellschaftliche Kontinuität dagegen würde Aufgabe der Kritik am NS-Regime bedeuten. Aber auch deren Erstarrung in kontraproduktiven Ritualen kann ein Unrechtsregime stützen, wie sich am Antifaschismus der DDR zeigt.

¹⁷ Die mindestens ideologische Konformität des Autors Friedhelm Kaiser geht unzweifelhaft hervor aus seiner Schrift: *Die deutsche Zeitung. Presse im Dienst der Volksgemeinschaft*. Münster 1939.

¹⁸ Karl d'Ester: *Die Presse und ihre Leute im Spiegel der Dichtung. Eine Ernte aus drei Jahrhunderten*. Würzburg 1941, X, 635 S.

¹⁹ vgl. Peter Glotz: *Der Aussenseiter*. In: Bernd Söseman (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk*. Stuttgart 2001, 24 f.

²⁰ Zu Hagemann allerdings schon: Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. Berlin 1987, 130-205.

Als ein Oppositioneller, der später zum Fach gehört hat, fällt mir *Fritz Eberhard* ein. Bereits dieser später beibehaltene Deckname weist auf den organisatorischen, pädagogischen und publizistischen Widerstand im Untergrund hin, den der als Hellmuth von Rauschenplat Geborene, von den nationalsozialistischen Machthabern per Haftbefehl Verfolgte zwischen 1933 und 1937 als Mitglied des «Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes» (ISK) geleistet hat. Gleichzeitig mit seiner Mitarbeit an den verbotenen *Neuen Politischen Briefen* (Reinhart-Briefe) des ISK hat Eberhard, u.a. als «Fritz Werkmann», Beiträge für die legal in Stuttgart erscheinende Sonntags-Zeitung geschrieben, die trotz ihres nüchtern gehaltenen Tones gewisse Zugeständnisse an die nationalsozialistische Politik enthielten und dem Regime – wie Bernd Söseemann ausgerechnet im Falle Eberhard zutreffend feststellt²¹ – sicher auch genützt haben. (Verdeckte publizistische Opposition oder «Camouflage» in den von einem Gewaltregime zugelassenen Publikationen ist eben eine Illusion, weil dem Zensor nicht verborgen bleiben kann, was der Leser bemerken soll.) Nicht zu Eberhards Zugeständnissen gehörten die für konformes oder opportunistisches Handeln charakteristischen Elogen auf das NS-Führungspersonal oder gar antisemitische Äusserungen. Die Anpassung beschränkte sich auf terminologische Anlehnungen an die von den Nationalsozialisten geübte Kritik am Weimarer «System» und am Kapitalismus.

Eberhard steht insofern für Diskontinuität, als er ab 1938 in England und nach 1945 als Mitglied des Parlamentarischen Rates, Südfunk-Intendant und Leiter des Instituts für Publizistik der Freien Universität Berlin zwar an seiner scharfen Kritik des NS-Regimes festgehalten hat, gleichzeitig aber auch zu einem Lernen fähig war, das ihn die Gefahr von Gewaltregimen linker Couleur erkennen und westlich-liberale Verhältnisse einschliesslich Praktiken kommerzieller Systeme (empirische Hörerforschung nach amerikanischem Vorbild, von einer «öffentlichen Aufgabe» freier Journalismus) schätzen lernte. Da er in der Zeit seines kommunikationswissenschaftlichen Wirkens in Berlin auch zahlreiche Forschungsarbeiten angeleitet hat und neben Gerhard Maletzke und Elisabeth Noelle-Neumann zu den Pionieren der sozialwissenschaftlichen Neuorientierung in den sechziger Jahren gehörte, hätte das Fach in der sich verwestlichenden Bundesrepublik Deutschland keine bessere Symbolfigur finden können als ihn. Dennoch ist ihm die Ehrenmitgliedschaft der «Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft» nicht zuteil geworden.

6. Emigration

Sie stellt in meiner Typologie einen Grenzfall dar, weil es sich nur in dem Augenblick, in dem das Handlungssubjekt Deutschland verlässt, um eine Handlungsweise im NS-Regime handelt. Das Motiv ist ja gerade der Entschluss, künftig nicht mehr unter den Bedingungen dieses Regimes handeln zu wollen.

Von Emigration kann nur dann die Rede sein, wenn dieser Entschluss kritisch auf Aktivitäten oder Merkmale des NS-Regimes reagiert. Die Diplomaten des «Dritten Reichs» im Ausland waren keine Emigranten, und auch Elisabeth Noelle ist nicht emigriert, als sie mit einem Stipendium des DAAD zum Studium in die Vereinigten Staaten ging.

Dennoch muss Emigration nicht ein Ausdruck oder eine Folge von Opposition sein, auch Opportunismus konnte in Emigration umschlagen. Der Entschluss zur Emigration war häufig nicht freiwillig, sondern wurde durch repressive Massnahmen des Regimes erzwungen oder nahe gelegt.*

²¹ vgl. Bernd Söseemann: *Journalistischer Kampf gegen den Nationalsozialismus im deutschen Untergrund und französischen Exil*. In: ders. (Hg): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk*. Stuttgart 2001, 122-192, 146, 179 ff., 191 ff.

Emigration war eine Handlungsweise, auf die sich das Regime einerseits stützen konnte, weil es auf kostengünstige Weise Gegner im Innern los wurde. Andererseits wurden ihm u.U. dringend benötigte Humanressourcen entzogen, besonders wenn die Emigranten Wissenschaftler oder andere Fachleute waren, in deren Ausbildung erhebliche gesellschaftliche Investitionen steckten.

Diese Problematik setzte sich fort, wenn sich Emigranten nach 1945 aus verständlichen Gründen entschieden, nicht nach Deutschland zurückzukehren. Diskontinuität jedenfalls drückt sich eher im Entschluss zur Rückkehr und zur Mitwirkung am Aufbau einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung aus.

Ich nenne vier Namen von Emigranten, die für unser Fach bedeutsam sind: *Theodor IV. Adorno*, *Fritz Eberhard*, *Theodor Geiger* und *Alphons Silbermann*. Alle vier wurden zur Emigration genötigt, entweder weil sie Juden waren (Adorno, Silbermann), kurz vor der Entdeckung illegaler Opposition standen (Eberhard) oder trotz opportunistischer Bemühungen wegen früherer Schriften und Aktivitäten vom Regime als Gegner behandelt wurden (Geiger). Bemerkenswert ist, dass offenbar selbst Adorno vor der Emigration die Illusion hatte, sich mit dem NS-Regime arrangieren zu können, und entsprechende Anpassungsversuche unternommen hat.²²

Eberhard, Adorno und Silbermann stehen insofern für Diskontinuität, als sie nach Deutschland zurückgekehrt sind und ihr Können in die deutsche Nachkriegsgesellschaft eingebracht haben. Geiger ist nach 1945 im skandinavischen Exil geblieben und schon 1952 gestorben. Seine kommunikationswissenschaftlich eminent wichtige, weil begriffsscharfe und empirisch fundierte «Kritik af Reklamen»²³ von 1943 ist zwar in den achtziger Jahren ins Deutsche übersetzt worden, aber für das ganze Buch hat sich bis heute kein seriöser deutscher Verlag gefunden. Wenn viele Emigranten im Ausland geblieben sind, lag das auch an den Verhältnissen, die sie bei einer Rückkehr vorgefunden hätten.

7. Innere Emigration

Auf den ersten Blick erscheint dieser Typus überflüssig. Was unterscheidet innere Emigration vom normalen Alltagshandeln? Typisch ist in beiden Fällen, dass das Subjekt dem Regime einerseits keine Zugeständnisse machen, sich andererseits aber auch nicht in Gefahr bringen will.

Dennoch lässt sich ein Kriterium finden: Innere Emigration kann definiert werden als eine Handlungsweise, die dem Regime gegenüber so distanziert ist, dass sie ihm – im Unterschied zum Alltagshandeln, aber ähnlich wie «äussere» Emigration – die Ressource der eigenen Oua-

²² Hannah Arendts These, dass Adorno sich bei den neuen Machthabern anzubiedern versucht hat (vgl. *Briefwechsel mit Karl Jaspers*. München, Zürich 1985, 679), erscheint angesichts des von ihm selbst bekundeten Willens, «um jeden Preis in Deutschland zu bleiben» (Brief an Ernst Krenek, 7.10.1934), seiner bekannten Affinität zu Kreisen der Hochfinanz und des Adels, die den Nationalsozialisten nahestanden (vgl. Peter von Haselberg: *Wiesengrund Adorno*. In: *Text und Kritik, Sonderband Th. W. Adorno*. 1977, 15), und mancher seiner Musikkritiken aus der Anfangszeit des NS-Regimes, in denen er z.B. lobend Goebbels' «romantischen Realismus» erwähnt hat (in einer Rezension von Herbert Müntzeis Zyklus *Die Fahne der Verfolgten* nach einem Gedichtband von Baldur von Schirach; vgl. Theodor W. Adorno: *Gesammelte Schriften*. Hg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 19, *Musikalische Schriften VI*. Frankfurt a.M. 1984, 331 f.), plausibler als die auch im Fall Adorno von der akademischen Gemeinde unternommenen Versuche, in belastende Texte eine verdeckte Kritik «zwischen den Zeilen» hineinzulesen (vgl. Hartmut Scheible: *Theodor W. Adorno*. Reinbek 1989, 70 ff.). Und selbst wenn feinsinnige Kritik, die nur Eingeweihte hätten verstehen können, Adornos Absicht gewesen sein sollte – er hat mit den an die vermuteten Erwartungen der NS-Zensoren angepassten Veröffentlichungen jedenfalls dem Regime gedient.

²³ Theodor Geiger: *Kritik af Reklamen*. Kopenhagen 1943, 399. Informationen zur Übersetzung kann der Autor (poettker@ifj.fb15.uni-dortmund.de) geben.

likifikation entzieht. Von Opposition dagegen unterscheidet sich innere Emigration dadurch, dass sie das Risiko der Verfolgung durch das Regime vermeidet.

Wissenschaftler beispielsweise konnten dadurch innerlich emigrieren, dass sie auf Publikationen oder sogar auf ihr Lehramt verzichteten und ihren Lebensunterhalt durch weniger qualifizierte Tätigkeiten erwarben. Auch innere Emigration musste nicht freiwillig sein, in manchen Fällen hat das Regime sie durch Publikations- und Berufsverbote erzwungen.

In ihrer Bedeutung für das Regime war auch innere Emigration ambivalent, mit etwas anderer Akzentuierung als die physisch vollzogene Emigration: Einerseits waren natürlich auch weniger qualifizierte Tätigkeiten gesellschaftlich funktional, andererseits blieb mit den «inneren Emigranten» ein kritisches Potential im Land, das in Krisensituationen (etwa bei einem Aufstand oder Staatsstreich) oppositionell aktiv werden konnte.

Diskontinuität erfordert hier auch individuell einen Bruch mit der gewohnten inneren Distanz, ein Umschalten von Passivität auf Aktivität und Engagement, das manchem innerlich Emigrierten sicher nicht leichtgefallen ist.

Beispiele für innere Emigration deutscher Wissenschaftler zu finden ist schon deshalb nicht leicht, weil es für diese Handlungsweise kaum eindeutige Indikatoren gibt. Von Wilhelm Weischedel wird berichtet, dass er auf Habilitation und Tätigkeit als Hochschulphilosoph verzichtet und stattdessen bei der Krankenhausverwaltung gearbeitet hat.

Unter den Zeitungs- und Kommunikationswissenschaftlern im weitesten Sinne kann man *Otto Groth* und *Victor Klemperer* nennen. (Wenn wir den Romanisten Klemperer überhaupt zur Kommunikationswissenschaft zählen dürfen. Seine nach 1945 erschienenen Notizen zur Sprache des Nationalsozialismus mit dem Titel «Lingua Tertii Imperii» (LTI)²⁴ eignen sich neben dem «Wörterbuch des Unmenschen»²⁵ jedenfalls als stilkritisches Material für die Journalistenausbildung.) Sowohl bei Groth als auch bei Klemperer wurde innere Emigration durch die starken Einschränkungen erzwungen, denen das NS-Regime auch Juden mit nicht-jüdischen Ehepartnern unterwarf. Am privaten Schreibtisch gearbeitet haben beide, aber sie konnten eben nicht lehren oder publizieren. Bei Klemperer haben wir mit der LTI und den Tagebüchern aus der NS-Zeit²⁶ beredte Zeugnisse für seinen Hass auf den Nationalsozialismus. Bei Groth spricht die Frucht seiner Schreibtischarbeit während des Überwinterns, seine 1948 veröffentlichte «Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft»²⁷, eher für normales Alltagshandeln als für Opposition. Dennoch ist auch bei ihm – schon wegen seiner jüdischen Abstammung und der aus seinen Schriften sprechenden Liberalität – kritische Distanz zum Nationalsozialismus anzunehmen.

Klemperer steht insofern für den Willen zur Diskontinuität, als er sich als bewusster Antifaschist für die DDR entschieden hat, ohne sich von ihr unkritisch als Aushängeschild benutzen zu lassen.²⁸ Groths bedeutendster Beitrag zur Diskontinuität ist das in den sechziger Jahren

²⁴ LTI wurde kürzlich sogar ins Englische übersetzt: vgl. Victor Klemperer: *The Language of the Third Reich. LTI – Lingua Tertii Imperii. A Philologist's Notebook*. Transl. by Martin Brady. London, New Brunswick 2000.

²⁵ Dolf Sternberger/Gerhard Storz/Wilhelm E. Süskind: *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*. 3. Aufl. Hamburg, Düsseldorf 1968.

²⁶ Victor Klemperer: *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941. Tagebücher 1942-1945*. 5. Aufl. Berlin 1996.

²⁷ Otto Groth: *Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*. München 1948.

²⁸ vgl. Victor Klemperer: *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1949. Tagebücher 1950-1959*. Berlin 1999.

veröffentlichte siebenbändige Monumentalwerk «Die unerkannte Kulturmacht»²⁹, in dem er sein an die angelsächsische Praxis erinnerndes, jeder Gesinnungspublizistik abholdes Konzept des Journalismus als Vermittlungsberuf ausgemalt hat, das von Kommunikationswissenschaft und Journalismus in Deutschland unverdient wenig beachtet wird. Im Übrigen hat sich der 1875 geborene Groth gern mit dem Bundesverdienstkreuz und mit der Ehrenmitgliedschaft der DGpuK auszeichnen lassen. Auch das zeigt, dass er nicht in Verbitterung verharret ist, sondern nach den Möglichkeiten seines Alters am Aufbau eines demokratischen Gegenmodells zum NS-Regime mitwirken wollte.

Ausblick und Fazit

Indem die vorgeschlagene Typologie sich auf Handlungen bezieht, kann sie der Beschreibung und Analyse von Verhältnissen auf verschiedenen Ebenen von Handlungssystemen dienen: der des Individuums, auf der die fachgeschichtliche Forschung trotz ihrer nachholenden Leistungen der achtziger und neunziger Jahre noch empfindliche Lücken hat; der einzelner Institute³⁰; aber auch der des Fachs Kommunikations- und Zeitungswissenschaft insgesamt, auf der die Forschung noch kaum begonnen hat.

Mit Hilfe der Typologie können Fragen wie folgende untersucht werden: Wie hoch waren oder sind die Anteile der einzelnen Handlungsweisen am jeweiligen Handlungssystem? War z.B. die Zeitungswissenschaft im NS-Regime überwiegend konform, opportunistisch oder oppositionell? Dominiert(e) in der Kommunikationswissenschaft Diskontinuität oder Kontinuität? Mein Eindruck ist, dass das obere Ende der Skala mit ideologischer oder sogar totaler Konformität und Opportunismus einen höheren Anteil an den Handlungen der massgeblichen deutschen Zeitungswissenschaftler im NS-Regime hatte als Opposition und (innere) Emigration und dass nach 1945 im Fach weniger Diskontinuität zustande gebracht worden ist, als möglich gewesen wäre. Aber das sind Hypothesen, die ja durch die empirische Anwendung der skizzierten Typologie auf geeignete Wissenschaftler-Samples widerlegt werden mögen.

Last not least lässt sich anhand dieser oder einer ähnlichen Typologie die Frage diskutieren: Wie lässt sich künftig das Heraufkommen von Gewaltregimes vermeiden, indem man ihnen rechtzeitig die Handlungsbasis entzieht? Dass dies die in der Praxis entscheidende Frage ist, zeigt sich beim Versuch eines Fazits:

Noch gar nicht die Anwendung des Instruments, allein die begriffliche Anstrengung, eine Typologie von Handlungsweisen im NS-Regime zu entwerfen und an Beispielen zu illustrieren, führt zu zwei elementaren Einsichten.

- Die erste: Offenbar gab es, als das Regime einmal installiert war, kaum Handlungsweisen, auf die es sich nicht stützen konnte. Unter sieben Varianten haben wir eine einzige gefunden, für die das unzweifelhaft gilt, und die setzt die von keinem Normalbürger zu erwartende Entschlossenheit voraus, die eigene Existenz zu riskieren.
- Die zweite Einsicht: Hinter vielen Handlungen, die dem Regime nützten, steckten verständliche, auch uns vertraute, keineswegs verwerfliche, vielleicht sogar edle Motive.

²⁹ Otto Groth: *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft* (Periodik). Bd. 1-7. Berlin 1960-1972.

³⁰ Beispielhaft dafür Arnulf Kutsch: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich. Geschichte des Instituts für Rundfunkwissenschaft der Universität Freiburg*. München u.a. 1985.

Beides zusammen zeigt die Potenz des NS-Regimes, alle Lebensbereiche zu durchdringen und (fast) alles, was innerhalb der Grenzen seiner Macht geschah, in den Dienst seiner Zwecke zu nehmen. Neben den in der nationalsozialistischen Ideologie formulierten, grossenteils verbrecherischen Zielen, die für das NS-Regime spezifisch sind, gehörte dazu auch ein Ziel, das das «Dritte Reich» mit allen anderen Diktaturen gemeinsam hat: die Erhaltung und Ausweitung der eigenen Macht.

Wir haben eine ältere, heute wegen der Gefahr der Gleichsetzung von Diktaturen und Unrechtsregimen für überholt gehaltene Theorie, die die Fähigkeit bestimmter Herrschaftssysteme, (fast) alles im Dienste der eigenen Stabilisierung und anderer Ziele zu instrumentalisieren, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt, indem sie solche Systeme als «totalitär» charakterisiert. Der Versuch, die Wirklichkeit des NS-Regimes auf der Mikroebene der Handlungsweisen und ihres subjektiven Sinns zu analysieren, liefert Argumente für eine Rehabilitierung der Totalitarismus-Theorie.

Zwar dürfen das «Dritte Reich» und die DDR nicht *gleichgesetzt werden*, schon wegen der ungleich grösseren Zahl der NS-Opfer und weil die Vernichtung der jüdischen Rasse im Unterschied zur Entfaltung einer klassenlosen Gesellschaft bereits auf der Ebene der ausdrücklich formulierten Ziele erkennbar verbrecherisch ist. Dennoch sind die beiden deutschen Diktaturen vergleichbar, wenn Vergleichen das Feststellen von Unterschieden, aber auch Gemeinsamkeiten bedeutet. Den beiden deutschen Diktaturen ist bei allen Unterschieden gemeinsam, dass es für die Menschen kaum Möglichkeiten gab, der Instrumentalisierung für die Machterhaltung des Regimes und andere, möglicherweise verbrecherische Ziele ohne Gefahr für die eigene Existenz zu entinnen. Darauf werden wir durch die Kategorie der totalitären Herrschaft aufmerksam gemacht.

Die vorgeschlagene Typologie von Handlungsweisen ist cum grano salis auf alle totalitären Systeme anwendbar. In Verbindung mit der Totalitarismus-Theorie lehrt sie, dass man Gewaltregime nur wirksam bekämpfen kann, *bevor sie sich installiert haben*. Schon um diese Einsicht zu fördern, sollte die Totalitarismus-Theorie ihren Platz im fachhistorischen Werkzeugkasten behalten.

Handlungsweisen im NS-Regime und danach				
	Subjektiver Handlungssinn	Funktionalität, Reaktion des Regimes	Diskontinuität	Kontinuität
1. Totale Konformität	<input type="checkbox"/> bedingungslose Identifikation <input type="checkbox"/> Bereitschaft zu Verbrechen	<input type="checkbox"/> höchster Nutzen <input type="checkbox"/> höchste Belohnung	<input type="checkbox"/> selbstkritisches Bekenntnis <input type="checkbox"/> schwer	<input type="checkbox"/> Festhalten an der Ideologie <input type="checkbox"/> Leugnen von Verbrechen
2. Ideologische Konformität	<input type="checkbox"/> Identifikation <input type="checkbox"/> keine Bereitschaft zu Straftaten <input type="checkbox"/> im NS widersprüch-	<input type="checkbox"/> hoher Nutzen <input type="checkbox"/> Belohnung	<input type="checkbox"/> selbstkritisches Bekenntnis <input type="checkbox"/> relativ leicht	<input type="checkbox"/> Festhalten an der Ideologie
3. Opportunismus	<input type="checkbox"/> eigene Erfolgsziele <input type="checkbox"/> Zugeständnisse <input type="checkbox"/> Distanz zum NS	<input type="checkbox"/> hoher Nutzen <input type="checkbox"/> Belohnung	<input type="checkbox"/> selbstkritisches Bekenntnis <input type="checkbox"/> besonders schwer	<input type="checkbox"/> Schutzbehauptungen <input type="checkbox"/> Anspruch auf Opposition
4. Normales Alltagshandeln	<input type="checkbox"/> ohne Bezug auf NS-Regime	<input type="checkbox"/> Nutzen <input type="checkbox"/> keine Sanktion	<input type="checkbox"/> selbstkritische Einsicht in den Nutzen <input type="checkbox"/> Lernprozesse	<input type="checkbox"/> keine Lernprozesse
5. Opposition	<input type="checkbox"/> Dekonstruktion des Regimes <input type="checkbox"/> persönliche Risikobereitschaft	<input type="checkbox"/> Schaden <input type="checkbox"/> wenig Nutzen <input type="checkbox"/> (harte) Sanktion	<input type="checkbox"/> Fortsetzung der Kritik am NS <input type="checkbox"/> Modifikation	<input type="checkbox"/> Abbruch der Kritik am NS <input type="checkbox"/> Ritualisierung
6. Emigration	<input type="checkbox"/> physisches Verlassen des NS-Regimes <input type="checkbox"/> kritische Reaktion	<input type="checkbox"/> Nutzen <input type="checkbox"/> Schaden	<input type="checkbox"/> Rückkehr <input type="checkbox"/> Beteiligung am demokratischen Aufbau	
7. Innere Emigration	<input type="checkbox"/> Vorenthalten eigener Qualifikation	<input type="checkbox"/> Nutzen <input type="checkbox"/> Schaden <input type="checkbox"/> keine Sanktion	<input type="checkbox"/> Beteiligung am demokratischen Aufbau	

Thesen zur Geschichte der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft 1900-1960

Stefanie Averbeck/Arnulf Kutsch

Die folgenden Ausführungen verstehen sich als Aufriss zu einer systematischen Geschichte der Zeitungswissenschaft. Wir werden dabei, angelehnt an die zeitgenössische Wissenschaftssoziologie, zwei Ebenen betrachten: die Sozial- und die Ideengestalt der Zeitungswissenschaft.¹ Für die vorliegende Darstellung haben wir uns zunächst weitgehend auf die Ideengestalt beschränkt. Wir haben vier Thesen zur Entwicklung dieser Ideengestalt des Faches zwischen 1900 und 1960 formuliert. Sie sollen einen chronologischen und einen systematischen Zugriff erlauben. Die Thesen beziehen sich auf vier Phasen: 1. *Problemidentifizierung*, etwa 1900 bis 1925, 2. *Problemdefinition*, etwa 1925 bis 1933, 3. *ideologische und organisatorisch-pragmatische Überformung* 1933-1945 und schliesslich 4. *die Entideologisierung und Rekonstruktion des Problems nach 1945*. Mit «Problem» ist die Gegenstands- und Erkenntnisperspektive des Faches gemeint.

Diese Thesen sind Zuspitzungen. Sie werden im Folgenden jeweils in einer Explikation näher erläutert. Auch sind unsere Schemata, die wir zuerst vorstellen werden, aus heuristischen Gründen vereinfachend (vgl. *Schaubild* 1 und 2). Thesen und Schemata ergeben sich grösstenteils aus den vorliegenden Forschungen zur Ideen-, Institutionen- und Personengeschichte der Zeitungswissenschaft.² Zugleich verweisen sie auf Forschungsdesiderata.

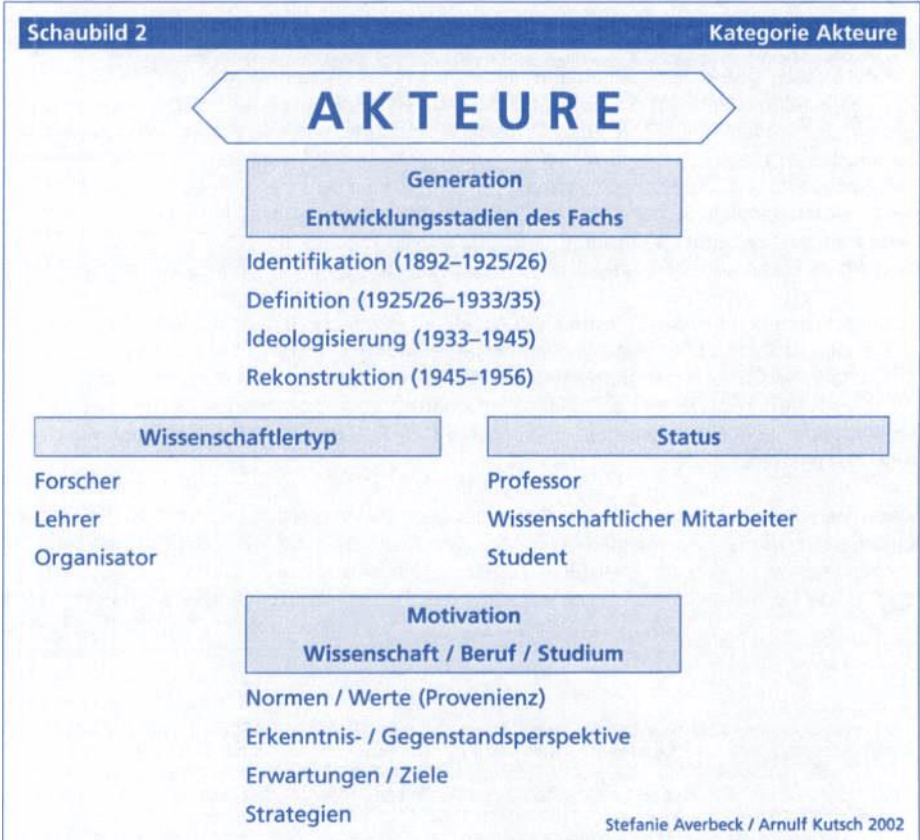
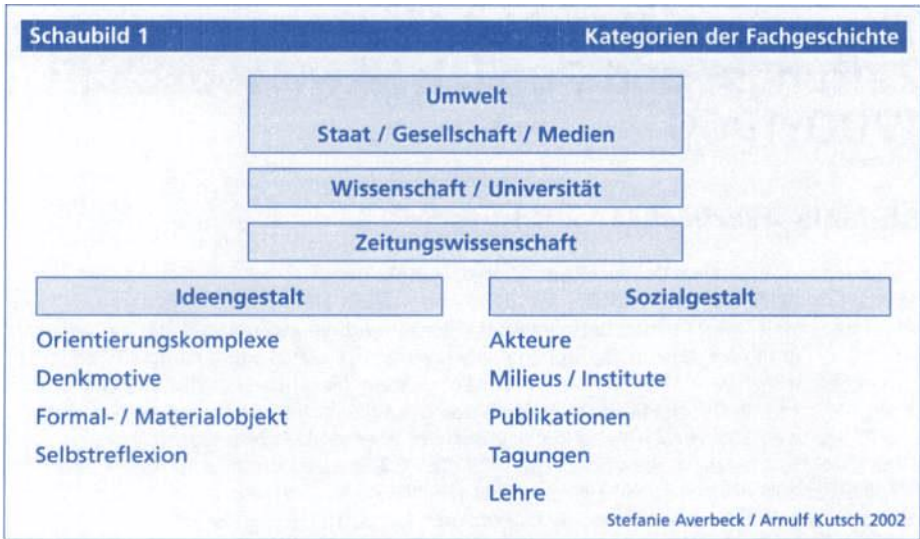
Zum *Schaubild* 2 ist anzumerken, dass es exemplarisch nur eine der Kategorien des *Schaubildes* 1 vertieft, nämlich die der *Akteure*. Hier zeigt sich die Verschränkung von Ideen- und Sozialgestalt der Zeitungswissenschaft, vermittelt insbesondere über die «Motivation» (Normen/Werte, Erkenntnisperspektiven und deren Provenienz) der Forschenden, in hohem Masse.

Fachgeschichte dient in der Zusammenführung von Sozial- und Ideengestalt der Selbstvergewisserung des Faches über seine *historische* Identität. Auch und darüber hinaus dient sie der Feststellung der *aktuellen* kognitiven Identität im Sinne der Arbeit an Wissensbeständen und der Selbstreflexion des Faches als einer gesellschaftlichen und gesellschaftlich in spezifischen Bedingtheiten und Abhängigkeiten stehenden Kraft. Fachgeschichte erfüllt hier auch eine ethische Funktion.

Stellte man allein die Frage nach dem Erfolg der Institutionalisierung und der Dimension ihrer Sozialgestalt, würde diese normative Funktion von Fachgeschichte nicht deutlich werden. Betrachtet man etwa Kategoriensysteme zu den «Stadien wissenschaftlicher Institutionalisierung» – wie sie beispielsweise Terry N. Clark oder Richard Whitley aufgestellt haben – wird

¹ Wir orientieren uns vor allem an Peter Weingart: *Wissensproduktion und soziale Struktur*. Frankfurt a.M. 1976; Wolf Lepenies: *Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität der Soziologie*. In: Ders. (Hg.): *Geschichte der Soziologie*. 4 Bde. Bd. 1, I-XXXV. Frankfurt a.M. 1981; Dirk Käsler: *Die frühe deutsche Soziologie und ihre Entstehungsmilieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung*. Opladen 1984; Erhard Stöltzing: *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*. Berlin 1986.

² vgl. die Literaturliste im Anhang dieses Aufsatzes.



deutlich: Ein hoher Grad an Institutionalisierung gilt zumeist als erfolgreich.³ Bei Whitley heisst die letzte Phase der Disziplinentwicklung «Sanktionierung». Für die Zeitungswissenschaft und ihre disziplinäre Entwicklung ist die Phase der erfolgreichen Sanktionierung im «Dritten Reich» nachhaltig erreicht. Über die Qualität der Wissensproduktion sagt das aber nichts aus.

In allen historischen Entwicklungsstufen der Zeitungs-, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft bis heute spielt die Problemlösungskompetenz des Faches – oder das, was Forscher, Medienunternehmer, Journalisten und Politiker, bezogen auf medialen und gesellschaftlichen Wandel, als solche jeweils ansehen – eine eminente Rolle für die Gegenstands- und Erkenntnisperspektiven. Unser Fach orientiert sich entsprechend eher an strategischer Kommunikation und ihrer Steuerung als an sozialer Kommunikation. Das Fach selbst ist ein Produkt der Medienmoderne, wie die Soziologie eines der Moderne ist. So war es wohl nicht zufällig, dass es gerade Soziologen und Zeitungswissenschaftler gemeinsam waren, die, oft auch als einzelne Forscherpersönlichkeiten mit Kenntnissen in beiden Gebieten, Fragen nach der Relevanz und nach den Mechanismen öffentlicher Kommunikation stellten.

Die Historiografie des Faches war in Deutschland seit Ende der 1970er Jahre zunächst als Institutionen- und Personengeschichte angelegt. Das «Dritte Reich» war also in gewisser Weise erfolgreich: Es hinterliess auf der Ebene der Ideengestalt eine Tabula Rasa. Die Theoriebestände der Weimarer Republik fielen dem Vergessen anheim – Fachgeschichte war aber nie ausschliesslich Personen- und Institutionengeschichte.⁴ Beide Forschungszweige trugen zu einer Systematik der Theoriebestände massgeblich bei. Daneben gibt es eine Geschichtsschreibung im Sinne der Systematik der Genese von Forschungsgegenständen, -methoden und Wissenszuwachs, wie sie etwa Michael Schenk 1987 mit seiner «Medienwirkungsforschung» geschrieben hat, oder wie sie sich in der Journalismusforschung bei Achim Baum und bei Martin Löffelholz findet.⁵ Diese verschiedenen «Gattungen» von Fach- und Theoriegeschichte sollten ergänzend gelesen werden.

1. Problemidentifizierung

Als Stadium der Problemidentifizierung bezeichnen wir die Phase, in der die Zeitung und der Journalismus von Hochschullehrern unterschiedlicher Disziplinen und an verschiedenen Universitäten als ein gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Problem erkannt werden, das eine exklusive wissenschaftliche Erkenntnis rechtfertigt und erfordert. Diese Phase beginnt etwa im Jahrzehnt zwischen 1890 und 1900 mit der Spezialisierung einer auf das Materialobjekt Zeitung bezogenen Lehre und Forschung im strukturellen Rahmen bestehender Wissenschaften sowie mit einer deutlichen Differenzierung zwischen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Texten über die Zeitung. Sie endet etwa Mitte der 1920er Jahre mit der Einrichtung von fachlich-exklusiven Strukturen über Institute/Seminare, Professuren, Studiengänge und Publikationsreihen und den ersten fachlich-exklusiven Habilitationen zur Rekrutierung eines Nachwuchses (Karl d'Estes und Walter Schöne).

³ Terry N. Clark: *Die Stadien wissenschaftlicher Institutionalisierung*. In: Peter Weingart (Hg.): *Wissenschaftssoziologie II. Determinanten wissenschaftlicher Entwicklung*. Frankfurt a.M. 1974, 105-121 [zuerst in *International Social Science*, Jg. 24 (1972), H. 4, 658-667.];

Richard Whitley: *Cognitive and social institutionalization of scientific specialties and research areas*. In: ders. (Hg.): *Social processes of scientific development*. London 1974, 71 ff.

⁴ Zur fachhistorischen Literatur vgl. die Auswahlbibliografie im Anhang.

⁵ vgl. Michael Schenk: *Medienwirkungsforschung*. Tübingen 1987; Achim Baum: *Journalistisches Handeln*. Opfaden 1994; Martin Löffelholz: *Von Weber zum Web. Journalismusforschung im 21. Jahrhundert: theoretische Konzepte und empirische Befunde im systematischen Überblick*. Immenau 2001.

Explikation

Markiert wird die Phase der Problemidentifizierung auf der Ebene der Ideengestalt durch die erste zeitungskundliche Veröffentlichung von Karl Bücher aus dem Jahre 1892 und einer steigenden Anzahl von sich dezidiert als zeitungskundlich verstehenden Publikationen, die während und vor allem unmittelbar nach dem Ende des 1. Weltkriegs erscheint: Wiederum von Karl Bücher und daneben beispielsweise von Aloys Meister, Martin Mohr, Otto Jöhlinger und nicht zuletzt von Karl d' Ester bis hin zur Gründung fachspezifischer Publikationsreihen (z.B. «Arbeiten aus dem Institut für Zeitungsforschung der Universität Leipzig») sowie der Zeitschrift *Zeitungswissenschaft* zu Beginn des Jahres 1926. Diese Zeitschrift erhebt mit ihrem Titel den programmatischen Anspruch auf eine fachlich-exklusive Zuständigkeit. Einige wenige dieser Veröffentlichungen sind darüber hinaus bereits dem Typ von Lehrtexten zuzurechnen, die das Materialobjekt beschreiben, systematisieren und erste, wenngleich kaum explizite Erkenntnisperspektiven formulieren, auf welche sich – beispielsweise die ersten fachlichen Dissertationen – immer wieder beziehen.

Ein Konsensus über das Formalobjekt und damit über die exklusive wissenschaftliche Erkenntniskompetenz zur Lösung von problemspezifischen Fragestellungen ist noch nicht erreicht. Gemeinsames Merkmal der Publikationen ist der deklamatorische Charakter fachlicher Erkenntnisziele (sowie die Relevanz von Feldern der exklusiven Erkenntniskompetenz). Die diesbezüglichen Optionen werden aus den Denkmotiven und Erkenntniszusammenhängen der sogenannten Mutterdisziplinen hergeleitet (z.B. Nationalökonomie, Staatswissenschaft, Geschichte, weniger: Soziologie) und das Fach in theoretischer wie methodischer Hinsicht als Integrationsdisziplin entworfen. Als eine zentrale Erkenntnisperspektive zeichnet sich bereits die gesellschaftliche Funktion der Zeitung ab, insbesondere ihre (langfristigen) strukturellen Wirkungen auf die Gesellschaft und ihre (eher kurzfristigen) kognitiven Wirkungen auf das Individuum.

Zur Charakterisierung des Erkenntnisniveaus dieser sogenannten Gründungsväter soll hier nur exemplarisch auf Karl Bücher verwiesen werden. Er definierte die Zeitung in sozialer Hinsicht als «Verkehrsinstrument», fundierte diese Kategorie aber theoretisch nicht. Erkennbar wird als normativer Orientierungskomplex ein hierarchisches, durch politische Eliten bestimmtes Gesellschaftsbild, das in Verknüpfung mit einem massenpsychologischen Denkansatz (Gustave Le Bon) die Vermittlungsleistung der Zeitung als einen einseitig gerichteten Wirkungszusammenhang begreift. Im Gegensatz zu Ferdinand Tönnies⁶ wird Öffentlichkeit im sozialwissenschaftlichen Sinn noch nicht als Gegenstand erkannt. Zudem bleiben aus dieser Perspektive andere öffentlichkeitswirksame, zumal unterhaltungsorientierte Kommunikationsformen wie der Film, ausgespart.

Die Ausbildungsfunktion des Faches, insbesondere die praxis- bzw. berufsorientierte, bleibt umstritten. Fachinterner Konsens besteht lediglich über das Ziel, eine Kompetenz zum kritischen Umgang mit der Zeitung vermitteln zu wollen. Charakteristisch ist, dass der Adressatenkreis, den zunächst nur potentiell politische Eliten bildeten (Hörer aller Fakultäten), auf das Zeitungspublikum per se ausgedehnt wird (Schüler- und Erwachsenenbildung). Darin kann man einen ersten Schritt zu einem analytischen Verständnis von öffentlichen Kommunikationsprozessen erkennen.

⁶ vgl. Ferdinand Tönnies: *Kritik der öffentlichen Meinung*. Berlin 1922; Horst Pöttker: *Ferdinand Tönnies und die Schweißspirale. Zur Mutation einer Theorie über die öffentliche Meinung*. In: Günter Bentele/Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation*. München 1993, 202-213.

2. Problemdefinition

Unter diesem Stadium verstehen wir die Phase der Definition des Formalobjektes. Die Zeitungswissenschaft vollzieht zwischen 1925 und 1933 – also in nur einem knappen Jahrzehnt – einen qualitativen Erkenntnisprung. Als exklusives Problem werden öffentliche Kommunikation und ihre sozialen Bedingungen definiert. Diese Erkenntnisperspektive hat zur Folge, dass das Fach seine ursprünglich an traditionellen Disziplinengrenzen orientierten Demarkationsstrategien zu Gunsten der Perspektive eines modernen, interdisziplinären Wissenschaftstypus aufzugeben beginnt, für welchen gleichwohl die Bezeichnung Zeitungswissenschaft beibehalten wird.

Explikation

Die Überwindung des Stadiums der Identifikation des Materialobjekts Zeitung (Presse) wird durch die Hinwendung zur Funktion der Zeitung und der neuen Mittel Hörfunk und Film in einem interdisziplinären Milieu zwischen Zeitungswissenschaft und Soziologie geleistet, und zwar hauptsächlich durch verschiedene Dissertationen (und eine Habilitation)⁷ der Generation der Nachwuchswissenschaftler.⁸ Diese Funktion wird nun als Vermittlungsfunktion zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen und Interessen, einschliesslich Publikumsinteressen, erkannt und theoretisch als disziplinär-exklusives Formalobjekt begründet. Diese Perspektive wird auch von den Gründervätern des Faches akzeptiert (Karl d'Ester, Emil Dovifat, Wilhelm Kapp, Erich Everth, Hans von Eckardt). Gleichwohl vermochten sie sie in ihren eigenen Publikationen nicht umzusetzen. In wissenssoziologischer Hinsicht ist die Erkenntnisperspektive im Fach immer noch deutlich überlagert von zum Teil konfessionell, zum Teil politisch motivierten Orientierungskomplexen, die wiederum in kulturoptimistischen wie -pessimistischen Denkhaltungen zum Ausdruck kommen.

«öffentliche Kommunikation» und «Öffentlichkeit» geraten vor allem in dem bereits genannten, interdisziplinären Rezeptionsmilieu zwischen Zeitungswissenschaft und Soziologie zum Erkenntnisobjekt. Die Erkenntnisobjekte der Soziologie, «Gesellschaft», und der Zeitungswissenschaft, «Mitteilung» – oder, wie wir heute definieren würden: «Kommunikation» – fallen in dieser Phase der Problemdefinition zusammen. Zu Grunde liegt ein prozessorientiertes Kommunikationsverständnis jenseits von massenpsychologischen Prämissen und Reiz-Reaktions-Schemata, das gruppensoziologisch argumentiert, nach Meinungsbildungsprozessen fragt und Bezugstheoreme vor allem in der Lehre von der Wechselwirkung Georg Simmels, der Beziehungslehre Leopold von Wieses und der Sozialpsychologie der Ausdrucksbewegung von Alfred Vierkandt findet.⁹

Als fachlich-charakteristische Ausbildungskompetenz wird stärker die Vermittlung von (sozial-)wissenschaftlichen Fähigkeiten und wiederum der Erwerb von Presse- bzw. Medienkompetenz angesehen und weniger die Vermittlung von berufsorientierten Fertigkeiten. Für die Vermittlung solcher kritischer Medienkompetenz werden bereits erste, disziplin-exklusive Vermittlungsformen entwickelt, wie etwa in Berlin am Deutschen Institut für Zeitungskunde die zeitungsfachlichen Fortbildungskurse für Lehrer oder die Rundfunk-Hörergemeinschaften in den

⁷ Bei der Habilitation handelt es sich um Hans Traub: *Zeitungswissenschaftliche Grundbegriffe*. Stuttgart 1933.

⁸ Dazu ausführlich: Stefanie Averbeck: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft 1927-1934*. Münster 1999.

⁹ vgl. Georg Simmel: *Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl*. 4. Aufl. Frankfurt a.M. 1992; Leopold von Wiese: *System der allgemeinen Soziologie als Lehre von den sozialen Prozessen und den sozialen Gebilden der Menschen (Beziehungslehre)*. Neu bearb. Aufl. München 1933; Alfred Vierkandt: *Gesellschaftslehre. Hauptprobleme der philosophischen Soziologie*. Stuttgart 1923.

zeitungswissenschaftlichen Instituten der Universitäten Heidelberg und München. Das Selbstbild der Disziplin und ihr Fremdbild, einschliesslich der Erwartungen der Studierenden über die Ausbildungskompetenz des Faches, fallen merklich auseinander.

Die weitgehend wissenschaftsinterne Problemlösungsstrategie, nämlich die Erforschung öffentlicher Kommunikationsprozesse sui generis mittels empirischer Verfahren wird nicht nur gefordert, sondern in ersten Studien auch bereits umgesetzt. Prototypen der heute dominanten sozialwissenschaftlichen Methoden (Inhaltsanalyse, Interview, teilnehmende Beobachtung) werden entwickelt und neben den traditionellen Verfahren (Hermeneutik, Statistik) als für die Problemlösung grundlegend definiert. Wie bereits im Stadium der Problemidentifizierung leistet die Disziplin wichtige Beiträge für eine Kanonisierung und Systematik des Materialobjekts Zeitung, nun auch durch die Bearbeitung von Kompendien¹⁰, Handbüchern¹¹ und Bibliographien¹², und erweist damit gerade gegenüber solchen externen Erwartungen ihre potentiell fachlich-exklusive Problemlösungskompetenz (etwa auf dem Gebiet von Pressestatistik und -dokumentation). Ein herausragendes, auch international wahrgenommenes Beispiel für die externe Akzeptanz der Fachkompetenz ist die Bearbeitung der kulturhistorischen Ausstellung der ‚Pressa‘, der internationalen Presseausstellung 1928 in Köln.¹³ Dennoch wird die externe Akzeptanz der sozialwissenschaftlichen Problemdefinition durch die gesellschaftlichen Mäzene (insbesondere seitens der Verleger- und Journalistenverbände) gehemmt, da die Funktion dieser Definition weder für die Anhebung des Sozialprestiges der Presse noch für eine berufsvorbereitende Ausbildungsfunktion ersichtlich ist.

3. Ideologische und organisatorisch-pragmatische Überformung

Die Überformung des Faches mit der nationalsozialistischen Ideologie und regimiekonformen Strukturen sowie ferner die Einschränkung auf das Materialobjekt Zeitung kennzeichnen dieses Stadium vom Beginn der nationalsozialistischen «Machtergreifung» bis zum Ende des «Dritten Reiches». Die Orientierungskomplexe «Führerstaat» und «Zeitung als publizistisches Führungsmittel» bestimmen die Ideengestalt. Damit strukturieren dominant theorie-externe Faktoren das Fach. Typisch sind restaurative Ambitionen von Organisatoren des Faches mit dem Ziel, die disziplinäre Exklusivität des Faches formal zu stabilisieren und zu optimieren. Durch Vertreibung und Emigration wird das interdisziplinäre Milieu der Weimarer Zeitungswissenschaft vernichtet. Durch eine willentliche und/oder wissentliche Selbstgleichschaltung des Faches wird der Bruch sowohl in der Ideen- wie der Sozialgestalt vollzogen. Daher muss für diese Phase die Sozialgestalt eingehender betrachtet werden.

Explikation

Auf die «autoritativen» erkenntnisleitenden Strukturen von Wissenschaftlergruppen hat schon Thomas S. Kuhn hingewiesen.¹⁴ Im Falle der Zeitungswissenschaft des «Dritten Reiches» ist die dominante Gruppe deutlich die der Wissenschaftsorganisatoren um Walther Heide, den Präsi-

¹⁰ vgl. vor allem Otto Groth: *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik)*. 4 Bde. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928–1930.

¹¹ vgl. etwa Deutsches Institut für Zeitungskunde in Berlin (Hg.): *Handbuch der Tagespresse*. Berlin 1929 ff.

¹² vgl. etwa Karl Börner: *Internationale Bibliographie des Zeitungswesens*. Unter Mitarbeit von R(aphael) Rochlin. Hg. im Auftrag des Deutschen Instituts für Zeitungskunde. Leipzig 1932.

¹³ vgl. Hans-Georg Klose: *Presseausstellung und Zeitungswissenschaft. Die Kölner Pressa 1928 im Spannungsfeld von politischer Repräsentation und fachwissenschaftlicher Institutionalisierung*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegel (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik. Biographisch-institutionelle Stationen der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M. 1986, 197–234.

¹⁴ Thomas S. Kuhn: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Revidierte und um ein Postscriptum ergänzte Auflage. Frankfurt a.M. 1976.

denen des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes (DZV).¹⁵ Sie vor allen verwirft die Interdisziplinarität und erhebt die «Eigenständigkeit» des Faches zum Credo. Damit wird eine sozialwissenschaftliche Orientierung, wie sie bereits im zweiten Stadium erkennbar war, obsolet. Den Studenten mag das Diktum «Von der Presse kommen wir, bei der Presse bleiben wir», das Walther Heide als fachlich-charakteristisches Programm postuliert, nachvollziehbar sein, wenn nicht gar wünschenswert: Haben sie doch das Ziel, möglichst nah am Materialobjekt Zeitung zu arbeiten, der Institution ihres späteren Berufs. Das Fach reklamiert eine praxisorientierte Ausbildungskompetenz und erhält sie in Teilen auch: Die Durchführungsverordnung zum Schrifteleitergesetz erkennt das zeitungswissenschaftliche Studium als Teil der journalistischen Ausbildung an. Seit Mitte 1934 erhalten die Studenten nach sechs Semestern die sogenannte «DZV-Bescheinigung», ein Quasi-Diplom, das zur Verkürzung des Volontariats führt und immerhin zeitweilig auch vom Besuch der Reichspresseschule befreit.¹⁶ Der Wissenschaftsorganisator Walther Heide und seine vornehmlich jüngeren Kollegen und Studenten in den Zeitungswissenschaftlichen Vereinigungen der Fachinstitute, im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund und im Nationalsozialistischen Deutschen Studenten Bund vollziehen eine Selbstgleichschaltung nach dem Führerprinzip, die das ganze Fach einer strikten Organisation unterzieht. Diese Strategie kulminiert in der Einsetzung eines reichseinheitlichen Lehrplanes wie auch der Vergabe von Dissertationsthemen und ihrer Ablehnung. Der DZV verlangt Zusammenstellungen über Lehre, Forschung, Verdienste, Studentenentwicklung, Dissertationen etc. Die härteste Sanktion ist der Ausschluss aus dem DZV oder den angeschlossenen zeitungswissenschaftlichen Vereinigungen. Sie gilt per se für alle Juden.¹⁷

Heide kann die Restauration auch gegen die älteren Kollegen Emil Dovifat und Karl d'Estes durchsetzen. Prägnantester «Fall» ist wohl das DZV-Verbot der Dissertation des d'Estes-Schülers Heinrich Arimond über «Die Wissenschaft von der Publizistik auf sozialpsychologischer Basis». Auf Intervention von Heide lässt d'Estes das Vorhaben, Arimond zu habilitieren, fallen.¹⁸

Obwohl die auf ihren Professuren verbliebenen Grössen der Weimarer Zeitungswissenschaft, wie Emil Dovifat, Karl d'Estes und Wilhelm Kapp keine nationalsozialistische Zeitungswissenschaft à la Wolfgang Hollmann und Karl Kurth vertreten¹⁹, fügt sich ihr hierarchisches Kommunikationsverständnis doch zumindest vordergründig in die NS-Ideologie. Für die Studenten ist möglicherweise nicht mehr durchschaubar, ob das «Führungsmittel» Zeitung aus dem Munde von Emil Dovifat oder von Karl Kurth etwas je anderes meint.²⁰

Die Ideologie wird der Zeitungswissenschaft zum Instrument wie im Falle Heide und sie ist zugleich – wie etwa bei Hans Amandus Münster²¹ und Karl Kurth – echte Überzeugung, öffentli-

¹⁵ vgl. ausführlicher Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Fall Walther Heide. Zur Vorgeschichte der Publizistikwissenschaft*. In: *Publizistik* 19/20 (1975/76), 3, 805-808.

¹⁶ vgl. Walther Heide: *Studium und Beruf*. In: ders. (Hg.): *Wie studiere ich Zeitungswissenschaft? Wegweiser durch das Studium der Zeitungswissenschaft*. Berlin 1935, 8-10; Wolfgang Müsse: *Die Reichspresseschule. Journalisten für die Diktatur? Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus im Dritten Reich*. München, New York, Providence, London, Paris 1995, 99 ff.

¹⁷ Abdruck der Satzung des DZV in Averbeck, *Kommunikation als Prozess*, 108 ff.

¹⁸ vgl. Heinrich Arimond: *Einführung in die Wissenschaft von der Publizistik auf sozialpsychologischer Grundlage*. München 1935. Zu den Vorgängen um die Dissertation: Averbeck, *Kommunikation als Prozess*, 460 ff.

¹⁹ Karl Kurth/Wolfgang Hollmann: *Die Wirkungsgesetze der Presse. Gedanken über den Zusammenhang von Volkstum und Nachrichtengestaltung*, o. O. [Essen] 1940.

²⁰ vgl. etwa Emil Dovifat: *Die Erweiterung der zeitungskundlichen zur allgemein-publizistischen Lehre und Forschung*. In: *Zeitungswissenschaft* 9 (1934), 1, 12-20.

²¹ vgl. etwa Hans Amandus Münster: *Zeitung und Politik. Eine Einführung in die Zeitungswissenschaft*. Leipzig 1935.

che Kommunikation gilt nunmehr als Propaganda, Propaganda als legitimes Volksaufklärungsmittel, Öffentlichkeit als Volksgemeinschaft der «rassisch-völkischen Gleichheit von Mitteilendem und Mitteilungsempfänger», wie es die gerade erwähnten Nachwuchswissenschaftler Hollmann und Kurth propagieren.²² Dissens von Meinungen, Einstellungen oder Geisteshaltungen sparen diese beiden Ideologen der Zeitungswissenschaft ohnehin aus. Die Zeitungswissenschaft besitzt keinen politisch neutralen Forschungsgegenstand mehr.

Auf den sogenannten «Kampf um die Publizistik», nämlich den der Befürworter und Gegner der «reinen» Zeitungswissenschaft, sich zentrierend um Walther Heide auf der Seite der Publizistik-Gegner und um Hans Amandus Münster sowie Gerhard Menz auf der Seite der Publizistik-Befürworter soll, da weitgehend ausgeforscht, hier nicht weiter eingegangen werden: Auch dieser Kampf wurde ideologisch geführt und diente funktional dem jeweiligen persönlichen und institutionellen Machterhalt.²³

4. Entideologisierung und Rekonstruktion des Problems

Unter der Phase der Entideologisierung und der Rekonstruktion des fachlich-exklusiven Problems verstehen wir den – im Westen wie im Osten (Leipzig) des besetzten Deutschland – vollzogenen Prozess der Neuformierung des Faches in den Jahren 1945 bis 1947. Zumindest ein impliziter Konsens besteht über den von Walter Hagemann bereits 1947 formulierten, sogenannten «publizistischen Prozess» als Formalobjekt der Disziplin.²⁴ Dieses Stadium endet in der Bundesrepublik Deutschland, die wir hier ausschliesslich thematisieren, mit der sog. «Entgrenzung» der Publizistik und der Definition von Kommunikation sui generis (jegliche Formen von Kommunikation; insbesondere der kommunikative Prozess) als fachlich-exklusives Formalobjekt in der zweiten Hälfte bzw. am Ende der 1950er Jahre.

Explikation

Ungeachtet aller terminologischen Unterschiede zwischen den wenigen Fachvertretern und der differierenden Bezeichnungen ihrer Professuren und Institute wird als fachlich-exklusives Formalobjekt die durch Medien hergestellte öffentliche Kommunikation verstanden. Spätestens das erstmalige Erscheinen des neuen Fachorgans *Publizistik* signalisiert im Jahre 1956 auch überuniversitär einen fachinternen Konsens über dieses Formalobjekt, nicht unbedingt aber über die spezifische Erkenntnisperspektive. Es signalisiert zugleich seine abgrenzende Funktion gegenüber anderen Disziplinen.

Es wird nur cursorisch an den Kenntnisstand des Faches angeknüpft, der im Stadium der Problemdefinition in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre schon erreicht war. Dem für die soziale Kommunikation in dieser Phase als konstitutiv erkannten prozesshaften Geschehen wird in letzter Konsequenz nicht gefolgt. Die vom Formalobjekt hergeleitete dominante Erkenntnisperspektive ist vielmehr stark überformt durch die Erfahrung der Instrumentalisierung öffentlicher medialer Kommunikation durch die Diktatur und während des Krieges und des in dieser Zeit fermentierten hierarchischen Gesellschaftsbildes: öffentliche Kommunikation wird überwiegend als einseitig gerichtete, mediale Information und beabsichtigte Persuasion verstanden und als solche beschrieben und systematisiert.²⁵ Ein theoretisch innovatives Ver-

²² vgl. Kurth/Hollmann, *Wirkungsgesetze der Presse*, 16.

²³ vgl. ausführlich Bettina Maoro/Dirk Neugebauer: *Hubert Max (1909-1945)*. In: Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. Köln 1984,127-167.

²⁴ Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik*. 1. Aufl. Münster 1947.

²⁵ vgl. statt anderer Hagemann, *Grundzüge der Publizistik*.

ständnis von gesellschaftlicher Kommunikation auf der Grundlage einer Vermittlungsfunktion ist zwar im Denkhorizont einiger Fachvertreter erkennbar, etwa bei Aswerus²⁶, wird aber – wie bei Hagemann als Sonderfall normativ an eine Bildungs- und Funktionseλίte gebunden und damit letztlich nicht als das fachlich-charakteristische Formalobjekt theoretisch begründet und formuliert.

Materiale Objekte bilden sämtliche publizistische Medien. Ausgeprägt, zumal in der studentischen Forschung (Dissertationen), ist die Analyse historischer Phänomene medialer Information und Persuasion sowie ihrer Strukturen (insbesondere während des «Dritten Reiches» und des Zweiten Weltkrieges). Diese neuerliche, starke Orientierung am Materialobjekt ist wohl auch mit dem Bedürfnis nach einer neuen Selbstvergewisserung des Faches zu erklären.

Die Entideologisierung vollzieht sich nicht explizit, etwa durch die öffentliche Distanzierung oder zumindest die Reflexion der nationalsozialistischen zeitungswissenschaftlichen Forschung, Lehre und Fachpolitik. Sie erfolgt implizit durch die Erarbeitung neuer Lehrbücher²⁷ und – in einigen wenigen, aber markanten Fällen – durch Neuauflage von Lehr- und Handbüchern unter Entfernung der ehemals NS-ideologischen, rassistischen und antisemitischen Ausführungen.²⁸

Die Ausbildungskompetenz und das Ausbildungsziel bleiben diffus. Zwar dürften die Fachvertreter der Auffassung gewesen sein, dass das Fachstudium besonders für eine journalistische Tätigkeit qualifiziere, und die Mehrzahl der Studierenden und Absolventen des Faches sind wahrscheinlich auch in journalistische Berufsfelder gelangt. Allein aber schon wegen seiner schwachen Strukturen ist das Fach jedoch mehr denn je davon entfernt, Exklusivität für die Ausbildung und den Zugang zum Journalismus beanspruchen zu können.

Auch das Fremdbild der exklusiven Problemlösungskompetenz des Faches ist diffus. Es gerät dort in Konflikt mit dem Medien- und Journalismussystem, wo dessen Normen und Werte in Frage gestellt werden, etwa durch methodisch innovative Analysen der Zeitung oder das Dogma vom Journalismus als Begabungsberuf und dem von ihm hergeleiteten freien Zugang zu ihm.²⁹

²⁶ vgl. Bernd Aswerus: *Zeitung und Zeitschrift. Das Zeitgespräch der Gesellschaft*. München 1953.

²⁷ vgl. Hagemann, *Grundzüge der Publizistik*.

²⁸ vgl. Emil Dovifat: *Zeitungslehre I und II. 5. Aufl.* Berlin 1955.

²⁹ Zu den Schwierigkeiten der «Gründerjahre» in der BRD auch: Horst Pöttker/Arnulf Kutsch (Hg.): *Kommunikationswissenschaft autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*. (Sonderheft 1 der *Publizistik*). Opladen 1997.

Literatur – Auswahl Sekundärliteratur

- Anschlag, Dieter: *Wegbereiter im Exil. Kurt Baschwitz: Journalist und Zeitungswissenschaftler*. Münster, Westf. 1990.
- Averbeck, Stefanie: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft*. Münster 1999.
- Averbeck, Stefanie: *Die Emigration der Zeitungswissenschaft nach 1933 und der Verlust der sozialwissenschaftlichen Perspektiven in Deutschland*. In: *Publizistik*, 46. Jg. 2001, Nr. 1, 1-19.
- Benedict, Klaus-Ulrich: *Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist*. Mainz 1986.
- Bohrmann, Hans: *Grenzüberschreitung? Zur Beziehung von Soziologie und Zeitungswissenschaft in Deutschland*. In: Sven Papeke (Hg.): *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*. Darmstadt 1986, 93-112.
- Bohrmann, Hans/Kutsch, Arnulf: *Karl d'Ester (1881/1969). Anmerkungen aus Anlass seines 100. Geburtstages*. In: *Publizistik*. 26. Jg. 1981, Nr. 4, 575-603.
- Bohrmann, Hans/Kutsch, Arnulf: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich*, Teil 1-4. In: *Rundfunk und Geschichte*, 1. Jg. 1975, Nr. 3, S. 8-11; 2. Jg. 1976, Nr. 1.17-21; Nr. 2, 14-16.
- Vom Bruch, Rüdiger: *Zeitungskunde zwischen Historie und Nationalökonomie. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Publizistik als Wissenschaft im späten deutschen Kaiserreich*. In: *Publizistik*, 25. Jg. 1980, Nr. 4, 579-607.
- Vom Bruch, Rüdiger/Otto B. Roegele: *Von der Zeitungskunde zur Publizistik. Biographisch-institutionelle Stationen der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M. 1986.
- Vom Bruch, Rüdiger: *Zeitungskunde und Soziologie. Zur Entwicklungsgeschichte der beiden Disziplinen*. In: Manfred Bobrowsky/Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): *Wege zur Kommunikationsgeschichte*. München 1987, 138-150.
- Bursian, Hans: *Max Fleischmann und das Institut für Zeitungswesen der Universität Halle/Wittenberg*. In: *Publizistik*, 36. Jg. 1991, Nr. 4, 481-493.
- Duchkowitsch, Wolfgang: *Zeitungswissenschaft «an der schönen heimatlichen Donaustadt». Aufbau, Einrichtung und Funktion des Wiener Instituts für Zeitungswissenschaft*. In: Gernot Heiss/Siegfried Matzl/Sebastian Meissl u.a. (Hg.): *Willfähige Wissenschaft*. Die Universität Wien. Wien 1989, 155-177.
- Groth, Otto: *Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft. Probleme und Methoden*. München 1948.
- Grosse, Alfred: *Wilhelm Kapp und die Zeitungswissenschaft. Geschichte des Instituts für Publizistik- und Zeitungswissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. 1922-1943*. Münster, New York 1989.
- Haas, Hannes: *Die späte Einsicht. Ein Essay über die fehlende Aufarbeitung der Rolle der Zeitungswissenschaft zwischen 1933 und 1945*. In: *Medien & Zeit*, 2. Jg. 1987, Nr. 4, 3-11.
- Haas, Hannes: *Zeitungswissenschaft und Communications Research 1918-1945. Ein methodologischer, theoretischer und paradigmatischer Vergleich*. In: Oliver Rathkolb/Wolfgang Duchkowitsch/Fritz Hausjell (Hg.): *Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreichs Medien*. Salzburg 1988, 525-272.
- Hachmeister, Lutz: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. Berlin 1987.
- Hardt, Hanno: *Social theories of the press. Constituents of communication research 1840s to 1920s*. Second Edition. New York et. al. 2001.
- Hemels, Joan/Kutsch, Arnulf/Schmolke, Michael (Hg.): *Entgrenzungen. Erinnerungen an Henk Prakke*. Assen 2000.
- Heuser, Hans-Joachim: *Zeitungswissenschaft als Standespolitik. Martin Mohr und das «Deutsche Institut für Zeitungskunde» in Berlin*. Münster, Hamburg 1994.
- Joussen, Wolfgang: *Massen und Kommunikation. Zur soziologischen Kritik der Wirkungsforschung*. Weinheim 1990.

- Klose, Hans-Georg: *Die Zeitungswissenschaft in Köln. Ein Beitrag zur Professionalisierung der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.* München et. al. 1989.
- Kutsch, Arnulf (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich.* Köln 1984.
- Kutsch, Arnulf: *Das Medium als Gegenstand der Wissenschaft. Ansätze einer Rundfunkforschung an der Universität Heidelberg 1932/33.* In: *Rundfunk und Geschichte*, 10. Jg. 1984, Nr. 4, 308-325.
- Kutsch, Arnulf: *Die Rundfunkforschung an der Universität Leipzig in den Jahren 1924-1945. Ein Überblick.* In: *Rundfunk und Geschichte*. 20. Jg. 1994, Nr. 1, 17-29.
- Kutsch, Arnulf: *Die Emigration der deutschen Zeitungswissenschaft ab 1933. Anmerkungen zu einem vergessenen Thema.* In: *Medien & Zeit*, 3. Jg. 1988, Nr. 1, 5-31.
- Kutsch, Arnulf/Averbeck, Stefanie: *Publizistische Wissenschaft versus Zeitungskunde.* In: *Karl Jaeger – Mitteilung statt Medium. Probleme, Methoden und Gegenstände der publizistischen Wissenschaft.* Hrsg. von Arnulf Kutsch und Stefanie Averbeck. München 2000, 259-297.
- Langenbacher, Wolfgang (Hrsg.): *Otto Groth: Vermittelte Mitteilung. Ein journalistisches Modell der Massenkommunikation.* München 1998.
- Leemans, Victor: *Pers en Universiteit in Duitsland. Een inleidende Studie.* Kortrijk 1932.
- Lerg, Winfried B.: *Das Gespräch. Theorie und Praxis der unvermittelten Kommunikation.* Düsseldorf 1970.
- Maoro, Bettina: *Die Zeitungswissenschaft in Westfalen 1914-45. Das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Münster und die Zeitungsforschung in Dortmund.* München 1987.
- Obst, Bernhard: *Ein Heidelberger Professorenstreit. Die Auseinandersetzung zwischen Adolf Koch und Max Weber 1910-1914.* Köln 1987.
- Pöttker, Horst: *Ferdinand Tönnies und die Schweigespirale. Zur Mutation einer Theorie über die öffentliche Meinung.* In: Günter Bentele/Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation.* München 1993, 202-213.
- Pöttker, Horst: *Wissenssoziologische Konzepte bei Theodor Geiger und Jürgen Habermas.* In: Siegfried Bachmann (Hg.): *Soziologie in einer Zeit «zwischen Pathos und Nüchternheit».* Beiträge zu Leben und Werk. Berlin 1995, 118-143.
- Reimann, Horst: *Publizistik und Soziologie. Anfänge in Heidelberg. Zur Begründung des Instituts für Zeitungswesen an der Ruperto Carola vor 60 Jahren.* In: *Publizistik*, 31. Jg. 1986, Nr. 3-4, 328-345.
- Reimann, Horst: *Die Anfänge der Kommunikationsforschung. Entstehungsbedingungen und gemeinsame europäisch-amerikanische Entwicklungslinien im Spannungsfeld von Soziologie und Zeitungswissenschaft.* In: Max Kaase/Winfried Schulz (Hrsg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde.* Opladen 1989, 28-45.
- Rühl, Manfred: *Eine funktionale Sichtweise der Publizistikwissenschaft – vor Parsons, Merton et al. Anmerkungen zum Werk von Alfred Peters.* In: Manfred Bobrowsky/Wolfgang R. Langenbacher (Hg.): *Wege zur Kommunikationsgeschichte.* München 1987, 183-199.
- Schmidt-Fischbach, Patricia: *Karl Knies und die Fundamental-Kategorien des Nachrichtenverkehrs.* In: Hans Wagner (Hg.): *Idee und Wirklichkeit des Journalismus. Festschrift für Heinz Starkulla.* München 1988, 151-164.
- Straetz, Sylvia: *Hans Amandus Münster (1901-1963). Sein Beitrag zur Entwicklung der Rezipientenforschung.* Frankfurt a.M. 1984.
- Sösemann, Bernd (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk.* Berlin 1998.
- Sösemann, Bernd (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biografie und Werk.* Stuttgart 2001.
- Syszka, Peter: *Die Zeitungswissenschaft in Nürnberg (1919-1945). Ein Hochschulinstitut zwischen Praxis und Wis-*

senschaft. Nürnberg 1990 (= Phil. Diss. Münster 1987).

Urban, Regina/Herpolsheimer, Ralf: *Franz Alfred Six (geb. 1909)*. In: Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. Köln 1984, 169-214.

Versluys, Nicolaas Jan Derk: *Journalistiek en Wetenschap. Een Studie van de betrekkingen tusschen journalistiek en sociale wetenschap*. Amsterdam, Paris 1936.

Vogler, Lucia: *Entwicklung und Stand der Zeitungswissenschaft an den Universitäten und Hochschulen. Von der Betrachtung zur wissenschaftlichen Forschung des Phänomens Publizistik*. Phil. Diss. Wien 1957.

Zimmermann, C.: *Filmwissenschaft im Nationalsozialismus*. In: Armin Kohnle/Frank Engehausen (Hg.): *Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag*. Stuttgart 2001.

Presseforschung und Vernichtungskrieg

Zum Verhältnis von SS, Propaganda-Apparat und Publizistik

Lutz Hachmeister

Das Bild der SS, der schwarzen Schutzstaffeln der Nationalsozialisten, war lange Zeit selbst in der akademischen Sphäre von den Troupiers der Waffen-SS oder den Kommandeuren der Konzentrationslager geprägt. Nur vereinzelt und zögerlich hat sich die Historiographie mit dem Einfluss des Himmler'schen Ordens auf die intellektuelle und wissenschaftliche Welt beschäftigt¹. Die germanozentrische Ideologie des pedantischen «Reichsführers» schien allenfalls mit Vorgeschichtsforschung und Runenkunde kompatibel, nicht aber mit modernen sozialwissenschaftlichen Sichtweisen und Verfahren. Erst seit den 90er Jahren werden der «Sicherheitsdienst der Reichsführers SS» (SD) und andere SS-Planungsstäbe auch als Denkfabriken eines «wissenschaftlichen Nationalsozialismus» analysiert. In den wegweisenden Forschungsarbeiten von Götz Aly und Susanne Heim, Ulrich Herbert, Michael Wildt und Wolfgang Dierker² ist die wissenschaftliche Sozialisation der SS-Intelligenz näher untersucht worden – es handelte sich um eine «Generation des Unbedingten» (M. Wildt), von der die nationalsozialistische Weltanschauung als praktisch-synthetisches Handlungskonzept gegen die grosse politisch-ökonomische Verunsicherung der Weimarer Republik begriffen wurde. Kenntnisse der modernen Soziologie Max Webers, die Sehnsucht nach konventionellen Verfahren akademischer Nobilitierung und staatsterroristischer Vernichtungswille schlossen sich im Seinsentwurf dieser Männer nicht aus. Männer wie Himmler und Heydrich erkannten wiederum den Wert solider akademischer Ausbildung für den Aufbau eines «Generalstabes» der SS, der sowohl neue nationalsozialistische Institutionen als auch bürgerliche Residuen unterminieren sollte. Die Kader des SD kamen von Traditionsuniversitäten wie Heidelberg, Tübingen oder Leipzig; Juristen waren ebenso gefragt wie Soziologen, Germanisten und junge Zeitungswissenschaftler.

Die «Zeitungswissenschaft» in der Weimarer Republik war ein kleines Fach ohne akademische Reputation, beargwöhnt von etablierteren Nachbardisziplinen, stets zwischen den Ansprüchen der Berufsverbände (Verleger, Journalisten) und der scientific community hin- und herschwankend, dazu noch von eindeutigen politischen und klerikalen Interessen bestimmt³. Fruchtbare Ansätze einer interdisziplinären, im heutigen Sinne «kommunikationswissenschaftlichen» Forschung wurden durch Machtübernahme der Nationalsozialisten unterbunden⁴; die verbliebenen bürgerlich-konservativen Fachvertreter versuchten mehr oder weniger vehement, aus der Aufwertung der Propaganda im NS-Staat für ihr Fach Profit zu schlagen.

¹ vgl. Michael H. Kater: *Das «Ahnenerbe» der SS 1935 – 1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches*. Stuttgart 1974.

² Götz Aly/ Susanne Heim: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*. Hamburg 1991; Ulrich Herbert: *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*. Bonn 1996; Michael Wildt: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002; Wolfgang Dierker: *Die Religionspolitik des SD. Studien zur Ideologie und Praxis des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS*. Paderborn 2002.

³ Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. Berlin 1987.

⁴ vgl. Stefanie Averbeck: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft 1927 - 1934*. Münster 1999.

Ganz unabhängig von ihrer Erkenntnisleistung und ihrer realen Akzeptanz im Propaganda-Apparat, blieb die Zeitungswissenschaft im «Dritten Reich» als junges Modefach aber für Studenten, deren Sinn nach modernen Sujets und Forschungsfeldern stand, sehr attraktiv. Als Transferagentur zu den NS-Stellen der Propagandalenkung und Medienkontrolle war die Disziplin bedeutsamer, als es die Analyse ihres Theoriegebäudes oder ihrer fachwissenschaftlich-publizistischen Aktivitäten nahelegt. Gemessen an ihrer jungen Geschichte und ihrem institutionellen Status, waren die Beziehungen der Zeitungswissenschaft bzw. «theoretischen Publizistik» zum Regime durchaus beachtlich, wenn sich auch Propaganda-Minister Goebbels der fachlich-akademischen Beratung, soweit wir heute wissen, konsequent verweigerte.

Der ehrgeizige Präsident des «Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes», Walther Heide, lavierte mit seinem «Ausland-Presse-Büro» zwischen Auswärtigem Amt und Propaganda-Ministerium und suchte durchaus erfolgreich die Nähe und Protektion von «Reichspresseschef» Otto Dietrich. Karl Börner, einst Referent am Deutschen Institut für Zeitungskunde in Berlin, stieg bis zum Abteilungsleiter «Auslandspresse» im Goebbels-Ministerium auf. Hans Amandus Münster, im NS-Staat Institutsdirektor in Leipzig und eigentlicher Promotor einer «theoretischen Publizistik» nationalsozialistischer Prägung, betätigte sich als V-Mann im SD und brachte es bis zum Dekan der Leipziger Philosophischen Fakultät. Der hochrangigste Zeitungswissenschaftler in Diensten des NS-Regimes war aber zweifellos Franz Alfred Six, Einsatzgruppen-Kommandeur, Manager einer politischen «Auslandswissenschaft», Chef der SD-«Gegnerforschung», Gesandter Erster Klasse des Auswärtigen Amtes und noch einiges mehr – ein junger, mächtiger nationalsozialistischer Multifunktionär, der seine Vorbildung auf dem Feld der Presse- und Propagandalehre gewinnbringend für seine Karriere im NS-Staat einzusetzen wusste.

Auf den ersten Blick erscheint es erstaunlich, dass der introvertierte Reichsführer Himmler und sein zackig-militärisch agierender Geheimdienst-Chef Heydrich, über reine Repressions-Massnahmen hinaus, Interesse an Journalistik und veröffentlichter Meinung zeigten. Doch spätestens seit Hans-Jürgen Döschers Arbeit über das Auswärtige Amt im Dritten Reich wissen wir, dass sich die SS-Strategen damit beschäftigten, alle Elite-Institutionen des NS-Staates systematisch mit ihrer Ordensideologie zu amalgamieren – mit Hilfe einer ausgeklügelten Personalpolitik. SD-Auslandschef Walter Schellenberg hatte schon zuvor in seinen Memoiren konstatiert, dass es Himmlers Ziel gewesen sei, «in sämtlichen Führungsstellen des Reiches und der Reichsgaue – ganz gleich ob es sich um Ministerien, öffentliche Körperschaften oder um Wirtschaft, Handel und kulturelle Einrichtungen handelte, die massgebenden Posten mit SS-Männern zu besetzen»⁵. So war auch Goebbels in seinem Propaganda-Ministerium von SS-Führern eingekreist: die Staatssekretäre Hanke, Naumann, Gutterer und Dietrich bekleideten ebenso hohe Ränge in der Hierarchie der Schutzstaffel wie der Leiter der Abteilung «Deutsche Presse», Erich Fischer, in der 50er Jahren dann Verlagsmanager des *Spiegel* in Nordrhein-Westfalen. Als Chef der einflussreichen Nachrichten- und Presseabteilung von Ribbentrops Aussenministerium amtierte Paul Karl Schmidt, einst studentischer NS-Aktivist in Kiel, 1940 zum SS-Obersturmbannführer befördert, nach 1945 Autor populärer Kriegsliteratur («Unternehmen Barbarossa») und Axel Springers persönlicher Sicherheitschef. Himmlers herausragender Spezialist für praktische Journalistik, Gunther d'Alquen, war nicht nur Chefredakteur des SS-Wochenblattes *Das Schwarze Korps*, er bekam mit seiner «Standarte Kurt Eggers» auch die Propaganda-Kompagnien der Wehrmacht unter seine Kontrolle. D'Alquen hatte ein zeitungswissenschaftliches Studium abgebrochen, hielt aber noch nach 1945 Kontakt zu Emil

⁵ Hans-Jürgen Döschers: *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der «Endlösung»*. Berlin 1987, 11.

⁶ zu d'Alquen siehe jetzt Mario Zeck: *Das Schwarze Korps. Geschichte und Gestalt des Organs der Reichsführung SS*. Tübingen 2002.

Dovifat.⁶ Heydrich nutzte die erste Gelegenheit, 1935 im «Schwarzen Korps» seine SD-Philosophie «Wandlungen unseres Kampfes», eine Analyse des künftigen Feldzuges gegen Freimaurer, Juden und politische Kirchen, ganz offen zu propagieren. Und den Aufbau eines Presse-Departements im SD-Hauptamt unterstützte Heydrich offensiv – sein «junger Mann» wurde hier Franz Alfred Six, gerade in Heidelberg mit einer Dissertation über die «politische Propaganda der NSDAP» als Spezialist ausgewiesen.

Es waren vor allem Franz Alfred Six und Hans Amandus Münster, die zahlreiche Doktoranden, Assistenten und Mitarbeiter aus der Zeitungswissenschaft in den SD transferierten – und damit ins Zentrum des nationalsozialistischen Terror-Apparats, zur Verfolgung «weltanschaulicher Gegner» oder zu den mörderischen Einsatzgruppen und -kommandos beim Ostfeldzug. Besonders prägnant für solche Lebenswege erscheint die von Michael Wildt recherchierte Karriere des gebürtigen Österreichers Dr. Herbert Strickner, geboren 1911 in Innsbruck:

(Strickner) wechselte 1933, weil er wegen seiner nationalsozialistischen Aktivitäten an der Universität Innsbruck Österreich verlassen musste, nach Leipzig, um dort Zeitungswissenschaft, Deutsche Volksgeschichte und Sport zu studieren. 1937 promovierte er mit einer Dissertation über die Sportberichterstattung des 'Völkischen Beobachters'. Strickner arbeitete zunächst als Sportlehrer und wurde im Juni 1938 hauptamtlicher SD-Funktionär im SD-Oberabschnitt Nordost in Tilsit und Königsberg. Er nahm am SD-Einsatz 1938 im Sudetenland teil und gehörte im Herbst 1939 einem Einsatzkommando in Polen an. Anschliessend wurde er Volkstumsreferent im SD-Leitabschnitt Posen und arbeitete wesentlich an der sogenannten Deutschen Volksliste, die die Bevölkerung des Warthelandes nach rassistischen Kriterien unterteilte. Im Oktober 1942 kam Strickner ins RSHA (Reichssicherheitshauptamt), um Referent in der Gruppe IIIB (Volkstum) zu werden. Nach dem Krieg wurde er interniert, an Polen ausgeliefert, im März 1949 zum Tode verurteilt und im Januar 1951 hingerichtet.⁷

Franz Alfred Six selbst, geboren 1909 in Mannheim, war ein Mann ohne eigentlichen Beruf, aber mit vielen Funktionen im nationalsozialistischen Herrschaftsapparat⁸. Als einer der radikalen «SA-Studenten» hatte er 1932/33 an der Heidelberger Universität gegen den liberal-konservativen Leiter des Instituts für Zeitungswesen, Hans von Eckhardt, gekämpft und war massgeblich für dessen Amtsenthebung verantwortlich. Im Jahre 1938 leitete der damals 29-jährige Six die SD-Aktionen beim Einmarsch in Österreich, er war ausserordentlicher Professor für Zeitungswissenschaft an der Universität Königsberg und Leiter des dortigen Zeitungswissenschaftlichen Instituts, das er 1936 fast im Alleingang gegründet hatte, Hauptschriftleiter der Zeitschrift *Volk im Werden*, Chef des Amtes II (Inland) des SD-Hauptamtes in Berlin; er hatte als hauptamtlicher NS-Studentenfunktionär gearbeitet und sollte noch zum Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes avancieren. Vor allem aber wurde er Ende 1938 von Heydrich persönlich zum Staatskommissar für den Aufbau einer «Auslandswissenschaftlichen Fakultät» an der Universität Berlin bestimmt und später dann zum Dekan auf Lebenszeit ernannt – ein in der deutschen Universitätsgeschichte einmaliger Fall.

Franz Alfred Six hatte graublauere Augen, die sich hinter einer runden Nickelbrille mit dicken Gläsern verbargen. Schon früh setzte bei Six die Glatzenbildung ein, das verbliebene, schütterere dunkelblonde Haar war straff nach hinten gekämmt. Auf Fotografien aus der Zeit im Si-

⁷ Wildt, *Generation des Unbedingten*, 943f.

⁸ Das folgende nach Lutz Hachmeister: *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*. München 1998.

cherheitsdienst fällt sein stets düsterer, zergrübelter Gesichtsausdruck auf. Er war ein nervöser Mann, von starken Stimmungsschwankungen heimgesucht, ein zwanghafter Arbeiter, der sich eine ungeheure Last von Projekten und Arbeitsbereichen aufbürdete, mit denen er schliesslich kaum noch fertig werden konnte. Wir verfügen über eine Reihe von Charakterisierungen des Gegnerforschers durch Zeitzeugen, die sich natürlich je nach persönlicher Nähe und zeitlicher Perspektive unterscheiden, aber eine bemerkenswerte Konsistenz in der Beurteilung von Six' Arbeitswut zeigen.

Der Diplomat Gottfried von Nostitz sah ihn «von einem fast unheimlichen Dynamismus erfüllt».⁹ Adolf Eichmann, zwei Jahre lang in der SD-»Judenabteilung» I1112 Untergebener von Six, referiert den Spitznamen «Betriebsrübe».¹⁰ Fritz Hippler, einer der radikalen Heidelberger NS-Studentenführer und später «Reichsfilminstendant» im Goebbels-Ministerium, war in der Studentenzeit mit Six nach eigener Aussage «ganz gut bekannt» und erinnert sich: «Er war immer sehr verschlossen und zurückhaltend. Auch sehr ernst und penibel in allem, was man heute als political correctness bezeichnen würde. Für ‚unbotmässige Spässe‘ oder Spötteleien hatte er also nicht den geringsten Sinn».¹¹

Six sei überhaupt keine Figur gewesen, die das Rampenlicht gesucht habe, urteilt Hans Abich, Anfang der 40er Jahre studentischer Fachgruppenleiter in Six' Auslandswissenschaftlicher Fakultät:

Er war ein schüchterner Mann, noch ziemlich jung, hatte eine besorgte Stirn, eigentlich ein kontaktschwacher Mann. Er war also überhaupt nicht drakonisch oder grob, eher schüchtern bis bedenklich – es gab damals natürlich Lehrer, die den Mund sehr positivistisch für den Nationalsozialismus auftraten. Ihn hätte man aber immer für einen kritischen Geist gehalten, der eine Art Verschlossenheit in sich trug... Sein Fleiss war ungeheuerlich, also schonungsloser Fleiss bei sich selbst.¹²

Leopold von Caprivi, Mitarbeiter im «Deutschen Institut für Aussenpolitische Forschung» des zeitweiligen Ribbentrop-Protégés Professor Friedrich Berber, traf den jungen Six 1935 «in irgendeinem Vorzimmer in der Wilhelmstrasse», also dem neuen SD-Hauptquartier im Berliner Regierungsviertel. Six schien ihm «hungrig und verbissen zu sein». Er habe damals wohl den Auftrag erhalten, eine neue Abteilung des SD-Hauptamtes aufzubauen und sich mit derartigem Feuereifer darauf gestürzt, «dass ihn seine Mitarbeiter den 'Stachanow'¹ nannten. Nach kurzer Zeit stand sein Laden. Stolz liess Six ihn von anderen Amtschefs und Referenten inspizieren. Wir gingen durch mehrere Räume, angefüllt mit Schränken voller systematisch numerierter Leitzordner. An den freien Wandflächen hingen Soziogramme, auf denen die Querverbindungen weltanschaulicher Gegner im Bereich des politischen Schrifttums, von Kommunisten, Freimaurern, jüdisch Versippten und Katholiken mit geraden Linien unterschiedlicher Dicke und Farbe markiert waren».¹³

Six war der direkte Vorgesetzte und Promotor von SD-Führern wie Adolf Eichmann, Herbert Martin Hagen, Helmut Knochen und Erich Ehrlinger, die allesamt eine tragende Rolle bei der Entrechtung und Ermordung der europäischen Juden gespielt haben. In seinen nachgelassenen Erinnerungen hat Eichmann durchaus glaubwürdig geschildert, dass er Six damals als vorbildlichen, fähigen wissenschaftlichen Analytiker und Organisator erlebt habe, und man darf

⁹ Gottfried von Nostitz: *Abschied von den Freunden (Mskr.)*, Institut für Zeitgeschichte München. ZS 1273, Bl. 10
¹⁰ vgl. Jochen von Lang: *Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre*. Wien 1991, 31.

¹¹ Brief Hipplers an den Verfasser, 12. Dezember 1995

¹² Gespräch des Verfassers mit Hans Abich, Oktober 1990, Transskript.

¹³ Leopold von Caprivi: *Erinnerungen 1933 - 45* (Auszüge, unveröff. Mskr.), IfZ, ZS 3070.

davon ausgehen, dass Six' Denkweise und Arbeitsstil seine Untergebenen in der operativen «Gegnerarbeit» nachhaltig beeinflusst haben.¹⁴

Während seiner Aufbauarbeit im SD-Pressamt koordinierte Six den Kontakt zu Gunter d'AI-quens «Schwarzen Korps». Gemeinsam mit dem Staatsrechtler und Soziologen Reinhard Höhn kann Six als der wesentliche SD-Hochschulpolitiker gelten. Six war, wie kaum ein anderer SD-Führer, an nahezu sämtlichen Auslandseinsätzen des SD planend und exekutiv beteiligt. Und schliesslich beschäftigte sich der Zirkel um Six, seine Mentoren, Kollegen und Assistenten, in hohem Masse mit der Rekonstitution von Unternehmensplanung, Marketing, Werbung und kommerzieller Publizistik in der Bundesrepublik. Sein Mentor Höhn gründete die «Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft» in Bad Harzburg, eine Art Zentralstelle für das «old boys network» des SD; Professor Albert Prinzing, Italienkundler an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, war Geschäftsführer von Porsche in Zuffenhausen; der Six-Assistent Horst Mahnke wurde Ressortleiter Ausland beim *Spiegel* Hamburg – um an diesen Beispielen vorab nur die Bandbreite der Beschäftigungsfelder aufzuzeigen.

Auch wenn er nicht über die pressekundliche Qualifikation und die realen Auslandskontakte verfügte, durch die sich sein zeitungswissenschaftlicher Kollege im Propaganda-Ministerium, Karl Börner, auszeichnete, gab es auch bei Six einen engen Zusammenhang zwischen zeitungswissenschaftlicher Sozialisation und nationalsozialistischer Behördenpraxis. Dies belegt ein Six-Bericht an Heydrich über den «Schulungskurs des Amtes Presse und Schrifttum in der SD-Schule Berlin in der Zeit vom 22.-29. September 1935».¹⁵ Weil er die Hauptabteilung Presse im SD-Hauptamt (vom 9. Juli 1935 an wurde sie nach der Eingliederung der Leipziger SD-Schrifttumsstelle zum «Amt für Presse und Schrifttum» erhoben) neu habe aufbauen müssen, berichtete Six, sei es unumgänglich gewesen, «einerseits die vorhandenen Pressebearbeiter nachzuschulen und andererseits neue fachlich geeignete Kräfte zu gewinnen». Zudem habe er in den SD-Oberabschnitten, die das Pressewesen bislang nahezu vollständig vernachlässigt hätten, Pressereferenten einsetzen und diese «mit den zukünftigen Aufgaben von Presse und Schrifttum» bekannt machen müssen. Six erläuterte dem SD-Chef weiter: «Zur einwandfreien Bewältigung der Arbeit erwies sich eine systematische Schulung der alten und neuen Pressesachbearbeiter für (sic!) erforderlich. Hierzu wurde folgender Weg gewählt: 1.) Lesen und Durcharbeiten der wichtigsten Werke über das Pressewesen, 2.) Einführung eines wöchentlichen Dienstabends, auf dem in festgelegter Folge Vorträge und Aussprachen über die jeweiligen Aufgaben gehalten werden».

Den Oberabschnitten liess Six eine ausführliche Dienstanweisung für die Pressebearbeitung zukommen, ausserdem gab er dort persönlich Unterricht, was sich mit seiner fast zeitgleich aufgenommenen Lehrtätigkeit in Königsberg sicherlich passabel verbinden liess. Neben diesen «beiden ersten und grundsätzlichen Massnahmen» diente der einwöchige Schulungskurs in der SD-Schule Berlin-Bernau der künftigen ideologischen Ausrichtung, an die sich die SD-Pressbeobachter halten sollten. Vor allem mussten die Referenten in den (Unter-)Abschnitten lernen, «ihre Arbeit von der rein mechanischen Anfertigung von Zeitungsausschnitten weg und auf die lebensgebietsmässige Auswertung zu lenken».

Zu diesem Zweck vermittelte Six «zunächst einmal als Rüstzeug ... eine eingehende Kenntnis von den gesetzlichen Gebundenheiten in Presse und Schrifttum, von der geschichtlichen Entwicklung und den technischen Grundlagen des Zeitungs- und Verlagswesens usw.» Dem Kur-

¹⁴ vgl. jetzt Imtraud Wojak: *Eichmanns Memoiren. Ein kritischer Essay*. Frankfurt/M./New York 2001; National Archives Washington, NA T-175/411/2934847.

¹⁵ Rainer Eisfeld: *Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945*. Baden-Baden 1991, 127.

sus habe ein «bis in alle Einzelheiten durchgearbeiteter Dienstplan» zugrunde gelegen, reportierte der Amtschef stolz, für jeden Vortrag seien grosse Wandtafeln «zur plastischen und lebendigen Darstellung des gesprochenen Wortes» hergestellt worden, auch habe der «Gefahr der Ermüdung» durch längere Pausen zwecks Aussprache und Ausspannung erfolgreich vorgebeugt werden können. In dieser pädagogisch wertvollen Atmosphäre erfuhren die Referenten vom nationalsozialistischen Medienrecht (ohne dessen Kenntnis «Presse- und Schrifttumsbearbeitung, insbesondere Feststellung von Pressevergehen, klare Bestimmung der Tages- und Kirchenpresse» nicht möglich sei) und auch einiges über «die kulturpolitische Aufgabe und Wirkung des Schrifttums, ... die darin schlummernde Möglichkeit tiefster Massenbeeinflussung und ... die Art der SD-mässigen Überarbeitung und Erfassung».

Gerade bei der Beurteilung von Büchern und Broschüren erkannte Six – das Ergebnis des Kurses resümierend – noch einige «SD-mässige» Schwierigkeiten: ob der Bildungsstand der Referenten für die diffizile Erkenntnis des nationalsozialistisch Wahren und Guten wirklich ausreichte, erschien ihm zweifelhaft – zumal der SD sich hier in Konkurrenz zu zahlreichen anderen NS-Überwachungsstellen befand. Überdies bestehe die Gefahr, dass die «Sachbearbeiter der Schrifttumsstelle bei ihrer isolierten Schrifttumsarbeit in Leipzig einseitig literarisch gebildet werden und die Schrifttumsstelle selbst zu einem literarischen Seminar» werde.

Dieser Gefahr könne indes durch eine Eingliederung des Buchdepartments in das Berliner Hauptamt vorgebeugt werden – ein praxisferner Literatenclub fernab seines neuen Herzogtums kam dem Amtschef suspekt vor. Im Allgemeinen aber sei die Aufnahmefähigkeit für Fragen der Presse und ihre «lebensgebietmässige Bearbeitung» (ein Spezialbegriff der Kollegen Höhn und Ohlendorf) sehr gut, und obwohl den meisten Referenten das in den Vorträgen Gebotene «völlig neu» gewesen sei, hätten sie doch aus eigenem Antrieb Fragen gestellt und sich an der Aussprache beteiligt.

So hatte die zeitungskundliche Systematik also doch praktischen Nutzen. Überdies hatte Six mit seiner Stellung zwischen SD und Hochschule seit dem Frühjahr 1935 ausgezeichnete Möglichkeiten, eine Entourage aus Hilfswerkern, Zuarbeitern und Ghostwritern aufzubauen – für den Konnex von Medientheorie und politischer Praxis stehen besonders die Biographien seiner zeitungswissenschaftlichen Assistenten Kurt Walz (Jahrgang 1908), Rolf Oebsger-Röder (Jg. 1912) und Horst Mahnke (Jg. 1913); ganz abgesehen davon, dass Six selbst seinen späteren Judenreferenten Herbert Martin Hagen, später einer der einflussreichsten SD-Führer im besetzten Frankreich, zur akademischen Weiterbildung in Emil Dovifats Berliner Vorlesungen schickte.

Den aus Metz stammenden Kurt Walz hatte Six zum Sommersemester 1936 nach Königsberg geholt. Wie Six hatte auch Walz, seit 1931 NSDAP-Mitglied, in Heidelberg bei Arnold Bergsträsser promoviert. Die staatswissenschaftliche Dissertation, im Sommersemester 1935 eingereicht, befasste sich unter dem kryptischen Titel «Rationalismus und Irrationalismus in der Staatsintegration» mit dem Gefüge des preussischen und österreichischen Staates zu Zeiten Friedrich des Grossen und Maria Theresias und war selbst nach Ansicht von Doktorvater Arnold Bergsträsser «nicht immer zur letzten Klarheit gediehen».¹⁶ Nach Beendigung des Studiums beschäftigte sich Walz einige Monate lang ehrenamtlich als «Kreiskulturwart und Kreisamtsleiter» der Heidelberger NS-Kulturgemeinde, bis er dann Six' Vorlesungen und Übungen in Königsberg vorbereiten durfte. Nach 1945 erinnerte sich Walz dankbar an das Königsberger Engagement seines Vorgesetzten: *

¹⁶ StA Nürnberg, Six-Dokumentenbuch I, Affidavit Walz vom 11. Oktober 1947, S. 73.

Da Six in Berlin im SD-Hauptamt beschäftigt war, fuhr er wöchentlich auf zwei Tage nach Königsberg, um dort Vorlesungen, Übungen und Prüfungen zu erledigen. Auch an der Königsberger Universität unterhielt Six einwandfreie Beziehungen zu dem gesamten Lehrkörper und hat sich auch für eine Reihe von Kollegen eingesetzt, die mit dem örtlichen Dozentenbund Schwierigkeiten bekommen hatten. Sein Eintreten für solche Persönlichkeiten begründete er mit der Notwendigkeit einer Sonderstellung der Hochschule im Staat und einer freien Betätigung der Hochschullehrer innerhalb des deutschen Geisteslebens, da nur auf diesen Grundlagen die Individualität der deutschen Wissenschaft erhalten werden konnte.¹⁷

Am 15. August 1944 war Walz indes diese Individualität der deutschen Wissenschaft noch ziemlich egal gewesen, als er, frustriert vom Kampf gegen Heides DZV, an seinen münsterischen Gesinnungsfreund Hubert Max schrieb, er stehe nun seit 1929 im «Kampf der Studentenschaft» und habe auch später als Assistent und Dozent «stets die Kante der Studentenschaft gegen den liberalen Dozentenklüngel» gehalten.¹⁸ Um den dadurch hervorgerufenen Ärger habe er sich nicht viel gekümmert, sondern sich «immer und immer wieder politisch eingesetzt zu aller möglichen Mitarbeit, sodass ich selbst bisher nicht zum Schreiben bzw. zur endgültigen Fassung eines Buches gekommen bin. Meine Fakultät sagt nun: ich kann nicht Professor werden, solange ich nichts geschrieben habe, d.h. also nicht mehr und nicht weniger, als dass der politische Einsatz bestraft wird».

Der Verweis auf eine «endgültige Fassung» mochte sich auf Walz' Königsberger Habilitation beziehen, über die im Periodikum *Zeitungswissenschaft* 1939 zu lesen war, sie sei «dem eigentlichen und engeren Forschungsbereich der ostpreussischen Hochschule entnommen» und als «eine erstmalige Gesamtuntersuchung der Entwicklungsgeschichte der ostpreussischen Presse» zu betrachten.¹⁹ Als Teilergebnis aus der Frühperiode sei Walz unter anderem der Nachweis gelungen, «dass das ostpreussische Zeitungswesen bis auf das Jahr 1618» zurückverfolgt werden könne. Walther Heide, der Walz im Sommersemester 1937 auch zum Leiter der damals fundierten Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung Königsberg ernannt hatte, gratulierte «aufs Herzlichste zu diesem schönen Erfolg, der von ihm (Walz) zugleich auch für die gesamte Zeitungswissenschaft errungen» worden sei. Ende 1939 übernahm Walz anstelle des nach Berlin gewechselten Six die Königsberger Institutsleitung; ein knappes Jahr später zog Six ihn wiederum als Dozenten für Auslandspresse und -Publizistik an die Auslandswissenschaftliche Fakultät der hauptstädtischen Universität nach, wo Walz noch im Sommersemester 1944 «Übungen zum System der geistigen Einkreisung Deutschlands durch die Feindmächte von 1870 bis zur Gegenwart» anbot.

Sein 1944 als «Nachkriegsplan» gehegter Traum, nach Six' Vorbild ein «Deutsches Institut für Nationalpolitische Publizistik und Propaganda» auf die Beine zu stellen, das «u.U. an die Stelle des aufzulösenden Dovifatschen Ladens» hätte treten können²⁰, liess sich zwar nicht verwirklichen, immerhin konnte Walz aber seine reichhaltigen politik- und publizistikwissenschaftlichen Erfahrungen dann in der Bundesrepublik als Oberregierungsrat an der Koblenzer Bundeswehrschule für Innere Führung verwerten.²¹

¹⁷ IfP Münster, NL Max, privatsdienstl. Korrespondenz. Der Nachlass Max befindet sich heute im Institut für Zeitungsforschung Dortmund.

¹⁸ -pke. (Gerhard Papke): *Dr. Watz habilitiert*. In: *Zeitungswissenschaft* 14 (1939), 623f.

²⁰ IfP Münster, NL Max, privatsdienstl. Korrespondenz.

²¹ Carsten Klingemann: *Das «Institut für Sozial- und Staatswissenschaften» an der Universität Heidelberg zum Ende der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus*. In: ders.: *Soziologie im Dritten Reich*. Baden-Baden 1997, 136.

In den Fällen Mahnke und Oebsger-Röder gibt es eine direkte Verbindung zum SD und zur Tätigkeit der Einsatzgruppen, wenn auch in unterschiedlicher Gradation. Der spätere *Spiegeh* Ressortleiter Horst Mahnke, am 28. Oktober 1913 als Kaufmannssohn in Berlin geboren, war über das Jahr 1945 hinaus einer der engsten Vertrauten des SS-Führers Six; «small, blond, losing hair on top of the head, which gives him the impression of a high forehead, average built, blue or light brown eyes», so beschrieb ihn Six' Sekretärin Gerda Scholz im November 1945 dem Rechercheteam des State Departments.²² Nach dem Abitur an der Oberrealschule in Königsberg hatte Mahnke zunächst vom 1. Mai bis zum 15. Oktober 1934 im Freiwilligen Arbeitsdienst gewirkt und war danach für ein halbes Jahr als Hafens- und Tiefbauarbeiter tätig, um sich das Geld für sein Studium zu verdienen.

Als Student der Zeitungswissenschaft, Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte war der kleine und agile Mahnke seinem Institutschef so angenehm aufgefallen, dass er ihn nach seiner (Mahnkes) Königsberger Dissertation über die «freimaurerische Presse in Deutschland» (Note: «sehr gut») vom 1. Mai 1940 an als bevorzugten Assistenten an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät beschäftigte. Wenn sich Mahnke nach dem Krieg auch gern als reiner Wissenschaftler ausgab, der nur ehrenamtlich und fast zufällig in den SD geraten sei, so spricht auch hier der Lebenslauf für das Rasse- und Siedlungshauptamt (Mahnke heiratete am 12. Oktober 1940 die aus Rämmershöfen, Ostpreussen, gebürtige Lotte Plew) eine andere Sprache:

Nach Beendigung meines freiwilligen Arbeitsdienstes trat ich in den NS-Studentenbund ein und wurde hier Fachgruppenleiter. Die von mir geleitete Mannschaft im Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten 1937/38 wurde 'Reichsbeste'. Am 1.10.1936 wurde ich hauptamtlicher Angehöriger des Sicherheitsdienstes des RFSS. Am 15.12.1937 wurde ich in die SS aufgenommen und zum Oberscharführer befördert. Am 20.4.1939 wurde ich zum Hauptscharführer befördert. Die Beförderung zum Untersturmführer erfolgte am 9.11. 1939. Seit 1.6. 1939 bin ich zum SD-Hauptamt kommandiert und habe dort neben meiner Tätigkeit an der Universität Berlin die Dienststellung eines Referenten inne. Bei der Eingliederung des Memellandes in das Grossdeutsche Reich wurde ich im Rahmen meiner Königsberger SD-Dienststelle dorthin kommandiert. Mitglied der NSDAP bin ich seit 1.5.1937 unter Mitgliedsnummer 5.286.024.

Nach 1945 klang es dann etwas komplizierter. «Etwa Ende 1936» sei er vom Gaustudentenbundsführer Rother, so hiess es in einer Stellungnahme für das Spruchgericht, aus dem NS-Studentenbund ausgeschlossen worden, weil er gegen Rother's «politische Linie» Stellung genommen habe. Dies sei einem Dr. Schönebeck vom SD-Oberabschnitt Nordost zu Ohren gekommen, der ihn sogleich aufgefordert habe, «auf meinen Fachgebieten (Zeitungswissenschaft, Volkswirtschaft, Philosophie) für den SD zu arbeiten». So hatte Mahnke nach eigenen Angaben auch einen Fachbericht in Sachen «Auseinandersetzung Prof. Heisenberg – Prof. Lenard über die Atomphysik» abgeliefert (was dieser Zwist mit Mahnkes Fachgebieten zu tun hatte, bleibt freilich unklar).

Seinen Beitritt zum SD datierte Mahnke jetzt auf November 1937; ehrenamtlicher Mitarbeiter des RSHA-Amtes VII sei er im Mai 1939 nach seiner Übersiedlung nach Berlin geworden («lediglich eine Massnahme von Professor Six, um mich für wissenschaftliche Aufgaben im Aus-

²² Interrogation Gerda Scholz, op. cit.; biographische Angaben zu Mahnke nach BAK/BDC, *PA Mahnke und den Akten seines Spruchkammerverfahrens*, BAK, Z 42 li/2325, siehe auch Heiner Wember: *Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands*. Essen 1991, 98f.

landswissenschaftlichen Institut freizustellen»). Mahnke bestritt, hauptamtlicher Referent im RSHA-Amt VII für «Politische Kirchen, Marxismus und andere Gegnergruppen» gewesen zu sein, auch wenn sein Name in dieser Funktion im Geschäftsverteilungsplan des RSHA der Jahre 1941 und 1943 auftauche. Ebenso war ihm «im Rahmen der Verfolgung und Ausrottung des Judentums» nicht bekannt, «dass die deutschen Juden nach dem Osten deportiert wurden und dort zum grössten Teil vergast oder auf andere Weise liquidiert» worden seien.

Mahnke hatte sich tatsächlich auf eine akademische Karriere konzentrieren wollen; «ich beabsichtige die Universitätslaufbahn mit der Fachrichtung Philosophie einzuschlagen», schrieb er 1940 in seinen Lebenslauf. Six deckte den Marxismus-Spezialisten mit akademischen Zulieferer- und Vertretungsaufgaben denn auch gehörig ein, Seminare zur fremdvölkischen Überlagerung des deutschen Geisteslebens mussten in der Regel von Mahnke selbständig ausgearbeitet werden. «Er war beauftragt mit der Einrichtung des Seminars für Geistesgeschichte und Kulturphilosophie, dem Aufbau der Bibliothek dieser Abteilung und der Erledigung aller anfallenden wissenschaftlichen Arbeiten, lehr-, prüfungs- und forschungsmässiger Natur», bescheinigte Six seinem Assistenten am 14. Juni 1947 unter korrekter Einschätzung seiner eigenen (nämlich marginalen) inhaltlichen Präsenz.

Was aber die Judenverfolgung und die SD-Einsätze anlangte, so mochte sich Mahnke nach 1945 zunächst nur ungerne daran erinnern, dass er im Auftrag Six' die vertraulichen «Informationsberichte zur Judenfrage» an einen streng selektierten Verteilerkreis verschickt hatte²³ und dass er unter der Führung seines Dekans im Sommer 1941 dem «Vorkommando Moskau» der Einsatzgruppe B angehörte, dessen Angehörige wohl kaum jegliche Kenntnis über die massenhaften Liquidationen von Juden, Partisanen und kommunistischen Kommissaren, die integraler Bestandteil des Russlandfeldzuges waren, leugnen konnten. Überdies hatte Six seinen Assistenten als Stabsleiter in jenem Spezialteam beschäftigt, das die geplante Besetzung Grossbritanniens («Operation Seelöwe») im August und September 1940 «gegneranalytisch» vorbereiten sollte.²⁴ Im April 1943 von Six als persönlicher Assistent in die Kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes integriert (inzwischen im SS-Rang eines Hauptsturmführers), überkamen Mahnke dann doch Zweifel, ob Hitlers Zweifrontenkrieg zu einem für das Reich profitablen Ende führen würde.

Der dritte pressekundige Six-Assistent, Rudolf (Rolf) Oebser-Röder, hatte seine NS-Karriere ebenfalls als studentischer Aktivist begonnen.²⁵ An der Universität Leipzig amtierte Oebser-Röder, der schon als 19-Jähriger in SA und NSDAP Aufnahme gefunden hatte, seit dem November 1933 als Pressewart des NS-Studentenbundes und Leiter des Hauptamtes V (Presse und Propaganda) der Leipziger Studentenschaft, bis er 1935 dann zum NSDStB-Hochschulgruppenführer und Leiter der Studentenschaft aufstieg. Ausserdem wirkte er als «Untersuchungsführer für Ehren- und Disziplinarfragen der Gaustudentenführung Sachsen» und Leiter der örtlichen Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung. Der Sohn eines Werkmeisters genoss die besondere Protektion des «Publizistik»-Theoretikers Hans Amandus Münster, der ihm zu einem Promotionsstipendium für eine statistische Untersuchung über den Bildungsstand der deutschen Journalisten («Vom Zeitungsschreiber zum Schriftleiter»)²⁶ verhalf. Die Bearbei-

²³ BA Berlin Z/C 15037, Bd. 17

²⁴ Relevante Dokumente dazu in USHRIA RG-15.007M, Reel 9/107 (104 Seiten Aktensplitter aus dem Bestand des RSHA-Referates II B 5). Mahnke hatte im Auftrag von Six die Arbeit der «Englandkommandos» im RSHA koordiniert und die Kartearbeit überwacht, die zur Vorbereitung potentieller Festnahmen von «weltanschaulichen Gegnern» im Falle einer Besetzung Grossbritanniens geleistet wurde.

²⁵ Biographische Angaben zu Oebser-Röder nach seiner Promotionsakte im UA Leipzig (Phil. Fak. Prom. 1686)

²⁶ publiziert 1936 im Universitätsverlag von Robert Noske, Leipzig. Die folgenden Zitate stammen aus dieser Druckfassung der Diss.

tung dieser heiklen Themenstellung, so Münster in seinem Promotionsgutachten, habe «nur einem Studierenden von besonderen Qualitäten, auch charakterlicher Art», anvertraut werden können, «der neben dem notwendigen Sachwissen auch über Verhandlungsfähigkeiten verfügte und dem die zuständigen Stellen unbedingtes Vertrauen entgegenbringen konnten, wenn sie ihm Einblick in Material genehmigten, das nur wenige zu sehen bekommen».

Jenes rare Material bestand aus den Berufslisten des Reichsverbands der Deutschen Presse (RDP), in die gemäss Schriftleitergesetz jeder Journalist und auszubildende Berufaspirant eingetragen werden musste, der im NS-Staat als hauptberuflicher Publizist arbeiten wollte, sowie aus den amtlichen Fragebögen «zur Durchführung des Schriftleitergesetzes vom 4. Oktober 1933». Münster und Heide hatten sich – damals noch im Gleichschritt, was zeitungskundliche Fragen anlangte – im Propagandaministerium und beim RDP dafür verwandt, dass dem Promovenden Oebsger-Röder Einblick in diese Listen gewährt wurde. Schliesslich wollte dieser den Nachweis führen, dass der «Beruf des Schriftleiters schon im dritten Jahre nationalsozialistischer Pressepolitik alles andere ist als ein ‚Sammelbecken gestrandeter Existenzen‘, die in anderen Berufen nicht zum Ziele gelangen».

Die Fleissarbeit – Oebsger-Röder wühlte sich «monatelang» (Münster) im Berliner Hauptquartier des RDP durch die Berufslisten (die Erhebung basierte schliesslich auf der Zahl von 6025 Schriftleitern an Tageszeitungen und 663 Schriftleitern in der Ausbildung) – hatte freilich ihre Tücken. Im Vergleich zur «Berufstatistik 1927 des RDP», also zur finstersten «Systemzeit», stellte sich nämlich heraus, dass zwar die Zahl der Schriftleiter mit höherer Schulbildung um rund zehn Prozent zugenommen hatte, die Zahl der Journalisten mit Hochschulbildung jedoch um acht Prozent gesunken war. Oebsger-Röder fand auch hierfür eine der nationalsozialistischen Bildungspolitik genehme Erklärung: Die Abnahme der Schriftleiter mit Hochschulbildung stehe zweifellos «im Einklang mit der in den letzten Jahren stattgefundenen Abnahme des Hochschulstudiums überhaupt, das in der Nachkriegszeit ganz ungesund angewachsen war und auf einen den Interessen der Gesamtnation angemessenen Umfang zurückgeführt werden musste». Und überhaupt: Bei der Betrachtung des journalistischen Bildungsstandes sei auf jeden Fall zu bedenken,

das ja auch ein 'Nur'-Volksschulbesuch nicht mit ungenügender Bildung gleichzusetzen ist! Für viele Schriftleiter ohne Hochschulbildung und ohne höhere Schulbildung gilt, was der Hauptschriftleiter einer norddeutschen Zeitung auf die Frage nach seinem Bildungsgang geantwortet hat: 'Ein ganzes Leben rastloser Bildungsarbeit an mir selbst!'

Aber auch wenn es Grenzen planmässiger Bildungsarbeit im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen gebe, habe der nationalsozialistische Staat doch gut daran getan, so schloss Oebsger-Röder seine 87-seitige Untersuchung, mit der Reichspresseschule und durch die zeitungswissenschaftlichen Institute «den jungen Berufsanwärtern eine einheitliche Ausrichtung auf die Aufgaben des Berufsstandes zuteil werden» zu lassen, damit sich die Proklamation des RDP-Vorsitzenden Hauptmann Weiss bewahrheite: «Der Journalist von gestern, der Söldner einer gewissenlosen Presse, ist tot. Der Soldat einer neuen Zeit wird herangezogen.»

Für diese «fleissige und kluge Arbeit» vergab Münster, inzwischen auch Dekan der Philosophischen Fakultät, im Juni 1936 die Note «sehr gut»; bereits zuvor hatte er Oebsger-Röder als Assistenten des Instituts für Zeitungswissenschaft verpflichtet. Die weitere Laufbahn Oebsger-Röders sollte indes zeigen, dass sich eine summa-cum-laude-Promotion und eine Affinität zu Himmlers Massenmordprogramm eben nicht ausschlossen. Bereits am 17. April 1935 war Münsters Assistent von der SA zur SS übergewechselt und zum Zeitpunkt seiner Promotion im

Rang eines Untersturmführers als «Referent beim SS-Oberabschnitt Mitte» tätig. Von 1935 an lieferte Oebsger-Röder auch, zunächst ehrenamtlich, Berichte über die hochschulpolitische Lage in Leipzig an den SD.

Six, der mit Oebsger-Röder wohl schon 1934 über dessen studentenpolitisches und zeitungswissenschaftliches Engagement bekannt geworden war, holte den aufstrebenden Jungführer im Oktober 1937 für einen Monat zur Schulung ins SD-Hauptamt, bevor er ihn als Leiter der Hauptabteilung II (Gegnerforschung) des SD-Oberabschnitts Nordost nach Königsberg delegierte und dort auch (zumindest Roeders eigenen Angaben zufolge) als Assistenten am Institut für Zeitungswissenschaft einsetzte. Röder wurde von Six am 18. Oktober 1937 in einem Beförderungsvotum eine «tadellose soldatische Haltung» attestiert, «sicheres Auftreten in und ausser Dienst, persönlich saubere Haltung»; er habe sich «stets mit seiner ganzen Person für den Nationalsozialismus eingesetzt» und verfüge über eine «tadellose Auffassungsgabe». ²⁷

Der Einsatz für den Nationalsozialismus nahm allerdings nach dem Kriegsausbruch noch ganz andere Dimensionen an. Im September und Oktober 1939 führte Röder ein SD-Einsatzkommando im Raum Bromberg; von dort aus machte er sich in einem Lagebericht für das Reichspropagandaministerium Gedanken über den «Willen des Führers», demzufolge «in kürzester Zeit» aus dem polnisch dominierten Pommerellen ein deutsches Westpreussen entstehen solle:

Zur Durchführung dieser Aufgaben machen sich nach übereinstimmender Ansicht aller zuständigen Stellen folgende Massnahmen notwendig (sic!): 1) physische Liquidierung aller derjenigen polnischen Elemente, die a) in der Vergangenheit auf polnischer Seite irgendwie führend hervorgetreten sind oder b) in Zukunft Träger eines polnischen Widerstandes sein können. 2) Aussiedlung bzw. Umsiedlung aller 'ansässigen Polen' und 'Kongresser' aus Westpreussen. 3) Verpflanzung rassisch oder sonstig wertvoller Polen nach der Mitte des Altreiches, soweit es sich um untergegangenes deutsches Blut erbe handelt und anzunehmen ist, dass die Aufnahme in den deutschen Volkskörper reibungslos vonstatten geht. ²⁸

Mit Wirkung vom 25. Oktober 1939 wurde Oebsger-Röder vom RSHA im Rahmen der NS-»Umvolkungsmassnahmen« zum stellvertretenden Leiter der Einwandererzentrale Gotenhafen bestimmt, wenige Wochen später avancierte er zum Leiter einer Nebenstelle der Posener Einwandererzentrale in Lodz. Aufgabe der Einwandererzentralstelle Nordost, so resümierte es Oebsger-Röders Vorgesetzter Martin Sandberger, «war die behördliche Erfassung (Einbürgerung, Untersuchung, Vermögenserfassung und arbeitseinsatzmässige Bearbeitung) der Umsiedler aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien, Galizien und dem Narew-Gebiet». ²⁹ Die weitere SD-Laufbahn verzeichnet folgende Stationen: 1. April 1940 kommandiert zum Amt VI, Abteilung B 4, des Reichssicherheitshauptamtes (Ausland), September 1941 bis zum Mai 1942 und dann wieder August 1942 bis Januar 1943 «Leiter eines Sonderunternehmens in Nordrussland und der Ukraine» («Unternehmen Zeppelin») ³⁰, «26.5.1944 – 31.7.1944 Ungarn-Einsatz». In der

²⁷ BA Berlin/ehem. BDC, PA Oebsger-Röder.

²⁸ Zst. Ludwigsburg, Ermittlungsverfahren gegen Dr. Oebsger-Röder u.a. wegen Mordes (NSG), 203 AR – Z 313/59, hier Dok. 22 Js 156/61, S. 5; vgl. auch Christian Jansen/Arno Weckbecker: *Der «Volksdeutsche Selbstschutz» in Polen 1939/40*. München 1992 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 64), 171.

²⁹ in BA Berlin, PA Oebsger-Röder.

³⁰ Zu Oebsger-Röders Einsatz siehe den *Spiegel*-Artikel «Unternehmen Zeppelin» (Heft 47/1992, 115-119. Bei dem vom RSHA-Amt VI gesteuerten «Unternehmen Zeppelin» wurden 1942/43 unter russischen Kriegsgefangenen Freiwillige für Agenteneinsätze hinter den Linien der Roten Armee geworben und eingesetzt. Gefangene, die von diesen häufig selbstmörderischen Kommandos zurückkehrten, wurden vom SD in der Regel liquidiert oder «nach Auschwitz zur Sonderbehandlung überstellt»: jetzt auch Wildt, *Generation des Unbedingten*, 671ff.

Begründung des RSHA-Amtes VI, Gruppe E (der er zuletzt zugeteilt war) zum Vorschlag, Oebsger-Röder bevorzugt zum SS-Obersturmbannführer zu befördern, heisst es, dass sich dieser «in den sicherheitspolizeilichen Einsätzen ... stets durch Arbeitseifer, Entschlusskraft und persönliche Einsatzbereitschaft ausgezeichnet» habe, insgesamt könne Oebsger-Röder «zu den fähigsten und einsatzfreudigsten Männern des SD gezählt werden».³¹

Der Code für den ideologisch motivierten Massenmord bedarf hier keiner ausführlichen Interpretation, Rolf Oebsger-Röder wusste, warum er sich 1945 unter dem Aliasnamen Richard Ropp als Landarbeiter in Schleswig-Holstein versteckte (das State Department klassifizierte ihn seinerzeit als «collaborator of Mahnke in SS postwar underground»)³². Anfang 1946 wurde er zusammen mit Mahnke in Hannover festgenommen. Das Spruchgericht Bielefeld verurteilte den ehemaligen Erforscher des Bildungsstandes der Journalisten im November 1948 zu einem Jahr und sechs Monaten Haft, verbüsst durch die Internierung in Bad Nenndorf. Als die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München anfang der 60er Jahre wegen des Bromberger Einsatzes gegen ihn ermittelte, lebte Oebsger-Röder, der 1992 in München starb, als BND-Resident und Korrespondent mehrerer renommierter Blätter in Djakarta/ Indonesien. Unter anderem schrieb er für die *Süddeutsche Zeitung* und die *Neue Zürcher Zeitung*, und er fand auch Zeit, eine Biographie des Diktators Suharto (mit dem Titel «The Smiling General») zu publizieren.

Durch die späten Nachforschungen über seine SD-Vergangenheit, so fürchtete er seinerzeit, könnte sein «bisher ausgezeichnetes persönliches Verhältnis zu den leitenden Herren» der deutschen Botschaft in Djakarta abkühlen, da sein Engagement im NS-Staat dort bislang nicht bekannt sei: «Und selbstverständlich fürchte ich auch Gerede und Gerüchte, die möglicherweise ausserhalb der Botschaft dringen könnten (sic!). Das müsste meine Tätigkeit in einem exponierten Lande zwischen Ost und West gefährden».³³

Zum Wintersemester 1939/40 übergab Six die Leitung des Königsberger Instituts an Kurt Walz. Damit war sein zeitungswissenschaftliches Engagement beendet, er widmete sich nun mit grosser Hingabe der sogenannten «Auslandswissenschaft», einer Gemengedisziplin aus «politischer Geistesgeschichte», «Geländekunde», «Lehre des Weltstaatensystems» und praktischer Fremdsprachenlehre. Es lassen sich mehrere Motive für diesen Fachwechsel benennen; im Schwerpunkt war es aber wohl die tägliche Erfahrung ideologischer Praxis im SD-Hauptamt – die «Gegnerforschung» und die erhebliche Rolle des SD in der aggressiven NS-Aussenpolitik –, die ihn zur Auslandskunde führte. Six war darauf aus, seinen wissenschaftlichen Nationalsozialismus als Manager einer Fakultät neuen Typs zu fundieren, wobei er die Universität als geeignete Stätte des Theorie-/Praxis-Transfers ansah. Hatte er in der Frühphase der NS-Herrschaft mit seiner Dissertation die Praxis der innenpolitischen Propaganda katalogisiert, rückten von 1937 an die europäischen Expansionsbestrebungen des «Dritten Reiches» und die sicherheitsdienstliche Festigung der erreichten Machtbasis in den Mittelpunkt seiner akademisch-geheimdienstlichen Interessen.

³¹ BA Berlin, *PA Oebsger-Röder*, Abschrift FS Gruppe VI E an VI A 3, gez. Waneck, SS-Sturmbannführer, mit dem Hinweis, dass Ö.-R., «obwohl er als völliger Nichtkenner des Raumes hierhergekommen» sei, sich «in kürzester Zeit in geradezu erstaunlichem Masse eingearbeitet» habe, so dass «er bald einer der wertvollsten Mitarbeiter des Amtes VI in Ungarn» geworden sei. Oebsger-Röder starb bei einem Spaziergang am 21. Juni 1992 in München an Herzversagen.

³² *I/Z* München MA 1300/3, State Department Propaganda Investigation Team, Interrogation Report Six/Mahnke, File No. 820.02a BLSmith/dmb, die Einschätzung der Rolle Mahnkes auch in dem vorgeschalteten Brief Robert Murphys (US Political Adviser for Germany) an State Department v. 30. Juni 1946, S. 3.

³³ Korrespondenz im Rahmen des Ermittlungsverfahrens der Zst. Ludwigsburg.

Auch wenn Six nun die Zeitungswissenschaft, der er seinen raschen Aufstieg im NS-Staat verdankte, intellektuell wie institutionell marginal erschien, förderte er doch auch weiterhin die Beschäftigung seiner Mitarbeiter mit presse- und propagandakundlichen Aktivitäten und pflegte enge Beziehungen zu gelernten Presseforschern. Dieses Netzwerk, das er im Grenzbereich von Hochschule und Reichssicherheitshauptamt aufbaute, sollte auch nach 1945 noch wirksam bleiben. Da war etwa Karl Hass aus dem ursprünglichen SD-Pressedezernat – er hatte sich dort durch die Analyse der italienischen Presse als landeskundlicher Fachmann ausgewiesen –, der an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät 1943 promovierte. 1943 wechselte Hass ins Italienreferat des RSHA-Amtes VI und gehörte und im März 1944 zu einem SS-Erschiessungskommando in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom. Nach 1945 liess sich Hass für tot erklären, arbeitete für verschiedene westliche Geheimdienste und wurde noch 1997 von einem italienischen Gericht zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Den Leipziger Studentenfürher Erich Hengeihaupt, 1937 mit einer Arbeit über «Die Geschichte der nationalsozialistischen Presse im Gau Sachsen» promoviert, holte Six 1939 zum SD. Dort befasste sich Hengeihaupt im Amt VI zunächst mit der russischen Emigrantenszene in Paris, bevor er 1942 wie sein Studienkollege Oebser-Röder als leitender Referent beim «Unternehmen Zeppelin» landete. Nach 1945 heuerte ihn, Berichten ehemaliger SD-Kollegen zufolge, der US-Geheimdienst an. Ein Top-Agent des BND wurde Emil Augsburg (alias Althaus alias Dr. Alberti), an Six' Auslandswissenschaftlicher Fakultät über die «russische Presse» promoviert, leitender Mitarbeiter des geheimen «Wannsee-Instituts» der SS, Ost-Spezialist und Einsatzgruppen-Mann, über den die National Archives in Washington noch kürzlich eine umfangreiche Geheimdienst-Akte freigaben. SS-Hauptsturmführer Wolff Heinrichsdorff, Jahrgang 1909, ein weiterer junger, radikaler NS-Studentenfürher, hatte nach zeitungswissenschaftlichen Studien in Berlin, Königsberg, Hamburg und Graz mit seiner Arbeit über «Die liberale Opposition in Deutschland seit dem 30. Juni 1933 – dargestellt an der Entwicklung der Frankfurter Zeitung» promoviert. Nach Tätigkeiten als Schriftleiter wurde er Leiter des Berliner «Instituts zum Studium der Judenfrage», dann von 1941 an Referent für politische Publikationen im Propaganda-Ministerium. Von hier aus operierte Heinrichsdorff mit Six an der Herausgabe der einstmals renommierten *Zeitschrift für Politik*.³⁴

Der «Gegnerforscher» Six war 1945 zusammen mit seinem getreuen Assistenten Mahnke zunächst untergetaucht, bevor ihn der US-Geheimdienst CIC nach ausgiebigen Recherchen ergriff. Im Nürnberger Einsatzgruppen-Prozess zu 20 Jahren Haft verurteilt, wurde Six 1951 begnadigt und konnte sich mit finanzieller Hilfe seines Landsberger Haftgenossen Friedrich Flick beim C. W. Leske-Verlag in Darmstadt als Teilhaber und Geschäftsführer einkaufen. Dort edierte er bald wieder Bücher von Hans Amandus Münster oder seinen zeitungswissenschaftlichen Schülern Horst Mahnke und Georg Wolff, die inzwischen als Ressortleiter bei Rudolf Augsteins *Spiegel* untergekommen waren.³⁵ Als Zuträger für Stories aus dem Geheimdienstmilieu wirkten hier Emil Augsburg und Rudolf Oebser-Röder. In einem ausgedehnten Zwiegespräch mit Hermann Giesler, einem von Hitlers bevorzugten Architekten, bekannte Six auch in der Landsberger Haft seinen festen Glauben an die Legitimität der nationalsozialistischen Revolution.³⁶ Er integrierte sich geräuschlos in die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft (später als Werbe- und Marketingmann bei Porsche Diesel Motorenbau in Friedrichshafen), im demokratisch-liberalen Staat kam er nie wirklich an.

³⁴ Zu Hass, Hengeihaupt, Augsburg und Heinrichsdorff siehe Hachmeister, *Der Gegnerforscher* und Wildt, *Generation des Unbedingten*.

³⁵ vgl. Lutz Hachmeister: *Ein deutsches Nachrichtenmagazin. Der frühe «Spiegel» und sein NS-Personal*. In: ders./Friedemann Siering (Hg.): *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*. München 2002, 87ff.

³⁶ siehe Hermann Giesler: *Ein anderer Hitler*. Leoni am Starnberger See 1977.

Wenn man die konventionelle wissenschaftshistorische Betrachtung «führender Fachvertreter» verlässt (die als solche durchaus ihre Berechtigung hat), und den Blick auf die junge Assistenten- und Mitarbeiterszene richtet, dann zeigt sich, wie sehr die im NS-Staat institutionell prosperierende Zeitungswissenschaft mit dem Terrorapparat von SD und SS verflochten war. Zudem spielen Sozialisationsmuster und Kommunikationszirkel der nationalsozialistischen Studentenbewegung eine nachhaltig prägende Rolle für die «Generation des Unbedingten». Schliesslich ist der Blick über akademische Fächergrenzen auch auf das Verhältnis der Kultur- und Sozialwissenschaften im «Dritten Reich» zum Sicherheitsdienst oder zum Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu richten. Mit Franz Ronneberger sollte nach 1945 ein weiterer SD-Spezialist im Fach sehr einflussreich werden, der energisch eine politikwissenschaftliche Modernisierung der Publizistikwissenschaft vorantrieb.

Zeitungs- und Publizistikwissenschaft in der NS-Diktatur

Sieben Feststellungen zur wissenschaftsgeschichtlichen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland

Bernd Sösemann

Im Mittelpunkt meines Beitrags stehen Bemerkungen zu grundsätzlichen methodischen und konzeptionellen Fragen zu dem Rahmenthema der Tagung, die sich mit der Geschichte des Faches befasst.* Ich werde jedoch überall dort nicht auf Einzelheiten verzichten können, wo diese zur Klärung der Überlieferungssituation, des Forschungsstands, der Quelleninterpretation und der Bearbeitungsdesiderata beitragen. Es sollen die Perspektiven und Aspekte hervortreten, die berücksichtigt werden müssen, wenn es um die wissenschaftsgeschichtliche Aufarbeitung des Faches Zeitungs- und Publizistikwissenschaft in der nationalsozialistischen Zeit geht. Dass sich auf die Erfahrungen der NS-Diktatur das Hauptinteresse der heute kritisch Zurückblickenden ebenso richtet wie auf das Verhalten der Amtsinhaber und Publizisten während der zwölf Jahre, ist verständlich, denn offensichtlich war bislang keine Epoche der deutschen Geschichte folgenreicher als die NS-Zeit.¹ Weniger verständlich sind jedoch Pauschalvorwürfe gegen die seiner Zeit Tätigen, der Verzicht auf ein intensives Quellen- und Literaturstudium oder eigene Forschungen sowie der anklägerische Ton und die moralisierende Grundhaltung vieler dieser Attacken. Die Anschuldigungen werden nicht selten noch durch unterstellte oder explizit vorgebrachte Vorwürfe ergänzt, die mitunter in Verschwörungsthesen münden. Der Höhepunkt wird erreicht, wenn suggeriert wird, der Betreffende habe nach 1945 im gleichen Geist fortwährend gewirkt und mit dazu beigetragen, die nachfolgende Wissenschaftler-Generation von der kritischen Erforschung der Fachgeschichte fernzuhalten.² Im Folgenden markiere ich meine Position mit sieben Feststellungen. Die Komplexität des Themas zwingt zum stichwortartigen Vorgehen und wird gelegentlich zu einer pointierenden Verknappung führen.

Mit Blick auf den Untertitel der Tagung komme ich zu meiner ersten Feststellung. Denn aus den dort gewählten Begriffen «Kontinuität und Umbrüche» lässt sich bereits ein Hinweis auf die weite zeitliche Perspektive ableiten, die beachtet werden sollte, wenn man zu einer überzeugenden Einschätzung der Verhältnisse in der nationalsozialistischen Diktatur kommen will. Mit den Metaphern «Versailles» und «Kalter Krieg» möchte ich die beiden Pole im historisch-politischen, ideologischen und emotionalen Spannungsfeld bezeichnen, die seit dem Friedensvertrag von 1919 in einem hohen Mass das Denken und Handeln vieler Zeitgenossen bestimmt haben.³

* Überarbeitete Fassung des Vortrages im Rahmen der Tagung der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft am 18./19. Januar 2002 in Dortmund.

¹ Michael Burleigh: *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*. Frankfurt a.M. 2000, 13-20.

² Nicht zuletzt, aber dafür umso deutlicher und an einem Exemplum fehlerreich vorgetragen in einer Tageszeitung von Rüdiger Strauch: *Mitgemacht, weitergemacht. Elisabeth Noelle und die braunen Flecken der Publizistikwissenschaft*. In: *Der Tagesspiegel*, Nr. 17417, 25.5.2001, 35.

³ Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*. Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*. München 2000, 378-555.

Die nahezu über sämtliche Parteigrenzen hinweg in der Weimarer Öffentlichkeit äusserst wirksamen Propaganda-Parolen «Kampf gegen Versailles!» und «Kampf gegen die Dolchstoss-Politiker und Vaterlandsverräter!» nutzte Hitler für seine aggressiven revisionspolitischen Forderungen. Zusammen mit seinen nationalistischen, antibolschewistischen und antisemitischen Grundeinstellungen und einer prinzipiellen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie beeindruckte er in der Endphase der Weimarer Republik und im Frühjahr 1933 nicht nur die Führungselite um Hindenburg, Hugenberg und Papen, den Bankier Schröder und die Vertreter der rheinischen Grossindustrie. Beeinflusst wurden auch diejenigen unter den konservativen und nationalliberalen Publizistikwissenschaftlern, die bereit waren, sich aus ihrer Verantwortung für den Staat und die Gesellschaft – zu Gunsten einer passiven Akzeptanz den neuen Machthabern gegenüber – zu lösen. Da die aktionistischen, patriotischen und machtpolitischen Motive des neuen Regimes bei wohlwollender Betrachtung dominierten, neigten nicht nur Anhänger der Deutschnationalen, sondern auch weitere Konservative dazu, die kriminellen, rechtswidrigen, populistisch-vulgären und sonstigen abstossenden Züge zu übersehen. Allgemein waren die Erwartungen in der Bevölkerung hoch und die Zahl der entschiedenen Kritiker gering – auch in der Wissenschaft und in den Universitäten.⁴ Die Hoffnungen und die Skepsis betrafen ein weites und heterogenes Feld von politischen Themen und führten zu den unterschiedlichsten Formen von Ablehnung, Distanz, Anpassung oder Unterstützung. Bestenfalls verknüpfte sich diese Einstellung bei einigen Akademikern mit dem Ehrgeiz, der geistesfeindlichen Haltung der «völkischen Bewegung» insgesamt und ihrer Repräsentanten in der Universität, in der Gesellschaft und in den Verbänden entgegenzutreten, um somit die politische Gesamtlage sukzessive zu verbessern. Mikroanalytische und biographische Untersuchungen, wie sie in den letzten Jahren nicht nur für Emil Dovifat⁵, Hans Traub⁶ und Fritz Eberhard⁷ durchgeführt wurden, bringen hierzu ausreichend differenzierte Aufhellungen, da die einzelnen karriere-biographischen Stufen und besonders die Entwicklung der beiden Berliner Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht worden sind. Die umfangreichen Sammelbände enthalten einen thematisch breit angelegten Dokumententeil, der zusätzliche Anregungen für weiterführende Studien bieten dürfte.

Ich gehe zu meiner zweiten Feststellung über. Nach relativ kurzer Zeit verlangten die Nationalsozialisten von den Zeitungswissenschaftlern nicht allein eine mehr oder weniger stark artikulierte Akzeptanz, sondern die Mitgestaltung der «Volksgemeinschaft», den Aufbau einer nationalsozialistisch geprägten Wissenschaft und ein Engagement für die Ziele von Partei und Regierung. An die Stelle des Wertsystems und der ethischen Normen einer freiheitlich-demokratischen Rechts- und Verfassungsordnung – so eingeschränkt sie in der Endphase der Weimarer Republik auch war – traten relativ schnell die Gesetze und Ansprüche eines Führersystems, die ausdrücklich Parteilichkeit und Unterordnung verlangten. Die Wissenschaft hatte sich aktiv in die Kampffront einzureihen, die Rasse, das Blut und das Wohl der «Volksgemeinschaft» als Orientierungsmerkmale zu akzeptieren. Wer nicht entlassen wurde, emigrieren wollte, sogleich fliehen musste oder freiwillig aus dem Amt schied, musste davon ausgehen, zukünftig in seinem Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt zu sein. Selbst dann gab es

⁴ Helmut Heiber: *Universität unterm Hakenkreuz*. Bd. 1: *Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz; Bd. 11/1: Kapitulation der hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen*. München 1991/1992.

⁵ Bernd Sösemann (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. (- Beiträge zur Kommunikationsgeschichte Bd. 8). Berlin 1998.

⁶ Zu seiner Biographie und zur Unterdrückung des wissenschaftlichen Werkes s. Stefanie Averbeck: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft 1917-1934*. (= Kommunikationsgeschichte 8). Münster 1999, passim.

⁷ Bernd Sösemann (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk*. (= Beiträge zur Kommunikationsgeschichte Bd. 9). Stuttgart 2001.

für keinen der Angepassten Schutz vor willkürlicher Entlassung – es sei denn er war Mitglied der NSDAP, der SA oder SS oder anderer regimekonformer Verbände.⁸

In jenen Jahren liess sich das Denken, Handeln und Wirken eines Wissenschaftlers nicht allein seinen Schriften und Reden entnehmen. Es ist vielmehr unumgänglich, sich eine breitere Grundlage für eine seriöse Interpretation zu schaffen. Sie überzeugt, wenn neben dem Nachlass oder sonstigen persönlichen Materialien auch die Dokumente und Akten erschlossen werden, die in den Institutionen und Verwaltungen entstanden sind. Im «Alltags-Handeln» dürften sich aufschlussreiche Anhaltspunkte für die Beurteilung finden lassen. Universitätslehrer wie Dovifat und d'Ester mussten wohl überlegte Verfahrenstaktiken, Sprachregelungen, persönliche, akademische und auch politische Netzwerke nutzen, um Person, Lehre und Forschungen abzusichern, Studierende zu schützen oder Promotionen durchzuführen. Sie hatten sich also täglich gegenüber opportunistischen Kollegen, regimetreuen Studierenden und der wachsenden Zahl der Parteigänger in der Universität, in den Ministerien und der Innenverwaltung durchzusetzen. Schliesslich mussten sämtliche Manuskripte von gewisser Bedeutung wenigstens ein Kontrollverfahren in den zahlreichen Zensureinrichtungen erfolgreich absolvieren, damit ein Hochschullehrer in dieser Zeit überhaupt mit Lehrbüchern oder Fachliteratur in die Öffentlichkeit treten konnte. Auch auf diesem Feld müssen detailanalytische Verfahren gewählt werden, sollen aus dem zumeist lückenhaft überlieferten Quellenmaterial Einsichten über «Mitläufer» in den Kategorien «Schuld» oder «Nicht-Schuld» gewonnen werden, die das Material interpretatorisch weder unterfordern, also die Zwischentöne und Modifikationen übergehen, noch die Dokumente bis auf das Äusserste strapazieren, überinterpretieren und in irreführende Zusammenhänge versetzen.⁹ Wenn Wolfgang J. Mommsen leichthin formuliert, es habe damals fast keinen unter denen gegeben, die im Amt geblieben seien, der nicht «in gewisser Weise Dreck am Stecken» habe¹⁰, dann dürfte sich diese pauschale Verurteilung wohl aus seiner familiären Betroffenheit erklären lassen. Das Bild vom Dreck verdeckt, was aufzuhellen Wert wäre.

Zur dritten Feststellung: Im ersten Jahrzehnt der Nachkriegszeit haben der Bruch des alliierten Anti-Hitler-Bündnisses, die schnelle Entwicklung des «Kalten Krieges», die Entstehung von zwei deutschen Staaten, besonders aber der Korea-Krieg und die Wiederbewaffnung ein Klima geschaffen, das die «Verdrängung» der nationalsozialistischen Vergangenheit grundsätzlich erleichterte.¹¹ Der Ost-West-Gegensatz überformte nahezu alle Debatten; die DDR- und die sowjetische Geschichtsschreibung nutzten jede ihnen geeignet erscheinende Einzelheit der Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland zu politischer Polemik und Propaganda. Stärker als die Bereitschaft, für sich selbst eine Schuld oder wenigstens die verständlicherweise zuerst einmal irritierende Position einer passiven Akzeptanz anzuerkennen, war damals die Tendenz vorhanden, das nationalsozialistische System zu kriminalisieren und das Urteil über dessen verbrecherisches Wirken zu akzeptieren. Norbert Frei hat in seinem Buch zur «Vergangenheitspolitik» nachzuweisen vermocht, in welchem Umfang und in welcher Intensität die damaligen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend konsensual den «Kampf um die Erinnerung» so geführt haben, dass weithin allein Hitler und eine kleine

⁸ Wolfgang Benz: *Geschichte des Dritten Reiches*. München 2000, 49-93; Ulrich Sieg: *Strukturwandel der Wissenschaft im Nationalsozialismus*. In: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 24 (2001), 255-270; Margit Szölli-Janze (Hg.): *Science in the Third Reich*. Oxford 2001; Peter Steinbach: *Die Gleichschaltung*. In: Bernd Sösemann (Hg.): *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft*. Stuttgart 2002, 78-113.

⁹ Bernd Sösemann: *Publizistische Opposition in den Anfängen des nationalsozialistischen Regimes*. In: Jürgen Schmäddecke/Peter Steinbach (Hg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. München 1995, 190-206.

¹⁰ Rüdiger Hohls/Konrad Jarausch (Hg.): *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*. Stuttgart 2000, 211.

¹¹ Otto Köhler: *Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher*. München 1995.

Clique für «Hauptkriegsverbrecher» gehalten und alle anderen Bevölkerungsgruppen als Opfer angesehen werden konnten.¹² Dabei verweist Frei ausserdem zu Recht auf das damals nicht nur in der Regierungspartei vorhanden gewesene überstarke Interesse an einer Beruhigung des gesellschaftlichen Lebens, an innenpolitischer Integration und aussenpolitischer Westbindung. Allerdings betont er das Bedürfnis zu sehr, einen «Schlussstrich» ziehen und sich mit dieser Haltung von jeglicher Schuld befreien zu wollen. Frei zeichnet aus den Akten letztlich ein Gesamtbild, in dem verstockte Ablehnung, uneinsichtige Stumpfheit und Formen einer arroganten Verweigerungshaltung vorherrschen. Die Fülle der frühen und qualitativ zumeist hoch stehenden Berichte in Zeitungen und Zeitschriften hat jedoch durchaus zur Aufklärung beigetragen, wenn ihre Verfasser auch oftmals dazu neigten, Ursachen und Politik des nationalsozialistischen Regimes in einem eher konservativen Sinn zu interpretieren.¹³ Ebenso vermittelten die zahlreichen Rundfunkreportagen, weniger offensichtlich die Filme, aber stärker wiederum Broschüren und Flugschriften erste Einsichten, bevor geschichtswissenschaftliche Studien abgeschlossen und publiziert werden konnten.¹⁴ Es mangelt zwar an einer genaueren Einschätzung, wie intakt und wirksam der Grundkonsens über die menschliche Minderwertigkeit der Nationalsozialisten, ihre moralische Verwerflichkeit und politische Verderbtheit war, aber zahllose Indizien weisen auf seine Existenz hin.¹⁵ Von ähnlich grossflächigen Vorstellungen und Einschätzungen, wie wir sie auch bei Frei finden, sind die meisten der pauschalen Vorstellungen über die Situation der Wissenschaften allgemein oder der Publizistik im Besonderen mitgeprägt.

Keiner Verharmlosung oder Relativierung des Geschehens in der nationalsozialistischen Diktatur soll viertens mit den vorangegangenen Feststellungen Vorschub geleistet werden. Die verbrecherische Regierung und das diktatoriale System sind mitten aus der deutschen Gesellschaft entstanden und auch von ihr getragen worden.¹⁶ Neben den aktiven Nationalsozialisten geschah es durch Opportunisten und Ängstliche, durch Unpolitische oder diejenigen, die sich bewusst in irgendeine gesellschaftliche Nische zurückgezogen hatten und die weitere Entwicklung gar nicht oder höchst eingeschränkt wahrnahmen. Das Regime festigte sich nämlich nach der Regierungsübergabe an die Hitler-Hugenberg-Koalition relativ schnell tausendfach durch Verfolgung und Vertreibung, durch Mord und Rechtsbruch, aber auch durch Staatsfeiern und Festivitäten, Versprechungen, Drohungen und Gewalt, weil ein entschlossener Widerstand ausgeblieben war. Längerfristig hatte es Bestand, da es ihm darüber hinaus gelang, mit der Durchbrechung sittlicher Vorstellungen und moralischer Schranken, mit der systematischen Unterhöhnung der persönlichen Verantwortung des Einzelnen eine letztlich «unpolitische» Einstellung verbindlich werden zu lassen.¹⁷ Mit diesem Vorgang, der so häufig mit dem Begriff «Gleichschaltung» irreführend bezeichnet worden ist, korrespondiert ein mindestens

¹² Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. 3. Aufl. München 1999 (Erstausgabe 1996), 405.

¹³ Dazu jetzt Anke-Marie Lohmeier: *Aufklärung und Propaganda. Politische Konsensbildung in Literatur und Publizistik der frühen Nachkriegszeit*. In: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur* 25 (2000), 115-133.

¹⁴ Jürgen Wilke (Hg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln 1999.

¹⁵ Hermann Graml: *Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus*. In: Martin Broszat (Hg.): *Zäsuren nach 1945*. München 1990, 183.

¹⁶ Gustav Seibt: *Zweitausend. Endliche Welt, kein Ende der Geschichte*. In: Lothar Gall (Hg.): *Das Jahrhundert im Spiegel der Jahrhundertwenden*. Berlin 1999, 380 f.: «Hier waren nicht einfach Bestien am Werk gewesen, sondern Techniker, Beamte, Soldaten, Familienväter, Mitglieder einer hoch zivilisierten Nation. Sie hatten in den Vernichtungslagern einen moralisfreien und mitleidslos funktionierenden Kosmos aufgebaut, in dem das Böse, die grösste denkbare Mitleidlosigkeit, zum Selbstzweck wurde, in dem ein Menschenvolk dem anderen das Recht aberkannte, die Erde zu bewohnen.»

¹⁷ Michael Rissmann: *Hitlers Gott. Vorsehungsglaube und Sendungsbewusstsein des deutschen Diktators*. München 2001; Bernd Sösemann; *Appell unter der Erntekrone. Das Reichserntedankfest in der nationalsozialistischen Diktatur*. In: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 2 (2000), 113-156.

ähnlich bedeutsames Phänomen, die keineswegs gering verbreitete «Selbstgleichschaltung» als Erscheinungsform der «Mitläufer-Gesellschaft». Sie bestand nur zum Teil aus den Handlungen eines vorauseilenden Gehorsams. Von weitaus grösserer Bedeutung für den Bestand der Diktatur war dagegen, dass der Einzelne – sieht man von den seltenen und deshalb hervorhebenswerten Ausnahmen einmal ab – seine dienstlichen Verpflichtungen weitgehend an seinem Platz als Jurist oder Mediziner, als Eisenbahner oder Polizist tat, seine Funktion als Unternehmer oder Schauspieler, als Techniker oder Künstler erfüllte und sich als Historiker oder Publizistikwissenschaftler nicht völlig verweigerte.¹⁸

Nicht Polemik oder Mutmassungen führen hier in der Analyse weiter, sondern – und damit bin ich bei meiner fünften Feststellung angelangt – der unverstellte und kritische Blick auf die Themen und Quellen, die genaue Analyse und die guellennahe differenzierte Interpretation der gewonnenen und im Normalfall selten «stimmigen», sondern eher «sperrigen» Einzelerkenntnisse. Nachdem drei Jahrzehnte seit dem Ende des «Kalten Krieges» und mehr als ein halbes Jahrhundert seit dem Selbstmord Hitlers vergangen sind, hat in den neunziger Jahren auch in der Publizistikwissenschaft der Prozess der Historisierung eingesetzt. Er lässt diejenigen Apologien, Beschönigungen oder Verdrehungen, einseitigen Schuldzuweisungen und Legenden zurücktreten, die in der Besatzungszeit, der Gründungsepoche der Bundesrepublik Deutschland und in den sechziger Jahren trotz der früh und auch ernsthaft betriebenen Auseinandersetzungen mit der unrühmlichen «braunen Epoche» Konjunktur hatten.¹⁹ Die nachfolgenden Generationen konnten die Fragen zur Vergangenheit der Disziplin und ihren Lehrern oder Vorgängern unbefangener aufwerfen und die tradierten partiellen Tabuisierungen leichter umgehen. Für jene ersten Jahre und eine Gesellschaft in einer derartigen Ausnahmesituation war das kein ungewöhnliches Bild. Forderte doch die Entnazifizierungs- und Reeducation-Politik jeden Einzelnen heraus, über seine Stellung und sein Handeln den Entnazifizierungskommissionen oder sogar vor Gericht, zumindest aber vor sich selbst, Rechenschaft abzulegen. Daraus folgte in der akademischen Lehre zumeist eher der Wille, sich mit der NS-Diktatur intellektuell auseinanderzusetzen und nach neuen inhaltlichen Orientierungen oder methodologischen Innovationen zu suchen, als über das Verlangte hinaus die eigenen politischen Verstrickungen öffentlich zu reflektieren und das Ausmass der Involvierung darzustellen.²⁰

Wenn aber die Mehrheit der national denkenden Professoren, wie es sich aus den jüngsten Befragungen der Schüler von Historikern ergibt,²¹ über ihr Verhalten geschwiegen, ihre Nachlässe ausgesiebt und auch vieles vergessen oder verdrängt haben,²² dann können wir dort zu wenig und eher Unbefriedigendes über das Denken und Handeln in den unmittelbaren Jahren nach 1945 finden. Es mangelt bislang an Untersuchungen über persönliche Erfahrungen in der Übergangsphase zwischen den letzten Kriegs- und den ersten Friedensmonaten, über den

¹⁸ Bernd Söseemann: «Auf Bajonetten lässt sich schlecht sitzen.» *Propaganda in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur*. In: Thomas Stamm-Kuhlmann u.a. (Hg.): *Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski*. Stuttgart 2003, 381-409.

¹⁹ Klaus Naumann (Hg.): *Nachkrieg in Deutschland*. Hamburg 2001; Manfred Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München 1999, 563-596 und 652-686.

²⁰ Bernd Weisbrod (Hg.): *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*. (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 20). Göttingen 2002.

²¹ Hohls/Jarusch, *Versäumte Fragen*; vgl. auch Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Frankfurt/Main 1999.

²² Auf die hierbei deutlich werdende Doppelgesichtigkeit des Gedächtnisses und die sich aus diesem Umstand ergebenden Konsequenzen für die Interpretationen des Historikers weist Johannes Fried hin: «Wir sind, was wir vergessen und erinnern. Es gibt keine Gegenwart, keine Identität ohne diese beiden. Sie stiften – ins Grosse gewendet – Leidens- und Handlungsgemeinschaften, Völker und Kulturen. [...] Erinnern und Vergessen stiften die Einheit vergangenen Geschehens», in ders.: *Erinnern und Vergessen. Die Gegenwart stiftet die Einheit der Vergangenheit*. In: Max Kerner u.a. (Hg.): *Eine Welt – eine Geschichte? A3*. Deutscher Historikertag in Aachen. Berichtsband. München 2001, 381 f» 386.

Grad der individuellen Betroffenheit, die Formen der Verarbeitung, die Auswirkungen der Entnazifizierungsverfahren, über Schlüsselkategorien des Urteilens und Handelns oder über NS-Traumata, Denkmuster und Erwartungshaltungen. Generalisierende Feststellungen über «die Historiker» dürften ebenso wenig möglich sein wie über «die Publizistikwissenschaftler».²³

Sechstens: Einerseits lässt sich resümieren: Die verschiedenartigen individuellen Lebenssituationen mussten zu unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen, Einstellungen und Handlungen führen. Andererseits zeigte sich nach 1945 auf der inhaltlichen Ebene kein hoher Grad der Kontinuität zur nationalsozialistischen Diktatur, weil das Ende vernichtend und desaströs gewesen war. Anders als nach 1919 begünstigte diese Situation die Bemühungen um einen Neuanfang.²⁴ Konservative und gemässigt nationalistische Denkhaltungen scheinen damals in der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft überwogen zu haben. Die Fachvertreter lehrten ohne Zweifel demokratisch und fielen nicht aus dem Gesamtbild der zeitgenössischen Wissenschaft und politischen Kultur heraus. Auf der politischen und sozialen Ebene stellte sich die Lage dagegen anders dar, weil persönliche und institutionelle Netzwerke weitgehend intakt geblieben waren, sodass nach den ersten Berufungen in der Personalstruktur eine konservative Präponderanz, höhere soziale Homogenität und eine gewisse Überalterung sichtbar wurde. Generell entsprach wohl die personelle Kontinuität in der Publizistikwissenschaft der allgemeinen Entwicklung in den deutschen Eliten, wie sie die Untersuchungen von Wolfgang Zapf zeigen.²⁵ Es wurden in den ersten Jahren lediglich diejenigen nicht wieder mit der akademischen Lehre betraut, die sich wie Martin Heidegger, Carl Schmitt oder Ernst Rudolf Huber zu stark exponiert hatten.

Meine siebte Feststellung soll auf einige der wichtigeren Konsequenzen und damit auf die Desiderata hinweisen, denen die kommunikationshistorische Forschung grössere Aufmerksamkeit zuwenden sollte, denn die Beschäftigung mit den Zeitungs- und Publizistikwissenschaftlern und mit den Leistungen oder Versäumnissen des Faches überzeugt nicht, wenn sie isoliert geschieht. Bislang ist eine Personengruppe lediglich sporadisch beachtet worden, obwohl ihr keinesfalls nur eine marginale Bedeutung zukommt. Ich nenne nur einige der hochrangig Beteiligten: Es sind jene Mitglieder des «Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda», des «Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung» und der «Reichspropagandaleitung der NSDAP», die für die Wissenschaft, Lehre, die Literatur und die Presse verantwortlich zeichneten.²⁶ Ihre Beteiligung und besonders die hohen SS-Ränge wurden wohl nur deshalb enthüllt, weil primär kein wissenschaftliches Interesse an ihnen bestand. In fast allen Enthüllungskampagnen ging es um moralische Entrüstung oder um politische Ziele. Die dabei gepflegte selektive Betrachtungsweise erinnert an die Aktionen der DDR, mit denen ein Bundespräsident wie Heinrich Lübke als «KZ-Baumeister» oder Minister wie Theodor Oberländer als «Schreibtischtäter» entlarvt und die Bundesrepublik Deutschland als «faschistisch» diffamiert werden sollten.

²³ Arnulf Kutsch/Horst Pöttker (Hg.): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland.* (= Publizistik Sonderheft 1/1997). Opladen 1997.

²⁴ Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre.* Bonn 1993.

²⁵ Wolfgang Zapf: *Wandlungen der deutschen Eliten. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961.* München 1965.

²⁶ Dazu gehören Fachleute aller Disziplinen, seien es Juristen, Geisteswissenschaftler oder auch Nichtakademiker wie Curt Reinhard Dietz, Hans Hegemeier, Hans Hinkel, die Brüder Erich und Hellmuth Langenbacher, Adolf Schmidt-Bodenstedt, Hans Schmidt-Leonhard und Heinz Wichman. Siehe dazu: Jan-Pieter Barbian: *Literaturpolitik im «Dritten Reich». Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder.* München 1995, passim.

Im Rahmen der Geschichte des Faches müssen die ebenfalls lediglich in ersten Ansätzen bearbeiteten Felder der Emigration und des Exils thematisiert werden.²⁷ Wir sind nicht ausreichend über die Gründe und Motive informiert, die etliche Wissenschaftler davon abhielten, nach 1945 nach Deutschland zurückzukehren oder in die DDR zu gehen.²⁸ Mehr wissen wir dagegen über diejenigen, die als Emigranten bereits während des Krieges in Institutionen der Alliierten mitarbeiteten, um nach dem Sieg über den Nationalsozialismus neue politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen aufzubauen. Die meisten Vertreter dieser Gruppe kamen so gleich mit den alliierten Truppen oder wenig später nach Deutschland zurück, sodass nicht selten auch ihre Nachlässe einsehbar sind.²⁹ Die schon erwähnten Historiker, aber auch Juristen, Mediziner oder weitere bislang unberücksichtigt gebliebene elitäre Gruppen der deutschen Gesellschaft wie Militärs, Bankiers, Künstler und Industrielle sollten ebenfalls systematisch mit in die Analyse einbezogen werden. Denn der Vergleich der in der Publizistik- und Zeitungswissenschaft gewonnenen Ergebnisse mit den Erkenntnissen über andere gesellschaftliche Gruppen dürfte die Perspektiven erweitern, die Qualität erhöhen und somit schliesslich auch die Akzeptanz der Forschungsleistungen steigern, die von den Publizistik- und Medienwissenschaftlern erbracht werden. Wegen der Emotionalität, sprachlichen Aggressivität und letztlich auch Unprofessionalität einiger der bisherigen Debatten dürfte es aus zwei Gründen schwierig sein, zu der nötigen Synthese zu kommen.

Der erste Grund liegt im persönlich-politischen Bereich: Die ethisch überaus rigorosen Standpunkte müssten ebenso aufgegeben werden wie die mitunter stark ideologisch geprägten Zugänge zur nationalsozialistischen Epoche. Die Wissenschaftsgeschichte hat erschliessende, darstellende und damit vorwiegend explanatorische Funktionen in aufklärerischer Absicht, nicht moralisierende in aufklärerischer Attitüde. Gegen undifferenzierte Verurteilungen sollte man sich grundsätzlich wehren; es gibt selten eine zweifelsfreie Trennung zwischen Schwarz und Weiss.

Der zweite Grund liegt auf der methodisch-konzeptionellen Ebene. Es müssten die quellenmässig gut belegten Vergehen oder Versäumnisse und die Qualität einer «reflexiven Lernbereitschaft» mit einem angemessenen, kritischen und kenntnisreichen Bild der Zeitumstände, des tradierten Normen- und Wertkontextes verbunden werden. Bei aller Diffizilität im Einzelnen muss diese Synthese geleistet werden, wenn die Gesamteinschätzung überzeugen will. Im Mittelpunkt stehen die Fachdisziplin und der Wissenschaftler als «Indikator» der politischen Kultur oder der Krise einer Gesellschaft. Das persönliche Versagen und insbesondere ein Sortieren zwischen «Guten» und «Bösen» sollte nicht in den Vordergrund gerückt werden, denn in der grauen Realität des Alltags verlieren Polarität und Klarheit der Typologie ihren Glanz.

²⁷ Es sei verwiesen auf Markus Behmer: *Von der Schwierigkeit, gegen Illusionen zu kämpfen. Der Publizist Leopold Schwarzschild – Leben und Werk vom Kaiserreich bis zur Flucht aus Europa.* (= Kommunikationsgeschichte 2). Münster 1997, sowie Irmtraud Ubbens: «Aus meiner Sprache verbannt...» *Moritz Goldstein, ein deutsch-jüdischer Journalist und Schriftsteller im Exil.* München 2002.

²⁸ Maximilian Biller: *Exilstationen. Eine empirische Untersuchung zur Emigration und Remigration deutschsprachiger Journalisten und Publizisten.* Münster 1994.

²⁹ Einen guten Überblick bieten Claus-Dieter Krohn/Martin Schumacher (Hg.): *Exil und Neuordnung. Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945.* (= Dokumente und Texte 6). Hamburg 2000; Heinz Boberach (Hg.): *Exilpolitiker zur staatlichen Neuordnung nach Hitler. Texte aus den Jahren 1940 bis 1949.* Hamburg 1999.

Überwintern im Widerspruch

Kurt Koszyk

Die professionellen Eliten der deutschen Gesellschaft haben als Juristen, Ärzte, Offiziere, Unternehmer und Journalisten die Maschinerie des Terrors am Laufen gehalten. Und nach 1945 besetzten sie trotz Entnazifizierung und nach meist nur kurzen Auszeiten wieder Führungspositionen der neuen Republik.

So leitete die «Neue Zürcher Zeitung» am 27./28. Juli 2002 ihre Rezension der ARD-Serie «Hitlers Eliten nach 1945» ein. Eine Folge über die Zeitungswissenschaftler ist nicht vorgesehen, obwohl es da manche erstaunliche Karriere zu beleuchten gäbe. Die Strategien waren meistens sehr ähnlich: Verschweigen, Verschleiern, Verharmlosen oder Wenden ins Positive mit Hilfe von «Persilscheinen»¹. Gelegentlich wurde darüber gespöttelt, wieviele Juden die Belasteten gerettet haben wollten. Zeitgeschichtliche Forschung hat stets mit Tendenz zu rechnen: vor allem lebenden Zeitzeugen, zu denen Forscher selbst gehören mögen, und vorgefassten Meinungen von Autoren. Die Debatten über Daniel J. Goldhagen² oder den gerichtsnotorischen David Irving sind ebenso aktuelle Beispiele wie Publikationen über Politik der Sowjets und ihrer Satelliten, die Stasi und die Verhältnisse in der DDR. Propaganda wirkt auf Bewusstseinsprozesse meistens langfristig über eine Epoche hinaus, wie etwa die Diskussion über die Benes-Dekrete und die Vertreibung Deutscher aus ehemals deutschen Gebieten belegt.³ Dabei wird oft die Relation von Ursache und Wirkung verdrängt, nach dem Motto: Täter waren immer die anderen.

In allen Erdteilen gibt es zahllose schwärende nationale Wunden, die über Jahrhunderte entstehen und offengehalten werden. In Nordirland marschieren alle Jahre Anfang Juli Protestanten, um die katholische Mehrheit an den Sieg der Oranier von 1690 zu erinnern. Solche Makroperspektiven sind bei den Spezialproblemen einer Fachdisziplin wie der Kommunikationswissenschaft als allgemeine Rahmenbedingungen geschichtlicher Art sehr wohl zu bedenken. Da den deutschen Medien 1945 durch die Besatzungsmächte eine Zäsur verordnet wurde, waren publizistische, ökonomische und persönliche Interessen von Verlegern und Journalisten besonders betroffen. Die anfänglich rigide Praxis, die ehemals, also auch unter dem Nationalsozialismus Tätige beschwerte, wurde im Zeichen des Ost-West-Konflikts bald aufgeweicht.⁴ Die westlichen Kontrolleure sahen sich vor dem Dilemma, Demokratie bei gleichzeitiger Kontrolle zu installieren.

In der Phase des Parlamentarischen Rates, dem wir das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verdanken, witterten jene, die zunächst von westalliierten Lizenzen ausgeschlossen waren, Morgenluft. Sie durften mit Bildung eines Weststaates die Rückkehr auf den Medienmarkt sicher erwarten.

¹ Vgl. Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall: *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt am Main: Fischer TB 2002.

² Martin Kött: *Goldhagen in der Qualitätspresse. Eine Debatte über «Kollektivschuld» und «Nationcharakter» der Deutschen*. Konstanz: UVK Medien 1999.

³ Selbst das banale Slowenen-Problem in Kärnten wird immer wieder angeheizt. Vgl. Charles E. Ritterband: *Schilderstreit am Karawankenrand*. In: *Neue Zürcher Zeitung* (Intern. Ausg.) Nr. 182 vom 9.8.2002, 4.

⁴ Kurt Koszyk: *Pressepolitik für Deutsche 1945-1949*. Berlin: Colloquium (jetzt Volker Spiess) 1986.

Die Zeitungswissenschaft ist seit ihrem Entstehen in Leipzig strukturell eng mit den Medien verbunden gewesen.⁵ Im «Dritten Reich» erfuhr sie eine in der Weimarer Zeit unerwartete Blüte – um den Preis der Unterwerfung unter das totalitäre Regime. Wie Millionen Deutsche wurden die Fachvertreter, die ihr Amt behielten, Mitläufer der NS-Diktatur oder ihre willigen Unterstützer. Viele Animositäten gegen Minderheiten, insbesondere Juden, denen die Rassenpolitik der Nationalsozialisten vor allem galt, entwickelten sich aus dem Denken vergangener Jahrhunderte zur Praxis in den Vernichtungslagern.⁶ Wer an leitenden Stellen am gesellschaftlichen Leben beteiligt war, konnte sich, selbst wenn er gewollt hätte, den Anforderungen des autoritären Staates nicht entziehen.⁷ Als Alternative blieb das, was als innere Emigration bezeichnet wurde, oder das Exil, in das sich nur ein Teil der Juden vor dem Holocaust retten konnte.

Aus den Weimarer Jahren unliebsame Katholiken wie Emil Dovifat⁸ und Karl d'Ester⁹ wählten opportunistische Verhaltensweisen, um zu überwintern. Beiden erleichterte ihre in der Wilhelminischen Ära geprägte konservativ-nationale Einstellung die Wahl, auszuharren und Einfluss, auch im Interesse gleichgesinnter Studierender, zu behalten. So arrangierte man man sich und wurde scheinbar bedenkenlos zum Mitläufer; zumal das Regime durch den Ausbau des Faches Vorteile verhiess. Schlüsselfigur war der Freund Karl d'Esters aus Dortmunder Zeiten und seit 1933 Honorarprofessor, Geheimrat Walther Heide, der es als ehemaliger Stresemann-Anhänger zeitweilig bis zum stellvertretenden Pressechef des Reichspropagandaministeriums brachte, ähnlich wie Werner Stephan zum Sprecher in der täglichen Berliner Pressekonferenz.¹⁰ Es ist Münchner und Münsteraner Kollegen zu verdanken, dass uns seit den 80er Jahren nach und nach manches Licht über die Rolle der Altvorderen nach 1933 aufgehen konnte. Otto B. Roegele (geb. 1920) meinte 1997 zu einem der kritischen Beiträge, auf Karl d'Ester bezogen:¹¹

In der politisch-moralischen Bewertung mancher Umstände und Verhaltensweisen wird freilich, wer einer früheren Generation entstammt, hie und da einen etwas anderen Akzent setzen. Von Joseph Görres bis zum preussischen Kulturkampf, vom

⁵ Kurt Koszyk: *Karl Büchers Weg zu Zeitungskunde*. In: *Unser Jahrhundert in den Medien*, Hrsg. v. Karl Friedrich Reimers, Leipzig 1991, 24-36, Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Pressegeschichte und Presstheorie*. Erich Everth (1878-1934). In: *Publizistik* 24 (1979), 3, 386-399.

Emil Dovifat: *Kurt Baschwitz*. In: *Publizistik* 13 (1969), 2-4, 372 ff.

Vera Ebels-Dolanová: *Een aanzet tot een biografie van Kurt Baschwitz*. Amsterdam Sowi Diss. 1984.

⁶ Detlev Claussen: *Vom Judenhass zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte*. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand 1987.

⁷ Vgl. Margret Boveri: *Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler*. Olten, Freiburg i. Br.: Walter Verlag 1965. Günter Gillissen: *Auf verlorenem Posten Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich*. Berlin: Siedler Verlag 1986. Fritz Sängler: *Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft 1978.

⁸ Bernd Söseemann (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Gunda Stöber: *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin/New York: Walter de Gruyter 1988, 103-159 bes. der Beitrag von Otto Köhler ebda., 93-101.

Dorothee v. Dadelsen (Hrsg.): *Emil Dovifat. Die publizistische Persönlichkeit*. Berlin/New York: de Gruyter 1990.

⁹ Karl d'Ester: *Weg und Ziel einer neuen Wissenschaft. Zehn Jahre Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität München 1924 bis 1934*. München 1934.

Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Karl d'Ester (1881-1960)*. In: *Publizistik* 26 (1981), 4, 575-603.

Vgl. auch Arnulf Kutsch: *Wilhelm Klutentreter (1908-1986)*. In: *Publizistik* 31 (1986), 3-4, 429-434.

Klutentreter traf ich bei seinen gelegentlichen Besuchen in Dortmund. Seine als Habilitationsschrift geplante Studie: *«Die Rheinische Zeitung von 1842/43»* erschien 1966 in der Reihe des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund als Bd. 10/1 und 2.

¹⁰ Arnulf Kutsch: *Der Fall Walther Heide*. In: *Publizistik* 20 (1975), 3, 805-808.

Werner Stefan: *Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen*. Düsseldorf: Droste 1983. Vgl. auch Doris Kohlmann-Viand: *NS-Presspolitik im Zweiten Weltkrieg*. München/London/New York/Paris: K.G. Saur 1991. Stefan war persönlicher Referent des Pressechefs der Reichsregierung Otto Dietrich (1897-1952).

¹¹ Otto B. Roegele: *Ausbreitung, Lähmung, Konsolidierung. München 1963 bis 1983*. In: Arnulf Kutsch/Horst Pöttker (Hrsg.): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch (= Publizistik Sonderheft 1/1997)*, 62-109, hier 68: Anm. 13. Otto B. Roegele/Franz Schmitt: *Gestapo gegen Schüler*. Konstanz: UVK 1994, 52 ff. und 71-91.

Hohen Meissner bis zum Reserveleutnant Heinrich Biring sind mehr Erbschaften des ‚Nationalgeistes‘ zusammengeflossen, als mit dem Auge der Vernunft allein zu entziffern sind auch gerade bei Karl d'Ester.

Zu diesem Urteil ist Roegele besonders berechtigt, weil ihm die Häscher der Gestapo wegen seines Engagements in einer Bruchsaler katholischen Jugendgruppe bis an die Ostfront und ins Lazarett folgten.

Die ersten Zeitungswissenschaftler, die mir 1949 begegneten, waren die am Münsteraner Institut für Publizistik lehrenden Walter Hagemann (1900-1964), von 1934-1938 Chefredakteur der Berliner «Germania», und Wilmont Haacke (geb. 1911), als Prager Habilitierter 1942-1946 Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaft in Freiburg i.Br. und dann Wissenschaftlicher Assistent in Münster. Hagemann¹², der als CDU-Mitbegründer seine Studenten für Wiederaufrüstung zu begeistern versuchte, wechselte später in die DDR. Haacke brachte es bis zum Lehrstuhl an der Universität Göttingen.

Über die Vergangenheit unserer Dozenten wurden wir nicht informiert. Das «Handbuch der Zeitungswissenschaft», herausgegeben von Walther Heide seit 1940 und bis zum Stichwort «Kommunistische Presse» reichend, entdeckte ich erst viel später. Haacke hat sich dort über das «Jüdische Feuilleton» (Sp. 2051-2072) im Stil der Zeit ausgelassen, ähnlich wie in seinen 1943/44 erschienenen Bänden seiner «Feuilletonkunde», die er 1951-53 durch das dreibändige «Handbuch des Feuilletons» ersetzte. Als ich 1966 in der Bibliographie meiner «Deutschen Presse im 19. Jahrhundert»¹³ arglos beide Publikationen erwähnte, beschwerte sich Haacke brieflich bei mir. Ich hätte wissen müssen, wie sehr ihn das verletze. Er verwies dazu, wenn ich recht erinnere, auf seine erst 1950 veröffentlichte Dissertation vom März 1936, «Julius Rodenberg und die deutsche Rundschau» und das Vorwort von Walter Hagemann, das die Querelen um die Publikation im «Dritten Reich» und das Votum des Zensors im Amt Rosenberg, des berüchtigten Berliner Professors Alfred Bäumler, schildert.¹⁴ Ich parierte schriftlich, in dem älteren Werk sei doch wohl auch etwas Zitierenswertes enthalten. Schon vor dieser Abmahnung war ich auf die Grenzen wissenschaftlicher Forschung und auf die eigenartige Vergangenheitsbewältigung in der Nachkriegszeit verwiesen worden. Der Fall spielte drei Jahren zuvor.

30 Jahre nach Hitlers «Machtergreifung» sollte ich für den «Zeitungs-Verlag» des BDZV ein Manuskript liefern. Dazu kam es nicht. Denn mich erreichte am 11. Februar 1963 ein Monitum von Dr. Walter Jänecke (1888-1965) aus Walchensee bei Kochel. «Hochachtungsvoll» liess der ehemalige Bevollmächtigte des Präsidiums des BDZV mich wissen, die von mir in einem Vortrag vor dem Institut für publizistische Bildungsarbeit in Düsseldorf im Oktober 1959

gemachten Andeutungen lassen die Initiative, die Zielsetzung der geführten Verhandlungen und das damals zunächst erreichte Ergebnis in einem falschen Licht erscheinen.

Der Schwerpunkt der Vorgänge habe nicht bei «Göbbels» [sic!], sondern bei Hitler gelegen. Jänecke beanstandete speziell meine Version, dass die Vertreter des Vereins Deutscher Zei-

¹² Joan Hemels/Arnulf Kutsch/Michael Schmolke (Hrsg.): *Entgrenzung. Erinnerungen an Henk Prakke*. Assen Van Gorcum 2000. Rudolf Stöber: *Emil Dovifat, Karl d'Ester und Walter Hagemann*. In: *Medien & Zeit* 17 (2002), 2-3, 67-84.

¹³ Kurt Koszyk: *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert*. Berlin: Colloquium (jetzt Volker Spiess) 1966, 323. Vgl. auch Hans Joachim Kempe: *Wilmont Haacke 50 Jahre*. In: *Publizistik* 6 (1961), 1,111; die Bibliographie spart die Zeit vor 1959 aus.

¹⁴ Söseman, *Emil Dovifat*. 130-139. Wilmont Haacke: *Julius Rodenberg und die Deutsche Rundschau. Eine Studie zur Publizistik des deutschen Liberalismus (1870-1918)*. Heidelberg: Kurt Vowinkel 1950, 5 ff.

tungs-Verleger, Dr. Krumbhaar, Dr. Neven DuMont, Dr. Jänecke und Generalsekretär von Boetticher am 29. März 1933

zu Goebbels zitiert wurden und natürlich vollkommene Übereinstimmung über die Pflichten der Presse zur nationalen Disziplin erzielten.

Gleichzeitig sei, so meine Darstellung, eine Erklärung des Präsidiums des VDZV gegen die Greuel-hetze im Ausland veröffentlicht und der beabsichtigte Boykott gegen die deutschen Juden am 1. April 1933 begrüsst worden. In der Jubiläumsnummer 13/1963 des «Zeitungs-Verlag» behauptete Jänecke, das Präsidium des VDZV sei damals wegen der öffentlichen Meinung im Ausland besorgt gewesen, als er sich «in Übereinstimmung mit der .Reichsregierung' dafür aussprach, den Auswirkungen der Hetze, die erneut eine moralische Einkreisung unseres Landes herbeizuführen droht, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln» entgegenzutreten. Man habe gehofft, «dass die von der NSDAP angekündigte Abwehraktion den Treibern der Hetze im Ausland die Folgen vor Augen führen wird, die für diejenigen eintreten, zu deren angeblicher Verteidigung diese Greuelpropaganda entfesselt worden ist».

Am 16. Mai 1963 teilte ich Jänecke, der mir in seinem Beitrag zum «Zeitungs-Verlag» indirekt Legendenbildung nachsagte, mit: «Über die Wirkung der Abwehrreaktion im Ausland war man offenbar unbesorgt. Unsere jüdischen Mitbürger werden allerdings angesichts dieser massiven Drohungen der Auffassung gewesen sein, dass die Verfasser solcher Aufrufe entweder mit Blindheit geschlagen oder böswillig waren.»

Dies wiederum beantwortete Jänecke am 7. Juni 1963 unter Hinweis auf sein beschränktes Sehvermögen damit, dass ich mit der Entschliessung des VDZV-Präsidiums einen im Zuge der damaligen Entwicklung «unwichtigen Vorgang» angesprochen hätte. Ausserdem seien die «damals noch nicht ‚gleichgeschalteten' deutschen Zeitungsverleger» nicht als Befehlsempfänger bei Goebbels gewesen. Vielmehr habe man mit einer kurzen Hitler-Herrschaft gerechnet:

Daher meine Überlegungen zu verhindern, dass Göbbels [sic!] allein den Hebel der Presse in die Hand bekam. Und es wäre für Sie als Presse-Historiker vielleicht eine lohnendere Aufgabe gewesen, diesem Teil meines Berichtes nachzugehen, als zu versuchen, Männer, die unter so schweren Voraussetzungen einen gangbaren Weg aus diesem Hexenkessel suchten, zu schulmeistern.

Ich verzichtete darauf, weiter mit Jänecke zu korrespondieren, zumal ich ihn bereits am 16. Mai 1963 darauf hingewiesen hatte, was am 29. März 1933 jedermann bekannt war:

Als die Herrn des Präsidiums mit Hitler verhandelten, war das Ermächtigungsgesetz verabschiedet, waren seit Wochen ausser der KP-Presse auch alle demokratischen Zeitungen der SPD und einige des Zentrums sowie anderer Parteien verboten, waren Misshandlungen und Massregelungen von politischen Gegnern des Nationalsozialismus an der Tagesordnung. Es fehlt mir angesichts dieser Tatsache jedes Verständnis für die Haltung des Präsidiums, und ich habe mir diese Haltung nur aus dem Zwang der Situation erklären können.

Das allerdings war mein Irrtum.¹⁵

Bei der Arbeit an meiner «Deutschen Presse 1914-1945» bin ich mehrfach mit dem ehemaligen Chefredakteur der Wochenzeitung «Das Reich», Eugen Mündler (1889-1981), zusammengetrof-

¹⁵ Kopien der Korrespondenz mit Jänecke im Besitz des Verfassers.

fen. Er liess mir schliesslich seine Niederschrift «Erinnerungen an ‚Das Reich›» zukommen. Darin hiess es:

Unvermeidlicher als für viele war im Dritten Reich die Flucht in den Kompromiss für Journalisten. Unter der Diktatur hiess für ihn die Alternative ‚Schweigen oder Schreiben‘. Schrieb man, so musste man auf formulierte Empörung, formulierte Proteste schon deshalb verzichten, weil so Geschriebenes nie gedruckt worden wäre... Jeder von den Angehörigen der älteren Generation hat den Streit darüber, ob er in jedem Fall sich richtig verhalten habe, am letzten Ende mit sich selber auszutragen. Wie er damit fertig wird, hängt von der Ehrlichkeit ab, die er gegen sich selber aufbringt.

Um ihres Fortkommens willen nahmen es viele mit der Wahrheit nicht so genau. Karl Oswin Kurth (1910-1981), von 1941-1945 Vorstand des Wiener Instituts für Zeitungswissenschaft, bewarb sich 1968 vergebens gleichzeitig mit Kurt Paupié (1920-1981) um die Leitung dieses Instituts. Paupié erhielt den Zuschlag, weil er es verstanden hatte, seine Mitgliedschaft in der NSDAP und SA zu verschleiern.¹⁶

Paupié lernte ich ein Jahr vor seiner Berufung zum Ordinarius kennen. Wenig später nahm ich meine Tätigkeit an der Ruhr-Universität auf. In den Jahren freundschaftlich-kollegialen Verkehrs mit Paupié blieb mir seine ominöse Vergangenheit verborgen. Was mir an ihm, neben seiner Ess- und Trinkfreude, auffiel, war seine Neigung zu grosszügigen Versprechen, die er meistens einzuhalten in Schwulität geriet. Deshalb schien er mir ständig von schlechtem Gewissen geplagt. Dass es andere Fakten aus seinem Leben waren, ahnte ich nicht. Seine prinzipiell konservative Einstellung fiel mir gelegentlich auf, auch bei einem seiner engsten Mitarbeiter, der später in Bonn bei einem CDU-Fernseh-Beobachtungsdienst arbeitete. Die heftigste Debatte führte ich mit ihm im Sommer 1968 in seinem Ferienhaus im Almtal. Er glaubte, der Einmarsch sowjetischer Truppen nach Österreich drohe unmittelbar, nachdem Prag besetzt worden war. Mein Hinweis auf die zwischen Westalliierten und Sowjets geschlossenen Verträge über die Respektierung ihrer Hemisphären, wie sich 1962 bei der Kuba-Krise bestätigt hatte, überzeugte weder Paupié noch seinen anwesenden, ebenfalls ehemals der NSDAP angehörenden Bekannten, den Paupiés Mutter, die ihr Mann verlassen hatte, einmal in den Sommermonaten als Hauslehrer engagiert hatte, um den offenbar schwer erziehbaren Sohn zu beaufsichtigen, während sie mit den Gästen ihrer Pension in Oberösterreich beschäftigt war. Ein Ereignis hätte mich stutzig machen sollen: als Paupié mich dem nebenan pflügenden Bauern vorstellte, meinte der, den «Reichsdeutschen» mit dem Hinweis beeindrucken zu müssen: «Ich war auch in der Waffen-SS.»

Um diese Darstellung nicht über Gebühr auszudehnen, will ich darauf verzichten, meine Begegnungen mit den Journalisten Fritz Sängler (1901-1984), Robert Schmelzer (1914-1996) und Heinrich Tötter (1910-1993) zu schildern, die in der Zeit des Totalitarismus jeder auf seine Weise bei der «Frankfurter Zeitung», beim «Neuen Wiener Tagblatt», bei der «Kölnischen» und der «Brüsseler Zeitung» schreibend überlebt hatten.¹⁷

¹⁶ Vgl. Wolfgang Duchkowsitch: *Von Karl Oswin Kurth zu Kurt Paupié. Eine Geschichte ideologischer Konformität?*. In: *Medien & Zeit* 17 (2002), 2-3, 140-150.

¹⁷ Mit Tötter, damals Pressesprecher des Deutschen Beamtenbundes, kam ich näher in Kontakt, als er die Studie «Presse und Beamtenspolitik» von Hildegard Scholand (erschien 1968 in der Reihe «Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung», 12) anregte. Der Bundesvertretertag des Deutschen Beamtenbundes von 1966 verschärfte die Vertrauenskrise um Bundeskanzler Ludwig Erhard, der im November 1966 abtreten musste. Tötter liess mich wissen, dass er im Gegensatz zu seinem früheren Redaktionskollegen Robert Schmelzer, Absolvent der Reichspreseschule und später Chefredakteur der «Ruhr-Nachrichten» bzw. Herausgeber der «Westfalenpost», nicht bestritt, in ihrer Zeit bei der «Brüsseler» bzw. «Kölnischen Zeitung» durchaus für das NS-Regime begeistert gewesen zu sein. Vgl. Robert Schmelzer: *Mein Rückblick*. In: *Tanzen Sie mal mit Frau Minister*. Fredeburg: Jos. Grobbel GmbH & Co. 1984, 64-85; Bernd C. Hesslein (Hrsg.): *Fritz Sängler. Ein Mutiger – kein Held*. Bonn: SPD-Parteivorstand 1991.

Auf einen der damaligen «Schreibtischtäter» möchte ich etwas ausführlicher eingehen: Franz Ronneberger.¹⁸ Ausser auf Tagungen und bei der Feier zu seinem 70. Geburtstag am 15 März 1983 begegnete ich ihm nur einmal quasi unter vier Augen. Das muss um 1959 gewesen sein, als er sich zu einer neuen Hochschulkarriere aufmachte, nachdem er zuvor zehn Jahre lang bei der «Westdeutschen Allgemeinen Zeitung» hatte arbeiten können. Erich Brost (1903-1995), der Heimkehrer aus dem Exil, der ihn bei dem Lizenzblatt beschäftigte, liess sich bei der Auswahl von Mitarbeitern mehr von beruflichen Fähigkeiten als von politischen Verwicklungen bestimmen.¹⁹ Auch regionale Kenntnisse des Ruhrgebiets waren dem aus Elbing stammenden Brost willkommen. Ronneberger lebte damals in Gelsenkirchen-Buer.

Im Entnazifizierungsverfahren²⁰ hatte Ronneberger seine Tätigkeit als hauptamtlicher Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes in Wien und für die Korrespondentenstelle Wien des Auswärtigen Amtes verschleiert. Die Briten, die ihn 1945 in Sandbostel bei Bremervörde internierten, hatten offenbar unzureichende Kenntnisse von seinem Vorleben. Ronneberger bezeichnete seine Haft immer als Kriegsgefangenschaft, obwohl er nie Wehrdienst geleistet, sondern den Rang eines SS-Untersturmführers bekleidet hatte. Er war Gauhauptstellenleiter im Grenzlandamt der Gauleitung Niederrhein und Leitartikler des «Völkischen Beobachters» gewesen. Die Leitartikel wurden mir um 1970 durch eine Protestaktion von Studenten an der Ruhr-Universität Bochum bekannt. Zufällig im Büro meines Kollegen Joachim H. Knoll vom Institut für Pädagogik, dem ich zugeordnet war, erlebte ich, wie Ronnebergers Assistent Manfred Rühl aus einer Veranstaltung kam, auf der ursprünglich Ronneberger hatte sprechen sollen. Das verhinderten Studenten, die Kopien von antisemitischen Leitartikeln Ronnebergers aus dem «Völkischen Beobachter» verteilt hatten. Rühl zeigte sich sichtlich erschüttert. Sein Nürnberger Ordinarius für Politik- und Kommunikationswissenschaft reagierte wenig später auf den Bochumer Eklat mit einem hektographierten Rundschreiben, in dem er sich als ursprünglich «unpolitisch» und vor allem musikalisch interessiert bezeichnete. Diese Version enthält auch das Interview Rühls mit seinem Schwiegervater, das 1997 im Sonderheft 1 der «Publizistik» (S. 21-35) unter dem Titel «Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft» erschienen ist.

In Thüringen geboren und zur Schule gegangen, machte Ronneberger sein Abitur in dem Jahr, in dem dort die NSDAP 1932 die absolute Landtagsmehrheit gewann und Wilhelm Frick (1877-1946) 1930/31 erster NS-Innenminister gewesen war. Vom nationalsozialistischen Studentenfunktionär seit 1932 in Kiel und München bis zum NS-Südosteuropa-Ideologen in Wien und der Steiermark 1941-1945 reichte Ronnebergers Karriere. Vor den Spruch- und Revisionskammern in Stade hatte sich Ronneberger mit einigem Erfolg als «unpolitischen, von der ‚Arbeitspsychose‘ befallenen Wissenschaftler» darzustellen versucht, der 1948 mit einer Geldstrafe davon kam. Als er mich 1959 – er war inzwischen Referent beim Stiftverband für die Deutsche Wissenschaft in Essen – in meinem Büro besuchte, machte er von seiner Vergangenheit keinen Gebrauch. Offenbar sondierte er, ob der 30-jährige Fachgenosse ein ebenso nützlicher Helfer bei der Rückkehr in die Wissenschaft sei wie zuvor Erich Brost. Es dauerte dann bis zur Bochumer Kontroverse ein Jahrzehnt und bis zu den Wiener Publikationen 40 Jahre, bevor die Wahrheit herauskam.

Wie wenig sich das Denken Ronnebergers gewandelt hatte, scheint mir auch der Stil seines

¹⁸ Peer Heinelt: *Portrait eines Schreibtischtäters. Franz Ronneberger (1913-1999)*. In: *Medien&Zeit* 7 (2002), 2-3, 92-111. Fritz Hausjell: *Franz Ronnebergers Wiener Jahre*. In: ebd., 151-163.

¹⁹ Marek Andrzejewski/Hubert Rinklake: *Erich Brost*. J.H.W. Dietz Nacht. 1997, 152. Peter Köpf: *Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspressen*. Berlin: Ch. Links Verlag 1995, 134 ff. Im Detail nicht immer genau, wird Ronneberger nicht erwähnt.

²⁰ Vgl. Clemens Vollnhals (Hrsg.): *Entnazifizierung*. München: dtv 1991, 237-262. *Südosteuropa-Mitteilung* 20 (1980), 1, 3-17.

Festvortrags vom 2. Februar 1980 vor der Hauptversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft «Zwischenbilanz der Südosteuropa-Forschung» zu belegen.²¹ Er bekannte darin, dass sein Verhältnis zur Südosteuropa-Forschung «bis zum heutigen Tag eher emotional, gemüts- und gefühlsbetont, als rational» sei. Sein Interesse für den Osten und Südosten Europas entspringe «weniger einem Kalkül beruflichen Fortkommens als vielmehr einer tiefen Zuneigung für die Völker und die Kulturen dieses Raumes». Ihre Wurzeln reichten in die Jugendbewegung des Jahrhundertbeginns. Ronneberger bezeichnete sein Verhältnis zu Südosteuropa in den Jahren 1929-1938 als «für immer» bleibend. Natürlich seien «die Stürme der ernüchternden Erkenntnis über jene frühen Prägungen hinweggegangen». Übriggeblieben sei «eine – sagen wir – moralische Qualität eines Sich-Verpflichtet-Wissens gegenüber Südosteuropa als Teil einer gesamteuropäischen Ordnung».

Ronneberger nannte Giselher Wirsings (1907-1975) Buch «Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft» von 1932 als Basis für die wissenschaftliche Fundierung seiner schwärmerischen Ideen aus dem Wandervogel. Vermutlich stand Ronneberger damals den Ideen des «Tat-Kreises» nahe. Wirsings²² Karriere – er war 1933-1942 Aussenpolitiker und seit 1938 Chefredakteur der «Münchener Neuesten Nachrichten» – ähnelt der Ronnebergers. 1938 SS-Hauptsturmführer im Hauptamt des Sicherheitsdienstes, Mitglied der NSDAP und Mitarbeiter der Auslands-Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes, konnte er 1954-1970 als Chefredakteur die Wochenzeitung «Christ und Welt» leiten.

Als weitere Förderer erwähnt Ronneberger Fritz Valjavec (1909-1960), einen Wiener, der, in Prag habilitiert, als Hochschullehrer über Berlin (1940) nach München (1943) gelangte und seit 1946 die «Südostdeutschen Forschungen» herausgab, ferner den aus dem Banat stammenden Mathias Bernath (geb. 1920), der 1960 Nachfolger von Valjavec als Leiter des Südostinstituts in München wurde und zahlreiche einschlägige Werke publizierte.

Ronneberger wurde «mit Kriegsende als Reichsdeutscher seiner Wiener Dozentur» an der Hochschule für Welthandel enthoben. 1960 habilitierte er sich an der Universität Münster unter dem Dekanat von Helmut Schelsky (1912-1984) neu für Verfassungs- und Verwaltungslehre. Zunächst lehrte er dann an der PH Bielefeld und er wurde 1964 an die Universität Erlangen-Nürnberg berufen. 1980 emeritiert, waren ihm 18 Jahre Ruhestand vergönnt, die er u.a. benutzte, um sein dreibändiges Lehrbuch «Kommunikationspolitik» (1978-1986) abzuschließen. Jeder, der ihn kannte, wird bestätigen, dass er zwar nicht unpolitisch, aber von «Arbeitspsychose» befallen war. Nur so konnte es ihm gelingen, nach kurzer Unterbrechung an die Karriere vor 1945 anzuknüpfen.

* Vgl. auch Wolfgang Dierker: *Himmlers Glaubenskriegen* Paberborn: Schöningh 2002

²² Peter Köpf: *Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse*. Berlin: Ch.Links Verlag 1995, 69 ff.

Paul Hoser: *Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchener Tagespresse zwischen 1914 und 1934*. Frankfurt am Main.: Lang 1990, 1022 ff.

Hans Hecker: *Die Tat und ihr Osteuropa-Bild 1909-1939*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1974.

Klaus Fritzsche: *Politische Romantik und Gegenrevolution*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1976.

Als der Krieg zu Ende war

Von der Zeitungswissenschaft zur Publizistik

Hans Bohrmann

Ausgangsbasis

Wissenschaft und Ausübung von Wissenschaft hat immer mit Staat und Politik zu tun und sei es allein dadurch, dass in Deutschland die Universitäten traditionell durch den Staat unterhalten werden, was bei der Ernennung der Hochschullehrer, die als solche in fast allen Fällen Beamte waren, zumindest eine staatliche Vetoposition bedeutete. Es ist kein Einwand, für die Gründung und den Unterhalt von Hochschulinstituten sei neben den planmässigen (staatlichen) Haushaltiteln regelmässig das Nutzen diverser anderer Wege der Mittelzuweisung erforderlich, denn bei deren Vergabe wirken staatliche Instanzen zumindest mit.

Wissenschaftliche Studiengänge sind oft dann besonders erfolgreich, wenn sie staatlich anerkannte Examina oder gleich Staatsexamina anbieten können. Die Zeitungswissenschaft eiferte diesem Ziel nach 1933 mit dem Zertifikat des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes¹ nach, das das ordentliche Absolvieren eines Studiums von sechs Semestern gemäss dem sog. reichseinheitlichen Lehrplan der Zeitungswissenschaft bescheinigte. Diese DZV-Bescheinigung bewirkte 50% Rabatt beim Redaktionsvolontariat. Die vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in der Zeitungswissenschaft seit der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre an vielen Hochschulen bewirkte Umwandlung von ausserplanmässigen in planmässige Dozenturen und von ao. Professuren in Ordinateure, war zugleich die Qualifizierung zum Hauptfach. Dieser Weg war in der Weimarer Zeit allein in Leipzig gegangen worden, als die Nachfolge für Karl Bücher gesucht und in Erich Everth² gefunden worden war. Das bedeutete eine ansehnliche staatliche Förderung, denn im Hauptfach konnten nicht nur alleinverantwortlich jetzt Dissertationsthemen angeregt und betreut, sondern die wichtige

¹ Waltherr Heide: *Zeitungswissenschaft. Geschichte, Aufbau und Arbeitsweise der deutschen Zeitungen*. In: Die Handelshochschule. 2. Aufl. Berlin und Wien 1939, Bd. 4, Kap. 12, Lfg. 58; ders.: *Die Eigenständigkeit der Zeitungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung ihrer Abgrenzung zur Rundfunkwissenschaft*. In: *Rundfunkarchiv* 15 (1942), 2-15; ders.: *Entwicklungslinien zu einer europäischen Zeitungswissenschaft*, in: *Zeitungswissenschaft* 19 (1944), 66-85; ders. (Hg.): *Wie studiere ich Zeitungswissenschaft?* Berlin: Deutscher Zeitungswissenschaftlicher Verband 1935; hier 3.(Feldpost) Aufl. Essen: Essener Verlagsanstalt 1943; Heides Auffassungen prägten nicht nur das Studium und die Personalpolitik, sondern auch die Forschung selbst, vgl. beispielsweise ders.: *Die älteste gedruckte Zeitung. Notwendige Feststellungen zu Streitfragen*. In: *Zeitungswissenschaft* 11 (1936), 61-70 (Heide nimmt für sich in Anspruch, amtlich die Kontroverse um den Erscheinungsort des *Aviso* gegen die Ergebnisse von Karl d'Esters Assistenten Helmut Fischer zugunsten von Augsburg zu entscheiden. Fischers Dissertation bleibt in der NS-Zeit wissenschaftlich folgenlos, seine Karriere war damit beendet. Die Festlegung war voreilig, wie sich aus der endlichen Beweisführung für Wolfenbüttel in den fünfziger Jahren gezeigt hat.) vgl.: Helmut Fischer: *Die ältesten Zeitungen und ihre Verleger, nach archivalischen und sonstigen Duellen dargestellt*. Augsburg: Schwabenland 1936. Fischer war in der Bayerischen Kommunalpolitik erfolgreich.

² Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Pressegeschichte und Pressetheorie. Erich Everth (1878-1934)*. In: *Publizistik* 24 (1979), 386-403.

mündliche Prüfung im Rigorosum konnte eigenverantwortlich abgenommen werden und das Fach erhielt damit auch das Habilitationsrecht. Die staatliche Seite förderte die Zeitungswissenschaft deutlich. Diese dankte es ihr und lag dabei im Trend der Mehrzahl der Fakultäten und Fächer. Der nationalsozialistische Staat hatte sich die Hochschulen 1933 rasch unterworfen, in vielen Fällen unterwarfen sich die Hochschulen auch freiwillig. Die verfassten Studentenschaften waren bereits in der Weimarer Republik in Scharen zum Nationalsozialismus übergelaufen. Die Korporationen hatten schon in der Republikzeit ihren Antisemitismus mit Arierparagrafen praktiziert.³ Dass eine politische Haltung, die – sei es von Hochschullehrern oder Studenten – im Jahr der Machtergreifung eingenommen wurde, nicht notwendig die Haltung der folgenden zwölf Jahre bestimmt hat, muss in Rechnung gezogen werden. Das Regime forderte Loyalität, die innere Zustimmung konnte es so wenig komplett erzwingen, wie andere Regime auch. Es gibt viele Beispiele für Menschen, die anfangs begeistert waren, die dann aber häufig aufgrund konkreter Ereignisse (30. Juni 1934, sog. Sudetenkrise, 1. September 1939 oder Beginn des sog. Russlandfeldzugs) oder durch Beobachtung von Auswirkungen (Aufrüstung, Judenverfolgung) sich mehr oder weniger distanzieren. Über die Haltung der führenden Zeitungswissenschaftler lässt sich in dieser Hinsicht wenig sagen, weil es an Selbstzeugnissen fehlt. Diese sind – sofern Tagebücher gesucht werden – auch nicht zu erwarten, weil dadurch die Gefahr, vom Regime entdeckt zu werden, gegeben war. Dasselbe gilt für den Briefwechsel, der regelmässig überwacht wurde, wenn dazu bei der politischen Polizei Anlass vorhanden war. Auch retrospektive Zeugnisse wie Memoiren sind, vielleicht mit Ausnahme des sog. Wissenschaftlichen Testaments von Hans Amandus Münster, nicht bekannt.

Deshalb frage ich im Wesentlichen nach den Auswirkungen des Kriegsendes für die Zeitungswissenschaft auf der institutionellen Ebene (Institute und deren führendes Personal und wissenschaftliche Fachorganisation) und der Personalpolitik der Länderministerien, später (nach der sog. Verreichlichung auch der Hochschulpolitik) des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, die bis in die späte Kriegszeit durch den Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband (Walther Heide) bestimmt worden ist. Erst ab 1943/44 organisierte sich auf der Ebene der Reichsdozentenführung eine Fachgruppe Publizistik, die für Hans Amandus Münster als Gegenspieler eine politische Bühne bot. Es wird auch nur ansatzweise auf die Inhalte der wissenschaftlichen Produktion Bezug genommen. Das wäre ein eigenes Thema.

Um die «Ausrichtung» der Fächer, wo es noch nicht geschehen war, nach der sog. Machtergreifung gemäss den nationalsozialistischen Absichten schnell zu erreichen, wurden Hochschullehrer, die sich in der Weimarer Zeit missliebig gemacht hatten, zumindest «kaltgestellt», d.h. oft zugleich ihre vorzeitige Pensionierung betrieben (in der Zeitungswissenschaft: Erich Everth, Leipzig; Alfred Weber⁴, der das Heidelberger Institut inauguriert hatte), um sie mit

³ Hans Bohrmann: *Strukturwandel der deutschen Studentenpresse*. (Kommunikation und Politik 4). München 1975, 69 ff.

⁴ Die besondere Rolle des Heidelberger Instituts in der Zeitungswissenschaft der Weimarer Zeit und nach 1933 sowie 1945 ist noch nicht umfassend untersucht worden, vgl. Horst Reimann: *Publizistik und Soziologie. Anfänge in Heidelberg. Zur Begründung des Instituts für Zeitungswesen an der Ruperto-Carola vor 60 Jahren*. In: *Publizistik* 31 (1986), 328-345; Albrecht Ackermann: *Das Institut für Zeitungswesen (Zeitungswissenschaft) an der Universität Heidelberg. 1927-1945*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegel (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*. Frankfurt a.M. 1986, 143 ff.; Hinweise zu Alfred Weber ergeben sich aus den Veröffentlichungen von Eberhard Demm: *Alfred Weber und die Nationalsozialisten*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 1999, 211-235; eine Darstellung des Institutsleiters nach Hans v. Eckardts Absetzung, Hans Hermann Adler, oder zur wissenschaftlichen Bedeutung des Honorarprofessors Wilhelm Waldkirch fehlt; Adler selbst hat kaum veröffentlicht, vgl. etwa Hans Hermann Adler: *Institut für Zeitungswissenschaft*. In: *Die Universität Heidelberg*. Heidelberg 1936, 55-56; ders.: *Volksdeutsche Fragen in der reichsdeutschen Presse*. Stuttgart 1938: Deutsches Auslandsinstitut (Nur für den vertraulichen Gebrauch der Schriftleitungen). Da aus diesem Institut mit Franz Alfred Six, aber auch Kurt Walz, und aus dem Umfeld zahlreiche prominente politische Funktionäre der Nationalsozialisten kamen (Gustav Adolf Scheel u.a.), wäre die Bearbeitung zu wünschen.

Nachwuchs der eigenen Couleur besetzen zu können (so Hans Amandus Münster, Leipzig⁵); sofern Hochschullehrer offen mit der Republik sympathisiert hatten, was allerdings nicht häufig der Fall war, wurden sie auch dann entlassen (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums), wenn sie nicht als jüdisch denunziert werden konnten (Hans von Eckardt, Heidelberg⁶, der durch den NS-Journalisten Hans Hermann Adler ersetzt wurde). Jüdische Institutsdirektoren wurden sofort ersetzt (Max Fleischmann, Halle/Saale durch den Dozenten Theodor Lüddecke⁷).

Die Selbstverantwortung der Hochschulen für Forschung und Lehre wurde schliesslich durch die sog. Reichshabilitationsordnung von 1935 dadurch eingeschränkt, dass die Hochschulen lediglich die wissenschaftliche Qualifikation feststellen durften (Verleihung des Grades Dr. habil.), während die Zuerkennung der Lehrbefugnis (*venia legendi*) eine ausschliesslich staatliche Veranstaltung wurde. Von der Zuerkennung der Lehrbefugnis hing ab, ob ein Kandidat zum Hochschuldozenten und Professor ernannt werden konnte (u.a. Karl Börner⁸; Wilmont Haacke⁹; Franz Hermann Kluge¹⁰; Karl Kurth¹¹; Hubert Max¹²; Franz Alfred Six¹³) oder als Lehr-

- ⁵ Hans Amandus Münster: *Die drei Aufgaben der deutschen Zeitungswissenschaft*. «Der Wille zu überzeugen – ein germanischer Wesenszug in der Volksführung des neuen Staates». Leipzig 1934 (erw. Leipziger Antrittsvorlesung); ders.: *Zeitung und Politik. Eine Einführung in die Zeitungswissenschaft*. (Meyers Kleine Handbücher 17). Leipzig 1935; ders.: *Publizistik. Menschen, Mittel und Methoden*. Leipzig 1939; ders.: *Geschichte der deutschen Presse in ihren Grundzügen dargestellt*. (Meyers Kleine Handbücher. 25). Leipzig 1941; ders.: *25 Jahre Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Leipzig*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), 40-47; ders.: *Die Kriegsschuld der Presse der Vereinigten Staaten von Amerika*. In: *Kriegsschuld und Presse. Gemeinschaftsarbeit deutscher Zeitungswissenschaftler*. (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung des Internationalen Pressewesens Wien 3). Nürnberg 1944, 149-171.
- ⁶ Hans von Eckardt: *Grundriss der Politik*. Breslau 1927 (Jedermanns Bücherei); *Presse und öffentliche Meinung. Verhandlungen des 7. Deutschen Soziologentages*. (Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Verhandlungen der Deutschen Soziologentage 7). Tübingen 1931, 31-50; Von Eckardts wissenschaftliche Vita, die überwiegend Politikwissenschaft und Soziologie betrifft, ist bislang noch kaum erarbeitet worden.
- ⁷ Max Fleischmann: *Zeitungswissenschaft als Hochschulstudium*. In: *Mitteilungen des Vereins deutscher Zeitungsverleger*, Jg. 6 (1926), Nr. 5, 3-4; ders. (Hg.): *Christian Thomasius. Leben und Lebenswerk*. (Beiträge zur Geschichte der Universität Halle – Wittenberg. 2). Halle 1931; vgl. Hans Bursian: *Max Fleischmann und das Institut für Zeitungswesen der Universität Halle/Wittenberg*. In: *Publizistik* 36 (1991), 481-493. Fleischmann starb 1943 in Berlin.
Theodor Lüddecke: *Die Tageszeitung als Mittel der Staatsführung*. Hamburg 1933; Lüddecke hat weitere Veröffentlichungen vor allem zur Betriebspublizistik vorgelegt.
- ⁸ Friedrich Bertkau/Karl Börner: *Der wirtschaftliche Aufbau des deutschen Zeitungsgewerbes*. Berlin 1932 (*Zeitung und Zeit* 3); ders.: *Das internationale Zeitungswesen*. Berlin, Leipzig 1934 (Slg. Göschen. 1079); Karl Börner: *Die Freiheit der Presse im nationalsozialistischen Staat. Ein Wort an das Ausland*. Oldenburg 1933 (auch in englischer Sprache ebd. 1933); ders.: *Das Dritte Reich im Spiegel der Weltpresse. Historische Dokumente über den Kampf des Nationalsozialismus gegen die ausländische Lügenhetze*. Leipzig 1934; ders.: *Charakteristik der Auslandspresse*, hrsg. v. d. Presseabteilung der Reichsregierung (im Reichsmin. f. Volksaufklärung und Propaganda), 2 Lfgen 1940. Börner hat sich kumulativ habilitiert und hat als Auslandspressechef der NSDAP und im Propagandaministerium bis zu seiner Abkommandierung zur Wehrmacht gearbeitet, gefallen 1942.
- ⁹ Wilhelm Haacke: *Geschichte der Deutschen Rundschau*. Phil. Diss. Berlin 1937 (masch. sehr.); Wilmont Haacke: *Julius Rodenberg und die «Deutsche Rundschau»*. Eine Studie zur Publizistik des deutschen Liberalismus. 1870-1918. Heidelberg 1950 (Beiträge zur Publizistik 2); ders.: *Feuilletonkunde*, 2 Bde. Leipzig: Hiersemann 1943, 1944 (Phil. Habil. Sehr. Prag 1942); ders.: *Handbuch des Feuilletons*. 3 Bde. Emsdetten 1951-1953.
- ¹⁰ Franz Hermann Kluge: *Nationalspanische Kampfzeitungen*. Hamburg 1937 (Auslandspresse und Auslandswirtschaft 1); ders.: *Iberoamerikanische Grosszeitungen*. (Hamburger Studien zu Volkstum und Kultur der Romanen 33). Hamburg 1940. (Phil. Habil. Sehr. Hamburg 1939); Die Geschichte der Zeitungswissenschaft in Hamburg bis 1945 ist bislang nicht bearbeitet worden.
- ¹¹ Karl Kurth: *Die deutschen Feld- und Schützengrabenzeitungen des Weltkrieges. (Wesen und Wirkungen der Publizistik 8)*. Leipzig 1937. (Phil. Diss. Leipzig 1937); ders.: *Sozialpsychologische Zeitungswissenschaft? Eine Richtigstellung*. In: *Frankfurter Zeitung*, Nr. 404 v. 10. August 1935; ders.: *Kritik der Publizistik*. In: *Zeitungswissenschaft* 13 (1938), 407-504; ders. und Wolfgang Hollmann: *Durchbruch zur Zeitungswissenschaft*. Bonn 1938 (Vorträge und Abhandlungen. Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Köln 4); dies.: Die Wirkungsgesetze der Presse. Gedanken über den Zusammenhang von Volkstum und Nachrichtengestaltung. In: *Zeitungswissenschaft* 15 (1940), H. 3. (Sonderheft); 2. Aufl. Berlin 1941; nach Tätigkeit für deutsche Vertriebenorganisationen ist Kurth Mitarbeiter im Bundesverteidigungsministerium gewesen.

beauftragte an den Hochschulen mitwirkten (Ernst Herbert Lehmann¹⁴; Gerhard Eckert¹⁵, Kurt Walz¹⁶). Daneben gab es Institutsdirektoren, die ohne Habilitation ernannt worden waren (Hans Amandus Münster, Leipzig; Hans Ludwig Zankl¹⁷*, Nürnberg; Theodor Lüddecke, Halle/S.), oft aus anderen Fächern kamen (Josef März, Prag¹⁸), habilitiert in Germanistik) und in einem Fall unpromoviert waren (der NS-Propagandafunktionär Martin Schwaebe, Köln¹⁹, der allerdings nicht das Recht zur Führung des Professorentitels erhielt). Mit Professorentitel ver-

-
- ¹² Hubert Max: *Die Satire in der französischen Publizistik unter bes. Berücks. des französischen Witzblattes. Die Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1880*. Phil. Diss. München 1934; ders.: *Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Erziehungsprozesses des deutschen Volkes bis zu den Karlsbader Beschlüssen*. (Pressestudien 1). Essen 1942. (Phil. Habil. Sehr. Münster 1940); Max starb 1945 an einer Kriegsverletzung.
- ¹³ Franz Alfred Six: *Die politische Propaganda der NSDAP im Kampf um die Macht*. Phil. Diss. Heidelberg 1936 (masch.schr.); ders.: *Die Presse der nationalen Minderheiten im Deutschen Reich. Staats- und Wirtschaftswiss.* Habil. Sehr. Heidelberg 1936 (masch. sehr.); vgl. Lutz Hachmeister: *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*. München 1998; Six wurde in einem Nürnberger Nachfolgeprozess wegen Kriegsverbrechen zu einer Haftstrafe verurteilt und war nach der Entlassung bereits Anfang der fünfziger Jahre in der Industrierwerbung tätig.
- ¹⁴ Ernst Herbert Lehmann: *Aufgaben der deutschen Zeitschriftenforschung*. In: *Beiträge zur nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft*. Sonderheft zur Semestertagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes vom 17.-19. Mai 1935 in Heidelberg, Heidelberg 1935, 23-27; ders.: *Einführung in die Zeitschriftenkunde*. Leipzig 1936; ders.: *Zeitschriftenkunde im Dienste der Wissenschaft und Praxis*. Antrittsvorlesung, gehalten am 7. April 1936 in der Aula der Universität Berlin. Berlin 1936; ders.: *Die deutsche Zeitschrift im politischen Kampf*. Leipzig 1938; ders.: *Wie sie lügen. Beweise feindlicher Hetzpropaganda*. Berlin 1939; ders.: *Entwicklung und Methode der Kriegshetze*. In: *Kriegsschuld und Presse. Gemeinschaftsarbeit deutscher Zeitungswissenschaftler*. (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung des internationalen Pressewesens Wien 3). Nürnberg 1944, 1-29; Lehmann hat nach dem Krieg Veröffentlichungen zur Betriebspsychologie vorgelegt.
- ¹⁵ Gerhard Eckert: *Gestaltung eines literarischen Stoffes in Tonfilm und Hörspiel*. Berlin 1936 (Phil. Diss. Berlin 1936); ders.: *Der Rundfunk als Führungsmittel*. Heidelberg, Berlin, Magdeburg 1941. (Phil. Habil. Sehr. Berlin 1941); vgl. Frank Biermann/Dietmar Reuss: Gerhard Eckert. In: Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. Köln 1984, 245-278. Eckert hat nach dem Krieg als Fachjournalist für Medien zahlreiche Aufsätze und Sachbücher vor allem zum Fernsehen vorgelegt.
- ¹⁶ Kurt Walz wurde in Königsberg habilitiert (1939) und zum Dozenten ernannt. Er war dort erster Assistent von Six und vertrat den Institutsleiter während dessen Abwesenheiten. Die Schrift über die ostpreussische Pressegeschichte blieb ungedruckt. Walz folgte ihm auch an die Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Universität als Leiter des Seminars für Presse und Propaganda. Nach dem Krieg war er Dozent an der Schule für innere Führung der Bundeswehr in Koblenz. Kurt Walz: *Die geistig-psychologische Kriegsschuld der sowjet-russischen Presse*. In: *Kriegsschuld und Presse. Gemeinschaftsarbeit deutscher Zeitungswissenschaftler*. (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung des internationalen Pressewesens Wien 3). Nürnberg 1944, 121-147.
- ¹⁷ Hans Ludwig Zankl: *Die Zukunft der Zeitungswissenschaft. Von der Zeitungskunde zur Publizistik*. Erlangen 1936; ders.: *Zeitungsbild und Nationalpropaganda. Die Politik der Aufmachung*. (Gestalten und Erscheinungen der politischen Publizistik 5). Leipzig 1937; ders.: *Bericht des zeitungswissenschaftlichen Instituts der Hindenburg-Hochschule in der Stadt der Reichsparteitage über einen Versuch zur Erforschung der PK-Berichte*. Nürnberg 1943; ders.: *Pressestatistik*. In: *Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Friedrich Burgdörfer*. Bd. I. Berlin 1940, 420-424. Zankl war nach dem Krieg in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit tätig und legte zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen vor, vgl. auch: Peter Szyszka: *Zeitungswissenschaft in Nürnberg (1919-1945). Ein Hochschulinstitut zwischen Praxis und Wissenschaft*. (Kommunikationswissenschaftliche Studien 8). Nürnberg 1990.
- ¹⁸ Josef März: *Zeitungswissenschaftliche Aufgaben in Prag*. In: *Zeitungswissenschaft* 17 (1942), 485-489; März war vor allem als politischer Publizist für nationalsozialistische Ziele in Ostmittel- und Südosteuropa tätig, u.a. als Chefredakteur des *Neuen Wiener Tagblatts*. Nach Promotion in München (1923) in politischer Geographie (Haushofer) habilitierte er sich kumulativ in Wien mit seinen geopolitischen Veröffentlichungen (1940). Haacke hebt März' Mitarbeit an den Beiträgen zu Judentum und Presse im *Handbuch der Zeitungswissenschaft* hervor. Nach dem Krieg legte März den Band: *Die moderne Zeitung. Ihre Einrichtung und ihre Betriebsweise*. München 1951, vor. März organisierte sich wie Hans Amandus Münster (vergeblich) in Gruppen, die die Wiedereinstellung der «amtsverdrängten» Hochschullehrer nach Art 131 GG forderten; vgl. Willmont Haacke: *Josef März 50 Jahre*. In: *Zeitungswissenschaft* 17 (1942), 637-639; ders.: *Josef März gestorben*. In: *Publizistik* 1 (1956), 49-50.
- ¹⁹ Martin Schwaebe übernahm zunächst das kommunale Kölner Institut 1934. Er war hauptberuflich Chefredakteur des NSDAP-Parteiorgans *Westdeutscher Beobachter* und Mitglied der Gauleitung, später auch des Reichstags. Nach dem Ausscheiden von Spahn aus dem Hochschulinstitut (1940) wurden die beiden Kölner Einrichtungen unter Schwaebes Leitung vereinigt. Fachliche Veröffentlichungen von ihm gibt es nicht.

sehen wurde Walther Heide²⁰ an der allgemeinwissenschaftlichen Fakultät der TH Berlin-Charlottenburg, obwohl es dort weder ein Institut noch einen Studiengang gab, sei es, dass er, für seine amtliche Auslands-Propagandaufgabe zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium «getarnt», als «Präsident» des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes gestärkt wurde. Vielleicht diente die Titelverleihung aber auch nur seiner Eitelkeit. In Prag wurde der hohe SS-Offizier und NS-Journalist Karl Viererbl²¹ zum Honorarprofessor ernannt. Jüdische oder wie es seinerzeit hiess «jüdisch Versippte» gab es auf planmässigen Professuren in der Zeitungswissenschaft nicht. Auf die Absetzung des Leiters des Hallenser Instituts, Max Fleischmann, wurde bereits hingewiesen; der ehemalige Rektor der Universität war Mitglied der Juristischen Fakultät. Allerdings verlor Hans Traub²²1938 seine Greifswalder Privatdozentur und in diesem Zusammenhang auch seine Referentenstelle am Deutschen Institut für Zeitungskunde aufgrund der festgestellten halb-jüdischen Abkunft. Dass er überhaupt so lange bleiben konnte, mag der speziellen Rechtskonstruktion des Berliner An-Instituts, möglicherweise auch dem politischen Einfluss seines Vaters Gottfried Traub und dessen deutsch-nationalem Freundeskreis geschuldet sein. Fleischmann, der nach Berlin zog, und Traub blieben die Deportation in der späten Kriegszeit (sog. Fabrikaktion, um Berlin «judenfrei» zu machen) dadurch erspart, da sie vorher verstarben.

Über das Schicksal der Assistenten und Doktoranden, die in der letzten Phase der Weimarer Republik aufgebrochen waren, um dem Fach eine solidere wissenschaftliche Grundlage zu verschaffen, aber nicht den politischen und rassistischen Vorstellungen der Nationalsozialistischen Generation entsprachen, hat Stefanie Averbek²³ eindrucksvoll berichtet. Sie stellen die ausgefallene Generation des Faches dar, deren theoretische Konzepte erst sehr spät nach dem Kriegsende in verwandelter Form wieder aufgegriffen wurden. Daneben gab es die fehlende Generation (wie W. B. Lerg²⁴ am Beispiel von Hubert Max formuliert hat), die als Promovenden, Assistenten und Habilitanden im Zweiten Weltkrieg oder später aufgrund von Kriegsverletzungen ihr Leben verloren hatten. Nimmt man alles zusammen, so stellte sich die Zeitungswissenschaft als ein nach 1933 stark expandierendes Fach dar, das knapp eineinhalb Dutzend Lehrstühlen aufzuweisen hatte, unter denen das Deutsche Institut für Zeitungskunde²⁵ als vom Reich und den Ländern unter Zuschüssen vom Reichsverband der deutschen Presse und vom Verein der Zeitungsverleger unmittelbar finanzierte An-Institut in Berlin das Flaggschiff darstellte. Das Personaltableau des Faches dürfte die NSDAP-Administratoren, vor allem in der SS, weniger zufrieden gestellt haben. Mit Six, einem typischen Karrieristen, der SS-Angehörigkeit mit SD-Tätigkeit vereinte, der aber den Auftrag erhielt, die sog. Auslandswissenschaft an der Berliner Universität als Dekan aufzubauen, stand ein Promotor nationalsozialistischer Zeitungswissenschaft nicht später mehr zur Verfügung. Er nahm seinen Königsberger Nachfolger Kurt Walz mit in die Auslandswissenschaftliche Fakultät. Der ähnlich politisch

²⁰ Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Fall Walther Heide*. In: *Publizistik* 20 (1975), 805-808. Weitere Untersuchungen, vor allem zu Heides «Personalpolitik», sind überfällig.

²¹ Karl Viererbl war als Exponent nationalsozialistischer Politik («alter Kämpfer» wie der Prager Institutsleiter März) zu Themen des Sudetenlandes journalistisch tätig. Er war seit 1934 aussenpolitischer Redakteur des *Völkischen Beobachters*. Seine wissenschaftliche Vita ist unerforscht.

²² Hans Traub: *Grundbegriffe des Zeitungswesens. Kritische Einführung in die Methode der Zeitungswissenschaft*. Stuttgart 1933. (Phil. Habil. Sehr. Greifswald 1932): Emil Dovifat: *Erinnerung an Hans Traub*. In: *Zeitungswissenschaft* 19 (1944), 275-276. Traub starb 1943 in Berlin.

²³ Stefanie Averbek: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft. 1927-1934*. (Kommunikationsgeschichte 8). Münster 1999.

²⁴ Winfried B. Lerg: *Hubert Max*, vgl. auch: Bettina Maoro/Dirk Neugebauer: *Hubert Max (1909-1945)*. In: Kutsch, *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, 127-167; vgl. auch: Bettina Maoro: *Die Zeitungswissenschaft in Westfalen 1914-45. Das Institut für Zeitungswissenschaft in Münster und die Zeitungsforschung in Dortmund*. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 43). München (u.a.) 1987.

²⁵ Joachim Heuser: *Zeitungswissenschaft als Standespolitik. Martin Mohr und das «Deutsche Institut für Zeitungskunde» in Berlin*. (Kommunikation. Forschung und Lehre 6). Münster 1994.

positionierte Hans Amandus Münster, dessen SD-Zuliefertätigkeit noch nicht ausreichend erforscht ist (eine Münsteraner Dissertation von Ute Ehrlich²⁶ ist abgebrochen worden), leitete das grosse Leipziger Institut. Er lag aber im Streit sowohl mit dem Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband (Heide) und damit auch mit der (einzigen) wissenschaftlichen Fachzeitschrift *Zeitungswissenschaft* (die Heide mit seinem Freund Karl d'Ester redigierte) als auch mit dem Deutschen Institut für Zeitungskunde an der Universität Berlin (Emil Dovifat) und dem Münchener Institut für Zeitungswissenschaft (Karl d'Ester). Münster vertrat innerhalb der Zeitungswissenschaft eine publizistische Richtung mit stärkerer Einbeziehung anderer Medien neben der Zeitung/Zeitschrift. Es liesse sich allerdings zeigen, dass der Streit weniger um wissenschaftliche Prinzipien von Forschung und Lehre ging (d'Ester und Münster gaben etwa weiter eine gemeinsame Schriftenreihe publizistischer Zielrichtung heraus), als um Verteilung finanzieller Zuwendungen und Einfluss auf die personelle Fachentwicklung. Das Geld lag bis zum Kriegsbeginn, wie in der Hochschullandschaft üblich, bei der älteren Generation und da blieb es auch während des Krieges. Hans Amandus Münster gehörte nicht dazu, vielleicht auch, weil sein Aufstieg «ausser der Reihe» unter Beseitigung eines vorher allseits geachteten Kollegen mit Unterstützung durch eine NS-politisierte Studentenschaft und dann gleich auf das einzige Ordinariat des Faches auch Gegenkräfte auslöste.

Der Zweite Weltkrieg war trotz Hans Amandus Münsters Querschüssen zumindest in der Zeitungswissenschaft eine Zeitzone der eher friedlichen Koexistenz der sonst sicherlich verfeindeten Gruppen. Emil Dovifat, der bis zum Kriegsbeginn in den Fachzeitschriften kaum publiziert hat, war dort wieder zugelassen. Es sind auch in dieser Zeit keine Versuche bekannt geworden, Dovifat von der Leitung des bedeutendsten Instituts zu entfernen oder ihn zu entmachten; dasselbe gilt für Karl d'Ester²⁷, der allerdings die zwölf braunen Jahre hindurch gleichmässig eifrig publiziert hat, wenn er auch geltend machte, dass ihm Habilitanden nahe gelegt worden seien, die ihn später hätten ablösen sollen. Das gilt auch für seinen Schüler Gerhard Baumann, dessen Habilitation in München allerdings nicht gelang ebenso wie für den Heide-Schützling Hubert Max, den d'Ester als Leiter des Münsteraner Habilitationscolloquiums auswärts Dr. Habil. machte. Der NSDAP-Hauptamtsleiter Adolf Dresler²⁸, den d'Ester schon in der Weimarer Zeit zum Lehrbeauftragten machte und später promovierte und dessen Dissertation er in seiner Schriftenreihe auch publiziert hatte, durfte neben d'Ester als Nicht-Habilitierter Vorlesungen ebenso anbieten wie der Direktor der Bayerischen Staatsbibliothek, Joachim Kirchner. Dennoch wurde d'Ester in eben jener Zeit zum Ordinarius befördert.

²⁶ Ute Ehrlich: *Das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Leipzig 1933-1945, mit besonderer Berücksichtigung der Ausstrahlung der Leipziger Zeitungswissenschaft auf Königsberg, Prag und Wien*. Berlin 1990 (unveröff. Manuskript im Institut für Zeitungsforschung, Dortmund).

²⁷ Karl d'Ester: *Das politische Elysium oder die Gespräche der Toten am Rhein. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Presse und des deutschen Gedankens am Rhein*. 2 Bde. (Zeitung und Leben 30, 31). Neuwied 1936, 1937. (Umschlagtitel Bd. II: Publizistische Wehr im Westen); ders.: *Die Presse und ihre Leute im Spiegel der Dichtung. Eine Ernte aus drei Jahrhunderten*. (Zeitung und Leben 90). Würzburg 1941; ders.: *Zeitung und Leser*. Mainz 1941; ders.: *Zehn Jahre Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität München. 1924-1934. Weg und Ziel einer neuen Wissenschaft*. München 1934; ders.: *Gib Rechenschaft von deiner Verwaltung. Bericht vom Münchener Institut für Zeitungswissenschaft und seinem Leiter*. Würzburg 1947 (Privatdruck); d'Ester war vom 12.11.1946-16.9.1947 vom Lehramt suspendiert; ders.: *Schwarz auf Weiss. Ein Leben für die Jugend, die Wissenschaft und die Presse*. München 1951; ders.: *Der Traum eines Lebens. Ein deutsches Institut für internationale Presseforschung und ein Weltpressemuseum*. Ingolstadt 1957; vgl. Wilhelm Klutentretter (Hg.): *Karl d'Ester. Auswahl der publizistikwissenschaftlichen Schriften*. (Publizistikwissenschaftler im deutschen Sprachraum 2). Bochum 1984.

²⁸ Adolf Dresler: *Geschichte der italienischen Presse*. 3 Bde. München, Berlin 1933, 1934; (Bd. 3 = Phil. Diss. München vom 20. April 1933, Referent Karl d'Ester); ders.: *Mussolini als Journalist*. 3. Aufl. Essen 1943 (1. Aufl. 1938); ders.: *Cavour und die Presse*. Würzburg 1939 (Zeitung und Leben, hg. v. Karl d'Ester, 60); ders.: *Der «Münchener Beobachter»*. 1887-1918. Würzburg (Zeitung und Leben, 76). Dresler war als Reichshauptamtsleiter in der NSDAP-Parteizentrale für Pressearbeit zuständig; nach dem Krieg trat er als Fachautor schwerpunktmässig für Presse(früh)geschichte hervor.

Dass die Angehörigen der später fehlenden Generation diesen Stillstand wenig schätzten, kann man aus dem Briefwechsel der im Nachlass Hubert Max²⁹ überliefert ist, deutlich erkennen. Darin sind alle Jüngerer vertreten, die sich um den fachlichen Dozentenbundsführer Hans Amandus Münster scharten und Pläne für die eigene Karriere, d.h. die Vertreibung der älteren Generation von den Professuren nach dem siegreichen Krieg machten. Dazu kam es aber bekanntlich nicht. Zu den jüngeren rechnete sich auch Gerhard Menz, Leipzig, der erst nach 1945 in der DDR Institutsdirektor wurde.

Die Besatzungszeit beginnt

Als der Krieg zu Ende war, hatte sich das Blatt gründlich gewendet. Ein Grossteil der zeitungswissenschaftlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit schon im letzten Kriegshalbjahr zugunsten der Rüstungsarbeit von Studenten geschlossen worden waren, wurde nun abgewickelt. Die langsam wieder öffnenden Hochschulen unter der Aufsicht der Besatzungsmächte wurden angehalten, sich alle erneut zugelassenen Institute und deren Personal genau anzusehen. Für die Zeitungswissenschaft spielte sicher auch eine Rolle, dass die teilweise erhebliche Finanzierung dieser Einrichtungen durch das Propagandaministerium via Zeitungswissenschaftlichen Verband fortfiel. Diese Zuschüsse dienten der Aufstockung des Sachmitteleats und der Personalmittel. Das gleiche galt für Zuschüsse der Verleger- und Journalistenverbände, schlimmer noch, die neue Generation von Journalisten und Lizenzträgern (Verlegern) zweifelte stark an der Nützlichkeit des Studiums gerade dieses Faches. Die Hochschulen wollten sich zudem von belasteten Fächern und Hochschullehrern trennen. Ausserdem waren viele Institute erheblich oder ganz kriegszerstört. Von selbst versteht sich, dass die vom RMVP finanziell geförderten Gründungen in Österreich (Wien) und der Tschechoslowakei (Prag) und auch in dem an die Sowjetunion gefallenem Teil Ostpreussens (Königsberg) nicht wieder aufleben konnten.

Weil die Lagen jeweils sehr unterschiedlich waren, beschreibe ich das, was mit den Instituten in den ersten Nachkriegsjahren geschah, bezogen auf Hochschulorte in den jeweiligen Provinzen resp. Ländern und Besatzungszonen. Dabei werden die Einrichtungen untersucht, die als Institute oder Studiengänge fungierten, mit Ausnahme der Lehrveranstaltungen an der Universität Kiel, die von dem schon in der Weimarer Zeit bekannten Sozialpolitiker Ludwig Heyde³⁰ gehalten wurden, der nach 1945 zu seinem alten Fach zurückkehrte und 1948 einen Ruf an die Universität Köln annahm, auch ohne sich dort wieder den Medien zuzuwenden, was später die Kölner Soziologen René König, Alphons Silbermann und Erwin K. Scheuch³¹ u.a. und die auf die Tradition Leopold von Wieses zurückgehende *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, wenn auch nicht kontinuierlich, unternahmen. Nicht behandelt wird auch die Einrichtung der Blindenausbildung in Marburg, die mit dem Dozenten Erich Kurt Kittel³², der nach 1945 nicht wieder auftrat, verbunden ist.

²⁹ Der Nachlass Hubert Max ist durch Findmittel erschlossen und befindet sich im Institut für Zeitungsforschung, Dortmund.

³⁰ Ludwig Heyde: *Presse, Rundfunk und Film im Dienste der Volksführung*. Dresden 1943.

³¹ René König/Alphons Silbermann: *Positionen und Provokationen zur Massenkommunikation und Kunstsoziologie. Aufsätze und Abhandlungen aus vier Jahrzehnten*. (Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 60). Bochum 1989; Erwin K. Scheuch: *Die Massenmedien Zeitung und Fernsehen*. (Die Freiheit der Freizeit 8). Frankfurt a.M. 1971; *Die primäre und die sekundäre Wirklichkeit*. In: *Merkur*, Jg. 24 (1970), 209 ff.; René König: *Handbuch der empirischen Sozialforschung*. 2. Aufl. Bd. 10: *Grossstadt, Massenkommunikation*. München 1977.

³² Erich Kurt Kittel: *Die Presseurse an der Blindenstudienanstalt Marburg*. Unveröff. Manuskript, um 1940 (im Institut für Zeitungsforschung, Dortmund); die Marburger Presseurse sind unerforscht.

Sachsen-Anhalt und Sachsen

Das Institut in Halle/Saale blieb von Kriegsereignissen verschont. Es wurde aber trotz der Berufung eines Dozenten (Rudolf Agricola, kommunistischer Lizenzträger beim *Mannheimer Morgen*) geschlossen. Agricola war Wirtschaftsjournalist. Die Materialien des Instituts wurden überwiegend nach Leipzig gebracht, wo zunächst ein Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft anstelle des kriegszerstörten Hans Amandus Münster-Instituts an der Philosophischen Fakultät neu entstand. Es war die antifaschistisch-demokratische Phase, in der die sowjetische Besatzung Mitstreiter für die Veränderung der Gesellschaft suchte. Die Leitung des Instituts erhielt Gerhard Menz³³, bis Kriegsende Professor für Buchhandelsbetriebslehre an der Leipziger Handelshochschule, die nicht wieder eröffnet sondern als sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität angeschlossen wurde. Menz' Lehrstuhl an der Handelshochschule war eine Stiftungsprofessur des Leipziger Börsenvereins, insofern war für ihn die neue Ernennung glücklich. Die sowjetische Besatzungsmacht operierte oft nach dem Motto, wer mit uns gut zusammenarbeitet, über dessen Vergangenheit können wir hinwegsehen. Menz hatte politisch eine Karriere als deutlich nationalistischer Journalist wilhelminischer Prägung während des Ersten Weltkriegs in Shanghai und eine führende Funktion bei der sog. Gleichschaltung des Börsenvereins für den Buchhandel Leipzig, wo er Schriftleiter des *Börsenblatts* war, hinter sich. In der SBZ gab er sich nun als bürgerlicher Demokrat. Wissenschaftlich hatte er sich durch Publikationen über Buchmarkt und Zeitschriftenwesen einen Namen gemacht. Parallel wurden an der Arbeiter- und Bauernfakultät der Universität Leipzig Dozenten für einen Ausbildungsgang Journalistik berufen, unter ihnen die kommunistischen/sozialistischen Emigranten Wilhelm Eildermann³⁴ und später Hermann Budzislowski³⁵, der bis in die sechziger Jahre die beherrschende Persönlichkeit des Faches darstellen sollte. Beide waren Journalisten, Eildermann war in die Schweiz, Budzislowski über Österreich in die USA gegangen. Als die Arbeiter- und Bauernfakultät, die nach sowjetischem Muster zur raschen Gewinnung akademischer Kader gedacht war, aufgelöst wurde, hat man beide Institute unter der Bezeichnung Journalistik vereinigt. Bürgerliche Wissenschaftler waren nicht mehr beteiligt; Menz war zu der Zeit bereits verstorben.

Vorpommern

Ob je daran gedacht worden war, die Privatdozentur in Greifswald wieder aufzunehmen, müsste noch untersucht werden. Es kann bezweifelt werden, weil eine Wiedergutmachung für den Inhaber Hans Traub wegen dessen Todes (1943) nicht mehr in Frage kam. Hinzu kam, dass eine Ursache dieser Greifswalder Habilitation in Berlin lag. Dort hatte das Fach an der Fakultät eine so schwache institutionelle Stellung und der Inhaber der Professur so ein geringes Standing, dass der Versuch einer Habilitation offenbar mit zu grossen Risiken behaftet war.

Es ist bedauerlich, dass Hans Traubs gewichtiger Beitrag zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitung weder in Greifswald noch in Berlin später aufgegriffen oder angemessen gewürdigt worden ist. Für die Universität wäre nach 1945 sicher die erneute Zuwendung zur Zeitungswissenschaft schwierig gewesen, denn die treibende Kraft für Traubs Tätigkeit in Greifswald waren die pommerschen Zeitungsverleger, die, wie überall im Reich in der Weimarer Zeit, von einer zeitungswissenschaftlichen Dozentur eine Hebung ihres Sozialprestiges und eine

³³ Gerhard Menz: *Die Zeitschrift als Führungsmittel. (Gestalten und Erscheinungen der politischen Publizistik 4)*. Leipzig 1935.

³⁴ Wilhelm Eildermann: *Die Antifaschule. Erinnerungen an eine Frontschule der Roten Armee*. Berlin 1985; von Eildermann liegen Veröffentlichungen in den verschiedenen Reihen der Leipziger Lehrmaterialien für das Fernstudium vor: *Das Redigieren und die literarische Korrektur des Zeitungsmaterials*. Berlin 1956; gern, mit Joachim Pötschke: *Wie schreibt man einen Zeitungsartikel*. 2. Aufl. Berlin 1955.

³⁵ Hermann Budzislowski: *Sozialistische Journalistik. Eine wissenschaftliche Einführung*. Leipzig 1966.

Möglichkeit zur Verbesserung der Journalisten-Nachwuchsbildung sahen. Pommern in seiner bisherigen Gestalt gab es aber nicht mehr, da die Oder nun die Grenze zu Polen bildete und die wenigen Verleger im östlichen Teil der neuen Verwaltungseinheit Mecklenburg andere Sorgen hatten, als sich an Bemühungen, ein Hochschulfach wieder zu errichten und finanziell zu unterstützen, zu beteiligen.

Berlin, Ost und West

Weil die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität im sowjetischen Sektor der ehemaligen Reichshauptstadt lag, waren die sowjetischen Besatzungsbehörden für sie zuständig. Das Deutsche Institut für Zeitungskunde, weitgehend kriegszerstört und in Ausweichräumen während des Krieges notdürftig fortgeführt, erstand nicht wieder³⁶. Seine Finanzierung war unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu erneuern. Eine Übernahme in den Hochschuletat erfolgte nicht. Emil Dovifat, der mit seiner Planstelle bereits von seiner Ernennung 1928 an, um einer Bindegliedfunktion zur Hochschule willen, durch die Universität auf einer Planstelle besoldet worden war, wurde nach Kriegsende wie alle Beamten entlassen und auch nicht wieder (als Angestellter) eingestellt. Teile der Bibliothek und des Archivs des Instituts wurden nach Leipzig verbracht; geringe Anteile der Sammlung kamen auf keineswegs geraden Wegen auch an die 1948 entstehende FU Berlin³⁷. Eine Nachfolgeeinrichtung, die gesamtdeutsche Bedeutung hätte beanspruchen können, wurde weder in Berlin noch anderswo begründet.

Walther Heide, der seine Dozentur an der TH Berlin-Charlottenburg hatte, die im britischen Sektor lag, war von der sowjetischen Besatzungsmacht im Spätsommer 1945 ins Lager Sachsenhausen verbracht worden, von wo er nicht wiederkam. Heide wurde 1957 amtlich für tot erklärt. Seine Arbeit fand nicht an der Hochschule statt, an der er nur einige Vorträge gehalten hat, sondern im Auslandspressebüro. Dieser Dienstsitz war beim Brand des Hansaviertels total zerstört worden; das Ausweichquartier im alten Zeitungsviertel überlebte den Krieg. Heides Beitrag zur Wissenschaft besteht im langjährigen Redigieren der Zeitschrift *Zeitungswissenschaft*, die nicht wieder erschien und erst 1956 durch das Fachblatt *Publizistik* ersetzt wurde, und seiner fragwürdigen Präsidenschaft im Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband. In dieser Funktion verteilte er die zentralstaatlichen Etats für das Fach in der NS-Zeit und bestimmte weitgehend die Personalpolitik, auch weil die Hochschulen in jedem Fall seinen Rat suchten und diesem regelmässig folgten. Ein Auslandspressebüro, das die deutschsprachige Auslandspresse anleitete und finanziell unterstützte, wurde nach dem Krieg verständlicherweise nicht erneuert, der Deutsche Zeitungswissenschaftliche Verband als genuine NS-Gründung auch nicht.

Franz Alfred Six, der Dekan auf Lebenszeit der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität, überlebte das Kriegsende. Seine Fakultät, ebenso wie die zweifelhafte Neueinrichtung einer Wehrwissenschaftlichen Fakultät, deren Neubau im Grünwald begonnen worden war, fiel fort. Six wurde als Kriegsverbrecher in Nürnberg angeklagt und zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Angeklagt war er wegen seiner Tätigkeit als Leiter einer Einsatzgrup-

³⁶ Emil Dovifat: *Die Erweiterung der zeitungskundlichen zur allgemein-publizistischen Lehre und Forschung*. In: *Zeitungswissenschaft* 9 (1934), 12-20; ders.: *Zeitungswissenschaft*. 2 Bde. Berlin, Leipzig 1937 (Slg. Göschen 1039/1040), Feldpostausgabe 1944; ders.: *Rede und Redner. Ihr Wesen und ihre politische Macht*. (Meyers kleine Handbücher 8). Leipzig 1937; ders.: *Rundfunkwissenschaftliche Aufgaben der deutschen Universitäten*. In: *Rundfunkarchiv* 13 (1940), 41-44; vgl. zur Biographie: *Prof. Dovifat in den Ruhestand versetzt*. In: *Berliner Tageblatt*, Nr. 399 v. 24. 8.1934; Wilmont Haacke: *Bleibt Professor Dovifat?* In: *European Herald*, London, Nr. 79/1934; Klaus-Ulrich Benedikt: *Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist*. Mainz 1986 (Veröff. d. Komm. für Zeitgeschichte. Reihe B. Forschungen 42); Bernd Sösemann (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998.

³⁷ Emil Dovifat: *Die Publizistik an der Friedrich Wilhelms Universität*. In: *Studium Berolinense. Gedenkschrift der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der FU Berlin zur 150. Wiederkehr des Gründungsjahres der Friedrich Wilhelms Universität zu Berlin*. Berlin 1960, 726-738.

pe der SS im sog. Russlandfeldzug, die die Moskauer Archive übernehmen sollte. Er kam, wie die meisten Kriegsverurteilten, Anfang der fünfziger Jahre wieder frei. An die Wiederaufnahme seiner Hochschulkarriere war nicht zu denken, zumal seine Veröffentlichungen überwiegend propagandistischen Charakter hatten und sich mit Wahlkämpfen der NSDAP und der sog. «Gegnerforschung» (Juden, Freimaurer) beschäftigten. Wissenschaftlich hat sich Six nicht mehr betätigt, sondern in der Werbung gearbeitet. Das Seminar für Presse und Propaganda am Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, das Kurt Walz leitete, war abgewickelt. Wissenschaftlich hat er sich nicht wieder zu Wort gemeldet, aber an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung gearbeitet.

An der ev. Theologischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms Universität bestand ein Seminar für Publizistik, das unter der Leitung des Theologen August Hinderer³⁸ stand, der eine bedeutende Rolle in der praktischen evangelischen Publizistik (Ev. Presseverband) spielte. Hinderers Rolle als Journalist ist wegen der Nähe seiner Publizistik zum nationalsozialistischen Staat umstritten. Ein eigener wissenschaftlicher Beitrag ist nicht auszumachen; was er vertrat, entsprach weitgehend dem zeitungswissenschaftlichen Standard, war aber aus zweiter Hand, vor allem von Emil Dovifat entlehnt. Das Institut wurde nicht wieder eröffnet. Hinderer verstarb noch 1945 in Westdeutschland.

Die am Leben gebliebenen Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus am Deutschen Institut für Zeitungskunde, Gerhard Eckert, Ernst Herbert Lehmann und Kurt Wagenführ³⁹, hatten Berlin verlassen. Eckert ist nicht mehr in die Wissenschaft gegangen, sondern hat vornehmlich als Fachjournalist den Aufstieg des Fernsehens begleitet und dazu zahlreiche, meist populärwissenschaftliche Schriften publiziert und sich für das private Fernsehen eingesetzt. Kurt Wagenführ ging nach Hamburg, wo er als Fachjournalist ebenfalls in der Fernsehbranche tätig wurde. Bekannt sind die Gründung der Korrespondenz *fernsehinformationen*, die er langjährig redigierte und seine Mitwirkung an der Gründung des «Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen»⁴⁰ an der Universität Hamburg. Dabei dürften Wagenführs Konzepte und Erfahrungen bei den vom ihm geleiteten gleichartigen Instituten an den Universitäten in Berlin und Leipzig während der Kriegszeit ausschlaggebend gewesen sein. Wagenführ hat mit den dortigen Instituten für Zeitungswissenschaft in engem Kontakt gearbeitet. Ernst Herbert Lehmann liess sich in Stuttgart nieder, machte eine Ausbildung zum «Tiefenpsychologen» und führte eine eigene Praxis. Zur Zeitungswissenschaft/Publizistik, insbesondere auch zu seinem Spezialfeld Zeitschriftenforschung, hat er sich literarisch nicht mehr geäußert.

Die unterschiedlichen Berliner Traditionen der Zeitungswissenschaft sind nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst sämtlich untergegangen. Das unter Emil Dovifat zur Publizistik(-Wissenschaft) mutierte Fach erstand neu an der Freien Universität Berlin im amerikanischen Sektor

³⁸ August Hinderer: *Film und Rundfunk als Objekt der Wissenschaft*. In: *Zeitungswissenschaft* 9 (1934), 20-23; vgl. Simone Höckele: *August Hinderer. Weg und Wirken eines Pioniers der evangelischen Publizistik*. Erlangen 2001; der späten Würdigung des 1945 verstorbenen ev. Theologen fehlt die kompetente Einordnung in die Geschichte des Faches Zeitungswissenschaft. Die ihm anhand im Wesentlichen unveröffentlichter Schriften, vor allem Vorlesungsmanuskripten, zugeschriebene eigenständige Leistung erweist sich bei näherem Hinsehen als den Auffassungen Emil Dovifats geschuldet. Vgl. auch Roland Rosenstock: *Evangelische Presse im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: Kreuz 2002.

³⁹ vgl. Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich*. T. 1-4. In: *Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen* 1 (1975), Nr. 3 8-11, Nr. 4 10-15 und 2 (1976), Nr. 117-21, Nr. 2 14-20; vgl. ferner Arnulf Kutsch: *Die Rundfunkforschung an der Universität Leipzig in den Jahren 1924 bis 1945*. In: *Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen* 20 (1994), Nr. 1, 17-29.

⁴⁰ Kurt Wagenführ: *Welt-Rundfunk-Atlas. Berlin 1936*; ders. (Hg.): *Jahrbuch Weltrundfunk 1937/38*. Heidelberg, Berlin 1938; *Weltrundfunk. Internationale Zeitschrift für Rundfunk und Fernsehen*, hg. v. Kurt Wagenführ, Berlin, später Heidelberg, 1937-1944; *Rundfunk und Fernsehen, Archiv und Beiträge zur Entwicklung, Form und Aufgabe*, hg. v. d. Rundfunkarbeitsgemeinschaft an der Universität Hamburg, Hamburg Jg. 1 (1948)ff.; ders.: *Rundfunk als Studienfach*. In: *Rufer und Hörer* 4 (1949), Nr. 1, 50-53; ders.: *Anmerkungen zum Fernsehen 1938-1980*. Mainz, Stuttgart 1983; Die Gründung des Hans-Bredow-Instituts an der Universität Hamburg und die Rolle Wagenführs ist noch ungeschrieben.

(Zehlendorf), wo bereits seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg naturwissenschaftliche Forschungsinstitute der Friedrich-Wilhelms Universität errichtet worden waren. Emil Dovifat wohnte schon seit der Vorkriegszeit räumlich ganz in der Nähe der Neugründung, an der er nicht unmittelbar als Gründer der ersten Stunde, aber als CDU-Mitgründer und Parteijournalist (*„Neue Zeit, Ost; Der Tag, West“*) gut bekannt und sofort verfügbar war. Er erhielt im Gründungsjahr ein Ordinariat und wurde Leiter eines neu gegründeten Instituts. Dovifat hat stets eher als Journalist denn als Wissenschaftler gedacht und gearbeitet. Das Institut für Zeitungskunde übernahm er von dem kurz zuvor verstorbenen Martin Mohr, dessen Plan wissenschaftlicher Organisation und Publikation er in langjähriger Tätigkeit Stück für Stück umsetzte. Dovifat war ein Organisator, der allerdings an der FU Berlin nie die Mittel besass, die er in früheren Jahrzehnten für sein Institut zur Verfügung hatte. Deshalb ist ihm vieles nach 1948 mehr zur Ankündigung als Erfüllung geraten. In seiner Fakultät hat Dovifat wenig Fuss fassen können. Die Nachfolgeregelung gestaltete sich so zur Hängepartie, insbesondere seit sein Schüler Friedrich Medebach, der bei Dovifat 1940 promoviert hatte, die Habilitation verfehlte und auch von anderen Hochschulen keine qualifizierten Kandidaten zur Verfügung standen. Dovifats «Zeitungslehre» und seine Handbücher⁴¹ haben drei deutsche politische Regimes erlebt. Das ist umstritten, besonders bei der «Zeitungslehre», weil Zeitungswissenschaft/Publicistik notwendigerweise ein enges Verhältnis zu Staat und Gesellschaft besitzen. Die Inhalte dieses Verhältnisses haben sich in den verschiedenen Auflagen von der Weimarer Republik bis in die Bundesrepublik auffällig niedergeschlagen. Dovifat gilt durch sein christlich (katholisches) Engagement geprägt, das ihm im Nationalsozialismus Konflikte eintrug, aber sicher auch vor allzu enger Anlehnung an die Politik des Tages geschützt hat. Fragen der wissenschaftlichen Methodik und der Theorie haben ihn nicht beschäftigt. Die Amtsübernahme Dovifats in West-Berlin hat aus der DDR, vor allem von der Karl-Marx Universität Leipzig, immer wieder scharfe Polemik bewirkt, die aber nicht nur persönlich verursacht gesehen werden darf, denn sie übertrug sich auf Dovifats Nachfolger Fritz Eberhard⁴², der in vieler Hinsicht als nicht kirchlich gebunden, als England-Emigrant und als Sozialdemokrat, das genaue Gegenteil Dovifats bildete.

Bayern

Oberbayern

Das Münchener Institut war stark kriegszerstört, Karl d' Ester aber einsatzwillig. Zunächst hinderten ihn die Amerikaner, die ihn zur Untersuchung seiner Tätigkeit seit 1933 etwa ein Jahr lang politisch überprüften. In dieser Zeit war das Institut geschlossen, denn es standen keine anderen unbelasteten Dozenten oder wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Verfügung. Otto Groth⁴³, der in München, wie die unsägliche Terminologie hieß, in einer sog. «privilegierten Mischehe» das NS-Reich überstanden hatte, war aus Gründen seines Lebensalters wohl nicht in Betracht gezogen worden oder hatte abgewinkt. Er hat sein gutes persönliches Verhältnis zu d'Ester mehrfach bekundet. Als d'Ester wieder eingestellt werden konnte, wurde der Insti-

⁴¹ vgl. Povifat, *Zeitungslehre*, 4. Aufl. Berlin: de Gruyter 1055 (SIG. Göschen 1039/1040); es folgte nach Dovifats Tod noch eine weitere Auflage in der vorsichtigen Bearbeitung von Jürgen Wilke (1967).

⁴² zu Fritz Eberhard vgl. Bernd Sösemann (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk*. (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte 9). Stuttgart 2001; zum doppelten Mass vgl. S. 25; vgl. auch Ders.: *Nicht mehr als eine Tanzmaus. Schreiben zwischen den Zeilen als hoffnungsloser Widerstandsversuch. Hellmut von Raussenplat und der «Funke»*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. April 2000, 11.

⁴³ Otto Groth: *Die politische Tagespresse Württembergs*. Staatswiss. Diss. Tübingen 1915; ders.: *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde* (Journalistik). 4 Bde. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928-1930; Groth hat die Entwicklung der Zeitungswissenschaft im 20. Jahrhundert in seinen Veröffentlichungen nicht dargestellt. In einem Leserbrief hat er aber nach dem Krieg seine Haltung durchblicken lassen, wenn er Zurückhaltung von Emil Dovifat angesichts der Belastung des Faches durch die NS-Förderung fordert, vgl.: *Mehr Zurückhaltung!* In: *Die Neue Zeitung*, München, 28. Okt. 1945.

tutsbetrieb erneut aufgenommen. Exponenten der NS-Zeit wie Adolf Dresler und Joachim Kirchner⁴⁴ tauchten nicht wieder auf. Dresler hat in der Wissenschaft allenfalls als regelmässiger Autor des (Frankfurter) *Börsenblatts für den deutschen Buchhandel*, vor allem für geschichtliche Themen eine Rolle übernommen. Joachim Kirchner, der die Leitung der Bayerischen Staatsbibliothek verloren hatte, legte eine zweibändige politisch gereinigte Fassung seiner Zeitschriftengeschichte vor und führte seine in der Weimarer Zeit begonnenen bibliographischen Grundlagenwerke fort.

Die zahlreichen Habilitationskandidaten der NS-Zeit, die Karl d'Ester nach eigenem Zeugnis entweder ausgeredet (Josef Krumbach⁴⁵) oder aufgedrungen (Gerhard Baumann⁴⁶ und Adolf Dresler, von dem bereits die Rede war) wurden, spielen nach 1945 keine Rolle mehr in der Wissenschaft. Ernst Roselius⁴⁷, den d'Ester ebenfalls nach eigenem Zeugnis gern habilitiert hätte, stirbt bereits vor Einreichung der Arbeit; Hubert Max, den d'Ester in Münster, herbeigerufen als Fachvertreter, tatsächlich habilitiert, stirbt kurz nach Kriegsende an einer Kriegsverletzung. Alle diese Kandidaten hatte d'Ester in München promoviert. Sein Nachkriegsversuch, den ehemaligen Kölner Assistenten Wilhelm Klutentreter⁴⁸, dem d'Ester eine neue Chance in München gegeben hatte, zu habilitieren, schlug fehl. Das war ein Zeichen dafür, dass Karl d'Ester in seiner Fakultät – wie Dovifat an der FU Berlin – kein besonderes Standing besass und dass offenbar beim Durchfall der Habilitationskandidaten (ein akademisch unüblicher Vorgang) mit den jeweiligen Kandidaten auch das Fach negativ mit gemeint war.

D'Esters wissenschaftliches Werk ist von der Dissertation an der Pressegeschichte gewidmet. Eine geschlossene Sicht vermittelt er nicht. Theoretisch war er nicht interessiert. Dass Karl d'Ester nach dem Zweiten Weltkrieg die Fachbezeichnung Zeitungswissenschaft beibehielt, dürfte ganz im Sinne Otto Groths gewesen sein. Das Erscheinen seines umfangreichen Spätwerks unter dem Titel «Die unerkannte Kulturmacht» ist ohne die tatkräftige Hilfe von d'Esters Assistenten Heinz Starkulla gar nicht zu denken. Es liefert die Begründung für die Münchener Schule, die die Formel «Zeitung ist das Zeitgespräch der Gesellschaft» formuliert hat⁴⁹.

⁴⁴ Joachim Kirchner: *Das deutsche Zeitschriftenwesen. Seine Geschichte und seine Probleme*. Bd. 1, Leipzig: Harrassowitz 1942 (mehr nicht erschienen); 2. völlig neu bearb. Aufl. T. 1, Wiesbaden 1958; T. 2, Wiesbaden 1962.

⁴⁵ Josef H. Krumbach: *Grundfragen der Publizistik. Die Wesenselemente des publizistischen Prozesses. Seine Mittel und Ergebnisse*. Berlin, Leipzig 1935; Josef H. Krumbach: *Vorfragen einer Soziologie der katholischen Presse*. Phil. Diss. München 1935. Krumbach war Leiter der Hauptabteilungsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP.

⁴⁶ Gerhard Baumann: *Der organisatorische Aufbau der deutschen Presse*. Phil. Diss. München 1940; ders.: *Grundlagen und Praxis der internationalen Propaganda*. Essen 1941; ders.: *Der Begriff der Pressefreiheit im Wandel der Zeiten*. In: *Deutschlands Erneuerung* 27 (1943), 129-140; Baumann hat nach dem Zweiten Weltkrieg Aufsätze zu zahlreichen Politikfeldern (Wehrkunde, Kommunikationspolitik, Bildungspolitik) veröffentlicht.

⁴⁷ Ernst Roselius: *Journalistisches Praktikum*. München 1935 (Zeitung und Leben 26); ders.: *Amerikanische Studentenzeitungen. Mittel der Erziehung zum Gemeinschaftsgeist in den Vereinigten Staaten von Amerika*. (Wesen und Wirkungen der Publizistik 3). Leipzig 1936. (München Phil. Diss. 1936.); ders.: *Die Druckschrift unter dem Einfluss der Technik*. In: *Deutsches Museum* 11 (1939), 59-97.

⁴⁸ Wilhelm Klutentreter: *Presse und Volksgemeinschaft. Eine soziologisch-zeitungswissenschaftliche Studie über das Verhältnis von Presse, Volk und Staat in Deutschland*. Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. Köln 1937; ders. (Hg.): *Dienst an der Presse. Aus der Berufspraxis der Zeitungswissenschaftler. Zum 10jährigen Bestehen der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung München*. München 1939; ders.: *Die Rheinische Zeitung 1848/49*. 2 Bde. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 10/1.2). Dortmund 1966, 1967. Die Studie über die *Rheinische Zeitung* bietet in überarbeiteter Form den Text der Münchener Habilitationsschrift von Mitte der fünfziger Jahre, der von der Fakultät angenommen wurde, während die Habilitation insgesamt scheiterte.

⁴⁹ Otto Groth: *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik)*. 7 Bde., Berlin 1960-1972; Bernd Maria Aswerus: *Vom Zeitgespräch der Gesellschaft*, zugest. und eingeführt von Hans Wagner. (ex libris kommunikation 3). München 1993; Otto Groth: *Vermittelte Mitteilung. Ein journalistisches Modell der Massenkommunikation*, hg. v. Wolfgang R. Langenbacher. (ex libris kommunikation 7). München 1998; Peter Glotz: *Von der Zeitungs- über die Publizistik- zur Kommunikationswissenschaft*. In: *Publizistik* 35 (1990), 250-256.

Flüchtling aus Prag und Übersiedler aus Leipzig

Der Leipziger Institutsdirektor Hans Amandus Münster⁵⁰ hat sich nach dem Krieg in der Nähe von München niedergelassen. Seine Zeit widmete er der werbefachlichen Ausbildung und schrieb dazu viele Bücher. Für eine Hochschultätigkeit wurde er wegen seiner Leipziger Tätigkeit und seiner Publikationen im «Dritten Reich» nicht mehr in Betracht gezogen, obwohl seine Tätigkeit für den SD erst in den neunziger Jahren öffentlich wurde. Hans Amandus Münster wirkte, wie Josef März, in Vereinen von «amtsverdrängten» Hochschullehrern, deren Rhetorik kaum von rechtsradikalem Wortgebrauch zu unterscheiden war. Ziel war es, eine Wiedereinstellung als Hochschullehrer nach Art. 131 GG zu erreichen. Es hat den Anschein, als ob Münster ein gewisser Realitätsverlust zugesprochen werden muss. Münsters bedeutendste Veröffentlichungen fallen in seine Berliner Zeit (Jugendstudie; Zeitungsökonomie⁵¹ – mit Karl Börner). Die Veröffentlichungen im «Dritten Reich» sind überwiegend stark ideologisch geprägt und entbehren weitgehend eines wissenschaftlichen Charakters. Demgegenüber fallen die Anregungen des studierten Soziologen zur Wirkungsforschung mit Hilfe sozialempririscher Techniken weniger ins Gewicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg dienten Münsters Veröffentlichungen offenbar weitaus überwiegend dem Erwerb des Lebensunterhalts. Sie zielen nicht auf wissenschaftliche Erkenntnismehrung, sondern auf Verbreitung bereits anderswo erarbeiteter Einsichten. Am wenigsten gilt das für seine zweibändige Studie zur Weltpresse.

Ebenfalls in Bayern lebte nach dem Krieg der ehemalige Prager Institutsdirektor Josef März. März legte Anfang der fünfziger Jahre eine Studie zur modernen Presse vor, die mit entsprechenden Publikationen etwa Hagemanns durchaus konkurrenzfähig ist. Eine Dozentur erhielt er möglicherweise angesichts seiner Veröffentlichungen im «Dritten Reich» nicht. Über den Verbleib des Prager Honorarprofessors Karl Viererbl sind Informationen nicht bekannt. An der tschechischen Karl-Universität Prag wurde ein neues Institut für Journalistik gegründet.

Franken

In Nürnberg, dessen Handelshochschule als Sozialwissenschaftliche Fakultät nach dem Krieg der Universität Erlangen angeschlossen wurde, ist Hans Ludwig Zankl als Leiter u.a. auch für eine pressestatistische Forschungsstelle, die der Deutsche Zeitungswissenschaftliche Verband gegründet hatte, nicht wieder ernannt worden. Das Institut für Zeitungswissenschaft, das wie die gesamte Hochschule im Krieg zerstört worden war, wurde nicht wieder aufgebaut. Zankl betätigte sich in Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Bekannt wurde er als Pressestellenleiter der Stadt Köln. Kurzzeitig wurde Zankl in der Nachfolgediskussion Dovifats (Ende der fünfziger Jahre) als Kandidat gehandelt, kam aber nicht zum Zuge.

Ein Institut für Publizistik wurde an der Nürnberger Fakultät von dem Volkswirtschaftler Ernst Meier⁵² in den fünfziger Jahren neu gegründet. Meier war seit 1948 ao. Professor für Wirtschaftswissenschaft an der damaligen Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg. Die langfristige Bedeutung der Institutsgründung lag kaum in seinen wissenschaftlichen Arbeiten, sondern in der Vorläuferfunktion für den Ausbau in der ersten Hälfte der sechziger Jahre durch den neu eingerichteten Lehrstuhl für Politik und Kommunikation, der die Nachfolge Meiers weg von der Ökonomie zur Publizistik brachte. Berufen wurde Franz Ronneberger, auf den noch anhangsweise zurückzukommen sein wird.

⁵⁰ Sylvia Straetz: *Hans A. Münster (1901-1963). Sein Beitrag zur Entwicklung der Rezipientenforschung*. Frankfurt a.M. 1984; H. A. Münster arbeitete nach dem Zweiten Weltkrieg als Werbefachmann im Grossraum München und legte zahlreiche Veröffentlichungen vor allem zur Printmedienwerbung vor. Hans A. Münster: *Die moderne Presse. Zeitungen und Zeitschriften im In- und Ausland*. 2 Bde. Bad Kreuznach 1955,1956. Münster hat ein «Wissenschaftliches Testament» hinterlassen, das er im Februar/Mai 1946 verfasste, aber nicht veröffentlichte.

⁵¹ Hans A. Münster: *Jugend und Zeitung*. Berlin 1932.

⁵² vgl. Manfred Rühl: *Ernst Meier (4.9. 1893-17.9.1965)*. In: *Publizistik* 11 (1966), 66-67.

Baden

In Heidelberg, wo die Kriegszerstörungen gering waren, entstand unter Wiedereinsetzung des 1933 entlassenen Hans von Eckardt ein neues Institut für Publizistik, das die in der Weimarer Zeit entwickelte Doppelspurigkeit Wissenschaft/Praxis aufgab, d.h. neben von Eckardt wurden keine aus dem Journalismus und dem Zeitungsverlagswesen kommenden Ko-Professoren mehr berufen. Von Eckhardts wissenschaftliche Arbeit galt vor allem dem Grenzgebiet von Politik, Soziologie und Publizistik. Der nationalsozialistische Institutsdirektor Hans Hermann Adler⁵³ wurde nicht wieder verwendet. Nach v. Eckhardts Entpflichtung Ende der fünfziger Jahre wurde seine Professur für Soziologie gewidmet und mit Wilhelm E. Mühlmann besetzt. Einige Jahre noch bot der bei Hans von Eckardt und Alfred Weber ausgebildete Horst Reimann⁵⁴, der in Heidelberg mit einer kommunikationswissenschaftlichen Arbeit habilitiert worden war, publizistische Lehrveranstaltungen, die mit seinem Weggang nach Augsburg fortfielen. Teile der Sammlung des zeitungswissenschaftlichen Instituts aus der Weimarer Zeit, vor allem eine Zeitungssammlung, liegen heute in der Universitätsbibliothek Heidelberg.

In Freiburg/Breisgau wurde das Institut für Zeitungswissenschaft nicht wieder eröffnet, wie sich die Universität, die durch die politische Rolle ihres ersten NS-Rektors, Martin Heidegger, unrühmlich bekannt war, auch von dem durch die Reichsrundfunkkammer inaugurierten und finanzierten Instituts für Rundfunkkunde (Leitung Friedrichkarl Roedemeyer⁵⁵) trennte, obwohl Roedemeyer den Krieg überlebt hatte, während das Institut bei Luftangriffen zerstört worden war. Das Rektorat der Hochschule trennte sich so gründlich, dass es überlieferte Aktenbestände soweit wie möglich ausserhalb der Hochschule in Verwahrung gab. So wurden Reste der rundfunkwissenschaftlichen Registratur in den privaten Besitz der damaligen Journalistin beim Südwestfunk Baden-Baden, Hertha Sturm, übergeben, die erst kürzlich ins Universitätsarchiv zurückkehrten. Das Verfahren soll auch für andere Aktenbestände des Freiburger Universitätsarchivs der NS-Zeit typisch gewesen sein.

Der letzte Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaft, der in Prag habilitierte Wilmont (Wilhelm) Haacke⁵⁶, hatte den Krieg uk-gestellt überlebt. Er stand seit September 1943 auf einer so genannten «Reichsminister Dr. Goebbels-Liste», die ihn, wie eine Akte aus dem Auslandspressebüro Walther Heides im Bundesarchiv anzeigt, bis auf Weiteres vom Wehrdienst verschonte. Auf dieser Liste befand sich übrigens auch der Wiener Zeitungswissenschaftler Karl Kurth. Solche uk-Stellungen erfolgten auch auf Wunsch von anderen Reichsministern und von Adolf Hitler, der u.a. den Wagner-Enkel Wieland verzeichnete. Ich erwähne den Vorgang nicht, weil ich den Vorgang etwa missbillige. Wer sich diesem Krieg entziehen konnte, hatte dazu alles Recht; allerdings bekamen diese amtliche Gelegenheit nur Personen, die von den Listenführern für auch und gerade politisch besonders bedeutsam gehalten wurden. Die Benennung Haackes zeigt seine Wertschätzung durch das Goebbels-Ministerium. Haackes wis-

⁵³ vgl. zum Heidelberger Institut auch die Anm. 4 und 6; Hans Hermann Adler, der nach v. Eckhardts erzwungenem Ausscheiden Institutsdirektor als Honorarprofessor (1933) wurde, erhielt eine Ernennung zum ao. Professor erst 1941, als die Zeitungswissenschaft, wie an vielen Hochschulen des Deutschen Reiches, Hauptfach wurde, vgl. *Planmäßiger Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft an der Universität Heidelberg*. In: *Zeitungswissenschaft* 16 (1941), 189-190.

⁵⁴ Horst Reimann: *Kommunikationssysteme. Umriss einer Soziologie der Mitteilungs- und Vermittlungsprozesse*. (Heidelberger Sociologica 7). Tübingen 1968.

⁵⁵ vgl. Arnulf Kutsch: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich. Geschichte des Instituts für Rundfunkwissenschaft der Universität Freiburg*. (Rundfunkstudien 2). München (u.a.) 1985.

⁵⁶ Alfred Grosse: *Wilhelm Kapp und die Zeitungswissenschaft. Geschichte des Instituts für Publizistik und Zeitungswissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. (1922-1943)*. Münster, New York 1989 (Internationale Hochschulschriften 8); das Institut nach Haackes Ernennung und die Abwicklung 1945 sind noch nicht untersucht worden. Zur uk-Stellung von Haacke vgl. die Akten des Propagandaministeriums im Bundesarchiv Koblenz, R. 55, Bd. 393 betr. Auslandspressebüro 1942-1944, Fol. 371-390 (Führer-Liste und Goebbels-Liste).

senschaftliche Arbeit konzentrierte sich aufs Feuilleton als Genre und Ressort und die Zeitschriftenforschung. Als Feuilletonist war er auch selbst journalistisch tätig. Neben den genannten Arbeiten sind viele Einträge des Handbuchs der Zeitungswissenschaft aus Haackes Feder, vor allem im, auch als Sonderdruck zur Wiener Dozententagung (1942) vorgelegten Abschnitts «Judentum und Presse». Es dürfte kein Zufall sein, dass das bei Hiersemann, Leipzig, verlegte Handbuch (Herausgeber Walther Heide, Chefredakteur Ernst Herbert Lehmann) – an dem auch alle anderen Zeitungswissenschaftler mehr oder weniger stark beteiligt waren (besonders umfangreich Karl d'Ester) – nach dem Krieg nicht in «überarbeiteter» Form neu vorgelegt worden ist, sondern ein Torso (zwei von vier geplanten Bänden) blieb.

Nach dem Krieg blieb Haacke in der französischen Zone, musste sich aber, da das Freiburger Institut nicht wieder geöffnet wurde, eine neue Tätigkeit suchen. Er wurde Pressesprecher der neu gegründeten Universität Mainz. Die Franzosen gingen, wie auch die Russen in ihrer Zone, bei ihrer Personalpolitik von dem Grundsatz aus, dass, wer mit ihnen zusammenarbeitet, politisch geläutert sei. Von Mainz aus ging Haacke zu Walter Hagemann nach Münster i. W.⁵⁷ um dort Assistent am neu benannten Institut für Publizistik zu werden.

Nordrhein-Westfalen

Rheinland

Köln besass ursprünglich zwei zeitungswissenschaftliche Institute. Das Universitätsinstitut wurde bis kurz vor seiner Emeritierung von Martin Spahn (1940)⁵⁷ geleitet. Das Institut für internationales Pressewesen war ein kommunales Institut. Es wurde auf der Basis des während der Pressa-Ausstellung (1928) angefallenen Materials vom seinerzeitigen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer inauguriiert. Die nahe liegende Idee, das Material dem Spahn'schen Institut zu übergeben, zumal die Hochschule ebenfalls in kommunaler Trägerschaft stand, kam offenbar nicht in Frage, weil Adenauer die Amtsführung Spahns, der Reichstagsabgeordneter, seinerzeit des Zentrums war, missbilligte. Adenauer beklagte, genau wie die Fakultät, die langen Abwesenheiten Spahns wegen Mandatsausübung in Berlin und die dadurch bedingte geringe Aktivität, konnte sich aber im Bemühen um eine Ablösung Spahns beim Berliner Ministerium nicht durchsetzen. 1939 wurden beide Institute unter Leitung des (unpromovierten) NSDAP-Funktionärs und Parteijournalisten Martin Schwaebe (*Westdeutscher Beobachter*) und bei Aufwertung zum Hauptfach zusammen gelegt. Assistent wurde Wilhelm Klutentreter, der nach dem Zweiten Weltkrieg in München wieder auftauchte. Bereits 1938 hatte sich Heinrich Tötter⁵⁸ als Schüler Martin Spahns in Köln für Zeitungswissenschaft habilitiert. Er war der geborene Kandidat für die Institutsleitung, konnte sich aber mit der Hochschule nicht über die Ausübung dieser Tätigkeit einigen. Tötter wollte hauptberuflich Journalist bleiben (ebenfalls beim Parteiblatt *Westdeutscher Beobachter*) und sich nicht auf nebenberufliche Mitwirkung an der Presse zurückziehen. Deshalb kam er für die Hochschule, deren Handeln wohl durch die Erfahrungen mit Spahn geprägt war, nicht als Hochschullehrer in Frage. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Einrichtung geschlossen. Reste der Sammlung des Instituts für Zeitungswissenschaft sind heute im Historischen Institut der Kölner Universität vorhanden.

⁵⁷ Hans Bohrmann: «Martin Spahn revisited». *Die Kritik der Zeitung als wissenschaftliche Quelle und der bibliothekarische Umgang mit der Tagespresse*. In: Willy Höfig (Hg.): *Zeitungen sammeln. Diskussionen und Perspektiven*. (dbi-materialien 77). Berlin 1988, 123-143; Hans-Georg Klose: *Zeitungswissenschaft in Köln*. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 45). München (u.a.) 1989.

⁵⁸ Heinrich Tötter: *Bismarck und das Zentrum. Der Kampf des Zentrums um seine Anerkennung als unabhängige Partei 1878/79*. Phil. Diss. Köln 1936; ders.: *Das Versagen der deutschen Presse im Ruhrkampf. Die Methoden der französischen Pressepropaganda und ihr Zusammenspiel mit der deutschen Linkspresse*. Köln 1940. (Phil. Habil. Sehr. Köln 1940); vgl. Michael Janietz: *Heinrich Tötter – eine publizistische Biographie*. MA-Arbeit, Münster 1987 (Masch.schr.). Tötter übte einen Lehrauftrag für Publizistik an der Universität Mainz aus, wurde aber als Direktor eines neu geschaffenen Instituts dort nicht in Betracht gezogen, das Elisabeth Noelle-Neumann zur Gründungsdirektorin erhielt.

An der Technischen Hochschule Aachen bestand ein Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft in der Allgemeinwissenschaftlichen Fakultät, der mit Will Herrmans⁵⁹ besetzt war, der gleichzeitig eine Bibliotheksdirektorenfunktion der Stadt wahrnahm. Herrmans hatte sich in Aachen für Zeitungswissenschaft habilitiert; seine Tätigkeit ist eng mit dem Aachener Zeitungsmuseum auch als Materialbasis seiner Arbeit verbunden. Die Professur wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gestrichen. Erst in jüngster Zeit hat sich die Aachener Geschichtswissenschaft wieder um die Zeitungen und vor allem des in Aachen aufgrund einer Schenkung an die Kommune seit dem 19. Jahrhundert dort ansässigen Internationalen Zeitungsmuseums angenommen, ohne dass von einer Reaktivierung fachlicher Studien die Rede sein könnte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand in Aachen kurzzeitig eine von der britischen Besatzungsmacht inaugurierte Journalistenschule. Sie sollte den Nachwuchs für die Lizenzzeitungen qualifizieren. Einer der Dozenten, der auch als Leiter in Aussicht genommen worden war, war der Leopold von Wiese-Schüler Alfred Peters⁶⁰. Peters hatte sich als Soziologe mit der Presse beschäftigt, seine einschlägige Schrift erschien bereits in der Weimarer Zeit in der Schriftenreihe des Instituts für Zeitungsforschung, Dortmund. Peters hatte sich für Soziologie habilitiert und war nach Wien gegangen, wo vermutlich wegen seines NS-Engagements nach dem Krieg seines Bleibens nicht mehr war. Auch in Aachen gelang ihm aufgrund dieses Handicaps der Einstieg nicht mehr. Die Anwendung der von Wieseschen Beziehungslehre auf die Zeitung blieb zu anderen fachlichen Veröffentlichungen der Zeitungswissenschaft weitgehend unverbunden und wurde nicht rezipiert.

Westfalen

Das Münsteraner Institut kam mit geringen Zerstörungen durch den Krieg und wurde an alter Stelle 1946 wieder eröffnet. Da Hubert Max bereits verstorben war, ergab sich die Notwendigkeit einer Neuberufung. Die Wahl fiel auf Walter Hagemann⁶¹, einen Friedrich Meinecke-Schüler, der in Geschichte an der Berliner Universität promoviert wurde. Hagemann war dann Aussenpolitiker, später (letzter) Chefredakteur des Zentrum-Zentralorgans *Germania* (Berlin),

⁵⁹ Leiter des Zeitungsmuseums war von 1926-1952 Will Herrmans. Er habilitierte im Sommersemester 1927 an der Allgemeinwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule mit einer Arbeit über einen städtischen Aachener Bibliothekar des 18. Jahrhunderts und erhielt 1935 eine nicht beamtete ao. Professur. Im Hauptberuf war er Leiter des Presseamtes. Herrmans starb 1958. Bernhard Poll: *Zur Geschichte des Zeitungsmuseums und seiner Sammlungen*. In: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins*. Bd. 79 (1968), 163-204; Christian Bremen: *Das Ständesamt der Welpresse. Das internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen*. (Geschichte im Kontext 4). Aachen 1999.

⁶⁰ Alfred Peters: *Die Zeitung und ihr Publikum*. Dortmund 1930 (Veröff. d. Westf. Niederrheinischen Instituts für Zeitungsforschung 1); vgl. Karl d'Ester: *Ein Leben für die Zeitungswissenschaft. Ein Gedenkblatt für Erich Schulz*. In: *Zeitungswissenschaft!* (1942), 520-528. Als Gegenstück zum Dortmunder Institut richtete der Bremer Senat in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre unter Leitung des Volkskundlers und Sprachforschers Lutz Mackensen eine Abteilung «Deutsche Presseforschung» in der seinerzeitigen Staatsbibliothek ein. Kerngeschäft war der Aufbau eines Mikrofilmarchivs der Zeitungen des 17. Jahrhunderts und die Weiterführung des von Hans Jessen begonnenen Projekts eines Gesamtkatalogs deutscher Zeitungen. Mackensen hatte sich in der nationalsozialistischen Zeit ausreichend exponiert, um nicht für andere Berufungen in Frage zu kommen. Lutz Mackensen: *Sprache und Rasse*. In: *Nationalsozialistische Monatshefte* 6 (1933), 306-315; ders.: *Heimat, Kolonie, Umvolk. Zur Methodik der Sprachinselvolkskunde*. In: *Folk* 1 (1937), 24-55; zur Deutschen Presseforschung vgl. die Hausarbeit für den höheren bibl. Dienst am Bibliothekarlehreinstitut Hamburg von Gert Hagelweide: *Die Abteilung Deutsche Presseforschung an der Staatsbibliothek Bremen*. 1968.

⁶¹ vgl. Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. Berlin 1987; Anja Pasquay: *Tradition und Neubeginn. Walter Hagemann in Münster 1946-1959*. In: vom Bruch/Roegele, *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*, 249 ff.; Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik*. Münster 1947; ders.: *Wissenschaft von der Publizistik*. In: *Aufgaben deutscher Forschung*. 2. Aufl. Bd. 1. Köln, Opladen, 448-457; ders.: *Das Studium der Publizistikwissenschaft*. Emsdetten 1956; zu Hagemanns Übertritt in die DDR 1958 vgl. ders.: *Begegnung mit der Publizistik der DDR*. In: *Zeitschrift für Journalistik* 3 (1962), 1,10-16.

das bereits in der Weimarer Zeit finanziell von Franz von Pappen und seiner politisch rechts im Zentrum orientierten Gruppierung stand. Nach der Einstellung der *Germania* (1938) kam Hagemann in beruflichen Kontakt zu Walther Heide, der ihn in der NS-Auslandspropaganda einsetzte. Die Inhalte dieser Propaganda, die vor allem auf die katholischen Länder Westeuropas zielten (Belgien, Frankreich) müssten noch genauer untersucht werden.

Hagemann waren deshalb die Problemlagen der Zeitungswissenschaft bereits aus der Zeit vor 1945 durchaus bekannt, was die intensive Produktion von Büchern und Aufsätzen in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg besser erklären kann. Hagemann erlebte das Kriegsende in Bayern, wohin sich viele in amtlicher aber auch nicht-amtlicher Funktion tätige Berliner (Alpenfestung) im Spätwinter 1944/45 auf den Weg machten. Andere, vor allem Rundfunkleute, gingen nach Hamburg. In Bayern gründete Hagemann die CSU mit und wurde Mitarbeiter bei der von den Amerikanern geschaffenen Modellzeitung *Neue Zeitung*. Nach Münster ging er zunächst als Pressereferent des Regierungspräsidenten Rudolf Amelunxen (CDU). Dann ergab sich die Chance einer Berufung an die Hochschule, wo die Dozentur Hubert Max' unbesetzt war. Die Widmung erfolgte für Publizistik und Zeitgeschichte.

Hilfreich bei der Einarbeitung ins Fach war Hagemann in Münster sicher auch sein Assistent Wilmont Haacke, der seine Berliner Dissertation (1936) nun in Hagemanns Münsteraner Schriftenreihe mit dessen Vorwort vorlegte. Es fehlt noch eine vergleichende Untersuchung zwischen diesem Text und der vorhandenen maschinenschriftlichen Fassung in Berlin. Es spricht aber wenig dafür, dass – wie Hagemann nahe legt – eine Veröffentlichung in der NS-Zeit verboten gewesen sei, weil nicht gewolltes Gedankengut geschmuggelt worden sei. Wahrscheinlicher ist, dass Haackes Dissertation über den jüdischen Schriftsteller, Publizisten und Zeitschriftenherausgeber Julius Rodenberg (*Deutsche Rundschau*) schlicht, da ein «jüdisches» Sujet, als Dissertationsdruck oder gar im Buchhandel unerwünscht war. Die Dissertation konnte nicht erscheinen, wie übrigens aus den zahlreichsten Gründen hunderte von anderen Dissertationen an deutschen Hochschulen in der NS-Zeit. Haacke machte dann aus den zwei Bänden seiner Prager Habilitationsschrift «Feuilletonkunde», verlegt in Leipzig bei Hiersemann (1943/44), weil Papier bereitgestellt wurde, also offenbar «kriegswichtig», das dreibändige «Handbuch des Feuilletons» (Emsdetten bei Lechte) und wurde bald an die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nach Wilhelmshaven als Dozent für Publizistik berufen; von dort kam er mit der in den sechziger Jahren verlegten Hochschule nach Göttingen, die damit eine sozialwissenschaftliche Fakultät erhielt.

Nur einige Wissenschaftler machten sich noch an die Säuberung ihrer Produktion zwischen 1933 und 1945. Es wird an den einschlägigen Stellen (Dovifat, Kirchner, «Handbuch der Zeitungswissenschaft») darauf hingewiesen, wobei für die Einschätzung eher interessant ist, was nicht wieder vorgelegt worden ist. Hier mag auch die Selbstkritik der Autoren eine Reinigung für unmöglich erachtet haben. Insgesamt wurde in den braunen Jahren, gemessen an der Zeit seit den siebziger Jahren, relativ wenig publiziert. Ein Wissenschaftler konnte die gesamte deutschsprachige Fachliteratur, übrigens bis in die sechziger Jahre hinein, im eigenen Bücherschrank versammeln. Auch die Anzahl der Dissertationen (die wegen der Aufhebung der Druckpflicht in der Kriegszeit nach 1940 nur noch selten im Buchhandel vorgelegt wurden), war gemessen an der Zahl der Studenten des Faches und seit den späten dreißiger Jahren auch der Dozenten, eher klein, wenn auch Karl d'Esters Münchener Produktion schon in dieser Zeit quantitativ hervorstach.

Hagemanns Beitrag zur Neukonzeption der Publizistik(-wissenschaft) nach 1945 kann gar nicht unterschätzt werden. Seine Bücher stellten die Basis des Studiums bis in die sechziger Jahre dar. Er pflegte eine gegenüber Dovifat weniger emphatische und verdeutlichte Begriffsbildung. Hagemann veröffentlichte die erste wissenschaftliche Studie zur Analyse des NS-Mediensystems und dessen politischer Anleitung. Dabei griff er als erster auf die von Fritz

Sänger⁶² gesammelten Presseanweisungen des Propagandaministeriums zurück und erkannte deren Bedeutung. Hagemann interessierte sich in seinen Lehrveranstaltungen auch für die elektronischen Medien (vor allem damals noch das Radio) und besonders auch den Film. Sein für Aussenstehende unerwartetes Übertreten in die DDR 1958 brachte das ganze Fach in eine tiefe Krise, weil seinerzeit die Nachfolge Karl d'Esters in München (durch Hanns Braun⁶³) fachlich kaum überzeugte und die Nachfolge Dovifat, die anstand, absehbar kompliziert war.

Das Westfälisch-Niederrheinische Institut für Zeitungsforschung in Dortmund⁶⁴ war seit 1926 eine kommunale Einrichtung. Möglicherweise hatte es Konrad Adenauer Ende der zwanziger Jahre als Vorbild für die Gründung des Instituts für internationales Pressewesen gedient. Das Dortmunder Institut wurde seit Gründung in Personalunion bis zu seinem Tode (1941) von Erich Schulz geleitet, der Direktor der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund war. Die mitgründenden Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverleger waren bereits in der Weltwirtschaftskrise mangels Spendengeld abhanden gekommen. Das Institut verstand sich als regionales, sprich westfälisch-niederrheinisches Sammelzentrum für Zeitungen, besass eine umfangreiche Fachbibliothek und bemühte sich um die Dokumentation der Presse (Ausschnittsammlung). Förderer des Dortmunder Instituts war Karl d'Estes, der seinem Freund Erich Schulz schon vor dem Ersten Weltkrieg den Rat gegeben hatte, Zeitungen zu sammeln, weil sie von fast allen grossen Bibliotheken vernachlässigt würden. 1943 wurde das Institut weitgehend durch Fliegereinwirkung zerstört. Auf den Resten der Sammlung gelang nach dem Krieg der Aufbau einer neuen Sammlung, die die regionale Begrenzung langsam sprengte und heute eine der grössten Zeitungslieferungen in der Bundesrepublik darstellt. Erster Leiter nach dem Krieg wurde Albert Wand, der bereits in der Weimarer Zeit freier Mitarbeiter von Schulz war, in der nationalsozialistischen Zeit aber als Zentrumsanhänger abseits stand. Wand erreichte die Selbstständigkeit des Instituts von der Bibliothek (1952). Die ab Ende der fünfziger Jahre nun Institut für Zeitungsforschung genannte Einrichtung ist bei der Gründung der Universität Dortmund und später (1976) des Studiengangs Journalistik nicht an die Universität übergegangen.

Niedersachsen

Wilhelmshaven

Hier gab es vor dem Krieg keine zeitungswissenschaftliche Einrichtung. Die Wilhelmshavener Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft nahm erst Anfang der fünfziger Jahre ein Fach Publizistik auf, für das Wilmont Haacke aus Münster berufen wurde. Die vergleichende Betrachtung mit anderen Fächern und Fachvertretern zeigt, dass in Wilhelmshaven auffällig viele Hochschullehrer berufen worden sind, die sich mit der NS-Politik verbunden hatten. Wilhelmshaven galt in den sechziger Jahren als «braune Hochschule», wie übrigens auch Erlangen-Nürnberg.

⁶² Walter Hagemann: *Publizistik im Dritten Reich*. Hamburg 1948; vgl. Fritz Sänger: *Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten*. Bonn 1978; zu Fritz Sänger: Gabriele Toepser-Ziegert (Bearb.): *Edition und Dokumentation der nationalsozialistischen Presseanweisungen der Vorkriegszeit*. Bd. 1, München (u.a.) 1984, 66* - 69*.

⁶³ Hanns Braun: *Die Münchener Zeitungswissenschaft bei den Strassburger Diskussionen*. In: *Publizistik* 5 (1960), 3-13.

⁶⁴ Hans Bohrmann: *Gründung und Entwicklung des Instituts für Zeitungsforschung in der Weimarer Republik*. In: Alois Klotzbücher (Hg.): *Von Büchern und Bibliotheken in Dortmund*. Dortmund 1982, 101-108; Kurt Koszyk: *Institut für Zeitungsforschung. 1926-1976*. Dortmund 1976; nach dem Krieg wurde mit Albert Wand ein früherer Mitarbeiter aus der Weimarer Zeit zum Leiter und ab 1952 zum Direktor der nun von der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund getrennten Einrichtung ernannt. Vgl. Margot Lindemann: *Albert Wand zum 30. Todestag*. In: *Publizistik* 31 (1986), 169-171.

1963 wurde Haackes Dozentur mit der Hochschule nach Göttingen verlegt und seine Dozentur wurde in ein Ordinariat umgewandelt. Haacke wurde zugleich Leiter des Instituts für Publizistik. Haacke hat in Göttingen vor allem Zeitschriftenforschung betrieben, eine Habilitation durchgesetzt und war langjähriger Mit-Herausgeber der Zeitschrift *Publizistik*.

Ein Flüchtling aus Österreich

Ebenfalls nach Göttingen ging gleich nach dem Krieg aus Österreich kommend Karl Kurth⁶⁵, der sich fortan Karl O(swin) Kurth nannte. Er war jetzt für Vertriebeneneinrichtungen tätig, für die er Pressehandbücher zeitungswissenschaftlicher Machart erarbeitete, aber er war auch mit dem Gedanken beschäftigt, eine evangelisch bestimmte Presseakademie zu schaffen. Das Projekt, für das er als Leiter seinen bewährten Mentor Walther Heide vorgesehen hatte (wie er Arnulf Kutsch und mir in einem Interview in den siebziger Jahren anvertraute), kam nicht zustande. Freilich war ja auch Heide nicht verfügbar. Das Wiener Institut für Zeitungswissenschaft, das das Propagandaministerium gegründet und auch bezahlt hatte (seit 1942), hatte Kurth rechtzeitig verlassen. Es wurde von einem Praktiker staatlicher Pressepolitik aus der Zeit vor 1934/38, Eduard Ludwig, geleitet und ging dann an einen von dessen Schülern, Kurt Paupié, der – wie Wolfgang Duchkowitsch kürzlich nachweisen konnte – als Mitglied der illegalen NSDAP vor 1938, danach zusätzlich der SA angehörte und nach 1945 einen wohl als un-abgeschlossen zu bezeichnenden Wandlungsprozess durchlaufen hat.

Karl O. Kurth wurde an der Hochschule nicht wieder verwendet. Er trat in die Dienste des Verteidigungsministeriums ein und wurde Leiter des Lektorats West, einer Position, die vergleichbar einem Hochschullehrer besoldet war. Wissenschaftlich hat er sich nach 1945 nicht wieder geäußert. Davor blieb sein Beitrag vor allem auf die Nachrichtenpolitik in historischer Perspektive und die Abwehr «sozialpsychologischer» Arbeit in der Zeitungswissenschaft bezogen. Ausgangspunkt war für ihn, wie für viele etablierte und angehende Zeitungswissenschaftler seiner Zeit, die Untersuchung der Publizistik des Ersten Weltkrieges. Kurth wandte sich gegen eine Ausweitung der Zeitungswissenschaft auf andere Medien und lag damit auf der Linie seines Mentors Walther Heide («Von der Zeitung kommen wir, bei der Zeitung bleiben wir»)⁶⁶. Die methodologischen Argumente zur Entfaltung der Zeitungswissenschaft bezog er vornehmlich aus einer Anwendung der Rassenlehre (Völkerstereotypen) auf eine Lesertypologie (vor allem in Schriften zusammen mit Wolfgang Hollmann), eine Basis, der nach dem Zweiten Weltkrieg jede Überzeugungsfähigkeit abhanden gekommen war.

Hamburg

In Hamburg blieb die im letzten Kriegsjahr aus der Abteilung für Zeitungswissenschaft in ein Seminar für Zeitungswissenschaft umgewandelte Einrichtung nach dem Krieg geschlossen. Ihr Leiter war der Romanist Franz Hermann Kluge, der sich mit einer 1940 publizierten Untersuchung über iberoamerikanische Grosszeitungen habilitiert hatte. Kluge untersuchte die Einstellungen der Zeitungen zum Faschismus/Nationalsozialismus. Er soll nach Auseinandersetzungen an der Hochschule nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeschieden und Dozent an der Genfer Universität gewesen sein.

1948 wurde aus dem journalistischen Kreis der kurz vor und nach dem Kriege von Berlin nach Hamburg gegangenen Journalisten das Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen an der Universität Hamburg gegründet. Spiritus Rector war Kurt Wagenführ, Rundfunkpublizist seit den zwanziger Jahren, Zeitschriftenherausgeber (*Weltrundfunk*), Verfasser zahlreicher

⁶⁵ vgl. Arnulf Kutsch: *Karl Oswin Kurth (1910-1981)*. In: Kutsch, *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, 215-243.

⁶⁶ Wolfgang Hollmann: *Bilanz der deutschen zeitungswissenschaftlichen Arbeit. Bericht über die Wiener Dozententagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes*. In: *Zeitungswissenschaft* 17 (1942), 284-309.

Aufsätze. Wagenführ war in der Kriegszeit in Leipzig bei Hans Amandus Münster und in Berlin bei Emil Dovifat parallel Leiter einer selbständigen Abteilung Institut für Rundfunk- und Fernsehkunde⁶⁷. Diese Institute wurden durch das Propagandaministerium bezahlt. Wagenführ knüpfte an die Erfahrungen an, die er in Berlin und Leipzig gemacht hatte und auch das Deutsche Institut für Zeitungskunde dürfte ein institutionelles Vorbild gewesen sein, denn die Rundfunkanstalten, vor allem der NDR, und das Land Hamburg direkt wurden in die Finanzierung eingebunden. Das An-Institut in Hamburg hat sich von dieser Anknüpfung an die Zeitungswissenschaft bekannter Gestalt bald befreit und vor allem durch Gerhard Maletzke eine deutlich sozialwissenschaftliche Wende genommen. Interessant ist aber, dass die Ordinarien an der Hamburger Hochschule, die für dieses Institut nach 1945 die Verantwortung trugen, der Historiker Egmont Zechlin (ehemals Auslandswissenschaftliche Fakultät, Berlin, und Hans Wenke, Pädagoge mit medienpädagogischen NS-Erfahrungen, Erlangen) fachlich durchaus mit der alten Zeitungswissenschaft vertraut gewesen sein dürften. Wenke war auch Autor der *Zeitungswissenschaft*. Zechlin hatte in Berlin die einschlägigen Institute vor Augen und dürfte über die fachliche Herkunft seines Dekans Franz Alfred Six informiert gewesen sein. Auch dem Hamburger Psychologen Peter R. Hofstätter, der verhinderte, dass sich Maletzke in Hamburg habilitieren konnte, dürften durch seine österreichische Studienzeit zeitungswissenschaftliche Einrichtungen durchaus bekannt gewesen sein.

Der wissenschaftliche Nachwuchs⁶⁸

Die Verkleinerung des Faches Zeitungswissenschaft in der Bundesrepublik auf drei Hochschuleinrichtungen mit Hauptfachstudium (München und Münster, jeweils 1946, und FU Berlin 1948) brachte es auf den Stand von 1924/25 und reduzierte zugleich die Zukunftserwartungen in auswegloser Art und Weise. In nicht vielen sog. «kleinen» Fächern wird die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses so desaströs gewesen sein wie in der durch das NS-Reich stark geförderten und geprägten Zeitungswissenschaft und ihrer Nachfolgerin Publizistik, die sich später gemeinsam unter dem Label Kommunikationswissenschaft finden sollte.

D'Ester hatte fast das 70. Lebensjahr erreicht, Dovifat war bei seiner Berufung an die neu gegründete FU fast 60. Hagemann, der jüngste von den drei Institutsdirektoren hatte auch schon die Mitte des sechsten Lebensjahrzehnts überschritten. Die Berufsverbände von Journalisten und Verlegern hatten wenig für das Fach übrig und wandten sich gegen eine Ausbildung, die für den Journalistenberuf qualifizieren, zumindest aber vorbereiten sollte. Sie konnten nun zusätzlich das Negativbeispiel der Reichspreseschule ins Feld führen. Die Münchener Zeitungswissenschaft und die Publizistik in Münster und Berlin besaß ausschliesslich sog. Einmann-Institute. Privatdozenten, apl. Professoren und akademisch qualifizierte Persönlichkeiten ausserhalb der Hochschulen gab es gar nicht. D'Ester erhielt zunächst nur Hilfskraftstellen, die mit Nicht-Promovierten besetzt werden konnten. Erst nach seiner Promotion (1952) konnte Heinz Starkulla auf eine planmässige Assistentenstelle eingewiesen werden. Der Versuch, Willy Klutentreter, der 1937 in Köln im Fach Soziologie mit einer zeitungswissenschaftlichen Thematik unter Mithilfe von d'Ester promoviert hatte, zu habilitieren, scheiterte 1954.

In Münster und Berlin gab es je eine Assistentenstelle. Dovifat griff zuerst auf einen Berliner Promovenden von 1942 (Karl Salzmann), dann auf Heinz August, der in Theaterwissenschaft

⁶⁷ vgl. zur Rundfunkforschung im Nationalsozialismus Anm. 39.

⁶⁸ siehe dazu Wolfgang Duchkowitz: *Marianne Lunzer 65 Jahre*. In: *Publizistik* 29 (1984), 575; Arnulf Kutsch: *Wilhelm Klutentreter (1908-1986)*. In: *Publizistik* 31 (1986), 429-434 sowie Hans Bohrmann/Rolf Sülzer: *Massenkommunikationsforschung in der BRD. Deutschsprachige Veröffentlichungen seit 1945. Kommentar und Bibliographie*. In: Jörg Aufermann/Hans Bohrmann/Rolf Sülzer (Hrsg.): *Gesellschaftliche Kommunikation und Information*. Frankfurt/M. 1973, 83-120.

an der FU (1953) promoviert hatte, zurück. Nach dessen Ausscheiden wiederum auf einen Promovenden der alten Berliner Hochschule von 1940 (Friedrich Medebach), den er 1958 vergeblich zu promovieren suchte.

Hagemann gewann zunächst den ehemaligen Institutsleiter der abgewickelten Freiburger Zeitungswissenschaft (mit Prager/Wiener Habilitation), Wilmont (eigentl. Wilhelm) Haacke, der aber bald auf eine Dozentur an die die Sozialwissenschaftliche Hochschule in Wilhelmshaven wegging. Dann wurde Günter Kieslich Assistent, der bei Hagemann 1954 promoviert hatte. Seine – nach Hagemanns Abgang in die DDR – an der FU Berlin bei Dovifat eingereichte, bereits in Münster vorbereitete, Habilitationsschrift scheiterte aber 1962.

In Wien tat der ehemalige «Reichsdeutsche» Institutsdirektor wohl gut daran, nach dem Krieg nicht wieder aufzutreten. Auf der Leitungsebene griff man auf Personal aus der Zeit vor 1938 zurück. Im Mittelbau stand die bereits bei der Gründung 1942 als Verwalterin einer Assistentenstelle ausgewählte Marianne Lunzer zur Verfügung, die sich Mitte der fünfziger Jahre habilitierte. Institutsleiterin wurde sie nicht, sondern der ebenfalls in Wien ausgebildete und habilitierte Kurt Paupié. Er stellte sich auf den Boden der Publizistik, betrieb aber nicht nur selbst, sondern auch sein Institut materiell und methodisch eher als Zeitungswissenschaft im alten Verständnis. Erst jüngst bekannt wurde, in welchem engem Verhältnis zur nationalsozialistischen Politik Paupié gestanden hatte. Eine Entlastung der Berufungssituation der Publizistik in der Bundesrepublik durch Österreich schien seinerzeit wenig versprechend.

In der DDR wurde in Leipzig, wo in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Politik ein Gerhard Menz noch Institutsleiter sein konnte, später die Journalistik mit völlig neuem Personal aufgebaut, das mit der Universität und deren Zeitungswissenschaft bis 1945 keinerlei Berührung hatte. Die Frage einer Anknüpfung an die Zeitungswissenschaft stellte sich nicht. Aus der DDR jemanden an eine bundesrepublikanische Hochschule berufen zu wollen, schien angesichts der sich vertiefenden politischen Spaltung ebenso unmöglich wie wegen der dort verbindlich gemachten marxistisch-leninistischen Grundlegung der Wissenschaft.

In der Schweiz, die mit der Habilitation von Otto Wettstein (Zürich 1903) den Anfang der Zeitungswissenschaft/Journalistik im deutschsprachigen Bereich gemacht hatte, war das Fach in den fünfziger und sechziger Jahren nicht so entwickelt, dass sich Berufungen über die Grenze anboten.

So konnte in der Bundesrepublik die manifeste Krise der Zeitungswissenschaft/Publizistik erst nach einer Neubesetzung der Institutsleitungen (Otto B. Roegele, der nicht d'Ester unmittelbar, sondern auf ein Interregnum mit Hanns Braun in München folgte; Fritz Eberhard an der FU Berlin und Hendricus Johannes Prakke in Münster), die auch mit einer ganz neuen methodischen Orientierung einher ging, schrittweise überwunden werden. In Berlin wurde 1967 als externer Kandidat Kurt Koszyk (ein d'Ester-Schüler und Direktor des ausseruniversitären Instituts für Zeitungsforschung, Dortmund) für Publizistik habilitiert und unmittelbar danach an die Ruhr-Universität Bochum berufen. In Münster habilitierte Prakke alle seine drei Assistenten (Winfried B. Lerg, Michael Schmolke, Franz Dröge). Nun schien der Bann gebrochen. Es weitete sich der Kreis der Hochschulen, die das Fach anboten, auf eine Grösse aus, die eine kritische Masse genannt werden kann. Neben akademisch qualifizierten Journalisten wurden von jetzt an auch über die Habilitation im Fach ausgewiesene Kandidaten berufen.

Bilanz

Das Ergebnis bleibt paradox: Obwohl der weitaus grösste Teil der zeitungswissenschaftlichen Hochschuleinrichtungen geschlossen wurden, sind die Leiter der drei im westlichen Teil Deutschlands, aber zunächst auch in Leipzig funktionierenden Institutionen von während der NS-Zeit belasteten Professoren geleitet worden. Das zeigt, wie stark die Disziplin politisch definiert war und sich auch selbst offenbar so definiert hat. Dem widerspricht nicht, dass die Dozenten untereinander zerstritten waren und es wohl auch deshalb ein Jahrzehnt brauchte, bis 1956 in der Bundesrepublik wieder eine Fachzeitschrift gegründet wurde (in der DDR erst Anfang der sechziger Jahre) und es fast zwei Jahrzehnte und der Moderation des Niederländers Henk Pranke brauchte, um eine wissenschaftliche Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Emigranten aus der Weimarer Zeitungswissenschaft kamen nicht zurück und wurden – wie in den allermeisten Fächern – auch nicht zurückgerufen.

Eine unter den Besatzungsmächten oder auch nur den für die deutschen Hochschulen Verantwortlichen abgestimmte Politik der Abwicklung der Zeitungswissenschaft dürfte es kaum gegeben haben. Dafür war das Fach nicht wichtig genug. Allerdings haben die Hochschulen, die Erfahrungen mit der Zeitungswissenschaft in der nationalsozialistischen Zeit gesammelt haben, die die teilweise direkte Personalpolitik der Partei, die direkte Subventionierung und die eingeschränkte wissenschaftliche Perspektive nicht vergessen hatten, selbst Gründe genug für die erheblichen Eingriffe gehabt. In der russischen Zone wurden die zwei grösseren (Berlin, Leipzig) und zwei kleineren (Halle/S., Greifswald) Einrichtungen praktisch zu einer (Leipzig) zusammengelegt. Nur in der ersten Zeit wurden alte Kräfte (Menz) herangezogen. Von vornherein gab es die neue Tendenz, eine Journalistik nach sowjetischem Vorbild zu schaffen (Arbeiter- und Bauernfakultät).

In der französischen Zone wurden beide Institute in Freiburg/Br. abgewickelt (Zeitungswissenschaft, Rundfunkwissenschaft), Ersatzeinrichtungen irgendwelcher Art wurden nicht geschaffen. Das Institut in Heidelberg wurde erst mit dem Ausscheiden des wieder eingesetzten Hans v. Eckardt stufenweise abgewickelt.

In der britischen Zone wurden die Hochschuleinrichtungen in Aachen, unbeschadet des erhalten gebliebenen kommunalen Zeitungsmuseums, und in Köln abgewickelt; das Münsteraner Institut erneuert, das Dortmunder weitergeführt und ein kleines in Wilhelmshaven und in Hamburg ein Rundfunkforschung-Institut neu geschaffen. In der amerikanischen Zone wurde das grosse Institut in München mit Verzögerung reaktiviert, in Nürnberg gab es zunächst nur noch einen Lehrauftrag. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gründete Bremen die «Deutsche Presseforschung» als Forschungseinrichtung ohne Hochschulbindung an der Bremer Staatsbibliothek und setzte ihr Ziel in der Bearbeitung der Frühgeschichte und des bibliographischen Nachweises von Zeitungen. Im Land Bremen gab es in den fünfziger Jahren keine Universität und gibt es auch heute keinen publizistischen oder kommunikationswissenschaftlichen Studiengang.

In West-Berlin konnte die an der Humboldt-Universität entstandene Lücke erst mit Gründung der FU im amerikanischen Sektor (mit Unterstützung durch Engländer und Franzosen) geschlossen werden, freilich als kleines Hochschulinstitut, dessen Möglichkeiten nicht mit denen des Deutschen Instituts für Zeitungskunde in der Vorkriegszeit verglichen werden konnten. In Österreich wurde das Wiener Institut unter Austausch des Leiters weitergeführt.

Quantitativ ist die Bilanz der Veränderung der fachlichen Landschaft eindrucksvoll. Weil die meisten Institute abgewickelt und die weitaus meisten Dozenten der nationalsozialistischen Zeit nicht erneut eingesetzt wurden und gerade die besonders belasteten Institute auch auf Dauer ausgeschlossen blieben, kann durchaus von einer Bewältigung der Vergangenheit gesprochen werden. Alle Habilitierten der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft erhielten keine Dauerstelle an den Hochschulen mit einer Ausnahme: Wilmont Haacke.

Anstelle von Heinrich Tötter, der in den sechziger Jahren in Mainz zur Wahl stand, wurde dort Elisabeth Noelle-Neumann berufen. Sie war Schülerin Dovifats, hatte in der Zeitungswissenschaft aber keine wissenschaftliche Laufbahn angestrebt und in der NS-Zeit weder geforscht noch gelehrt.

Franz Ronneberger, der ab Mitte der sechziger Jahre das Nürnberger Institut besonders als Forschungsadresse stark ausbaute, gehörte weder durch seine Promotion noch mit seinen beiden Habilitationen (Wien: Hochschule für Welthandel, Universität Münster: Juristische Fakultät) zur Zeitungswissenschaft. Keiner der in der NS-Zeit in der Zeitungswissenschaft promovierten zahlreichen Absolventen konnte in eine wissenschaftliche Dauerstelle einrücken, auch wenn Wilhelm Klutentreter und Friedrich Medebach Assistentenstellen einnahmen und (vergeblich) sich zu habilitieren suchten.

Die weit überwiegende Mehrzahl der Institute und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen der Zeitungswissenschaft und der grösste Teil der dort arbeitenden Wissenschaftler wurden abgewickelt. Das zeugt von einem geringen Vertrauen der Besatzungsmächte, aber auch der Hochschulen und deutschen Kulturverwaltungen in die fachlichen Leistungen, aber auch von einer Zurechnung des Faches zur eindeutig NS-bestimmten Wissenschaft.

Abwicklung ist allerdings in erster Linie ein negatives Konzept. Positiv zeichnete sich zunächst kaum etwas ab. Wie an der Hochschule allgemein und in den meisten gesellschaftlichen Institutionen, wurde nach dem Krieg auf Konzepte und auf das Personal aus der Weimarer Zeit zurückgegriffen. Auch wenn die Fachbezeichnung meist in Publizistik abgeändert wurde, war die sachliche und methodische Kontinuität mit den Händen zu greifen. Innovativ waren diese Ansätze nicht. Dass ein Rückgriff auf die wissenschaftlichen Konzepte der Emigranten des Faches und die von den Nationalsozialisten unterdrückten Wissenschaftler fast auf der ganzen Linie unterblieb, zeigt deutliche blinde Flecken des Faches nach dem Krieg. Es zeigt aber auch, dass das nach politischer und rassistischer Auslese und nach den enormen Kriegsverlusten noch zur Erneuerung verfügbare Personal quantitativ und qualitativ nicht hinreichte. Dass die mit der Weiterführung oder halbherzigen Veränderung unter der Bezeichnung Publizistik beauftragten Dozenten die Modernisierungsnotwendigkeiten nicht erkannten, wurde spätestens in den Nachfolgekrisen des Faches Ende der fünfziger Jahre deutlich.

Nachdem der Krieg zu Ende war, wurden in Westdeutschland nach und nach drei grössere (München, Münster, FU Berlin) und drei kleine Einrichtungen (Dortmund, Nürnberg, Wilhelmshaven) eröffnet und eine weitere an einem fachlich bekannten Ort neu geschaffen (Hamburg). Später kam eine Forschungseinrichtung in Bremen dazu, die allerdings lange hochschulfrei blieb. In Hamburg stand auch kein Studiengang dahinter, in Wilhelmshaven und Nürnberg war das Fach Teil eines Diplomstudiengangs, in Dortmund gab es – wie in der Weimarer Zeit – keinen Lehrbetrieb und auch die bei der Gründung 1926 angedachte Kooperation mit Münster kam unter den neuen hochschulpolitischen Verhältnissen nicht zustande.

Es mag die Frage gestellt werden, warum überhaupt dieses Fach wiederhergestellt worden ist, wurde ihm doch gerade nach 1945 weder von den Journalisten noch von den Verlegerverbänden eine Relevanz für die (Vor-)Bildung von Journalisten zugebilligt. Das Argument, Soziologie, Psychologie und Geschichtswissenschaft, Ökonomie u.a., bearbeiteten auch die Presse und die Massenkommunikation, das gelegentlich vorgetragen wird, hat den Schein der Richtigkeit unmittelbar für sich. Die Praxis der Wissenschaften spricht allerdings eine andere Sprache. Keine dieser Disziplinen hat sich kontinuierlich mit den Massenmedien auseinander gesetzt, gerade auch in den Jahren und Jahrzehnten, in denen die Publizistik und Zeitungswissenschaft nach 1945 schwach war. Sie sahen und sie sehen auch heute noch ihre eigenen Aufgaben in erster Linie auf andere Gegenstände bezogen. Deshalb scheint es nachvollziehbar und vernünftig, ein Fach zu schaffen, das – wie auch immer man seinen Wissenschaftscharakter bestimmt (Integrationsfach, grundständige Disziplin in der Nähe zu Philologien und Ge-

schichte oder zu Soziologie und Psychologie) – gerade darin seinen Wert besitzt, dass es Zeitung, Zeitschrift, Rundfunk, Fernsehen und die neuen Medien bis zum Netzmedium hin thematisiert und analysiert, die angemessenen Werkzeuge sucht und kontinuierlich anwendet und damit für die angewandte Forschung und (besonders unter dem Label Journalistik) auch für den praktischen Journalismus und nicht nur für die angewandte Wissenschaft eigenen akademischen Nachwuchses ausbildet.

Der Münchener Ordinarius Karl d'Ester und sein Berliner Kollege Emil Dovifat waren durch ihre Schriften und durch ihre Tätigkeit als Hochschullehrer im «Dritten Reich» objektiv in Bezug auf einen Neuanfang belastet. Es scheint doch so, dass Dovifats auch schon in der Weimarer Zeit gepflegte Vorstellung von der Wichtigkeit der publizistischen Persönlichkeit offen war für Deutungen, die dem Führerprinzip recht nahe kamen. Trotz der Neudeutung von Karl d'Esters Werk, vor allem später durch Hans Wagner⁶⁹ und seine Schüler (vor dem Hintergrund von Otto Groths Werk), lässt sich kaum verbergen, dass d'Esters Publizistik bereits vor 1933 von einem starken Nationalismus geprägt war, der über ein durchschnittliches positives Gefühl fürs eigene Land weit hinaus ging. Von daher ergaben sich Anknüpfungspunkte zum Nationalsozialismus selbst dann, wenn d'Ester den Schritt zur NSDAP nicht getan hat.

Von diesen führenden Vertretern des Faches Publizistik/Zeitungswissenschaft gibt es keine deutlich distanzierende Äußerung, die die Veröffentlichungen von 1933 bis 1945 betrifft, wenn man davon absieht, dass immer wieder behauptet worden ist, die Zensur habe vieles quasi hinzugeschrieben. Bei Dovifat scheint das Entreebillet bei der demokratischen Gesellschaft die intensive Übernahme des Konzepts der totalitären Gesellschaft zu sein, das er einseitig als Antikommunismus interpretierte.

Es ist für einen Nachgeborenen schwierig, bei den Fachvertretern zu lesen, dass zumindest zwischen den Zeilen Widerstand geleistet worden sei. Gewiss gilt hier auch, was Bernd Söse-mann⁷⁰ Fritz Eberhards innerdeutschem Wirtschaftsjournalismus aus dem anti-nationalsozialistischen Untergrund (in der Stuttgarter *Sonntagszeitung*⁷¹ vor 1937/38) vorgehalten hat: diese Publizistik, die zwangsläufig an Formen und Aussagen der NS-Publizistik habe anknüpfen müssen, wenn die *Sonntagszeitung* nicht sofort Gefahr laufen wollte, verboten zu werden, habe dem NS-Staat zumindest auch genützt. Das gilt umso mehr, als Söse-mann sonderbarerweise in seinem Sammelband zu Dovifat grundsätzlich von der These ausgeht, dieser sei insgeheim ein Widerständler gewesen.⁷² Viel deutlicher haben Emil Dovifat und Karl d'Ester mit ihren Veröffentlichungen, vielleicht mit Abstrichen auch der Journalismus Walter Hagemanns, dem Regime genützt: sie übten alle ein öffentliches Amt aus. Sie haben in diesen Veröffentlichungen keinerlei Distanz zum Regime gezeigt. D'Ester hat sich nach 1945 als Teil des inneren Widerstands interpretiert. Er hat wohl auch alters- und krankheitsbedingt in der Bundesrepublik wenig publiziert, Neuauflagen seiner Werke fehlen; Dovifat hat nach 1945 ebenfalls seinen inneren Widerstand betont. Er hat allerdings bei der Neubearbeitung seiner «Zeitungswissenschaft» ein klares Wort zu den Wandlungen des Textes von 1931 über 1937 und 1944 bis 1955 genauso versäumt, wie Haacke oder Kirchner zu den ihren. Das ist subjektiv verständlich und entsprach einer unausgesprochenen Vereinbarung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, jedem eine Chance zum Neuanfang zu eröffnen, der nicht zu den Spitzen des Regimes

⁶⁹ Hans Wagner: *Die faktische Ordnung der sozialen Kommunikation. Versuch einer Systematisierung der Zeitungswissenschaft*. Phil. Diss. München 1965; ders.: *Die Partner in der Massenkommunikation. Zeitungswissenschaftliche Theorie der Massenkommunikation*. 3 Bde., München 1974; ders.: *Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft)*. 2. Aufl. München, Mülheim 1989 (ZW Paper 6).

⁷⁰ vgl. Söse-mann, *Emil Dovifat* und Söse-mann, *Fritz Eberhard*.

⁷¹ Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. 2. Aufl., München 1997; vgl. auch Gesine Schwan: *Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens*. 4.-5. Tsd. Frankfurt a.M. 1997 (Fischer Taschenbuch 13404).

⁷² Will Schaber: *Der Cratgänger. Welt und Werk Erich Schairers (1887-1956)*. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 34). München (u.a.) 1981; Schairer gab die Stuttgarter *Sonntagszeitung* heraus.

in Staat und Partei gehörte und dem in diesem Zusammenhang keine strafrechtlich relevanten Verfehlungen nachgewiesen werden konnten. Dennoch liegt darin eine versäumte Chance, die zu übersehen der Fachgeschichtsschreibung nicht erlaubt werden kann.

Ich fordere keine Sondermoral für Wissenschaftler. Ich weiss, dass Wissenschaftler nicht qua Beruf oder Berufsausübung bessere Menschen sind oder sein können. Aber ich halte intellektuelle Redlichkeit im Umgang mit den eigenen Produkten auch dann für unaussetzbar, wenn es ans «Eingemachte» geht. Angewendet auf unseren Fall Zeitungswissenschaft heisst das, dass die älteren Studenten des nach dem Krieg Publizistik genannten Faches Bescheid wussten, wenn sie Bescheid wissen wollten; weil die Bibliotheken schlecht funktionierten und weil andere Probleme des alltäglichen Überlebens wichtiger waren, wussten die jüngeren Studenten kaum etwas, wenn sie sich nicht besonders bemühten. Das ist die Mischung, aus der sich die Quasi-Kulturrevolution der Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre im Spannungsfeld Ost-West nicht zuletzt gespeist hat.

Karl d'Ester und Emil Dovifat und in ihrem Gefolge Wilmont Haacke und auch Walter Hagemann haben auch die wissenschaftliche Erneuerung des Faches versäumt. Sie gehörten bereits in der Weimarer Zeit einer eher erstarrten Wissenschaftsauffassung an, die sich neuen Fragestellungen und Methoden meist verschloss. Sie haben den gerade von den anderen Nachbarfächern der philosophischen und der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten dringlich geforderten Aufbruch um mehr als anderthalb Jahrzehnte verzögert. Das weiss jeder, der damals aufmerksam seine Nebenfächer studiert hat. Dabei wurde der Exitus des Faches riskiert, wie die gescheiterten Habilitationen und die mühsamen Berufungen fast durchwegs Nicht-Habilitierter zeigen. Wahrscheinlich sind den Exponenten des Faches die Risiken nicht bewusst gewesen. Dass die sozialwissenschaftliche Wende durch den emigrierten Journalisten und Politiker Fritz Eberhard (FU Berlin), den holländischen Soziologen Henk Prakke⁷³ (Münster) und den im katholischen Widerstand von Jugendgruppen aufgewachsenen Otto B. Roegele⁷⁴ (München) erst in den sechziger Jahren angestossen werden konnte, stellt dem Wiederaufbau des Faches nach dem Krieg kein gutes Zeugnis aus.

Nachschrift

- a) Den Karrieren der Promovenden des Faches, die ganz überwiegend in eine journalistische oder politische Praxis gegangen sind, müsste eigens nachgegangen werden und ist auch ein anderes Thema. Deshalb erörtere ich nicht den wissenschaftlichen Weg der erst in der Mitte der sechziger Jahre ins Fach gekommenen Elisabeth Noelle-Neumann⁷⁵ (Ernennung zur Hochschullehrerin für Publizistik und Gründungsdirektorin des Instituts für Publizistik der Universität Mainz, 1964), obwohl sie in der sog. Pöttker-Kontroverse eine Schlüsselrolle spielt. Elisabeth Noelle-Neumann hat in der NS-Zeit nicht an der Hochschule, sondern als Journalistin bei prominenten Blättern gearbeitet; sie hat allerdings bei Dovifat promoviert.

⁷³ Henk Prakke: *De samenspraak in onze samenleving. Inleiding tot de publicistiek*. Assen 1957; *Über die Entgrenzung der Publizistik und die Rückblende als publizistisches Moment im Kulturwandel*. (Münsteraner Marginalien zur Publizistik 1). Assen 1961; vgl. Joan Hemels/Arnulf Kutsch/Michael Schmolke (Hg.): *Entgrenzungen. Erinnerungen an Henk Prakke*. Assen 2000.

⁷⁴ Otto B. Roegele: *Die Zeitungswissenschaft im Streit der Fakultäten*. In: *Publizistik* 11 (1966), 390-398; ders.: *Das Institut für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) der Universität München*. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hg.): *Positionen und Strukturen bei Druckmedien. Festschrift für Dietrich Oppenberg*. Düsseldorf 1987, 234-246; vgl. auch ders.: *Gestapo gegen Schüler. Die Gruppe «Christopher» in Bruchsal*. Konstanz 1994 (Portraits des Widerstands 4).

⁷⁵ Elisabeth Noelle: *Amerikanische Massenbefragungen über Politik und Presse*. Phil. Diss. Berlin 1940, Frankfurt a.M. 1940 (Zeitung und Zeit. NF. Reihe A. 16); vgl. ferner dies.: *öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale*. Frankfurt a.M., Berlin 1991.

- b) Auch müsste der Nachwuchsplanung der SS für die Wissenschaft, worauf Lutz Hachmeister u.a. durch seine Dortmunder Habilitationsschrift über Franz Alfred Six hingewiesen hat, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die SS erheblichen Nachwuchs aus den Reihen der Absolventen der Zeitungswissenschaft erhielt und dass diese wie auch einige Hochschullehrer (H. A. Münster, F. A. Six) für den SD tätig waren.
- c) Ebenfalls ausgeklammert habe ich den Fall Franz Ronneberger⁷⁶, der sich in seinen zahlreichen, gewichtigen Fachveröffentlichungen zu seiner Vorgeschichte nicht äußert. Er kam etwa zur selben Zeit wie Elisabeth Noelle-Neumann in das Fachdurch Berufung nach Nürnberg. Ronneberger war von Hause aus Jurist (ausgebildet in München). Einer seiner fachlichen Schwerpunkte war Geschichte und politische Gegenwart Südosteuropas. Zu diesem Thema kehrte er später partiell wieder zurück. Nach 1938 verlegte Ronneberger seine Tätigkeit, wie sein akademischer Lehrer (Fritz Valjavec), nach Wien. Dort entfaltete er eine vielfältige wissenschaftliche (bis zur Habilitation an der Hochschule für Welthandel 1944) und journalistische (sehr häufiger Leitartikler der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters*) Tätigkeit. Er war Mitarbeiter des Verbandes Nationaler – d.h. der nationalsozialistischen Politik ergebenden – Journalistenverbände und Leiter von deren Wiener Forschungsinstitut. Ronneberger war in vielen nationalsozialistischen Organisationen politisch tätig (u.a. als führender Mitarbeiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes in der Ostmark, SS-Untersturmbannführer und SD-Mitarbeiter). Ronneberger hielt sich allerdings von der etablierten Zeitungswissenschaft erkennbar fern, obwohl von ihm als Teilnehmer an der Wiener Dozententagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes (1942) berichtet wird.

Seine wissenschaftlichen Interessen hatten sich wahrscheinlich durch die intensive Befassung mit den Problemen Südosteuropas stärker der Soziologie zugewandt, die als angewandte Wissenschaft (Raumforschung) bei den modern denkenden SS-Kadern in der NS-Zeit keineswegs verrufen war. Denkbarerweise war er auch für eine soziologische Laufbahn in der SS-Planung vorgesehen. Darauf deutet die Tatsache hin, dass Ronneberger⁷⁷ am 1. Dezember 1944 auf einer SD-Tagung im Haus der Wannsee-Konferenz als Koreferent zu Max Hildebert Boehms Hauptreferat auftrat, bei dem es um Zukunftsaspekte der Soziologie – natürlich nach dem siegreich beendeten Krieg ging. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam Ronneberger ins Ruhrgebiet und ging zur *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*, deren Redaktionsarchiv er fast ein Jahrzehnt lang aufbaute und leitete. Dann erfolgte sein Neueinstieg in die Hochschule durch erneute Habilitation in Münster (Jura) und sein Weg führte über die PH Bielefeld (Soziologie) nach Nürnberg. Auch die Rückkehr Ronnebergers an die Hochschule, wobei das Fach eher zufällig gewesen zu sein scheint, wäre ein anderes Thema.

⁷⁶ Franz Ronneberger: *Bismarck und Südosteuropa*. Jur. Diss. München 1941, Berlin 1941 (Schriften des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts 9); vgl. Franz Ronneberger: *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft. Autobiographische Fragen an Franz Ronneberger von Manfred Rühl*. In: Arnulf Kutsch/Horst Pöttker (Hg.): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*. Opladen 1997 (*Publizistik Sonderheft 1/1997*), 21-35; zur Wiener Tätigkeit Ronnebergers ist eine Aufsatzpublikation bei der Arbeitsstelle Historische Pressedokumentation der österreichischen Akademie der Wissenschaften im Druck.

⁷⁷ vgl. *Soziologentagung im Gästehaus am 1. Dezember 1944*. In: *Villenkolonien in Wannsee. 1870-1945. Grossbürgerliche Lebenswelt und Ort der Wannsee-Konferenz*. (Ausstellungskatalog). Berlin 2000, 88 ff., bes. 90.

Emil Dovifat, Karl d'Ester und Walter Hagemann*

Die Wiederbegründung der Publizistik in Deutschland nach 1945

Rudolf Stöber

Vorgeschichte

Nach 1945 musste sich die Publizistikwissenschaft zunächst bescheiden. Von ehemals 17 reichsdeutschen Instituten hatten nur drei überlebt.¹ Der folgende Beitrag gilt der Darstellung dieser drei westdeutschen Institute in den ersten Nachkriegsjahren. Das vierte Institut, das der Leipziger Universität, kann hier nicht behandelt werden.²

Der Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit gewährt interessante Einblicke in die Entwicklung der Disziplin von der geisteswissenschaftlichen Zeitungswissenschaft zur sozialwissenschaftlich orientierten Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Zudem ist die Betrachtung ein interessantes hermeneutisches Lehrstück. Es lässt sich zeigen, wie wichtig es ist, Argumente mit Interessen zu verbinden und Aussagen mit denen früherer Zeit oder anderer Herkunft zu vergleichen, um zu einem quellenkritisch abgesicherten Urteil zu kommen. Wenn in diesem Aufsatz zum Teil umfangreicher zitiert wird, als dies für die reine Feststellung der Sachaussagen nötig wäre, so vor allem, um argumentative Nuancen deutlich zu machen, weniger jedoch, um ein bestimmtes Zeitkolorit oder ein Psychogramm der Handelnden zu erstellen.

Zu den Handelnden und Betroffenen Karl d'Ester, Emil Dovifat und Walter Hagemann gibt es gute Einzeldarstellungen. D'Ester erfuhr eine ausführliche Kritik anlässlich seines 100. Geburtstags durch Hans Bohrmann und Arnulf Kutsch³, Dovifats Bemühungen um die Wiederbegründung des Berliner Instituts wurden jüngst eingehend von Andreas Kübler⁴ gewürdigt und Hagemanns Schicksal in Münster wurde vor mehr als zehn Jahren quellenkritisch von Anja Pasquay⁵ beschrieben.

Eine vergleichende und quellenkritische Darstellung steht aus. Auch dieser Beitrag wird sie nicht schreiben, das verästelte Thema kann man nicht auf wenigen Seiten schildern. Es wäre

* Ich danke ganz herzlich Horst Hagemann und Dorothe von Dadelsen (geb. Dovifat) für die Erlaubnis, Akten, die ihre Väter betreffen, einzusehen. Mein Dank gilt ausserdem Hans Bohrmann, Kurt Koszyk und Walter J. Schütz für ihre Auskünfte und den freundlichen Archivaren des LA Berlin, GStA Berlin-Dahlem, UA Humboldt, UA Münster, UA München und HStA München für ihre Hilfestellung.

¹ Stand der Zeitungswissenschaft in Deutschland 1946. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), unfoliiert, Anlage zu d'Ester an Prodekan Scharff, Schreiben vom 8.2.1946. In: ebda.

² Hier kann nur darauf hingewiesen werden, dass das Leipziger Institut erst im Juni 1949 nach einer Reihe von Übergangslösungen wieder gegründet wurde. Daneben gab es in SBZ und DDR weitere Institutsgründungen, die aber zum Teil über das Versuchsstadium nicht hinausgekommen sind.

³ Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Karl d'Ester (1381-1960). Anmerkungen aus Anlass seines 100. Geburtstages*. In: *Publizistik*. Jg. 26 (1981), 575-603.

⁴ Andreas Kübler: *Emil Dovifat und das Institut für Publizistik*. In: Bernd Söseman/i.Zus.Ar.b.m./Gunda Stöber (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998. 325-403.

⁵ Anja Pasquay: *Zwischen Tradition und Neubeginn. Walter Hagemann in Münster*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegele (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*. Frankfurt 1986. 249-273.

aber lohnend, einmal eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Disziplin im 20. Jahrhundert zu schreiben, denn nach 1945 lässt sich nichts verstehen, ohne dass ein Blick auf die Zeit davor geworfen wird. Auch zielt eine auf die Literatur und das wissenschaftliche Werk der Beteiligten gerichtete Betrachtung zu kurz, wie sie Hachmeister⁶ vorgelegt hat, weil es nicht nur um Wissenschaft und Ideologie, sondern vor allem und immer wieder um Macht, Einfluss, Beteiligung und Stellen, Sympathien und Antipathien – kurz um allzu Menschliches ging, das sich nicht den Publikationen entnehmen lässt.

Um es vorweg zu nehmen: Unter den Beteiligten finden sich weder Lichtgestalten noch Dunkelkämpfer. Jan Tonnemachers Bemerkung auf dem Dovifat-Symposium von 1991, es gebe «Licht und Schatten», besitzt ihre Gültigkeit auch für d'Ester und Hagemann. Zwar lässt sich die Geschichte der Institute nicht auf die Personen reduzieren, doch gerade in der Anfangszeit passierte wissenschaftlich wenig, weil zumindest zwei der Beteiligten alle Hände voll damit zu tun hatten, wieder in Amt und Würden sowie an Brot zu gelangen.

Karl d'Ester war der erste Wissenschaftler, der in Deutschland einen Lehrstuhl für «Zeitungswissenschaft» erhielt. Die Dissertation von 1907 handelte von der Pressegeschichte Westfalens vor 1813. Vor und nach dem Ersten Weltkrieg unterrichtete er als Gymnasiallehrer. 1919 habilitierte er sich in Münster, die Bücher-Nachfolge in Leipzig hatte er 1921 abgelehnt. 1923 wurde er nichtbeamteter Professor in Münster, 1924 folgte ein Ruf nach München. 1926 begründete er mit Walther Heide die erste deutsche Fachzeitschrift, die *Zeitungswissenschaft. Monatsschrift für internationale Zeitungsforschung (ZW)*.⁷ D'Ester war rheinländischer Katholik, das hatte er mit Dovifat und Hagemann gemeinsam. Ansonsten unterschied er sich von beiden deutlich. Er war der Älteste, Jahrgang 1881, und leitete wohl aus drei Faktoren, aus dem Alter, der Erstberufung als Zeitungswissenschaftler und der Habilitation, für ein Leben lang das Senioritätsprinzip ab.

Emil Dovifat war knapp zehn Jahre jünger – Ende 1890 geboren –, hatte mit einer Arbeit über «Die öffentliche Meinung in Sachsen um das Jahr 1840» promoviert, war Journalist geworden und als Seiteneinsteiger durch den für ihn glücklichen Umstand, dass Martin Mohr 1927 so früh verstorben war, in die Leitung des Berliner «Deutschen Instituts für Zeitungskunde», später «Institut für Zeitungswissenschaft»,⁸ berufen worden. Ihm hatten dabei seine Kontakte und Beziehungen als Vertreter journalistischer Standesinteressen sehr genützt: Einerseits hatte er sich als harter, christlich-gewerkschaftlicher Interessenvertreter profiliert, andererseits war in den Verhandlungen mit den Verlegern schon frühzeitig deutlich geworden, dass er imstande war, rechtzeitig Kompromisse zu schließen.⁹

Walter Hagemann war nochmals zehn Jahre jünger. 1900 geboren, hatte er in Berlin bei dem Volkswirtschaftler und Soziologen Werner Sombart und dem Historiker Friedrich Meinecke studiert und war 1922 mit einer Arbeit über Paolo Paruta promoviert worden. Im Unterschied zu Dovifat hatte er im Ersten Weltkrieg nicht einrücken müssen – war d'Ester hierfür zu alt, war Hagemann zu jung. Wie Dovifat war er nach dem Studium Journalist geworden. Seine Me-

⁶ Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaften in Deutschland*. Berlin 1987.

⁷ Bohrmann/Kutsch. *Karl d'Ester*. 575-579.

⁸ Die Namensänderung 1934 war von Walther Heide gegen den energischen Widerstand Dovifats durchgesetzt worden.

⁹ vgl. Klaus-Ulrich Benedikt: *Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist*. Mainz 1986. (=Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen Bd 42); Joachim Heuser/Peter Szyszka: Das «Deutsche Institut für Zeitungskunde», Berlin. *Martin Mohr als unfreiwilliger Wegbereiter Emil Dovifats*. In: Bernd Söseman/i.Zus.Arb.m./Gunda Stöber (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998, 33-68. Rudolf Stöber: *Emil Dovifats verbandspolitisches Engagement in der Weimarer Republik*. In: *Publizistik*, Jg. 37 (1992), H. 1, 97-112.

ritten verdiente er sich in der Zentrumszeitung *Germania* als aussenpolitischer Redakteur. Für die Zeitungswissenschaft hatte er sich schon 1928 anlässlich der ‚Pressa‘-Ausstellung in Köln zu interessieren begonnen.¹⁰

D'Estér galt in den späten zwanziger Jahren im In- und Ausland als der deutsche Zeitungswissenschaftler. Mit diesem Renommee hatte er sich die Leitung der Vorbereitungskommission für die Pressa sichern können. Doch 1928 war Höhepunkt und Peripetie seiner Bedeutung. Der Berufung in München hatte er zu schnell zugesagt, so dass sein Institut beinahe ohne finanzielle Ausstattung war. Dovifat hingegen wusste für das Berliner «Deutsche Institut für Zeitungskunde» das preussische Innenministerium, das Reichsinnenministerium, den «Verein deutscher Zeitungs-Verleger» und den «Reichsverband der Deutschen Presse» hinter sich. Sein Institut konnte Aufgaben angehen, zu denen die Münchener keine Mittel hatten. D'Estér hatte im Wesentlichen in privater Sammelleidenschaft zur Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft gefunden, in München lebte das Institut weiterhin von dem privaten finanziellen Engagement des Lehrstuhlinhabers, der – das mochte ihn nach Erich Everths Berufung von 1928 in Leipzig besonders ärgern – immer noch keine ordentliche, sondern nur eine ausserordentliche Professur bekleidete. Bis zu seiner ordentlichen Professur vergingen weitere sechs Jahre und selbst die war nur ad personam verliehen.

Obwohl ihm andere, Everth in Leipzig und Hans von Eckardt, der «Narr von Heidelberg»,¹¹ und vor allem Dovifat in Berlin den Rang abgelassen hatten, besass d'Estér ein Machtmittel, die Zeitungswissenschaft. Die Aktivitäten der Berliner Konkurrenz waren ihm schon damals suspekt. Von dem Dovifatschen «Handbuch der Weltpresse» hielt er nichts. Die vernichtende Rezension in der Zeitungswissenschaft nahm ihm Wilhelm Kapp ab.¹² In einem Schreiben an seinen Freund Erich Schulz, den Direktor der Dortmunder Stadtbibliothek, kritisierte er «die Monopoljägerie der Berliner» und hintertrieb damit das Traub'sche Standortverzeichnis.¹³ Dovifats mehrfache Mahnungen an Erich Schulz fruchteten nichts.¹⁴ Das Traub'sche Verzeichnis musste ohne die Dortmunder Einträge erscheinen. Auch mit Hagemann war d'Estér schon während der NS-Zeit aneinandergeraten. Hagemann hatte in der *Germania* einen Artikel zu verantworten, in dem d'Estér sich nicht ausführlich genug gewürdigt befunden hatte. Es war in dem Artikel um eine Ausstellung zur katholischen Presse im Vatikan gegangen. Hagemann hatte alle Vorwürfe zurückgewiesen.¹⁵ Obwohl Hagemann und d'Estér den gleichen Protégé – Walther Heide – hatten, waren sie sich schon damals nicht wohl gesonnen.

Ohne eine Darlegung der Ursprünge der Rivalität wären wohl die Animositäten nach 1945 nicht verständlich. Wenn es dennoch weder vor noch nach 1945 nie zum völligen Bruch zwischen Dovifat und d'Estér kam, so dürfte das zum einen an ähnlichen Erfahrungen während der NS-Zeit und noch mehr an den gleichen Problemen, die ihnen nach 1945 aus der Vergangenheit erwachsen, gelegen haben. Dovifat schrieb für die Katholische Nachrichten-Agentur zu d'Esters 75. Geburtstag: «Die brutale Form der politisch-publizistischen Überwältigung durch das Hitlerregime hat auch d'Estér weit zurückgeworfen; sie verband aber alle die umso enger mit ihm, die aus Glaube und Überzeugung dem System feindlich blieben.»¹⁶

¹⁰ vgl. Hachmeister, *Theoretische Publizistik*.

¹¹ d'Estér an Schulz: Schreiben vom 27.2.1933. NI Schulz, IFZDo, II AK 85/70, BI. 150.

¹² vgl. Wilhelm Kapp: «Handbuch der Weltpresse». *Eine kritische Bewertung*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 6 (1931), H. 5, 257-265.

¹³ d'Estér an Schulz, Schreiben vom 27.2.1933. NI Schulz, IFZDo, II AK 85/70, BI. 150.

¹⁴ Dovifat an Schulz, Schreiben vom 17.6.1932, NI Schulz, IFZDo, II AK 85/70, BI. 146; vgl. Kurt Koszyk: *Zur Geschichte des Standortskatalogs wichtiger Zeitungsbestände von 1933*. In: Hedwig Bieber/Siegfried Kutscher/Valentín Wehefritz (Hg.): *Stadtbibliothek und Regionalbibliographie. Festschrift für Hans Moritz Meyer*. Berlin 1975, 99-109.

¹⁵ Heile: *Die katholische Presse-Ausstellung*. In: *Germania*, 10.3.1935, Nr. 70,1, Beilage, 1f. Hagemann an d'Estér, Schreiben vom 13.3.1935. In: NI d'Estér, IFZDo, d'E N 75 2, Bll. 159 f.

¹⁶ Dovifat. In: KNA Nr. 284, 5.12.1956. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), unfoliiert.

Neuanfänge 1945

Hagemann war in der NS-Zeit letzter Chefredakteur der ehemaligen zentralen Zentrums-Zeitung *Germania* gewesen, nach 1938 hatte er – wohl protegiert durch Heide und vielleicht mit Unterstützung von Dovifat – den Zwei-Mann-Nachrichtendienst *Vox Gentium* geleitet.¹⁷ Ins Rampenlicht war er kaum getreten, als Zeitungswissenschaftler hatte er sich schon gar nicht profiliert. Auch Dovifat und d’Ester waren nicht die prominentesten Fachvertreter. Beide standen als dezidiert katholische Hochschullehrer einer Riege von nationalsozialistischen Dozenten und Professoren gegenüber, die ihnen wissenschaftlich und ideologisch das Wasser abgrub. Beide fühlten sich daher zunächst ebenfalls in ihrer Position ungefährdet.

Umso überraschter war d’Ester, den die Widerstände der Besatzungsmächte zuerst trafen, über die Schwierigkeiten, vor die ihn die Schatten der Vergangenheit seit dem Herbst 1945 stellten. Er war daran nicht unschuldig, denn in den Entnazifizierungsbefragungen konnte d’Ester nicht immer die gewünschten, präzisen Auskünfte geben. So behauptete er, 1937 aus dem NS-Lehrerbund ausgetreten zu sein, am 19. Oktober 1938 zur Dienststellung befragt, hatte er sich jedoch noch als Mitglied – unter Angabe der Mitgliedsnummer – bezeichnet.¹⁸ Auch gegenüber einem Informanten der Amerikaner gab er gewundene Erklärungen ab:

*The latter [d’Ester] gave an explanation for all his activities, but Dr. Barnett found him [...] a little to confuse and is waiting until a complete report on his case is available before passing final judgement.*¹⁹

Liest man die Stellungnahme des Informanten wörtlich, so kann d’Ester immerhin zugute gehalten werden, dass er sich nicht genau erinnerte, eine angesichts der schweren Diabetes, unter der er litt, durchaus plausible Vermutung. Doch waren ungenaue Selbstauskünfte im Spätherbst 1945 nicht hilfreich.

Ende 1945 teilte das Bayerische Kultusministerium d’Ester lapidar den Beschluss der amerikanischen Besatzungsmacht mit:

*Auf Weisung der Militärregierung vom 20.12.1945 AG 014.311-GNMCU 4- werden sie mit sofortiger Wirkung von ihrem Dienst als o. Professor bei der Philos. Fakultät in München enthoben. Sie haben sich jeder weiteren dienstlichen Tätigkeit zu enthalten.*²⁰

Noch bevor d’Ester die Entscheidung der Militärregierung mitgeteilt wurde, versuchte die Universität für ihn eine Lösung zu finden und die Zeitungswissenschaft in die Staatswissenschaftliche Fakultät überzuführen.²¹ Prodekan Alexander Scharff teilte d’Ester mit, auch für ihn sei die Entlassung «völlig unerwartet» gekommen, er werde aber «alles versuchen, um die Sache aufzuklären».²² Zur gleichen Zeit startete d’Ester seine Entlastungsoffensive, die er un-

¹⁷ Hagemann: Lebenslauf [undatiert]. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann). Hagemann: Lebenslauf II vom November 1947. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann): vgl. Pasguay, *Zwischen Tradition und Neubeginn*, 250 f.

¹⁸ Memo d’Ester, Anlage zu d’Ester an Rektor, Schreiben vom 28.1.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d’Ester), Bl. 126-129; vgl. Anzeige d’Ester zur Zugehörigkeit in der NSDAP. In: ebda., Bl. 68; vgl. Fragebogen vom 10.5.1937. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), unfoliiert.

¹⁹ OMGUS Bavaria. APO 170. MGBK. 12.9.1946. In: HStA München. OMG BY 10/110-1/6. Fiche 3.

²⁰ BayrStMinKult an d’Ester, Schreiben vom 8.1.1946. In: NI d’Ester, IFZdo, d’E N 75 4 [unfoliiert]. Ebenfalls in: UA München, E-II-1263, (PA d’Ester), Bl. 121; vgl. BayrStMinKult an Rektor Albert Rehm, Schreiben vom 11.12.1945. In: ebda., Bl. 117; vgl. BayrStMinKult an Uni München, Schreiben vom 8.1.1946. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), unfoliiert.

²¹ Syndikus Thierfelder an d’Ester, Schreiben [Entwurf] vom 14.12.1945, abgesandt am 17.12.1945. In: UA München, E-II-1263. (PA d’Ester), Bl. 120.

²² Prodekan Alexander Scharff an d’Ester, Schreiben vom 17.1.1946. In: UA München, O-N-14 (PA d’Ester), unfoliiert.

ter das Motto uneigennützigter Sorge um das Fach zu stellen wusste. Zunächst hatte er Erfolg, und Ende Februar 1946 beschloss die Militärregierung für Bayern, dass d'Ester «bis auf weiteres in [seiner] derzeitigen Stellung als Ordentlicher Professor bei der Philosophischen Fakultät der Universität München verbleiben» könne.²³ Auch die gesperrten Dienstbezüge wurden rückwirkend angewiesen.²⁴ Dennoch drohte weiterhin die Amtsenthebung, d'Ester fühlte sich bespitzelt und klagte: «Was hilft es, die Nazis zu beseitigen, wenn die Methoden bleiben?»²⁵ Die Klage über die Denunzianten hängt wohl mit der drohenden zweiten und als endgültig deklarierten Dienstenthebung zusammen. Diese kündigte sich schon im August 1946 an. Der Dekan der Philosophischen Fakultät beschwerte sich gegenüber dem Kultusministerium über die Entlassung. Es «dürfte [...] sich wohl um einen Irrtum handeln, da Prof. d'Ester durch Verfügung der Militärregierung Nr. V 12146 seit langem wieder in seine Stelle eingesetzt» sei.²⁶ Das Rektorat wies sogar die Entlassungsverfügung förmlich zurück.²⁷

Das half ebenso wenig wie die Entscheidung der IX. Spruchkammer München vom 7. Oktober 1946, d'Ester sei vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 nicht betroffen.²⁸ Das OMG Bavaria plädierte trotzdem für die sofortige Suspendierung.²⁹ Am 13. November 1946 bestätigte eine erneute Weisung der Militärregierung die Dienstentlassung, weil er den «verlangten positiven politischen liberalen und sittlichen Eigenschaften» nicht entspreche.³⁰ Erst Ende Juli des folgenden Jahres stellte die US-Militärregierung es dem Bayerischen Kultusministerium frei, bei der Wiedereinstellung d'Esters nach eigenem Ermessen zu verfahren. Auch das Spruchkammerverfahren erkannte die Militärregierung jetzt nachträglich an.³¹ Damit stand der Wiedereinstellung d'Esters nichts mehr im Wege. Am 22. September 1947 konnte das Kultusministerium dem Rektorat den positiven Bescheid über die Wiedereinstellung d'Esters zustellen.³²

Was hatte die Militärregierung bewogen, so lange Widerstand zu leisten? Wie hatte d'Ester es vermocht, sich letztlich doch durchzusetzen? Die Vorwürfe gegen d'Ester rankten sich um die Ausstellung «Der Ewige Jude» und Heides «Handbuch der Zeitungswissenschaft». Ob Otto Groth hinter den Denunziationen stand, ist nicht mit letzter Sicherheit zu klären – manche Indizien sprechen dafür, andere dagegen. Letztlich überwand d'Ester aber die Vorbehalte, weil er sich einerseits den Amerikanern nützlich zu machen verstand und es ihm andererseits gelang, eine beeindruckende Liste von Leumundszeugen zu sammeln und weil dabei manche seiner ehemaligen Schüler ihm ungefragt testierten.

Der erste gravierende Vorwurf betraf die NS-Ausstellung «Der Ewige Jude». Jede Beteiligung an diesem Machwerk musste belastend wirken. Untermauert wurden die Vorwürfe von einem Brief Heides, in dem dieser sich 1941 um ein Ordinariat für d'Ester bemüht hatte und ihn lob-

²³ BayrStMinKult an d'Ester, Schreiben vom 14.3.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 161.

²⁴ BayrStMinKult an Rektor Vossler, Schreiben vom 30.4.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 166.

²⁵ d'Ester an Svndikus Thierfelder, Schreiben vom 28.8.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 167.

²⁶ Dekan Alexander Scharff an BayrStMinKult, Schreiben vom 27.8.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 169.

²⁷ Rektor Georg Hohmann an BayrStMinKult, Schreiben [Entwurf] vom 23.9.1946, abgesandt am 26.9.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 171.

²⁸ IX. Spruchkammer München an d'Ester, Schreiben vom 7.10.1946. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]; vgl. Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946. In: GuVBI, Bayern, Nr. 10 vom 1.7.1946, 145 ff. Auszugsweise in Steininger (1984:135-140).

²⁹ OMG Bavaria. APO 170, AG 350-MGBAE vom 12.11.1946. In: HStA München, OMG BY 10/87-3/2, Fiche 1.

³⁰ BayrStMinKult an d'Ester, Schreiben vom 13.11.1946. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. Ebenfalls in: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 172.

³¹ OMGUS Bavaria [an BayrMinKult], Schreiben vom 21.7.1947. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), [unfoliiert]. Ebenfalls in: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 193; vgl. Bestätigung an d'Ester, OMGUS Bavaria an d'Ester, Schreiben vom 2.9.1947. In: ebda., Bl. 194.

³² BayrStMinKult an Rektor Hohmann, Schreiben vom 22.9.1947. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), unfoliiert. Auch in: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 184f. [kopiert].

te: «d'Ester ist Mitarbeiter und z.T. sogar Veranstalter aller einschlägigen grossen Ausstellungen wie z.B. der 'Pressa' in Köln, ‚Der ewige Jude' in München, ‚Die italienische Presse' in München».³³

Was auch immer diese Bemerkungen Wert waren, das für d'Ester 1941 positive Zeugnis hatte sich nach 1945 in sein Gegenteil verkehrt und das OMG Bavaria hatte Kenntnis von dem Brief.³⁴

Dennoch waren die Vorwürfe überzogen, nicht zuletzt der Vorwurf, die Idee zur Ausstellung stamme letztlich von d'Ester. Zumindest dies konnte er mit Hinweis auf Besprechungen der Ausstellung in NS-Zeitungen entkräften. Doch der minderschwere Vorwurf der Beteiligung – in welchem Ausmass auch immer – war nicht zu leugnen. Darum argumentierte d'Ester, er habe «unter Vermeidung unnötigen Aufsehens» nur zwei bis drei französische Witzblätter und sechs bis sieben hebräische Zeitungen zur Verfügung gestellt, die nicht einmal den 3.000. Teil der Ausstellung ausgemacht hätten.³⁵

Ob d'Ester zu diesem Zeitpunkt schon mutmasste, dass Groth hinter seiner Absetzung stecke, ist unwahrscheinlich. Bei der Organisation seiner Rehabilitierung benannte Karl d'Ester schon im Januar 1946 elf Personen jüdischen Glaubens bzw. «Halb- und Vierteljuden», für die er sich während der NS-Zeit verwandt habe – darunter war auch Groth.³⁶ Doch Groth lieferte im Unterschied zu anderen nicht die gewünschte eidesstattliche Erklärung oder anderweitige Bescheinigung. So verdichtete sich bei d'Ester im Frühjahr 1946 die Gewissheit, Groth, dem er vor 1933 seine Sammlungen zur Verfügung gestellt hatte, habe ihn verraten. «Wenn ich diese Zeilen an Sie richte,» schrieb er dem Dekan, «so bestimmt mich dazu nicht mein persönliches Geschick. Der Schuss eines guten ‚Freundes' geht – wie man so zu sagen pflegt, dieses Mal nach hinten los. Um etwas anderes geht es – um eine Sache, um die ich 40 Jahre lang gekämpft, für die ich unendlich viel gearbeitet habe – meine Disziplin.» Während d'Ester so geschickt seine Sorge um die Wissenschaft über seine persönlichen Belange stellte, richtete er zugleich einen scharfen Angriff gegen Groth und appellierte an die Fakultät, den «Verlust», den die Schliessung des Instituts oder die Übergabe an die Staatswissenschaftliche Fakultät bedeutete, nicht unwidersprochen hinzunehmen.³⁷

Nannte d'Ester im Brief an den Dekan noch keine Namen, so wurde er gegenüber Wilhelm Klutentreter deutlicher:

*Dr. Groth hat anderen gegenüber behauptet, ich hätte ihn seit 1933 boykottiert wegen seiner halb. Abstammung. Sie wisse, dass das Gegenteil der Fall ist. Sie haben ja erlebt, wie wir ihn stets gegen die Angriffe unterstützt haben.*³⁸

Diese Sätze sollten Klutentreter, 1937 bis 1940 zeitungswissenschaftlicher Assistent und Leiter der «Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung» in München und anschliessend bis 1942 Zeitungswissenschaftler in Köln, wohl eine entsprechende schriftliche Äusserung anempfehlen. Der aber antwortete ausweichend:

³³ Heide an Rektor Wüst, Schreiben vom 24.10.1941. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), BI. 88. Zu den Ausstellungsbeteiligungen vgl. DWD 8.12.1941, Nr. 69. In: ebd, BI. 95. Im VB vom 10.12.1941 wurden die Ausstellungen hingegen nicht erwähnt, ebenso wenig in der *Münchener Zeitung*, vgl. ebda. Bl. 96 und 99. In der FZ vom 11. 12.1941, Nr. 632-633, fand zwar die *Pressa*, nicht aber der «Ewige Jude» Erwähnung. Ebda., BI. 101.

³⁴ OMGUS Bavaria. APO 170. MGBK. 12.9.1946. In: HStA München. OMG BY 10/110-1/6. Fiche 3.

³⁵ d'Ester, Memo zur Ausstellung der «Ewige Jude» vom 31.1.1946. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

³⁶ Tatsachen, [undatiert, zwischen Entlastungsschreiben]. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

³⁷ d'Ester an Prodekan Scharff, Schreiben vom 8.2.1946. In: UA München, O-N-14. (PA d'Ester), unfoliiert.

³⁸ d'Ester an Klutentreter, Schreiben vom 24.6.[4.]1946. In: NI Klutentreter, IFZDo, 88/124-3 [unfoliiert].

Was den Fall Dr. Groth betrifft, so kann ich Ihnen dazu nur Folgendes sagen: Während meiner Assistentenzeit hat Herr Dr. Groth keinerlei Verbindung zum Institut oder zur ZVM gepflogen, obwohl ihm das keineswegs verwehrt war.³⁹

Nachdem der erste Versuch nicht das gewünschte Ergebnis gezeitigt hatte, wurde d'Ester im September deutlicher. Er verlangte von Klutentreter, dass er bescheinige, dass das Institut Groth immer zuvorkommend behandelt habe und dass seitens der Studentenschaft das Material für die Ausstellung «Der Ewige Jude» herausgegeben worden sei und dass der «Leiter des Instituts», also d'Ester, das «nicht verhindern» habe können. Klutentreter, der seine Habilitation bei d'Ester wieder aufnehmen wollte, sagte ihm umgehend die Bestätigung zu.⁴⁰ Aber obwohl die Entlastung durch Klutentreter bestellt war, gibt es einen vergleichbaren Vorgang, der der d'Esterschen Lesart durchaus Glaubwürdigkeit verleiht. 1935 hatte d'Ester nämlich die Gründung des Königsberger Instituts und dessen Gründer Franz Alfred Six boykottiert, so dass Heide ihn ermahnen musste, «aus psychologischen Gründen [sei zu] begrüssen, wenn München an der Spende der Institute für Königsberg besonders stark beteiligt würde.»⁴¹ Genützt hatte die Klutentretersche Entlastung zunächst nichts und inzwischen verfestigte sich das Feindbild Groth bei d'Ester weiter. Noch Anfang 1946 hatte er geglaubt, Groth zu seinen Freunden rechnen zu dürfen, eine Freundschaft, die er auf ihr Verhältnis vor 1945 zurückführte. Er habe seine schützende Hand über Groth gehalten und ihm die Arbeit im Institut ermöglicht und schrieb:

wie mir der Dekan der Philosophischen Fakultät [Aloys Wenzl] am 2. November 1946 mitteilte, hat sich der Dr. G. in meiner Fakultät beworben, nachdem dieses Bemühen kurz zuvor bei der staatswissenschaftlichen Fakultät vergebens war. Ich stelle ausdrücklich fest, dass mir Dr. G. von seinem Vorhaben nichts gesagt hat, obwohl ich noch vor wenigen Tagen freundschaftlich mit ihm sprach. Ich bin auch in keiner Weise an der Ablehnung seiner Gesuche beteiligt und werde jeden, der Gegenteiliges behauptet, gerichtlich belangen.⁴²

Ob Groth sich tatsächlich beworben hat, ist auch aus den Akten des Kultusministeriums nicht ersichtlich. Aber die Sondierung der Universität bei Groth im Frühjahr 1947 spricht eher dafür, dass die Aktivitäten von universitärer Seite ausgegangen sind.⁴³ Der Dekan musste allerdings d'Ester gegenüber die Sache aus nahe liegenden Gründen anders herum erzählen. Bei d'Ester, der sich schon mehrfach Einflüsterungen gegenüber kritiklos gezeigt hatte und der darüber hinaus auch handfeste Gründe für sein Misstrauen gegenüber Groth besass, fielen solche Worte auf fruchtbaren Boden. Gegen eine Bewerbung Groths spricht zudem, dass er einen Angriff auf Dovifat in der Neuen Zeitung nicht mit einem weiteren auf d'Ester verbunden hatte.⁴⁴ Ausserdem hatte er inzwischen die Journalistenschule gegründet. Und es erscheint zumindest zweifelhaft, ob Groth in seinem Alter – er war 1876 geboren – noch zwei Aufgaben schultern wollte. Für die Aktivität der Universität spricht schliesslich drittens ihr weiteres Vorgehen im Frühjahr 1947.

³⁹ Klutentreter an d'Ester, Schreiben vom 21.5.1946, NI Klutentreter, IFZDo, 88/124-3 [unfoliiert]; vgl. Arnulf Kutsch: *Wilhelm Klutentreter (1908-1986)*. In: *Publizistik*. Jg. 31 (1986), H. 4, 429-434.

⁴⁰ d'Ester an Klutentreter, Schreiben vom 21.9.1946. In: NI Klutentreter, IFZDo, 88/124-3 [unfoliiert]; vgl. Klutentreter an d'Ester, Schreiben vom 2.10.1946. In: ebda. Zu den Bemühungen Klutentreters, seine Habilitation wieder aufzunehmen: Klutentreter an d'Ester, Schreiben vom 3.11.1945. In: ebd.; d'Ester an Klutentreter, Schreiben vom 26.11.1945. In: ebd.; vgl. d'Ester an Klutentreter, Schreiben vom 18.10.1945. In: ebda.

⁴¹ Heide an d'Ester. Schreiben vom 3.5.1935. In: NI d'Ester. IFZDo, d'E N 75 10. Bl. 107.

⁴² d'Ester: Die Münchener Zeitungswissenschaft und Dr. Otto Groth, undatierte MS [kurz nach dem 2.11.1946]. In: NI d'Ester. IFZDo, d'E N 75 8. Bl. 14-18.

⁴³ Groth sei «ja als Sachkener unbestritten [...] und noch sehr frisch». Rektor Uni München an Dekan der Phil. Fak., Schreiben vom 28.4.1947. In: NI d'Ester. IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁴⁴ *Neue Zeitung* vom 28.10.1945. Zit. n. Benedikt, *Emil Dovifat*, 183.

Das Rektorat der Münchener Universität ging noch Ende April 1947 davon aus, dass d'Ester «wahrscheinlich nicht zurückkommen [werde], weil er an der Ausstellung ‚Der Jude‘ [I] beteiligt gewesen sei. Dies ist eine besonders heikle Sache, die von den Amerikanern sehr übel genommen wird.»⁴⁵ (Diese Zeilen befinden sich heute im Nachlass d'Ester, können ihm allerdings erst später zur Kenntnis gelangt sein.) Zur gleichen Zeit machte die Universität d'Ester weiterhin Hoffnungen: «Ich», schrieb Dekan Wenzl, «habe eine neuerliche Anfrage an das Rektorat geleitet, ob es nicht möglich wäre, die Lage, die ich durchschauen kann, soweit zu klären, dass wir Sie möglichst bald wieder gewinnen.»⁴⁶ Und Dekanat und Rektorat überlegten, die kommissarische Besetzung des Münchner Lehrstuhls Dovifat anzutragen. Im Mai wurde bei diesem angefragt.⁴⁷ Dovifat wollte allerdings die Position Groths, «der wie ich höre, auf die Entscheidung der amerikanischen Militärregierung nicht ohne Einfluss ist [und] gegen mich ebenso steht wie gegen Professor d'Ester», geklärt wissen. Auch müsse die Stellungnahme der Amerikaner selbst deutlich sein, weil er sich «eine Ablehnung ersparen» wollte.⁴⁸ So verging das Sommersemester 1947, ohne dass eine Entscheidung fiel.

Zu den Vorwürfen im Zusammenhang mit der Ausstellung kamen jene, die an strittige Passagen im «Handbuch der Zeitungswissenschaft» anknüpften. Das OMG Bavaria hatte eine ganze Liste inkriminierender Textstellen gesammelt.⁴⁹ D'Ester hat immer behauptet, die mit seinem Namen gezeichneten Artikel des «Handbuchs der Zeitungswissenschaft» stammten in ihren nationalsozialistischen Passagen nicht von ihm. Unterstützend verschaffte er sich eine eidesstattliche Versicherung des Chefredakteurs des «Handbuchs der Zeitungswissenschaft», Dr. Ernst Herbert Lehmann: Die Beiträge Professor d'Esters wurden oft willkürlich verändert, da der Autor als Gegner des Nationalsozialismus und Militarismus bekannt war.⁵⁰

Ob die Erklärung analog zu der Klutentreters bestellt war, lässt sich nicht mehr mit letzter Gewissheit klären, und wie sie zu bewerten ist, ebenfalls nicht. Sicherlich war die Floskel «Gegner des Nationalsozialismus und Militarismus» nach 1945 opportun und dürfte darum ein nachträgliches Konstrukt sein. Auch muss in Rechnung gestellt werden, dass Walther Heide, der Freund d'Esters und Herausgeber des Handbuchs, sicher keine willkürliche Veränderungen zugelassen hätte, wenn d'Ester gegen sie protestiert hätte. Zudem ist zu bedenken, dass Hermann Hart, der zweite Redakteur, ein Schüler d'Esters war. Wenn eine Redaktion der d'Esterschen Artikel im Sinne nationalsozialistischer Linie stattgefunden haben sollte, dann hätte ein Protégé in die Texte seines Fürsprechers eingegriffen. Das ist wenig glaubhaft, es sei denn, Hart wollte d'Ester schützen. Ob Hart allerdings Distanz zwischen den Zeilen entfernt hätte, ist zweifelhaft, da sich Hart im Krieg selbst vom Nationalsozialismus entfernt hatte.⁵¹ Allenfalls spricht für die inhaltliche Richtigkeit der eidesstattlichen Erklärung, dass d'Ester so manches Manuskript in verbesserungsbedürftigem Zustand ablieferte. Denkbare redaktionelle Eingriffe hätten also durchaus – und anders als es d'Ester nachher darstellte – gut gemeint sein können.⁵²

⁴⁵ Rektor Uni München an Dekan der Phil. Fak., Schreiben vom 28.4.1947. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁴⁶ Dekan Wenzl an d'Ester, Schreiben vom 23.4.1947. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]; vgl. d'Ester an Dekan Wenzl, Schreiben vom 20.4.1947. In: ebda.

⁴⁷ Syndikus der Universität München, Aktenvermerk vom 21.4.1947. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]; Dekanat der Phil. Fak. Universität München an Emil Dovifat, Schreiben vom 10.5.1947. In: ebda.

⁴⁸ Dovifat an Universität München, Phil. Fak., Schreiben vom 29.5.1947. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 (unfoliiert).

⁴⁹ OMGUS Bavaria, Bericht über charakterliche Ansichten d'Esters vom 24.9.1946. In: HStA München, OMG BY 10/110-1/6, Fiche 2.

⁵⁰ Ernst Herbert Lehmann, Eidesstattliche Versicherung vom 3.2.1947. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁵¹ vgl. Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Beitrag «Emigrantenpresse» im «Handbuch der Zeitungswissenschaft» (1940) und sein Autor Hermann Hart*. In: Hanno Hardt/Elke Hilscher/Winfried B. Lerg (Hg.): *Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933-1945*. (=Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 30). München, New York, London, Paris 1979, 443-473, hier 446-454.

⁵² Auskunft von Hans Bohrmann am 1.12.1998.

Die Organisation seiner Verteidigung bestand also zum Teil darin, dass d'Ester Entlastungsschreiben und «Persilscheine» von seinen Schülern erbat, vorzugsweise von solchen, die in der NS-Zeit selbst unter Druck geraten waren oder die wegen ihrer damaligen Funktionen die einzigen waren, die einen bestimmten Vorgang bestätigen oder widerlegen konnten. Nicht alle Entlastungsschreiben waren jedoch bestellt, er erhielt auch ungefragt Unterstützung.⁵³ D'Ester erhielt beeindruckend viele (132) Schreiben und Petitionen. Die Schreiben an die Militärregierung und die eidesstattlichen Versicherungen stammten von Schülern, Kollegen, Geistlichen, Journalisten etc. In der Verteidigungsschrift von d'Ester «Gib Rechenschaft von deiner Verwaltung» sind etliche enthalten.⁵⁴ Doch manche, wie Otto Groth, entlasteten ihn nicht und fehlen auch hier.

Daneben bemühte d'Ester sich um Kontakte zu den Amerikanern. Denn wenn er auch glaubte, dass diese keine realistische Vorstellungen von den innerdeutschen Zuständen während der NS-Diktatur entwickelten, so war ihm doch klar, dass gegen die Amerikaner nichts zu bewegen war. Schon unmittelbar nach Kriegsende startete d'Ester einen ersten Versuch. In einem Schreiben an die Militärverwaltung betonte er seine Weigerung, in die Partei einzutreten. Er habe Material über die Zeit gesammelt, um die «mad ideas taught by nazi's press bosses» zu dokumentieren. Er könne vergleichende Veranstaltungen zu den Themen: Heeresberichte der US-Armee und der Wehrmacht, Unterschied zwischen der freien US-Presse und der NS-Propaganda und über den Unterschied zwischen der US-Presserechtsprechung und dem »sound instinct of the peoples' Judgement' in Hitler-Germany» machen.⁵⁵ Anfang 1947 rekonstruierte d'Ester im Auftrag der Historical Division der US-Armee die Reste seiner eigenen Sammlung und erwartete eine feste Anstellung bei der Historical Division, die ihm kurz darauf bestätigt wurde. D'Ester unterstützte die Historical Division bei der Erstellung einer Studie über die deutsche psychologische Kriegsführung.⁵⁶

D'Ester war kein «guter Nationalsozialist», das hatte ein NS-Gutachten selbst bestätigt.⁵⁷ Auch etliche d'Estersche Handlungen während der zwölf Jahre bestätigen die Einschätzung des NS-Dozentenbundes. Ungeschützt beschrieb er Erich Schulz das Frühjahr 1933 als eine

*Zeit, wo es wahrlich eine Lust ist zu leben – vorausgesetzt, dass man einen Mercedeswagen à la Goebbels und Hitler hat – in einer Zeit, wo Herr Goebbels in einer Versammlung erklären kann, für Berlin genügen zwei Zeitungen. So etwas ist doch ein heller Wahnsinn.*⁵⁸

Dr. Richard Eichinger, ein d'Ester-Schüler, dankte d'Ester Mitte der dreissiger Jahre

*für alles andere Gute und wahrhaft Wohlwollende, was mir in diesen schweren Tagen aus Ihrer freundschaftlichen Gesinnung so helfend zugekommen ist und mir in einem äusserst kritischen Augenblick einen neuen, weniger düsteren Aspektus eröffnet hat. Gebe Gott, dass ich Ihnen dafür einmal recht aus dem Vollen danken kann!*⁵⁹

⁵³ Fred Stommen an d'Ester, Schreiben vom 16.12.1945. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. Stommen wurde 1940 mit einer Dissertation über «Die Presse Eupen-Malmedys» promoviert. Entlastungszeugnisse auch in: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), [unfoliiert].

⁵⁴ In: NL d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁵⁵ d'Ester an MG München, G 5 Section, Schreiben vom 3.6.1945. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁵⁶ Aktenvermerk zur Sammlung d'Ester vom 7.1.1947. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. Aktenvermerk Historical Division, USFET, 25.1.1947. In: ebda.; vgl. Aktenvermerk HEC/ Office of Chief Historian vom 24.4.1947. In: ebda. Der verantwortliche Offizier war O. H. Prizer.

⁵⁷ Gutachten über d'Ester vom 15.2.1938. In: UA München, E-ll-1263, (PA d'Ester), Bl. 79; vgl. Bohrmann/Kutsch, *Karl d'Ester*. 587.

⁵⁸ d'Ester an Schulz, Schreiben vom 27.2.1933, NI Schulz, IFZDo, II AK 85/70, Bl. 150; vgl. H. Börner an d'Ester, Schreiben vom 5.9.1934. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 2, Bl. 110.

⁵⁹ Eichinger an d'Ester, Schreiben vom 13.3.1935. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 2, Bl. 184.

Noch 1941 wurde zwischen Eichinger und d'Ester ein Vertrag geschlossen, in dem Eichinger für 400 RM eine «wissenschaftliche Darstellung seiner publizistischen Erlebnisse» schreiben sollte.⁶⁰ Solche Arbeitsaufträge waren alles andere als kriegswichtig – nie hätte d'Ester sie vor überzeugten Nationalsozialisten rechtfertigen können. Sinn machte der Auftrag nur als notdürftige Legitimation einer materiellen Unterstützung. Und ein – in nationalsozialistischer Terminologie – «Vierteljude», Walter Panofsky, gegen den der Redakteur des *Völkischen Beobachters* Adolf Dresler 1936/37 ein Relegationsverfahren aus der Münchener Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung organisierte, erfuhr d'Esters Schutz und bedankte sich nach 1945 entsprechend.⁶¹ Noch ein letztes Beispiel sei angeführt, um d'Esters Verhalten während der NS-Zeit zu beleuchten. Die Dissertation von Lotte Wölfler über die Entwicklung der Zeitungstypographie – eine Arbeit auf die das rasche Urteil über die schlechte Qualität der aus d'Esters Doktorfabrik hervorgegangenen Arbeiten nicht zutrifft – zitierte Ludwig Börne mit seinem Journalistenamen.⁶² D'Ester hätte, wäre er ein nationalsozialistischer Hochschullehrer gewesen, verlangen müssen, Börne als Löb Baruch, d.h. unter seinem jüdischen Geburtsnamen, anzusprechen. Seine Distanz zum Regime scheint daher zweifelsfrei, die Unterstützung für manchen Schüler ebenso, ob allerdings seine Opposition gegen das Regime, wie behauptet, so weit gegangen ist, dass in der letzten Kriegsphase der NS-Dozentenbund seine und Dovifats Absetzung betrieben habe, lässt sich nicht mehr belegen.⁶³

Die Neuanfänge unter Emil Dovifat in Berlin sind besser bekannt und wiederholt abgehandelt. Dieser Aufsatz kann sich auf das Geschriebene berufen, einige Akzente und manche Datierung müssen geringfügig korrigiert werden. Insbesondere über die Verstrickungen Dovifats in die Machenschaften der NS-Zeitungswissenschaft ist viel geschrieben worden. Die Urteile reichen von «tiefbraun» in einer DDR-Dissertation über bedenklich verstrickt von Otto Köhler bis zu vehementen Verteidigungen. Ein sehr positives Urteil hat zuletzt Bernd Söseemann gefällt.⁶⁴ Dieser Diskussion etwas hinzuzufügen erscheint mir fruchtlos. Die mutige Rede von 1934 auf dem Katholikentag in Berlin spricht für sich. Doch spätere Mitwirkung an NS-Einrichtungen wie der Reichsjournalistenschule⁶⁵ und einzelne panegyrische Abschnitte seiner «Zeitungslehre» lassen sich ebenfalls nicht wegdiskutieren, wenngleich auch hier Stellen, die für sich genommen inkriminierend wirken können, im Kontrast zu anderen Stellen durchaus als ironische und vorsichtige Distanzierung von der nationalsozialistischen «Führungsmittel»-Doktrin gelesen werden müssen.⁶⁶

⁶⁰ Vertrag zwischen Eichinger und d'Ester vom 8.9.1941. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 3, Bl. 50.

⁶¹ Walter Panofsky an d'Ester, Schreiben vom 9.8.1945. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4, Bl. 8; vgl. NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 2, 1936/37 passim. Titel der Dissertation Panofskys: *Zur Entstehung des Films. Versuch einer Darstellung seiner zeit- und kulturgeschichtlichen Bedingtheit unter besonderer Berücksichtigung seiner historischen Entwicklung, 1938.*

⁶² Lotte Wölfler: *Beiträge zu einer Geschichte der deutschen Zeitungstypographie von 1609-1938. Versuch einer Entwicklungsgeschichte des Umbruchs.* Phil.Diss. München 1943, 225.

⁶³ NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75; vgl. Bohrmann/Kutsch, *Karl d'Ester.*

⁶⁴ Bernd Söseemann: *Auf dem Grat zwischen Entschiedenheit und Kompromiss.* In Bernd Söseemann/ i.Zus.Arb.m./Gunda Stöber (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk.* Berlin, New York 1998, 103-159.

⁶⁵ Wolfgang Müsse: *Die Reichspreseschule – Journalisten für die Diktatur? Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus im Dritten Reich.* (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 53). München, New Providence, London, Paris 1995.

⁶⁶ Rudolf Stöber: *Deutsche Pressegeschichte. Einführung – Systematik – Glossar.* (= Uni-Papers Bd. 8). Konstanz 2000, 175.

Dovifat, der durchaus laviert hatte, stellte sich nach 1945 dennoch als kompromisslosen Gegner des Nationalsozialismus dar. In einem Brief an Wilhelm Klutentreter schrieb er Ende 1945:

Hier bin ich z.Zt. mit Hilfe des neugebildeten Presseverbandes mit dem Wiederaufbau des Instituts beschäftigt. Ob u. wann die Universität als solche wieder arbeitet steht noch dahin. Mit der sowjetischen Militärverwaltung ist darüber eine Einigung noch nicht erzielt. Über die Zukunft unserer Disziplin denke ich – nach einer Karenz- u. Bewährungszeit – durchaus positiv. Schade, dass Sie P.G. waren, aber hoffentlich ist auch das zu bereinigen. Augenblicklich werde aber sogar ich, der ich immer abgesagter Feind aller Nazileute war, heftig angegriffen.⁶⁷

Doch man hatte ihn auch anders wahrgenommen. Otto Groth griff ihn beispielsweise schon im Oktober 1945 scharf an:

Wer sich zum redseligen Verkünder nationalsozialistischer Irrlehren, zum Verteidiger nationalsozialistischer Verbrechen herabgewürdigt hat, der möge jetzt vor allem einmal schweigen lernen und so viel Takt und Gewissen aufbringen, dass er sich recht bescheiden im Hintergrunde hält.⁶⁸

Karl d'Ester kommentierte dieses Schreiben später in einem Memorandum:

Dieser Angriff hat mit dazu beigetragen, dass der Berliner Kollege, der als Spitzenkandidat der CSU [!] in Berlin gewählt worden ist, seine Tätigkeit an der Hochschule noch nicht wieder aufnehmen konnte.⁶⁹

Selbst wenn d'Esters Schlussfolgerung zu weit greift: Auch aus der Ferne war zu sehen, dass Dovifat gegenüber der sowjetischen Militäradministration mindestens einen ebenso schweren Stand hatte wie d'Ester in München. Warum also kaprizierte er sich dennoch lange auf die Berliner Universität? Der Gründe scheinen drei zu sein, erstens zerschlugen sich diverse Sondierungen bei anderen Universitäten – u.a. wie gesehen in München –, Benedikt hat sie nachgezeichnet. Zweitens hat die «Zentralverwaltung für Volksbildung» Dovifat immer wieder hingehalten. Und drittens wusste Dovifat im Ringen um Institut und Stellung die Berliner Universität lange hinter sich.

Hinhalten und Unterstützung sind eng miteinander verwoben und wurden in den bisherigen Abhandlungen nicht genügend herausgehoben, weil den Autoren die Unterlagen des Universitätsarchivs der Humboldt-Universität nicht zur Verfügung standen. Beides hing mit den Bibliotheksbeständen des Instituts zusammen. Bücherbestände waren in der Nachkriegszeit ein zentrales universitäres Problem und sollten noch bei Gründung der Freien Universität Berlin eine wichtige Rolle spielen.⁷⁰ Die Institutsbestände, soweit sie den Krieg überstanden hatten, befanden sich Ende 1945 noch in der Evakuierungsstelle Lynow bei Baruth in der Obhut verschiedener Personen des Dorfes, bei Schmieden, Lehrern, Förstern und Landwirten.⁷¹

⁶⁷ Dovifat an Klutentreter, Schreiben vom 30.12.1945. In: NI Klutentreter, IFZDo, 88/124-2 [unfoliiert].

⁶⁸ *Neue Zeitung* vom 28.10.1945. Zit. n. Benedikt, *Emil Dovifat*. 183.

⁶⁹ Karl d'Ester: *Die Münchener Zeitungswissenschaft und Dr. Otto Groth*. Undatierte MS [kurz nach dem 2.11.1946]. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 8, Bl. 14-18.

⁷⁰ James F. Tent: *Freie Universität Berlin 1948-1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*. Berlin 1988, 179-183.

⁷¹ Grosse Bestände hatten über den Krieg gerettet werden können: Flugblätter, Zeitschriften, Diapositive, die 13 Kisten wichtiger Lehrbücher, «2 Kisten antifaschistischer Kampfliteratur», Ausschnittsammlungen, die Sammelgebiete «Deutsche Zeitungstopographie», «Deutsche Zeitschriftentopographie», die «Deutschen Pressefachzeitschriften seit 1910». Dovifat an Rektor Stroux, Schreiben vom 15.11.1945. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]. Inventarübersicht der Bestände des Instituts vom 12.12.1945. In: ebda.

Die Bestände weckten Begehrlichkeiten, und sie lagen ausgelagert auf dem Gebiet der SBZ. Laut Kübler hatte Dovifat die Bestände schon im Juli 1945 aus Lynow nach Berlin überstellen können. Doch glaubte Dovifat damals nur, dass wegen der Unterbringung von Flüchtlingen sich in nächster Zeit die Frage der Rückführung der Bestände stellte.⁷² Das aber kann nur unvollständig gelungen sein.⁷³ Auch schien Dovifat zunächst geglaubt zu haben, in den Beständen ein Druckmittel zu besitzen, mit dem sich vielleicht die Bestätigung seiner Professur erreichen lassen würde. Dovifat mochte dabei glauben, dass die Sicherung der Bestände automatisch zur Wiedereinsetzung und Wiederbelebung des Instituts führen würde. Darum sah er Institut und Professur entschwinden, als andere ihre Begehrlichkeiten kundtaten. In einem Brief an den Universitätsrektor Johannes Stroux, einen Altphilologen, beklagte er, der Magistrat von Berlin wolle die «wertvollen historischen Bestände des Instituts für den Aufbau eines historischen Instituts .zur Erforschung der NS.-Politik» zweckentfremden.⁷⁴

Daraufhin berief Rektor Stroux eine Besprechung zusammen, bei der sich die Teilnehmer unter seiner Leitung für eine Etatisierung des Instituts einsetzten. Das Protokoll wurde offensichtlich als Verschlussache behandelt und insbesondere vor Fräulein Schütze, der Sekretärin des Dekanats der Philosophischen Fakultät, geheim gehalten.⁷⁵ Dovifat teilte unterdessen dem Rektor mit, dass erneut der Magistrat wegen der Magazinierung der Bibliotheksbestände an ihn herantreten sei. Der Rektor dankte und lud mit einem dramatischen «Periculum in mora» das Kuratorium für den 5. Februar 1946 zu einer Dringlichkeitssitzung.⁷⁶ Diesem Kuratorium gehörten verschiedene Vertreter der lizenzierten Presse und Universitätsangehörige an.⁷⁷ In der Senatssitzung vom 21. Februar heisst es lapidar: «Das Kuratorium des zeitungswissenschaftlichen Instituts ist zusammengetreten und will versuchen, das Institut zu retten.»⁷⁸ So lapidar die Notiz ist, sie beweist doch, dass man die Wiedererrichtung des Instituts und die Sicherung seiner Bibliotheksbestände im Zusammenhang betrachten muss.

Doch wurde noch nichts entschieden. Vielmehr schien Dovifat sein Anliegen durchzusetzen. Er teilte Stroux mit, nach einer eingehenden Besprechung mit Präsident Paul Wandel – einem Mitglied der Gruppe Ulbricht – von der «Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung» habe dieser ihm signalisiert, dass der geplante Institutsaufbau nun doch in der Form stattfinden könne, wie sie das Kuratorium beschlossen habe.

*Herr Präsident Wandel erklärte sich damit einverstanden, dass die Bestände des Instituts nunmehr zusammengebracht werden und ist bereit, die Arbeit des Instituts zu betreuen. Das für die Führung des Instituts zu berufende Kuratorium wird wie es vorgesehen war neben Persönlichkeiten der Presse auch die Universität führend heranziehen.*⁷⁹

⁷² vgl. Emil Dovifat: Bericht über die Lage des Instituts vom 10.7.1945. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 2135; vgl. Benedikt, Emil Dovifat, 180; anders Kübler, *Emil Dovifat und das Institut für Publizistik*, 327.

⁷³ Dovifat an Abwicklungsstelle des RMWiss, Schreiben vom 22.9.1945. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 2137; vgl. Mund-Heller an Universität Berlin, Schreiben vom 24.3.1947. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]; vgl. auch Benedikt, *Emil Dovifat*, 180.

⁷⁴ Dovifat an Rektor Stroux, undatiertes Schreiben [nach dem 12., vor dem 17.12.1945]. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁷⁵ Protokoll über die Besprechung vom 29.12.1945. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁷⁶ Dovifat an Rektor Stroux, Schreiben vom 30.1.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]; Rektor Stroux an Dovifat, Schreiben vom 2.2.1946. In: ebd.

⁷⁷ Verband der deutschen Presse an Rektor Stroux, Schreiben vom 8.1.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]. Protokoll der Senatssitzung vom 5.2.1946, UA Humboldt, Senat (Bestand Rektorat), Nr. 140, Bd. 1, Bil. 70-78, hier 71 f. Protokoll der Senatssitzung vom 12.2.1946, UA Humboldt, Senat (Bestand Rektorat), Nr. 140, Bd. 1, Bil. 93-98, hier 95.

⁷⁸ Protokoll der Senatssitzung vom 19.2.1946, UA Humboldt, Senat (Bestand Rektorat), Nr. 140, Bd. 1, Bil. 102-110, hier 109.

⁷⁹ Dovifat an Rektor Stroux, Schreiben vom 29.5.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

Die «Zentralstelle für Zeitgeschichte» des Berliner Magistrats, hinter der die «Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung» stand, und Universität entwarfen einen Vertrag – dessen Rechtskraft nicht ersichtlich, aber anzunehmen ist –, in dem «eine beschleunigte Erschließung der Institutsbestände» trotz der Tatsache, dass «zur Stunde der Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin noch unbesetzt ist», in Aussicht nahm.⁸⁰ Zur gleichen Zeit überlegte Dovifat, nach Köln zu wechseln.⁸¹

Kurz darauf forderte der Berliner Magistrat im Auftrag der Zentralverwaltung Rektor Stroux auf, die Bestände des Instituts von Dahlem, wo sie sich inzwischen im Faradayweg 4-6 befanden, in die «Zentralstelle für Zeitgeschichte» in der Breiten Strasse 11 zu überführen, also vom amerikanischen in den sowjetischen Sektor. «Diese Überführung dient lediglich dem praktischen Zweck, die Bestände einer sofortigen Auswertung zuzuführen. Durch sie wird an den rechtlichen Verhältnissen nichts geändert werden.»⁸² Auch der «Verband der Deutschen Presse» (VDP) bemühte sich erneut, die Institutsbestände vor der «Zentralstelle für Zeitgeschichte» zu bewahren. Paul Ufermann vom Verband empfahl die Festanstellung der Dovifatschen Gehilfen Otto Dörre und der «Assistentin» – gemeint ist wohl Edith Lindner, die Bibliothekarin und Sekretärin – Dovifats.⁸³ Der Zweck des Vorschlags ist offensichtlich: Der Neuanfang sollte mit Dovifats Hinterlassenschaft, aber ohne ihn selbst beginnen. Offensichtlich spielte der VDP ein doppeltes Spiel. Keineswegs liess sich der kommunistisch gesteuerte Verband auf Dovifat verpflichten, wie dieser vielleicht geglaubt hatte und wie Benedikt ebenfalls annimmt.⁸⁴

Im nächsten halben Jahr spitzte sich die Institutsgründung unter anderer personeller Führung zu. Insbesondere der Verband der Deutschen Presse hatte sich an einer «Ausbildungsstelle» für Redakteure im Berliner Raum eingesetzt und Paul Ufermann brachte den Ex-Sozialdemokraten und SED-Mitglied Rudolf Mund-Heller ins Gespräch. Diese Lösung scheint vom Verband schon länger vorbereitet worden zu sein, womit sich auch der scheinbare Kurswechsel von Rektor Stroux erklären liesse. Während nämlich noch Anfang 1946 Stroux zu den Befürwortern des Instituts zu rechnen ist (*periculum in mora*), musste Anfang 1947 Ufermann Stroux gegenüber damit drohen, das Institut in eigener Regie zu führen.

Da bei der Prüfung der Frage, ob die Universität ein solches Institut schaffen könne, die Personalfrage, wer es leiten könnte, im Vordergrund stand, veranlasste Herr Ufermann eine Besprechung zwischen dem Rektor und Herrn Dr. Mund-Heller aus der Redaktion des Vorwärts. Das eingehende Gespräch hinterliess bei mir den Eindruck, dass Herr Dr. Mund-Heller nach seinem Bildungsgang und nach seinen bisherigen Beschäftigungen wohl gute Grundlagen für einen solchen Auftrag bieten würde. [...] Er hat zwar nicht Zeitungswissenschaft, aber Philosophie, Deutsch, Geschichte und Volkswirtschaft studiert, also den Kreis von Fächern, der für die Zeitungswissenschaft als Grundlage dienen kann. Seine zeitungswissenschaftliche Ausbildung erhielt er durch die Stellungen, die er eingenommen hat. [...] Herr Mund-Heller machte bei dem Gespräch den Eindruck einer bewussten und charaktervollen Persönlichkeit. Es entsteht bei einem Gespräch mit ihm die Fühlung nicht nach dem ersten Augenblick, aber sie

⁸⁰ Vertrag zwischen der Universität Berlin und dem Magistrat der Stadt Berlin, Entwurf [undatiert], Anlage zu Zentralverwaltung für Volksbildung der SEZ an Rektor Stroux, Schreiben vom 13.6.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸¹ Dovifat an Klutentreter. Schreiben vom 12.7.1946. In: NI Klutentreter. IFZDo. 88/124-2 [unfoliiert].

⁸² Magistrat an Rektor Stroux, Schreiben vom 2.7.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸³ Verband der Deutschen Presse an Zentralverwaltung für Volksbildung, Schreiben vom 28.6.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸⁴ vgl. Benedikt, *Emil Dovifat*, 184.

*vertieft sich immer mehr zu seinen Gunsten. Er schien mir am Ende der Unterhaltung durchaus wert, dass man den Versuch mit einer Beauftragung seiner Person machen sollte.*⁸⁵

Ende März wurden Mund-Heller die Lehraufträge erteilt. Zur gleichen Zeit beantragte Mund-Heller: «Ich bitte die Universität Berlin, die Genehmigung für die Rückführung der im Ermerlerhaus und im Dorf Lynow bei Baruth untergebrachten Bestände des ehemaligen Instituts für Zeitungswissenschaft zu erwirken.»⁸⁶ An eine Wiedererrichtung des Instituts dachte die Zentralverwaltung für Volksbildung im Sommer 1947 aber nicht. Prorektor Dersch hatte bei Präsident Rompe nachgefragt und keine Antwort erhalten.⁸⁷

Im Sommersemester 1947 nahm der an Multipler Sklerose erkrankte Mund-Heller den Seminarbetrieb nicht mehr auf. Dovifat war zwar schon seit dem 31. März 1947 aus der Universität ausgeschieden und seine Bezüge wurden eingestellt.⁸⁸ Dennoch konnte er sich nochmals Hoffnung machen. Im Mai 1948 schien er sogar kurz vor seiner Wiedereinsetzung zu stehen. Voraussetzung sei, dass «die Fakultät sich dahingehend aussprache».⁸⁹ Dieses letzte irreführende Signal brauchte Emil Dovifat nicht mehr zu beachten. Inzwischen hatte die Blockade begonnen und die Freie Universität befand sich in Gründung; am 24. Juli öffnete sie die Anmeldung für die Studenten, seit dem Oktober engagierte sich auch Dovifat für die FU.⁹⁰ Am 13. November desselben Jahres wurde er an die Universität berufen, im Dezember 1949 wurde rückwirkend zum 1. April die Professur in ein Ordinariat umgewandelt.⁹¹

Während Emil Dovifat ähnlich Karl d'Estes vor dem Problem stand, wie er sein Amt wiedererlangen sollte, lagen bei Walter Hagemann die Verhältnisse anders. In München hatte er 1945 zu den Mitbegründern der CSU gehört und zwischen dem 1. Oktober 1945 und dem 31. April 1946 als Journalist der amerikanischen Zonenzeitung *Neue Zeitung* gearbeitet.⁹² Sein Versuch, Lizenzträger zu werden, war 1945 gescheitert – Hagemann machte dafür den späteren Lizenzträger der Süddeutschen Zeitung, Franz Josef Schöningh, verantwortlich.⁹³ Schon Ende August 1945 nahm er Kontakt mit Prälat Georg Schreiber auf, ein seit der Weimarer Republik in Kreisen des politischen Katholizismus einflussreicher Theologe und erster Nachkriegsrektor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.⁹⁴ Hagemann schrieb, er fühle sich imstande, «eine der zahlreichen Lücken» zu schliessen, die die Belastungen durch den Nationalsozialismus, welcher dem «Sektor der politischen Wissenschaften (...) besonders strenge personelle und sachliche Richtlinien» auferlegt habe, gerissen hatten.⁹⁵ Die Kontaktaufnahme zu Schreiber zahlte sich aus, denn dieser befürwortete Hagemann wärmstens und verhinderte

⁸⁵ Rektor Stroux an Zentralverwaltung für Volksbildung, Schreiben vom 8.1.1947. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]. Zu Mund-Heller vgl. Personalfragebogen vom 1.3.1947. In: ebda. Mund-Heller gab an, seit dem 1.5.36 CVD des *Vorwärts* zu sein. Zudem sei er nach 1945 zunächst Mitglied der SPD, «dann SED» gewesen.

⁸⁶ Mund-Heller an Universität Berlin, Schreiben vom 24.3.1947. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸⁷ Universität Berlin, Aktenvermerk vom 5.6.1947, UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]. ⁸⁸ Dekan an Verwaltungsdirektor [Humboldt-JUniversität, Schreiben vom 1.4.1947. In: UA Humboldt (PA Dovifat), D 215, Bd. 1, Bl. 93.

⁸⁹ Dekan der juristischen Fakultät Peters [?] an Dekan der Philosophischen Fakultät Hartung, Schreiben vom 28.5.1948. In: UA Humboldt (PA Dovifat), D 215, Bd. 2, Bl. 119.

⁹⁰ vgl. Tent, *Freie Universität Berlin*, 157; Kübler, *Emil Dovifat und das Institut für Publizistik*, 334 f.

⁹¹ Kuratorium der FU Berlin an Dovifat, Schreiben vom 5.12.1949. In: LA Berlin, B Rep 014, Nr. 1091.

⁹² Hagemann: Lebenslauf [undatiert]. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann). Hagemann: Lebenslauf II vom November 1947. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann).

⁹³ Hagemann an Dovifat, Schreiben vom 17.4.1953. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555.

⁹⁴ vgl. Uni Münster, Bescheinigung vom 21.3.1947. In: UA Münster, Nr. 4419 (PA Schreiber), Bl. 19.

⁹⁵ Hagemann an Schreiber, Schreiben vom 27.8.1945. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann).

zugleich mit einer geschickten Halbwahrheit d'Esters Avancen auf den Münsteraner Lehrstuhl: d'Ester, der sich für den Lehrstuhl interessiert habe, sei für die Besetzung ausgeschieden, «als ihm an der Universität München die Lehrtätigkeit wieder eröffnet wurde», schrieb er, als d'Ester sich noch in grossen Schwierigkeiten befand.⁹⁶

Auch diese Berufung ging nicht ohne den Vorwurf der nationalsozialistischen Kompromittierung vonstatten. So wie d'Ester in München angeschwärzt wurde, richtete sich auch gegen Hagemann eine durchsichtige Denunziation. Heinrich Bause, der in der NS-Zeit als Dozent in Münster tätig gewesen war,⁹⁷ hoffte auf seine eigene Wiedereinsetzung, indem er Hagemann des überzeugten Nationalsozialismus zieh: «Seit wann Dr. Hagemann der Partei angehörte, ist mir unbekannt. Als ich ihn 1939 zum ersten Male im Propagandaministerium sah, trug er jedenfalls das Parteiabzeichen.»⁹⁸ Für Hagemann stellte sich diese Denunziation später so dar, dass d'Ester den aktiven Part übernommen habe.⁹⁹ Das kann jedoch nach Hagemanns eigener Verteidigung auf Bauses Anwürfe nicht sein, in der er es so darstellte, dass d'Ester Bause ein Gefälligkeitsgutachten geschrieben habe.¹⁰⁰ Hagemanns Berufung wurde durch die Denunziation nicht verhindert. Hagemann, seit April 1946 hauptamtlich Presse- und Kulturdezernent der Münsteraner (Bezirks-)Regierung und seit dem 1. Juni Honorarprofessor für «Publizistik und neueste Geschichte», wurde im Juni 1948 zum Extraordinarius ernannt.¹⁰¹ Die Spätfolgen der Denunziation sollten noch bei der Nachfolge d'Esters eine Rolle spielen.

Auseinandersetzungen um das Erbe

Bei der Sicherung ihres Erbes verfolgten d'Ester, Dovifat und Hagemann unterschiedliche Strategien und setzten andere Prioritäten. Während Hagemann wegen der äusseren Umstände, die ihn schliesslich zur Flucht in die DDR zwangen, nicht an die Sicherung seines wissenschaftlichen Erbes denken konnte und es dennoch durch Henk Pranke bewahrt wurde, war Dovifats Trachten primär auf Wahrung der politischen Kontinuität gerichtet, wobei er allerdings zunächst Schiffbruch erlitt; erst recht spät, seit den achtziger Jahren, ist es zu einer gewissen Dovifat-Renaissance gekommen.

Allein d'Ester hatte eine klare Vorstellung von der Bewahrung des wissenschaftlichen Erbes. Und auf den ersten Blick schien er damit auch Erfolg zu haben, weil er auf zwei Gebieten recht erfolgreich sein eigener Nachlassverwalter wurde: Ihm gelang die Steuerung der Nachfolge im eigenen Sinne, und er platzierte mit Überlegung seine Sammlung.

Mit Wirkung zum 1. April 1952 wurde d'Ester emeritiert, vertrat sich aber zunächst selbst.¹⁰² Schon 1952 schlug er Hanns Braun zum Nachfolger vor, der dann zum Wintersemester 1954/55 die Professur antrat.¹⁰³ Die Auseinandersetzung um die Wiederbesetzung kann hier aus Platzgründen nur in groben Strichen nachgezeichnet werden. Auch Hagemann hatte sich in München beworben. Er war sogar im Kultusministerium favorisiert worden – wegen seiner

⁹⁶ Schreiber an Kurator Uni Münster, Schreiben vom 21.11.1946. In: UA Münster, Nr. 12567 (PA Hagemann), Bd. 1, Bl. 47; vgl. Pasquay (1986: 251 f.).

⁹⁷ vgl. Bettina Maoro: *Die Zeitungswissenschaft in Westfalen 1914–1945. Das «Institut für Publizistik» in Münster und das «Institut für Zeitungsforschung» in Dortmund.* (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 43). München, New York, London, Paris 1987.

⁹⁸ Heinz Bause an MinKult NRW, Schreiben vom 22.10.1947. In: UA Münster, Nr. 587 (PA Hagemann).

⁹⁹ Hagemann an Dovifat, Schreiben vom 17.4.1953. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555.

¹⁰⁰ Hagemann an Rektor Uni Münster, Schreiben vom 9.3.1948. In: UA Münster, Nr. 587 (PA Hagemann); vgl. Dovifat an Hagemann, Schreiben vom 2.3.1948. In: ebd; vgl. Pasquay, *Zwischen Tradition und Neubeginn*, 254 f.

¹⁰¹ MinKult NRW an Hagemann, Schreiben vom 14.2.1948 und Schreiben vom 26.6.1948. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann); anders datiert Pasquay, *Zwischen Tradition und Neubeginn*, 255.

¹⁰² BayrStMinKult an Rektor, Schreiben vom 31.3.1952. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 205.

¹⁰³ d'Ester an Rektor Michael Schmaus, Schreiben vom 15.5.1952. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 210. [kopiert]; vgl. Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1955, 49.

fachlichen Eignung, sicherlich aber auch aus politischen Gründen. Energischer Widerstand bewog das Ministerium jedoch, den Plan fallen zu lassen. Diese Ablehnung hatte sich in einem scharfen Briefwechsel ausgedrückt, in dem sich Schöningh und Hagemann wechselseitig juristische Schritte androhten. Emil Dovifat, auf den Hagemann als Protégé setzte, war von Hagemann über dessen Schritte ins Bild gesetzt worden, hatte jedoch die Form der Auseinandersetzung abgelehnt. Darum sah sich Hagemann zu einigen erklärenden Zeilen genötigt, die nochmals ein bezeichnendes Bild auf die Verhältnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit werfen:

Sehr verehrter Herr Dovifat! Ich kann verstehen, dass Sie Form und Inhalt meiner Schreiben sehr scharf finden, da Ihnen die Vorgeschichte nicht bekannt ist. Ich habe in meinem Leben bisher 4 Prozesse geführt, alle 4 hängen mit Herrn d'Ester zusammen. 1946 je einen Prozess gegen Sachs und Dr. Bause, hinter denen d'Ester stand, 1952 je einen Prozess gegen Dr. Lunke und Neumann-Allensbach, hinter denen d'Ester stand. Ich werde wohl den 5. gegen Schöningh führen müssen, hinter dem gleichfalls d'Ester steht. Schon vor Monaten hörte ich von meinen Studenten, dass im Münchener ZW-Institut in alten Zeitungsbänden politisches Belastungsmaterial gegen mich gesammelt wurde. Im gleichen Institut wurde das Material gegen H. A. Münster und Josef März zusammengetragen. [...] Auch das Kapitel Schöningh ist bereits nahezu 8 Jahre alt, er hat mir im Juni 1945 meine Lizenz für den Süddeutschen Verlag zerschlagen und sie sich selbst gesichert, und zwar mit Hilfe einer Kette von politischen Denunziationen, die mir 1945/46 in München das Leben zur Hölle gemacht haben. [...] Schöningh gehörte mindestens seit damals zu einer linksstehenden Clique, in der jeweils entweder Herr Friedmann oder Herr Dr. Hupka (Bayrischer Rundfunk) in Aktion tritt, wenn jemand abgeschossen werden soll. Vor dieser .roten Kapelle' zittern in Bayern sogar Minister und Parteiführer!¹⁰⁴

Hagemanns Konfrontationskurs hatte ihm in München jedoch geschadet. Das Kultusministerium sah von seinen Berufsplänen eben wegen der scharfen Frontstellung ab:

Dekan Koschmieder und Professor d'Ester äusserten sehr erhebliche Bedenken gegen Prof. Hagemann. Auch Dr. Schoeningh von der Südd. Zeitung erklärte mir, dass die gesamte Münchner Presse für Hanns Braun sei, welcher an der Spitze der Liste stehen wird. Hagemann wird von der Südd. Zeitung völlig abgelehnt. Unter diesen Umständen wird sich wohl die Absicht, Herrn Hagemann nach München zu berufen, nicht verwirklichen lassen.¹⁰⁵

D'Ester konnte also zunächst davon ausgehen, dass das Münchner Institut in seinem Sinne weitergeführt werden würde. Doch schon bald traten Spannungen mit seinem Nachfolger auf, die ihren Ausgangspunkt in einer Kündigung nahmen. Eine Aktennotiz der Münchner Universität notiert hierzu:

Am Zeitungswissenschaftlichen Institut war als Schreibkraft eine Adoptivtochter Prof. d'Esters [Gertrud Schnippe-(d'Ester)] beschäftigt, der er nach einigen Monaten habe kündigen müssen, da sie sich in keiner Weise bewährt hatte. Da die Adoptiv-

¹⁰⁴ Hagemann, an Dovifat, Schreiben vom 17.4.1953. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555; vgl. Hagemann, an Dovifat, Schreiben vom 11.4.1953. In: ebd.; vgl. Briefwechsel Schöningh-Hagemann 1953. In: HStA München, MK 69717 (Kultusministerium).

¹⁰⁵ Aktennotiz BayrStMinKult vom 12.1.1953. In: HStA München, MK 69717 (Kultusministerium), [unfoliiert], Braun stand dann auf Platz 2. Platz 1: Hans Jessen, Platz 3: Wilhelm Klutentreter; vgl. Berufsliste Nachfolge d'Ester vom 16.2.1953. In: ebd.

tochter ihren früheren Namen führte, habe er [Braun] erst nach erfolgter Kündigung von dem Adoptivverhältnis zu Prof. d'Ester erfahren. Prof. d'Ester habe ihm die Kündigung sehr verübelt, weshalb das Verhältnis nunmehr etwas gespannt sei und er wegen des Ankaufs der Bibliothek über seinen Assistenten, der schon zu Zeiten von Prof. d'Ester am Institut war, verhandeln müsse. Weitere Spannungen hätten sich dadurch ergeben, dass Professor d'Ester trotz seiner Emeritierung eine unerhört hohe Zahl von Doktoranden angenommen bzw. weiterbetreut habe. Nach der Kartei des Instituts handelt es sich um 79 Doktoranden. Die Absichten Prof. Brauns, der entsprechend dem Wunsch der Fakultät die bisherige ‚Doktorfabrik‘ einschränken wollte und deshalb zahlreiche Bewerber abwies, werden durch dies Verhalten Prof. d'Esters unmöglich gemacht.¹⁰⁶

Weitere Spannungen ergaben sich aus dem Verbleib der «Sammlung d'Ester». Wie Dovifat nach 1945, so sah d'Ester nach seiner Emeritierung die Bibliothek und das weitere Schicksal des Instituts in einem engen Zusammenhang.¹⁰⁷ 1955 wollte er erfahren haben, dass sein Nachfolger Braun kein Interesse an seinen Sammlungen zeige.¹⁰⁸ Darüber hinaus setzte d'Ester die Sammlung als Druckmittel ein, das Institut in seinem Sinne weiterzuentwickeln: «Falls die Universität das Institut nicht ausbauen will, werde ich Angebote von auswärts annehmen.»¹⁰⁹

An den Erwerb der Sammlung knüpfte d'Ester einige Bedingungen, die sein Wissenschaftsverständnis beleuchten und zudem Hinweise auf die Spannungen zwischen ihm und seinem Nachfolger geben. So forderte er unter anderem, dass die Sammlung «für alle Zeiten» unter dem Namen bestehen bleibe; ausserdem müsse die Sammlung «für alle Zeiten einem Lehrstuhl bzw. Institut für Zeitungswissenschaft angegliedert bleiben] und nicht Bestandteil eines Lehrstuhls oder Instituts für die Wissenschaft von den publizistischen Führungsmitteln» werden – letzteres war gegen die von Hagemann und Dovifat vertretene Linie gerichtet.¹¹⁰

Hanns Braun sprach sich gegen die geforderte Sonderaufstellung aus und meinte zu der geforderten wissenschaftspolitischen Festlegung: Sie

betrifft allein die Fakultät bzw. das Kultusministerium. Die Beantwortung hängt von der Entscheidung darüber ab, ob ‚Zeitung‘ (ohne Rücksicht auf ihre Darstellungsform) als geistiges Phänomen erfasst und demgemäss im Rahmen einer geisteswissenschaftlichen Disziplin in der philosophischen Fakultät (mit dem primären Ziel der allgemeinen geistigen Bildung) etabliert bleibt oder ob in Zukunft andere als die geisteswissenschaftliche Erfassung der realen Zeitung und anderer publizistischer Medien bestimmen sollen.¹¹¹

Die Zeitungswissenschaft in München wurde also schon von dem unmittelbaren Nachfolger infrage gestellt.

Die endgültige vertragliche Lösung berührte eine ökonomische und eine ideelle Seite. Die 30.000 DM, für die die Universität 1957 die Bibliothek d'Esters erwarb, entsprachen in etwa seinem Aufwand in RM ohne Wertzuwachs. Der Verkauf unter Wert kam einer indirekten Fi-

¹⁰⁶ Aktennotiz undatiert (vor dem 19.7.1955). In: HStA München, MK 69030 (Kultusministerium), [unfoliiert].

¹⁰⁷ d'Ester an Rektor Michael Schmaus, Schreiben vom 15.5.1952. Il: UA München, E-Il-1263, (PA d'Ester), Bl. 210. [kopiert]

¹⁰⁸ d'Ester an Dekan Basler, Schreiben vom 17.10.1957. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]; vgl. BavrStMinKult an Rektor. Schreiben vom 6.5.1955. In: UA München, E-Il-1263, (PA d'Ester), Bl. 223. [kopiert]

¹⁰⁹ d'Ester an Dekan Otto Basler, Schreiben vom 21.11.1955. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]. Starkulla stellte die Aufstellungen zum endgültigen Vertragsabschluss zusammen. Vgl. Starkulla an Prodekan, Schreiben vom 7.5.1957. In: ebda.

¹¹⁰ d'Ester an BavrStMinKult, Schreiben vom 15.11.1955. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert].

¹¹¹ Braun an Dekanat Phil. Fak., Schreiben vom 5.12.1955. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert].

nanzierung der Ordnungs- und Übernahmekosten durch d'Ester selbst gleich. Daneben aber hatte er die ihm wichtige wirtschaftliche Absicherung seiner Adoptivtochter erreicht. Ideell konnte d'Ester die dauerhafte Verbindung der Sammlung mit seinem Namen durchsetzen. Die Kopplung der Sammlung an die wissenschaftliche Ausrichtung des Instituts hingegen gelang ihm nicht.»¹¹²

Auch in der Nachfolge von Dovifat und Hagemann traten nochmals all jene Spannungen zutage, die die frühe Publizistikwissenschaft nach 1945 auszeichneten. Die Querelen zwischen Dovifat und seinem designierten Nachfolger Fritz Eberhard sind wiederholt beschrieben worden.¹¹³ Auch der Fall Hagemann ist genügend abgehandelt worden. Letztlich spielte in beiden Fällen das politische Moment eine ausschlaggebende Rolle. Dem christlich-konservativen Dovifat war der Sozialdemokrat Eberhard suspekt und sein Vertrauen in Hagemann schwand, als dieser zum Anti-Atomaktivisten mutierte.

In welchem Ausmass Hagemann dabei fremdbestimmt und ferngesteuert nach seiner Weltreise und dem Hiroshimabesuch auftrat und in welchem Umfang er zum Spielball der Ost-West-Propaganda des Kalten Krieges wurde, ist dabei kein wissenschaftsgeschichtlich relevantes Thema. Bisweilen wird sogar heute noch der Verdacht geäußert, Hagemann seien dabei Fallen gestellt worden. Diese Vorgänge locken jedoch auf immer noch juristisch glattes Eis, und der Autor wird sich hüten, Stellung zu Vorgängen zu beziehen, die sich nicht mehr klären lassen und deren Klärung ihm durch das Kultusministerium von NRW unmöglich gemacht wurde, indem es ihm auferlegte, auf die «Identifizierung der betroffenen Personen» zu verzichten.¹¹⁴ Anhand der Universitätsakten Münster liesse sich diese unhaltbare Verpflichtung zumindest theoretisch leicht umgehen. Allerdings ergibt sich aus den Akten nur ein detaillierter Blick in die prüden fünfziger und sechziger Jahre, die zurzeit überwunden scheinen. Hinzu kommen detaillierte politische Anschuldigungen, die vor allem damit zusammenhängen, dass Hagemann sich am 18. Oktober 1958 vor dem Nationalrat der DDR politisch geäußert hatte. Hagemann litt dabei sicherlich an politischer Selbstüberschätzung, die er dem Rektor der Universität als «einmaligen Versuch eines politischen Aussenseiters, endlich das Gespräch zwischen Bonn und Ost-Berlin in Gang zu bringen», erläuterte.¹¹⁵ Ausserdem scheint er nicht gesehen zu haben – oder vor seinem politischen Anliegen erschien ihm dies als unwichtig –, dass seine Auftritte von der DDR-Propaganda instrumentalisiert wurden. Immerhin aber hielt ihm die Universität noch im Mai 1959 die Treue, obwohl er schon im April des Vorjahres vorläufig des Dienstes entlassen worden war. Das LVG Münster erkannte dann am 1. Dezember 1959 auf Dienstentfernung, ein Urteil, das das OVG im Mai 1963 bestätigte.¹¹⁶

Statt hier in die Details zu gehen, sei dieser Abschnitt mit der Frage beschlossen, wann zwischen den langjährigen Kombattanten Dovifat und Hagemann das Tischtuch zerschnitten wurde. Für Dovifat scheint der letzte Faden zerrissen zu sein, nachdem ein dramatischer Appell bei Hagemann nicht verfangen hatte. Im Mai 1958 schrieb er einen langen, handschriftlichen Brief, der sich in mehreren Entwürfen im Nachlass Dovifat findet:

¹¹² Vertrag vom 4.8.1957. In: UA München, 0-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]. Undatiert ebenfalls in: UA München, E-11-1263, (PA d'Ester). Bl. 231-234; vgl. d'Ester an Dekanat Uni München, Schreiben vom 14.1.1946. In: UA München, 0-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]; vgl. Gutachten Basler über die Erhaltung der Privatsammlung Karl d'Ester vom 27.2.1956. In: HSTA München, MK 69030 (Kultusministerium), [unfoliiert], auch in: UA München, 0-N-14, (PA d'Ester), (unfoliiert); vgl. d'Ester an Dekan Otto Basler, Schreiben vom 26.4.1956. In: UA München, 0-N14, (PA d'Ester), [unfoliiert].

¹¹³ vgl. zuletzt Kübler, *Emil Dovifat und das Institut für Publizistik*.

¹¹⁴ Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW an Rudolf Stöber, Schreiben vom 27.1.1999.

¹¹⁵ Hagemann an Dekan Phil. Fak Münster, Schreiben vom 24.10.1958. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann).

¹¹⁶ LVG Münster, Beschluss des Disziplinarverfahrens gegen Hagemann vom 1.12.1959. In: UA Münster, Nr. 12567 (PA Hagemann). Bd. 3. OVG Münster, Beschluss des Disziplinarverfahrens gegen Hagemann vom 9.5.1963. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann); vgl. Rektor Uni Münster an Kurator Uni Münster, Schreiben vom 14.5.1959. In: UA Münster, Nr. 12567 (PA Hagemann), Bd. 3.

Lieber Herr Hagemann! Bitte erlauben Sie mir diese Anrede, die nach mehr als dreissigjährigen kollegial-freundschaftlicher Zusammenarbeit wohl berechtigt ist. Es ist Ihr unbestreitbares Recht, Ihre Überzeugung zu vertreten und einen Gesinnungswandel vorzunehmen. Ein Lehrer der Publizistik wäre der letzte, der das nicht im vollem Umfange anerkennt. Was mich aber mit Trauer und Ratlosigkeit erfüllt, ist die agitatorisch verletzende Form, mit der Sie Ihre Überzeugungen vortragen und zulassen, dass sie in der Sowjetzone als ein Mittel propagandistischer Peinigung gegen die verwandt wird, die im politischen und religiösen Glauben für die Freiheit eintreten.

Der Brief schliesst:

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass Ihre gegenwärtige Überzeugung sich als ebenso unrichtig erweist, wie Ihre mir während des Krieges zu Anfang mit Begeisterung vorgetragene Meinung: Hitler wird der Sieger sein! – Da ich sehr um Sie und um die Sache ringe, erlauben Sie mir bitte diese persönliche Stellungnahme. Ich schreibe mit der Hand, da dieser Brief nur für Sie ganz vertraulich sein soll. Der Brief bedarf keiner Erwiderung. Ich hoffe, dass Ihnen bald die Gnade der Erkenntnis oder doch sachlichen Kampfformen werde. Dies schreibe ich in grosser Sorge und mit der Bitte, von meiner ehrlichen Gesinnung überzeugt zu sein, Ihr Dovifat.¹¹⁷

Was an diesem Brief echte Bemühung, was moralische Selbstexkulpierung war, entzieht sich der Bewertungsmöglichkeit. Der Angriff auf den Hitler-Anhänger und der Verzicht auf eine Entgegnung sowie die persönliche, handschriftliche Form und die beschwörenden Passagen machen den Brief zu einem ambivalenten Dokument. Auf ihn konnte Hagemann wohl letztlich nur so reagieren, wie Dovifat es im Briefschluss ihm nahelegte – gar nicht. Die direkte Entgegnung fehlt darum. Damit aber dürfte für Dovifat die letzte Brücke zu Hagemann abgebrochen sein.

Hagemann brach die Kontakte erst ab, als Dovifat die Konsequenz aus dem zerrütteten Verhältnis zog und politisch seine Absetzung zu betreiben begann. Ende 1958 schrieb Hagemann einen sehr scharfen Brief an Dovifat, in dem er ihm ein denunziatorisches und intrigantes Schreiben an den stellvertretenden Bundespressechef Werner Krüger, «in das mir Herr Professor Haacke Einblick gewährte», vorwarf: «Ich breche alle weiteren Beziehungen zu Ihnen ab und behalte mir vor, die Gründe dafür denen mitzuteilen, die Sie mit dieser Angelegenheit befasst haben oder noch befassen werden.» Schliesslich warf er Dovifat noch «Leichenfledderei» der Person Hagemann vor – ein Wort, das die Verzweiflung seiner damaligen Situation aufscheinen lässt.¹¹⁸ 1959 wurde Walter Hagemann erst suspendiert, dann entlassen, 1961 suchte er in der DDR um politisches Asyl nach, dort verstarb er 1964. Emil Dovifat starb 1969, Karl d'Ester war schon 1960 verstorben.

Bleibende Leistungen

Was bleibt? Die Probleme der Wiederbegründung der Institute sind längst vergessen und für die heutige Publizistik- und Kommunikationswissenschaft nur noch von geringer Relevanz. Die Wissenschaft hat sich längst aus dem tiefen Loch, in das sie die nationalsozialistische Verstrickung gestürzt hatte, befreit. Nur gegenüber den Hochschullehrern der unmittelbaren Nachkriegszeit wird in sporadischen Abständen noch der Vorwurf der Mitläuferschaft

¹¹⁷ Dovifat an Hagemann, Schreiben vom 11.5.1958. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555.

¹¹⁸ Hagemann, an Dovifat, Schreiben vom 3.12.1958. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555; vgl. Dovifat an Hagemann, undatierter Briefentwurf. In: ebda. [abgeschickt am 30.12.1958.]; vgl. Hagemann, an Dovifat, Schreiben vom 2.1.1959. In: ebda.

geäußert. Dabei zeigt gerade das Beispiel d'Ester, wie sich selbst Gegner des Nationalsozialismus kompromittieren konnten und wie lange die Verdächtigungen nachwirkten. Die politischen Ansichten der drei Professoren gingen lange Jahre weitgehend konform. Umso mehr muss aus heutiger Sicht verwundern, wie schnell sie dabei waren, die Vorkommnisse der Vergangenheit aktuell zu instrumentalisieren. Zwar ist verständlich, dass d'Ester die Dovifatsche und Hagemannsche Publizistik suspekt war, weil sie einem anderen Wissenschaftsverständnis das Tor öffnete. Doch die Publizistik war a priori genauso wenig eine nationalsozialistische Wissenschaft wie die antisemitischen Anwendungen von Richard Wagner den künstlerischen Wert seiner Musik berühren.

Auch Hagemanns Verdächtigungen in Richtung d'Ester und die Mutmassungen, jener habe von Anbeginn hinter all seinen Schwierigkeiten nach 1945 gesteckt, sind verständlich, aber darum nicht unbedingt wahr. Zumindest im Fall von Bause wurde d'Ester eher benutzt, denn dass er aktiv die Denunziation betrieben hätte.

Inwieweit und bis zu welchem Ausmass nun Dovifat in die Dienstentfernung Hagemanns involviert war, lässt sich ebenfalls nicht mehr abschätzen. Dass Hagemann in diesem Fall politisch übel mitgespielt wurde, scheint festzustehen. Ob dahinter auch die neuen politischen Freunde standen und Hagemann ein leicht zu beeinflussendes Blatt im Winde war, kann nicht erörtert werden. Doch der Fall Hagemann ist ad acta gelegt – wenngleich die übervorsichtige Archivpolitik des Kultusministeriums von NRW zeigt, dass hier immer noch zu zerschlagendes Porzellan vermutet wird. Die Wissenschaftsgeschichte ist über den Fall hinweggegangen.

Längst wird wieder an vielen Universitäten Publizistik und Anverwandtes gelehrt. Von «Zeitungswissenschaft» ist kaum noch die Rede, nur Karl d'Esters altes Institut führt die Bezeichnung noch im Untertitel. Von den drei Protagonisten besitzt heute vermutlich Hagemann die grösste Reputation, zumindest dürfte sein Œuvre – allen voran die «Publizistik im Dritten Reich» – am häufigsten zitiert werden. Von Dovifats akademischer Hinterlassenschaft steht das monumentale «Handbuch» in den Regalen der meisten kommunikationswissenschaftlichen Institute, vermutlich ohne dass ihm noch viel Aufmerksamkeit zuteil wird – ein Schicksal, dass das Handbuch unverdientermassen mit Groths «Unerkannter Kulturmacht» teilt. Von d'Esters akademischen Leistungen wird mutmasslich am häufigsten auf seine Darstellung «Die Presse und ihre Leute» verwiesen. Vergessen ist sein «Zeitungswesen», ohne sich jedoch gross von der Dovifatschen «Zeitungslehre» abzuheben. Auch Hagemanns «Grundzüge der Publizistik» erscheint gegenüber diesen beiden Handreichungen nur als modernisierte Version, die heute ebenfalls überwiegend aus wissenschaftshistorischen Gründen von Interesse sein dürfte.

Schulen haben die drei Wissenschaftler in verschiedenem Masse gebildet. Die vielen Dovifatschüler, die in wichtige Positionen gelangt sind, haben viel zu seinem Nachruhm beigetragen. Eine wissenschaftliche Schule hat er damit nicht begründet. Seine wichtigste Doktorandin, Elisabeth Noelle, hat sogar den entgegengesetzten wissenschaftlichen Weg eingeschlagen. Hagemanns wissenschaftliche Schule erlitt sicherlich durch Günter Kieslichs frühen Tod einen schweren Verlust, doch durch Henk Prakkes Fortführung des funktionalistischen Ansatzes ist der Münsteraner Ansatz immer noch in der Wissenschaft präsent – wenngleich nur noch eingeschränkt in Münster selbst. In ähnlicher Form, ohne aber auf ähnliche Akzeptanz zu stossen, ist das wissenschaftliche Vermächtnis von d'Ester in München weiterentwickelt und gepflegt worden. Die Masse seiner Doktoranden hat hingegen keine Schule gebildet. Sein unverkennbares Bemühen, den Studenten zu einem Abschluss zu verhelfen, den sie anders als über eine Promotion nicht erwerben konnten,¹¹⁹ ist zudem häufig missverstanden worden und die «Doktorfabrik» hat sicherlich der Reputation des Fachs mehr geschadet als genützt, obwohl

¹¹⁹ Anzahl der Promotionen, Auflistung vom 15.1.1953. In: NI d'Ester, IFZDo, d'EN 75 5. Bl. 86. Zur Frage eines Diplomexamens. In: ebd., Bl. 90-92.

sich spannende Arbeiten unter den betreuten Dissertationen befinden. Seine Haupttätigkeit, das archivalische Sammeln und Sichten von wichtigen Zeugnissen der Frühzeit der Publizistik, hat trotz der Kriegsverluste zwar eine beeindruckende Sammlung hinterlassen. Deren Wert ist aber durch die Aufteilung auf Dortmund und München geschmälert.

Und dennoch lohnt es, der Hermeneutik, die Dovifat, d'Ester und Hagemann methodisch betrieben, noch einen Gedanken zuzuwenden. Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaften haben in den letzten Jahrzehnten durch ihre Akzentverschiebung weg von der Kulturwissenschaft hin zu der Sozialwissenschaft sich nicht nur neue Themen erschlossen, sondern auch alte aufgegeben. Insbesondere die sträfliche Vernachlässigung kommunikationshistorischer Aspekte ist ein Verlust – allerdings kein irreparabler. Die hermeneutische Methode erschöpft sich nicht darin, wie ihr fälschlich von manchem Befürworter der quantitativen Methode vorgeworfen wird, nur im Steinbruch der Geschichte Angenehmes und die eigene Argumentation Stützendes zu sammeln. Die zumindest teilweise Rückbesinnung auf die hermeneutisch-quellenkritische Methode ist nötig und wichtig, nicht nur, aber auch, weil sich nur durch quellenkritisches Vorgehen die Geschichte der eigenen Disziplin aus dem Gestrüpp von vereinfachenden Vorurteilen befreien lässt. Vor allem aber ist sie notwendig, weil sie Recherchefähigkeit voraussetzt – und damit eine spezifische journalistische Tugend ausbildet –, weil sie eigene Einsichtnahme voraussetzt, die sich nicht delegieren lässt, weil sie zur Argumentation in Rede und Gegenrede erzieht, weil sie das Sprachgefühl entwickelt und weil sie zur Synthese zwingt, statt sich in Deskription und Analyse einzelner Details zu erschöpfen.

Zusammenfassung

Die Zeitungs- und Publizistikwissenschaft hatte im «Dritten Reich» den nationalsozialistischen Machthabern willfährig gedient. Die jüngere, allzu stark kompromittierte Wissenschaftlergeneration konnte – sofern sie den Krieg überlebt hatte – nach 1945 ihre Karriere nicht fortsetzen. So begann der Neuanfang mit drei Wissenschaftlern, die sich 1933-1945 als mehr oder minder «angepasste Aussenseiter» durchgeschlagen hatten. Dabei mussten Emil Dovifat und Karl d'Ester Jahre um ihre politische Rehabilitation kämpfen. Der Aufsatz zeichnet nach, wie ihnen dies gelang. Walter Hagemann hingegen konnte, da er 1933-1945 kaum wissenschaftlich gearbeitet hatte, rasch Karriere machen. Doch knapp 15 Jahre später verlor er aufgrund einer Verknüpfung politischer, wissenschaftspolitischer und privater Umstände seine Professur und floh wenig später in die DDR. Die wechselnden Koalitionen zwischen den drei Protagonisten zeigen ein zutiefst zerrissenes, kleines Fach, das sich zunächst nur mühsam im akademischen Betrieb behaupten konnte. Die wissenschaftlichen Leistungen der drei Protagonisten der unmittelbaren Nachkriegszeit haben sich ihre Einflüsse auf die Publizistikwissenschaft bis heute bewahrt – wenngleich in sehr verschiedenem Ausmass.

Abkürzungen

BayrStMinKult	Bayerisches Staatsministerium für Kultur und Wissenschaft
CvD	Chef vom Dienst
DWD	Deutscher wissenschaftlicher Dienst
FZ	Frankfurter Zeitung
GStA	Geheimes Staatsarchiv
GuVBI	Gesetz- und Verordnungs-Blatt
HStA	Hauptstaatsarchiv
IFZDo	Institut für Zeitungsforschung Dortmund
KNA	Katholische Nachrichtenagentur
LA	Landesarchiv
LVG	Landesverwaltungsgericht
MG	Military Government
MinKultNRW	Ministerium für Arbeit, soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrheinwestfalen
NI	Nachlass
OMG	Office of Military Government (US/ GB)
OVG	Oberverwaltungsgericht
PA	Personalakte
RMWiss	Reichsministerium für Wissenschaft
UA	Universitätsarchiv
VB	Völkischer Beobachter
ZVM	Zeitungswissenschaftliche Vereinigung München
ZW	Zeitungswissenschaft

Neuanfang mit brauner Lektüre

Studienbedingungen nach 1945 – ein Erfahrungsbericht*

Walter J. Schütz

Als «Zeitzeuge» über Studienerfahrungen in der Nachkriegszeit zu berichten, erfordert die Beschränkung auf Aspekte, die besonders in Erinnerung geblieben sind. So vorzugehen kann weder systematisch noch historisch-akribisch sein; schliesslich liegt die Studienzeit mehr als ein halbes Jahrhundert zurück. Eine gewisse Fokussierung erfolgt hier auf die zentralen Fragen: Ist beim Aufbau der Publizistikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg die Indoktrinierung der Zeitungswissenschaft im «Dritten Reich» weitgehend unbeachtet geblieben? Wie stark war die inhaltliche und personelle Kontinuität?

Kurz meine Chronik: Ich bin 1930 in Bochum geboren. Unmittelbar nach meinem Abitur (mit 18 Jahren) habe ich im Wintersemester 1949/50 an der Westfälischen Landesuniversität Münster – so hiess sie damals – ohne das bis dahin obligatorische «Steine klopfen» mit dem Studium begonnen, zunächst mit Publizistikwissenschaft als Neben-, erst später als Hauptfach. Nebenbei: In meinem ersten Semester gab es anfangs noch Lebensmittelkarten. Zwei Semester lang war ich der jüngste Student in Münster. 1953 wurde ich am Institut für Publizistik wissenschaftliche Hilfskraft und mit der Verwaltung der wissenschaftlichen Assistentenstelle beauftragt, die nach dem Weggang Wilmont Haackes vakant war und die ich mir mit Günter Kieslich teilte, bis er zwei Jahre später nach seiner Promotion die Assistenz ganz übernahm.¹ Unsere enge Zusammenarbeit und die gemeinsame Nutzung des Assistentenzimmers blieben bestehen, denn die Vorbereitungen, um die Zeitschrift unseres Faches, die *Publizistik*, zu gründen, liefen intensiv. Anfang 1956 erschien das erste Heft; 38 Jahrgänge habe ich – bis 1960 in Münster, dann bis Anfang 1994 in Bonn – redaktionell betreut. 1963 war ich Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Zeitungswissenschaft, 1968-1970 Vorstandsmitglied und bis 1991 auch ihr Schatzmeister. Sozusagen von Berufs wegen – und aus eigenem, bis heute nicht nachlassendem Interesse – konnte ich aus unterschiedlichen Perspektiven die Entwicklung unseres Faches über einen langen Zeitraum beobachten.

In der Festschrift für Hans Bohrmann habe ich im vorletzten Jahre mit grossem Vergnügen gelesen, was Kurt Koszyk über seine Studienzeit zunächst in Münster, dann in München veröffentlicht hatte.² Er hat im Semester vor mir das Studium dort begonnen, und wir sind im gleichen Sommersemester 1951 nach München gegangen. Ich kehrte ein Jahr später nach Münster zurück, Kurt Koszyk schloss sein Studium in München ab. Sein farbiger Bericht ist bis in

* Im Text meines Beitrages, für den die Vortragsform (Referat auf einer Tagung der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft am 18./19. Januar 2002 in Dortmund) beibehalten wurde, habe ich durchgängig angestrebt, meinen Kenntnisstand der vierziger und fünfziger Jahre festzuhalten. Mit den Anmerkungen verweise ich auf andere Autoren von Rückblicken auf die damalige Situation des Faches. Ausserdem werden die bibliographischen Angaben für die von mir erwähnten Bücher und wird – unabhängig von ihrem Erscheinungsdatum – weiterführende Literatur zu einzelnen Fachvertretern oder Sachverhalten genannt.

¹ vgl. Winfried B. Lerg: *Erinnerungen an Günter Kieslich] Assistent in Münster 1955-1959*. In: *Publizistik*, Jg. 17 (1972), H. 1, 9-13.

² vgl. Kurt Koszyk: *Unfrisierte Erinnerungen eines d'Ester-Schülers*. In: Otfried Jarren/Gerd G. Kopper/Gabriele Toepser-Ziegert (Hg.): *Zeitung. Medium mit Vergangenheit und Zukunft. Eine Bestandsaufnahme*. München 2000, 13-24.

Einzelheiten fast deckungsgleich mit dem, was auch mir von damals in Erinnerung geblieben ist. Und der Beitrag über die fortwährende Vergangenheit des Faches im bisher letzten *Aviso*³ war ebenfalls Anlass, seine Situation, wie sie sich mir damals darstellte, zu reflektieren.

Was hat mich seinerzeit bewogen, auch und zunächst nebenbei Publizistik zu studieren? Zunächst die Leidenschaft, Zeitungen zu konsumieren: Nach der gelenkten Presse des «Dritten Reiches» vom Herbst 1945 an Zeitungen, die zwar seltener als früher erschienen (zwei- bis dreimal wöchentlich) – aber nun eine ganz andere Sprache sprachen und in denen sich das Nebeneinander unterschiedlicher Titel auch in inhaltlicher Farbigkeit niederschlug. Dazu die gelegentliche Mitarbeit an der örtlichen niederbayerischen Lizenzzeitung (ich ging damals in Deggendorf zur Oberrealschule) und die Freude, wenn man auf dem knappen redaktionellen Raum eine Filmkritik unterbringen konnte.

Wichtig für die Entscheidungsfindung war dann die grosse Deutsche Presseausstellung, die kurz vor der Währungsreform 1948 in München stattfand. Es war übrigens die dritte der Nachkriegszeit nach Marl 1946 und Düsseldorf 1947; die Bedeutung der ‚Pressa‘ von 1928 in Köln für die Zeitungswissenschaft in Deutschland wurde auf dieser Tagung schon angesprochen. Schliesslich noch und besonders wichtig die Lektüre eines Buches: Beschreibung und Analyse der Lenkung und Gleichschaltung in der nationalsozialistischen Ära, das auch die Rolle der Medien in dieser Zeit behandelte. Das umfangreiche Werk, 1947 erschienen, hiess «Massenmensch und Massenwahn» – geschrieben von Thomas Aich mit offensichtlich hervorragenden Insiderkenntnissen.⁴ Was mir auffiel: Es fehlte die damals vorgeschriebene Wiederholung des Verfasser Namens mit Geburtsdatum im Impressum – das hätte zur Identifizierung des Autors führen können; erst Jahre danach erfuhr ich dann, dass sich hinter dem Namen Thomas Aich tatsächlich Dr. Wolfgang Höpker verbarg. Er war bei Kriegsende «Hauptschriftleiter» – wie es damals hiess – der *Münchner Neuesten Nachrichten* und später Redakteur von *Christ und Welt*.⁵

Die Frage nach einem meiner Studienfächer war damit geklärt. Doch wo studieren? Ich entschied mich für Münster aus rein praktischen Überlegungen: Ich bekam dort noch nachträglich wegen eines guten bayerischen Abiturzeugnisses vom Juli 1949 die begehrte Zulassung zum Studium, und Münster lag sozusagen vor der Tür, nachdem ich wieder nach Wattenscheid zurückgekehrt war. Ohnehin waren die Möglichkeiten, das Fach zu studieren, sehr begrenzt. Auf der 1. Umschlagseite der letzten Ausgabe der Zeitschrift *Zeitungswissenschaft vom Oktober 1944* sind 17 Einrichtungen im damaligen Reichsgebiet genannt, an denen Zeitungswissenschaft gelehrt wurde. Nach Kriegsende war davon nicht viel übriggeblieben bzw. neu entstanden. 1949 gab es an der Universität München das Institut für Zeitungswissenschaft mit personeller Identität (Karl d'Estes) und räumlicher Kontinuität. In Münster hatte das Institut für Publizistik zwar die gleichen Räume wie vorher das Institut für Zeitungswissenschaft, aber

³ Horst Pöttker: *Mitgemacht, weitergemacht, zugemacht. Zum NS-Erbe der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. In: *Aviso*. Nr. 28/Januar 2001,4-7.

⁴ Thomas Aich: *Massenmensch und Massenwahn. Zur Psychologie des Kollektivismus*. München 1947.

⁵ vgl. Peter Köpf: *Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegs-presse*. Berlin 1999, 71 f., 200.

⁶ vgl. Anja Pasquay: *Zwischen Tradition und Neubeginn. Walter Hagemann in Münster 1946-1959*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegele (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik. Biographisch-institutionelle Stationen der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M., 249-273; Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. (= Beiträge zur Medientheorie und Kommunikationsforschung 25). Berlin 1987,130-205 (Systematik und Konflikt: Walter Hagemann).

mit der Berufung Walter Hagemanns⁶ im Jahre 1946 einen neuen Anfang gesetzt. In Berlin schliesslich vertrat Emil Dovifat⁷ weiterhin das Fach, das jedoch an der Freien Universität neu entstanden war.

Die für Studierende der Publizistik relevante Literatur aus der Nachkriegszeit ist rasch aufgezählt. Bis 1949 waren es – neben der heute erstaunlich anmutenden Zahl von vier Pressekatalogen («Sperling», Stamms «Leitfaden», deGruyters «Lizenzenhandbuch» und dem in der Tradition der Berliner Pressehandbücher stehenden, nun aus Bielefeld kommenden «Handbuch Deutsche Presse 1947»)⁸ – nur fünf Titel, die alle Anlass waren, nach der Rolle der Zeitungswissenschaft im «Dritten Reich» zu fragen. Diese fünf Bücher mit insgesamt 1.644 Seiten habe ich hier mitgebracht. Sie sind keine «braune Literatur», auch wenn es wegen des schlechten Nachkriegspapiers so aussieht, sondern die Summe aller fachlichen Publikationen zwischen 1945 und 1949, die ich aus meinem Bücherschrank entnommen habe.⁹

Aichs Buch von 1947 erwähnte ich schon. Walter Hagemanns Werk «Grundzüge der Publizistik»¹⁰, ebenfalls von 1947, bedeutete damals Pflichtlektüre; es gehörte zu den ersten Büchern, die ich mir als Student kaufen musste. Hier ist nicht der Ort, auf seine Bedeutung einzugehen: Damals gab das in kürzester Zeit von Hagemann verfasste Buch dem Fach über Jahre hinweg eine theoretische Basis, die wir Studierenden vor allem als Abkehr von der alten Zeitungswissenschaft als «fröhlicher Wissenschaft»¹¹ verstanden.

Die Titel 3 und 4 sind im engen Zusammenhang zu sehen – nicht nur wegen des Erscheinungsjahres 1948. Ein Verlag Archiv und Kartei legte als «Gemeinschaftsarbeit des Verlages auf Grund authentischen Materials» «Presse in Fesseln» vor, eine «Schilderung des NS-Pressetrusts», so der Untertitel innen im Buch, auf dem Einband lautete der Untertitel «Das Zeitungsmonopol im Dritten Reich».¹² Sein ungenannter Autor war – auch das erfuhr man erst Jahre später – unter seinem Namen Fritz Schmidt während der von ihm akribisch und faktenreich beschriebenen Zeit in einer leitenden Funktion tätig gewesen. Das Buch war damit im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage im «Dritten

⁷ vgl. Hachmeister, *Theoretische Publizistik*, 79-129 (Publizistik als normative Elitetheorie: Emil Dovifat); Klaus-Ulrich Benedikt: *Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist.* (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte/Reihe B 42). Mainz 1986; Bernd Söseman (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk.* (= Beiträge zur Kommunikationsgeschichte 8). Berlin und New York 1998.

⁸ vgl. Willy Stamm (Hg.): *Der Leitfaden für Presse und Werbung 1947.* Essen 1947, seit 1949 jährlich; *Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage. Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage.* Berlin 1947; *Lizenzen-Handbuch deutscher Verlage.* Berlin 1949; Nordwestdeutscher Zeitungsverleger-Verein (Hg.): *Handbuch Deutsche Presse.* 1. Ausgabe. Bielefeld 1947, 2. Ausgabe. Bielefeld 1951; *Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adressbuch. Handbuch der deutschen Presse.* 62. Ausgabe 1947. Leipzig 1947.

⁹ Die Publikationstätigkeit des Faches setzte erst um 1951 ein. Auch im Jahre 1950 blieb mit fünf Titeln die Zahl der Neuerscheinungen gering. Hagemann veröffentlichte innerhalb von vier Jahren sein drittes Buch: Walter Hagemann: *Die Zeitung als Organismus. Ein Leitfaden.* (= Beiträge zur Publizistik 1). Heidelberg 1950. Der zweite Titel in dieser Reihe bot ebenfalls Anlass, sich mit der Fachgeschichte zu befassen. Zu Wilmont Haacke: *Julius Rodenberg und die Deutsche Rundschau. Eine Studie der Publizistik des deutschen Liberalismus (1870-1918).* (= Studien zur Publizistik 2). Heidelberg 1950 schrieb Hagemann das Geleitwort, in dem er das 1936 ausgesprochene Publikationsverbot dieser Berliner Dissertation Haackes ansprach. In seine neue Buchreihe *Presse und Welt* (München) nahm Karl d'Estér 1950 zwei von ihm betreute Dissertationen auf und publizierte selbst als Band 3 dort *Die papierene Macht. Kleine Pressekunde, geschrieben von Zeitgenossen.*

¹⁰ Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik.* Münster 1947, zweite überarbeitete und ergänzte Ausgabe: Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik. Als eine Einführung in die Lehre von der sozialen Kommunikation neu herausgegeben von Henk Pracke unter Mitarbeit von Winfried B. Lerg und Michael Schmolke.* (= dialog der gesellschaft 1). Münster 1966.

¹¹ Diese Charakterisierung des Münchener Studienangebotes war seinerzeit unter den Studierenden des Faches sehr verbreitet.

¹² [Fritz Schmidt]: *Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Gemeinschaftsarbeit des Verlages auf Grund authentischen Materials.* Berlin 1948.

Reich» sowohl Ergänzung als auch Erweiterung zu dem, was Walter Hagemann in seiner wohl besten Veröffentlichung «Publizistik im Dritten Reich»¹³ an Beschreibung und Analyse des Propagandaapparates seinen Lesern bot – gründlicher und zuverlässiger als bei Aich/Höpker. Seine Leser und eifrigen Nutzer: das waren auch und vor allem die Studierenden am Institut für Publizistik. Die «Publizistik im Dritten Reich» war in der Bibliothek ständig ausgeliehen und lange voraus vorgemerkt. Hagemanns Werk war mir einfach zu teuer, um es damals selbst zu kaufen; ich erinnere mich daran, das im Historischen Seminar vorhandene Exemplar vor und nach Lehrveranstaltungen dort häppchenweise gelesen zu haben.

Der Aufarbeitung einer gar nicht soweit zurückliegenden «braunen» Vergangenheit einschliesslich des Medienbereiches widmete sich Walter Hagemann auch in seinen «Colloquien zur Zeitgeschichte», die er für Hörer aller Fakultäten als Lehrveranstaltung anbot – seine Professur lautete auch auf Neueste Geschichte.¹⁴ Ob das damals sehr opportun war, muss als Frage offen bleiben. Denn erst mit jahrzehntelanger Verspätung erfuhren wir, dass es mit den Namen Otmár Frhr. von Verschuer, Albert Ponsold, Werner Conze und Benno von Wiese an der Universität Münster in anderen Fächern mehr als nur Spuren gab, die in das «Dritte Reich» zurückführten. Die abschätzigen Äusserungen über Hagemanns Colloquien und konkret die Abqualifizierung der «Publizistik im Dritten Reich» als historische Kolportage durch einen Germanisten liefern gewisse Indizien.¹⁵ Bei der Vergabe von Dissertationsthemen war Hagemann eher zurückhaltend. Immerhin hat er aber rund ein Dutzend Doktorarbeiten angeregt oder betreut, die dem Themenfeld «Publizistik im Dritten Reich» zuzuordnen sind.¹⁶

Wenn man in einem so vorgegebenen Rahmen Publizistik studiert, ist die Frage nach der Vergangenheit des Faches geradezu zwingend. Das führt mich zurück auf die fünfte fachlich relevante Publikation der unmittelbaren Nachkriegszeit, die mich sehr enttäuschte. Ebenfalls 1948 erscheint eine voluminöse «Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft», die die Zeit des Nationalsozialismus völlig unbeachtet lässt.¹⁷ Gerade von Otto Groth, dem hochgeschätzten Autor des Vierbänders «Die Zeitung»¹⁸, hatte ich kompetente Auskunft auf viele damals noch offene Fragen erhofft, doch es war nur eine Ur-, Vor- und Frühgeschichte des Faches. Aus einem kürzlich erschienenen Aufsatz Otto B. Roegeles wissen wir, wie eng Groths Beziehungen zu Karl d'Estér und dem Münchner Institut für Zeitungswissenschaft waren, nachdem ihn die Nationalsozialisten 1933 aus seiner journalistischen Laufbahn gedrängt hatten, er also kompetenter Zeitzeuge hätte sein können.¹⁹ Wahrscheinlich empfand Otto Groth die Entwicklung zwischen 1933 und 1945 als ganz und gar unwissenschaftlich im Sinne seiner Vorstellungen von Zeitungswissenschaft. Den einzigen Hinweis liefert gegen Ende des Buches der Ausdruck seiner Abscheu darüber, dass ein Professor der Zeitungswissenschaft das Fach zur Publizistik umwandeln wolle – und es bleibt in diesem Kontext sogar offen, ob Groth noch Hans A. Münster oder schon Walter Hagemann meint.²⁰

¹³ Walter Hagemann: *Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung*. Hamburg 1948.

¹⁴ vgl. Bernhard Wittek: *[Erinnerungen an Günter Kieslich] Student in Münster 1950-1954*. In: *Publizistik*, Jg. 17 (1972) H. 1, 7.

¹⁵ vgl. Bernhard Wittek: *Alles begann mit einem Zufall*. In: Beate Schneider/Kurt Reumann/Peter Schiwy (Hg.): *Publizistik. Beiträge zur Medienentwicklung. Festschrift für Walter J. Schütz*. (= *Journalismus/N*. F. 37). Konstanz, 26.

¹⁶ vgl. Arnulf Kutsch: *Hochschulschriften des Instituts für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Bibliographie 1939-1987*. Münster 1987, 3-6.

¹⁷ Otto Groth: *Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft. Probleme und Methoden*. München 1948.

¹⁸ Otto Groth: *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik)*. Vier Bände. Mannheim u.a. 1928-1930.

¹⁹ Otto B. Roegele: *Knäuel von Erfindungen. Vergangenheitsbewältigung. Wo liegt das «NS-Erbe der Kommunikationswissenschaft» versteckt?* In: *Rheinischer Merkur*, Nr. 30 vom 27. Juli 2001, 7.

²⁰ Rudolf Stöber verdanke ich nachträglich den Hinweis, dass Otto Groths Feststellung auf Emil Dovifat ziele.

Karl Börner hatte in seinem «Bibliographischen Handbuch der Zeitungswissenschaft» bereits 1929 eine erstaunliche Menge von Literatur erfasst.²¹ Die Expansion des Faches in der Zeit danach liess die Zahl der Veröffentlichungen rasch weiter ansteigen, und selbst der Zweite Weltkrieg hatte die gedruckten Hervorbringungen der Zeitungswissenschaft nur reduzieren aber nicht stoppen können. Ganz offensichtlich war das Fach kriegswichtig: Die letzte Ausgabe der *Zeitungswissenschaft* erschien – wie schon erwähnt – noch im Herbst 1944 als Heft 9/10 des 19. Jahrganges.

Münster gehörte zu den deutschen Städten, die im Kriege am meisten zerstört wurden. Doch das Institut für Zeitungswissenschaft, seit 1937 in einem ehemaligen Kaufhaus in der Rosenstrasse, hatte den Bombenkrieg weitgehend unbeschädigt überstanden; das gleiche galt für seine umfangreiche Bibliothek, ein fensterloser Raum zwischen kleinem und grossem Seminarraum gelegen.²² Für Referate, für Seminararbeiten, für Dissertationen: Hier stand ein Fundus an Literatur bereit, den es zu nutzen galt und von dem die Studierenden auch intensiv Gebrauch machten.

Darunter war auch «braune Literatur» reichlich vertreten; das nahm man zur Kenntnis als Produkt einer Zeit, die zum Glück vorüber war, aber den Alltag der damals studierenden Generation bestimmt hatte. Man erinnerte sich aus eigenem Erleben, wie das «Dritte Reich» alles und jedes nach seiner Vorstellung formte, und war relativ gelassen gegenüber heute befremdlich wirkenden Textstellen: Wer so bis 1945 schreiben *wollte, durfte* es dann nicht mehr. Wer so schreiben *musste, brauchte* es nach 1945 nicht mehr.

So schaute man eigentlich ohne Aufregung in Ernst Herbert Lehmanns «Die Gestaltung der Zeitschrift»²³ und konstatierte, wie unwichtig das schlicht durch Zeitablauf geworden war. Man verglich die Auflagen von Emil Dovifat «Zeitungswissenschaft»²⁴ und Wilmont Haackes «Feuilletonkunde»²⁵ und wusste nach der durchaus nützlichen Lektüre von Hans A. Münsters knapper «Geschichte der deutschen Presse»²⁶, dass nach der heroischen Zeit nun durch die Lizenzen vergebenden Alliierten ein ganz neues Kapitel im deutschen Zeitungswesen aufgeschlagen worden war. Man hatte zur Kenntnis genommen, dass «Reichshauptamtsleiter» Adolf Dresler in seinen Veröffentlichungen sowohl Hitler als auch Mussolini bewunderte; man las Elisabeth Noelles «Amerikanische Massenbefragungen»²⁷ als einen für eine Dissertation flott geschriebenen

²¹ Karl Börner: *Bibliographisches Handbuch der Zeitungswissenschaft. Kritische und systematische Einführung in den Stand der deutschen Zeitungsforschung*. Leipzig 1929.

²² Arnulf Kutsch: *Zur Geschichte des Instituts für Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Von der Zeitungskunde zur Zeitungswissenschaft 1919-1945*. In: Josef Hackforth/Arnulf Kutsch/Marianne Ravenstein: *Kommunikationswissenschaft in Münster 1919-1982*. Münster 1982, 8-33.

²³ Ernst Herbert Lehmann: *Gestaltung der Zeitschrift*. Leipzig 1938.

²⁴ Emil Dovifat: *Zeitungswissenschaft*. Bd. I: *Allgemeine Zeitungslehre*, Bd. II: *Praktische Zeitungslehre*. (= Sammlung Göschen 1039/40). Berlin 1931; *Zeitungswissenschaft* I. 2 Bände. Berlin 1937, 21944. (= Sammlung Göschen 1039/40); vgl. auch Jürgen Wilke: *Standardwerk oder Materialsammlung? Emil Dovifats «Zeitungswissenschaft» und die Entwicklung der Zeitungswissenschaft in Deutschland*. In: Sösemann, Dovifat, 267-288.

²⁵ Wilmont Haacke: *Feuilletonkunde. Das Feuilleton als literarische und journalistische Gattung*. Bd. 1/Bd. 2. Leipzig 1943; Wilmont Haacke: *Handbuch des Feuilletons*. Band I-III. Emsdetten 1951-53.

²⁶ Hans A. Münster: *Geschichte der deutschen Presse, in ihren Grundzügen dargestellt*. (= Meyers Kleine Handbücher 26). Leipzig 1941.

²⁷ Elisabeth Noelle: *Amerikanische Massenbefragungen über Politik und Presse*. (= Zeitung und Zeit/Neue Folge, Reihe A 6). Frankfurt a.M. 1940.

²⁸ Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin (Hg.): *Handbuch der deutschen Tagespresse*. Leipzig und Frankfurt a.M. ^b1937, ⁷1944.

Text. Man nutzte die Pressehandbücher des Berliner Instituts²⁸ und liess das Vorwort von Reichsleiter Amann dabei entweder unbeachtet oder wunderte sich, wie offen er die Gleichschaltung der deutschen Presse und die Schliessung von Zeitungen angesprochen hatte.²⁹

Freilich war die Beschäftigung mit der Vergangenheit des Faches im Wesentlichen durch die Produktivität ihrer früheren Repräsentanten bestimmt. Insofern geriet das Institut für Zeitungswissenschaft/Publizistik in Münster, an dem man selbst in den Bücherschätzen grub, aus dem Blickwinkel: Der bis 1939 tätige Lektor Bause hatte nie etwas publiziert³⁰; die Habilitationsschrift des letzten Direktors vor Kriegsende, Hubert Max, endete bei den Karlsbader Beschlüssen.³¹ Der Lehrbetrieb war 1942 eingestellt worden, Max kurz nach Kriegsende seinen Kriegsverletzungen erlegen.

Mein und meiner Kommilitonen Interesse richtete sich daher vor allem auf Emil Dovifat und Hans A. Münster – und zwar aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln: Walter Hagemann hatte seine «Grundzüge» Emil Dovifat gewidmet und zwar 1947, als Dovifat noch nicht wieder an der Universität tätig war. Zum anderen war Dovifat seit 1928 als Professor bis 1945 im Fach und dahin 1948 zurückgekehrt. Ich erinnere mich heute noch daran, dass ich Dovifats «Rede und Redner»³² von 1937 über Fernleihe bestellte, weil es in der Münsteraner Bibliothek nicht vorhanden war, und für meine Oberseminararbeit Material zusammentrug, bei der es um Emil Dovifat und Wilhelm Gries ging, die ab Sommer 1945 nacheinander als Chefredakteure der sojetisch lizenzierten Berliner *Neuen Zeit* amtierten

Das Interesse an Hans A. Münster³³, bis 1945 Leiter des Leipziger Instituts für Zeitungswissenschaft, hatte auch einen personellen Bezug nach Münster: Zwei seiner Schüler, Bert Donnepp und Rolf Fröhner, konnten erst 1950 bzw. 1952 mit ihren noch von Hans A. Münster vergebenen Dissertationsthemen bei Walter Hagemann ihr Rigorosum ablegen³⁴; aus Gesprächen und Diskussionen ergaben sich recht zuverlässige Informationen über Lehre und Forschung in Leipzig. Die zaghaften Ansätze, am Leipziger Institut auch empirisch zu arbeiten, manifestierten sich in Alfred Schmidts «Publizistik im Dorf» (1939)³⁵ und Friedrich Schindlers «Die Publizistik im Leben einer Gruppe von Leunarbeitern» (1942)³⁶. Sie waren unmittelbare Vorbilder für die Befragungen, die Studierende des Instituts für Publizistik Münster 1955 in Marl vornahmen, wo inzwischen Bert Donnepp die Volkshochschule «die insel» leitete. Deren Ergeb-

²⁹ Max Amann: *Die nationalsozialistische Volkspresse*, ebda. 6. Auflage, VII-XIII; Max Amann: *Die deutsche Presse im Kriege*, ebda. 7. Auflage, XI-XXI.

³⁰ Kutsch, *Zur Geschichte des Instituts für Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*. 20.

³¹ Hubert Max: *Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Erziehungsprozesses des deutschen Volks bis zu den Karlsbader Beschlüssen.* (= Pressestudien/Reihe A 1). Essen 1942.

³² Emil Dovifat: *Rede und Redner. Ihr Wesen und ihre politische Macht.* (= Meyers Kleine Handbücher 8). Leipzig 1937.

³³ vgl. Sylvia Straetz: *Hans A. Münster (1901-1963). Sein Beitrag zur Entwicklung der Rezipientenforschung.* Frankfurt a.M. 1984; Hachmeister, *Theoretische Publizistik*, 42-68 («Theorie der Publizistik» im Dritten Reich: Die Leipziger Schule).

³⁴ Albert Donnepp: *Sport und Rundfunk. Ein Beitrag zur Publizistik. Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung von 1924-1939 an den mitteleuropäischen Sendern.* Phil. Diss. Münster 1950 (Masch.schr.); Rolf Fröhner: *Kritik der Aussage. Sprache, Mitteilung, Ausdruck und ihre publizistische Problematik.* (= Beiträge zur Publizistik 6). Heidelberg 1954, Reprint 1982.

³⁵ Alfred Schmidt: *Publizistik im Dorf.* (= Leipziger Beiträge zur Erforschung der Publizistik 2). Dresden 1939.

³⁶ Friedrich Schindler: *Die Publizistik im Leben einer Gruppe von Leunarbeitern, insbesondere im Hinblick auf Presse, Rundfunk.* Film. Phil. Diss. Leipzig 1943.

³⁷ Günter Kieslich: *Freizeitgestaltung in einer Industriestadt. Ergebnisse einer Befragung in Marl (Westfalen), durchgeführt vom Institut für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in Verbindung mit dem Bildungswerk der Stadt Marl.* Dortmund-Lütgendortmund 1956.

nisse schlugen sich in Günter Kieslichs «Freizeitgestaltung in einer Industriestadt» nieder.³⁷

Ein weiteres Buch von Hans A. Münster war ebenfalls wichtig: seine «Publizistik. Menschen – Mittel – Methoden»³⁸. Man war neugierig, wie er diesen Begriff zu einer Zeit, in der das Fach offiziell Zeitungswissenschaft hiess, verwendet hatte, gerade weil «Publizistik» in der Benennung «Institut für Publizistik Münster» für den Neuanfang nach 1945 stand. In Umrissen war es damals schon möglich, sich Kenntnis zu verschaffen von den Konflikten, die in der Zeit des «Dritten Reiches» zwischen Anhängern einer Publizistik als Lehre von den politischen Führungsmitteln und den Vertretern der traditionellen Zeitungswissenschaft ausgetragen wurden. Die Namen der von Stefanie Averbek/Arnulf Kutsch genannten Exponenten Karl O. Kurth³⁹ und Wolfgang Hollmann waren uns durchaus vertraut.

Die ergiebigste Quelle, um Kenntnis über die Historie des Faches zu erlangen, war kein Buch, sondern die Zeitschrift *Zeitungswissenschaft*. Zwar war die Bereitschaft, dort mitzuarbeiten, unterschiedlich stark ausgeprägt (z.B. ist Emil Dovifat fast nicht vertreten), aber aus der Lektüre der Jahrgänge 1926 bis 1944 ergibt sich insgesamt doch ein zuverlässiger Einblick in die damalige personelle Ausstattung der Zeitungswissenschaft, was mir – nur nebenbei bemerkt – bei der Redaktionsarbeit für die *Publizistik* durchaus geholfen hat.⁴⁰

Schliesslich und nicht zuletzt wurde auch der Torso des «Handbuches der Zeitungswissenschaft» eifrig benutzt, obwohl gerade dieses Werk besonders deutlich zeigt, wie gute sachliche Informationen durch totalitäre Indoktrination verseucht waren.⁴¹ Für das Fach hatte es zum Zeitpunkt seines Erscheinens durchaus repräsentativen Charakter. Auf der Titelseite ist dementsprechend eine Fülle von Namen aufgeführt: «Herausgegeben von Walther Heide, bearbeitet von Ernst Herbert Lehmann unter Mitwirkung von Hans Hermann Adler, Karl Börner, Karl d'Esther, Peter Gast, Hermann Hart, Gerhard Menz, Wilhelm Olbrich, Hans Praesent, Otto Schabbel, Carl Schneider, Franz Alfred Six». Ausser Karl d'Esther hat niemand der Genannten in der Nachkriegsgeschichte des Faches wieder eine Funktion an deutschen Hochschulen gehabt. Das gilt mit Ausnahme von Emil Dovifat auch für alle anderen Namen, die zwischen 1933 und 1945 als Professoren im Fach gelehrt und geforscht haben. Insoweit darf man wohl von einem Neuaufbau nach 1945 sprechen – rigoroser und konsequenter als in vielen anderen Disziplinen.

Manche der mir aus dem Bibliotheksbestand in Münster oder aus der *Zeitungswissenschaft* vertrauten Namen sind mir als Personen später begegnet. Ich habe ihnen keine belastenden Zitate vorgehalten, aber im Gespräch mit ihnen weitere Aufschlüsse über die Zeit zwischen 1933 und 1945 erhalten. Gern erinnere ich mich an Hans A. Münster, Walter Vogel, Joachim Kirchner und Hans Ludwig Zankl, indifferent blieb Josef März, geärgert habe ich mich über Hans Jessen und Karl O. Kurth, der besser bei den Vertriebenenverbänden geblieben wäre, als dann im Bundesministerium der Verteidigung sich mit psychologischer Kriegsführung zu befassen.

³⁸ Hans A. Münster: *Publizistik. Menschen – Mittel – Methoden*. (= Meyers Kleine Handbücher 17). Leipzig 1939.

³⁹ vgl. Arnulf Kutsch: *Karl Oswin Kurth (1910-1981)*. In: Arnulf Kutsch unter Mitarbeit von Frank Biermann/Ralf Herpolsheim (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. (= Serie Kommunikation). Köln 1984, 215-243.

⁴⁰ Hans A. Münster schenkte mir auch deshalb seine ersten Jahrgänge der *Zeitungswissenschaft*.

⁴¹ Walther Heide (Hg.): *Handbuch der Zeitungswissenschaft*. Bd. I: A-Gre. Leipzig 1940; von Bd. II bis 1943 nur Lfg. 5-7 erschienen. Zur Bedeutung dieser Publikation und zu seiner Entstehung vgl. Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Beitrag «Emigrantenpresse» im «Handbuch der Zeitungswissenschaft» (1940) und sein Autor Hermann Hart*. In: Hanno Hardt/Elke Hilscher/Winfried B. Lerg (Hg.): *Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933-1945*. (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 30). München u.a. 1979, 443-473.

Meine Schlussbemerkungen will ich mit dem Hinweis darauf eröffnen, wie notwendig differenzierte Ermittlungen und Bewertungen sind. Und wieder gehe ich dabei von eigenen Erfahrungen aus: In der Bibliothek in Münster stand auch der Prachtband, den die Ufa zu ihrem 25-jährigen Bestehen 1943 herausgegeben hatte.⁴² Für mich war die Apotheose auf das Filmschaffen des «Dritten Reiches» und seinen obersten Schirmherrn Joseph Goebbels ein besonderes Beispiel für Propaganda: zeittypisch war eine durchaus solide dargestellte Chronik mit politischer Tendenz verknüpft worden. Hans Traub (der Herausgeber des «Standortskatalogs»)⁴³ war Autor des Buches. Erst als ich bei Hedwig Traub-von Grolmann 1951 in ihrem Münchner Filmseminar sass, erfuhr ich von ihr, dass ihr Mann aus, wie es damals hiess, «rassischen Gründen» von den Nationalsozialisten aus seiner akademischen Laufbahn, die er in Greifswald begonnen hatte, geworfen wurde, dann als Leiter der Ufa-Lehrschau die Zeit des «Dritten Reiches» zu überdauern hoffte und noch vor Kriegsende 1943 starb.⁴⁴

Auch an solche Fälle mochte wohl Walter Hagemann gedacht haben, als er im Vorwort seiner «Publizistik im Dritten Reich» schrieb:

*Es erscheint geboten, mit den verantwortlichen publizistischen Steuerleuten des 'Dritten Reiches' streng ins Gericht zu gehen, nicht aber mit denen, die mittelbar oder unmittelbar dieser Steuerung gefolgt oder verfallen sind; gibt es doch niemanden, der von sich behaupten könnte, dass er zu keiner Stunde und in keiner Beziehung, weder bewusst noch unbewusst, den Erfindungen, Tricks oder Lockungen der NS-Lenkung jemals erlegen wäre. Zu stark haben NS-Ideologie und deutsche Lebenswirklichkeit einander durchtränkt, als dass sich überall eine reinliche Scheidung hätte vollziehen lassen.*⁴⁵

Ich habe das damals ganz ähnlich gesehen und wiederhole noch einmal meine Einschätzung beim Umgang mit «brauner Literatur»: Wer so vor 1945 schreiben wollte, durfte es dann nach 1945 nicht mehr. Wer so schreiben musste, brauchte es dann nicht mehr. Man kann Hagemanns Äusserung allerdings auch ganz anders bewerten – wie es Norbert Frei im 12. Abschnitt von «Journalisten im Dritten Reich» getan hat.⁴⁶

Ich sehe ebenfalls vieles heute differenzierter: Biographien hatten wir damals kaum, der Zugewinn an Informationen hat sich seither deutlich verbessert. Tagungen wie diese sind hilfreich und nützlich, Geschichte aufzuarbeiten. Rückblickend stelle ich fest: Wir waren damals nach dem Krieg und unter dem unmittelbaren Erleben des alle Bereiche des öffentlichen und viele Bereiche des privaten Lebens durchdringenden «Dritten Reiches» der Überzeugung, an einem ganz neuen Anfang für das Fach beteiligt zu sein. Heute weiss ich, besser als damals, in

⁴² Hans Traub: *Die Ufa. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des deutschen Filmwesens*. Berlin 1943.

⁴³ Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hg.): *Standortskatalog wichtiger Zeitungsbestände in deutschen Bibliotheken*. Bearb.: Hans Traub. Leipzig 1933.

⁴⁴ vgl. Frank Biermann: *Hans Traub (1901-1943)*. In: *Kutsch, Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, 45-78.

⁴⁵ Hagemann, *Publizistik im Dritten Reich*, a.a.O., 10.

⁴⁶ Norbert Frei: *Stunde Null der deutschen Presse?* In: Norbert Frei/Johannes Schmitz: *Journalismus im Dritten Reich*. (= Beck'sche Reihe 376) München 1989, 181 f.

Am Vergessen scheitern

Essay zur historischen Identität der Publizistikwissenschaft, 1945-68

Hanno Hardt

I

Reproduktionen der Vergangenheit sind stets Sache der Gegenwart, die sich um der Emanzipation und des Fortschritts willen erinnern muss, um nicht am Vergessen zu scheitern. Fachgeschichte als Interpretation vergangener wissenschaftlicher Praxis oder politischer Ambitionen ist unmittelbarer Ausdruck dieser Gegenwärtigkeit und bereichert mit jeder neuen Interpretation das Verständnis der eigenen historischen Situation. Der folgende Beitrag versteht sich in diesem Sinne als kritische Anmerkung zur historischen Identität des Faches.

Die Geschichte der deutschen Publizistikwissenschaft ist seit der Etablierung eines Instituts der Zeitungskunde an der Universität Leipzig (1916) bis zur Rehabilitierung des Faches nach Ende des Zweiten Weltkrieges eng mit der politischen Geschichte Deutschlands verknüpft.

Die historische Erfahrung dieser Verflechtung wissenschaftlicher und politischer Interessen, insbesondere der Zeitungswissenschaft im «Dritten Reich», gehört zum Wissen um die Vorgeschichte der Identität einer «neuen» Publizistikwissenschaft, genauso wie die sich nach 1945 anschließende Revision der gängigen Definition des Faches im wissenschaftlichen Diskurs, der sich mehr an die amerikanische Massenkommunikationswissenschaft mit ihren pragmatisch-positivistischen Forschungsansätzen hielt und weniger an eigene historisch-soziologische Traditionen, die mit der Entwicklung der deutschen Sozialwissenschaften verbunden waren.

Diese Faszination einer dominanten, empirischen US-Massenkommunikationsforschung versteht sich als emanzipatorisches Erlebnis. Im Gegensatz zu einer (längst fälligen) Identifizierung mit der traditionellen (europäischen) Soziologie, mit ihren Wurzeln in der Philosophie, versprach die Massenkommunikationsforschung der neuen Welt, mit ihrem Fetischismus der kontrollierbaren Fakten, eine Abkehr vom spekulativen Denken und damit eine klare wissenschaftsideologische Trennung. Darüber hinaus war die Übernahme einer amerikanischen Tradition der Sozialforschung auch eine konsequente Identifizierung mit auf «demokratischem» Boden gewachsener Theorie und Praxis und konnte daher als ein wichtiger Schritt in Richtung einer politischen Rehabilitierung des Faches angesehen werden. Allerdings nicht als Patentlösung; denn die Probleme der Vergangenheit hingen weiterhin ungelöst über der «neuen» Publizistikwissenschaft: neben einer Neuaufgabe der alten Rivalität mit der Soziologie, die ebenfalls vom Einfluss der US-Sozialforschung profitierte, gab es den problematischen Verbleib einer mit dem «Dritten Reich» identifizierten Professoren- und Dozentenschaft.

II

Aktualität als Mode, Information als gesellschaftliches Wissen und sozialwissenschaftliche Objektivität als Gesinnung diktierten den Inhalt und die Substanz der Medienforschung nach 1945; sie gaben Anlass zu einer neuen Definition des Faches und schafften ohne historische Vergewisserung eine unmittelbare wissenschaftstheoretische Alternative, die – mit dem Ziel, wissenschaftliche Glaubwürdigkeit, Anerkennung und Status im Wirkungsbereich universitärer Institutionen sowie politische Zuverlässigkeit zu erwerben – eine effiziente Lösung für eine delegitimierte Zeitungswissenschaft bot.

Diese Zeitungswissenschaft hatte – zumindest seit den späten zwanziger Jahren – unter einem wissenschaftlichen Definitions- oder Zuordnungszwang gestanden, der mit der politischen Umfunktionierung des Faches nach 1933 zunächst abgeschwächt, wenn nicht verdrängt worden war. Zuvor hatte die traditionelle Identifizierung mit der Praxis historischer und ökonomisch-soziologischer Untersuchungen der Presse, zum Beispiel, eine unbewältigte theoretische und methodologische Abhängigkeit, besonders von der empirischen Soziologie, bestätigt.

Ferdinand Tönnies bezeichnete deshalb die Zeitungswissenschaft damals mit Hinweis auf diese Abhängigkeit als «Entenwissenschaft» und bestand auf einem Legitimationsnachweis, der mit dem Abbruch dieser Debatte in den frühen dreissiger Jahren unterblieb. Die darauf folgende politische Anbindung an den NS-Staat (und die völkisch-nationalistische Färbung der Zeitungswissenschaft nach 1933), mit politisierter Forschung und Lehre im Bereich der Agitation und Propaganda, führten im Jahre 1945 zum endgültigen Bankrott der wissenschaftlichen und politischen Glaubwürdigkeit des Faches bis zur Liquidierung der «Disziplin» an verschiedenen deutschen Universitäten.

Auf den Trümmern der Zeitungswissenschaft, wie man sie zwischen 1933 und 1945 verstanden hatte, dominierten politisch belastete oder wissenschaftsideologisch kompromittierte Repräsentanten des Faches, die in den entscheidenden ersten Jahren nach der Befreiung vom Nazi-Regime das wissenschaftstheoretische Weltbild – und damit auch das Ansehen – einer «neuen» Publizistikwissenschaft mitprägten. Ihr Weiterwirken (wie auch das von Vertretern in anderen wissenschaftlichen Disziplinen) bedeutete eine ständige Konfrontation mit der Vergangenheit, das heisst, mit einer unheimlichen Kontinuität, die in diesem Fall vom Einfluss Emil Dovifats und Karl d'Esters, über die ideelle Anwesenheit von Walther Heide oder Hans Amandus Münster bis zum praktischen Wirken von im «Dritten Reich» ausgebildeten (promovierten und habilitierten) Dozenten oder Professoren reichte. Unter diesen Umständen war die Aufrechterhaltung führender Institute (wie z.B. in München und Berlin) nicht nur ein Ausdruck gesellschaftspolitischen Versagens, sondern Quelle einer ideologischen Vorbelastung eines von der Dogmatik einer politisch isolierten und erkenntnistheoretisch problematischen Zeitungswissenschaft zu befreienden Faches.

[Im krassen Gegensatz zu diesen Erfahrungen steht ungefähr 45 Jahre später die politische «Säuberung» der ostdeutschen Variante einer überlieferten und politisch überarbeiteten Nachkriegszeitungswissenschaft im Rahmen einer resoluten und konsequenten – wenn nicht opportunistischen – Eingemeindung publizistikwissenschaftlicher Interessen durch eine politisch selbstsichere westdeutsche Fachvertretung.]

Aufgrund ihrer schwachen wissenschaftlichen Position hatte die «neue» Publizistikwissenschaft im weiten historischen Zusammenhang der Nachkriegsjahre weder die wissenschaftliche Autorität noch einen über die Grenzen der eigenen, wenigen Universitätsinstitute hinausgehenden Einfluss, um entscheidend am Aufbau eines demokratischen Mediensystems mitzuarbeiten. In der Tat spielte die Publizistikwissenschaft eine wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch untergeordnete Rolle; denn aus einer Reihe von Gründen fehlten für längere Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Nachwuchswissenschaftler mit einem politischen Realitätsbewusstsein und den entsprechenden kreativen Fähigkeiten, um kritisch und aktiv eine Diskussion um Journalismus, Medien und Gesellschaft in die Wege zu leiten oder an ihr massgebend teilzunehmen.

Ausserdem fehlte es an einer Initiative zur Kooperation (oder Integration) von Forschungspraktiken (mit der Soziologie), solange Prioritätsansprüche der Publizistik – die an den vor 1933 bestehenden Konflikt zwischen Soziologie und Zeitungswissenschaft erinnern – geltend gemacht wurden. Otto Groth, zum Beispiel, spricht noch 1948 vom Ziel einer politisch und wissenschaftlich selbständigen Zeitungswissenschaft. Er wendet sich damit gegen eine Ausweitung des Faches und ihrer konsequenten Zuordnung zur soziologisch (oder vielmehr interdisziplinär) begründeten Massenkommunikationsforschung, die sich schon bald nach 1945 inner-

halb der Sozialforschung als Ausdruck einer Vorherrschaft der empirischen Soziologie in Westdeutschland etabliert hatte, ohne auf die Erwartungen der Publizistikwissenschaft einzugehen.

So enthielt Ende der fünfziger Jahre der Band «Soziologie» des Fischer-Lexikons (1958) unter «Massenkommunikation» keinen Hinweis auf die Publizistikwissenschaft und ihren Beitrag zur Medienforschung, sondern bezog sich auf eine überwiegend amerikanische Literatur der Sozialpsychologie. Ungefähr zehn Jahre später kommentierte Alphons Silbermann im «Handbuch der empirischen Sozialforschung» (1969, Band 10) negativ das Fehlen einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit einer wissenschaftspolitisch auf Priorität bestehenden Publizistikwissenschaft.

Diese fehlende Anerkennung bzw. ausdrückliche Kritik des Faches unterstrichen das gebrochene Verhältnis der Publizistikwissenschaft zu einer traditionellen Nachbardisziplin, wie der Soziologie, bis in die sechziger Jahre.

III

In der Zwischenzeit hatte der wissenschaftsideologische Diskurs der westdeutschen Nachkriegspublizistikwissenschaft – weniger auf eine präzise Definition ihres Forschungsgegenstandes oder ihrer Methoden fixiert – vorerst autoritäre Abhängigkeiten von traditionellen Prioritätsansprüchen der Zeitungswissenschaft überwunden, um sich, in starker – wenn nicht exklusiver – Anlehnung an die aus den USA kommenden sozialwissenschaftlichen Anstöße, einer für die Bundesrepublik neuen Idee der gesellschaftsnahen (praktischen) Massenkommunikationsforschung zuzuwenden.

Diese Zuwendung geschah entweder als Abwanderung einzelner Wissenschaftler in eine zukunftsfrüchtige, unbelastete, neue «Disziplin», als Kommunikations- oder Massenkommunikationsforschung gekennzeichnet (und in Anlehnung an die Interessen der empirischen Soziologie) – wie Karsten Renckstorf mit seiner allerdings später erschienenen Monographie («Kommunikationswissenschaft als sozialwissenschaftliche Disziplin», 1995) beweist, die keine Hinweise auf die Publizistikwissenschaft enthält – oder als Erneuerungsstrategie des Faches und ihrer Vertreter, die aus existentiellen oder wissenschaftsterritorialen Gründen (mit Wurzeln in der zeitungswissenschaftlichen Tradition) innerhalb ihrer Universitäten an der Realisierung einer «neuen» Publizistikwissenschaft festhielten.

Diese Integration der «neuen» Publizistikwissenschaft in eine moderne Medienforschung (und in Anlehnung an ein demokratisches Modell der amerikanischen Kommunikationswissenschaft) verlief ohne Auseinandersetzung mit den disziplinären Ansprüchen einer empirischen Soziologie (oder dem interdisziplinären Zugriff auf die Begriffswelt der Publizistikwissenschaft) als Strategie eines wissenschaftlichen Anschlusses und einer politischen Rehabilitation im Universitätsbereich, und in der Gesellschaft im Allgemeinen. Das bedeutete, dass innerhalb eines kleinen wissenschaftlichen Faches mit grossen professionellen Abhängigkeiten (und potentiellen Mitläufern) mit dem der Empirie eigenen Gegenwartsdenken jegliches vom historischen Bewusstsein verursachtes politisches Unbehagen verschleiert wurde. Das Resultat ist eine bis in die Gegenwart andauernde stagnierende Bewältigung der fachlichen Vergangenheit, die sich immer wieder nicht nur einer fachinternen Kritik aussetzt. So war die schwelende (internationale) Kontroverse um Noelle-Neumann nicht nur eine personenspezifische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern auch ein Infragestellen der politischen Glaubwürdigkeit der betroffenen Publizistikwissenschaft und ihrer wissenschaftsideologischen Orientierung, die alle Vertreter (inklusive Studenten) dieses Faches betraf.

IV

Diese Orientierung wird zum historisch relevanten Thema einer kritischen Interpretation des publizistikwissenschaftlichen Diskurses; denn sie betrifft die Ausklammerung der «neuen» Publizistikwissenschaft aus der geisteswissenschaftlichen Tradition einer Wissenssoziologie, das heisst aus dem soziologischen Interesse an sozialen und kulturellen Strukturen des Wissens – oder aus einer Ideologiekritik – bei der Neugründung des Faches nach 1945. So sind zum Beispiel die theoretischen Beiträge, die von Max Scheier und Karl Mannheim über Max Webers verstehende Soziologie bis zur kritischen Theorie Max Horkheimers, Theodor Adornos oder Herbert Marcuses reichen, selten wahrgenommen und seltener integriert worden. Damit blieb ein bewusster Anschluss an eine philosophische Tradition – und an die kommende Auseinandersetzung mit einer objektiven bürgerlichen Wissenschaft, einschliesslich des Nachdenkens über den historischen Werdegang des eigenen wissenschaftlichen Anliegens vor 1945 – eine Randerscheinung in der Nachkriegsgeschichte des Faches.

Nicht Franz Dröges «Wissen ohne Bewusstsein» (1972) – ein kritisches und die konservative Neugestaltung der Publizistikwissenschaft provozierendes Buch – sondern Noelle-Neumanns «Die Schweigespirale» (1980) – eine sozialpsychologisch untermauerte, provokative Aufarbeitung der öffentlichen Meinungsbildung – repräsentierte die dominante Ideologie der «neuen» Publizistikwissenschaft zumindest seit den achtziger Jahren innerhalb und ausserhalb Deutschlands. Während Dröge mit der Verwirklichung einer kritischen Publizistikwissenschaft, die an die historische Bedingtheit der Kommunikation anknüpft, herausfordernd eine alternative Perspektive zum Selbstverständnis des Faches anbot, bestätigte Noelle-Neumann den von einer traditionellen Sozialwissenschaft gesteckten Rahmen der Kommunikationsforschung und verfestigte den Konformismus einer positivistischen Forschungsperspektive in der nachkriegsdeutschen Publizistikwissenschaft. Konsequenterweise orientierte sich diese notwendige Flucht nach vorne weniger an der theoriekritischen, emanzipatorischen Debatte in Deutschland – und damit am kritischen Vordenken der Frankfurter Schule und ihrer modernen Interpreten – als vielmehr an den Erfahrungen einer empirischen Sozialforschung, die sich aus einem amerikanischen Vorbild der Massenkommunikationsforschung entwickelten.

Andererseits hatte die Erkenntnis von Wissenschaft als Ideologie und Realität als subjektives Erlebnis einen kritischen Ansatz geboten, der seit den sechziger Jahren – zumindest in den Vereinigten Staaten mit den Werken von Raymond Williams oder Stuart Hall (British Cultural Studies) – die traditionelle Medienforschung als eine kritische, kulturwissenschaftliche Alternative begleitete; aber auch diese Perspektive einer kritischen Kommunikationswissenschaft fehlte im Definitionskatalog der wissenschaftstheoretisch eher homogenen «neuen» Publizistikwissenschaft.

Darüber hinaus blieb die Teilnahme an einer intellektuellen Aufarbeitung marxistischer Ideen (Gramsci, Lukacs, Althusser, Foucault, Williams, Hall – aber auch Habermas, Negt und Kluge) in den sechziger Jahren, einschliesslich einer Kritik der traditionellen (oder bürgerlichen) Theorie im Positivismusstreit der deutschen Soziologie, lediglich ein isoliertes intellektuelles Engagement von Aussenseitern des Faches. Diese Unterlassung bestätigte unter anderem nicht nur die fortdauernde wissenschaftliche Isolation der «neuen» Publizistikwissenschaft (die auf alten und/oder neuen Prioritätsansprüchen basierte), sondern auch die intellektuelle Schwäche, einen substantiellen Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion der kulturellen oder politischen Situation der Zeit zu leisten. Das geschah, obwohl sich die Fachthematik (mit Begriffen wie Sprache, Kommunikation oder Medien) einer zunehmenden Popularität in der gesellschaftskritischen Literatur erfreut hatte, die bei dieser Gelegenheit auch den interdisziplinären Charakter dieser Begriffe zelebrierte; denn «Kommunikation» und «Medien» waren schon seit den frühen sechziger Jahren die neuen Schlagwörter einer multi-disziplinären Kultur- und Gesellschaftswissenschaft geworden – und damit auch eine Herausforderung an die «neue» Publizistikwissenschaft, in anderen, oft kritischen Kategorien mitzudenken.

Die Abwendung von einer kultur- oder geisteswissenschaftlich orientierten Publizistikwissenschaft bedeutete auch ein Abrücken von der Idee des Verstehens; das heisst, vom historischen Prozess einer Interpretation sozialer oder kultureller Kommunikation (und Produktion), in dem Diskurs oder Sprachgebrauch sowie Konstruktion oder dingliche Herstellung – von Institutionen zum Beispiel – als soziales Handeln, in einer bestimmten Gegenwart realisiert werden. Das heisst, Gegenwart als Ereignis ist nicht ein historisch bestimmtes, ideologisches Phänomen, dessen Inhalt als Grundlage sozialen Wissens in den Mittelpunkt einer ideologiebewussten Analyse der sozialen Kommunikation und ihrer Medien rückt, sondern repräsentiert Aktualität als verifizierbare Tatsächlichkeit. Das Problem dieser empirischen Perspektive ist die Verwurzelung in kommerzieller und administrativer Sozialforschung mit spezifischen Zielsetzungen, die prinzipiell selektiv isolierte soziale Phänomene verfolgt, ohne die soziale Totalität erfassen zu können. Ein Resultat ist die Reproduktion dominanten Wissens in der Form von Information, die sich auf verifizierbare Aspekte des sozialen Alltags beschränkt.

V

Der Einstieg in eine von der amerikanischen Sozialforschung inspirierte Massenkommunikationsforschung (und damit die Hinwendung zum Funktionalismus) öffnete den Weg zu einem funktionalpublizistischen Modell, das mit entsprechenden Hinweisen auf Autoren wie Bernard Berelson und Walter Hagemann auch politisch korrekt wirkte, als es von Henk Prakke und seinen Mitarbeitern (Franz W. Dröge, Winfried Lerg und Michael Schmolke) Ende der sechziger Jahre in Buchform vorgelegt wurde. «Kommunikation der Gesellschaft» (1968) identifiziert sich mit dem früheren Werk Walter Hagemanns («Grundzüge der Publizistik», 1947/1966), bezieht sich auf die traditionelle Legimitationsliteratur der Zeitungswissenschaft und schlägt einen rasanten intellektuellen und ideologischen Bogen zur modernen Medienforschung und den praktischen Konsequenzen einer (amerikanischen) Sozialforschung.

Das Resultat ist ein Sammelband historischer Meilensteine in der Entstehung des Faches, der höchst deskriptiv, mit erkenntnistheoretischen Problemen konfrontiert – aber ohne eine eigene Theoriebildung – eine Systematik des publizistischen Prozesses in Anlehnung an amerikanische Kommunikationsmodelle als Beitrag zur publizistischen Bildung durch eine Wissenschaft des kommunikativen Verhaltens anbietet. Letztere stützt sich auf prozessuale Vorstellungen – oder methodische Anregungen – ohne weiter auf politische, kulturelle oder ökonomische Beziehungen zwischen Kommunikations- und Gesellschaftssystemen als potentielle theoretische Grundlage der Publizistik einzugehen. Es ist als Resümee einer Reorientierung (zwischen 1945 und 1968) auch ein Werk, das die Problematik der Nachkriegspublizistikwissenschaft als eine auf der Suche nach Identität und Glaubwürdigkeit befindliche, auf historisch belegte Quellen ihrer Legitimität bauende und wissenschaftliche Ansprüche geltend machende, verbindliche Interessengemeinschaft verkörpert, die zu der Zeit einen entsprechenden Platz unter den westdeutschen Nachkriegswissenschaften beanspruchte. Mit anderen Worten, ein radikales Neubeginnen – oder der politische Bruch mit der fachlichen Vergangenheit – verlor sich im wissenschaftspolitischen Arrangement alter und neuer ideologischer Ansprüche an die Zukunft des Faches.

Unter Vermeidung interner (politischer) Konflikte repräsentierte Hagemann den wissenschaftsideologisch unbelasteten Brückenbauer zwischen der diskreditierten Zeitungswissenschaft und der «neuen» Publizistikwissenschaft, während Prakke den Vorteil des Aussenseiters (und Ausländers) nutzte, um Brücken zu einer modernen US-Sozialforschung mit konkreten theoretischen und methodologischen Alternativen für die Publizistik zu bauen. Ihre politische Passivität (oder Kompromissbereitschaft), und die ihrer politisch unbelasteten Kollegen, wurde in Hinblick auf die personenbezogene fachliche Vergangenheit – aus sicherlich unterschiedlichen Gründen – zum administrativen modus operandi der Publizistikwissenschaft, der sich fast nahtlos in der Handlungsweise der ersten Nachkriegsgeneration des Faches fortsetzte.

VI

Die Hinwendung zur Massenkommunikationsforschung beschreibt nicht nur den politisch emanzipierenden Einfluss einer modernen amerikanischen Sozialforschung, sondern auch den damit verbundenen, radikalen Vollzug eines paradigmatischen Wechsels. Die Idee der Öffentlichkeit wurde zum Symbol eines neuen Demokratieverständnisses, das sich in der empirischen Medienforschung realisierte und bestätigte, während Meinung als Indiz einer Teilnahme an demokratischen Entscheidungsabläufen zu einem konkreten Ansatzpunkt der Wissenschaft des kommunikativen Handelns avancierte. Damit kehrte sich die «neue» Publizistikwissenschaft als Analytikerin der öffentlichen Meinungsbildung nicht nur von Fragen der Erkenntnis im Sinne eines wissenssoziologischen Forschungsansatzes ab, sondern privilegierte die Idee der Information als konkretes Phänomen einer geschichtslosen Massengesellschaft. Dieses neu konzipierte publizistikwissenschaftliche Interesse – das sich statt auf historisch bedingtes Wissen auf die präsenzbedingte Information konzentrierte – hatte weitreichende Konsequenzen für die Selbstdefinition der Publizistikwissenschaft und die Dominanz ihres sozialwissenschaftlichen Charakters. Im Ansatz zur Wirkungsforschung, die einen breiten Raum in der «neuen» Publizistikwissenschaft einnahm, offenbarten sich die Kriterien einer positivistischen Publizistikwissenschaft, deren Anliegen die Beobachtung der öffentlichen Meinungsbildung unter Berücksichtigung der Artikulationsfunktion der Medien war. Das auf diese Weise dokumentierte, manifeste Interesse an Kommunikationsabläufen in der Massengesellschaft, einschliesslich der Massenmedien und ihrer Interaktionen mit gesellschaftlichen Institutionen, verwischte nicht nur theoretische und methodologische Unterschiede zur Soziologie, sondern sollte die Publizistikwissenschaft als moderne Wissenschaft legitimieren. Dieser Legitimationsanspruch wurde mit der Organisation fachlicher Interessen (in der *Publizistik* [1956] und der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Zeitungswissenschaft [1963]) institutionalisiert und durch entsprechende Forschungsprojekte verfestigt.

VII

Die sozialwissenschaftliche Analyse der Information und ihrer Rolle in einer demokratischen Gesellschaft lebt von Oberflächenerscheinungen aktueller sozialer, politischer oder ökonomischer Phänomene. Sie umgeht dabei Fragen über innere Strukturen und historische Zusammenhänge – wie die Entstehung der gesellschaftlichen Kommunikation, der Mittel kommunikativer Produktion oder der herrschenden Ideologie und ihrer Mediennutzung. Somit reduziert sich die Erstellung eines gesamtgesellschaftlichen Begründungszusammenhangs mit seiner historisch fundierten Kritik zu einer eindimensionalen Untersuchung von öffentlicher Meinung, Massenmedien und Massenwirkung als Analyse isolierter Fragmente, die als Aggregate gesellschaftlicher Information eine systematische, historisch fundierte Entwicklung von Ideen oder Institutionen der gesellschaftlichen Kommunikation ersetzen. Die Meinungsumfrage (public opinion polling) ist ein typisches Beispiel einer aktualitätsbewussten, unmittelbaren Reaktion ohne inneren Bezug auf die Komplexität akuter gesellschaftlicher (oder politischer) Probleme.

Das heisst, die Erkenntnis historisch bedingter Trends oder einer systematischen Entwicklung der Kommunikation, zum Beispiel, ist einer kurzzeitig relevanten Beobachtung empirisch verifizierbarer Kommunikationsverhalten gewichen. Definitionen sozialer oder kultureller Phänomene beruhen auf empirisch verifizierbaren Fakten, die wiederum die konkrete Basis einer sozialwissenschaftlichen Kategorisierung (und Generalisierung) sozialen Handelns bilden, das sich in Kommunikation konstituiert und durch Medien reproduziert.

Eine weitere Konsequenz der empirischen Kommunikationsforschung jener Zeit war nicht die Wendung zur Auftragsforschung an sich – und damit zu einer Abwanderung in die lukrative Marktanalyse der kapitalistischen Industriegesellschaft, ähnlich den ökonomischen Bedürfnis-

sen nach konkreter Information zum Medienkonsum in der Entwicklung der Massenkommunikationsforschung in den Vereinigten Staaten – sondern ihr Einfluss auf die Thematik (oder Definition) der Medienforschung. Aktualität oder Zeit, Popularität (von Ideen) und Gegenwartsdenken sind die erfolgreichen Auslöser einer kooptierten Massenkommunikationsforschung, die sich (in leichter Abwandlung der Lasswell-Formel) aus der Frage «Wer erforscht was für wen und mit welchen Mitteln?» konstituiert.

Mit anderen Worten, die Untersuchung publizistischer Bedingtheit sozialer, politischer, ökonomischer oder kultureller Veränderungen einer Gesellschaft konzentrierte sich auf den Einsatz einer funktionalen Publizistikwissenschaft, die – ganz im Sinne der modernen Massenkommunikationsforschung – Aktualität schätzt und Information privilegiert.

So identifizierte sich die «neue» Publizistikwissenschaft mit dem Begriff der Massenkommunikationsforschung als Medium der politischen Rehabilitierung und Garant einer neuen Respektabilität durch einen Anschluss an die traditionelle amerikanische Sozialforschung, die von einem technischen Erkenntnisinteresse getragen wurde. Unter diesen Bedingungen avancierte die Meinungsforschung zum prominentesten internationalen Beitrag der Publizistikwissenschaft, in dem die Vision der Schweigespirale an die Prominenz der Lasswell-Formel erinnerte.

Diese Erneuerungsstrategie der Publizistikwissenschaft jedoch war nicht nur Imagepflege mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Kompetenzen oder kreative ahistorische Selbstdarstellung, sondern Ausdruck einer auf die Gegenwart gerichteten neuen Wissenschaft, die im Umgang mit empirischen Daten keiner Aufarbeitung der Vergangenheit bedurfte.

Die ideologische Stärke dieser Überzeugung, die das Weltbild der «neuen» Publizistikwissenschaft für Jahre bestimmen sollte, ist nicht zu unterschätzen. Sie wurde in späteren Jahren erfolgreich durch eine aggressive Personalpolitik unterstützt (oder abgesichert), die mit Stellenbesetzungen unter politischen sowie wissenschaftsideologischen Gesichtspunkten nicht nur Kontinuität und Stabilität gewährleistete, sondern den konservativen Einflussbereich vergrößerte und alternative Ansätze zu einer kritischen Publizistikwissenschaft erfolgreich marginalisierte.

Keine Vergangenheit?

Hans Heinz Fabris

Die Frage nach dem Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft, vor allem aber dem Fortwirken dieser Phase der Geschichte des Faches im deutschsprachigen Bereich, den möglichen Einflüssen auf aktuelle Entwicklungen, beinhaltet auch heute noch einige Brisanz, wie die jüngste Diskussion innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft gezeigt hat. Sie stellt sich allerdings unterschiedlich je nach dem Grad der persönlich-biographischen Betroffenheit, dem Wissenschaftsverständnis und nicht zuletzt spezifischer Standort-Bezüge von Instituten oder Wissenschafts-Traditionen.

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der im Titel dieses Sammelbandes angesprochenen Problematik der «Schweigespirale» im Zusammenhang mit der Verwicklung des Faches in die NS-Katastrophe aus einer speziell Salzburger Perspektive. Ich beziehe mich damit auf persönliche Reflexionen, eigene Arbeiten zur Fachgeschichte in Österreich sowie Recherchen hinsichtlich der Relevanz des Themas für Salzburger Abschlussarbeiten.

Vorzug der späten Geburt?

Das – durchaus problematische – Schlagwort der «Gnade der späten Geburt» scheint zumindest auf den ersten Blick angesichts des Gründungsjahres (1969) des Salzburger «Institutes für (damals) Publizistik und Kommunikationstheorie» sowie der unmittelbaren Vorgeschichte in den sechziger Jahren einige Plausibilität beanspruchen zu können. Auch institutionell sind in Salzburg, wo die alte Universität nach einer längeren Unterbrechung erst 1962 wieder errichtet wurde, kaum direkte Bezüge zur Zeit des Nationalsozialismus zu erkennen. Nur indirekt lässt sich ein Zusammenhang zu der in den dreissiger Jahren während des Austrofaschismus entwickelten Absicht herstellen, in Salzburg – übrigens genau in jenem dem katholischen Pressverein gehörenden Haus in der Sigmund Haffner Gasse 18, in dem später das Institut eingerichtet wurde – eine Art zeitungswissenschaftlicher Forschungsstelle zu etablieren, die sich mit der Analyse und wohl auch Abwehr der damals massiven nationalsozialistischen Propagandaoffensive Deutschlands gegen Österreich befassen sollte.¹ Sowohl die Früh- wie die Vorgeschichte der (Wieder-)Gründung der Salzburger Universität waren eng mit dem katholischen Universitätsgedanken verbunden. In Salzburg, dem «Rom des Nordens», bedeutete dies vor und auch nach der Annexion Österreichs durch das «Dritte Reich», trotz gewisser ideologischer und auch personeller Übereinstimmungen durchaus einen bewussten Gegensatz zum Nationalsozialismus. Salzburg war in der NS-Zeit aber auch als Medienstandort deutlich «zurück gestuft» worden; so war der Reichssender München für das Salzburger Gebiet zuständig und war auch die Presselandschaft bei Kriegsende mehr als verödet.

In der Zeit nach 1945 waren es besonders die Bemühungen der Kirche, des Katholischen Universitätsvereins und der Salzburger Landesregierung, die zur (Wieder-)Errichtung der Salzburger Universität als nunmehr staatlicher Einrichtung führten. An der Entscheidung für eine Publizistik-Professur waren vor allem der frühere Chefredakteur der «Salzburger Nachrich-

¹ Persönliche Mitteilung an den Verfasser durch den späteren Salzburger ORF-Landesintendanten Becker.

ten» René Marcic, später einer der wichtigsten «Männer der ersten Stunde» der neuen Universität, Ordinarius für Rechtsphilosophie und Politische Wissenschaft und erster interimsmässiger Vertreter der neuen Publizistik-Professur, sowie Otto B. Roegele von München aus beteiligt. Hier wäre insofern eine Kontinuitätslinie zur NS-Vergangenheit zu finden, als René Marcic in jungen Jahren in Diensten des kroatischen Ustascha-Regimes im damaligen Berliner Konsulat tätig war und auch die «Salzburger Nachrichten» eine Reihe von «belasteten» Journalisten in ihren Reihen hatten. Kontinuität hatte hier, betrachtet man das umfangreiche publizistische, rechts- und staatsrechtliche Werk von Marcic, vor allem der rechtskonservative Ordo-Gedanke.

Personelle Kontinuität zur NS-Zeitungswissenschaft in den sechziger Jahren verkörperte auch Kurt Paupié², der in den sechziger Jahren einige Semester in Salzburg Lehrbeauftragter und wohl auch ein ernster Anwärter auf die neu geschaffene Professur war; sein Lehrranggebot hat sich – nach den Erinnerungen des Autors – auf die österreichische Pressegeschichte konzentriert. Die meisten anderen Lehrbeauftragten kamen, wie Roegele oder Hans Wagner, aus dem Münchner Institut. Im Bereich Film war mit Franz Zöchbauer ein Exponent der katholischen Erwachsenenbildung tätig. Berufen wurde nach Salzburg schliesslich Günter Kieslich, der in Münster studiert und als Assistent zu arbeiten begonnen hatte, bevor er (vergeblich) versuchte, sich bei Dovifat in Berlin zu habilitieren und später als Pressereferent der Deutschen Kultusministerkonferenz nach Bonn ging. Nach seinem frühen Tod 1971 folgte ihm zwei Jahre später Michael Schmolke, ebenfalls aus dem Münsteraner Institut. Die Münsteraner Tradition wurde in Salzburg u.a. insofern wirksam, als sie ein Verständnis des Faches als empirische Sozialwissenschaft und – vor allem durch Günter Kieslich – den Praxisbezug förderte. Die Stellung zum Nationalsozialismus und zur nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft war in Münster besonders durch Walter Hagemann, im Sinne des Selbstverständnisses eines Neubeginns des Faches, geprägt worden.³ In diesem Sinne haben sich sowohl Kieslich wie Schmolke immer wieder mit der nationalsozialistischen Publizistik auseinandergesetzt. Die NS-Vergangenheit des Faches wurde dabei wohl vor allem als «Belastung» empfunden, an der das klein gehaltene Fach noch bis in die siebziger Jahre zu leiden hatte.

Anstösse zur Beschäftigung mit der NS-Zeit sind in der Folge von Michael Schmolke vor allem in mediengeschichtlichen Seminaren und Vorlesungen erfolgt. Anfang der siebziger Jahre war das NS-Thema und war auch die Rolle des Faches immer wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen studentischen Fraktionen. Ein Beispiel dafür war die Person Elisabeth Noelle-Neumanns. In diesen Kontext ist auch die Dissertation von Georg Rohrecker (unter der Betreuung des Autors) einzuordnen, die sich von einem historisch-materialistischen Standpunkt aus kritisch mit der Entwicklung des Faches in Deutschland bis 1933 befasste und nicht zuletzt die Kontinuitäten politisch-ideologischer Einflüsse und ökonomischer Abhängigkeiten von Medien wie Medienwissenschaft reflektierte.⁴

In der Folgezeit waren es etwa das Wiederaufflackern neonazistischer Aktivitäten sowie das Phänomen des Rechtspopulismus, die vor allem vom Autor dieses Beitrages in Lehrveranstaltungen und Abschlussarbeiten dazu genutzt wurden, Kontinuitäten der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis nachzugehen.

Eine Durchsicht der Salzburger Abschlussarbeiten (Diplomarbeiten und Dissertationen) bezüglich einschlägiger Themen entweder zur Fachgeschichte oder zur NS-Zeit lässt allerdings

² Wolfgang Duchkowitsch: *Von Karl Oswin Kurth zu Kurt Paupié. Eine Geschichte ideologischer Konformität?* In: *Medien & Zeit* 17 (2002), 2-3, 140-150.

³ Walter J. Schütz: *Neuanfang mit brauner Lektüre. Studienbedingungen nach 1945 – ein Erfahrungsbericht.* In: *Medien & Zeit* 17 (2002), 2-3, 85-91.

⁴ Georg Rohrecker: *Der Einfluss der (politischen und ökonomischen) Entwicklung der Gesellschaft auf die Wissenschaft – am Beispiel der deutschen Zeitungswissenschaft vor 1933/34.* Phil. Diss., Salzburg 1979.

erkennen, dass die mit der «Schweigespirale» implizierte These der dominanten «Abwehrhaltung» des Faches gegenüber diesem Thema auch für Salzburg einige Evidenz beanspruchen kann. Von 1969 bis zum Ende der neunziger Jahre sind es kaum zwanzig (von rund tausend) Arbeiten, die hier zu nennen wären. Kritisch und systematisch mit der (frühen) Geschichte des Faches beschäftigte sich nur die bereits angeführte Dissertation von Georg Röhrecker. Rund zehn Arbeiten hatten historische Themen im Zusammenhang mit der NS-Publizistik oder ihren Exponenten – wie etwa Otto Dietrich⁵ – zum Gegenstand. Ein halbes Dutzend Titel betreffen Arbeiten aus dem Themenkomplex Kontinuitäten zur NS-Zeit, Publizistik der Emigration, Antifaschismus. Benjamin Link⁶ befasste sich etwa mit der österreichischen Emigrantenpresse in New York, Brigitte Rodler⁷ und Gerlinde Neureiter⁸ mit den Auswirkungen der NS-Politik auf Salzburger Printmedien. Ein wichtiges Thema behandelte Wolfgang Amanshauser⁹, der anhand von Gerichtsakten Fälle von Verurteilungen wegen sogenannten «Feindsender-Hörens» untersuchte. Margit Öppmayr¹⁰ beschäftigte sich mit der Bedeutung des antifaschistischen Liedes, Markus Gusenbauer¹¹ mit der politischen Kommunikation des neuen Rechtsextremismus. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang vor allem die umfangreiche Studie von Fritz Hausjell¹² über personelle Kontinuitäten im österreichischen Journalismus vor und nach 1945, die wesentlich dazu beigetragen hat, die Journalismus-Kultur in Österreich bis weit in die sechziger Jahre hinein neu zu verstehen und zumindest teilweise eine De-Konstruktion zahlreicher Klischeevorstellungen bezüglich der journalistischen Berufsgeschichte zur Folge hatte.

Auch wenn man davon ausgehen muss, dass Aspekte des Themas in einer Reihe weiterer Arbeiten zumindest am Rande gestreift worden sind und die Themenwahl durch die Studierenden in aller Regel von deren individuellen Interessen gesteuert wurde, lässt sich doch insgesamt eine eher ernüchternde Bilanz ziehen, wonach sowohl die Beschäftigung mit der Fachgeschichte – speziell in der Zeit des Nationalsozialismus – als auch die NS-Publizistik und -Propaganda eine insgesamt nur geringe Aufmerksamkeit gefunden haben.

Betrachtet man die Forschungsaktivitäten des Institutes beziehungsweise seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, wären – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die Salzburger Regionalgeschichte der Medien inklusive einer ausführlichen Behandlung der NS-Zeit von Michael Schmolke¹³ und das vom Autor dieses Beitrags geleitete Projekt zur österreichischen «Medienkultur» mit einer Reihe von Einzelstudien sowie einige wenige Arbeiten zur Geschichte des Faches in Österreich zu nennen. So habe ich mich 1974¹⁴ unter anderem mit den Folgewirkungen des Austrofaschismus und der nationalsozialistischen Wissenschaftssteuerung auf die

⁵ Thomas Steinmaurer: *Otto Dietrich, der Reichspressechef des Dritten Reiches*. Diplomarbeit, Salzburg 1989.

⁶ Benjamin Link: *Die österreichische Emigrantenpresse in den Subkulturen von New York City 1942-1948*. Phil. Diss., Salzburg 1972.

⁷ Brigitta Rodler: *Die Salzburger Presse vor und nach dem Anschluss an das Dritte Reich. Eine Fallstudie zur Erforschung der österreichischen Presse*. Phil. Diss., Salzburg 1971.

⁸ Gerlinde Neureiter: *Die Geschichte des «Salzburger Volksblattes» von 1870-1942*. Phil. Diss., Salzburg 1985.

⁹ Wolfgang Amanshauser: *Fluchtversuche aus einem geschlossenen Mediensystem. Die Verordnung über ausserordentliche Rundfunkmassnahmen vom 1. September 1939. Ihre Entstehung, ihre Bedeutung und ihre Auswirkungen im Reichsgau Salzburg 1939 bis 1945*. Phil. Diss., Salzburg 1974.

¹⁰ Margit Öppmayr: *Geschichte und aktuelle Bedeutung des antifaschistischen Liedes in Österreich*. Phil. Diss., Salzburg 1985.

¹¹ Markus Gusenbauer: *Dimensionen der politischen Kommunikation des Rechtsextremismus. Mit einer Analyse von «Aula», «Halt», «Der Kamerad»*. Diplomarbeit, Salzburg 1997.

¹² Friedrich Hausjell: *österreichische Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947). Eine kollektivbiographische Analyse ihrer beruflichen und politischen Herkunft*. Phil. Diss., Salzburg 1985.

¹³ Michael Schmolke: *Das Salzburger Medienwesen*. In: Heinz Dopsch (Hg.): *Geschichte Salzburgs. Stadt und Land*.

¹⁴ Hans Heinz Fabris: *Medienforschung in Österreich*. Wien 1974, bes. 37-43.

primär medienhistorische Ausrichtung des Faches und die enorme zeitliche «Verspätung» im Vergleich mit der Entwicklung anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen beziehungsweise der Etablierung des Faches in anderen Ländern auseinandergesetzt. In einem 1983 in der *Publizistik* und später auch in Buchform¹⁵ publizierten Artikel, der auf den Text eines Referates im Rahmen des Bewerbungsverfahrens am Wiener Institut zurück geht, wurde dieser Gedankengang unter dem Titel «Österreichs Beitrag zu Kommunikationswissenschaft und -forschung: zwischen Aufbruch und Verhinderung» weiter verfolgt¹⁶: inzwischen waren erste einschlägige Arbeiten, etwa von Arnulf Kutsch¹⁷ über Karl Kurth, den ersten «Wiener» Professor für Zeitungswissenschaft, veröffentlicht worden. «Fasst man diese ersten Anfänge des Faches in Österreich zusammen», habe ich damals formuliert,

fällt auf, wie nachhaltig der Einfluss staatlicher und politischer Interessen gewesen ist; welch geringen Spielraum, welch geringe Möglichkeiten die Wissenschaft besessen hat, autonom ein eigenständiges Profil zu entwickeln; wie geringe Impulse von den Medien und von den Berufsorganisationen ausgegangen sind; wie stark die Anlehnung an die in Deutschland sich etablierende und wenig später vom Nationalsozialismus als ‚Führungswissenschaft‘ in Dienst genommene Zeitungswissenschaft war; wie unbedeutend andererseits Einflüsse auf die Fachentwicklung einzuschätzen sind, die zur gleichen Zeit in der Psychologie, der Psychoanalyse, der Soziologie, Ökonomie, Philosophie, aber auch der Filmkritik, Kunst- und Musiksoziologie zu einer erst heute wiederentdeckten Blüte des Kultur- und Geisteslebens im Wien der zwanziger und frühen dreissiger Jahre geführt hatten. Die Orientierung an Geschichts- und Literaturwissenschaft und die enge Anbindung an aktuelle politisch-ideologische Interessen haben die frühe Zeitungswissenschaft in Österreich – rückblickend betrachtet – in eine Sackgasse geführt. Die politische ‚Belastung‘ des Faches hat eine Neuentwicklung auch nach 1945 lange Zeit behindert und so zu einer ‚doppelten Verspätung‘ – einerseits durch die Phase 1934/1938/1945 und anschließend durch die Nachkriegsentwicklung – der sozialwissenschaftlichen Orientierung als Kommunikationswissenschaft beigetragen. Ausserdem ist die Publizistikwissenschaft personell und institutionell ein ‚kleines‘ Fach geblieben.¹⁸

Hier wurde auf die österreichische Besonderheit der Erfahrung mit zwei Diktaturen – zunächst im Austrofaschismus zwischen 1934 und 1938 und nach der Annexion Österreichs durch NS-Deutschland von 1938 bis 1945 – sowie die nach-nationalsozialistische Zeit bis in die sechziger Jahre hinein, kritisch Bezug genommen. Kontinuitäten wurden deutlicher als die historisch bedingten Brüche gesehen. Fachgeschichtlich ist diese Entwicklung inzwischen vor allem durch Arbeiten am Wiener Institut bis in viele Details erforscht und gut nachvollziehbar. Lange Zeit war dies allerdings ein Tabu-Thema, an das kaum jemand «anzustreifen» unternommen hatte.

Persönliches Fazit

Als Geburtsjahrgang 1942, demnach mit einer deutschen Geburtsurkunde, habe ich wenige direkte Erinnerungen an Krieg und NS-Zeit, allerdings reichlich Erfahrungen im Zusammenhang mit den Verwicklungen der Eltern, von Verwandten wie Bekannten in das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus sowie der langen Zeit des Post-Nationalsozialismus im Österreich der

¹⁵ Wolfgang R. Langenbacher (Hg.): *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Textbuch zur Einführung*. Wien 1986.

¹⁶ Hans Heinz Fabris: *Österreichs Beitrag zu Kommunikationswissenschaft und -forschung: Zwischen Aufbruch und Verhinderung*. In: *Publizistik* 28 (1983), 2, 204-220. Wieder veröffentlicht in Langenbacher, *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft*, 25-39.

¹⁷ Arnulf Kutsch: *Karl Oswin Kurth (1910-1981)*. In: *Publizistik* 26 (1981), 3, 397-413.

¹⁸ Fabris, *Österreichs Beitrag zu Kommunikationswissenschaft und -forschung*, 207.

Zweiten Republik nach 1945, dem Fortwirken struktureller, geistig-ideologischer wie personeller Kontinuitäten, auch im Bildungssystem. Die «Spirale des Schweigens» hat bis in die sechziger Jahre und darüber hinaus die Aufarbeitung der Vergangenheit nachhaltig behindert; dies gilt für das ganze Land wie für die eigene Lebensgeschichte. Sie ist nur selten, etwa im Geschichtsunterricht während der beiden letzten Klassen der Mittelschule, und später durch eigene Lektüre-Entdeckungen durchbrochen worden.

Erst die in Österreich mit Verspätung spürbare Studentenrevolte der 68er hat in Verbindung mit der allmählich einsetzenden zeitgeschichtlichen Forschung nach und nach Licht in das wissenschaftsgeschichtliche Dunkel zu bringen vermocht – das im Übrigen nicht zuletzt auch die Zeit des Austrofaschismus betraf. Die Diskussion um die politische Rolle der Wissenschaft habe ich dann vor allem im Zusammenhang mit den in der Politikwissenschaft – damals in Österreich gleichfalls eine neue und heftig umstrittene Disziplin – geführten Debatten aktiv mitverfolgt. Weder seitens der Wiener Zeitungswissenschaft beziehungsweise Publizistik noch von den in Salzburg lehrenden Fachvertretern habe ich etwas über die nationalsozialistische Zeitungswissenschaft erfahren; es sei denn ein Bedauern über die aus der Vergangenheit resultierende «Belastung» des Faches. Über die Rolle von Noelle-Neumann oder Ronneberger gab es erst relativ spät «Gerüchte». Dies alles passte auch gut in die Ouasi-Staatsdoktrin des «neuen» Österreich nach 1945, das «erste Opfer Hitlers» gewesen und damit anders als Deutschland frei von (Mit-)Verantwortung zu sein. Eine «linke» Orientierung schien mir zudem die sichere Gewähr dafür zu bieten, dass eine Wiederholung der NS-Zeit nicht mehr zu befürchten wäre.

Dies hat sich erst in den achtziger Jahren, im Gefolge der sogenannten Waldheim-Debatte, zu ändern begonnen. Viel habe ich auch aus der Arbeit Fritz Hausjells über die nur teilweise geglückte Entnazifizierung und die fortdauernde personelle Kontinuität im österreichischen Journalismus gelernt.

Als (vorläufiges) persönliches Fazit möchte ich formulieren, dass

- die Dominanz der «Schweigespirale» als vorherrschende Haltung des Faches gegenüber seiner eigenen Vergangenheit auch in Salzburg erstaunlich wirksam gewesen ist;
- die Kontinuität zur NS-Zeit vor allem in personeller Hinsicht im österreichischen Journalismus beträchtlich war, das Schweigen eines Grossteils der österreichischen Medien zur NS-Vergangenheit über lange Zeit zu erklären vermag und die journalistische Kultur nachhaltig geprägt hat;
- strukturell nicht zuletzt die enge Orientierung an der deutschen Publizistikwissenschaft in personeller wie inhaltlicher Hinsicht ungebrochen erscheint;
- die Haltung des «Unpolitischen», als eine der häufigsten Reaktionen auf die eigene «belastete» Vergangenheit, bis heute von vielen Kolleginnen im Fach vertreten wird, was auch mit wissenschaftstheoretischen Positionen und – aktuell – der weitgehenden Absenz bezüglich Stellungnahmen zu medienpolitischen Entwicklungen zu tun hat.

Die NS-Vergangenheit des Faches «zwischen Instrumentalisierung und Identitätskrise, zwischen Anpassung und Verweigerung»¹⁹ aufzuarbeiten, scheint mir ein für die künftige Entwicklung wichtiges und überfälliges Vorhaben zu sein. Wünschenswert erscheint es mir allerdings auch, den Diskurs über unterschiedliche aktuelle Instrumentalisierungsversuche aufzunehmen, den ich zur Zeit – fast überall – vermisste.

¹⁹ Editorial. In: *Medien & Zeit* 17 (2002), 2-3, 3.

«Im schweizerischen Erdreich verwurzelte Wissenschaft»

Zur Fachgeschichte der Journalistik und Zeitungskunde in der Schweiz vor 1945

Peter Meier/Roger Blum

«Blutsäufer, Geiselmordbestie, faschistische Verbrecherbande, Mordgesellen, Bluthunde, Massenmörder, Galgengesindel, Henker, Mordanführer, Diktaturbestien usw.» – die Liste jener Ausdrücke, «die die Herren Redaktoren aus ihrem Wortschatz unbedingt streichen müssen, wenn sie über das Volk, Minister, Regierungen und Staatsoberhäupter des Auslandes berichten» war lang.¹ Und sie hatte einen konkreten Anlass, als sie 1935 auf Geheiss des Bundesrates und unter Androhung angemessener Massregelungen den Redaktionen der Schweizer Zeitungen bekannt gemacht wurde: Der nach dem Reichstagsbrand und insbesondere nach dem Röhmputsch ausbrechende Pressekonflikt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Schweiz drohte Mitte der 30er Jahre immer mehr zu eskalieren. Praktisch alle bedeutenden deutschsprachigen Zeitungen der Schweiz waren zu diesem Zeitpunkt in Deutschland bereits verboten, und die von der Nazi-Propaganda geschürte These der Blutschuld der Schweizer Presse offenbarte der Eidgenossenschaft das steigende Bedrohungspotential, das von der braunen Diktatur nördlich des Rheins ausging.² Angesichts dieser Gefahr wurden auch in der Schweiz die Stimmen zunehmend lauter, die aus Furcht vor Vergeltung nach einer rigorosen Beaufsichtigung der Presse riefen.

Die nationalsozialistische Auffassung, wonach die Neutralität eines Staates auch für dessen Presse verpflichtend sei, wies die offizielle Schweiz dabei zwar ebenso entschieden zurück wie alle Versuche Deutschlands, ähnlich wie in Österreich ein Stillhalteabkommen gegenüber den deutschen Propagandaoffensiven abzuschliessen. Doch erliess die um Entspannung bemühte Schweizer Regierung aufgrund dessen bereits Mitte der 30er Jahre erste Massnahmen gegen den «Missbrauch der Pressefreiheit», um «besonders schwere Ausschreitungen» zu verhindern, die drohten, «die guten Beziehungen der Schweiz zu andern Staaten» – und insbesondere Deutschland – zu gefährden.³ Redaktionen und Presseverbände protestierten in der Folge aufs Heftigste gegen diese staatliche Bevormundung, welche die demokratische Pressefreiheit einschränkte. Der Bundesrat hielt jedoch an seiner Haltung fest und sollte diese später auch während des Zweiten Weltkriegs weiterverfolgen. In dieser Phase – die Zeit des Nationalsozialismus 1933-45 – trat die wissenschaftliche Zeitungskunde und Journalistik in der Schweiz ins Frühstadium ihrer akademischen Institutionalisierung. Vor 1939 konnte das Fach erst an der Universität Zürich belegt werden, wo seit 1923 mit dem «Journalistischen Seminar» auch das erste und bis dahin einzige zeitungskundliche Institut an Schweizer Hochschulen bestand. Im Zweiten Weltkrieg wurde die neue Disziplin auch an den Universitäten Bern und Freiburg

¹ Zirkularschreiben der konsultativen Pressekommission des Bundesrates zuhanden der Redaktionen vom 7.10.1935 (zit. nach Karl Weber: *Die Schweiz im Nervenkrieg. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933-1945*. Bern 1948, 55).

² Vgl. Max Nef: *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945*. Bern 1946, 14.

³ Bundesratsbeschluss betreffend Massnahmen gegen den Missbrauch der Pressefreiheit vom 26.3.1934.

langfristig eingeführt, nachdem frühere Versuche gescheitert waren. Im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und journalistischer Praxis suchte das junge Fach nach seinem akademischen Standort und kämpfte um seine wissenschaftliche Reputation an der Alma Mater. Mit Karl Weber stellte sich dabei sein wichtigster Repräsentant voll in den Dienst der geistigen Landesverteidigung.

Politische Entwicklung als Triebfeder

Dem erwähnten Pressekonflikt in der Vorkriegszeit kam in mehrfacher Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Zum einen zwang er die Schweiz zu einer ersten Entscheidung, welche Haltung sie gegenüber dem totalitären Deutschland einnehmen wollte. Zum andern drängte er dem Land eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Rolle und Aufgaben der Presse in der Demokratie und die staatstragende Bedeutung der Pressefreiheit auf.⁴ Und drittens wurde in diesem Zusammenhang schliesslich auch in der Schweiz die Frage nach Art und Umfang der massenmedialen Meinungsbeeinflussung virulent. Propaganda bzw. deren wirksame Bekämpfung wurde nun als Instrument der Politik eingehend erörtert. Dabei bildete die Verantwortung der Presse und – eng damit verbunden – die Ausbildung der Journalisten einen der zentralen Diskussionspunkte.

Der «Verein der Schweizer Presse» (VSP), die Standesorganisation der Schweizer Journalisten, war sich der Problematik bewusst und versuchte, mit erhöhten Anforderungen «an die charakterlichen und beruflichen Voraussetzungen der Mitgliedschaft» den Berufsethos zu heben.⁵ Eine formalisierte Berufsbildung existierte jedoch zum Leidwesen vieler Kritiker nicht, was einer Verbesserung des schlechten Images des Journalistenberufs, der als Auffangbecken für Leute galt, die ihren Beruf verfehlt hatten⁶, nicht eben zuträglich war. Waren die Mängel des dominierenden zeitgenössischen Ausbildungsprinzips des «learning by doing» zuvor in erster Linie das Problem eines Berufsstandes, so machte sie der Pressekonflikt mit Deutschland zu einem des Staates: «Die Presse in die staatspolitische Verantwortung nehmen» – das war denn auch im Jahrzehnt zwischen 1935 und 1945 das dominierende medienpolitische Schlagwort. Vor allem Oscar Wettstein, bis in die 30er Jahre wichtigster Schweizer Vertreter der universitären Zeitungskunde, machte in diesem Zusammenhang immer wieder auf die ungenügende moralische und berufliche Qualifikation der Presse aufmerksam. Der Dozent an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich versprach sich – ganz im Geist der Zeit – von der wissenschaftlichen Durchdringung des Berufsstandes dessen sittliche Läuterung und geistige Vervollkommnung.⁷

Journalismus war für Wettstein, der selbst während 20 Jahren als Chefredaktor die *Zürcher Post* zu einem der führenden Blätter der demokratischen Partei gemacht hatte, nicht nur ein blosser Beruf, sondern vielmehr Berufung. Erst eine universelle Bildung, so Wettstein, ermögliche es dem Journalisten, seinen grossen Aufgaben gewachsen zu sein. Er müsse «ein Stück Philosoph» sein, «die Schulung seines Geistes muss soweit gehen, dass er Wert und Unwert auch bei Dingen unterscheiden kann, die nicht den Gegenstand seiner besonderen Studien gebildet haben. Nur so steht er, was die Voraussetzung jeder gedeihlichen redaktionellen Tätig-

⁴ Vgl. hierzu weiterführend etwa Georg Kreis: *Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg*. Frauenfeld 1973.

⁵ Werner Bickel: *Der Verein der Schweizer Presse 1933-1958*. In: Verein der Schweizer Presse (Hg.): *Schweizer Presse 1933-1958*. Bern 1958, 11-42 (hier: 11).

⁶ Vgl. etwa Oscar Wettstein: *Die Tagespresse in unserer Kultur*. Antrittsvorlesung, gehalten am 31.10.1903 an der Hochschule Zürich. Zürich 1903 sowie ders.: *Zeitungskunde als wissenschaftliches Fach. Aus der Festschrift der Dozenten der Universität Zürich*. Zürich 1914.

⁷ Vgl. etwa Abschiedsvorlesung von Ständerat Dr. O. Wettstein. Separatdruck aus dem Bulletin des Schweizerischen Zeitungsverlegervereins Nr. 159, Luzern 1938.

keit ist, über den Dingen. Die geistige Schulung, die dazu notwendig ist, erwirbt man sich auf der Universität.»⁸

Eine Presse, die sich ihrer Aufgabe und Verantwortung gerade in solch spannungsgeladenen Zeiten bewusst sei, konnte für Wettstein daher nicht mit amtlichen Massnahmen erzwungen werden, wie dies der Bundesrat ab Mitte der 30er Jahre versuchte. Denn dem eigentlichen Problem sei mit einer solchen medienpolitischen Symptombekämpfung nicht beizukommen. Zweifellos, pflichtete auch Ernfried Eduard Kluge, Schüler Wettsteins und während über 30 Jahren Assistent am Zürcher Journalistik-Institut, den zahlreichen zeitgenössischen Medienkritikern bei, begehe die Schweizer Presse Sünden. Doch die Ursache solcher Auswüchse liege nicht in der Pressefreiheit begründet, sondern diese seien «Beweise für einen Mangel an demokratischem Fühlen und Denken».⁹ Den Journalisten fehle es an Takt, an Erziehung, an Einsicht und Verantwortungsgefühl, und die Leserschaft sei weder Urteils- noch kritikfähig: «Fehler, denen mit gesetzlichen Vorschriften und Repressalien nicht beizukommen ist. Das ist nur möglich auf dem Wege der Erziehung – der Erziehung sowohl der Journalisten als auch des Lesepublikums.»¹⁰

Darin sah die in diesen Jahren erst nach und nach aufkommende Fachdisziplin denn auch eine ihrer Hauptaufgaben. Und nur so schien sich die Journalistik und Zeitungskunde an der Universität auch erst rechtfertigen zu lassen: Wenn das rein wissenschaftliche Erkenntnisinteresse ergänzt wurde um berufsbezogene Ausbildungsfragen, die zu einer besseren Qualifikation eines alten Berufsstandes verhalfen. Das politische Umfeld der Zwischenkriegs- und Kriegszeit dürfte damit die Institutionalisierung der Journalistik und Zeitungskunde in der Schweiz wesentlich gefördert haben¹¹, wengleich sich Kritiker aus der Praxis und gelehrte Verfechter einer universitären Zeitungskunde einig waren, dass der Journalismus an der Hochschule nicht erlernt werden könne, dort aber eben auch gar nicht erlernt werden solle. «Unser Institut», stellte Wettstein daher wiederholt klar, «ist keine Berufsschule, es masst sich nicht an, Journalisten auszubilden, es will nur Vorbilden».¹² Journalistenschulen hielt der damalige Leiter des Journalistischen Seminars für ungeeignet, da diese «Zuchtanstalten» lediglich «einer blossen fachlichen Dressur» dienten. «Die journalistische Disziplin – darauf deutet schon die Universalität ihres Berufes – gehört an die Universität, nicht im Sinne der Reinzucht von Akademikern, sie soll, wie das von jeher in Zürich geschah, auch Auditoren ohne Maturität Gelegenheit zu beruflicher Ausbildung bieten.»¹³

Zwischen Praxis und Wissenschaft

Die Frage nach einer angemessenen und qualifizierten Berufsbildung für Journalisten verschärfte sich in den 30er- und 40er Jahren durch den Pressekonflikt mit Deutschland und später durch den Krieg. Doch wurde das Problem in der Schweiz bereits um die Jahrhundert-

⁸ Wettstein, *Zeitungskunde*. 15.

⁹ Ernfried Eduard Kluge: *Journalistik als Lehrfach an der Universität Zürich*. Basel 1949. Hervorhebungen im Original.

¹⁰ Ernfried Eduard Kluge: *Journalistik als Lehrfach an der Universität Zürich. Separatabdruck aus dem «Landboten» Nr. 45-47*, Winterthur 1938. Der Aufsatz bildete die Basis für die gleichnamige, allerdings stark überarbeitete und ergänzte Publikation von 1949 (vgl. Anm. 9).

¹¹ Mit rund 20 und mehr Jahren Verspätung dürfte sich in der Schweiz eine ganz ähnliche Entwicklung vollzogen haben wie in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Dort hatte insbesondere die Erkenntnis der durchschlagenden Wirkung der Propaganda die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Pressewesen begünstigt und die Etablierung der Zeitungskunde gefördert (vgl. Heinz Pürer: *Zur Fachgeschichte der Publizistikwissenschaft*. In: *Medien & Zeit* 17 (2002), 2-3, 122-139 (hier: 126)).

¹² Wettstein (wie Anm. 7). 5.

¹³ Oscar Wettstein: *Die Ausbildung des Journalisten*. In: *Gutenbergmuseum*, Heft 4, Bern 1923, 119.

wende intensiv von Praxis, Politik und Berufsverbänden diskutiert – und bildete somit denn auch gewissermassen den Ausgangspunkt für die akademische Karriere des neuen Fachs. Nachdem der spätere Begründer des ersten deutschen Institutes für Zeitungskunde in Leipzig, Karl Bücher, bereits zwischen 1884 und 1890 in Basel erste Vorlesungen über das Pressewesen gehalten hatte¹⁴, griff der VSP 1899 die Frage der journalistischen Berufsbildung auf und versuchte, die Journalistik an den schweizerischen Hochschulen als Lehrfach anzugliedern¹⁵. Die Universitäten reagierten auf das Ansinnen des Berufsverbandes indes zunächst äusserst reserviert – vorstellen konnte man sich in Genf, Lausanne, Freiburg, Bern, Basel und Zürich bestenfalls, praktische Kurse für angehende Journalisten einzuführen. Die Errichtung eines eigenen Lehrstuhls für Journalistik kam jedoch für keine Schweizer Universität in Frage.¹⁶ Das anhaltende Drängen der Berufsverbände und das erfolgreiche Beispiel des Journalistischen Seminars an der Universität Heidelberg, das Adolf Koch 1897 ins Leben gerufen hatte, bewirkten jedoch einen Meinungsumschwung: Rund drei Jahre später erklärten sich die Universitäten Zürich und Bern bereit, Privatdozenten für journalistische Fächer zuzulassen.¹⁷

In Bern nahm daraufhin PD Michael Bühler, Redaktor der Berner Zeitung *Der Bund*, ab 1903 seine Dozententätigkeit an der Philosophischen Fakultät auf, las über die «Entwicklung des Zeitungswesens» und führte gleichzeitig praktische Übungen in «Redaktions- und Nachrichtendienst der Zeitung» durch. Bühler trat 1916 von seinem Lehramt zurück, woraufhin das Fach in Bern lange Zeit verwaist blieb.¹⁸ Praktisch gleichzeitig wie Bern beschloss Zürich die Einführung der Journalistik und bot in der Folge mit «Politik» und «Feuilleton» sogar zwei Fachrichtungen mit Spezialstudiengängen an.¹⁹ Der Lehrauftrag ging an Oscar Wettstein, damals noch Redaktor der *Zürcher Post*, der sich 1903 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich habilitiert hatte.²⁰ Seine *venia legendi* umschrieb dabei mit «Geschichte, Recht und Technik der Presse» ziemlich exakt die Schwerpunkte seiner Vorlesungen, die er 1903 begann und um praktische journalistische Übungen ergänzte.²¹ Rund 20 Jahre später wurde schliesslich auf Initiative des mittlerweile in den Zürcher Regierungsrat und in den Ständerat gewählten Wettstein das «Journalistische Seminar» eingerichtet. Die Institutsgründung sollte dazu beitragen, das noch junge Fach langfristig universitär zu verankern. Bereits 1929 drohte es jedoch – ähnlich wie zuvor in Bern – zu verweisen, denn Wettstein übernahm die kantonale

¹⁴ Vgl. Theodor Curti: *Die Journalistik an Hochschulen*. In: *Zeitungs-Verlag*, Nr. 28/29, Hannover 1908.

¹⁵ Der Verband sah 1898 keine Notwendigkeit, eine besondere Berufsbildung für Journalisten einzuführen und lehnte daher Journalistenschulen ab. In einem Rundschreiben vom 6. Januar 1899 an die Schweizer Hochschulen und die Regierungen der Hochschulkantone regte er jedoch an, universitäre Seminararien für die theoretische und praktische Ausbildung der Journalisten einzuführen (vgl. Michael Bühler: *Journalistische Berufsbildung*. Bern 1902).

¹⁶ Bühler, *Journalistische Berufsbildung*, 4ff.

¹⁷ Vgl. Oscar Wettstein: *Das jüngste Kind der Alma Mater*. In: *Studien über das Zeitungswesen. Festschrift für Prof. Dr. Adolf Koch*. Frankfurt a.M. 1907, 5 (zit. nach Kluge, *Journalistik als Lehrfach*, 23).

¹⁸ Vgl. ebd., 23f. sowie Kommission für Bernische Hochschulgeschichte (Hg.): *Hochschulgeschichte Berns 1528-1984. Zur 150-Jahr Feier der Universität Bern 1984*. Bern 1984, 605. Der Berner Regierungsrat verabschiedete Ende 1903 auch einen Studienplan für Journalisten, doch blieb das Interesse an diesem Studium in der Folge zu gering, so dass das vorgesehene Fachexamen gar nicht erst eingeführt wurde. Ab 1910 wurden die Veranstaltungen Bühlers indes um presserechtliche Vorlesungen ergänzt (vgl. ebd.).

¹⁹ Der Zürcher Erziehungsrat verabschiedete im Dezember 1902 einen Studienplan für Journalistik und erklärte ihn auf den Zeitpunkt der *venia legendi* an einen Journalisten in Kraft (vgl. *Wegleitung für Studierende der Journalistik an der Hochschule Zürich vom 13.12.1902*. In: *Gesetze und Verordnungen des Kantons Zürich betreffend das Unterrichtswesen. Neue Folge, Band 2 (1902-1912)*. Zürich 1912, S. 17-18).

²⁰ Vgl. Oscar Wettstein: *Über das Verhältnis zwischen Staat und Presse mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz*. Zürich 1904.

²¹ Vgl. *Verzeichnis der Vorlesungen an der Hochschule Zürich 1903ff.* sowie Heinz Bonfadelli/Ernst Bollinger: *Entwicklung und Stand der Publizistikwissenschaft in der Schweiz*. In: Florian H. Fleck/ Ulrich Saxer/ Matthias Steinmann (Hg.): *Massenmedien und Kommunikationswissenschaft in der Schweiz*. Zürich 1987, 4. Ab 1911 bis 1919 las zusätzlich der damalige NZZ-Wirtschaftsredaktor und spätere Bundesrat Albert Meyer über «Stellung und Aufgabe der Handelpresse» (vgl. ebd.).

Erziehungsdirektion und musste sich infolgedessen von seiner Lehrtätigkeit beurlauben lassen. Seine Bemühungen um einen Nachfolger gestalteten sich schwierig, denn dieser «musste nicht nur aus der Praxis hervorgegangen sein – für die praktische Einführung in die geistige Technik der Tagespresse eine unerlässliche Vorbedingung –, sondern auch in die theoretisch-zeitungskundlichen Belange geschichtlicher und soziologischer Richtung so umfassende Einblicke besitzen, wie sie für einen akademischen Lehrstuhl Hauptfordernis sind».²² Die Wahl fiel schliesslich auf den damaligen Redaktor der *Basler Nachrichten* Karl Weber, der sich 1927 für zeitungswissenschaftliche Fächer an der Universität Zürich habilitiert hatte.²³ Weber²⁴, 1880 geboren, stammte aus Liestal, dem Hauptort des Kantons Baselland. Er studierte in Basel Geschichte, deutsche und französische Philologie und Pädagogik und arbeitete zunächst als Lehrer. 1906 erwarb er sich den Dokortitel mit der Arbeit «Die Revolution im Kanton Basel 1830-1833». Weber widmete sich in der Folge zum einen weiter der historischen Forschung und publizierte kleinere Studien, aber auch den umfangreichen Teil über das 19. und 20. Jahrhundert für die Geschichte von Baselland.²⁵ Zum andern stieg er in den Journalismus ein und war 1909-1920 Redakteur der freisinnigen *Basellandschaftlichen Zeitung*, 1920-1930 Redakteur der liberalen *Basler Nachrichten* und ab 1930 Bundesstadtkorrespondent der freisinnigen *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZX 1921-33 war er überdies Vorsitzender des VSP.²⁶ Nachdem ihm die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich die *venia docendi* für wissenschaftliche Zeitungskunde und praktische Journalistik erteilt hatte, begann Weber im Sommersemester 1928 in Zürich zu lesen. Sein Hauptaugenmerk galt dabei zunächst der Pressegeschichte und -politik sowie der Technik der Tagespresse und praktischen journalistischen Übungen.²⁷ Zehn Jahre darauf wurde Weber zum Titularprofessor ernannt und übernahm den Lehrstuhl des zurücktretenden Oscar Wettstein, der im Februar 1938 nach 35-jähriger Lehrtätigkeit seine Abschiedsvorlesung hielt.²⁸

Mit der Ernennung Webers sowie dem Ausbau des Fachangebotes²⁹ wurde die Journalistik und Zeitungskunde an der Universität Zürich endgültig institutionalisiert – wissenschaftlich etabliert hatte sich die junge Disziplin damit aber noch lange nicht. Daran änderte zunächst auch die Tatsache nichts, dass das Fach 1942 gleich an zwei weiteren Schweizer Hochschulen eingeführt wurde. An der Universität Freiburg lehrte fortan Emil F.J. Müller-Büchi³⁰, ursprünglich Historiker und Redaktor bei katholisch-konservativen Zeitungen, «Zeitungskunde und Publizistik» und hielt Vorlesungen, Seminarien und Praktika speziell auch zur katholischen Publizistik.³¹ In Bern waren die Bestrebungen, das seit 1916 verwaiste Fach wieder einzuführen, ab

²² Ernfried Eduard Kluge: *Professor Karl Weber, Dozent für Zeitungswissenschaft an der Universität Zürich zu seinem 60. Geburtstag am 23. Februar 1940*. In: *Bulletin des Schweizerischen Zeitungsverlegervereins Nr. 180*, Luzern, Zürich 1940, 19-25 (hier: 19).

²³ Vgl. Karl Weber: *Die schweizerische Presse im Jahre 1848*. Basel 1927.

²⁴ Zur Biographie ausführlich Fritz Klaus: *Karl Weber als Geschichtsschreiber*. In: *Baselbieter Heimatbuch Bd. IX*. Liestal 1962, 7-18.

²⁵ Karl Gauss/ Ludwig Freivogel/ Otto Gass/ Karl Weber: *Geschichte der Landschaft Basel und des Kantons Basellandschaft*. Liestal 1932.

²⁶ Drittens schrieb er Wahlkampfverse (zum Kontext vgl. Roger Blum: *Weg und Wandlung des Baselpöblers*. Liestal 1969). Festsprüche, Reiseberichte und Romane.

²⁷ Vgl. Ernfried Eduard Kluge: *Das journalistische Fach an der Universität Zürich*. In: *Festgabe zum 70. Geburtstag von Oscar Wettstein*. Zürich 1936, 153-157 (hier: 156f.).

²⁸ Vgl. Wettstein, *Abschiedsvorlesung* (wie Anm. 7).

²⁹ So wurden etwa neben neuen Vorlesungen zum Schweizer Presserecht auch Veranstaltungen zu «Technik und Aufgabe der Handelspresse» sowie eine grosse Anzahl von Spezialvorlesungen durch Medienpraktiker eingeführt (vgl. Kluge, *Journalistik als Lehrfach*, 26f.).

³⁰ Zu Müller-Büchi vgl. Florian H. Fleck: *Journalistik und Kommunikationswissenschaft*. In: Universität Freiburg (Hg.): *Emil Franz Josef Müller-Büchi, 1901-1980. In memoriam*. Freiburg 1980.

³¹ Bonfadelli/Bollinger, *Entwicklung und Stand der Publizistikwissenschaft in der Schweiz*, 6.

1939 im Gange.³² Der sozialdemokratische Berner Regierungsrat Robert Grimm, ehemaliger Landesstreikführer von 1918, hatte an einer Regierungssitzung die Frage aufgeworfen, «ob es nicht wertvoll wäre, wenn das Fach der Journalistik an der Universität wieder eine Vertretung finden könnte; die Pflege dieses Faches wäre gerade in der heutigen Zeit mit Rücksicht auf die internationalen Verhältnisse sehr wichtig.»³³ Erziehungsdirektor Rudolf verwies auf den erfolglosen Versuch, einen Dozenten zu gewinnen, liess sich aber den Auftrag geben, das Thema voranzutreiben.

Anfang 1942 notierte er, Karl Weber wäre zu haben. Als er Grimm darüber orientierte, bekannte dieser, er hätte seinerzeit an Markus Feldmann gedacht, aber Weber sei natürlich besser. Dann kam Grimm auf den politischen Aspekt einer möglichen Berufung zu sprechen: «Was wird die BGB-Partei zu Weber sagen?». Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) war die dominierende Staatspartei im Kanton Bern. Markus Feldmann, Chefredakteur der *Neuen Berner Zeitung*, war ihr Mitglied, Weber aber war freisinnig. Die Besetzung einer publizistikwissenschaftlichen Professur war in der Schweiz denn auch bereits damals von politischen Konstellationen abhängig. Und tatsächlich wurde die Dozentur schliesslich zwischen der Regierung und den beiden Kandidaten ausgehandelt: Die Juristische Fakultät, die Weber und Feldmann angehört hatte, bevorzugte Weber. Um aber Feldmann nicht vor den Kopf zu stossen und um Komplikationen zu vermeiden, stattete Erziehungsdirektor Rudolf zusammen mit Weber dessen Konkurrenten Feldmann einen Tag vor der Wahl durch den Regierungsrat einen Besuch ab, um dessen Einverständnis für die Berufung Webers einzuholen. Feldmann stimmte zu, liess aber durchblicken, dass er stattdessen eine Privatdozentur für Presserecht anstrebe.³⁴ Rudolf setzte sich für Feldmanns Anliegen ein, und die Juristische Fakultät gab ihm zu verstehen, dass sie dem Ansinnen wohlwollend gegenüberstehe. Der Regierungsrat wählte Weber am 28. April 1942 zum ausserordentlichen Professor für Journalistik mit einem Lehrdeputat von zwei Stunden und einer Jahresbesoldung von 2'000 Franken.³⁵ Weber nahm seine Berner Lehrtätigkeit im Wintersemester 1942/43 auf. Seine Vorlesungen galten ähnlich wie in Zürich der Pressegeschichte, der Zeitungsökonomie, der Medienpolitik, dem Feuilleton, den Nachrichtenagenturen, der öffentlichen Meinung, dem Presserecht, der Zeitung als Geschichtsquelle, kulturellen Problemen der Presse und «Wahrheit, Macht und Freiheit der Presse». Mehrfach griff er auch aktuelle Themen auf, so «Weltpresse und Schweizerpresse in der Kriegszeit» (Winter 1943/44), «Psychologische Probleme der Presse» (Winter 1944/45) oder «Schweizerische Pressepolitik 1933-1945» (Winter 1946/47). Daneben bot er Lehrveranstaltungen mit Übungen an, etwa zum journalistischen Stil, zum Redaktionsdienst und zum Mitarbeiterdienst.³⁶

Karl Weber: Wissenschaft «In der Geisteshaltung des eigenen Landes»

Neben seiner journalistischen und seiner Lehrtätigkeit trat Karl Weber als wichtigster Vertreter der universitären Zeitungskunde in der Vorkriegs- und Kriegszeit aber insbesondere als Medienpolitiker in Erscheinung. In zahlreichen Publikationen und Vorträgen setzte er sich mit der Schweizer Pressepolitik auseinander und erwarb sich dabei ein Ansehen, «dass jedes Wort, das Weber schrieb, respektiert werden musste».³⁷ Der Journalistikprofessor, der in Baselland

³² Ein erster Versuch war 1930/31 gescheitert. Karl Weber kam 1930 für die NZZ ins Bundeshaus und siedelte nach Bern über, womit er auch für die Universität Bern interessant wurde. Anscheinend auf Veranlassung der Kantonsregierung behandelte die Philosophische Fakultät der Universität Bern an der Jahreswende 1930/31 die Frage einer Privatdozentur für Weber und stellte sich positiv dazu – aber Weber kam nicht: Die NZZ stellte sich quer und verhinderte und Webers Berufung (Berner Staatsarchiv BB III b 632).

³³ Berner Staatsarchiv BB III b 752.

³⁴ Vgl. Markus Feldmann: *Tagebuch 1923-1958*. Bd. 3 (1942-1945). Basel 2001, 58-61.

³⁵ Berner Staatsarchiv BB III b 752.

³⁶ Vgl. Verzeichnis der Behörden, Studienanstalten und Dozenten sowie Vorlesungsverzeichnis der Universität Bern 1942ff.

³⁷ *Oltner Tagblatt*. 24.2.1950,1.

zum rechten Flügel des Freisinns, zur «Ordnungspartei»,³⁸ zählte, galt in der Öffentlichkeit als integerer Kämpfer, der «an der Front der geistigen Landesverteidigung ganz vorn anzutreffen» gewesen sei.³⁹

Als Mitglied der Gemischten Pressepolitischen Kommission, in die ihn der Bundesrat 1941 berief, und der Pressekontrolle gehörte er zum «System», was ihn jedoch nicht daran hinderte, Kritik an der Zensurpolitik des Bundesrates zu üben. Immer wieder setzte er sich denn auch kraft seines Amtes in den Krisen- und Kriegsjahren öffentlich gegen die Beschränkung der Pressefreiheit ein, womit er einen «gewaltigen Anteil am geistigen Abwehrkampf, am Widerstand gegen Aufweichungen von aussen und innen» geleistet habe: «Er hatte als einer der ersten die volle Bedeutung des freien Wortes für die Unabhängigkeit unseres Landes eingesehen und wehrte sich oft unter schwierigen Umständen gegen militärische Bevormundung».⁴⁰ Denn die Unabhängigkeit der Presse, sollte etwa Weber 1943 dezidiert festhalten, sei ein vorgeschobenes Bollwerk der Unabhängigkeit des Landes.⁴¹ Er war überzeugt: «Ein Volk, das so lange wie das schweizerische ununterbrochen unter dem Regime der Pressefreiheit gelebt hat, kann sich unmöglich zurechtfinden in der schwülen Atmosphäre des Halbwissens und Unwissens um das politische Geschehen. Es wird von der Gerüchtesuche stärker infiziert als Angehörige eines Staates, die Ähnliches schon erlebt haben.»⁴²

Nicht alle, die sich damals oder später mit Publizistik oder Medienrecht befassten, waren in ihrer Haltung so unbeirrbar und klar wie Karl Weber. Markus Feldmann, der Konkurrent Webers für die Berner Professur, schrieb 1933 als Chefredakteur in seiner *Neuen Berner Zeitung*, dem Organ der BGB, eine wohlwollende Artikelserie über die Frontisten, in der er weder erpresserische Handlungsweisen der Erneuerungsbewegungen noch ihre Juden- und Freimaurerfeindlichkeit kritisierte.⁴³ Peter Dürrenmatt, der Webers Berner Professur als Übernächster in den sechziger Jahren übernehmen sollte, gehörte zur Nazizeit dem nationalkonservativen, faschistisch angehauchten «Bund für Volk und Heimat» sowie der Berner «Heimatwehr» an.⁴⁴ Jakob Buser, Chef des Sekretariates und des Rechtsdienstes der PTT, der an der Universität Bern ebenfalls bei der Juristischen Fakultät einen Lehrauftrag hatte und unter anderem Radiorecht las, wurde 1942 angeklagt, staatsgefährliche Propaganda betrieben und üble Nachrede begangen zu haben. Buser hatte gegenüber einem Untergebenen behauptet, es sei Grössenwahn, wenn sich die Schweiz mit so vielen Soldaten verteidigen wolle, die Maus müsse sich vor dem Elefanten ducken. Und: General Guisan sei nicht die richtige Wahl, er müsste ersetzt werden. Die Welschen taugten eh zu nichts. Das Territorialgericht 2 A sprach Buser vom

³⁸ Vgl. Roger Blum: *Stimmbürger und Parteien*. In: Fritz Klaus (Hg.): *Heimatkunde von Liestal*. Liestal 1970, 104–117; Roger Blum: *Erich Klötzlis Landratsjahre*. Liestal 1981; Sibylle Rudin-Bühlmann: *Und die Moral von der Geschicht', Parteiparole halt ich nicht. Parteigründungen im Baselbiet zwischen 1905 und 1939*. Liestal 1999.

³⁹ *Neue Zürcher Zeitung*, 232.1960, 3.

⁴⁰ Klaus, *Karl Weber als Geschichtsschreiber*. 15.

⁴¹ Zit. nach *Neue Zürcher Zeitung*, 23.2.1950, 3.

⁴² Karl Weber: *Die Schweiz im Nervenkrieg. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933–1945*. Bern 1948, 101.

⁴³ Konrad Zollinger: *Frischer Wind oder faschistische Reaktion? Die Haltung der Schweizer Presse zum Frontismus 1933*. Zürich 1991. Vgl. auch Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.): *Markus Feldmann 1897–1958. Bundesrat – Journalist – Tagebuchschreiber*. Bern 2001. Feldmann, der später Regierungsrat und schliesslich Bundesrat wurde, rückte dann etwas zur Mitte.

⁴⁴ Peter Dürrenmatt war damals Redakteur des reaktionär-bürgerlichen Pressedienstes *Schweizerische Mittelpresse*. Später wurde er Chefredakteur der liberalen *Basler Nachrichten* und gehörte auch dem Nationalrat an. Vgl. auch Jürg Frischknecht / Peter Haffner / Ueli Haldimann / Peter Niggli: *Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz*. Zürich 1984, 30 und 174.

Vorwurf der staatsgefährlichen Propaganda frei, verurteilte ihn aber wegen übler Nachrede zu einem Monat Gefängnis bedingt und zu den Verfahrenskosten von 100 Franken.⁴⁵

Karl Weber jedoch stand im Ruf «in vorderster Front um die Erhaltung der demokratischen Presse» zu kämpfen.⁴⁶ Das verschaffte ihm auch in akademischen Kreisen Respekt.⁴⁷ Als Hochschullehrer war er bestrebt, «der Presse und ihren Problemen mit strenger Wissenschaftlichkeit beizukommen»⁴⁸ – sein Ziel war die «wissenschaftliche Läuterung der Tagespresse», wie er bereits in seiner Antrittsvorlesung 1928 in Zürich betonte: «Die Zeitungskunde muss skeptisch sein in der Beurteilung des Zeitungswesens der Gegenwart. Aber die Geschichte der Zeitung erbringt den Nachweis, dass die Presse Dienerin des Lichtes sein, Kulturaufgaben erfüllen kann. Die Zeitungswissenschaft wendet sich darum nicht nur mahnend und warnend an das Gewissen derer, die mit den Zeitungen zu schaffen haben. Sie will auch den Glauben stärken an die guten, aufbauenden, der Menschheit nützlichen Kräfte der Presse.»⁴⁹ In den 30er Jahren kam dann eine stark nationale Komponente hinzu: «Eine im schweizerischen Erdreich verwurzelte wissenschaftliche Behandlung des Zeitungswesens», so sein wissenschaftliches Credo, «kann gar nicht anders, als der Geisteshaltung des eigenen Landes verbunden sein. Volk und Staat in der Schweiz haben, indem sie die Pressfreiheit in das demokratische Ideengut einbauten, die Zeitungskunde gewissermassen auf die Respektierung des freien Wortes verpflichtet.» Ein «gewisses weltanschaulich fundiertes Abweichen von der strikten Objektivität» schien ihm daher verantwortbar, «sofern die Zeitungskunde aus der gleichen weltanschaulichen Bindung ihr Objekt mit einer ethischen Haltung erfasst.»⁵⁰

Damit wandte sich Weber nicht nur gegen das anhaltende Säbelrasseln der Nazi-Propaganda, sondern auch gegen drohende defätistische Tendenzen im eigenen Land. Gleich nach Hitlers «Machtergreifung» hatte der «Frontenfrühling» gezeigt, dass die nationalsozialistischen Ideen auch in der Schweiz über einen gewissen Anhang verfügten⁵¹, und auch das autoritär-ständestaatliche Denken konservativer Kreise stellte das traditionell demokratische Regierungssystem in der ersten Hälfte der krisenhaften 30er Jahre in Frage. Erst ab 1935 trat eine allmähliche politische Stabilisierung und ein gesamtgesellschaftlicher Zusammenschluss ein, die ihren Ausdruck in der geistigen Landesverteidigung fanden.⁵² Dieser mentale nationale Schulterschluss erfasste auch die Universität. Verschiedene Wissenschaftler begannen, spezifisch schweizerische Besonderheiten herauszuarbeiten. So beleuchtete etwa der Zürcher Historiker Karl Meyer den eidgenössischen Gründungsmythos und Staatsgedanken. Der Basler Historiker Werner Kaegi schrieb einen Aufsatz über die historische Bedeutung der Rheingrenze. Sein Kollege Edgar Bonjour wandte sich der Geschichte der Neutralität zu, und der Staatsrechtler Zaccharia Giacometti betonte die Wichtigkeit der demokratischen Mitentscheidungsrechte

⁴⁵ Berner Staatsarchiv BB III b 547 Nr. 583. Die Fakultät erreichte darauf, dass Buser auf seinen Lehrauftrag verzichtete. Der Dekan spielte dabei die Bedeutung des Lehrauftrags herab, denn Buser habe jeweils nur 12-15 Hörer, die er alle von der Postverwaltung mitbringe und denen er nachher das Kollegiengeld wieder zurückvergiere.

⁴⁶ Klaus, *Karl Weber als Geschichtsschreiber*, 15; vgl. auch Kreis, *Zensur und Selbstzensur*.

⁴⁷ Kluge, *Professor Karl Weber*, 22f.

⁴⁸ Karl Weber: *Elemente der Zeitungskunde*. In: *Festgabe zum 70. Geburtstag von Oscar Wettstein*. Zürich 1936, 15-30 (hier: 15).

⁴⁹ Karl Weber: *Die Zeitung als Objekt der Kritik. Antrittsvorlesung an der Universität Zürich*. Zürich 1928.

⁵⁰ Ebd., 28. Hervorhebung im Original.

⁵¹ Walter Wolf: *Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegung in der deutschen Schweiz 1939-1945*. Zürich 1969; Beat Glaus: *Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930-1940*. Zürich 1969.

⁵² Einen hervorragenden Überblick über das geistige Klima in der Schweiz am Vorabend des Zweiten Weltkriegs liefert etwa Charles Linsmayer: *Die Krise der Demokratie als Krise ihrer Literatur. Die Literatur der deutschen Schweiz im Zeitalter der geistigen Landesverteidigung*. In: *Frühling der Gegenwart. Erzählungen*, Bd. 3. Zürich 1983, 436-493 (hier: 445-493).

des Volkes. Viele Wissenschaftler stellten sich so ganz offensichtlich in den Dienst der geistigen Landesverteidigung. Auch Karl Weber stellte sich in diese Reihe, wenn er 1936 unter dem Eindruck des Presse- und Nervenkrieges mit Deutschland und angesichts der weltpolitischen Entwicklung festhielt: «Die Erkenntnis von einem *national begriffenen Zeitungsethos* bildet für die schweizerische Zeitungskunde kein Hindernis, dem allgemeinen Pressewesen mit *wissenschaftlicher Objektivität* zu begegnen. Die so orientierten schweizerischen zeitungskundlichen Bemühungen wollen in einer gemeinsamen Front stehen mit den geisteswissenschaftlichen Disziplinen unseres Landes.»⁵³ Das sei umso wichtiger, als «die politischen Entwicklungen in mehreren europäischen Staaten auch starke Gegensätze in wissenschaftlichen Grundauffassungen erzeugten», womit die «Pflege der wissenschaftlichen Zeitungskunde nachträglich eine eigenartige Rechtfertigung erhalten» habe.⁵⁴

Auf der Suche nach akademischer Legitimation

Um Rechtfertigung musste die Journalistik und Zeitungskunde in der Schweiz der 30er und 40er Jahre denn auch bemüht sein, war sie doch nach wie vor auf der Suche nach akademischer Respektabilität. Denn trotz einiger Fortschritte kämpfte sie in der Schweiz – bis weit über den Zweiten Weltkrieg hinaus – um ihre wissenschaftliche Anerkennung und Integration in die Universität.⁵⁵ Paradoxerweise hatten gerade jene, die die Institutionalisierung der Zeitungswissenschaft in der Schweiz vorantrieben hatten, vieles gewollt, nur kein eigenständiges Fach «Zeitungswissenschaft». Wettstein etwa wollte keine neue Wissenschaft begründen, ihm schwebte in erster Linie die berufsqualifizierende Vorbildung der Journalisten vor – doch das hatte mit einer eigenen Wissenschaft nichts zu tun. Bezeichnenderweise sprach man denn auch in dieser Phase noch gar nicht von «Zeitungswissenschaft», sondern eben von «Zeitungskunde» und «Journalistik». Das war ein deutliches Zeichen dafür, dass das Fach seinen Standort zwischen Wissenschaft und Praxis noch nicht gefunden hatte.⁵⁶

So traf denn Karl Weber den wunden Punkt der zeitgenössischen Zeitungskunde, der ihre universitäre Etablierung nach wie vor stark behinderte, wenn er feststellte, «dass zwischen der Zeitungswissenschaft und der Wegleitung für die Pressepraxis sowohl ein Trennungsstrich als ein Bindestrich liegt». Ausserstande als Fachdisziplin innerhalb des Wissenschaftssystems sowie gegenüber der Praxis klare Grenzen zu ziehen, lavierte die frühe Schweizer Zeitungs- und Publizistikwissenschaft so – häufig zur Unzufriedenheit beider Seiten – zwischen reiner Gegenstandsbezogenheit und Wissenschaftlichkeit.⁵⁸ Der jungen Disziplin fehlte die Identität als eigenständiges interdisziplinäres Fach. Mitunter wurde die Zeitungskunde als Teilbereich der (Kultur-) Geschichte, der Soziologie, der Wirtschaftswissenschaften oder – wie etwa im Falle Wettsteins – der Staatswissenschaften angesehen.⁵⁹ Und tatsächlich galt ja dem Gegenstand

⁵³ Weber, *Elemente der Zeitungskunde*. 30. Hervorhebungen im Original.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Vgl. Kluge, *Journalistik als Lehrfach*.

⁵⁶ Dies umso weniger, als etwa das einzige Schweizer Universitätsinstitut in Zürich – das ebenfalls nicht von ungefähr «Journalistisches Seminar» hiess – nur dank der persönlichen Initiative der Dozierenden sowie der Unterstützung durch Presseverbände und einige grosse Zürcher Zeitungshäuser am Leben erhalten werden konnte (vgl. Wettstein, *Abschiedsvorlesung* (wie Anm. 7), 8).

⁵⁷ Weber, *Elemente der Zeitungskunde*, 15.

⁵⁸ Vgl. hierzu auch Rüdiger vom Bruch: *Zeitungskunde und Soziologie. Zur Entwicklungsgeschichte der beiden Disziplinen*. In: Manfred Bobrowsky/Wolfgang R. Langenbucher: *Wege zur Kommunikationsgeschichte*. (= Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Bd. 13), München 1987, 148.

⁵⁹ «Das Zeitungswesen ist seiner Natur nach vorwiegend gesellschaftliche Erscheinung; seine politischen und volkswirtschaftlichen Funktionen weisen ihm den Platz in den Staatswissenschaften an» (Oscar Wettstein, *Zeitungskunde als wissenschaftliches Fach*, 13). Vgl. in ähnlichem Sinne für Deutschland in den 20er Jahren vom Bruch, *Zeitungskunde und Soziologie*.

«Presse» das Erkenntnisinteresse der unterschiedlichsten Disziplinen: «Die wissenschaftliche Betrachtung stösst auf die Verbundenheit der Zeitung mit kulturgeschichtlichen, geschichtlichen, juristischen, politischen, nationalökonomischen, literar-historischen und kunsthistorischen Interessenkreisen; der Nachweis liesse sich leicht in einem Katalog der Dissertationen erbringen, die irgendwie von Zeitungen handeln oder Zeitungsinhalte zu Rate ziehen», wie Karl Weber richtig bemerkte.⁶⁰

Und weil dem so sei, «kommen in der Erforschung der Presse Methoden aus den verschiedenen Disziplinen zur Anwendung, und man hat Mühe, zu einer selbständigen zeitungskundlichen Methodik zu gelangen».⁶¹ Damit erkannte Weber, woran das Fach von Anbeginn an in erster Linie krankte: an der fehlenden wissenschaftstheoretischen Fundierung, was dessen Legitimation nach aussen wie nach innen erschwerte. Massgeblich dazu beigetragen hatte das bis dahin in der Schweiz dominierende Verständnis der universitären Journalistik und Zeitungskunde als reine Lehre. Die Forschung stand demgegenüber fast vollständig im Hintergrund.⁶² Die eigenständige wissenschaftliche Forschung sei jedoch unabdingbar, postulierte Weber, wenn «sich diese Disziplin selbständig, d.h. abseits von den Rücksichten auf die journalistische Praxis», Geltung verschaffen wolle. Eindimensional sei dabei dem Phänomen «Presse» allerdings nicht beizukommen, plädierte der Publizistikprofessor für einen Methodenpluralismus und für die «Zerlegung» des Erkenntnisgegenstandes in verschiedene Forschungsbereiche. Als solche unterschied er etwa neben der Pressegeschichte und dem Presserecht insbesondere die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Presse, ihre Funktionen, ihre Arbeitsweise, ihre Persönlichkeiten, ihre Nutzung sowie ihre Wirkung.⁶³ Nur so sei es möglich, die Presse letztlich «als eines der Mittel zur Prägung der subjektiven Eigenart des Menschen» wie «als Komponente der objektiven Eigenart der modernen Kultur zu begreifen», wie er 1937 festhielt und zu einer umfassenden Erhebung über die Soziologie des schweizerischen Zeitungswesens anregte.⁶⁴ Besonders lohnend erschien Weber jedoch gerade in den Krisen- und Kriegsjahren die Wirkungsforschung⁶⁵ und insbesondere die Untersuchung des Einflusses der Presse auf die öffentliche Meinung: Eine typologische Bearbeitung des Pressewesens, so Weber, sei der erste Schritt. «Sie könnte den Weg ebnen für den Angriff auf ein Feld der Probleme, das bisher in fast mystisches Dunkel gehüllt erscheint: Wie wirkt die Zeitung auf die Leser, und wie wirkt die Leserschaft auf die Zeitung? Die Frage ist verwandt und verflochten mit den Theorien von der öffentlichen Meinung und schon öfters formuliert, aber noch wenig beantwortet. Hand in Hand arbeitend, könnten Soziologie, experimentelle Psychologie und Zeitungskunde zur Aufhellung des Dunkels beitragen.»⁶⁶ Tatsächlich suchte der Zeitungswissenschaftler denn auch während des Krieges etwa die Zusammenarbeit mit dem Zürcher Psychologieprofessor Donald Brinkmann, um den massenpsychologischen Problemen der Presse auf die Spur zu kommen.⁶⁷

Insgesamt bemühte sich Karl Weber damit in seiner Lehr- und Forschungstätigkeit an den Universitäten Zürich und Bern, die Journalistik und Zeitungskunde vermehrt theoretisch zu fun-

⁶⁰ Weber, *Elemente der Zeitungskunde*, 15.

⁶¹ Ebd.

⁶² Vgl. Kluge, *Journalistik als Lehrfach*, 46.

⁶³ Vgl. Weber, *Die Zeituna als Objekt der Kritik*.

⁶⁴ Karl Weber: *Vorbericht über eine vorgeschlagene Erhebung über die Soziologie des Zeitungswesens*. Zürich 1937 (Archiv für Zeitgeschichte Zürich: Nachlass Karl Weber). Vgl. hierzu auch die Ergebnisse in Karl Weber: *Zur Soziologie der Zeitung*. In: *Festgabe Fritz Fleiner zum siebzigsten Geburtstag am 24. Januar 1937*. Zürich 1937, 417-432.

⁶⁵ Vgl. Karl Weber: *Schweizerische Pressepolitik. Vortrag gehalten in der Ortsgruppe Basel der Neuen Helvetischen Gesellschaft am 27. Januar 1939*. Bern 1939.

⁶⁶ Weber, *Elemente der Zeitungskunde*, 26.

⁶⁷ Vgl. Karl Weber/Donald Brinkmann: *Massenpsychologische Probleme mit besonderer Berücksichtigung der Presse*. Zürich 1942.

dieren und wissenschaftlich zu legitimieren, um ihr langfristig ihren Platz an der Alma Mater zu sichern. Anders als seine Vorgänger beschränkte er sich nicht auf seine Lehrtätigkeit, auch wenn er wie sie – charakteristisch für die damalige schweizerische Publizistikwissenschaft – selbst aus der journalistischen Praxis stammte. Er wandte sich vielmehr neuen Forschungsfragen und Methoden zu, im Bewusstsein, dass mit der Journalistik und Zeitungskunde ein neues akademisches Fach an Schweizer Hochschulen institutionalisiert worden war, das es hierzulande als eigene Wissenschaft noch gar nicht gab. Möglich wurde dies erst im Sog der weltpolitischen Entwicklung während der Zeit des Nationalsozialismus. Angesichts der totalitären Bedrohung rückte die staatstragende Bedeutung der Pressefreiheit und einer verantwortungsvollen demokratischen Presse in den Vordergrund des öffentlichen Bewusstseins – und die Politik dürfte sich von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Presse direkt oder indirekt verwertbare Ergebnisse versprochen haben. Karl Weber dozierte denn auch nicht im Elfenbeinturm, sondern erkannte die politische Relevanz seiner Tätigkeit und stellte sich in den Dienst der geistigen Landesverteidigung.⁶⁸ Die Zeitungskunde, postulierte Weber 1936, sei zweifellos ein Zweig der Geisteswissenschaften, «der ausserordentlich eng verflochten ist mit der weltanschaulichen Umwelt». In Deutschland seien daher mit der Gleichschaltung nach 1933 auch die «über alle Landesgrenzen hinweg allgemein verbindlichen Richtlinien der wissenschaftlichen Zeitungskunde» über Bord geworfen und die Wissenschaft der «staatlich geleiteten Erziehung» nutzbar gemacht worden. Dem stellte Weber ein zeit- und kontextgebundenes und spezifisch schweizerisches Wissenschaftsverständnis entgegen: Es gebe für die zeitungswissenschaftliche Disziplin «einen besonderen schweizerischen Standort», so Weber, der aus einem völlig anderen «politisch-weltanschaulichen Werturteil» heraus gekennzeichnet sei von einer «liberalen und demokratischen Grundgesinnung».⁶⁹ Diese Position verfocht der Publizistikwissenschaftler während der Zeit des Nationalsozialismus vehement, was indes seiner persönlichen Reputation letztlich mehr zugute kam als der akademischen Etablierung seines Fachs, das seinen Platz in der *civitas academica* auch nach 1945 noch suchen musste.

⁶⁸ So konzipierte und organisierte Weber etwa u.a. auch die Ausstellung der Schweizer Presse an der Schweizerischen Landesausstellung 1939 in Zürich, die als Höhepunkt und Sinnbild der geistigen Landesverteidigung galt (vgl. Karl Weber: *Die Presse an der Schweizerischen Landesausstellung. Wegweiser und Erinnerungsblatt. Zürich 1939*).

⁶⁹ Weber, *Elemente der Zeitungskunde*, 28.



AUFBRUCH

Schmarotzende Misteln

Wilmont Haacke und die so genannte Verjudung des deutschen Feuilletons¹

Verena Blaum

Ein Buch verschwindet – und taucht wieder auf

Alle 10 Jahre wird Wilmont Haacke, von 1963 bis zu seiner Emeritierung 1973 Lehrstuhlinhaber für Publizistik an der Universität Göttingen, aus Anlass eines runden Geburtstages in der Zeitschrift *Publizistik* gewürdigt, zuletzt zum 90. Geburtstag 2001.² Das war seit 1961 das fünfte Mal. In keiner dieser Würdigungen findet sein 1943-44 erschienenes, zweibändiges Habilitationswerk «Feuilletonkunde» Erwähnung. Stattdessen wird das 1951-53 erschienene, dreibändige Standardwerk «Handbuch des Feuilletons» genannt. Als hätte es die «Feuilletonkunde» nie gegeben. Tatsächlich ist das «Handbuch» aber in seiner Gliederung und den meisten seiner Kapitelüberschriften mit der «Feuilletonkunde» identisch. Nur fehlen jetzt NS-Wortschatz und NS-Gedankengut im Text, vor allem ein massiver Antisemitismus.

Von den verschiedenen Feuilleton-Anthologien, die Wilmont Haacke herausgegeben hat, fehlt in den Würdigungen übrigens auch immer «Das heldische Jahr. Front und Heimat berichten den Krieg» von 1941, so genannte Kriegsfeuilletons.³ «Je feuilletonistischer ein politischer Artikel geschrieben ist», kommentiert Haacke dieses Buch in seiner «Feuilletonkunde», «je herzhafter ein Kriegsbericht gehalten ist, um so leichter wird er begriffen, um so stärker setzt sich sein Inhalt im Leser fest. Das hat man rasch erkannt. Mit dem Sensationalismus eines Egon Erwin Kisch, denkt man zehn Jahre in die Vergangenheit der jüdischen Reportage in deutscher Sprache zurück oder an gewisse Formspielereien etwa eines Sling-Schlesinger aus der *Vossischen Zeitung*, hat diese echte Poetisierung des neuen deutschen Feuilletons nicht das Geringste zu tun. Denn sie geht vom Herzen aus.»⁴ Im «Handbuch des Feuilletons» 1951 fehlt diese ganze Passage. Da passte Einiges erkennbar nicht mehr in die Zeit.

¹ «Damit wären etwa jene Äste am Baume des deutschen Feuilletons bezeichnet, die – da sie gleichsam von schmarotzenden Misteln über und über bewachsen sind – abgesägt werden müssen.» Vgl. Wilmont Haacke: *Feuilletonkunde. Das Feuilleton als literarische und journalistische Gattung Band I*. Leipzig 1943, 13. Das Zitat befindet sich im Abschnitt «Die Ausmerzungen des Judentums aus dem deutschen Feuilleton.»

² Vgl. Wilfried Scharf: *Wilmont Haacke 90 Jahre alt*. In: *Publizistik* 46 (2001), 1, 69-70; Dietmar Grieser: *Der Feuilletonprofessor. Zum 80. Geburtstag von Wilmont Haacke*. In: *Publizistik* 36 (1991), 1, 97-98; Hannelore Albrecht: *Wilmont Haacke: Bibliographie 1981-1990*. In: *Publizistik* 36 (1991), 1, 101-103; Hans-Jürgen Koschwitz: *Wilmont Haacke 70 Jahre*. In: *Publizistik* 26 (1981), 1, 111-112; Hannelore Albrecht: *Bibliographie Wilmont Haacke 1971-1980*. In: *Publizistik* 26 (1981), 1, 122-126; *Wilmont Haacke 60 Jahre*. In: *Publizistik* 16 (1971), 1, 100; Hansjürgen Koschwitz: *Bibliographie Wilmont Haacke 1961-1970*. In: *Publizistik* 16 (1971), 1, 118-124; *Wilmont Haacke 50 Jahre*. In: *Publizistik* 6 (1961), 2, 111. Hans-Joachim Kempe: *Bibliographie der Bücher und Aufsätze von Prof. Dr. Wilmont Haacke 1950-1960*. In: *Publizistik* 6 (1961), 2, 111-114.

³ Wilfried Bade/Wilmont Haacke (Hrsg.): *Das heldische Jahr. Front und Heimat berichten den Krieg. 97 Kriegsfeuilletons. Mit einem Vorwort von Reichspressechef Dr. Dietrich*. Berlin 1941.

⁴ Haacke, *Feuilletonkunde Band I*, 70.

Wie sich Angriffe und Diffamierungen in Nichts auflösen

Der zitierte Text entspricht dem Schluss des Abschnitts 4.d, im Kapitel II der «Feuilletonkunde». Dieser Abschnitt trägt die Überschrift «Feuilletonkunde und Kulturpolitik», und er ist sowohl von der Überschrift wie als Gliederungspunkt mit der «Handbuch»-Ausgabe identisch. Dort allerdings hört er mit einer nur geringfügig, aber aufschlussreich veränderten Passage aus der «Feuilletonkunde» eher auf. Haacke bezieht sich an dieser Stelle auf eine Dissertation aus dem Jahre 1938 von Georg Fritzsche. Es geht um das Verhältnis von Inhalt und Form im Feuilleton:

Die Überentwicklung des Feuilletons zu reinem Formalismus ergab gemäss Fritzsches Beobachtungen eine Reaktion, nach der zwischen 1933 und 1939 etwa lediglich der Inhalt, die Form jedoch überhaupt nicht mehr gewertet werden sollte. In der Schlussbeobachtung Fritzsches klingt diese Einstellung nach. Er schrieb sie im Jahre 1938 nieder.⁵

Das Lektüreergebnis dieser NS-Dissertation lautet in der «Feuilletonkunde» etwas anders:

Die Überentwicklung des Feuilletons zu reinem Formalismus, der freilich bei den jüdischen Feuilletonisten die Formzerstörung stets im Schlepptau folgte, ergab nach 1933 eine absolute Reaktion, nach welcher allein der Inhalt, die Form überhaupt nicht mehr gewertet werden sollte. In der Schlussbeobachtung Fritzsches klingt diese Einstellung nach. Er schrieb sie im Jahre 1938 nieder.⁶

Haacke arbeitet stets mit ausführlichen Zitaten aus den Werken anderer Autoren, die er kommentiert und paraphrasiert. Aufschlussreich ist sein Umgang mit Heinrich von Treitschke, dem erklärten und einflussreichen Antisemiten, Historiker im Kaiserreich. Im «Handbuch», also 1951, wird dieser Autor durchaus nicht verschwiegen:

Berühmt sind Treitschkes drei Kapitel aus dem zweiten Bande seiner «Bilder aus der Deutschen Geschichte», jene viel gelesenen, viel zitierten, das Urteil einer nicht zu wissenschaftlicher Kritik geschulten Allgemeinheit bestimmenden Abschnitte «Radikalismus und Judentum», «Das souveräne Feuilleton» und «Berlin am Ausgang der Regierung Friedrich Wilhelms III». Aus ihnen leitet sich wahrscheinlich der in Deutschland sehr beständige Horror vor dem Feuilleton her.⁷

In der «Feuilletonkunde» liest sich das genauso, bis auf den letzten Satz, der weiterführt zu einer Passage von gut zwei Seiten, die im «Handbuch» wiederum fehlen. Aus diesen zwei Seiten sei auszugsweise zitiert, da hier verschiedene tradierte Stereotypen des verbalen Antisemitismus in geballter Form auftreten. Im Anschluss an den obigen Text:

...Aus ihnen leitet sich, stärker noch als wahrscheinlich aus den Büchern von Adolf Bartels der beständige, lange nicht überwundene Horror vor dem Feuilleton her. Trotz der Worte dieses grossen Verächters (gemeint ist Treitschke, V.B.) eines verjudeten Feuilletons kann der Begriff eines judenfreien Feuilletons nicht mehr ausgelöscht werden. Es ist weder als literarische noch als journalistische Gattungskennmarke aus dem Kranz der «Werkzeug-Worte» des praktischen Zeitungsalltages wegzudenken. Aus Treitschkes glänzender Darstellung des jüdischen Zeitungs- und Buchfeuilletons, die mittels schärfster und frühester Diagnostizierung seine Fehlerseiten schonungslos enthüllt, seien hier aus den einleitenden Vorworten, die der Charakterisierung der Figur Börnes vorweggehen, absichtlich nur jene Sätze ange-

⁵ Wilmont Haacke: *Handbuch des Feuilletons Band I*. Emsdetten 1951, 68.

⁶ Haacke, *Feuilletonkunde Band I*, 69.

⁷ Haacke, *Handbuch des Feuilletons Band I*, 33.

geben, welche den jüdischen Wortwitz charakterisieren. Denn Treitschkes Gedanken erlauben den Schluss, dass vor allem auf dem Wortwitz der verblüffende Erfolg der jüdischen Feuilletonistik mit ihrem rein äusserlichen Appell an das intellektuelle Sensationsbedürfnis des modernen, gehetzten Menschen der Grossstadt beruhte. Dass diese von den Juden so impertinent geschickt angeredeten Menschen nur selten merkten, dass alles, was sie lasen, ihnen keinerlei inneren Nachklang geben konnte, ist das eigentlich Vergiftende an der hundertjährigen jüdischen Amüsierung im Bereich des belletristischen Journalismus. Niemals nämlich ist es den jüdischen Feuilletonisten gelungen, so oft sie sich auch darin versucht haben, das Gemüt ihrer deutschen Leser wahrhaftig anzusprechen. Treitschke sagt... (es folgt ein langes Zitat, V.B.)... Das sind erbarmungslose Sätze. Sie zeigen, dass das Wesen des jüdischen Feuilletons sprachlicher und stilistischer Bluff ist. Sein Brillantfeuerwerker war Heine. Treitschke hat diesen Juden im deutschen Feuilleton in seiner ganzen Verderblichkeit gekennzeichnet ...Übrigens lässt sich Treitschkes Feststellung, dass Börne beim Schreiben von Feuilletons mitunter ins Mauscheln gerate, für beinahe jeden jüdischen Feuilletonisten nachweisen... Solchen Charakteristiken jüdischer Feuilleton-Schmieranten dürfte niemand gegenteilige Feststellungen entgegenhalten wollen.⁸

Heinrich Heine, Ludwig Börne, aber auch Alfred Kerr, Alfred Polgar und Moritz Saphir, die hier gemeint sind, werden im «Handbuch des Feuilletons» ebenfalls vor dem Hintergrund der antisemitischen Polemik Treitschkes behandelt. Nun ist allerdings nicht mehr die Rede von dessen «glänzender Darstellung des jüdischen Zeitungs- und Buchfeuilletons» (s.o.), sondern «Treitschkes Darstellung ist selbst tendenziöses Feuilleton, was aus seiner erbarmungslosen Karikierung Heines als Feuilletonisten hervorgeht.»⁹ Und es gibt gegenüber der «Feuilletonkunde» eine interessante Texterweiterung:

Von literaturhistorischer Seite wie vom publizistischen Standort aus sind Heine und Börne und mit ihnen das Junge Deutschland lange nicht neu gewürdigt worden. Das feuilletonistische Schaffen all dieser Männer will der Autor des «Handbuchs des Feuilletons» in seinem nächsten Buch «Die deutschen Feuilletonisten» zu erfassen suchen. Dabei wird sich Gelegenheit geben, das Feuilleton und seine markanten Persönlichkeiten distanzierter als Treitschke zu beurteilen.¹⁰

Wir nehmen also an einer bemerkenswerten Mutation von «jüdischen Feuilleton-Schmieranten» zu «markanten Persönlichkeiten» teil. Sofern die zwei Bände der «Feuilletonkunde» von 1943-44 noch aufzutreiben sind, erweist sich ein Vergleich mit dem «Handbuch des Feuilletons» von 1951-53 als ergiebig. Dieser Vergleich kann hier allerdings nur exemplarisch geleistet werden. Zu zahlreich sind gerade die antisemitischen Schmähungen und Angriffe auf alles Jüdische in Wilmont Haackes Habilitationsschrift. Sie gehen so weit, dass jeder zitierte jüdische Autor in den Anmerkungen mit dem Zusatz «(Jude)» versehen wird und im Personenregister mit einem Stern.¹¹

Das «Handbuch des Feuilletons» ist von alledem frei. Wie gezeigt wurde, fehlen hier längere

⁸ Haacke, *Feuilletonkunde Band I*, 33-35.

⁹ Haacke, *Handbuch des Feuilletons Band I*, 33.

¹⁰ Ebd., 34f.

¹¹ Vgl. Wilmont Haacke: *Feuilletonkunde. Das Feuilleton als literarische und journalistische Gattung Band II*. Leipzig 1944, 647-660. Im *Handbuch des Feuilletons* findet sich das Personenregister in Band III, dort auch das Sachregister sowie ein umfangreicher Überblick über «Deutsche Feuilletonisten». Alles ist überarbeitet. Ein Name wie Gunter d'Algen z.B. kommt nicht mehr vor. Die Stichworte Judentum, Verjudung, Jüdische Feuilletonliteratur, Jüdischer Feuilletonismus, Jüdischer Feuilletonist fehlen. Vgl. Wilmont Haacke: *Handbuch des Feuilletons Band III*. Emsdetten 1953.

Textpassagen ebenso wie einzelne Absätze, und es gibt detaillierte Veränderungen bis in einzelne Satzteile und Wörter hinein, teilweise auch neuen Text. Besonders auffällig und gleich erkennbar sind natürlich die (nicht so häufigen) unterschiedlich lautenden Kapitelüberschriften. Das herausragende Beispiel für den völligen Austausch einer Überschrift ist der jeweilige dritte Abschnitt von Kapitel I, der in der «Feuilletonkunde» lautet: «Die Ausmerzung des Judentums aus dem deutschen Feuilleton», im «Handbuch» hingegen ganz unverfänglich: «Zur jüngsten Geschichte des Feuilletons». Tatsächlich erscheint dieser Abschnitt hier auch komplett um- und neuformuliert. Das Ergebnis ist einigermaßen atemberaubend. «Die wichtigste Aufgabe einer heutigen Feuilletonkunde», so Haacke 1943, «ist die Heraussschälung der Juden aus der Geschichte des deutschen Feuilletons». Es komme darauf an, «die Ahnenreihe des deutschen Feuilletons an Hand der Fülle seiner vielfach noch kaum als Feuilletonisten entdeckten Persönlichkeiten aufzustellen. An ihnen kann man zeigen, wie diese Ahnenreihe sauber blieb von fremden, zugewanderten Beeinflussern anderen Blutes.»¹² Das deutsche Feuilleton wurde «in Verruf gebracht... ohne seine Schuld aus einer mehr als hundertjährigen, künstlichen Verflechtung mit jüdischen Elementen... Es gilt also für eine heutige Feuilletonkunde, das deutsche Wesen des deutschen Feuilletons an wissenschaftlich stichhaltigen Beweisen aus seiner Geschichte zu belegen und für eine künftige höhere Wertung seines Ansehens und seiner Verdienste frei zu machen.»¹³ Damit formuliert Wilmont Haacke seine zentrale These und sein zentrales Anliegen, Belege gibt es auch an anderen Stellen.¹⁴

Im «Handbuch» von 1951 ist dieser gesamte Argumentationsspektrum verfliegen. Es ist nun nur noch die Rede von einer «allgemeinen Aversion» gegen das Feuilleton, von «deutlich zu beobachtender Feuilletonfeindschaft», «verbreiteter Verkennung des Begriffs Feuilleton».¹⁵ Als Kronzeugen werden die «Schriftleiter» Heinrich Zerkaulen und Wilhelm Westecker sowie die Zeitungswissenschaftler Gerhard Köhler und Georg Fritzsche zitiert und kritisiert, sie vor allem hätten diese Fehleinschätzung zu verantworten gehabt.¹⁶ Gegner des Feuilletons sind nun also nicht mehr «die» Juden, sondern, eine erstaunliche Wendung, deutsche Journalisten und Wissenschaftler, die falsche Auffassungen vertraten. Da diese Autoren während der NS-Zeit offenbar einiges Ansehen genossen, ist nicht auszuschliessen, dass sie im «Handbuch» abzüglich antisemitischer Äusserungen zitiert werden. Besonders Zitate von Zerkaulen und Westecker bewegen sich mit Bezeichnungen wie «feuilletonistischer Intellektualismus», «liberalistische Presse» oder «liberalistische Zeit» durchaus im semantischen Umfeld antisemitischer Formulierungen.¹⁷

Um noch ein weiteres Beispiel für die Veränderung einer Überschrift zu nennen, das nicht so eklatant wie das vorangegangene, aber doch auffällig ist und wo der dazugehörige Text ebenfalls starke Überarbeitungen erfuhr, sei auf den vierten Abschnitt von Kapitel I hingewiesen. In der «Feuilletonkunde» lautet die Überschrift «Die Einbeziehung des Wiener Feuilletons ins kulturelle Reichsbewusstsein», und der Text nimmt Bezug auf die Annexion Österreichs durch Deutschland 1938. Haacke verwendet hierfür Begriffe wie «Heimkehr» und «Heimbürgerung», die im «Handbuch» ebenso fehlen wie irgendwelche Hinweise auf die Ereignisse von 1938. Im «Handbuch» trägt der Abschnitt die Überschrift «Wiens Bedeutung für das deutsche Feuilleton» und er enthält keinerlei antisemitische Passagen mehr.¹⁸

¹² Haacke, *Feuilletonkunde Band I*, 9f.

¹³ Ebd., 13. Hervorhebungen im Original.

¹⁴ Vgl. ebd., 5, 7, 10, 13 et passim.

¹⁵ Haacke, *Handbuch des Feuilletons Band I*, 10-12.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ Vgl. ebd., 13-15; vgl. Haacke, *Feuilletonkunde Band I*, 13-16.

Ein besonders ausfallender Umgang mit antisemitischen Diffamierungen findet sich im sechsten Abschnitt von Kapitel IV. Bereits die Veränderung in den Überschriften ist charakteristisch: «Das Feuilleton um 1900 – seine Inflation und seine durch das Judentum verursachten Abwege» wird zur «Inflation des Feuilletons als Sparte um 1900». Im Text wird aus Einzelteilen der «Feuilletonkunde» für das «Handbuch» z.B. folgender Absatz:

Aus der Zeit der Jahrhundertwende und vor dem ersten Weltkrieg sind Zeugnisse vorhanden, die das Feuilleton in Bausch und Bogen verurteilen. Die Aussprüche stammen beispielsweise von Karl Kraus in Wien oder von Adolf Grabowsky. 1911 hat ein Aufsatz von Adolf Grabowsky, den die Zeitschrift «Der Türmer» in ihre Spalten einrückte, in der Fachwelt von Literatur und Presse Aufsehen erregt. Grabowskys Ausführungen waren gegen das weltstädtische Feuilleton der Vorweltkriegszeit gerichtet.¹⁹

In der «Feuilletonkunde» lauten die entsprechenden Passagen:

Aus der Zeit der Jahrhundertwende und vor dem ersten Weltkrieg sind jüdische Zeugnisse vorhanden, die das Feuilleton in Bausch und Bogen verurteilen. Hätten diese Aussprüche jüdischer Literaten vom Schlage eines Karl Kraus in Wien... und jüdischer Kulturpolitiker wie Adolf Grabowsky lediglich über das jüdische Feuilleton den Stab gebrochen, so gehörten deren Stimmen heute als Dokumente allein in eine rassebewusste wissenschaftliche Abhandlung über die jüdische Feuilletonistik im jüdischen Selbsturteil... Genau wie die früher behandelten jüdischen Panegyriker des Feuilletons niemals jüdische und deutschblütige Autoren unterschieden, genau so wenig differenzierten die beiden lautesten Schmäher des Feuilletons der Jahrhundertwende, Karl Kraus und Adolf Grabowsky, arische und jüdische Feuilletonisten. Wir wissen, warum sie so verallgemeinerten, warum sie sich ihre Arbeit so bequem machten. Es geschah immer im Sinne der eigenen Assimilierung und zur gleichzeitigen Tarnung befreundeter Schreiber aus gleichem jüdischem Blute. 1911 hat ein Aufsatz von Adolf Grabowsky, den die Zeitschrift «Der Türmer» in ihre Spalten einrückte, in der Fachwelt von Literatur und Presse Aufsehen erregt... Grabowskys Ausführungen treffen das jüdische Feuilleton der Vorweltkriegszeit...²⁰

Haacke zitiert den angegriffenen Grabowsky im «Handbuch» fast ebenso ausführlich wie in der «Feuilletonkunde», aber unter Verzicht auf das dort voll ausgeschöpfte antisemitische Repertoire. Über die bereits angeführten Beispiele hinaus finden wir in der «Feuilletonkunde» auch den «jüdischen Händlergeist», der «literarischen Zwischenhandel im Feuilleton treibt», Alfred Kerr als «Prototyp eines in Presse und Schrifttum eingefilzten Klüngels von Sprachschändern», «die schreibfixen Juden» und ihren «Erotismus».²¹ Dies nur als kleine Auswahl.

Die bisherigen Ausführungen beziehen sich alle auf den ersten Band der «Feuilletonkunde» bzw. des «Handbuchs». Auch im jeweils zweiten Band stimmen Gliederungspunkte und Kapitelüberschriften weitgehend überein, und die Überarbeitungssystematik blieb die gleiche. Deutliche Veränderungen zeigen hier vor allem die Kapitel, in denen das nationalsozialistische Feuilleton vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Politik thematisiert wird. Das sind Kapitel VII und Teile von Kapitel X. Kapitel VII trägt in der «Feuilletonkunde» die Überschrift «Kulturpolitische Forderungen an das nationalsozialistische Feuilleton», im «Handbuch» dann anders lautend «Wandlungen des Feuilletons zwischen 1933 und 1945». Insgesamt ist das Kapitel im «Handbuch» sehr viel kürzer (ca. 25 statt 35 Seiten) und von seinen zunächst fünf Ab-

¹⁹ Haacke, *Handbuch des Feuilletons Band I*, 218.

²⁰ Haacke, *Feuilletonkunde Band I*, 201.

²¹ Vgl. ebd., 203-206.

schnitten finden sich nur noch drei. Der letzte Abschnitt, der in der «Feuilletonkunde» die Überschrift hat «Gesichtszüge des Gegenwartsfeuilletons nach seiner Verjüngung durch das nationalsozialistische Ideengut» fehlt, bis auf zwei manipulierte Absätze, im «Handbuch» komplett. Aus den ersten beiden Abschnitten, mit den Überschriften «1933 – das Jahr entscheidender Wandlungen für das deutsche Feuilleton» und «Reformation des Feuilletons durch das kulturpolitische Schrifttum» wird im «Handbuch» ein völlig neuer Tatbestand: «Die kulturpolitische Reglementierung des Feuilletons im dritten Reich».²² Die vom Autor für 1933 begrüßte, «wirkliche Befreiung von überlieferten Anschauungen», von einer «Fehlentwicklung» des deutschen Feuilletons, deren «Gründe» man «in seiner totalen Verjudung» zu sehen habe,²³ ist nun obsolet geworden. Auf bemerkenswerte Weise mutiert der Nationalsozialismus vom Heilsbringer zum Vollstrecker des Totalitarismus. Auch für das Feuilleton war jetzt, aus der Sicht von 1952, während jener Zeit «die geistige Freiheit ausgelöscht».²⁴ Bereits vor 1933 habe die NS-Parteipresse ihre Vorstellungen vom Feuilleton umgesetzt:

In jeder Zeile, ob sie nun im programmatischen Artikel, der Partei-Ideen verkündete, in der polemischen Satire, in der Kritik, oder nur im Roman, in der Kurzgeschichte, in der Glosse zu einer Nachricht aus Literatur oder Wissenschaft stand, wurden die Ziele der NSDAP unermüdlich geäußert. Radikalen Ausmerzungs-, Zerstörungs- und Verbotsmassnahmen folgten ebenso radikale Anordnungen zu einer «Neuordnung» im nationalsozialistischen Sinne.²⁵

Die gleiche Passage lautet in der «Feuilletonkunde»:

In jeder Zeile, ob sie nun im programmatischen Artikel, der neue Ideen verkündete, in der polemischen Satire, welche die jüdische Presse aufs Korn nahm, in der Kritik, in der das Zersetzende vom Aufbauenden, das Fremdblütige vom Arteigenen mit unerbittlicher Strenge geschieden wurde, oder nur im Roman, in der Kurzgeschichte, in der Glosse zu einer Nachricht aus Literatur oder Wissenschaft stand, wurde der Wille zur Abwehr der volkszerstörerischen Elemente und der Wille zum Neuaufbau einer jüdischen freien Nation unermüdlich nach vorn getragen. An die Ausscheidung der Juden aus der Presse, an die Reinigung der Zeitungshäuser von ungeeigneten Elementen, an das sofortige Verbot landesverräterisch eingestellter Zeitungen und Zeitschriften, an die notwendige Niederlegung alles unbrauchbar Gewordenen, musste sich die Neuordnung schliessen.²⁶

Säuberlich sind also im «Handbuch» die antisemitischen Diffamierungen wieder weggelassen. Auch dieser Textvergleich kann nur als exemplarisches Beispiel gelten.

Aus dem letzten Kapitel X, «Sinn und Nutzen einer zeitungswissenschaftlichen Feuilletonkunde», bzw. verändert «Feuilleton-Forschung als Zweig der Publizistik-Wissenschaft», fehlen ebenfalls Abschnitte im «Handbuch». Sie tragen 1944 die Überschrift «Die erzieherische Kraft und Zukunft des Feuilletons» und «Ethos und Weltsendung des deutschen Feuilletons» und sind verhältnismässig lang. Zwar geht es hier vor allem um die Einbindung des Feuilletons in die damalige «grossdeutsche» Aussenpolitik, die 1952 natürlich nicht mehr opportun war; aber der «jüdische Asphaltfeuilletonismus» wird nie vergessen.²⁷ Denn «fort und fort muss der Praktiker darüber unterrichtet werden, dass das gute deutsche Feuilleton zu allen Zeiten, da es

²² Wilmont Haacke: *Handbuch des Feuilletons Band II*. Emsdetten 1952, vgl. Inhaltsverzeichnis.

²³ Vgl. Haacke, *Feuilletonkunde Band II*, 431, 433.

²⁴ Vgl. Haacke, *Handbuch des Feuilletons Band II*, 124.

²⁵ Ebd., 106.

²⁶ Haacke: *Feuilletonkunde Band II*, 431.

²⁷ Vgl. ebd., 596.

nicht jüdischem Einfluss erlegen ist, und bei all denen seiner besten Männer, die dem jüdischen Einflüsse niemals nachgegeben haben, eine hohe ethische Mission gehabt und diese auch erfüllt hat.»²⁸

Sprachregelung und Präventivzensur?

Wilmont Haacke, geboren 1911, hat also eine wissenschaftliche Publikationsspur hinterlassen, die nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg beginnt. Auch wenn die 1961, anlässlich seines fünfzigsten Geburtstags in der *Publizistik* veröffentlichte Bibliographie zunächst diesen Anschein erweckt. Sie beginnt zwar mit Haackes Dissertation aus dem Jahr 1936, aber nur, weil er damals keine Erlaubnis zur Veröffentlichung erhalten hatte, so dass das Werk erstmals 1950 erschien. «Die Schriftleitung meint», heisst es zu dieser Bibliographie, «den bekannten Fachlehrten durch die folgende Veröffentlichung einer Zusammenstellung seiner Werke und fachlichen Publikationen aus den Jahren 1950-1960 mehr zu ehren, als durch jede noch so ausführliche Darstellung seines akademischen Werdegangs. Die nachstehende Teilbibliographie dokumentiert die Weite der wissenschaftlichen Bemühungen Professor Haackes und lässt die Verdienste erkennen, die er sich um die Wissenschaft von der Publizistik erworben hat.»²⁹ Es wird also nicht verschwiegen, dass es eine wissenschaftliche Karriere Wilmont Haackes vor 1950 gab, es wird aber darauf explizit kein Bezug genommen. Eine «ausführliche Darstellung seines akademischen Werdegangs» könnte ihn vielleicht nicht genügend «ehren»?

Das Veröffentlichungsverbot der Dissertation³⁰ ist allerdings eine Tatsache und die Gründe hierfür werden genannt. Wichtigste Lesart dürfte die von Walter Hagemann in seinem Vorwort zur Edition von 1950 sein. Danach habe man Haackes Doktorarbeit über Julius Rodenberg und die Zeitschrift *Deutsche Rundschau* damals die Drucklegung verwehrt, weil sie «liberalistisch, positivistisch und philosemitisch sei». Man habe Haacke den Vorschlag gemacht, das Werk unter dem Titel «Die Taktik der Assimilation bei dem Juden Julius Rodenberg-Levy» umzuschreiben, was dieser ablehnte.³¹ Die Frage ist allerdings, woher Hagemann diese Auskünfte hatte. Von Wilmont Haacke selbst? Es sind während der NS-Zeit auch andere Dissertationen nicht veröffentlicht worden, so aussergewöhnlich war das nicht. Möglich wäre z.B., dass der Grund für das Veröffentlichungsverbot darin lag, dass ein Juden betreffendes Thema 1936 generell als wissenschaftspolitisch unerwünscht galt. Und wenn es denn schon wissenschaftlicher Gegenstand geworden war, dies zumindest nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Jedenfalls kann Wilmont Haackes Habilitationsschrift nicht der Vorwurf des Philosemitismus gemacht werden. Handelte es sich hier nun, nach den Erfahrungen des Autors mit seiner Dissertation, um eine Form vorausseilenden Gehorsams oder hat er den exzessiven Antisemitismus dieses Werkes gar nicht zu verantworten?

Hagemann erklärt, ebenfalls im Vorwort zu Haackes Dissertation, die «Feuilletonkunde» sei «durch Sprachregelung und Präventivzensur des Propagandaministeriums entstellt» worden.³² Wieder ist zu fragen, woher er das wusste. Eine Quelle gibt Hagemann nicht an. Wie aus den hier nur exemplarisch angeführten Textvergleichen zwischen der offenbar als authentisch verstandenen, «bereinigten» Fassung der Habilitationsschrift von 1951-53 mit der Fassung von 1943-44 sicher deutlich geworden ist, lassen sich die Unterschiede mit den pauschalen Be-

²⁸ Ebd., 607.

²⁹ *Wilmont Haacke 50 Jahre*, 111. Die Bibliographie in der *Publizistik* wurde 1971, 1981 und 1991 lediglich fortgeschrieben. Der Beginn ist also nur 1961 dokumentiert.

³⁰ Wilmont Haacke: *Julius Rodenberg und die «Deutsche Rundschau»*. Eine Studie zur Publizistik des deutschen Liberalismus (1870-1918). Heidelberg 1950.

³¹ Walter Hagemann: *Zum Geleit*. In: ebd., 5f.

³² Ebd., 6.

Zeichnungen «Sprachregelung und Präventivzensur» nicht ausreichend charakterisieren. Vielmehr geht es um ein aufwändiges, detailliert ausgefeiltes System unterschiedlicher Formulierungen, und man fragt sich, ob im NS-Propagandaministerium tatsächlich ein solcher Arbeitsaufwand getrieben worden ist wegen der Veröffentlichung einer Habilitationsschrift.

Da Wilmont Haacke, wie Hagemann schreibt, wegen der Probleme mit seiner Dissertation nicht als Assistent an der Universität Berlin «seine wissenschaftliche Laufbahn beginnen konnte», sei er als Journalist zum *Berliner Tageblatt* gegangen.³³ Er blieb dort bis 1939, also offenbar bis zur Einstellung dieser vor 1933 herausragenden Tageszeitung, die noch vergleichsweise lange einen nicht zu vernachlässigenden jüdischen Abonnentenstamm hatte. Es wäre zu klären, ob Haacke während dieser Zeit als Journalist antisemitische Äusserungen veröffentlichte, im *Berliner Tageblatt* oder anderswo, denn er schrieb nicht exklusiv für diese Zeitung. Für den Fall, dass sich eine Verbindung, ein Weg nachweisen liesse zwischen seinen Erfahrungen mit der Dissertation und seinen Plänen mit der Habilitation: der Weg zum Antisemitismus.

Nachdem Wilmont Haacke 1939 dann doch einen Platz an der Universität gefunden hatte, nämlich als Assistent am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität Wien, erfolgte von dort aus seine Habilitation an der «Deutschen Karls-Universität Prag» mit der «Feuilletonkunde». 1942, im Jahr der Habilitation, bekam er eine Stelle als Dozent für Zeitungswissenschaft an der Universität Freiburg/Breisgau. Hätte er diese Stelle erhalten, wenn er dem Propagandaministerium als ein unsicherer Kandidat bekannt gewesen wäre, dessen Habilitationsschrift umfassend überarbeitet werden musste?

Wann genau und unter welchen Umständen Haacke seine Tätigkeit zum Kriegsende in Freiburg beendete, geht aus den offiziellen Würdigungen seiner Person nicht hervor.³⁴ Jedenfalls veröffentlichte er während dieser Universitätsjahre, das zeigt die Bibliographie im dritten Band vom «Handbuch des Feuilletons», wo er eigene Publikationen zum Gegenstandsbereich nennt.³⁵ Allerdings fehlt in dieser Aufstellung aus dem Jahr 1953 ausgerechnet sein Beitrag in dem von Walther Heide herausgegebenen «Handbuch der Zeitungswissenschaft». Der Beitrag hat den Titel «Das Wiener jüdische Feuilleton» und erschien 1942.³⁶ Er ist offen antisemitisch, wenn auch deutlich moderater als die «Feuilletonkunde». Seine Spur verlor sich aber fast noch gründlicher, zumal das «Handbuch der Zeitungswissenschaft» nach Kriegsende nicht fortgesetzt wurde und als NS-Werk gilt. In der damals führenden Fachzeitschrift *Zeitungswissenschaft* (1926-1944) finden sich ab 1940 Beiträge von Haacke, aber nur drei grössere, und davon sind wiederum zwei identisch mit Teilen der «Feuilletonkunde». Bezeichnenderweise erschienen «Die Ausmerzung des Judentums aus dem deutschen Feuilleton» und «Die Einbeziehung des Wiener Feuilletons ins kulturelle Reichsbewusstsein» aus dem ersten Band der «Feuilletonkunde».³⁷ In seiner Bibliographie von 1953 kommen diese Veröffentlichungen nicht vor. So konnte auch hier die Spur verwischt werden.

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. Scharf, *Wilmont Haacke*, 69; Koschwitz, *Wilmont Haacke*, 111.

³⁵ Vgl. Haacke, *Handbuch des Feuilletons Band III*, 11-13, 61, 87, 99.

³⁶ Wilmont Haacke: *Das Wiener jüdische Feuilleton*. In: Walther Heide (Hrsg.): *Handbuch der Zeitungswissenschaft*. Leipzig 1942, Spalte 2051-2072 und 2151-2159.

³⁷ Vgl. Wilmont Haacke: *Aufgaben der deutschen Feuilletonkunde*. In: *Zeitungswissenschaft* 5/1942, 226-233. Dieser Beitrag ist identisch mit den beiden genannten Abschnitten aus der *Feuilletonkunde Band f*, Wilmont Haacke: *Idee und Verwirklichung des National-Journals in Deutschland*. In: *Zeitungswissenschaft* 11-12/1942, 572-592; Wilmont Haacke: *Arbeitsformeln der Feuilletonkunde*. In: *Zeitungswissenschaft* 1-2/1944, 9-25. Dieser Beitrag ist identisch mit dem Inhaltsverzeichnis der *Feuilletonkunde Band II* sowie dem dortigen Kapitel IX.

Seine überarbeitete «Feuilletonkunde» versieht Wilmont Haacke 1951 mit einem kurzen Vorwort. Darin heisst es:

Nunmehr lege ich der Öffentlichkeit meine Prager Habilitationsschrift vom Jahre 1942, die seinerzeit nur unter Streichungen, Änderungen und Zusätzen der nationalsozialistischen Überwachungsstellen erscheinen durfte, in erweiterter, auf den neuesten Stand der Forschung gebrachter Fassung, in drei Bänden vor.³⁸

Im Ausleihexemplar der Bibliothek des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Universität München hat jemand zu dieser Textstelle mit Bleistift an den Rand geschrieben: «Das ist ein Hohn! Diese Habil-Schrift lag voll auf NS-Kurs!»³⁹ Offensichtlich verfehlte Haackes pauschaler Hinweis auf die «nationalsozialistischen Überwachungsstellen» hier seine exkulpierte Wirkung. Er lässt sich ja so auch nicht überprüfen. Wie in Hagemanns Vorwort zur Dissertation bleibt die Erklärung letztlich als Behauptung stehen. Der genaue Textvergleich beweist im Übrigen, dass es sich beim «Handbuch» nicht vordringlich um eine «erweiterte, auf den neuesten Stand der Forschung gebrachte Fassung» handelt, sondern mindestens genauso um eine gekürzte und geklitterte. Im Hinblick auf den gesamten antisemitischen Themenkomplex sind einzig Streichungen charakteristisch. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Wissenschaftler Wilmont Haacke dem Wahrheitsgehalt seiner Äusserungen keine grosse Bedeutung beimass, als er dieses Vorwort schrieb.

Auf den Gebieten der Feuilleton- und Zeitschriftenforschung der führende Wissenschaftler in Deutschland

Als das «Handbuch des Feuilletons» erschien, war Wilmont Haacke wissenschaftlicher Assistent am Institut für Publizistik der Universität Münster, seit dem Winter 1949/50. Vorangegangen waren einige vermutlich schwierigere Jahre: 1946–47 Leiter der Studienberatung und Pressestelle der Universität Mainz, 1948–49 Arbeit in einem Verlag. An der Universität Freiburg hatte Haacke offenbar nicht bleiben können. Wurde er entnazifiziert? Offiziell gibt es darüber keine Angaben. Die weiteren Stationen seiner wissenschaftlichen Karriere verliefen dann offenbar ohne grössere Probleme: ab 1953 Vertretungsdozentur an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven, dort 1955 Ernennung zum ausserplanmässigen Professor. Die Rede ist in diesem Zusammenhang auch von einer 1954 erfolgten Umhabilitation⁴⁰, die allerdings, was die Begleitumstände angeht, im Dunkel liegt. Habilitierte sich Haacke mit seiner überarbeiteten «Feuilletonkunde» um oder wurde dieses Werk in der ursprünglichen NS-Fassung als Habilitationsschrift anerkannt? Mit der Integration der Wilhelmshavener Hochschule in die traditionsreiche Universität Göttingen 1962 erhielt Haacke jedenfalls einen Ruf auf den dort neu geschaffenen Lehrstuhl für Publizistik, dem er 1963 folgte. 1973, also bereits mit 62 Jahren, wurde er emeritiert.

Wilmont Haacke war in zahlreichen Gremien vertreten, er war Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 1963 sowie von 1956 bis 1993 Mitherausgeber der für das Fach repräsentativen Zeitschrift *Publizistik*. Aus den anlässlich seiner Geburtstage in der *Publizistik* veröffentlichten Auswahlbibliographien geht hervor, dass er voll ins wissenschaftliche und öffentliche Leben integriert war. Haacke publizierte in Fachzeitschriften unterschiedlicher Art, in Handbüchern, Lexika, in Festschriften für Kollegen, für Verleger und für die Druckindustrie sowie für die Tages- und Wochenpresse. Zahlreiche Personalien, d.h. Würdigungen zu Geburtstagen, Habilitationen, Berufungen, Todesfällen, die er für

³⁸ Haacke, *Handbuch des Feuilletons Band I*, o.S.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Vgl. Koschwitz, *Wilmont Haacke*, 111. Vgl. auch Munzinger Archiv: *Wilmont Haacke*. 29/84, 2.

die *Publizistik* verfasste, zeugen für seine Integration in das Netz formeller und informeller Kontakte, das jede scientific community prägt. Nach seiner Emeritierung erschienen auffallend viele Buchrezensionen von ihm, hauptsächlich wieder in der *Publizistik*. Auch dies ein Zeichen für den Einfluss, der ihm innerhalb des Fachs eingeräumt wurde.⁴¹

Haackes besonderes Interesse für das Feuilleton verlor sich im Lauf der 70er Jahre, sein Schwerpunktthema ist dann die Zeitschriftenforschung geworden. Der Ruf des «Feuilletonprofessors» blieb ihm allerdings erhalten. Zum 90. Geburtstag 2001 bescheinigt ihm Wilfried Scharf in der *Publizistik*, er sei «auf den Gebieten der Feuilleton- und Zeitschriftenforschung der führende Wissenschaftler in Deutschland» und er stehe «dabei in der besten Tradition deutscher Geistesgeschichte». Haacke habe über 200 Feuilletonisten analysiert. «Ihrem letztlich aufklärerischen Geist ist er verpflichtet.⁴² Das soll nun nicht kommentiert werden.

Aber die Qualität seiner Feuilletonforschung ist aus heutiger Sicht doch zu skizzieren. Haackes Habilitationsschrift, im Original wie in ihrer überarbeiteten Fassung, besteht aus einer imponierend umfangreichen Materialsammlung mit seitenfüllenden Zitaten. Laut ihrer kurzen «methodologischen Prolegomena» (bis auf eine fehlende antisemitische Halbzeile und wenige, NS-bezogene Datierungen im Wesentlichen 1951 unverändert gegenüber 1943) will sie auch genau das sein. Der Autor will «ein vielfarbiges, sehr oft disjunktives Mosaik der bisherigen Begriffsbestimmungsversuche um das Feuilleton» erarbeiten, alle vorliegenden «Ansichten sollen hier sämtlich jeweils reihenweise chronologisch angeführt werden, so dass sich jede der somit entstehenden Entwicklungslinien zu einer speziellen Geschichte des doppeldeutigen Gattungsbegriffes Feuilleton durchbildet». Methodisch ergibt sich so «eine breite Strasse zum Feuilleton», sie sei «der bestmögliche induktive Anmarschweg zu einer möglichst überzeitlichen Umschreibung des Begriffs Feuilleton, deutet man ihn so ja initiatorisch aus seiner gesamten Vergangenheit».⁴³ Das Vorhaben ist, was die Materialfülle angeht, zweifellos gelungen und Vergleichbares wurde bis heute nicht wieder geleistet. Haackes Zusammenschau gehört wissenschaftsgeschichtlich allerdings einer Entwicklungsphase an, in der deskriptives Sammeln und Ordnen im Vordergrund standen, d.h. theoretisches Denken durch Strukturierungsversuche und Begriffsdefinitionen ersetzt wurde. So bordet das Material nach allen Seiten über und ist – noch dazu bei dezidiert induktiver Vorgehensweise – methodisch zu wenig selektiert, um in systematischen Zusammenhängen aufbereitet werden zu können. Besonders auffällig ist in diesem genuin historischen Kontext das Fehlen quellenkritischer Hermeneutik. Geschichte wird beschrieben als Addition mehr oder weniger gleichwertiger Fakten.

Dass sich Haackes Wissenschaftsverständnis auch sehr viel später nicht geändert hat, zeigt sein letzter umfangreicher Beitrag zum Feuilleton in der *Publizistik* aus dem Jahr 1976. Er trägt den ultimativen Titel «Das Feuilleton des 20. Jahrhunderts».⁴⁴ Auch hier dominieren die Addition von Fakten und das ausführliche Zitieren, fehlt der analytische Zugriff. Da zum Feuilleton des 20. Jahrhunderts Rückblicke auf die Jahre zwischen 1933 und 1945 gehören, wendet sich die Aufmerksamkeit besonders der Art und Weise zu, wie der Autor mit dieser Zeit umgeht. Kurz gesagt: er streift sie. Und zwar in feuilletonistischem Stil. Die Rede ist vom «Parademonstrum NS-Kulturpolitik», es habe «die leise Aussageweise des Feuilletons niemals

⁴¹ Vgl. Anm. 2.

⁴² Scharf. *Wilmont Haacke*. 70.

⁴³ Haacke, *Handbuch des Feuilletons Band 1*, 78. In der *Feuilletonkunde* lautet die letzte Zeile etwas anders: die «breite Strasse zum Feuilleton .. ist der bestmögliche induktive Anmarschweg zu einer modernen, zeitgemässen Umschreibung des Begriffs Feuilleton, deutet man ihn so ja initiatorisch aus seiner Vergangenheit.» Haacke, *Feuilletonkunde Band I*, 77. Mit «modern» und «zeitgemäss» ist die NS-Zeit gemeint, weshalb es 1951 auch nicht zufällig «überzeitlich» heisst.

⁴⁴ Wilmont Haacke: *Das Feuilleton des 20. Jahrhunderts*. In: *Publizistik* 21 (1976), 3, 285-312.

gänzlich erstickt. Der Geist des Feuilletons verfügte über Geister, die sich im Sinne ständigen Tarnens auf stilistisch meisterhafte Wort- und Satzprägungen verstanden ... Jederzeit zu Angriffen bereit, bleibt es, weil kaum zu greifen, im Grunde unangreifbar.»⁴⁵ Denn die Regime kommen und gehen.

Jedesmal, wenn nach Regime-Änderungen die Freiheit öffentlichen Meinens durch Maulkorbverordnungen zu Unfreiheit degradiert wird, wechselt das Feuilleton Farbe oder Färbung. Unter erzwungener Anpassung bewahrt es die Fähigkeit, sich froh oder frech, kritisch oder bitter, schlimmstenfalls ein wenig närrisch, jedoch beizeiten zur Zeit zu äussern. Dies Erbgut haftet ihm seit Erasmus von Rotterdams «Lob der Torheit»... unaustilgbar an.»⁴⁶

Haacke verweist im Übrigen, was die NS-Zeit betrifft, auf den Abschnitt «Wandlungen des Feuilletons zwischen 1933 und 1945» im zweiten Band seines «Handbuch des Feuilletons». Einen Antisemitismus hat es, auch aus der Sicht des Jahres 1976, offenbar nie gegeben. Allenfalls «Goebbels' Lamentieren über die als bössartig oder zersetzend verschrienen Meckerer.»⁴⁷ Die Worte Jude oder jüdisch fallen kein einziges Mal. Nun wird die «grande épogue» des Feuilletons wieder zwischen 1918 und 1933 datiert.⁴⁸ Und «Wien und damit Österreich...lagen während des 19. Jahrhunderts in Bezug auf Pflege des Feuilletons als Ressort, als Stil, als Form an der Spitze.»⁴⁹ 1943 in der «Feuilletonkunde» stellten sich diese Zusammenhänge noch anders dar:

Das deutsche Feuilleton der letzten Jahrzehnte vor 1933, wie es in Berlin, Wien, München, Köln, Frankfurt und anderen Orten geschrieben wurde, war stark verjudet... Die sich binnen weniger Jahre im ganzen Volke nach dem Siege des Nationalsozialismus durchsetzende, zunächst gefühlsmässige Ablehnung des Judentums, welche indes mit seiner gesetzmässigen Ausscheidung Hand in Hand ging, erbrachte im Nebenspiel eine allgemeine Aversion gegen Wort und Begriff, Art und Technik des Feuilletons als solchen mit sich... Geltend war unmittelbar nach 1933 eine unverkennbare Gegnerschaft gegen das Feuilleton, welche kurzfristig auch dem Gattungsbegriff galt. Diese Ablehnung lässt sich als gesunde Reaktion des Gefühls deutschgesinnter Männer auf Jahrzehnte einer Verjudung des Feuilletons und auf die kaum mehr überbietbaren Frechheiten der sich prononciert jüdisch gebenden und von 1918 bis 1933 verheerend einflussreichen jüdischen Feuilletonisten nur zu gut erklären und verstehen.»⁵⁰

Ungeachtet dieses Hintergrunds wurde der Aufsatz von 1976 aus der *Publizistik* wieder abgedruckt, 1987 in einem Lehrbuch zur Kommunikationsgeschichte.⁵¹ Hätte er der Ort sein können, wo Wilmont Haacke einmal die Gelegenheit ergreift, seine damaligen Äusserungen zu korrigieren? Eine solche Frage zu stellen ist vermutlich illusorisch. 1976 war der Zeitpunkt im Grunde längst verpasst und Anfang der fünfziger Jahre, als das «Handbuch» erschien, bestand keine Notwendigkeit. Denn ganz offensichtlich konnte sich ein Wissenschaftler wie Haacke, trotz einer Hypothek wie der «Feuilletonkunde», in der Bundesrepublik nach 1945 gut etablieren. Er war schliesslich nicht der einzige. Die Erforschung der gesellschaftlichen Strukturen, die die Fortsetzung von Berufskarrieren ermöglichten, welche unter der NS-Herrschaft begonnen hatten, setzte hierzulande erst spät ein. Das verweist darauf, wie tief die Wurzeln der Ver-

⁴⁵ Ebd., 286.

⁴⁶ Ebd., 286f.

⁴⁷ Ebd., 288.

⁴⁸ Vgl. ebd., 291.

⁴⁹ Ebd., 302.

⁵⁰ Haacke, *Feuilletonkunde Band I*, 4f.

⁵¹ Manfred Bobrowsky u.a. (Hrsg.): *Medien- und Kommunikationsgeschichte*. Wien 1987. Darin 161-188.

drängung liegen.⁵² Auch in der Kommunikationswissenschaft ist das Thema ein nachgeordnetes, trotz etlicher, aufschlussreicher Einzelfallanalysen.⁵³

Niemand war dabei und keiner hat's gewusst

Als 1943–44 die beiden Bände der «Feuilletonkunde» erschienen, waren die Juden Deutschlands und Österreichs weitgehend vertrieben, und in den eroberten Gebieten vor allem Osteuropas wütete der Holocaust. Seit der Berliner Wannseekonferenz im Januar 1942 hatte sich die nationalsozialistische Politik der «Endlösung der Judenfrage» zugewandt, der systematischen physischen Vernichtung der europäischen Juden. Vor den Augen einer ungläubigen Weltöffentlichkeit⁵⁴ und in Deutschland wie Österreich gehäht, verdrängt oder gebilligt: «Niemand war dabei und keiner hat's gewusst»⁵⁵. Nach all den, die Juden diskriminierenden Gesetzen, nach der so genannten Reichskristallnacht, nach der Kennzeichnungspflicht durch den gelben Stern, nach dem Verschwinden der Juden aus dem öffentlichen Leben. Was hat Wilmont Haacke davon wahrgenommen und welche Zusammenhänge stellte er zwischen dieser Realität und der Realität seiner antisemitischen Äusserungen her? Stellte er überhaupt Zusammenhänge her? Jedenfalls war er mit der Veröffentlichung dieser Äusserungen unter seinem Namen einverstanden, auch wenn es sich, laut späterer Version, um Eingriffe «nationalsozialistischer Überwachungsstellen» gehandelt haben sollte. Er war damit einverstanden, weil sonst seine Habilitation keinen Erfolg gehabt hätte?

Nicht nur in Deutschland hat der Antisemitismus eine lange Tradition. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft nahm er erkennbar extremste Züge an. Hier mitzumachen lässt sich erklären: aus selbst empfundenem Antisemitismus, aus persönlichen Gründen der Berufskarriere oder aus einer Mischung aus beidem. Darüber später dann zu schweigen und auch erfolgreich schweigen zu können, bedarf es eines Umfelds, das toleriert und ebenfalls schweigt.

⁵² Vgl. exemplarisch Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996; Bernd Weisbrod (Hrsg.): *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*. Göttingen 2002.

⁵³ Vgl. z.B. Arnulf Kutsch (Hrsg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. Köln 1984; Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegele (Hrsg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik. Biographisch-institutionelle Stationen der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt/M. 1986.

⁵⁴ Hier ist vor allem zu nennen Martin Gilbert: *Auschwitz und die Alliierten*. München 1982.

⁵⁵ Vgl. Jörg Wollenberg (Hrsg.): «Niemand war dabei und keiner hat's gewusst». *Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945*. München und Zürich 1989.

Portrait eines Schreibtischtäters

Franz Ronneberger (1913-1999)

Peer Heinelt

«Schreibmaschinentäter» nannte Otto Köhler die von ihm identifizierten «unheimlichen Publizisten» des «Dritten Reichs».¹ In Bezug auf das 1999 verstorbene Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK), Franz Ronneberger, greift der Begriff jedoch zu kurz. Ronneberger gehörte nicht nur zu den Propagandisten des NS-Regimes, er war ebenso an der systematischen Erarbeitung der informationellen Grundlage der NS-Propaganda beteiligt wie an der Schaffung der wissenschaftlichen Basis für die nationalsozialistische Kriegs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik. Die von ihm in diesem Zusammenhang entwickelten Vorstellungen über die Funktionsweise und Wirkungsabsicht der Massenmedien decken sich mit denen, die er nach dem Ende des «Dritten Reichs» in der Bundesrepublik Deutschland zu Papier brachte. Diese Thesen sollen im Folgenden anhand seiner Biographie belegt werden.

Aussagekräftiges Quellenmaterial zu Ronnebergers Karriere im «Dritten Reich» findet sich in verschiedenen deutschen und österreichischen Archiven: Herangezogen wurden der von der NSDAP-Gauleitung Wien angelegte Gauakt 90457, der im österreichischen Staatsarchiv, Abteilung Archiv der Republik, aufbewahrt wird, sowie die ebenfalls hier vorhandenen Akten der Reichsstathalterei Baldur von Schirach und des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien. Im Bundesarchiv Berlin findet sich eine Personalakte über Ronneberger (Bestand des ehemaligen Berlin Document Center); diese wurde ebenso eingesehen wie die hier vorhandenen Aktenbestände des Reichssicherheitshauptamts (R 58) und der Südosteuropa-Gesellschaft in Wien (R 63). Hinzu kamen verschiedene Akten der Abteilung DVIII bzw. Inland II C, der Presseabteilung und des Referats Partei des Auswärtigen Amtes im Politischen Archiv des AA sowie der Briefwechsel zwischen Ronneberger und dem Südosteuropaforscher Fritz Valjavec, der im Südost-Institut München der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Die im Bundesarchiv Koblenz vorliegende Akte über das Spruchkammerverfahren gegen Ronneberger in den Jahren 1947 und 1948 (Z 42 VII/1455) ist nur von bedingter Aussagekraft, da sie über weite Strecken lediglich die Ausflüchte des Angeklagten dokumentiert.²

Dass ich mich bei meiner Darstellung der NS-Biographie Ronnebergers fast ausschliesslich auf Archivalien stütze, hat Gründe: Während Ronneberger in neueren Forschungsarbeiten zur Wissenschafts- und Kulturpolitik des «Dritten Reichs» allenfalls am Rande vorkommt,³ bestimmte er im Rahmen der bundesdeutschen Kommunikationswissenschaft die Aussagen über seine

¹ vgl. Otto Köhler: *Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher*. München 1995. Die erste Auflage des Buches erschien 1989 unter dem Titel *Wir Schreibmaschinentäter*.

² Die Quellenlage kann insgesamt als gut beurteilt werden, was auch vorbehaltlich der Tatsache gilt, dass sich im Universitätsarchiv München Unterlagen über Ronneberger aus der Zeit des «Dritten Reichs» befinden. Diese einzusehen wurde mir mit Schreiben vom 17. Mai 2002 unter Verweis auf personenbezogene «Schutzfristen» verweigert.

³ vgl. Michael Fahlbusch: *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften‘ 1931-1945*. Baden-Baden 1999, Kap. 3.5 und 3.9 sowie Carsten Klingemann: *Soziologie im Dritten Reich*. Baden-Baden 1996, 84, 154.

NS-Vergangenheit weitgehend selbst. Seine apologetische Sichtweise wurde von Kollegen, Schülern und Adepten in Festschriften, Würdigungen und Nachrufen vorbehaltlos übernommen.⁴ Was allerdings den Lebensweg Ronnebergers in der Bundesrepublik betrifft, stellen Äusserungen dieser Art eine wichtige Quelle dar: An diesem Punkt der Biographie angekommen, musste nichts mehr vertuscht oder schöngeredet werden, vielmehr konnte man sich im Glanz der interdisziplinären Karriere eines renommierten Wissenschaftlers sonnen. Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit wird in aller gebotenen Kürze versucht, den beruflichen Werdegang Ronnebergers im «Dritten Reich» zu rekonstruieren. Der zweite Teil wird dann seine bundesdeutsche Biographie zum Inhalt haben.

Teil 1 – Der NS-Intellektuelle

1944, auf dem Höhepunkt seiner Karriere im «Dritten Reich», führte der 31 Jahre alte Ronneberger mehrere parteiamtliche Dienstbezeichnungen und übte etliche verschiedene Funktionen aus: Er war SS-Untersturmführer und hauptamtlicher Mitarbeiter des Wiener SD, Gauhauptstellenleiter im Grenzlandamt der NSDAP-Gauleitung Niederdonau und Leiter der Aussenstelle Südost der Reichsstudentenführung. Er leitete die Korrespondenzstelle Wien des Auswärtigen Amtes (Dienststelle Dr. Ronneberger) und den Nachrichtendienst der Südosteuropa-Gesellschaft (SOEG). Er war Dozent der Südost-Stiftung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages an der Hochschule für Welthandel in Wien, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ), des *Völkischen Beobachters* und anderer NS-Medien. Stellvertretend leitete er die Publikationsstelle Wien der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft (SODFG), die dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstellt war. Wie es zu dieser Ämterhäufung kam, soll im Folgenden skizziert werden.⁵

Aufstieg eines Studentenfunktionärs

1932, als Jurastudent in Kiel, begann Ronneberger, sich im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) zu engagieren, wofür ihm nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten das Silberne Ehrenzeichen der faschistischen Studentenorganisation verliehen wurde.⁶ Ronneberger interessierte sich zunehmend für sogenannte Volkstumspolitik, deren Ziel es war, mit Hilfe der Mobilisierung deutschstämmiger Minderheiten (Volksdeutsche) in Eu-

⁴ vgl. Ivonne Junghänel: *Franz Ronneberger. Kommunikationswissenschaftliches Werk unter besonderer Berücksichtigung der PR-wissenschaftlichen Schriften*. Unveröff. Magisterarbeit Universität Leipzig 2001, 12-18; Walter Hömberg: *Vielseitig, weltoffen, innovativ. Zur Erinnerung an Franz Ronneberger*. In: *Aviso*, Nr. 24, April 1999, 9; Ulrich Saxer: *Franz Ronneberger (1913-1999)*. In: *Publizistik*, Jg. 44 (1999), H. 2, 224 f.; Manfred Rühl: *Franz Ronneberger 85 Jahre*. In: *Publizistik*, Jg. 43 (1998), H. 2, 172; Franz Ronneberger: *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft. Autobiographische Fragen an Franz Ronneberger von Manfred Rühl*. In: Arnulf Kutsch/Horst Pöttker (Hg.): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*. (= *Publizistik Sonderheft 1/1997*), 21-35; Manfred Rühl: *Franz Ronneberger – Anmerkungen zum «unordentlichen» Lebensweg eines interdisziplinär orientierten Sozialwissenschaftlers*. In: Manfred Rühl/Heinz-Werner Stuibler (Hg.): *Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung. Festschrift für Franz Ronneberger*. (= *Journalismus 18*). Düsseldorf 1983, 327-333; Manfred Rühl/Jürgen Walchshöfer (Hg.): *Politik und Kommunikation. Festgabe für Franz Ronneberger zum 65. Geburtstag*. (= *Nürnberger Forschungsberichte Sonderband*). Nürnberg 1978, XX f.

⁵ vgl. im Folgenden: Franz Ronneberger: *Lebenslauf v. 3.7.1944*. In: BDC/REM, Bl. 4615f. (BArch Berlin); *Personalnachrichten, Hochschule für Welthandel Wien v. 10.7.1944*, ebd., Bl. 4610 ff.; den von ihm ausgefüllten Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuSHA) v. 26.10.1939. In: BDC/RS (BArch Berlin) und seine Aussage v. 10.8.1947 vor dem Öffentlichen Ankläger (Staatsanwalt Wegener) am Spruchgericht Stade. In: Z 42 VII/1455. Bl. 35 ff. (BArch Koblenz).

⁶ Diese Auszeichnung erhielten ausschliesslich «verdiente Kameraden, die ... in der Zeit vor dem 30. Januar 1933 im NSD-Studentenbund aktiv gearbeitet haben»; vgl. Robert Ley (Hg.): *Organisationsbuch der NSDAP*. München 1936, 263.

ropa eine an ethnischen Kriterien orientierte Staatenordnung unter deutscher Führung zu etablieren. Anfang 1934 entschloss er sich zum Umzug nach München, wo 1930 das ‚Institut zur Erforschung des Deutschtums im Süden und Südosten‘ entstanden war, für das sich ab 1935 der Begriff ‚Südost-Institut‘ (SOI) einbürgerte.⁷ Mit dem Mitarbeiter und späteren Geschäftsführer des SOI, Fritz Valjavec, sollte Ronneberger in den folgenden Jahren eine enge wissenschaftliche, politische und persönliche Beziehung verbinden.

Im Verlauf des Wintersemesters 1934/35 übernahm Ronneberger die Leitung des Aussenamtes der Studentenschaft der Universität München.⁸ Das Aussenamt hatte die Aufgabe, «die Studierenden, die beabsichtigen, ins Ausland zu gehen, zu schulen und darauf vorzubereiten, dass sie draussen das Deutschtum sauber vertreten. Es kann kein deutscher Student in Zukunft an einer ausländischen Hochschule zugelassen werden, der nicht durch diese Schulung bereits ein Halbjahr vorher erfasst wurde», hiess es in der Selbstdarstellung der Körperschaft.⁹ Geschult wurden die Münchner Studierenden in sogenannten studentischen Arbeitsgemeinschaften unter anderem von Fritz Valjavec, der dort über ‚Das Deutschtum in Südost-Europa‘ oder ‚Organisationsformen des Auslandsdeutschtums‘ sprach.¹⁰ Ronneberger schrieb 1944 rückblickend über das von ihm geleitete Aussenamt, dass «im Rahmen dieser Dienststelle [die] Zusammenfassung und Lenkung des gesamten politischen und wissenschaftlichen Einsatzes der deutschen Studentenschaft in Südosteuropa» erfolgt sei.¹¹

Im Verlauf des Jahres 1936 begannen Ronneberger und Valjavec mit dem Aufbau eines ‚Süd-Ost-Presseberichtes‘.¹² Nachdem sich eine der Arbeitsgemeinschaften des Aussenamtes bereits mit der Beobachtung der ‚Auslandspresse‘ befasste,¹³ wurden jetzt auch die Publikationen der deutschstämmigen Minderheiten in Südosteuropa systematisch ausgewertet. Man wollte nicht nur wissen, was im Ausland über Nazideutschland gedacht wird, sondern auch über den Stand der nationalsozialistischen Mobilisierung bei den Angehörigen der deutschen Volksgruppen informiert sein. Elisabeth Noelle-Neumann gibt an, Ronneberger habe 1936 mit ihr zusammen die Lehrveranstaltungen des Zeitungswissenschaftlers Karl d’Ester in München besucht; sie selbst habe als Zellenleiterin der Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen (ANST), einer Unterorganisation des NSDStB, die Arbeitsgemeinschaft ‚Presseanalyse‘ geleitet.¹⁴

⁷ Zur Geschichte des SOI s. Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?*, 260 ff.; SOI (Hg.): *Südost-Institut München 1930-1990. Mathias Bemath zum siebzigsten Geburtstag.* (= Südosteuropa-Bibliographie Ergänzungsbd. 2). München 1990, 21 ff. sowie Dorothea Willkomm: *Untersuchungen zur Anfangsphase der deutschen Südosteuropahistoriographie.* Unveröffentlichte Magisterarbeit TU Hannover 1979, 123 ff.

⁸ Dies entspricht sowohl den Angaben in seinem Lebenslauf v. 3.7.1944 als auch seinen Einlassungen vor dem öffentlichen Ankläger am Spruchgericht Stade v. 10.8.1947. Im Vorlesungsverzeichnis der Universität München wird Ronneberger ab dem Sommersemester 1935 als Leiter des Aussenamtes der Studentenschaft geführt; vgl. Universität München: *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1935.* München 1935, 86.

⁹ Universität München, *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1935, 10.*

¹⁰ vgl. Universität München: *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1935/36 und das Sommerhalbjahr 1936.* München 1935, 10 f.

¹¹ Ronneberger, Lebenslauf v. 3.7.1944.

¹² vgl. Valjavec an Alfred Krehl v. 20.6.1936 u. 26.5.1937. In: Briefwechsel Fritz Valjavec 1934-1950 (Südost-Institut München). im Folgenden: Briefwechsel Valjavec (SOI).

¹³ vgl. Universität München, *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1935/36 und das Sommerhalbjahr 1936, 11.*

¹⁴ vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: *Über den Fortschritt der Publizistikwissenschaft durch Anwendung empirischer Forschungsmethoden. Eine autobiographische Aufzeichnung.* In: Kutsch/Pöttker, *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*, 39 f.

Am 1. Januar 1937, im Jahr seines Eintritts in die NSDAP,¹⁵ wurde Ronneberger zum Leiter der ‚Aussenstelle Südost‘ der Reichsstudentenführung ernannt;¹⁶ Valjavec erhielt das ebendort angesiedelte ‚Ungarnreferat‘.¹⁷ Die Reichsstudentenführung (RSF) war im November 1936 aus der Zusammenfassung der Spitzen von Deutscher Studentenschaft und NSD-Studentenbund entstanden. SS-Obersturmbannführer Gustav Adolf Scheel wurde am 5. November 1936 zum Reichsstudentenführer berufen durch Ernennung zum Führer des NSDStB von Seiten der NSDAP und zum Reichsführer der Deutschen Studentenschaft von Seiten des Staates.¹⁸ Ronnebergers Pressebericht erschien fortan in seinem Namen.

Im Sommer 1938 übernahm Ronneberger ein weiteres Amt der ‚studentischen Aussenarbeit‘; am 1. Juli löste er Helmut Bauersfeld als Leiter der Deutschen Akademischen Auslandsstelle München ab.¹⁹ Der Zweck dieser Einrichtung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) bestand darin, durch Vorträge, Führungen, Betriebsbesichtigungen, Arbeitsgemeinschaften über ‚Gegenwartsfragen‘, gesellschaftliche Veranstaltungen und Ausflüge den in München studierenden Ausländern den «Anschluss an das geistige und wissenschaftliche Leben in der Hauptstadt der Bewegung» zu erleichtern.²⁰ Die Aufgabenstellung der Institution legt nahe, dass Ronneberger in seiner neuen Funktion unter anderem einen Besuch des KZ Dachau anregte, den er dem öffentlichen Ankläger am Spruchgericht Stade ausführlich geschildert hat.²¹ Dass Ronneberger bei diesen Einlassungen so viel Wert darauf legte, keine politischen Häftlinge, sondern lediglich «Arbeitsverweigerer» und «Gewohnheitsverbrecher» im KZ Dachau gesehen zu haben, lässt den Schluss zu, dass er das KZ im Zusammenhang mit der Aktion ‚Arbeitsscheu Reich‘ aufsuchte.²² Im Rahmen dieser Aktion verhafteten Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei in den Monaten März und Juni des Jahres 1938 mehr als 10.000 Angehörige subproletarischer Schichten sowie Sinti und Roma («Asoziale») und wiesen sie in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau ein. Die dort bisher dominierenden politischen Häftlinge wurden zur Minderheit. Zur Aktion ‚Arbeitsscheu Reich‘ gehörte auch die Propaganda gegen ‚Arbeitsverweigerer‘ und ‚Gewohnheitsverbrecher‘; gerne führte man ausländischen Gästen die internierten ‚asozialen Elemente‘ und jüdischen ‚Verbrechertypen‘ vor.²³

Ronnebergers wissenschaftliche Entwicklung ging mit seiner politischen Entwicklung einher; beides war untrennbar miteinander verflochten. Die von ihm repräsentierte ‚Südostforschung‘ stand stets unter dem Primat der nationalsozialistischen Politik. Dies zeigte sich bereits 1935/36 beim 1. Reichsleistungskampf der Studenten, als er gemeinsam mit vier Jurakommilitonen die Arbeit «Die ordnende Kraft der völkischen Idee im südosteuropäischen Raum» vorlegte. Der von Franz Alfred Six organisierte Wettbewerb stand unter dem Motto: «Nur Natio-

¹⁵ Ronneberger trat der NSDAP am 1. Mai 1937 bei und erhielt die Mitgliedsnummer 5152299. Diese Angabe findet sich in allen von Ronneberger verfassten Lebensläufen: vgl. Fragebogen RuSHA v. 26.10.1939; Personalnachrichten v. 10.7.1944, BI. 4613; Lebenslauf v. 3.7.1944, BI. 4616. Die Eintragungen auf seiner NSDAP-Karteikarte (BArch Berlin/BDC) lassen vermuten, dass sein Parteieintritt vier Wochen zurückdatiert wurde.

¹⁶ vgl. Fragebogen RuSHA v. 26.10.1939. In seiner Aussage v. 10.8.1947 gibt Ronneberger an, die Aussenstelle selbst geschaffen zu haben.

¹⁷ vgl. Valjavec an Krehl v. 28.1.1937. In: Briefwechsel Valjavec (SOI).

¹⁸ vgl. in diesem Zusammenhang auch Michael Grüttner: *Studenten im Dritten Reich*. Paderborn u.a. 1995, 317 ff.

¹⁹ vgl. Fragebogen RuSHA v. 26.10.1939. Im Personen- und Vorlesungsverzeichnis der Universität München wird Ronneberger ab dem Wintersemester 1938/39 als Leiter der Akademischen Auslandsstelle geführt; vgl. Universität München: *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1938/39*. München 1938, 89.

²⁰ Universität München: *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1938/39*, 11. siehe hierzu Peer Heinelt: *PR als Dienst an der « Volksgemeinschaft »*. *Biographische Untersuchungen zur Geschichte einer Kommunikationsdisziplin*. In: *Medien & Zeit*, Jg. 14 (1999), H. 1, 25.

²¹ vgl. im Folgenden Wolfgang Ayass: *‚Asoziale‘ im Nationalsozialismus*. Stuttgart 1995, 138-175.

²² vgl. ‚Professor Landra besucht das Konzentrationslager Sachsenhausen‘. In: *Illustrierter Beobachter* 1939, Folge 1, 10, nachgedruckt ebd., 167.

nalsozialisten können nationalsozialistische Wissenschaft gestalten.»²⁴ Da Ronneberger als Leiter des ‚Südostbewertungsausschusses‘ nicht seine eigene Arbeit bewerten konnte, übertrug er kurzerhand Valjavec diese Funktion.²⁵ Dieser und Gustav Fochler-Hauke, ein Schüler des Geopolitikers Karl Haushofer, beurteilten Ronnebergers Arbeit übereinstimmend als „pol[itisch]-wissensch[aftlich] und prakt[isch]-pol[itisch] wertvoll»²⁶. In seiner Dissertation «Südosteuropa im politischen Ordnungsbild Bismarcks» von 1938 bemühte er sich, die Aussenpolitik des Reichskanzlers als Vorwegnahme völkischer Grossraumpolitik darzustellen.²⁷

Pressearbeit und ‚Südostforschung‘

Zur Jahreswende 1938/39 war Ronneberger in den an Südosteuropa interessierten Kreisen der nationalsozialistischen Nomenklatura kein Unbekannter mehr: Er gab einen Pressebericht über Südosteuropa heraus und unterhielt gute Kontakte zu den faschistischen Volkgruppenführern Fritz Fabritius (Rumänien), Franz Basch (Ungarn) und Franz Karmasin (Slowakei).²⁸ Im Frühjahr 1939 holte ihn SS-Obergruppenführer Arthur Seyss-Inquart, Reichsstatthalter für das Deutschland ‚angeschlossene‘ Österreich, in seinen Mitarbeiterstab nach Wien;²⁹ Ronneberger behielt seine Funktion bei der Reichsstudentenführung.³⁰ Man beauftragte ihn mit dem «Aufbau einer Dienststelle zur Erforschung des Pressewesens in Südosteuropa und der laufenden Presse- und politischen Berichterstattung».³¹ Wieder gab Ronneberger einen ‚Pressebericht‘ heraus – von Valjavec als «schlechthin führend» bezeichnet³² – und begann mit dem Aufbau eines Netzes von Verbindungsleuten in Südosteuropa, die wahlweise als Agenten, Korrespondenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter bezeichnet werden können.³³

Nach Ronnebergers Aussage erfolgte im Laufe des Jahres 1940 die «Übernahme» seiner Dienststelle durch das Auswärtige Amt (AA),³⁴ wo man bereits kurz nach dem Amtsantritt Ribbentrops 1938 begonnen hatte, sich mit der Einrichtung eines ‚Südost Nachrichtendienstes‘ zu befassen.³⁵ Nachrichten aus Südosteuropa sollten in Wien gesammelt und «bearbeitet» werden, um damit einerseits die in Berlin und Wien ansässigen Korrespondenten neutraler Staaten und andererseits die ‚Verteilerstationen in allen Hauptstädten des Südostens‘ zu beliefern.

²⁴ Franz Alfred Six (Hg.): *Studenten bauen auf! Der 1. Reichsleistungskampf 1935/36. Ein Rechenschaftsbericht.* Marburg/Berlin, XIII.

²⁵ vgl. Die Studentenschaft der Universität München, Leiter des Aussenamtes (Ronneberger) an Geschäftsleiter des Institutes zur Erforschung des Deutschen Volkstumsgebietes im Südosten, Valjavec v. 17.3.1936. In: Briefwechsel Valjavec (SOI).

²⁶ vgl. Six (Hg.), *Studenten bauen auf!*, 144 f» 150 f.

²⁷ vgl. Heinelt, *PR als Dienst an der « Volksgemeinschaft»*, 25.

²⁸ vgl. Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien, Landesobmann Fritz Fabritius (Hermannstadt) an Ronneberger (München, Neuhauserstr. 51) v. 21.12.1936; Franz Basch (Berlin W 30, Motzstr. 52, Pension Cécilie) an Valjavec v. 16.3.1937 sowie Reichsstudentenführung, Aussenstelle Süd-Ost (Naager) an Valjavec v. 28.1.1939 betr. wissenschaftlicher Einsatz in der Slowakei; Aussenstelle Süd-Ost (Naager), Vordringliche wissenschaftliche Arbeiten über das Karpatendeutschum v. 25.1.1939 (Anlage 1). In: Briefwechsel Valjavec (SOI).

²⁹ vgl. Lebenslauf v. 3.7.1944 sowie Fragebogen RuSHA v. 26.10.1939.

³⁰ vgl. Schreiben des Amtes für Beamte der NSDAP-Gauleitung Wien (Kasper) an das NSDAP-Gaupersonalamt Wien v. 4.3.1940. In: Gauakt (GA) 90457, BI. 17, österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR) sowie Aussage Ronnebergers v. 10.8.1947, BI. 35 f. Inwieweit die Pläne von Ronnebergers Doktorvater Norbert Gürke, in Wien ein ‚Süd/Ost-Institut‘ zu errichten, in diesem Zusammenhang eine Rolle spielten, kann hier nicht weiter erörtert werden.

³¹ Lebenslauf v. 3.7.1944.

³² Valjavec an Ronneberger (Wien) v. 26.7.1939. In: Briefwechsel Valjavec (SOI).

³³ vgl. Aktennotiz Kaufmanns für Schirach betr. Aussenpolitische Informationsstelle v. 19.9.1940. In: RStH 04/5, Karton 57 (ÖStA/AdR).

³⁴ vgl. Lebenslauf v. 3.7.1944.

³⁵ vgl. im Folgenden Peter Longerich: *Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop.* (= Studien zur Zeitgeschichte 33). München 1987, 244; Zitate ebd.

Durch die Lancierung von Pressemeldungen erhoffte man sich, dass neutrale Medien diese aufnehmen und verbreiten würden; die Meldungen konnten dann von der deutschen Auslandspropaganda wiederum zitiert und als Beleg für die Seriosität der eigenen Aussagen herangezogen werden.³⁶ Am 16. November 1939 teilte der stellvertretende Leiter der Presseabteilung des AA, Paul Karl Schmidt, dem zuständigen Referenten Günter Lohse mit, dass Aussenminister Ribbentrop die Genehmigung zur Errichtung eines ‚Südost-Dienstes‘ gegeben habe. Versehen war das Einverständnis des Ministers allerdings mit der «strikten Weisung», dass «Wien in keiner Weise als Zentrale oder besonders wichtige Arbeitsstelle in Erscheinung treten» dürfe.³⁷ Die fünf Tage später in Berlin gegründete Südost-Dienst GmbH war, so Lohse, «zwar nach aussen hin eine private Gesellschaft, in Wahrheit aber eine vom Auswärtigen Amt ressortierende und für den Krieg geschaffene Gesellschaft zur Durchdringung des neutralen Südostens und des Orients mit deutschen Nachrichten»³⁸, die unter dem Namen ‚Transkontinent Press‘ erschienen.³⁹ Ihre Verbreitung erfolgte zunächst über das Korrespondentennetz der Wiener Zeitschrift ‚Südost-Echo‘, das dem AA seinerseits zur Informationsgewinnung diente.

Neben der Südost-Dienst GmbH unterhielt das Auswärtige Amt einen ‚Eigendienst‘, der durch tägliche Telefonate mit den deutschen Botschaften in Budapest, Belgrad, Sofia, Bukarest und Athen die «schnelle amtliche Unterrichtung der Presseabteilung über die Haltung der Presse dieser Länder» gewährleistete.⁴⁰ Das ‚Büro Ronneberger‘ sollte «auf Grund langjähriger Verbindungen zu den Ländern des Südostens, auch zu Provinzstädten» die «presse-politische Sonderaufgabe» erfüllen, «Nachrichten jeder Art aus dem Südosten aufzunehmen und der aussenpolitischen Leitung des Reiches zur Verfügung zu stellen»; gefragt waren insbesondere «stimmungsmässig wichtige Berichte». Begründet wurde die Mehrzahl der unabhängig von einander arbeitenden Nachrichtendienste damit, dass «bei der Verschiedenartigkeit der speziellen Aufgabenstellungen eine ausserordentlich breite Basis für die Nachrichtenhereinnahme geschaffen wird, die eine Kontrolle über die Richtigkeit und volle Zuverlässigkeit der Nachrichten auf den verschiedenen Wegen ermöglicht». Zudem sei «bei Eingriffen von Regierungen im Südosten gegen die eine oder andere Einrichtung» nicht gleich «die Lahmlegung des gesamten Nachrichtenapparates in dem betreffenden Lande» zu befürchten. Anfang 1940 erhielt Ronnebergers Dienststelle monatlich RM 2'500 von der Presseabteilung und RM 2'000 von der Personalabteilung des AA.⁴¹ Offiziell allerdings war Ronneberger Chef der Presse- und Informationsabteilung im Grenzlandamt der NSDAP-Gauleitungen von Wien und Niederdonau und gehörte als Gauhauptstellenleiter zum Korps der politischen Leiter der NSDAP.⁴² Der Lei-

³⁶ w.o. 299 ff.

³⁷ Notiz Schmidts für Lohse (Geheim!) v. 16.11.1939. In: R 123720, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA).

³⁸ Lohse betonte dies insbesondere gegenüber Ministerien und Behörden, bei denen er um Unterstützung für die Arbeit seiner Abteilung nachsuchte: vgl. Referat Deutsche Presse (Lohse) an Wehrmeldeamt Berlin-Wilmersdorf v. 26.11.1940 betr. UK-Stellung des Schriftleiters Erich Maier. Ähnlich lautende Schreiben gingen unter anderem an den Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft, Fritz Todt, betr. eine von der Deutschen Reichspost durchzuführende Kabelverlegung von Wien nach Deutsch-Altenburg (17.8.1940), das Wehrbezirkskommando Ausland, Berlin, betr. Berend von Tiesenhausen (22.1.1941), das Reichsfinanzministerium betr. Befreiung von der Zahlung sämtlicher Reichssteuern (30.10.1940) und das Wehrmeldeamt Wien I Nord betr. Nabkömmlichkeitsbescheinigung für Herrn Thyssen, Schriftleiter der Wiener Relaisstation von Transkontinent Press (22.6.1940). In: R 123719 (PAAA).

³⁹ Anfang September 1939 hatten sich Schmidt und Lohse für einen «internationalen verwaschenen Titel» ausgesprochen: vgl. Aufzeichnung: Sofortige Einrichtung eines Südost-Nachrichtendienstes v. 8.9.1939, ebd.

⁴⁰ Siehe im Folgenden P 101/40 G (Geheim) v. 27.3.1940. In: R 123720 (PAAA).

⁴¹ Lohse lehnte die Finanzierung des ‚Büros Ronneberger‘ durch das AA ab, da er Konkurrenz für seinen ‚Südost-Dienst‘ befürchtete. Er warf Ronneberger vor, lediglich «Doppelarbeit» zu leisten und sich zudem erst seit ein bis zwei Jahren «mehr theoretisch» mit Südosteuropa zu befassen, vgl. Deutsche Presse (Lohse), Stellungnahme zu P 101/40 G v. 3.4.1940, ebd.

⁴² vgl. Personalnachrichten v. 10.7.1944 sowie Lebenslauf v. 3.7.1944.

ter des Grenzlandamtes, SS-Hauptsturmführer Helmut Triska, wechselte Ende 1940 in die Abteilung DVIII (Volkstumspolitik) des Auswärtigen Amtes.⁴³

Nach Angaben Ronnebergers umfassten die Arbeiten seiner Korrespondenzstelle – neben der von ihm bei dieser Gelegenheit nicht genannten Auswertung und Weiterleitung von Agentenberichten – folgende Aufgabenbereiche:⁴⁴

- die Erstellung von Presseschauen südosteuropäischer Zeitungen «mit besonderer Betonung der für die Kriegführung wesentlichen Momente»,
- das Verfassen von Berichten über einzelne südosteuropäische Staaten,
- die Einrichtung eines Übersetzungsdienstes,
- das Führen einer Personenkartei und einer Sachkartei «der wichtigsten Institutionen Südosteuropas vor allem der politischen Organisationen» sowie
- die Unterhaltung einer Bibliothek «des südosteuropäischen und des europäischen Schrifttums über Südosteuropa, unter besonderer Bevorzugung von Soziologie, neuer Geschichte und Wirtschaft».

Auf Anfrage erstellte die Korrespondenzstelle Wien auch Analysen über Spezialthemen; zu den Abnehmern Ronnebergers gehörten neben dem AA sowie anderen Ministerien und Behörden der militärische Geheimdienst, das Amt Ausland/Abwehr beim Oberkommando der Wehrmacht, und das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), das von Himmler im September 1939 durch die Zusammenfassung von Gestapo, Kriminalpolizei und SD unter Reinhard Heydrich begründet worden war.

Ronnebergers wichtigste Tätigkeit im Rahmen seiner Korrespondenzstelle dürfte allerdings das Abfassen von politischen Wochenberichten über Südosteuropa gewesen sein.⁴⁵ Diese waren nach Ländern unterteilt und jeweils in zwei Teile gegliedert: Teil I, die sogenannte *Übersicht*, gab in Form einer Zeittafel einen Überblick über die politischen Geschehnisse, die sich während der zurückliegenden Woche in dem jeweiligen südosteuropäischen Land zugetragen hatten. Teil II (Presse) analysierte und bewertete die Berichterstattung über die zuvor geschilderten Ereignisse im Hinblick auf die innen- und aussenpolitische Situation des jeweiligen Landes. Ronneberger ging es dabei vor allem um die Loyalität der herrschenden Klassen gegenüber Deutschland; genau beobachtete er deren interne Machtkämpfe und ihr Verhältnis zur deutschen Volksgruppe; die antisemitischen Massnahmen der Regierungen wurden daraufhin untersucht, ob sie den Ansprüchen der ‚Rassenhygiene‘ genügen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion interessierte ihn in zunehmendem Masse der staatliche Umgang mit Kommunisten und Partisanen; gleichzeitig begann er, die Kriegsfähigkeit der südosteuropäischen Staaten einzuschätzen, wobei der Umgang der Bevölkerung mit den Erfordernissen der Kriegsproduktion, ihre Reaktion auf Rationierungen und die allgemeine Stimmungslage im Vordergrund standen. Die Haltung der gesellschaftlichen Eliten zu den ‚Feindmächten‘, ihr Verhältnis zur ‚europäischen Grossraumwirtschaft‘ und zu ihren südosteuropäischen Nachbarn waren weitere Schwerpunkte von Ronnebergers Berichten.

⁴³ vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?*, 91.

⁴⁴ vgl. im Folgenden: Franz Ronneberger: *Die Arbeiten der Korrespondenzstelle Wien v. 17.8.1947*. In: Z 42 VII/1455. Bl. 91 (BArch Koblenz).

⁴⁵ Weitere Berichte betrafen den Nahen Osten; sie finden sich im Bestand der Südosteuropa-Gesellschaft e.V. in Wien, R 63, 335ff. (BArch Berlin) sowie auszugsweise in R100458, R 100459, R 100460, R 100461 und R 100434 (PAAA).

In der mittlerweile von Baldur von Schirach geleiteten Reichsstatthalterei wurde man wieder auf Ronneberger aufmerksam. Dessen Dienststelle war Thema eines Berichts, den HJ-Gebietsführer Günter Kaufmann, Presse- und Südosteuropareferent des Reichsstatthalters, am 19. September 1940 für seinen Chef anfertigte:

Die Arbeit von Dr. Ronneberger dient dazu, eine zweite Information des Auswärtigen Amtes neben der durch die Gesandtschaft vorzunehmen, wodurch dem Reichsminister des Auswärtigen solche Dinge als Mitteilung zu Ohren kommen, die von den Gesandten in ihren Berichten nicht genannt werden. Es scheint so, als ob die Materialunterlagen für den Wiener Schiedsspruch⁴⁶ zu einem grossen Teil aus dieser Informationsquelle stammen. [...] Auf dem Gebiet der Slowakei, Nähe der Protektoratsgrenze, befindet sich der Donausender, ein Propagandasender des Reiches, der ausschliesslich in den Balkansprachen Nachrichten verbreitet. Für diesen Donausender geht das Informationsmaterial von Dr. Ronneberger und dem Wiener SD nach Berlin. Zunächst ins Auswärtige Amt, von da in die Südost-Redaktion des Propagandaministeriums, die die letzte Entscheidung darüber trifft, in welcher Form Nachrichten herausgegeben werden.⁴⁷

Verbunden mit dem Bericht war Kaufmanns Vorschlag an Schirach, zu prüfen, ob Ronneberger nicht die ‚Informationsstelle‘ der Südosteuropa-Gesellschaft (SOEG) übernehmen sollte.⁴⁸ Dieser eingetragene Verein war am 8. Februar 1940 unter Schirmherrschaft von Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Walther Funk mit Joseph Bürckel als Präsident gegründet worden. Dessen Nachfolger im Amt des Reichsstatthalters und Gauleiters in Wien, Baldur von Schirach, übernahm im September 1940 auch die Präsidentschaft über die SOEG; Kaufmann wurde einer der drei Vizepräsidenten. In Konkurrenz zu dem von Ruhrindustrie, Grossbanken und IG Farben dominierten Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (MWT) und dem Südostausschuss der Reichsgruppe Industrie⁴⁹ hatte man sich die ökonomische Durchdringung der südosteuropäischen Länder zur Aufgabe gemacht; nach Art einer Dachgesellschaft sollte die SOEG die Arbeit der an Südosteuropa interessierten Stellen koordinieren und lenken. Obwohl der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf Agrar- und Industrieplanungen im Rahmen einer zukünftigen von Deutschland dominierten europäischen ‚Grossraumwirtschaft‘ lag, wurden auch einzelne konkrete kriegswirtschaftliche und militärische Projekte in Angriff genommen. Kulturpolitische Aktivitäten, wie die Durchführung von gemeinsam mit der Deutschen Akademie organisierten Vortragsveranstaltungen über Südosteuropa, bildeten einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Gesellschaft.⁵⁰

Die von Ronneberger im Auftrag der SOEG herausgegebenen *Vertraulichen Wirtschaftsnachrichten (VWN)* sind Dokumente der nationalsozialistischen Eroberungs-, Ausbeutungs- und

⁴⁶ Gemeint ist der 2. Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940, mit dem Deutschland und Italien eine an ethnischen Kriterien orientierte Neuordnung des Grenzverlaufs zwischen Ungarn und Rumänien durchsetzten. Verbunden mit der Rumänien oktroyierten Abtretung Nordsiebenbürgens an Ungarn war das Ziel, die Stellung der deutschen ‚Volksgruppe‘ in Ungarn zu stärken; vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, 623f.

⁴⁷ Aktennotiz Kaufmanns für Schirach betr. Aussenpolitische Informationsstelle v. 19.9.1940, Hervorhebungen durch den Verfasser.

⁴⁸ Zur Tätigkeit der SOEG s. Dietrich Orlow: *The Nazis in the Balkans. A Case Study of Totalitarian Politics*. Pittsburgh 1968.

⁴⁹ Zum Verhältnis SOEG – MWT/Reichsgruppe Industrie vgl. auch Wolfgang Schumann (Hg.): *Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg*. Berlin (DDR) 1973, 54-61.

⁵⁰ vgl. auch Erich Siebert: *Die Rolle der Kultur- und Wissenschaftspolitik bei der Expansion des deutschen Imperialismus nach Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn in den Jahren 1938-1944. Mit einem Blick auf die vom westdeutschen Imperialismus wieder aufgenommene Kulturpolitik*. Diss. Berlin (DDR) 1971, 367 f.

Vernichtungspolitik auf dem Balkan und bildeten gleichzeitig deren informationelle Grundlage. Zwei Beispiele stehen hier für viele: Am 6. Juni 1941, die Eroberung Kretas durch deutsche Truppen war gerade abgeschlossen, erschien in den *VWN* ein Bericht über die ökonomische Struktur der griechischen Insel.⁵¹ Die sechs Tage später erscheinende Meldung Nr. 206 der *VWN* (Tagesbericht) hatte folgenden Wortlaut:

*Die Juden in Sarajevo, die gelbe Armbinden zu tragen haben, liessen sich in den letzten Tagen häufig auf den Strassen ohne dieses Kennzeichen blicken, weshalb sie strenge Strafen zu gewärtigen haben. Bemerkenswert ist, dass in Sarajevo, das über 80'000 Einwohner zählt, fast 10'000 Juden leben.*⁵²

1942 ging Ronnebergers Wirtschaftsdienst regelmässig an 235 Bezieher, darunter auch zahlreiche deutsche Unternehmen.⁵³ Die *VWN* waren eines der erfolgreichsten Projekte der SOEG; sie trugen ihr bei Konzernen und Behörden das Image einer hochqualifizierten, selbstlosen Dienstleistungsagentur ein. Claus Morgenstern, Leiter der Nachrichtenabteilung der Deutschen Bank, hob hervor, dass sich die *VWN* «durch besondere Präzision, Schnelligkeit und straffe Unterscheidung von wichtigen und unwichtigen Dingen» auszeichnen,⁵⁴ während Lothar Heller, der Wirtschaftsbeauftragte der Volksdeutschen Mittelstelle, betonte, dass sie «eine wesentliche Unterstützung für die Sicherung des deutschen Einflusses und für die kriegswirtschaftliche Ausnutzung der Deutschen Volksgruppen in den Ländern im Südosten» darstellen.⁵⁵ Die *VWN* dürften etliche Firmen dazu ermutigt haben, sich mit der Bitte an die SOEG zu wenden, bei der ‚Arisierung‘ von Unternehmen in Südosteuropa berücksichtigt zu werden.⁵⁶

Seit April 1940 hielt Ronneberger Vorlesungen im Auftrag der ‚Südost-Stiftung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages Berlin zur Heranbildung junger Kaufleute für Südosteuropa an der Hochschule für Welthandel in Wien‘. Der MWT hatte sich in den Jahren 1931 bis 1938 unter Leitung des Krupp-Aufsichtsratsvorsitzenden Tilo Freiherr von Wilmowsky zum ‚Think-Tank‘ der deutschen Expansionspolitik gegenüber Südosteuropa entwickelt.⁵⁷ Ziel der 1940 aufgenommenen Lehrveranstaltungen der Südost-Stiftung war es denn auch, die Teilnehmer zu befähigen,

*im Wirtschaftsleben Südosteuropas erfolgreich zu arbeiten und im Rahmen der kommenden europäischen Grossraumwirtschaft zur Festigung und Ausweitung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen entscheidend mitzuwirken.*⁵⁸

⁵¹ vgl. *Vertrauliche Wirtschaftsnachrichten* (VWN) der Südosteuropa-Gesellschaft e.V. (SOEG), Wochenbericht v. 6.6.1941, Folge W 104, S. 1f. In: RStH 04/5, Karton 58 (ÖStA/AdR).

⁵² *VWN* der SOEG. Tagesbericht v. 12.6.1941, S. 5, ebd.

⁵³ vgl. August Heinrichsbauer (Hauptgeschäftsführer der SOEG) an Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda v. 10.2.1942. In: R 63,11. Bl. 24 (BArch Berlin).

⁵⁴ Morgenstern an v. Verschuer, Reichswirtschaftskammer, v. 11.11.1941. In: R 63,198, Bl. 53 (BArch Berlin). Dafür, dass die *VWN* von der Deutschen Bank als Informationsmedium geschätzt wurden, spricht auch, dass sie direkt an das Vorstandsmitglied Hermann Josef Abs weitergeleitet wurden; vgl. Morgenstern an Südosteuropa-Gesellschaft v. 8.5.1942. In: ebd., Bl. 35.

⁵⁵ Volksdeutsche Mittelstelle, Der Wirtschaftsbeauftragte (Heller) an Heinrichsbauer v. 19.3.1942 betr. Wirtschaftsnachrichten. In: R 63,138, Bl. 222 (BArch Berlin)

⁵⁶ siehe in diesem Zusammenhang z.B. den Briefwechsel zwischen SOEG u. der Hanf-, Jute- u. Textilindustrie AG Wien betr. Berücksichtigung der Firma bei der Arisierung der Fa. Michael Kann, Pressburg. In: R 63,196, Bl. 19f. (BArch Berlin).

⁵⁷ vgl. Martin Seckendorf: *Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages*. In: 1999 – *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Jg. 8. (1993), H. 3, 10-33 sowie ders.: *Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag – Zentralstelle der Grosswirtschaft zur Durchdringung Südosteuropas*. In: Werner Röhr u.a. (Hg.): *Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der ‚friedlichen‘ Aggressionen Deutschlands 1938/1939*. Hamburg 2001, 118-140.

⁵⁸ Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Hochschule für Welthandel Wien (HfWh), Sommer-Trimester 1940, Wien 1940,10; siehe in diesem Zusammenhang auch Siebert, Kulturpolitik, 258 ff.

Ronneberger vermittelte seinen Studenten eine ‚Einführung in die politischen und sozialen Probleme Südosteuropas‘, und Hermann Gross, seit dem 28. März 1939 Leiter der Wiener Zweigstelle der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farben, sprach über die ‚allgemeine Wirtschaftspolitik der Südoststaaten‘;⁵⁹ geleitet wurde die Südost-Stiftung von Kurt Knoll, dem Rektor der Hochschule für Welthandel (HfWh). Da auch ‚Presse, Zeitschriften, Propaganda des Südostens und ihre politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen‘ zentrale Themen der Ausbildung waren, bot Ronneberger ab dem Sommersemester 1941 Übungen zur ‚Presse Südosteuropas‘ an. Weitere thematische Schwerpunkte seiner Lehrtätigkeit waren ‚Männer und gestaltende Ideen Südosteuropas‘ oder die ‚englische Südostpolitik‘.⁶⁰

Am 28. September 1944 habilitierte sich Ronneberger an der Hochschule für Welthandel mit seiner Arbeit «Wege staatswissenschaftlicher Forschung in Südosteuropa»; begutachtet wurde sie von Hellmut Georg Isele (Jura), Erich Preiser und Hermann Gross (Staats- und Wirtschaftswissenschaft).⁶¹ Die Habilitationsschrift wurde aufgrund des Kriegsverlaufs nicht mehr veröffentlicht,⁶² aber es lässt sich erahnen, was Ronneberger hier niedergeschrieben hat. Bereits 1943 hatte er Südosteuropa in dem völkischen Verwaltungsorgan *Reich-Volksordnung-Lebensraum*⁶³ aus staatswissenschaftlicher Perspektive betrachtet.⁶⁴ Nachdem er bei dieser Gelegenheit einmal mehr klargestellt hatte, dass es sich bei der ‚Südostforschung‘ nicht um eine «objektive Wissenschaft» handle, sondern um einen «ausgesprochen politischen Wissenschaftsbereich», kam er unter Berufung auf die Grossraum-Ideologen Friedrich Naumann, Hermann Gross, Karl C. v. Loesch, Hans Jürgen Seraphim und Giselher Wirsing zu folgenden Schlüssen:

Wir wollen Südosteuropa als einen Teil Mitteleuropas betrachten, auch wenn die Grenzen des politischen Südosteuropabegriffs teilweise über die Mitteleuropas hinausgehen. Einen Gegensatz zwischen Südosteuropa und Mitteleuropa zu schaffen, hiesse einen lebendigen Zusammenhang zerstören und dem südosteuropäischen Raum ein Sonderschicksal zuweisen, das gerade heute angesichts des gemeinsamen politisch-militärischen Frontverlaufs der Wirklichkeit widerspräche. [...] So zwingend und vielfach die politischen Gemeinsamkeiten in Südosteuropa sind, so wenig darf übersehen werden, dass dennoch dieser Raum kein eigenes politisches Dasein führt, noch führen kann. Das wirtschaftliche Moment ist keineswegs das einzige, das die Ergänzung mit einem anderen Raum fordert. [...] Eine echte Befruchtung kann nur von einem Volk und aus einem Raume kommen, die mit Südosteuropa in einem engen lebensgesetzlichen Zusammenhang stehen. Dies ist das Reich in seiner historischen und gegenwärtigen Gestalt.

⁵⁹ vgl. *Personal- und Vorlesungsverzeichnis der HfWh*, Sommer-Trimester 1940, 37.

⁶⁰ vgl. *Personal- und Vorlesungsverzeichnis der HfWh*, Sommersemester 1941, Wien 1941, 41 f.

⁶¹ vgl. Schreiben des Rektors der HfWh, Kurt Knoll, an den Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien v. 28.9.1944. In: *Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen*. Bestand Nr. 2203 (ÖStA/AdR).

⁶² Sie findet sich auch nicht in den Akten der Universität Wien.

⁶³ Herausgegeben wurde *Reich-Volksordnung-Lebensraum* unter anderem von Innenstaatssekretär Wilhelm Stuckart, dem Organisator des RSHA und Reichskommissar in Dänemark, Werner Best, und Himmlers Kronjuristen, SS-Brigadeführer Reinhard Höhn, der nach 1945 die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg leitete. In der BRD kam auch ein ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift wieder zu Ehren: Theodor Maunz, Begründer des ‚Rassegedankens‘ im Verwaltungsrecht, brachte es bis zum bayerischen Kultusminister (1952-64) und galt jahrzehntelang als führender Grundgesetzkommentator: als juristischer Berater stand er auch dem Führer der neofaschistischen DVU, Gerhard Frey, zur Seite.

⁶⁴ siehe im Folgenden Franz Ronneberger: *Der politische Südosteuropabegriff*. In: *Reich-Volksordnung-Lebensraum*, Bd. 6. Darmstadt 1943, 53-107. Auf diesen Aufsatz verwies Ronneberger noch 1983; vgl. Rühl/Stuiber, *Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung*, 335.

Journalismus und Medienanalyse

In den Jahren 1941 bis 1943 verging kaum eine Woche, ohne dass ein Artikel Ronnebergers in der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* erschien; teilweise wurden seine Artikel auch in anderen Ausgaben des NSDAP-Zentralorgans abgedruckt. Allesamt dienten sie der propagandistischen Begleitung der imperialistischen deutschen Aussenpolitik auf dem Balkan. Als Jugoslawien am 25. März 1941 dem zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossenen ‚Dreimächtepakt‘ beitrug, wurde dies von Ronneberger lebhaft begrüsst: Der Weg für den Angriff auf Griechenland, wo man dies im Verlauf seiner Aggression in Bedrängnis geratenen italienischen Bündnisgenossen unterstützen wollte, war frei, und die ‚Südostflanke‘ konnte für den Angriff auf die Sowjetunion gesichert werden. Der mit Zustimmung grosser Bevölkerungsteile durchgeführte Militärputsch gegen die amtierende deutschfreundliche jugoslawische Regierung am 27. März 1941 und der anschliessende Abschluss eines Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion am 5. April 1941 machten die deutschen Pläne zunichte. Jetzt entdeckte Ronneberger die «Despotie des orientalisches-osmanisch beeinflussten und bestimmten» Serbien und dessen «grossserbischen Nationalismus»;⁶⁵ folgerichtig bejubelte er nach der Vernichtung Jugoslawiens die Gründung des kroatischen Satellitenstaates unter Führung von Ante Pavelic und seiner faschistischen Ustascha-Bewegung.⁶⁶

Mit der Zerschlagung Griechenlands, das, wie Ronneberger sich ausdrückte, seine «Rechnung mit Europa» machen musste,⁶⁷ war die äussere Neuordnung Südosteuropas vorerst abgeschlossen. Ronneberger konnte sich ab sofort mit der inneren Neuordnung befassen; am 15. Mai 1941 wandte er sich im *Völkischen Beobachter* der ‚Judenfrage in Südosteuropa‘ zu.⁶⁸ Seiner Ausgangsthese nach hat das Judentum die «dünne bürgerliche Mittelschicht» in den Gesellschaften der südosteuropäischen Staaten erobert, bildet einen «Keil zwischen Bauern und oberster Führung» und verhindert damit «systematisch den normalen soziologischen Aufbau des Gastvolkes». Eine «weitere jüdische Überfremdung» sei «mit der Niederlassung des Emigrantenschwarms aus Deutschland» eingetreten; insgesamt schätze man die Zahl der «Rassejuden» in Südosteuropa auf 2,5 Millionen. Im Folgenden untersucht Ronneberger die politischen und juristischen Massnahmen einzelner südosteuropäischer Staaten zur Diskriminierung und Enteignung ihrer jüdischen Staatsbürger in Bezug darauf, ob sie geeignet sind, «die Ausmerzungen des Judentums aus dem Volkskörper» zu gewährleisten. Die beste Note erteilt Ronneberger dem slowakischen Satellitenstaat, dessen antisemitische Massnahmen «bereits praktisch in den Bereich der Ausmerzungen des russischen Judentums überhaupt» fielen.

Am 29. April 1942 – die Deportation der slowakischen Juden in die Vernichtungslager im besetzten Polen war bereits in vollem Gange⁶⁹ – kam Ronneberger auf die Vorbildfunktion der Slowakei zurück. Zwar sei auch hier die «Gesamtaussiedlung des Judentums» von «sentimentalem Mitleid» behindert worden, allerdings hätten sich die volksdeutsche und die nationale slowakische Presse «so hundertprozentig in den Dienst der Aufklärungsarbeit über die jüdische Frage gestellt, dass der Erfolg nicht ausbleiben konnte». Besonders der *Grenzbote* habe «schonungslos die zahlreichen Schlupfwinkel» der Juden aufgedeckt. Letztlich entscheidend

⁶⁵ Franz Ronneberger: *Die Befreiung Kroatiens*. In: *Völkischer Beobachter – VB-* (Norddt. Ausg.) v. 13./14.4.1941, 54. Jg» Nr. 104, 1 f.

⁶⁶ vgl. Franz Ronneberger: *Pawelitschs Weg*. In: *VB* (Norddt. Ausg.) v. 26.4.1941, 54. Jg» Nr. 116, 1 f.

⁶⁷ Franz Ronneberger: *Kreta qeqen Europa*. In: *VB* (Norddt. Ausg.) v. 25.5.1941, 54. Jg» Nr. 146, 8.

⁶⁸ siehe im Folgenden Franz Ronneberger: *Die Judenfrage in Südosteuropa*. In: *VB* (Wiener Ausg.) v. 15.5.1941, 54. Jg» Nr. 135, 1 f.

⁶⁹ vgl. Eberhard Jäckel u.a. (Hg.): *Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*. München/Zürich 1995, 1325 sowie Ladislav Lipscher: *Die Juden im slowakischen Staat 1939-1945*. (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 35). München und Wien 1980, 99-110.

für den Erfolg der Deportationen aber war laut Ronneberger die Zustimmung der katholischen Kirche:

*Damit war auch die letzte Unterschlupfmöglichkeit für das Judentum beseitigt, so dass nunmehr die eingeleiteten Massnahmen (Unterbringung in Konzentrations- und Arbeitslagern) und konsequente Aussiedlung störungslos fortgesetzt werden können.*⁷⁰

Parallel zu seiner Mitarbeit beim *Völkischen Beobachter* schrieb Ronneberger immer wieder für die Presse der faschistischen Volksgruppenführungen. Hierzu zählten der bereits erwähnte *Grenzbote*, die Tageszeitung der Deutschen Partei in der Slowakei, und die von Franz Karmasin herausgegebenen *Deutschen Stimmen*, *Volk im Osten*, die Zeitschrift der rumänischen Volksgruppenführung unter Leitung von Andreas Schmidt und die von Franz Basch in Ungarn herausgegebene *Südostdeutsche Rundschau*. Weitere Printmedien, für die Ronneberger arbeitete, waren die *Donauzeitung*, das Organ der deutschen Besatzungsmacht in Serbien unter Leitung des SS-Journalisten Leonhard Oberascher, das antisemitisch-rassistische Wissenschaftsblatt *Volkstum im Südosten* von Felix Kraus, dem Ronneberger ab 1943 als Mitherausgeber zur Seite stand, *Berlin-Rom-Tokio*, das Monatsblatt des Auswärtigen Amtes, und die von Giselher Wirsing herausgegebene Zeitschrift *Das XX. Jahrhundert*.⁷¹

Am 11. Dezember 1941 war im Wiener Palais Schönborn die Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ) gegründet worden.⁷² Ronneberger wurde Mitarbeiter des ‚Instituts zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens‘ (EFIP), das der UNJ angegliedert war. Im EFIP arbeiteten unter Leitung des Generalsekretärs der UNJ, Maximilian Freiherr du Prel, vier Hauptabteilungen (Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichten, Bild); Ronneberger oblag ganz allgemein die «Durchführung wissenschaftlicher Forschungsaufgaben».⁷³ Das wichtigste Ergebnis seiner Tätigkeit dürfte die Analyse über den ‚Anteil der Presse an der Vorbereitung des Belgrader Putschs 1941‘ sein, die er am 24. Juni 1943 bei der 2. Internationalen Journalistentagung der UNJ in Wien den Anwesenden übergab.⁷⁴

Ronneberger, der sich mit dem Problem konfrontiert sah, dass weite Kreise der jugoslawischen Bevölkerung den Staatsstreich vom 27. März 1941 und seine aussenpolitische Motivation unterstützt hatten, stellte sich die Frage, «wie es möglich war, dass ein so grosser Teil der Bevölkerung irreführt werden konnte».⁷⁵ Die englische, französische, US-amerikanische und sowjetische Propaganda, so die Antwort, habe «Angst und Schrecken» vor Deutschland verbreitet, was von der jugoslawischen Presse entweder übernommen oder mit Schweigen bedacht worden sei; «dieses Schweigen» aber habe «die Thesen der Gegner unterstützt». Mit dem Abschluss des jugoslawisch-sowjetischen Handelsabkommens im Mai 1940 habe gar ein regelrechter «Russland- und Moskaurummel» in der jugoslawischen Presse eingesetzt, was von der «linksorganisierten Lehrerschaft», «linkseingestellten Universitätsprofessoren», «jüdischen Buchhandlungen» und der kommunistischen Partei gefördert worden sei. Die jugoslawische Regierung habe «diesem ganzen Treiben» tatenlos zugesehen, weshalb die jugoslawische Presse «die wahren Feinde des Landes» nicht beim Namen genannt und «die Eingliederung Jugoslawiens in den Dreimächtepakt» nicht vorbereitet habe. Im Endeffekt habe «die öf-

⁷⁰ Franz Ronneberger: *Die slowakische Judenaussiedlung*. In: VB (Wiener Ausg.) v. 29.4.1942, 55. Jg., Nr. 119, 1 f. Der in Klammern gesetzte Text ist Teil des Zitats.

⁷¹ vgl. Heinelt, *PR als Dienst an der « Volksgemeinschaft»*, 25.

⁷² Zur UNJ siehe den Beitrag von Fritz Hausjell in diesem Band.

⁷³ *Nachrichten- und Correspondenzblatt der UNJ*, Nr. 1. Januar 1943, 25.

⁷⁴ vgl. *Nachrichten- und Informationsblatt der UNJ (NIU)*, Nr. 3, Juli 1943, 16.

⁷⁵ siehe im Folgenden: Franz Ronneberger: *Der Anteil der Presse an der Vorbereitung des Belgrader Putschs 1941*. (= NIU Sonderausgabe 1943).

fentlichkeit im ehemaligen Jugoslawien» im Frühjahr 1941 unter einem starken «psychologischen Zwang» gestanden, der sie schliesslich den Staatsstreich befürworten liess. Dieses Ergebnis, so Ronneberger zum Abschluss seiner Untersuchung, liefere «den Beweis für die zerstörenden Möglichkeiten, die dem Presseinstrument innewohnen, wenn es von verantwortungslosen, unmoralischen, sensationslüsternen, nur dem Geschäft verfallenen Menschen missbraucht wird».

„Akademische Legion“ der SS

Zu Kriegsbeginn war Ronneberger vom Vorbereitungsdienst für Justizreferendare freigestellt worden und fand zunächst Verwendung für die Dienststelle des Amtes Ausland/Abwehr beim Stellvertretenden Generalkommando des XVII. Armeekorps.⁷⁶ Die von ihm in dieser Funktion erstellten Berichte gingen auch an die Wiener Aussenstelle der Volkswirtschaftlichen Abteilung des IG Farben-Konzerns; Hermann Gross lobte sie als «stets sehr objektiv».⁷⁷ Im April 1942 erfolgte dann Ronnebergers Übernahme durch den SD-Leitabschnitt Wien, für den er zuvor bereits inoffiziell gearbeitet hatte; dem Leiter des Referats VI (Auslandsaufklärung) beim Wiener SD, SS-Hauptsturmführer Wilhelm Höttl, waren die «Pressemitteilungen» seines «Mitarbeiters Dr. Ronneberger» spätestens seit dem Frühjahr 1940 geläufig.⁷⁸ Im Jahr zuvor hatte Ronneberger seine Aufnahme in die SS beantragt; er beantwortete einen Fragebogen des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes der SS (RuSHA) und schrieb an das Polizeipräsidium München, dass er ein polizeiliches Führungszeugnis benötige – «zwecks Aufnahme in die SS».⁷⁹ Am 15. Januar 1942 erhielt Ronneberger die Mitgliedsnummer 415905 und wurde zum Untersturmführer der SS ernannt.⁸⁰

Aus Ronnebergers wissenschaftlicher Karriere ist die SS nicht wegzudenken. Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut in Berlin (DAWI), dem Ronneberger zuarbeitete,⁸¹ kam auf Initiative des SD zustande; Präsident des DAWI wurde SS-Standartenführer Franz Alfred Six, der Leiter des Amtes VII (Weltanschauliche Forschung und Auswertung) im RSHA.⁸² Am 1. Dezember 1944 war Ronneberger Gast einer Soziologentagung im ‚Gästehaus‘ am Grossen Wannensee, in dem Anfang 1942 die Konferenz über die ‚Endlösung der Judenfrage‘ stattgefunden hatte. Die Einladung war vom Chef des Amtes III (Deutsche Lebensgebiete) im RSHA, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf, ausgesprochen worden, der als Führer der Einsatzgruppe D bereits

⁷⁶ vgl. Fotokopien aus Ronnebergers Wehrpass. In: Z 42 VII/1455, Bl. 62 (BArch Koblenz). Das Stellvertretende Generalkommando des XVII. Armeekorps – vormals Wehrkreiskommando XVII – befand sich in Wien; vgl. Georg Tessin: *Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939-1945*. Bd. 16, Teil 3. Osnabrück 1996, 18. In den Personalmeldungen der Hochschule für Welthandel gab Ronneberger irrtümlich das Stellvertretende Generalkommando des XIII. Armeekorps als seinen Dienstherrn an; vgl. Personalmeldungen v. 10.7.1944, Bl. 4612.

⁷⁷ vgl. Aussage Gross' vor der 5. Spruchkammer des Spruchgerichts Stade v. 8.9.1947. In: Z 42 VII/1455, Bl. 65 (BArch Koblenz).

⁷⁸ vgl. Vernehmungsniederschrift des RSHA, I D 2 (SS-Hauptsturmführer Stadler) v. 24.2.1942, 8. In: Akte Höttl, Wilhelm. 19.3.15.1 u. II (BDC/BArch Berlin).

⁷⁹ In Ronnebergers Spruchgerichtsakte findet sich die Abschrift seines Antrages auf Erteilung des polizeilichen Führungszeugnisses. Das Schreiben ist zwar nicht datiert, allerdings kann aus Ronnebergers Formulierungen und seiner Adressangabe geschlossen werden, dass er es 1939 aufgesetzt hat; vgl. Dr. Jur. Franz Ronneberger (Wien I, Minoritenplatz 5) an Polizeipräsidium München (undatierte Abschrift). In: Z 42 VII/1455, Bl. 96 (BArch Koblenz).

⁸⁰ vgl. Auskunft der US-Militärregierung (OMGUS Documents Center) an den Öffentlichen Ankläger beim Spruchgericht Stade (eingegangen am 3.7.1947). In: Z 42 VII/1455, Bl. 130 (BArch Koblenz).

⁸¹ Ronneberger war Mitarbeiter der am DAWI erscheinenden *Zeitschrift für Politik*; seine Dissertation erschien 1941 unter dem Titel *Bismarck und Südosteuropa* in der Forschungsreihe des DAWI.

⁸² Zur Geschichte des DAWI vgl. Erich Siebert: *Entstehung und Struktur der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin (1940 bis 1945)*. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin* (Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe), Jg. 15 (1966), H. 1, 19-34.

massiv an der ‚Endlösung‘ mitgewirkt hatte.⁸³ Bei der Südost-Stiftung des MWT hatte die SS eine Schlüsselstellung besetzt: Die Leitung der Lehrgänge lag in den Händen des Rektors der HfWh, Kurt Knoll, der zu den «besten Mitarbeitern des SD-Leitabschnitts Wien» gezählt wurde und es bis zum SS-Standartenführer brachte.⁸⁴ Mit ihm war Ronneberger zudem über die Südosteuropa-Gesellschaft verbunden, deren Beirat Knoll angehörte. Wichtige Positionen innerhalb der SOEG waren 1942 von führenden Vertretern des SS/SD-Komplexes besetzt: Vizepräsident der SOEG war Heydrichs Staatssekretär im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘, SS-Gruppenführer Karl Hermann Frank; zum Präsidium gehörten auch der spätere Chef des RSHA, Ernst Kaltenbrunner, und SS-Obergruppenführer Werner Lorenz von der Volksdeutschen Mittelstelle.⁸⁵

Für den SD war Ronneberger nicht nur als Propagandist interessant,⁸⁶ sondern insbesondere weil er über ein Netz von Verbindungs- und Vertrauensleuten in allen südosteuropäischen Staaten verfügte; um auch den direkten persönlichen Kontakt zu seinen Mitarbeitern nicht abreißen zu lassen, unternahm er zahlreiche Reisen in diese Länder.⁸⁷ Noch im Juli 1944 plante er gemeinsam mit Leonhard Oberascher, sämtliche «wissenschaftlichen Arbeiten, Institute und Bestrebungen im Südosten» zu erfassen, «die in irgendeiner Kampfstellung gegenüber den deutschen politischen und wissenschaftlichen Intentionen stehen».⁸⁸

Im Mai 1944 wurde Ronnebergers Pressedienststelle mit der Publikationsstelle Wien der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft vereinigt,⁸⁹ von der er spätestens seit Frühjahr 1943 eine monatliche «Beihilfe» über RM 1‘500 bezog, die die Publikationsstelle ihrerseits mit dem Auswärtigen Amt abrechnete.⁹⁰ Die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (SODFG)⁹¹ war eine von fünf bis 1934 unter Federführung des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums des Innern gegründeten ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften‘ (Alpenländische, Westdeutsche, Nordostdeutsche und Überseedutsche Forschungsgemeinschaft). 1937 hatte die SODFG einen Übersetzungsdienst für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften aus Südosteuropa eingerichtet, der später in ‚Publikationsstelle‘ umbenannt wurde. Die Leitung übernahm Wilfried Krallert, der seit 1936 als Geschäftsführer der SODFG fungierte. Beim Einmarsch nach Jugoslawien 1941 konnte die SODFG laut Krallert «wichtige Arbeitsbeihilfen» liefern; entsprechend dem Bedarf der deutschen Okkupationsbehörden gab die Publikationsstelle Wien in der Folgezeit volkstumpolitische, bevölkerungstatistische, landeskundliche und verwaltungsgeo-

⁸³ vgl. Gideon Botsch: *Der SD in Berlin-Wannsee 1937-1945. Wannsee-Institut, Institut für Staatsforschung und Gästehaus der Sicherheitspolizei und des SD*. In: Norbert Kampe (Hg.): *Villenkolonien in Wannsee 1870-1945. Grossbürgerliche Lebenswelt und Ort der Wannsee-Konferenz*. (=Publikation der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz 8). Berlin 2000, 88 ff. sowie Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*.

⁸⁴ vgl. Der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien an RSHA I D 2 (Berlin) v. 17.8.1942, 13. In: Akte Höttl, Wilhelm. 19.3.15.1 u. II. Bl. 42 (BArch Berlin/BDC).

⁸⁵ Eine komplette Aufstellung der SOEG-Gremien findet sich in O 364 (BArch Berlin/BDC).

⁸⁶ vgl. Heinz Boberach (Hg.): *Meldungen aus dem Reich: Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*. Bd. 13. Herrsching 1984, 5033 f.

⁸⁷ Hierfür finden sich Belege in allen im Zusammenhang mit Ronneberger zitierten Akten.

⁸⁸ Aktenvermerk Oberaschers v. 14.7.1944. In: R 63, 64, Bl. 3 (BArch Berlin).

⁸⁹ vgl. Mitteilung des SS-Untersturmführers Jürgen v. Hehn (in Vertretung Krallerts) an Publikationsstelle, Korrespondenzstelle Wien und Auswärtiges Amt v. 20.5.1944 in: R 58, 126, Bl. 171 (BArch Berlin). Die Vereinigung war bereits Anfang Mai bei einer Sitzung des Kuratoriums des RSHA zur Verwaltung der Forschungsgemeinschaften und Publikationsstellen beschlossen worden; vgl. Niederschrift über die Sitzung des Kuratoriums am 2.5.1944 in: Ergänzungsfilm Nr. 2694 zum Bestand R 58, Frame 2973974, ebd.

⁹⁰ Ausgaben- und Verwendungsnachweise der Korrespondenzstelle Wien, die Ronneberger bei der Publikationsstelle einreichte, finden sich in R 100457, R 100458 und R 100459 (PAAA).

⁹¹ Zur SODFG vgl. im Folgenden Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?*, Kap. 2.6, 3.1, 3.5, 3.9 sowie die Darstellungen bei Willkomm, *Südosteuropahistoriographie*, 161-175 und Siebert, *Kulturpolitik*, 282.

graphische Ausarbeitungen in Karten- und Verzeichnisform heraus. Sie konnte dabei zum Teil auf Materialien zurückgreifen, die Krallert selbst im Auftrag des Auswärtigen Amtes bzw. als Angehöriger des SS-Sonderkommandos Künsberg in Jugoslawien und der Sowjetunion geraubt hatte. Anfang November 1943 wurde die SODFG – wie auch Valjavecs Südost-Institut – dem RSHA unterstellt, wo Krallert die Leitung der Gruppe VI G (wissenschaftlich-methodischer Forschungsdienst) im Amt VI (Auslandsnachrichtendienst) übernahm.

Die Gaustudentenführung bescheinigte Ronneberger am 25. Oktober 1944, zur ‚Akademischen Legion‘ beim Höheren SS- und Polizei-Führer Wien zu gehören;⁹² der SD-Leitabschnitt Wien erklärte der für Ronneberger zuständigen Ortsgruppe des Volkssturmes am 4. Januar 1945, dass dieser «hauptamtlicher Angehöriger der hiesigen Dienststelle» sei und daher «auf Grund der Verfügung des Reichsführers SS» nicht erfasst werden könne;⁹³ das Befehlsblatt der Sicherheitspolizei und des SD gab am 20. Januar 1945 schliesslich die Kommandierung Ronnebergers ins RSHA bekannt.⁹⁴

Im Rahmen seiner Tätigkeit für die Publikationsstelle Wien oblag Ronneberger weiterhin die Erstellung von Presseberichten und die «Erfassung von Personen und Institutionen». Zu seinen Aufgaben gehörte ausserdem die Vertretung Krallerts in Wien und die Organisation der Verlegung der Publikationsstelle in den 1938 von der SS beschlagnahmten Benediktinerstift im steiermärkischen St. Lambrecht, wo sich ein Aussenlager des KZ Mauthausen befand.⁹⁵ Zur Errichtung der in Anbetracht der immer näher rückenden Front gewählten «Ausweichstelle» wurden im Februar 1944 zwanzig KZ-Häftlinge herangezogen, um Buchstellagen herzustellen und Bauarbeiten vorzunehmen.⁹⁶ Im Kloster St. Lambrecht befanden sich bereits 200.000 Bände «ungeordneter Russlandliteratur»; ferner war die Unterbringung des «Materials» anderer Publikationsstellen und der in Minsk und Baranowitsch geraubten Bibliotheksbestände vorgesehen.⁹⁷ Im Juni 1944 forderte Krallert vom Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamts, SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, für seine Dienststelle in St. Lambrecht⁹⁸ die «Abstellung von 4 Bibelforscherinnen für Reinigungszwecke»;⁹⁹ im September standen ihm insgesamt acht KZ-Häftlinge «zur Verfügung».¹⁰⁰ Am 30. Mai 1945 wurde Ronneberger von Angehörigen der britischen Streitkräfte in St. Lambrecht verhaftet und später in Sandbostel bei Bremervörde interniert.¹⁰¹

⁹² Akademische Legion beim höheren SS und Polizei-Führer Wien, Ausweis Ronnebergers zur Vorlage bei der zuständigen Meldestelle für den deutschen Volkssturm v. 25.10.1944. In: GA 90457, BI. 10 (ÖStA/AdR).

⁹³ Schreiben des SD-Leitabschnitts Wien an den Deutschen Volkssturm, Ortsgruppe ‚Strozzigrund‘ v. 4.1.1945, ebd., BI. 11.

⁹⁴ vgl. Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (Ausg. A) v. 20.1.1945, 6. Jg, Nr. 3, S. 28. In: Befehlsblatt SIPO/SD, 1944-45 (BArch Berlin/BDC).

⁹⁵ vgl. Mitteilung v. Hehns v. 20.5.1944. Zur Geschichte des Klosters St. Lambrecht nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs s. Dietmar Seiler: *Die SS im Benediktinerstift. Aspekte der KZ-Aussenlager St. Lambrecht und Schloss Lind*. Graz u.a. 1994.

⁹⁶ Vermerk Krallerts betr. Bewachungsmannschaft für das Häftlingsarbeitskommando in St. Lambrecht v. 24.2.1944 in: Ergänzungsfilm Nr. 2694 zum Bestand R 58, Frame 2973523 (BArch Berlin).

⁹⁷ Vermerk Krallerts betr. Evakuierungsmassnahmen für Institute von VI G v. 18.12.1943, ebd., Frame 2974327; vgl. in diesem Zusammenhang auch Fahlbusch, *Wissenschaft*, 744.

⁹⁸ Tarnbezeichnungen waren ‚Reichsstiftung für Länderkunde‘, ‚Zentrale für Landes- und Volksforschung‘ und ‚Kuratorium für Volkstums- und Länderkunde‘; vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, 745 u. 747. Am 29.11.1944 wies Krallert den Gendarmerieposten St. Lambrecht darauf hin, dass die Zugehörigkeit seiner Dienststelle zur Sicherheitspolizei «so wenig als möglich in Erscheinung treten» solle; vgl. R 58,126, BI. 182 (BArch Berlin).

⁹⁹ Vermerk Krallerts betr. Abstellung von 4 Bibelforscherinnen für Reinigungszwecke in der Ausweichstelle St. Lambrecht des Amtes VI v. 14.7.1944 in: Ergänzungsfilm Nr. 2694 zum Bestand R 58, Frame 2973528 u. 2973529 (BArch Berlin).

¹⁰⁰ Vermerk Krallerts betr. Waffen zur Sicherung der Dienststelle St. Lambrecht (sic! P.H.] v. 20.9.1944 in: R 58,126, BI. 180 (BArch Berlin).

¹⁰¹ vgl. H.O. 30 Corps District, C.I. Questionnaire – Fragebogen. In: Z 42 VII/1455 (BArch Koblenz).

Teil 2 – Der Politik- und Kommunikationswissenschaftler

1964 erreichte Ronnebergers akademische Nachkriegskarriere ihren Höhepunkt; als «Gewährsmann» des bayerischen Kultusministeriums sollte er an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg «Platz für die Politikwissenschaft» schaffen. Ronneberger übernahm die Leitung des 1948 wiederbegründeten und 1961 zum Ordinariat aufgewerteten Instituts für Publizistik (vormals Zeitungswissenschaft), das er in «Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft» umbenannte.¹⁰² Wie seine berufliche Entwicklung bis hierhin verlief, soll im Folgenden ebenso dargestellt werden wie sein wissenschaftliches Werk und sein gesellschaftspolitisches Engagement.

Entnazifizierung und Neubeginn

Die Entnazifizierung Ronnebergers übertrug die britische Besatzungsmacht dem Spruchgericht Stade, wo der Öffentliche Ankläger ab Mai 1947 wegen ‚Zugehörigkeit zu einer für verbrecherisch erklärten Organisation‘ gegen ihn ermittelte.¹⁰³ Dass bei diesen Ermittlungen, die sich um Ronnebergers Mitgliedschaft in der SS und seine Arbeit für den Wiener SD drehten, nicht allzuviel herauskommen sollte, zeigte bereits die am 10. August 1947 erhobene Anklage: Sie stützte sich ausschliesslich auf Ronnebergers eigene Aussagen und die der von ihm benannten Zeugen Wolf Steuer¹⁰⁴ und Hermann Gross.¹⁰⁵ Seine schriftlichen Äusserungen aus der Zeit des «Dritten Reichs» standen nicht zur Diskussion – und das obwohl er selbst während des Prozesses auf einige seiner Publikationen verwies, freilich unter Auslassung seiner Artikel im *Völkischen Beobachter*.¹⁰⁶ Ronneberger gelang es im Verlauf des Verfahrens, sich als unpolitischen, von einer «Arbeitspsychose» befallenen Wissenschaftler darzustellen, der lediglich unter dem Druck der Verhältnisse einige Kompromisse mit dem NS-Regime eingegangen war.¹⁰⁷ Obwohl er nach vorangegangenem Freispruch schliesslich im Revisionsverfahren 1948 «wegen Zugehörigkeit zur SS in Kenntnis von deren Verbrechen» zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, galt er dem Gericht weiterhin als

*ein lediglich [in] seinen Forschungen und wissenschaftlichen Arbeiten lebender Mann, der zwar mit der Politik vom wissenschaftlichen Sektor her betrachtet nicht unerheblich in Berührung gekommen ist, der sich jedoch mit ausserhalb seiner Forschungen liegenden Dingen nicht näher befasst hat.*¹⁰⁸

Das Jahr 1948 markiert den Beginn von Ronnebergers Nachkriegskarriere. Über «einen früheren Mitarbeiter» kam er in Kontakt mit Erich Brost, dem Herausgeber und Chefredakteur der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ)*, wo er in den folgenden zehn Jahren als Leiter des Ressorts Dokumentation, Wissenschaftsredakteur, Kommentator und Ausbilder der Volontäre tätig sein sollte.¹⁰⁹ Ab 1952 lehrte Ronneberger, der nach wie vor «wissenschaftlich ambitioniert» war, ausserdem Staatsrecht und Soziologie an der Verwaltungs- und Wirtschafts-

¹⁰² vgl. Franz Ronneberger: *Was Kommunikationsforschung mit Politik zu tun hat*. In: *Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Zeitungswissenschaft* (Hg.): *Publizistik/Zeitungswissenschaft. Dokumentation 1970*. Konstanz 1970, 61–67, Zitat ebd.

¹⁰³ Die im Folgenden zitierten Dokumente finden sich in Ronnebergers Spruchgerichtsakte im Bundesarchiv Koblenz (Z 42 VII/1455).

¹⁰⁴ Steuer, Jg. 1915, gab bei seiner Vernehmung an, Ronneberger 1936 an der Universität München kennen gelernt zu haben. Der Kontakt sei aufgrund «gemeinsamer Interessen» und durch «gemeinsame ausländische Bekannte» zustande gekommen; vgl. Aussage Steuers v. 19.6.1947, BI. 24.

¹⁰⁵ vgl. Anklageschrift v. 10.8.1947, BI. 43.

¹⁰⁶ vgl. Ronneberger, *Meine wissenschaftliche Entwicklung*, BI. 49 f.

¹⁰⁷ vgl. Aussage Ronnebergers v. 10.8.1947, BI. 38.

¹⁰⁸ Urteil der 5. Spruchkammer des Spruchgerichts Stade v. 17.6.1948, BI. 146.

¹⁰⁹ siehe im Folgenden Ronneberger, *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft*, 25 ff.

akademie Industriebezirk in Bochum. Bei dieser Gelegenheit entstand die Idee zu seinem Buch «Die Soziologie», das er 1958 unter dem Pseudonym Stefan Lambrecht¹¹⁰ veröffentlichte und das bis 1963 drei Auflagen erlebte. In diesem populärwissenschaftlichen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Soziologie ist Ronnebergers von antimarxistischen und anti-liberalen Vorstellungen geprägtes politisches Denken skizziert; hier finden sich die verbindenden Elemente zwischen seinen im «Dritten Reich» vertretenen Auffassungen und seiner in späteren Jahren entworfenen PR-Theorie.

In Anlehnung an Helmut Schelsky sieht er die Aufgabe des Soziologen darin, den Menschen Verhaltensweisen zu empfehlen, die die Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erleichtern.¹¹¹ Sozialkritik ist ihm ein Greuel; aus ihr erwachsen «Umsturz-Ideologien», die in erster Linie für die «Leidenszeit der Menschheit» verantwortlich seien:

*Die französische Revolution machte den Auftakt und die bolschewistische Revolution in Russland war der bisherige Höhepunkt. Überall wo politische Utopien verwirklicht wurden, wo Staat und Gesellschaft auf einen vorgestellten idealen Endzustand hin umgebaut und geordnet werden sollten, mussten die Zeitgenossen unter Terror mit Blut und Tränen bezahlen.*¹¹²

Den von liberaler Seite postulierten Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft erklärt Ronneberger in der «modernen Demokratie» für obsolet, wofür das «Hineinwachsen der organisierten Arbeiterschaft in den Staat» der Beleg sei.¹¹³ Staat und Gesellschaft erscheinen bei ihm als korporativistischer Block, in dem «stabile Meinungskollektive» für «Überschaubarkeit und Kontinuität» sorgen.¹¹⁴ Vor diesem Hintergrund ist es für Ronneberger auch keineswegs «anstrebenswert, dass jeder möglichst seine eigene Meinung hervorbringe».¹¹⁵ Meinungsbildung ist seiner Ansicht nach Aufgabe der gesellschaftlichen Eliten, deren Existenz nicht etwa Ausdruck bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist, sondern Ergebnis eines Prozesses, bei dem «die einen tüchtiger als die anderen sind und ihre Chancen besser wahrnehmen».¹¹⁶ Für die Eliten habe der Soziologe die Funktion eines Aufklärers und Beraters, denn nur «aufgrund einer möglichst umfassenden... soziologischen und sozialpsychologischen Analyse lassen sich das Potential eines Landes und seine elementaren Interessen fixieren».¹¹⁷

1958 übernahm Ronneberger die Stelle des Referenten für Hochschulfragen und akademische Nachwuchsförderung beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Essen.¹¹⁸ Der Stifterverband (SV) war 1949 in Fortführung der ‚Fördergemeinschaft der Deutschen Industrie‘ aus der Zeit des «Dritten Reichs» als gemeinnütziger eingetragener Verein gegründet worden und verstand sich als «Gemeinschaftsaktion der gewerblichen Wirtschaft zur Förderung von Forschung, Lehre und Bildung». Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) forderten ihre Mitgliedsunternehmen auf, den Stifterverband nach Kräften finanziell zu unterstützen, was sich bis 1960 in einem Spendenaufkommen von mehr als DM 100 Millionen niederschlug.

¹¹⁰ Kürzt man Stefan mit St. ab, erhält man den Ortsnamen St. Lambrecht.

¹¹¹ vgl. Stefan Lambrecht (= Franz Ronneberger): *Die Soziologie. Aufstieg einer Wissenschaft. Ein Leitfaden für Praxis und Bildung*. Stuttgart 1958, 94 f. 108.

¹¹² w.o. 467.

¹¹³ w.o. 132 f.

¹¹⁴ w.o. 226.

¹¹⁵ ebd.

¹¹⁶ w.o. 284.

¹¹⁷ w.o. 120.

¹¹⁸ siehe im Folgenden Franz Ronneberger: *Zehn Jahre Stifterverband 1949–1959*. Essen 1960; Zitate ebd.

Neben der Förderung des akademischen Nachwuchses, die sich nicht an der sozialen Bedürftigkeit, sondern der «Höhe der Begabung» potentieller Stipendiaten orientierte, war Ronneberger auch für die Öffentlichkeitsarbeit des Stifterverbandes mitverantwortlich. Deren Grundzüge beschrieb er 1960 in einer PR-Broschüre des Vereins wie folgt:

Die Öffentlichkeitsarbeit musste... von Anfang an darauf ausgerichtet werden, Dasein und Ziele des SV im Einklang mit dem Volks- und Staatsganzen und der Bewahrung der Kultur, in der wir leben und von der wir alle abhängig sind, verständlich zu machen. Es musste der Öffentlichkeit nachgewiesen werden, dass, wenn die Wissenschaft oder auch nur einer ihrer Zweige in Gefahr, ebenso die Existenz jedes einzelnen bedroht ist, und zwar nicht nur im vordergründigen Sinne angewandter Naturwissenschaft in einer technisch gestützten Kultur, sondern in den Fundamenten. Darüber hinaus würde die Leistung der Volkswirtschaft rapid absinken und unser Land im mitleidlosen Daseinskampf der Nationen unterliegen.¹¹⁹

Dank der «Mitwirkung der Presse» sei es schliesslich gelungen, so konnte Ronneberger «mit grosser Freude und Genugtuung» feststellen, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Wissenschaftsförderung nach Art des Stifterverbandes zu überzeugen.¹²⁰

Der von Stifterverband und BDI unter Vorsitz von Hermann Reusch¹²¹ ins Leben gerufene ‚Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft‘ stand Pate, als Ronneberger 1961 der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) seine ‚Vorschläge zur Einordnung der Südosteuropa-Forschung in die Aufbaupläne der deutschen Hochschulen‘ unterbreitete. Da der «grosse Staatenblock des Ostens», wie Reusch sich ausdrückte, «unentwegt» der «vielseitigsten Aufmerksamkeit» bedürfe,¹²² forderte Ronneberger in seiner Funktion als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Gesellschaft die Errichtung von Lehrstühlen für Südosteuropaforschung an westdeutschen Universitäten.¹²³ Die SOG war 1952 – wie das Südost-Institut – von Fritz Valjavec in München wiederbegründet worden.¹²⁴ Trotz formaler Distanzierungen von «Kulturträgerei» und «Ostlandreiterei»¹²⁵ knüpfte man an die Tradition der deutschen ‚Südostforschung‘ und die ihr von Ronneberger attestierten «beachtenswerten Ergebnisse» aus der Zeit des «Dritten Reichs» an.¹²⁶ Dies geschah unter Rückgriff auf NS-Personal und in enger Verbindung mit dem Bund der Vertriebenen (BdV), Vertretern des Staates und den an Südosteuropa interessierten Kreisen des deutschen Kapitals: Wenzel Jaksch, Vizepräsident des BdV und ab 1964 dessen

¹¹⁹ w.o. 50.

¹²⁰ w.o. 55.

¹²¹ Anfang der fünfziger Jahre unterstützte der Stifterverband das «Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes» (DKeG), bis in die neunziger Jahre eine Denkfabrik alter und neuer Nazis, mit DM 100.000. Hermann Reusch, Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte und stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Stifterverbandes, spendete weitere DM 5'000; vgl. Bernt Engelmann: *Das ‚Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes‘ – ‚Pflegetätte‘ der ‚Aktion W‘. Fakten, Daten und... Summen.* (= Schriftenreihe der Demokratischen Aktion 4). München o. J. 20. Zur weiteren Entwicklung der Organisation s. Antifaschistisches Autorenkollektiv: *Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich.* Hamburg 1996, insb. 212 f. und 220 f.

¹²² Hermann Reusch: *Warum ist der wissenschaftliche Nachwuchs für die Wirtschaft wichtig und was erwarten wir von ihm? Referat anlässlich des Gesprächs zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Anschluss an die Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Mai 1960 in Bremen.* In: *Wirtschaft und wissenschaftliche Bildung* (= Schriftenreihe des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 6) 1960,11; zit. n. Franz Ronneberger: *Vorschläge zur Einordnung der Südosteuropa-Forschung in die Aufbaupläne der deutschen Hochschulen.* (= Südosteuropa-Studien 1). München 1962,14.

¹²³ vgl. Ronneberger, *Vorschläge zur Einordnung der Südosteuropa-Forschung*, 20 ff.

¹²⁴ vgl. auch Erich Siebert: *Die Südosteuropa-Gesellschaft e. V. München.* In: *DWI-Berichte*, Jg. 18 (1967), H. 6, 27

¹²⁵ siehe in diesem Zusammenhang z.B. den Artikel *Die SOG im Rundfunk.* In: *Mitteilungen der Südosteuropa-Gesellschaft*, Nr. 4, Okt.-Nov.-Dez. 1964, 20.

¹²⁶ Ronneberger, *Vorschläge zur Einordnung der Südosteuropa-Forschung*, 11.

Präsident war gleichzeitig Vizepräsident der SOG; im Kuratorium der Gesellschaft sassen hochrangige Beamte des Bundesarbeitsministeriums, des Bundeswirtschaftsministeriums, des Auswärtigen Amtes und des bayerischen Kultusministeriums neben Vertretern deutscher Grossbanken und Konzerne – alle Nachfolgegesellschaften der IG Farben waren hier repräsentiert; neben Valjavec und Ronneberger kam unter anderem auch Hermann Gross als Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der SOG wieder zu Ehren. Ronnebergers Vorschläge zur Etablierung der Südosteuropaforschung an bundesdeutschen Hochschulen und die damit verbundene Lobbyarbeit der SOG führten dazu, dass Gross 1962 den neu geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas an der Universität München erhielt.¹²⁷

Zweite Habilitation

Um eine akademische Lehrbefugnis zu erhalten, musste sich Ronneberger 1960 erneut habilitieren, da die Republik Österreich ihm im Rahmen der Entnazifizierung seine an der Hochschule für Welthandel erworbene Venia legendi aberkannt hatte. Das Verfahren fand an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster statt, wo man seine beiden Publikationen «Verwaltung im Ruhrgebiet als Integrationsproblem» und «Staatsverfassungstendenzen der Südoststaaten seit 1945» als Habilitationsschrift akzeptierte.¹²⁸ Die zuerst genannte Abhandlung weist denselben normativ-funktionalistischen Ansatz auf, der auch den Dreh- und Angelpunkt seiner PR-Theorie bildet; der zuletzt genannte Aufsatz zeigt einmal mehr Ronnebergers völlige Distanzlosigkeit gegenüber der Geschichte der Südosteuropaforschung im «Dritten Reich», die zu einem Grossteil seine eigene Geschichte ist.

Ronneberger sieht Verwaltung als «sozial gestaltende Tat» und damit als «Integrationsvorgang»,¹²⁹ wobei er «Integration» als «Ordnung» der «Teile» auf das «Ganze» hin versteht:¹³⁰ Die Verwaltung wolle «die sozialen Beziehungen von Menschen in einem engeren Kreise, dafür aber in der grossen Mannigfaltigkeit ihrer Bedürfnisse ordnen, ausrichten und gestalten»,¹³¹ was mit Blick auf ein «wie auch immer definiertes Gemeinwohl» hin zu geschehen habe.¹³² Als «überzeugendstes Beispiel einer integrierenden Verwaltung» erscheint ihm die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*:

*Die hohe Integrationsfunktion einer Tageszeitung innerhalb eines stabilen Verbreitungsgebietes steht ausser Frage, doch dürfte es weniger die eigentliche innere Verwaltungstätigkeit der Zeitung oder die quasiinstitutionelle Befriedigung des Informationsbedürfnisses der Bevölkerung sein, die diese Wirkung erzielen, als vielmehr das Wechselspiel von Gesellschafts- und Zeitungsstil in ihrer geschmackprägenden und vor allem in ihrer vereinheitlichenden Tendenz.*¹³³

Der zweite Bestandteil seiner Habilitationsschrift, den Ronneberger als einen ‚Beitrag zur Sozial- und Verfassungsstruktur von Entwicklungsländern‘ verstanden wissen wollte, enthält Altbekanntes: Unter Rückgriff auf seinen in *Reich-Volksordnung-Lebensraum* entwickelten ‚politischen Südosteuropabegriff‘ und mit Hilfe seiner These vom Fehlen einer bürgerlichen Mit-

¹²⁷ vgl. *Mitteilungen der Südosteuropa-Gesellschaft*, Nr. 7, Nov. 1962, 6 f.

¹²⁸ vgl. Ronneberger, *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft*, 26.1960 war Schelsky an die Universität Münster berufen worden.

¹²⁹ Franz Ronneberger: *Verwaltung im Ruhrgebiet als Integrationsproblem.* (= Verwaltung und Wirtschaft 17). Stuttgart u. Köln 1957. VI.

¹³⁰ w.o. 13.

¹³¹ w.o. 19.

¹³² w.o. 17.

¹³³ w.o. 138.

telschicht in den Ländern Südosteuropas erklärt er, dass sich die aus Westeuropa stammenden nationalen und liberalen Ideen vor 1945 in Südosteuropa nicht durchsetzen konnten. Stattdessen, so Ronneberger weiter, hätten «kleine pseudobürgerliche Cliques» den jeweiligen Staatsapparat in Besitz genommen.¹³⁴ Ersetzt man die ‚kleinen pseudobürgerlichen Cliques‘ durch das ‚Judentum‘, ist man wieder bei Ronnebergers Analysen zur Sozial- und Verfassungsstruktur der südosteuropäischen Staaten aus der Zeit des «Dritten Reichs» angelangt.

Von 1960 bis 1964 wirkte Ronneberger als Privatdozent für Verfassungs- und Verwaltungslehre an der Universität Münster und bekleidete gleichzeitig den Posten eines ordentlichen Professors für Soziologie und Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Bielefeld. Seine erziehungswissenschaftlichen Äußerungen stellen – wie seine PR-Theorie – die Synthese dar zwischen seinem im «Dritten Reich» entwickelten antidemokratischen und antiemanzipatorischen Politikverständnis und seinem normativ-funktionalistischen Forschungsansatz als Soziologe. Erziehung gilt Ronneberger wie auch Verwaltung als soziale Tat und bedeute «Erziehung des Kindes zur Einpassung» in die gegebenen sozialen Verhältnisse, was notfalls mit entsprechender «Härte» erzwungen werden müsse:¹³⁵

Man kann sich über die Prügelstrafe streiten. Ich weiss zwar nicht, wie Eltern mit einem Willensstärken, robusten und vitalen Jungen fertig werden wollen, ohne ihn gelegentlich übers Knie zu legen. Aber ich wäre der letzte, der ihnen den Glückwunsch versagt, wenn sie es dennoch schaffen, ohne damit allerdings der Gesellschaft einen Raufbold, Einzelgänger und Asozialen zu schenken.¹³⁶

Kommunikationspolitik

In Nürnberg entwickelte Ronneberger den Begriff der «Kommunikationspolitik», die er in Anlehnung an Otto B. Roegge definiert als «all jene Handlungen, die zur Erhaltung der Funktionstüchtigkeit der von der Verfassung gewollten Kommunikationsordnung in einem Lande dienen». Kommunikationspolitik sei sowohl in der «Staatsphäre» als auch im «gesellschaftlichen Raum» anzutreffen¹³⁷ und werde ausser von den «klassischen Staatsorganen» von den «politischen Parteien», den «grossen Interessengruppen», den «grossen Unternehmen von öffentlicher Bedeutung» und den «Massenkommunikationsmitteln» betrieben – eine Feststellung, die Ronneberger einmal mehr als Beleg für seine These dient, dass «die gedanklich vereinfachte Konstruktion des liberalen Prinzips ... der Gegenüberstellung von ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘ der «wechselseitigen Durchdringung der beiden Gebilde» gewichen sei.¹³⁸

Ronneberger, der sich der «funktional-strukturellen Systemtheorie Niklas Luhmanns» verpflichtet sieht,¹³⁹ weist den Massenmedien in diesem Zusammenhang vier «Funktionen» zu, die

¹³⁴ vgl. Franz Ronneberger: *Staatsverfassungstendenzen der Südoststaaten seit 1945. Ein Beitrag zur Sozial- und Verfassungsstruktur von Entwicklungsländern*. In: Rudolf Vogel (Hg.): *Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas. Gedenkschrift für Wilhelm Gülich*. (= Schriften der Südosteuropa-Gesellschaft 2). München 1961, 220 ff.

¹³⁵ Franz Ronneberger: *Erziehung am Wendepunkt*. (= Leben und Wahrheit 19). Bielefeld 1957, 21.

¹³⁶ w.o. 25.

¹³⁷ Franz Ronneberger: *Kommunikationspolitik I. Institutionen, Prozesse, Ziele*. (= Kommunikationswissenschaftliche Bibliothek 6). Mainz 1978, 77.

¹³⁸ Franz Ronneberger: *Ziele und Formen der Kommunikationspolitik*. In: *Publizistik*, Jg. 11 (1966), H. 3/4 (= Festschrift zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Fritz Eberhard), 400.

¹³⁹ Ronneberger, *Kommunikationspolitik I*, 1.

diese für das «politische System» resp. die «politische Ordnung der Parteien- und pluralistischen Verbandsdemokratie» zu erbringen hätten:¹⁴⁰

- Die Massenmedien hätten eine «Funktion des öffentlichmachens» von Informationen zur «Anregung der Leitenden und Führenden in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft»:¹⁴¹

*Indem Journalisten diese Informationen sammeln und vermitteln, informieren sie das politische System tatsächlich über Veränderungen in der Umwelt und nehmen somit eine Funktion wahr, die in dieser Weise von keinem anderen System geleistet werden kann. Weder Parteien und Interessenverbände noch Geheimdienste sind so umfassend auf die Weiterleitung von kontroversen Informationen programmiert.*¹⁴²

- Die Massenmedien seien ein wichtiger «Integrationsfaktor»:

*Indem sie [die Presse – P.H.] die Auffassung der politisch Führenden verbreitet und dazu Stellung nimmt, macht sie das gesellschaftliche oder nationale Gesamtinteresse über den Einzelinteressen immer wieder bewusst... Es geht darum, die ... Bereitschaft der Identifizierung des Menschen mit primären sozialen Gruppen ... nun auf die grösseren und komplexeren sogenannten sekundären Gebilde zu übertragen, also auf die Nation, auf die Gesamtheit, auf den Staat.*¹⁴³

- Die Massenmedien hätten eine «Bildungs- und Erziehungsfunktion»:

*Bildung wäre hier als die Fähigkeit zu definieren, Informationen aufzunehmen und zusammenhängend zu verstehen, wobei der herkömmliche Anspruch, sich eine eigene Meinung zu bilden, nicht als Norm, sondern als Optimum des politischen Gebildet-Seins aufzufassen wäre. Vom politisch Gebildeten der modernen pluralistischen Systeme kann im Durchschnitt nicht mehr verlangt werden als die Zustimmung zu vorgeformten Meinungen.*¹⁴⁴

- Die Massenmedien hätten ausserdem eine «Kontrollfunktion», wobei der Begriff der Kontrolle eine Neudefinition erfährt:

*Die moderne Kontrolle beruht... weniger auf einem Gegnerschaftsverhältnis, als auf dem Prinzip der Systemimmanenz; wir haben es mit einer Art Selbstkontrolle eines gesellschaftlich-staatlichen pluralistischen Gesamtsystems zu tun. Die Massenkommunikation ... leiht ihre Medien den Inter- und Intraorgankontrollbedürfnissen der am staatlichen und öffentlichen Prozess Beteiligten.*¹⁴⁵

Werden den Massenmedien bestimmte Funktionen zugewiesen und damit gewisse «Leistungen» abverlangt, muss auch die Möglichkeit der «Fehlleistung» einkalkuliert werden.¹⁴⁶ Lobte

¹⁴⁰ Franz Ronneberger: *Die politischen Funktionen der Massenkommunikation*. In: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): *Zur Theorie der politischen Kommunikation*. München 1974, 198. Der Originalbeitrag erschien bereits 1964 in *Publizistik*, Jg. 9, H. 3, 291-304 und ist in weiten Teilen identisch mit einem Vortrag, den Ronneberger Ende April 1965 vor dem Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger in Herrenalb gehalten hat; vgl. Franz Ronneberger: *Die politische Bedeutung der Tageszeitung heute und ihre Funktion in der Demokratie*. Herrenalb 1965.

¹⁴¹ Ronneberger, *Die politischen Funktionen der Massenkommunikation*, 201.

¹⁴² Ronneberger, *Kommunikationspolitik I*, 156.

¹⁴³ Ronneberger, *Die politische Bedeutung der Tageszeitung*, 15 ff.

¹⁴⁴ Ronneberger, *Die politischen Funktionen der Massenkommunikation*, 204 f.

¹⁴⁵ w.o. 203.

¹⁴⁶ vgl. in diesem Zusammenhang auch Franz Ronneberger: *Leistungen und Fehlleistungen der Massenkommunikation*. In: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): *Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung*. München 1979, 127-142.

Ronneberger noch 1978 die «Disziplin, die die deutschen Journalisten ... anlässlich der Entführung von Hanns Martin Schleyer... übten»,¹⁴⁷ warnte er bei seiner Abschiedsvorlesung 1983 vor einem «defizienten Modus des kritischen Journalismus aus der Kampfzeit des Liberalismus» und forderte den «verantwortlichen Journalisten (als) das Gebot der Stunde»: «Aufspüren und publizieren des jeweils Neuesten, gleichviel welche Folgen es haben wird ... führt zwangsläufig zur Verschärfung von Gegensätzen und zur Erschwerung, wenn nicht gar zur Unterbindung von diskreter Politik.¹⁴⁸ Die Parallelen zu seiner Analyse der Rolle der jugoslawischen Presse während des ‚Belgrader Putsches‘ 1941 liegen auf der Hand; seinerzeit hatte er die Massenmedien als ein ‚Instrument‘ der politischen Elite beschrieben, dem ‚zerstörende Möglichkeiten‘ innewohnten, wenn es von ‚verantwortungslosen, unmoralischen, sensationslüsternen, nur dem Geschäft verfallenen Menschen‘ missbraucht werde.

PR-Forschung

Ronnebergers erster Essay zum Thema Public Relations, der in der Fachwelt mit grossem Interesse aufgenommen wurde und bereits alle wesentlichen Elemente seiner späteren PR-Theorie enthält, erschien 1977 und trägt den Titel «Legitimation durch Information». Unter Berufung auf den US-amerikanischen PR-Pionier Edward L. Bernays, Carl Hundhausen und Albert Oeckl beschreibt Ronneberger PR als eine «Funktion des gesellschaftlichen Systems», deren Legitimation darin bestehe, durch das Zur-Verfügung-Stellen von Informationen «Leistungen» zu erbringen, «die für die Existenz einer Gesellschaft um so notwendiger und unerlässlicher sind, je mehr sie sich differenziert». Damit leiste PR einen Beitrag zur «Integration in modernen Gesellschaften» und verhindere deren «Auseinanderfallen».¹⁴⁹ Der in diesen Gesellschaften vorherrschende Meinungs- und Interessenpluralismus müsse zwangsläufig «zum Chaos, zu beliebigen Machtrivalitäten, Siegen und Niederlagen ohne Beständigkeit und Kontinuität, zum ständigen Wechsel der Machtverhältnisse, zu allgemeiner Unsicherheit und Willkür führen, wenn nicht zweierlei gewährleistet wäre: dass sich die Auseinandersetzungen dank PR öffentlich vollziehen und dass die rivalisierenden Gruppen einander nicht vernichten, sondern miteinander leben wollen», was gleichfalls durch PR verbürgt werde.¹⁵⁰

Angesichts der «zunehmenden Bedeutung der Interessenorganisationen» fasziniert Ronneberger in diesem Zusammenhang «der Gedanke, der den Korporationstheorien zugrunde liegt, man könne auf den herkömmlichen Parteienparlamentarismus verzichten und ihn durch einen modernen Ständeparlamentarismus ersetzen». Er verwirft ihn nur deshalb, weil «ohne die Integrationsleistung der Parteien ein breiter und vor allem dauerhafter Konsens nicht zu erreichen ist».¹⁵¹ Daran, «dass es in unserer Gesamtgesellschaft jeweils zu einem Minimalkonsens kommt», wirke der «PR-Treibende» massgeblich mit, wenn er beispielsweise im Rahmen der «PR von Unternehmen der Wirtschaft» die «Verantwortung des Wirtschaftssystems insgesamt für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Gesellschaft» betone.¹⁵² PR wird bei Ronneberger

¹⁴⁷ Ronneberger, *Kommunikationspolitik I*, 128. Hanns Martin Schleyer, Jg. 1915, bereits 1931 Mitglied der HJ, Studentenfunktionär, 1939 SS-Hauptsturmführer, 1941 Leiter des Präsidialbüros des Zentralverbands der Industrie für Böhmen und Mähren im besetzten Tschechien, 1951 bei der Daimler Benz AG, zuletzt Personalchef, zahlreiche Aufsichtsratsmandate, 1973 Präsident des BDA, 1977 ausserdem Präsident des BDI, wurde am 5.9.1977 von einem Kommando der Roten Armee Fraktion (RAF) entführt und am 18.10.1977 von diesem getötet. Die bundes- deutschen Massenmedien unterwarfen sich für die Dauer der Entführung freiwillig der von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang verfügten Nachrichtensperre und verzichteten auf die Veröffentlichung selbstrecherchierter Beiträge zum Thema.

¹⁴⁸ zit. n. H[ans] H[artl]: *Der Abschied des 70jährigen Franz Ronneberger. Seine Ehrungen durch die Universität Erlangen-Nürnberg*. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, Jg. 23 (1983), H. 2, 58 f.

¹⁴⁹ Franz Ronneberger: *Legitimation durch Information*. Düsseldorf/Wien 1977, 7.

¹⁵⁰ w.o. 21.

¹⁵¹ w.o. 18.

¹⁵² w.o. 22.

zu einem «konstitutiven Faktor» für «demokratisch verfasste politische Systeme»¹⁵³ und absorbiert die ursprünglich den Massenmedien zugeschriebenen Funktionen, insbesondere die Informations- und die Integrationsfunktion. «In Bezug auf die organisierten Interessen verhalten sich die Medien vorwiegend rezeptiv und im strengen Sinne vermittelnd»¹⁵⁴ postuliert Ronneberger und setzt sich damit dem Vorwurf aus, Journalisten kurzerhand zu ‚Erfüllungsgehilfen‘ der PR-Auftraggeber und -Macher zu degradieren.¹⁵⁵ PR, so Ronneberger in «Public Relations des politischen Systems», diene aber nicht nur der Herstellung eines gesellschaftlichen Minimalkonsenses, sondern fungiere gleichzeitig als «Frühwarnsystem», das «die politische Führung über Ereignisse und Tendenzen des öffentlichen Lebens sowie über den Wandel von Ansichten, Einstellungen und Erwartungen der Bürger informiert» und sich darauf aufbauend «eines neuauftretenden Themas bemächtigt und der öffentlichen Meinung keine Zeit lässt, sich stereotyp zu verfestigen».¹⁵⁶

Dass in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt die Möglichkeit bestehe, einen gesellschaftlichen Minimalkonsens zu erreichen, sei durch die korporativistische Verfasstheit oder die «Verbandsstruktur» der Gesellschaft sichergestellt, weil diese den «Rückfall in die Klassengesellschaft» und damit den Klassenkampf verhindere.¹⁵⁷ Laut Ronneberger übernehmen Verbände und gesellschaftliche Organisationen eine «Disziplinierungsfunktion» gegenüber ihren Mitgliedern, indem sie diese auf die Idee des Interessenausgleichs verpflichten,¹⁵⁸ was im Falle der Gewerkschaften mit dem Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gleichgesetzt werden kann. Da Verbände und gesellschaftliche Organisationen ausserdem «dem einzelnen Menschen einen bestimmten und möglichst festen Platz im Ganzen zuweisen, damit er weiss, wohin er gehört»,¹⁵⁹ könne man sie auch als quasi-staatliche «Ordnungsträger» betrachten.¹⁶⁰ Das «soziale Vertrauen» der Menschen, auf dessen Grundlage gesellschaftlicher Konsens überhaupt erst zustande kommen könne, sei jedoch permanent in Gefahr, durch «öffentliche Demokratiekritik», «Wertekritik» und «Tabuzertrümmerung» zerstört zu werden,¹⁶¹ weil «insbesondere Journalisten mit sozialrevolutionären Aktionen ... sympathisieren».¹⁶² Dieser Bedrohung gegenüber seien vor allem die «führenden Kräfte der Wirtschaft» im Nachteil, da sie die «Katastrophe des Nationalsozialismus» nachhaltig verunsichert habe und sie sich daher «ungern öffentlich zu ihrem Standort und Standpunkt bekennen».¹⁶³ Auf PR komme in diesem Zusammenhang eine gewaltige Aufgabe zu: «Public Relations reichen ... weit über die Interessen einzelner Organisationen hinaus, sie werden zu einem eigenen Handlungssystem, das die Überlebensfähigkeit der Menschheit zum Ziel hat.»¹⁶⁴

¹⁵³ w.o. 19.

¹⁵⁴ w.o. 12.

¹⁵⁵ vgl. Michael Kunzlik: *Public Relations. Konzepte und Theorien*. 2. Auflage Köln u.a. 1994, 130.

¹⁵⁶ Franz Ronneberger: *Erkenntnisse und Ergebnisse der Referate und Diskussionen*. In: Ders. (Hg.): *Public Relations des politischen Systems. Staat, Kommunen und Verbände*. (= Nürnberger Forschungsberichte 11). Nürnberg 1978, 114 f.

¹⁵⁷ vgl. Franz Ronneberger: *Die politische Rolle der Verbände in der parlamentarischen Demokratie und pluralistischen Gesellschaft*. In: Manfred Rühl (Hg.): *Public Relations der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände. Theoretische Ansätze, Forschungsergebnisse und praktische Erfahrungen aus einem PR-Seminar*. (= Studien zu Theorie und Praxis der Public Relations 3). Düsseldorf 1981. 32 f.

¹⁵⁸ vgl. w.o. 34 ff.

¹⁵⁹ w.o. 37.

¹⁶⁰ vgl. w.o. 41.

¹⁶¹ vgl. Franz Ronneberger: *Zusammenfassung der Tagungsergebnisse in Thesenform*. In: Heinz Flieger/Franz Ronneberger (Hg.): *Public Relations für die unternehmerische Wirtschaft. Ergebnisse eines Forschungsseminars gefördert von der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, veranstaltet von der Vereinigung zur Förderung der Public Relations-Forschung*. (= Studien zu Theorie und Praxis der Public Relations 11). Wiesbaden 1983, 136.

¹⁶² Franz Ronneberger: *Public Relations zur Zukunftssicherung. Hinweise zur Überlebensstrategie der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation*. (= Studien zu Theorie und Praxis der Public Relations 10). Düsseldorf 1982, 17.

¹⁶³ Ronneberger, *Zusammenfassung der Tagungsergebnisse in Thesenform*, 137.

¹⁶⁴ Ronneberger, *Public Relations zur Zukunftssicherung*, 89.

Nach diesen in den siebziger und achtziger Jahren geleisteten Vorarbeiten legte Ronneberger 1992 schliesslich die gemeinsam mit seinem Schüler Manfred Rühl verfasste «Theorie der Public Relations» vor, die als Quintessenz seiner systemtheoretischen Überlegungen zu PR gewertet werden kann: Im Verlauf der Industrialisierung, «die neue Organisationsformen (Fabrik- und Unternehmenssysteme) ausbildete sowie erhebliche soziale Auswirkungen («die soziale Frage») nach sich zog» und in Verbindung mit den damit einhergehenden «Prozessen der Demokratisierung», habe sich PR als eigenständiges Kommunikationssystem entwickelt, wobei die genannten ‚Demokratisierungsprozesse‘ allerdings «in Deutschland sehr hindernisreich verliefen».¹⁶⁵ Die Autoren interessieren sich jedoch nicht für ‚das Wesen‘ von Public Relations oder ‚Wesensähnlichkeiten‘ zu Werbung oder Propaganda», sondern ausschliesslich für die «spezifische (gesellschaftliche) Funktion, die Public Relations ... zugeordnet werden kann».¹⁶⁶ Diese wird von ihnen folgendermassen definiert:

*Die besondere gesellschaftliche Wirkungsabsicht von Public Relations ist es,... öffentliche Interessen (Gemeinwohl) und das soziale Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken – zumindest das Auseinanderdriften von Partikularinteressen zu steuern und das Entstehen von Misstrauen zu verhindern.*¹⁶⁷

Gesellschaftspolitisches Engagement

In Verbindung mit der Südosteuropa-Gesellschaft beschäftigte sich Ronneberger, der «Politikwissenschaft als praktische Wissenschaft» verstanden wissen wollte,¹⁶⁸ auch mit tagespolitischen Fragen. So übernahm er die Leitung von Symposien zur Ausländerpolitik, die in den siebziger und achtziger Jahren von der SOG zusammen mit verschiedenen Bundesministerien und Landesregierungen veranstaltet wurden. Um nach «schweren Volkstumskämpfen» dem «Schicksal eines Immigrationslandes» zu entgehen, forderte er bei diesen Gelegenheiten eine «restriktive Behandlung des Nachzugs» von Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer.¹⁶⁹

Ronnebergers wissenschaftliche und politische Ambitionen schlugen sich in einer grossen Zahl von Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Vereinigungen und gesellschaftlichen Gremien nieder,¹⁷⁰ zu denen Einrichtungen der Osteuropaforschung genauso zählten wie die Reformkommission des Deutschen Beamtenbundes. In der Hauptsache betätigte sich Ronneberger jedoch als ‚Kommunikationspolitiker‘. 1978 gehörte er unter anderem der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an, der er von 1966 bis 1969 vorgestanden hatte und in deren Auftrag er die Zeitschrift *Publizistik* herausgab; er war Mitglied der Deutschen Public Relations Gesellschaft (DPRG), der International Public Relations Association (IPRA), des Fernsehrats des ZDF, des Kuratoriums der Stiftervereinigung der Presse, der Jury des Gruner+Jahr-Preises für Mediaforschung und der Jury des von der Akademie für Publizistik in Hamburg verliehenen Akademie-Preises für Wirtschaftsjournalisten.

Zum letzten Mal meldete sich Ronneberger 1991 politisch zu Wort, als er seine Tagebuchaufzeichnungen über den Untergang der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten veröffentlichte. Ronneberger verleiht hier seiner tiefen «Genugtuung» über die «Wiedervereinigung» Ausdruck, da diese ihm «als historische Gerechtigkeit erscheint» und seinem «elementa-

¹⁶⁵ vgl. Franz Ronneberger/Manfred Rühl: *Theorie der Public Relations. Ein Entwurf*. Opladen 1992, 47.

¹⁶⁶ w.o. 106.

¹⁶⁷ w.o. 252.

¹⁶⁸ Ronneberger, *Kommunikationspolitik I*, 56.

¹⁶⁹ Ausführlich dargestellt bei Heinelt, *PR als Dienst an der »Volksgemeinschaft«*, 11 f.

¹⁷⁰ siehe hierzu Rühl/Walchshöfer, *Politik und Kommunikation*, XXII f; sowie Rühl, *Franz Ronneberger – Anmerkungen zum «unordentlichen» Lebensweg eines interdisziplinär orientierten Sozialwissenschaftlers*, 332.

ren Bedürfnis nach Heilung von Teilen oder Bruchstücken zu einem Ganzen entspricht».¹⁷¹ Es sei jetzt «kein Unglück», wenn die rechtsradikale Partei der .Republikaner¹ bei Wahlen die Fünf-Prozent-Hürde überspringe,¹⁷² vielmehr müsse alles getan werden, «um die führenden SED-Mitglieder in der Schule, in den Betrieben, im Stadtrat usw. zu eliminieren».¹⁷³ Aussenpolitisch wendet Ronneberger seinen Blick einmal mehr gen Osten und Südosten. Seiner Ansicht nach kann jetzt endlich das umgesetzt werden, «was wir im nationalen Interesse für nötig halten»,¹⁷⁴ womit er in erster Linie die Revision der Oder-Neisse-Grenze meint: Dass deren Weiterbestehen Ende 1990 durch einen bilateralen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen gesichert wurde, ist für Ronneberger Ergebnis einer «polnischen Erpressung»;¹⁷⁵ den Grenzvertrag selbst bezeichnet er als «Raubvertrag».¹⁷⁶ Mit Blick auf die politische Krise in Jugoslawien notiert Ronneberger am 22. Oktober 1990: «Das eigentliche Problem stellt sich als die Auswirkung des Geburtsfehlers des jugoslawischen Staates dar. Trotz aller... internationalen Propaganda scheint sich das staatliche Zusammenleben von so unterschiedlichen Völkern und Regionen nicht organisieren zu lassen.»¹⁷⁷ Am 13. Juli 1991 benennt er den Grund dafür: «Was Föderalismus bedeutet, wissen die Serben nicht und können es auch nicht verstehen.»¹⁷⁸

Fazit

Ronnebergers zentrale wissenschaftliche Kategorie ist die der .Integration¹. Meinte er damit in der Zeit des «Dritten Reichs» die Einordnung der südosteuropäischen Staaten und ihrer Bevölkerung in den von Deutschland konstruierten politisch-ökonomischen .Grossraum¹, so verstand er darunter nach 1945 die Einordnung des Menschen in die Gesellschaft der Bundesrepublik. Sein Erkenntnisinteresse bezog sich ausschliesslich auf die Funktionalität politischer Massnahmen für die Integration und war von dem Wunsch geprägt, gesellschaftliche Prozesse zu steuern und zu regeln. Dies liess ihn zum Anhänger der Systemtheorie werden und korrespondiert mit seiner Konzeption einer kapitalistisch verfassten und korporativistisch formierten Gesellschaft, in der der Pluralismus als Bedrohung für die Existenz des Kapitalismus und die Herrschaft der gesellschaftlichen Eliten erscheint. Als Kommunikationswissenschaftler befasste sich Ronneberger mit den Massenmedien als Mittel der Integration. Bereits im «Dritten Reich» hatte er die Vorstellung entwickelt, dass die Massenmedien die Information und Beratung der politischen Elite gewährleisten und dieser als Propagandainstrument dienen sollten. Dem entsprach auch seine eigene Praxis als Informant, Presseanalytiker und Propagandist des NS-Regimes. In der Bundesrepublik übernahm dann PR diese ursprünglich den Medien zugeordneten ‚Funktionen¹, da nur dem Meinungspluralismus und der Pressefreiheit verpflichtete Journalisten als potentielle Bedrohung für den Bestand der restaurierten Gesellschaftsordnung wahrgenommen wurden. Ronnebergers politisches Denken muss letztlich als autoritär, affirmativ, antiemanzipatorisch und antidemokratisch charakterisiert werden; es sah immer auch die Elimination derjenigen vor, die nicht integriert werden sollten (Juden) oder sich der Integration widersetzen (Kommunisten). Völkische Auffassungen traten bei Ronneberger nach 1945 zwar in den Hintergrund, waren jedoch stets virulent – wie seine Äusserungen zur ‚Ausländerpolitik‘ und zu Jugoslawien zeigen.

¹⁷¹ Franz Ronneberger: *Die Wiedervereinigung. Aufzeichnungen 1989/91*. (= Kommunikationswissenschaftliche Studien Sonderband). Nürnberg 1991, 163.

¹⁷² w.o. 169.

¹⁷³ w.o. 71.

¹⁷⁴ w.o. 3.

¹⁷⁵ vgl. w.o. 86 ff.

¹⁷⁶ w.o. 202.

¹⁷⁷ w.o. 178.

¹⁷⁸ w.o. 263.

Franz Ronnebergers Wiener Jahre

Seine journalistische Tätigkeit und seine Mitarbeit am «Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens der Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ)» in Wien 1941–45

Fritz Hausjell

Am 11. Dezember 1941 wurde in Wien die Union Nationaler Journalistenverbände gegründet und tags darauf feierlich verkündet.¹ Gründungsmitglieder waren Delegationen des Reichsverbandes der Deutschen Presse (RDP), des italienischen Journalistensyndikates sowie der bulgarischen, kroatischen, rumänischen, slowakischen und ungarischen nationalen Journalistenverbände.²

Dieser Gründung waren andere Zusammenschlüsse vorangegangen: Im Sommer 1939 war ein Internationaler Presseverband gegründet worden, getragen vom Reichsverband der Deutschen Presse (RDP) und dem Sindacato Nazionale dei Giornalisti, dessen Aufgabe vor allem «in der Bekämpfung der internationalen Presselüge» gesehen wurde. Dazu das RDP-Verbandsorgan *Deutsche Presse*:

*Der Internationale Presseverband, der allen ehrlichen und anständigen Journalisten der Welt offenstehen wird, wird seine vornehmste Aufgabe darin zu erblicken haben, dem völkerverhetzenden Treiben einer gemeingefährlichen Weltpresse Einhalt zu gebieten und den internationalen Friedensstörern auf dem Gebiete der Presse das Handwerk zu legen, damit diese Methoden einer gewissen Weltpresse nicht zu einer Weltgefahr werden, die Europa in eine neue Katastrophe hineintreiben könnte.*³

Am 24. Juli 1940 wurde in Berlin die erste Veranstaltung des Deutsch-italienischen Presseverbandes abgehalten. Dieser Verband diente «dem geistigen Kontakt zwischen dem nationalsozialistischen und faschistischen Journalismus» und widmete sich auch «praktischen Aufgaben»: Die beiden Verbände vergaben jährlich je vier Austausch-Stipendien für «Jung-schriftleiter». Das Präsidium bildeten Reichspressechef Otto Dietrich und der italienische Volkskulturminister Luca Pavolini.⁴

Am 11. und 12. Oktober 1940 fanden in München Besprechungen zwischen dem RDP und dem

¹ N.N.: *Die Eröffnungsfeier im Schönborn-Palais zu Wien. Der Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse und Präsident der Journalisten-Union, SA.-Obergruppenführer Weiss, sprach über die Ziele dieser neuen Vereinigung.* In: *Deutsche Presse*, 26/1941, 242–244, hier 242; oder: Maximilian du Prel: *Die Union nationaler Journalistenverbände.* In: *Auslandspressediens.* April 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

² N.N.: *Weltkampf gegen die Lüge. Reichspressechef Dr. Dietrich sprach in Wien – Union nationaler Journalistenverbände gegründet.* In: *Deutsche Presse*, 26/1941, 241; vgl auch: N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände.* In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 2, 96–98.

³ Dr. H.: *Das Abkommen von Venedig. Gründung eines Internationalen Presseverbandes.* In: *Deutsche Presse*, 17/1939, 313 f.

⁴ [PNB]: *Deutsch-italienischer Presseverband.* In: *Frankfurter Zeitung*, 25. Juli 1940 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

Faschistischen Nationalsyndikat der Journalisten (Sindacato Nazionale Fascista dei Giornalisti) statt. Reichspressechef Dietrich referierte dabei über die pressepolitische Neuordnung Europas nach dem Krieg und verlangte die Erziehung der Journalisten «durch ein neues Berufsethos von innen heraus», wie das Neue Wiener Tagblatt berichtete:

Träger dieser Erziehungsarbeiten werden die nationalen Berufsverbände der Journalisten in den einzelnen Ländern sein. Darüber hinaus gibt es einige wenige Grundsätze, die alle Völker gemeinsam interessieren, weil sie Allgemeinut aller anständigen Menschen sind. Zu ihnen gehören:

- *Die Sauberkeit des Journalistenberufsstandes, die jede Art von Bestechlichkeit ausschliesst,*
- *das Prinzip der persönlichen Verantwortung des einzelnen Journalisten,*
- *die Bekämpfung der Presselüge und*
- *der Ausschluss des Judentums aus der Presse.*

Diese Grundsätze des allgemein anerkannten Ehrenkodex der Journalisten zu internationaler Geltung zu bringen [...] wird Aufgabe eines neuen internationalen Berufsverbandes sein.⁵

Mit der Gründung der UNJ im Dezember 1941 wurde der schon davor begonnenen Zusammenarbeit der nationalen Journalistenverbände schliesslich eine feste Organisationsform gegeben.⁶

Motive und Ziele der UNJ

Anlässlich der Gründung der UNJ hielt Reichspressechef Dietrich eine Rede, in der er die «Kriegsschuld» der englischen, französischen und amerikanischen Presse betonte:

Hinter der Wand einer sogenannten «Pressefreiheit» spielte sich ein Satyrspiel schamloser Beeinflussung, Bestechung und Korruption ab, das sich schliesslich überhaupt jeder Kontrolle entzog und in dem Journalisten und Politiker im Grunde nichts anderes waren als von anonymen Mächten gelenkte und bezahlte Marionetten. Die Völker aber sind das Opfer.⁷

Die UNJ erklärt sich in ihren Satzungen als eine Vereinigung von nationalen journalistischen Berufsverbänden, «die Willens sind, den Grundsatz der Verantwortlichkeit im Journalismus international zur Geltung zu bringen» und ausserdem durch praktische Zusammenarbeit die Berufstätigkeit der Journalisten zu fördern. Insbesondere verpflichtete die Union ihre mittelbaren und unmittelbaren Mitglieder «zu nationaler, wahrheitsgetreuer und von materiellen Interessen unbeeinflusster publizistischer Arbeit.»⁸

⁵ N.N.: *Pietrich über den Ausbau einer neuen Pressemoral. Rede des Reichspressechefs vor deutschen und italienischen Journalisten.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. Oktober 1940 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 07, Presse: Diverses (1938-45)].

⁶ Aussagen von hohen UNJ-Funktionären zur Gründung finden sich u.a. bei N.N.: *Über der Freiheit steht die Verantwortung. Reichspressechef Dr. Dietrich über die internationale Aufgabe der nationalen Presse.* In: *Zeitungsverlag*, 51/1941, 450; Helmut Sündermann: *Die Journalistenunion.* In: *Die innere Front*, 14. Dezember 1941, Bl. 1-2; ders.: *Die Journalistenunion.* In: *NS-Pressebrief*, 12/1941,1.

⁷ J.: *Die Presse im neuen Europa. Programmatische Rede des Reichspressechefs Dr. Dietrich bei der Gründung der «Union nationaler Journalistenverbände» in Wien.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. Dezember 1941; vgl. dazu auch: N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände. Heute in Wien gegründet.* In: *Der Neue Tag*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)J].

⁸ N.N.: *«Union nationaler Journalistenverbände» gegründet.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

In diesen Jahren wurde die Funktion des Zusammenschlusses der journalistischen Berufsverbände des nationalsozialistischen Deutschland mit jenen besetzter oder im Krieg verbündeter Staaten noch eher verklausuliert formuliert. Später, kurz vor Ende des NS-Regimes, wurde die UNJ als das deklariert, was sie wohl in erster Linie sein sollte und war: ein wichtiges «Instrument und Organ der geistigen Kriegsführung», wie es UNJ-Präsident Wilhelm Weiss im Dezember 1944 formuliert hat.⁹

Warum Wien Sitz der UNJ wurde

Einen Anhaltspunkt, warum dann 1941 gerade Wien – abgesehen von seiner zentralen geographischen Lage im Reich – als Sitz für die Union ausgewählt worden war, gibt die Rede von Geheimrat Prof. Dr. Walther Heide, dem Präsidenten des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes, anlässlich der Eröffnung des Zeitungswissenschaftlichen Instituts der Universität Wien im Mai 1942. Darin führte er aus:

Wer kürzlich den ersten Kongress der Union in Venedig miterleben durfte oder dessen Presseecho verfolgt hat, hat feststellen können, dass das Interesse für die Neuordnung der Presse und ihre wissenschaftliche Unterbauung am stärksten in den Staaten des europäischen Südostens hervortritt. Ich zweifle nicht daran, dass auch Wien wie durch die Union für Journalisten, so durch unser Institut für die Zeitungswissenschaft des Südostens zum Anziehungspunkt werden wird.¹⁰

In der Broschüre zum Palais Schönborn, das der UNJ vom Wiener Reichsstatthalter Baldur von Schirach zur Verfügung gestellt worden war, findet sich eine ähnliche Erklärung für die Wahl des Standortes:

Die Wahl des Ortes Wien war zweifellos eine besonders glückliche in Anbetracht des Umstandes, dass Wien sowohl von den Grossstädten des Reiches wie denen Italiens und den Hauptstädten des Südostens zu erreichen ist, und dass es ausserdem als Weltstadt von Ruf auf eine historisch bedeutsame Vergangenheit zurückblickt. Auch in der grosszügigen Anlage seiner Bauten ist Wien einzigartig. Dass eines der erlesensten Palais der UNJ zur Verfügung gestellt wurde, beweist einerseits die Erkenntnis der grossen Bedeutung, die Wien dem Journalismus zuzisst, andererseits erleichtert diese grosszügige Stiftung der UNJ die Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben in besonderem Masse.¹¹

Personal und Struktur der UNJ

Gründungsmitglieder der UNJ waren 1941 zunächst die journalistischen Berufsverbände von Deutschland, Italien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Ungarn und der Slowakei. Auf dem ersten

⁹ N.N.: *Kämpferischer Journalismus. Die Arbeitstagung der Union Nationaler Journalistenverbände*. In: *Völkischer Beobachter*, 13. Dezember 1944 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

¹⁰ N.N.: *Zeitungswissenschaftliches Institut in Wien. Tagung der Zeitungswissenschaftler*. In: *Deutsche Presse*, 11/1942.111-114. hier 112.

¹¹ [Erna von Wikullil-Freyler]: *Das Palais Schönborn in Wien. Als Heimstätte des Journalismus der neuen Ära*. In: *Generalsekretariat der Union Nationaler Journalistenverbände / Segretariato Generale dell'Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti* (Hg.): *Palais Schönborn in Wien / Il Palazzo Schönborn a Vienna. Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände / Sede della Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti*. Wien [O.J.], 35-38, hier 35.

Kongress der Union traten Spanien und Norwegen, letzteres in einer eigens anberaumten Präsidiumssitzung¹², bei. Japan galt als «nicht eingeschriebenes Mitglied der Front der neuen Presse».¹³ Am 24. Juni 1943 trat Albanien auf der II. Internationalen Tagung in Wien der UNJ bei.¹⁴ SA-Obergruppenführer Wilhelm Weiss, Leiter des RDP und Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters*, wurde zum ersten Präsidenten gewählt.¹⁵ Zum Generalsekretär der Union wurde Maximilian Freiherr du Prel berufen, der zuvor Leiter des Amtes Parteipresse in der Reichspressestelle der NSDAP war.¹⁶

Die organisatorische Arbeit der UNJ wurde im Jänner 1942 aufgenommen. Am 1. Mai 1942 wurde der Presseklub der UNJ eröffnet. Als Präsident des Presseklubs fungierte ebenfalls Freiherr du Prel.¹⁷ Dem Vorstand gehörten ausserdem die Wiener Verbindungsmänner der nationalen Journalistenverbände an.¹⁸

Zweck des Presseklubs sollte es sein,

*den zentralen Treffpunkt der in Wien ansässigen oder sich zeitweilig dort aufhaltenden Journalisten der Union zu bilden und den gesellschaftlichen Verkehr der Journalisten zu fördern, zugleich aber einen Klubring ins Leben zu rufen, dem die in den Verbandsstaaten der Union bestehenden Auslandspresseklubs und Auslandskorrespondentenvereinigungen angehören werden.*¹⁹

Auf der Präsidiumssitzung vom 13. April 1942 wurde dann die Errichtung von Aussenstellen «bei den nationalen Journalistenverbänden» beschlossen.²⁰ Aussenstellen gab es damals bereits in Berlin, Rom, Budapest und Pressburg, in Planung waren Niederlassungen in Bukarest, Agram und Sofia.²¹ Weitere Einrichtungen der Union Nationaler Journalistenverbände waren die Vereinigung der Auslandsjournalisten (ab Jänner/Februar 1942), eine Reiseabteilung, das Archiv, die Bibliothek, die Pressestelle und das Rechtsbüro des Generalsekretariats.

¹² N.N.: *Der Gründungsakt. In: Generalsekretariat der Union Nationaler Journalistenverbände / Segretariato Generale dell'Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti* (Hg.): *Palais Schönborn in Wien / II Palazzo Schönborn a Vienna. Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände / Sede della Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti*. Wien [o.J.], 18-22, hier 22.

¹³ Norbert Mayer: *Der Kongress von Venedig* (Sonderbericht für die «Zeitungswissenschaft»). In: *Zeitungswissenschaft*. Jg. 17 (1942), H. 3-4, 127-135, hier 127.

¹⁴ N.N.: *Anklagen vor dem Forum Europas. Albanien tritt der Union bei*. In: *Völkischer Beobachter*, 24. Juni 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)J].

¹⁵ N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände gegründet*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; vgl. dazu auch: N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände. Heute in Wien gegründet*. In: *Der Neue Tag*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; vgl. auch N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände*. In: *Zeitungswissenschaft*. Jg. 17 (1942), H. 2, 96-98.

¹⁶ N.N.: *Generalsekretär der Union ernannt*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 14. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv, 070.4, Journalisten (bis '45)].

¹⁷ erwähnt in: N.N.: *Die Presse im neuen Ungarn*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 19. November 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv, 070.4, Journalisten (bis '45), Nachtrag 1942]; vgl. auch N.N.: *Presseklub der Union*. In: *Deutsche Presse*. 16/1942.164.

¹⁸ N.N.: *Der Presseklub der Union Nationaler Journalistenverbände. In: Generalsekretariat der Union Nationaler Journalistenverbände / Segretariato Generale dell'Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti* (Hg.): *Palais Schönborn in Wien / II Palazzo Schönborn a Vienna. Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände / Sede della Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti*. Wien [o.J.], 45-48, hier 45.

¹⁹ (NCU): *Der Presseklub der Union*. In: *Deutsche Presse*, 2/1943,16; vgl. dazu auch N.N.: *Der Geschäftsbericht der Union*. In: *Deutsche Presse*, 14/1943.154-155, hier 155.

²⁰ (NCU): *Die Aussenstellen der Union*. In: *Deutsche Presse*, 2/1943,14.

²¹ N.N.: *Das Präsidium der Union in Wien. Eindrucksvolle und erfolgreiche Sitzung im Palais Schönborn*. In: *Deutsche Presse*, 21/1942, 205-208, hier 207.

Der I. UNJ-Kongress In Venedig (10. bis 12. April 1942)

Der erste grosse Kongress der UNJ wurde in Venedig in grossem Rahmen abgehalten.²² Etwa 300 Pressevertreter «der jungen aufsteigenden Völker» aus 15 Nationen wurden erwartet.²³ Präsident Wilhelm Weiss eröffnete die Tagung. Die Gründe für die Einberufung der Tagung seien nach Weiss, wiedergegeben in einem Bericht des *Neuen Wiener Tagblatts*:

der Protest gegen die Demoralisierung der Völker durch einen verantwortungslosen Journalismus, der Protest gegen die Versklavung der Presse im Dienste internationaler Kapitalmächte, der Protest gegen den Missbrauch der Presse zum Zwecke der skrupellosen Verhetzung der Völker, der Protest gegen die Presselüge und gegen die Verfälschung der Wahrheit, der Protest gegen die Abhängigkeit der journalistischen Arbeit von unverantwortlichen Aktionären und Kriegsverdienern und endlich der Protest gegen die Verjudung der Presse [...] als das Grundübel und den Krebschaden der internationalen Pressearbeit [...].²⁴

Den zahlreichen Referaten über die Schuld der internationalen Presse folgte eine Entschliessung, die, gemäss *Wiener Kronen Zeitung*, als «Kampfansage an die verbrecherische und entartete Publizistik» verstanden und einstimmig angenommen wurde:

Durch zahlreiche Dokumente ist unwiderleglich bewiesen, dass die von internationalen kapitalistischen Einflüssen abhängige Presse mitschuldig ist am Ausbruch und an der Ausweitung des gegenwärtigen Krieges. Als Werkzeug verbrecherischer Kriegstreiber hat eine verantwortungslose Presse zahlreiche Völker getäuscht und die öffentliche Meinung in diesen Ländern irreg[e]führt. Wir rufen die Journalisten aller Länder auf, diesen verbrecherischen Methoden einer entarteten internationalen Publizistik den Kampf anzusagen. Wir erklären, dass es die ernste Pflicht aller anständigen, ehrlichen und ihrer Verantwortung bewussten Journalisten ist, auf die furchtbaren Gefahren hinzuweisen, die den Völkern aus dem Wirken einer verantwortungslosen Presse erwachsen.

Für jedes Volk, dem seine nationale Existenz am Herzen liegt, ist es ein Akt geistiger Selbstverteidigung, dieser Art von Journalismus sofort und für alle Zeiten jedwedes Vertrauen zu entziehen. Der Journalismus ist kein Geschäft, sondern eine Mission, zu der nur diejenigen Journalisten berufen sind, die frei von allen anonymen Bindungen, sich ausschliesslich zur Verantwortung gegenüber dem nationalen Gewissen und dem Urteil der Geschichte bekennen.²⁵

²² N.N.: *Journalistenkongress in Venedig*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 1. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; cl: *Pressetagung in Venedig*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 9. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

²³ N.N.: *Der Journalistenkongress in Venedig*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 10. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

²⁴ cl: *Der Journalistenkongress in Venedig. Von unserm römischen Korrespondenten*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 11. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; ein ausführlicherer Abdruck dieser Rede: N.N.: *Revolutionärer Journalismus und totale Kriegsführung. Der erste Kongresstag in Venedig. Die politische Mission der Presse*. In: *Völkischer Beobachter* (Berlin), 11. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalismus (bis '45)].

²⁵ N.N.: *Die Anklage Europas gegen die internationale Lügenpresse. Minister sprechen in Venedig beim Kongress der Journalisten*. In: *Wiener Kronen Zeitung*, 12. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; den Wortlaut der Entschliessung findet man auch bei N.N.: *Die Entschliessung des Kongresses*. In: *Deutsche Presse*, 9/1942, 87 oder bei N.N.: *Europas Journalisten tagten*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 3-4, 125-127, hier 125.

Als Abschluss der Eröffnung des ersten UNJ-Kongresses in Venedig wurde unter anderen eine Botschaft von Reichsaussenminister Ribbentrop verlesen. Dieser drückte in dem Telegramm den Wunsch – wie zum Beispiel das *Neue Wiener Tagblatt* berichtete – aus,

dass diese Tagung ein weiterer Beitrag sein möge auf dem Wege der Befreiung der Völker von Kräften in der Presse, hinter denen Juden, Bolschewisten und Plutokraten mit dem Ziel der Erhaltung einer internationalen Anarchie stehen. «Getragen von einem neuen Berufsethos [...] und im Dienst des Kampfes der jungen Völker, die diesen Krieg mit fanatischem Glauben und Sieges willen bis zur endgültigen Niederbringung ihrer Gegner führen werden, wird die Presse der im Dreimächtepakt verbündeten Staaten und ihrer Freunde ihren Beitrag zur Neuordnung des geistigen und politischen Lebens leisten».²⁶

Reichsminister Goebbels sandte anlässlich der Beendigung des Kongresses in Venedig folgendes Telegramm an die Delegierten:

Während heute die mit dem Odium der Mitschuld am Krieg belastete plutokratisch-bolschewistische Presse den unaufhaltsamen Zusammenbruch ihrer Länder und Systeme durch wahrheitswidrige Darstellungen zu verschleiern sucht, hilft die verantwortungsbewusste Presse der Staaten der Neuordnung die Voraussetzungen schaffen für eine grosszügige Zusammenarbeit im Geiste der in ihren Ländern entwickelten hohen Presseethik.²⁷

Ein Rückblick auf den Kongress von Venedig findet sich im Neuen Wiener Tagblatt. Dort versucht Georg Dertinger den Bogen von Ende des «abendländischen Universalismus» hin zur Konstruktion einer neuen Welt zu spannen. Alle übernationalen oder internationalen Einigungsversuche seien gescheitert, weil sie bloss auf eine «partielle Machtzusammenballung», nicht aber auf «totale Einheit» gegründet gewesen seien. Das Grauen des Ersten Weltkrieges hätte zwar ein Umdenken bewirkt, welches aber machtpolitisch nicht gestützt gewesen sei. Erst vor diesem Hintergrund könne man die Bedeutung richtig bewerten:

Nicht ohne Absicht hat man, als im vorigen Jahre in Wien auf Initiative des Reichspressechefs Dr. Dietrich diese zwischenstaatliche journalistische Gemeinschaft ins Leben gerufen wurde, darauf verzichtet, die neue Gemeinschaft mit dem Begriff des Internationalismus in Verbindung zu bringen. Hier handelt es sich nicht um eine neue berufsständische Internationale nach früheren Vorbildern, hier handelt es sich um eine «Union nationaler Journalistenverbände». Schon diese Terminologie zeigt den Unterschied. Hier werden nicht nationale Gegebenheiten verwischt. Im Gegenteil wird hier von diesen Gegebenheiten ausgegangen, um auf einer nicht willkürlichen, ertüftelten, sondern auf einer organischen Grundlage zur Gemeinsamkeit zu kommen. [...] So unbrauchbar ein mechanischer Internationalismus ist, so lebenskräftig ist ein organisch erwachsener Übernationalismus.²⁸

²⁶ cl: *Der Journalistenkongress in Venedig. Von unserm römischen Korrespondenten.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 11. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)J].

²⁷ [DNBJ: *Reichspressechef zieht Fazit der Venediger Tagung.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '42)J].

²⁸ Georg Dertinger: *Die Venediger Tagung.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 14. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)J].

²⁹ *Journalismus ist eine Mission. Bericht vom 1. Kongress der Union nationaler Journalistenverbände, Venedig 1942.* Herausgegeben vom Generalsekretariat der «Union Nationaler Journalistenverbände», Wien, durch das Terramare-Institut. Leipzig 1943.

Erst 1943 erschien der Kongressbericht in Buchform, herausgegeben von Maximilian du Prel über das Terramare-Institut.²⁹ Er enthält Auszüge aus den auf der Tagung gehaltenen Reden.³⁰

Der II. UNJ-Kongress in Wien (22. bis 25. Juni 1943)

Aus Innensicht wohl ein Höhepunkt des Zweiten Internationalen Kongresses war die Rede des Reichsministers Alfred Rosenberg zum Thema «Der Weltkampf und die Weltrevolution unserer Zeit», in der es vor allem einmal mehr um den «Verfall des Menschentums im Sowjetstaat» und die Notwendigkeit einer «grosseuropäischen Wiedergeburt» ging.³¹

Einen Eindruck vom Inhalt der Sitzungen dieses Kongresses gibt auch die umfangreiche Rede von Reichspressechef Dietrich, in der er die «Sendung der europäischen Presse» beschwor. Er gab hinlänglich Bekanntes, aber eben Falsches von sich, wie etwa: Der Weltkrieg sei «der Krieg der Juden», «der von Natur aus unschöpferische Jude» hätte

*die Barbarenhorden aus dem Osten, ein kulturloses Untermenschentum aus dem Westen und die Rotte der Verblendeten aufgeboden, um das Kulturleben Europas mit Mord und Brand zu überziehen und den Geist niederzukuñpeln, der die Welt seit Jahrtausenden erleuchtet hat.*³²

Die Journalisten seien verpflichtet, «diesen Kampf aufzunehmen und das Erbe der Jahrhunderte auf dem geistigen Kampfplatz der menschlichen und moralischen Werte [...] zu verteidigen».

Dietrich schloss den Bogen mit der Beschwörung der «grossen Mission»:

*Wenn wir die Kraft finden, die Herzen der europäischen Menschen mit dem Feuer der Leidenschaft für dieses erhabene Ziel zu entflammen, dann werden wir unsere grosse Mission erfüllen. Dann wird die künftige Geschichtsschreibung nicht nur die grossen Staatsmänner und Feldherren, sondern auch die grossen Publizisten verzeichnen, die in der Schicksalsstunde der Menschheit Fackelträger der Wahrheit, des Rechtes und der Freiheit waren.*³³

Ein damals in Wien tätiger Journalist hatte diese grosse Mission zweifellos erfüllt. Er wäre von der NS-Geschichtsschreibung als grosser NS-Publizist verzeichnet worden, hätte das NS-Regime nicht schon 1945 den Krieg verloren. Er trat auf diesem Kongress 1943 nicht als regelmässiger Leitartikler der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* in Erscheinung. Er trat vielmehr als Forscher auf – doch dazu erst etwas später.

³⁰ h.: *Die Magna Charta des Journalismus*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 15. Mai 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45), Nachtrag 1943].

³¹ Inhaltlich nachvollziehbar etwa bei N.N.: *Rosenberg sprach auf dem Journalistenkongress in Wien*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 23. Juni 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

³² N.N.: *Die Sendung der europäischen Presse. Reichspressechef Dietrich vor den internationalen Journalisten*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 25. Juni 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; die Rede findet sich auch bei N.N.: *Fackelträger der Wahrheit, des Rechts, der Freiheit. Die Ansprache des Reichspressechefs Dr. Dietrich*. In: *Deutsche Presse*, 14/1943, 151-153.

³³ N.N.: *Die Sendung der europäischen Presse. Reichspressechef Dietrich vor den internationalen Journalisten*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 25. Juni 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; die Rede ist auch nachzulesen bei N.N.: *Der Schicksalskampf Europas. Rede des Reichspressechefs auf der Internationalen Journalistentagung in Wien vom 24. Juni 1943*. In: *Auswärtige Politik*, 8/1943, 530-534.

III. UNJ-Arbeitstagung in Wien (12. bis 14. Dezember 1944)

Eineinhalb Jahre später fand die nächste und zugleich letzte Internationale Arbeitstagung der UNJ wiederum in Wien statt. Präsident Wilhelm Weiss eröffnete diese 3. Arbeitstagung am 12. Dezember 1944. Jetzt, so Weiss, wo der «Bolschewismus seine Maske abgeworfen habe», führte er in der Präsidiumssitzung erhellend zum Selbstverständnis der UNJ aus (indem ihm wohl die eigene Maske zumindest ein Stück verrutscht war),

zeige es sich, wie richtig es gewesen sei, die Union von Anfang an unter politische Vorzeichen zu stellen. Durch ihre klare politische Stellungnahme sei die Union zu einem wichtigen Instrument und Organ der geistigen Kriegsführung geworden. Angesichts der Sprachenverwirrung und Richtungslosigkeit der sogenannten Weltpresse sei es die Aufgabe der Union Nationaler Journalistenverbände, Ordnung und Klarheit in den Kampf der Geister zu bringen. Angesichts der Invasion europafeindlicher Mächte erhebe die Union erneut ihre Stimme, und sie erblicke ihre Aufgabe darin, mit aller politischen Entschlossenheit den unserem Erdteil feindlichen Geist der gegnerischen Presse zu entlarven und dagegen Stellung zu nehmen.³⁴

Der UNJ-Generalsekretär du Prel legte bei dieser Tagung einen Arbeitsbericht vor, in dem er die bisherige Tätigkeit der UNJ zusammenfasste:³⁵

- Seit der Gründung der UNJ hatten zwei internationale Kongresse, sieben Präsidiumssitzungen, 21 Vortragsabende und 51 «gesellschaftliche Veranstaltungen» im Palais Schönborn stattgefunden.
- Acht UNJ-Aussenstellen – in Agram, Berlin, Budapest, Bukarest, Oslo, Pressburg, Rom (später Venedig), Sofia – waren eingerichtet worden.
- Der Personalstand des Generalsekretariates umfasste in sieben Abteilungen 44 Personen.
- Der Briefverkehr belief sich allein seit 1. Jänner 1944 auf 4.000 Ein- und Ausgänge.
- Die UNJ-Reiseabteilung stellte bis dahin 513 Fahrkarten aus, davon 274 Freifahrten. 508 Hotelzimmerreservierungen waren durchgeführt worden.
- Der Bibliothek des Generalsekretariates seien 157 Werke von Rumänien, 83 von Norwegen, 74 von Ungarn und 62 von Italien geschenkt worden.
- Die Auflage des *Nachrichten- und Informationsblattes der Union Nationaler Journalistenverbände (NIU)* habe 3.500 Exemplare in deutscher und 1.000 in italienischer Sprache betragen. Das NIU sei an 1.900 Journalisten verschickt, der Rest in den Aussenstellen verteilt worden.

Das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens

Noch bevor 1942 in Wien das universitäre Zeitungswissenschaftliche Institut eröffnet wurde, begann ein anderes, ein ausseruniversitäres seine Tätigkeit: das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens. Es wurde am Freitag, 12. Dezember 1941, feierlich durch den Leiter des RDP, Wilhelm Weiss, und Reichspressechef Otto Dietrich eröffnet.³⁶ Am Ende seiner Rede an die Delegierten nannte Weiss die Gründe für die Schaffung dieser Forschungsstätte:

³⁴ N.N.: *Kämpferischer Journalismus. Die Arbeitstagung der Union Nationaler Journalistenverbände*. In: *Völkischer Beobachter*, 13. Dezember 1944 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis'45)].

³⁵ N.N.: *Vor neuen Aufgaben. Rückblick auf geleistete Arbeit. Die achte Sitzung des Präsidiums der UNION. Am 12. und 13. Mai 1944 in Wien*. In: *NIU*. Ausgabe 7. Mai/Juni 1944.1-7.

³⁶ N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände. Heute in Wien gegründet*. In: *Der neue Tag*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

Der Reichsverband der deutschen Presse hat sich entschlossen, im Dienste unserer gemeinsamen Sache und im Dienste der Journalistenunion einen ersten Beitrag zu leisten. Dieser Beitrag besteht in der Gründung eines Institutes, dem das Studium der brennend und reif gewordenen Probleme der internationalen Pressepolitik zur besonderen Aufgabe gestellt werden soll. Wir gehen dabei von der Auffassung aus, dass die gründliche Kenntnis der Lage, in der sich das Pressewesen bei uns und bei den anderen befindet, sowie die eingehende Kenntnis der Arbeitsbedingungen, unter denen die Journalisten aller Länder heute arbeiten, die erste Voraussetzung für die Erneuerung der öffentlichen Publizistik darstellt.³⁷

Reichspressechef Dietrich betonte die Wichtigkeit der Arbeit des Institutes folgendermassen:

Erstens, weil ich der Arbeit der Presse bekanntlich eine ausserordentliche, ja entscheidende Bedeutung für die Beziehungen der Länder untereinander beimesse. Und zweitens: weil ich überzeugt bin, dass die Erforschung vieler, bisher unbekannter Tatsachen aus der internationalen Presse, wenn sie der Weltöffentlichkeit, insbesondere in den sogenannten demokratischen Völkern, zugänglich gemacht werden können, zu einem Erwachen der «öffentlichen Meinung» und zu einer gesunden Entwicklung in der Presse führen werden, wie sie in zahlreichen Ländern Europas bereits begonnen hat, und wie sie durch die soeben hier in Wien erfolgte Gründung der «Union nationaler Journalistenverbände» vor aller Welt ihren Ausdruck gefunden hat.³⁸

Richtlinie des Instituts sei laut Reichspressechef Dietrich nicht nur das Anlegen von Archiven und Querschnitten, sondern «der Weltkampf gegen die internationale Presselüge».³⁹

Einige Monate später, im Mai 1942, fand anlässlich der Gründung des Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität Wien eine Dozententagung statt (7. bis 9. Mai 1942). Im Rahmen dieser Tagung in Wien lud der Leiter des Instituts zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens, Maximilian Freiherr du Prel, am 8. Mai zu einem Empfang in das Palais der UNJ. In seiner Begrüssungsrede positionierte er die Aufgaben des Instituts gegenüber der universitären Zeitungswissenschaft und stellte klar:

Ich möchte hier feststellen, dass das Institut eine politische Einrichtung des Reiches, ein Instrument der Achse zur Herausbringung besonderer, aktueller, pressepolitischer Gesichtspunkte ist an Hand des Materials, das dem Institut in allen Archiven des Reiches zu Verfügung steht. Somit ist das Institut keine Sammelstätte und hat auch nicht den Ehrgeiz, grosse, umfassende Archive anzulegen oder für die Ergründung historischer Aufgaben tätig zu sein. Das Institut ist gegründet worden unter der Voraussetzung, dass es die Auswertungsstätte aller Archive, die es im Reich gibt, sein soll [...]. Das Institut steht also in unmittelbarem Dienst der Politik, aber es baut auf allen verfügbaren Erkenntnissen auf.⁴⁰

³⁷ N.N.: Die Eröffnungsfeier im Schönborn-Palais zu Wien. Der Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse und Präsident der Journalisten-Union, SA.-Obergruppenführer Weiss, sprach über die Ziele dieser neuen Vereinigung. In: Deutsche Presse, 26/1941, 242-244, hier 244.

³⁸ N.N.: Die Rede des Reichspressechefs. Ein mitreissender Appell an die Wahrheitspflicht im Journalismus. In: Deutsche Presse, 26/1941, 245-250, hier 245; vgl dazu auch N.N.: Die Presse im neuen Europa. Reichspressechef Dr. Dietrich eröffnete in Wien das Institut zur Erforschung des internationalen Pressewesens. In: Der Zeitschriften-Verleger, 51/1941, 399 f.

³⁹ N.N.: Journalistische Forschungsarbeit. Errichtung des wissenschaftlichen Instituts der UNJ. In: Nachrichten- und Correspondenzblatt der Union Nationaler Journalistenverbände, Jänner 1943, o.S.

⁴⁰ N.N.: Presse-Union und Zeitungswissenschaft. Empfang im Schönborn-Palais. In: Deutsche Presse, 11/1942, 114 f., hier 114.

Das «erste Ziel» der Zeitungswissenschaft sei es, «die feindlichen Pressesysteme zu zerschlagen» und «das Vergangene für die Zukunft nutzbar zu machen». Das sei vor allem durch Erfassen der Archiv-Bestände, «eine Art wissenschaftliches Clearing», zu erreichen; dazu du Prel im Detail:

Das Institut [zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens, Anm.] zerfällt in zwei Abteilungen, eine registrierende und eine forschende. Die registrierende Abteilung beschäftigt sich mit der Anlage einer grossen Journalistenkartei, die nicht nur die Journalisten des Reiches, sondern auch die Journalisten Europas umfassen soll. Diese Kartei wird naturgemäss nie abgeschlossen werden, sondern immer in Fluss bleiben. Weiter beschäftigt sich die registrierende Abteilung mit der Anlage einer Zeitungskartei, um die wichtigsten Presseorgane feststellen zu können. Die Zeitungskartei befasst sich, dem Kriege entsprechend, im Augenblick zumeist mit der feindlichen Presse. Die forschende Abteilung ist eingeteilt in drei Sektoren, den Südost-Sektor, den West-Sektor und den Anglo-USA-Sektor. Das Hauptgewicht ist jetzt auf den Südost-Sektor gelegt worden, denn es ist im Augenblick wichtig, die Einflüsse der USA, Englands und früher auch Frankreichs auf bestimmte Zentren des Südostens festzustellen.⁴¹

Ende 1942 erfuhr das Institut einen bedeutenden Ausbau. Es wurden vier grosse Hauptabteilungen geschaffen, «deren Leitung massgebenden Persönlichkeiten der Journalistik» übertragen wurde:

«Hauptabteilung I: zur Erforschung und Förderung des internationalen Zeitungswesens» leitete Dr. Karl Neuscheler, Wien (SA-Brigadeführer, stellvertretender Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters* Wiener Ausgabe, davor von 1933 bis 1940 Hauptschriftleiter des badischen NS-Gaueorgans *Der Führer*);

«Hauptabteilung II: zur Erforschung und Förderung des internationalen Zeitschriftenwesens» stand unter der Leitung von Hauptschriftleiter Dr. Moras, Wien-Berlin;

«Hauptabteilung III: zur Erforschung und Förderung des internationalen Nachrichtenwesens» führte Hauptschriftleiter Dr. Hermann Rau, Berlin (er war damals Hauptschriftleiter der Auslandsdienste des Deutschen Nachrichtenbüros DNB);

«Hauptabteilung IV: Zur Erforschung und Förderung des internationalen Bildwesens» wurde von Heinrich Hoffmann jun. geleitet (er war in Wien Hauptschriftleiter der Zeitschrift *Kunst dem Volk*);

daneben fungierte Referent Hans Keeding als Leiter der Wissenschaftlichen Zentralabteilung und

Dr. Franz Ronneberger wurde mit der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsaufgaben betraut.⁴²

⁴¹ ebda.; vgl dazu auch N.N.: *Bilanz der deutschen zeitungswissenschaftlichen Arbeit. Bericht über die Wiener Dorentagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes vom 7. bis 9. Mai 1942*. In: *Zeitungswissenschaft*. Jg. 17 (1942), H. 6, 284-309, hier 303-305.

⁴² (NCU) *Ausbau des Instituts der Union*. In: *Deutsche Presse*, 2/1943,15; vgl auch N.N.: *NCU-Nachrichten- und Korrespondenzblatt der Union Nationaler Journalistenverbände*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 18 (1943), H. 1, 41-42; vgl dazu auch N.N.: *Das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens*. In: *Generalsekretariat der Union Nationaler Journalistenverbände / Segretariato Generale dell'Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti* (Hg.): *Palais Schönborn in Wien / II Palazzo Schönborn a Vienna. Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände / Sede della Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti*. Wien [o.J.], 31-32; die biographischen Notizen sind entnommen: II. Internationale Journalistentagung der Union Nationaler Journalistenverbände, Wien, Juni 1943. Verzeichnis der voraussichtlich zu erwartenden Teilnehmer. Zusammengestellt vom Pressereferat des Generalsekretariats der Union Nationaler Journalistenverbände (E. M. v. Wikullil-Freyler). Wien (o.J.).

Die Zusammenarbeit bzw. Konkurrenz zwischen dem UNJ-Forschungsinstitut und dem Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien kann im Folgenden zwar nicht erschöpfend abgehandelt, soll aber dennoch thematisiert werden. In seiner Rede zur Eröffnung des Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität Wien am 7. Mai 1942 stellte Geheimrat Dr. Heide einen Zusammenhang zwischen UNJ bzw. dem Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens und dem neu gegründeten Universitätsinstitut her:

Mit der Union nationaler Journalistenverbände und ihrem Institut [zur Erforschung des internationalen Pressewesens; Anm.] wird in Zukunft nicht nur das Wiener Institut, sondern darüber hinaus die gesamte deutsche Zeitungswissenschaft manche gemeinsamen Interessen haben, nicht zuletzt deshalb, weil die politische Entwicklung in Europa, die den Boden für diesen grossen Zusammenschluss der Journalisten bereitete, schon seit geraumer Zeit in dem Bestreben der zeitungswissenschaftlichen Einrichtungen verschiedener europäischer Staaten nach einem Erfahrungsaustausch ein Gegenstück im Bereich der Wissenschaft zu finden beginnt.⁴³

Heide wies damit dem UN J-Institut eigentlich auch die Funktion zu, die gemeinsamen Interessen der (universitären) zeitungswissenschaftlichen Institute zu koordinieren bzw. weiter zu entwickeln, zumindest aber deren Erfahrungsaustausch zu beleben. Anlässlich ebendieser Eröffnung verglich Generalsekretär du Prel die Beziehung des Institutes der UNJ zur Zeitungswissenschaft mit der «Do ut des»-Politik:

Wenn die Zeitungswissenschaft einmal besondere Arbeiten plant, so kann das Institut auf Grund seiner Bestandsaufnahmen wertvolle Hinweise geben, dass in dieser oder jener Stadt, in diesem oder jenem Archiv noch zusätzliches Material vorhanden ist, das die Auswertung vervollständigen und wirkungsvoller machen kann.⁴⁴

In seiner Dankesrede betonte Geheimrat Heide, «dass auf eine wesentliche Entwicklung der Beziehungen zwischen der Zeitungswissenschaft und dem Institut der Union der grösste Wert gelegt wird.»⁴⁵

In einem Brief an Wilhelm Weiss betonte Heide abermals, dass auf Wunsch des Reichspressechefs eng mit dem Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens zusammengearbeitet werden soll:

Die beiden Institute können sich ja umso besser ergänzen, als die Aufgaben eines zeitungswissenschaftlichen Institutes wesentlich andere sind, als die des Institutes für internationale Presseforschung, liegt ja z.B. die Hauptbedeutung der zeitungswissenschaftlichen Institute darin, dass sie bemüht sind, durch ihre Tätigkeit für die Presseberufe unter den jungen studierenden Akademikern zu werben und insbesondere den Schriftleitungen zur Ausbildung einen bereits vorgebildeten Nachwuchs zuzuführen.⁴⁶

⁴³ N.N.: *Zeitungswissenschaftliches Institut in Wien. Tagung der Zeitungswissenschaftler*. In: *Deutsche Presse*, 11/1942, 111-114, hier 112; vgl dazu auch N.N.: *Wien erhielt das 11. Hochschulinstitut für Zeitungswissenschaft. Bericht über die feierliche Eröffnung am 7. Mai 1942*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 6, 265-277.

⁴⁴ N.N.: *Presse-Union und Zeitungswissenschaft. Empfang im Schönborn-Palais*. In: *Deutsche Presse*, 11/1942, 114.

⁴⁵ ebda.; der Empfang wird auch geschildert bei N.N.: *Bilanz der deutschen zeitungswissenschaftlichen Arbeit. Bericht über die Wiener Dozententagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes vom 7. bis 9. Mai 1942*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 6, 284-309, hier 303-305.

⁴⁶ Brief Dr. Walther Heide an SA-Obergruppenführer Weiss v. 27.1.1942 (Archiv des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien).

Ausserdem ersuchte Heide um Mittel für ein Zeitschriftenarchiv, da das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien (nach der Eröffnung) plante, ein «Handbuch der Südost-Presse» herauszugeben. Das Institut habe die «besondere Aufgabe, die Südostpresse in seinen Forschungsbereich einzubeziehen, zum anderen aber auch im Sinne der Deutschen Pressearbeit sich nach dem Südosten hin zu betätigen.»⁴⁷ Und hier sei auch der wesentliche Anknüpfungspunkt zum Forschungsinstitut der UNJ zu finden, die der Zeitungswissenschaft jegliches (Archiv-) Material über die Südostpresse zur Verfügung stellen sollte.

Franz Ronnebergers Arbeit für das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens

Das wichtigste Ergebnis von Ronnebergers Tätigkeit für dieses UN J-Institut dürfte die Analyse über den «Anteil der Presse an der Vorbereitung des Belgrader Putsches 1941» sein, die er am 24. Juni 1943 bei der 2. Internationalen Journalistentagung der UNJ in Wien übergab.⁴⁸ Ronneberger beschäftigte sich hierin mit dem Problem, dass weite Kreise der jugoslawischen Bevölkerung den Staatsstreich vom 27. März 1941 und seine aussenpolitische Motivation unterstützt hatten, um sich dann die Frage zu stellen, «wie es möglich war, dass ein so grosser Teil der Bevölkerung irreführt werden konnte».⁴⁹

Die englische, französische, US-amerikanische und sowjetische Propaganda, so Ronnebergers Antwort, habe «Angst und Schrecken» vor Deutschland verbreitet, was von der jugoslawischen Presse entweder übernommen oder mit Schweigen bedacht worden sei; «dieses Schweigen» aber habe «die Thesen der Gegner unterstützt». Mit dem Abschluss des jugoslawisch-sowjetischen Handelsabkommens im Mai 1940 habe gar ein regelrechter «Russland- und Moskaurummel» in der jugoslawischen Presse eingesetzt, was von der «linksorganisierten Lehrerschaft», «linkseingestellten Universitätsprofessoren», «jüdischen Buchhandlungen» und der kommunistischen Partei gefördert worden sei. Die jugoslawische Regierung habe, so führte Ronneberger weiter aus, «diesem ganzen Treiben» tatenlos zugesehen, weshalb die jugoslawische Presse «die wahren Feinde des Landes» nicht beim Namen genannt und «die Eingliederung Jugoslawiens in den Dreimächtepakt» nicht vorbereitet habe. Im Endeffekt habe «die Öffentlichkeit im ehemaligen Jugoslawien» im Frühjahr 1941 unter einem starken «psychologischen Zwang» gestanden, der sie schliesslich den Staatsstreich befürworten liess. Dieses Ergebnis, so Ronneberger zum Abschluss seiner Untersuchung, liefere «den Beweis für die zerstörenden Möglichkeiten, die dem Presseinstrument innewohnen, wenn es von verantwortungslosen, unmoralischen, sensationslüsternen, nur dem Geschäft verfallenen Menschen missbraucht wird».⁵⁰ Der lediglich der nationalsozialistischen Politik «verfallene» Franz Ronneberger wurde 1943 für diese Studie vom Präsidium der UNJ besonders gelobt:

Die Verantwortungslosigkeit der einerseits plutokratisch und andererseits kommunistisch beeinflussten Presse gegenüber dem eigenen Volke und damit gegenüber Europa, eine Verantwortungslosigkeit, die gemeinhin von ihr selbst als «Pressefreiheit» bezeichnet wird, ist in der Ausarbeitung Dr. Ronnebergers [...] in tief beeindruckender Weise nachgewiesen worden.»⁵¹

⁴⁷ Brief Heide an Bischoff (Reichsverband der deutschen Zeitschriftenverleger) v. 27.1.1942 (Archiv des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien).

⁴⁸ vgl. *Nachrichten- und Informationsblatt der UNJ* (künftig: NIU), Nr. 3, Juli 1943, 16.

⁴⁹ Franz Ronneberger: *Der Anteil der Presse an der Vorbereitung des Belgrader Putsches 1941*. NIU, Sonderausgabe 1943.

⁵⁰ ebda.

⁵¹ NIU, Nr. 7 v. Mai/Juni 1944, 4 f.

Auf den Staatsstreich reagierte NS-Deutschland bekanntlich mit einem Bombardement der Hauptstadt Belgrad mit Tausenden Toten. Das Land wurde besetzt, ab Juli 1941 erschien dort dann das deutsche Besatzerblatt *Donauzeitung*, eine nationalsozialistische Tageszeitung, für die Ronneberger bald, ab Oktober 1941 (bis Jänner 1944) Leitartikel verfasst hat.

Franz Ronnebergers journalistisches Schaffen in den Wiener Jahren

Bis 1944 hatte der dann 31-jährige Ronneberger Schritt für Schritt seine primär publizistische, aber auch seine wissenschaftliche und politische Karriere im «Dritten Reich» entwickelt. Die Liste der Funktionen, Positionen und Tätigkeiten kurz vor der Niederrichtung des NS-Regimes war beachtlich: Er war SS-Untersturmführer und hauptamtlicher Mitarbeiter des Wiener Sicherheitsdienstes (SD), er war Gauhauptstellenleiter im Grenzlandamt der NSDAP-Gauleitung Niederdonau und Leiter der Aussenstelle Südost der Reichsstudentenführung. Er leitete weiters die Korrespondenzstelle Wien des Auswärtigen Amtes (Dienststelle Dr. Ronneberger) und den Nachrichtendienst der Südosteuropa-Gesellschaft (SOEG). Er war Dozent der Südost-Stiftung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages an der Hochschule für Welthandel in Wien, wissenschaftlicher Mitarbeiter des der Politik verpflichteten Instituts zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens der Union nationaler Journalistenverbände (UNJ), Leitartikler des *Völkischen Beobachters* und anderer NS-Medien (wie etwa der *Donauzeitung* und der Neuen Ordnung). Stellvertretend leitete er die Publikationsstelle Wien der Südost-deutschen Forschungsgemeinschaft (SODFG), die dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstellt war. Details dieses Aufstieges von Franz Ronneberger im NS-Staat sind Peer Heinelts Beitrag in diesem Band zu entnehmen.⁵²

Ronneberger war in den frühen vierziger Jahren auch ein reger Journalist, was bisher doch wenig beachtet wurde, weshalb wir hierauf näher blicken: In den Jahren 1941 bis 1943 sei kaum eine Woche vergangen, ohne dass ein Artikel Ronnebergers in der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* bzw. auch in anderen Ausgaben des NSDAP-Zentralorgans erschienen war, stellt Peer Heinelt fest.⁵³ In Kürze wird zudem eine umfangreiche Analyse des journalistischen Werks von Franz Ronneberger vorliegen, welche Frank Khauer verfasst hat.⁵⁴ Da ich im Zuge meiner Dissertation, vor rund 18 Jahren, auch systematisch Teile des *Völkischen Beobachters* sowie eine Reihe nationalsozialistischer Zeitungen und Zeitschriften des südosteuropäischen Raumes durchgearbeitet habe, kann hier zunächst ein kleiner Ausschnitt der journalistischen Arbeiten Ronnebergers thematisiert werden: Im *Völkischen Beobachter* sind etwa im Zeitraum von Juli bis Dezember 1943 elf Artikel Ronnebergers erschienen, fast durchwegs Leitartikel zumeist zu politischen Vorgängen im südosteuropäischen Raum mit teilweise antisemitischen Facetten.⁵⁵

⁵² Franz Ronneberger, Lebenslauf v. 3.7.1944 in: BDC/REM, BI.- 4615 f. (BArch Berlin), Personalnachrichten, Hochschule für Welthandel Wien v. 10.7.1944, ebda., BI. 4610 ff., den von ihm ausgefüllten Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuSHA) v. 26.10.1939 in: BDC/RS (BArch Berlin) und seine Aussage v. 10.8.1947 vor dem öffentlichen Ankläger (Staatsanwalt Wegener) am Spruchgericht Stade in: Z 42 VII/1455, BI. 35 ff. (BArch Koblenz). Zitiert Peer Heinelts Beitrag im vorliegenden Band.

⁵³ siehe Peer Heinelts Beitrag im vorliegenden Band.

⁵⁴ Sie erscheint voraussichtlich in der Zeitschrift *Relation* der österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Inhalt dieser Analyse war mir bisher allerdings nicht zugänglich.

⁵⁵ Neben den nachfolgend im Text konkret genannten Artikeln sind dies: *Schicksalsgemeinschaft*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 21. August 1943, 1; *Der Auftrag Kroatiens*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 13. September 1943, 1; *Eine verlorene Schlacht*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 22. September 1943, 1 f.; *Der Weg Serbiens*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 28. September 1943, 1 f.; *Moskau greift nach Südosteuropa*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 24. Oktober 1943, 1 f.; *«Zitadelle der Annäherung»*. *Das Deutsche Wissenschaftliche Institut in Pressburg*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 21. November 1943, 3; *Der serbische Beobachter*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 22. Dezember 1943, 1 f.; *Sofioter Leben*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 23. Dezember 1943, 3.

Unter dem Titel «Dienst am deutschen Weltbild» formulierte Ronneberger etwa:

Man werfe einmal einen Blick auf die jüdische Literatur, die heute in gewissen neutralen europäischen Staaten, vor allem aber in den USA als das Charakterbild des deutschen und europäischen Menschen angepriesen wird. Wenn die andere Welt ob dieser lebensmüden Untermenschenatmosphäre auf den alsbaldigen Abtritt Europas von der Weltgeschichte überhaupt schliesst, dann wird sich das Versäumnis, nicht rechtzeitig gegen diese Entwicklung Front gemacht zu haben, eines Tages bitter rächen.⁵⁶

Kurz davor, im Oktober 1943, schrieb Ronneberger zur Presse des kriegsgegnerischen Auslandes, dass sich der Leser

voller Abscheu von jener Presse abwenden würde, die er ja eigentlich noch aus einer früheren Zeit, als auch in Deutschland das Judentum im Journalismus regierte, kennen sollte. Von einem zum anderen Tage jagt diese gewisse Presse den Leser in die tollsten Gerüchte und Sensationen, berichtet von gewaltigen Ereignissen, gewinnt und verliert Schlachten, kennt sich in den intimsten Vorgängen der Aussenministerien anderer Länder aus – und weiss 24 Stunden später von alledem nichts mehr, sondern behauptet unverfroren genau das Gegenteil.⁵⁷

Vom 4. Oktober 1941 bis zum 8. Jänner 1944 erschienen zehn Artikel Ronnebergers in der schon erwähnten Donauzeitung, nicht immer, aber oft Leitartikel. Sie geben uns eine weitere Möglichkeit, das von Franz Ronneberger damals vertretene Weltbild zu erfassen.⁵⁸

Beispiel 1 erschien in der Silvesterausgabe 1941/42 :

Nicht der Staat ist ja der Träger der Souveränität, sondern das Volk. Die Bedürfnisse des Volkes aber sind ewig die gleichen. Sie werden bestimmt durch die Elemente seiner Wesenheit, durch Rasse, Boden, Geschichte, Schicksal und Kultur. Die Äusserungen dieser Souveränität sind daher in erster Linie nach innen gerichtet, nach aussen nur insoweit als die natürliche Entwicklung dieser Werte bedroht erscheint. Der gemeinsame Kampf gegen den Bolschewismus als der sinnfälligsten und akutesten Bedrohung aller völkischen Werte zeigt, dass auch die äussere Wirkung der Souveränität den natürlichen Beschränkungen der Raumlage unterliegt. Führen kann immer nur Einer.⁵⁹

⁵⁶ Franz Ronneberger: *Dienst am deutschen Weltbild*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 11. November 1943, 3.

⁵⁷ Franz Ronneberger: *Moskau verdrängt England*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 7. Oktober 1943, 1f.

⁵⁸ Neben den nachfolgend im Text konkret genannten Artikeln sind dies: *Grossbulgariens innere Einheit. Die völkischen Kräfte im neuen Lebensraum*. In: *Donauzeitung*, 4. Oktober 1941, 1 f.; *Szechenyi im Spiegel der Gegenwart. Nachlese zu den Jubiläumsfeiern in Ungarn*. In: *Donauzeitung*, 21. Oktober 1941, 1 f.; *Rumäniens Zukunft. Keine einseitige Wirtschaftsgliederung*. In: *Donauzeitung*, 28. Oktober 1941, 1 f.; *Slowakischer Nationalismus. Politische Volkwerdung im neuen Denken*. In: *Donauzeitung*, 7. November 1941, 1 f.; *Slowaken und Slowjaken. Um die Einheit der Volksgruppe in Ungarn*. In: *Donauzeitung*, 11. Dezember 1941, 1 f.; *Staats- und Volksgrenzen Wandlungen im Bevölkerungsbild Südosteuropas*. In: *Donauzeitung*, 25. Februar 1942, 1 f.; *Die Erben von Byzanz. Südosteuropas Werden auf oströmischem Boden*. In: *Donauzeitung*, 5. September 1942, 1; *Bekenntnis zu Buzanz. Die Gründe der europäischen Gestaltung des Südostens*. In: *Donauzeitung*, 6. September 1942, 1 f.

⁵⁹ Franz Ronneberger: *Neue Inhalte sprengen alte Begriffe*. In: *Donauzeitung*, 31. Dezember 1941 / 1. Jänner 1942, 12.

Beispiel 2 stammt aus dem Februar 1942:

Im Leitartikel «Staats- und Volksgrenzen» erkannte Ronneberger im südosteuropäischen Raum vier Gruppen von Entwicklungen, die sich in Ausgangspunkt, Zielsetzung und Durchführung unterscheiden würden:

1. *Konzentration des Volkstums durch Zurückführung verstreuter Volkssplitter. [...]*
2. *Reinigung des Volkskörpers von volksfremden Elementen durch Aussiedlung. [...]*
3. *Die Binnensiedlung, das heisst völkische Durchdringung der neu erworbenen oder wieder zurückgewonnenen Gebiete ohne Zuhilfe von Auslandsvolkstum. [...]*
4. *Die Umvolkung, die bisher gebräuchlichste Form der Stärkung des Volkstums durch Assimilation von Fremdvolkstum, (...)*⁶⁰

Während Ronneberger für drei dieser Gruppen Beispiele aus Südosteuropa anführte, bezog er sich betreffend der «Reinigung des Volkskörpers» auf die «Judenfrage» und führte hierzu aus:

Im Weiteren gehören hierhin auch die Versuche, das für Südosteuropa so besonders drängende Judenproblem durch umfassende Aussiedlung zu lösen. Da jedoch die Judenfrage einen ganz besonderen Charakter trägt, soll sie in diesem Zusammenhang nicht mit behandelt werden.

Natürlich stellt sich hier die Frage, wie viel Franz Ronneberger als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes darüber wusste, in welcher Weise das NS-Regime den «ganz besonderen Charakter» der «Judenfrage» im Begriff war zu «lösen». Die dafür funktionale publizistische Begleitung leistete er jedenfalls. Sein damaliges Wissen über den Holocaust indes steht noch zur Debatte.

Das dritte Beispiel ist der *Donauzeitung* vom 8. Jänner 1944 entnommen:

*Der Kontinent kann diese Aufgabe [die Verteidigung gegen die «Fluten aus Innerasien» und den Neuaufbau Europas, Anm.] nur meistern, wenn er einen festen Kern besitzt, von dem aus die grossen Leitlinien der Entwicklung ausgehen. Erst in einem um eine starke, kraftspendende, ausgleichende und befruchtende Mitte festgefügt Europa wird die durch Rasse, Sprache und Geschichte bedingte Vielfalt seiner Völker, die schon so viel Unheil stiftete, endlich einmal Früchte tragen und die Kraft und Sendung unseres Kontinents neu auf dieser Erde bestätigen.*⁶²

Und in einer Sonderausgabe zu Bulgarien in der Zeitschrift *Neue Ordnung* erschien ebenfalls ein Artikel Ronnebergers: Über die Rolle Bulgariens im Kampf gegen den Bolschewismus schrieb Ronneberger dort u.a.:

*Wie der Wolf im Schafspelz, so erschienen die bolschewistischen Mordbrenner und Hetzer im Gewände des panslawistischen Apostels, der die nationalen slawischen Ziele des Bulgarentums vertritt. [...] Die wahre Einstellung der Bevölkerung dem Kommunismus gegenüber beweist die Geistesgegenwart und Entschlossenheit der bulgarischen Bauern, die sich im Vorjahre um die Stellung und Unschädlichmachung der abgesprungenen Sowjetagenten verdient gemacht haben.*⁶³

⁶⁰ Franz Ronneberger: *Staats- und Volksgrenzen. Wandlungen im Bevölkerungsbild Südosteuropas*. In: *Donauzeitung*, 25. Februar 1942, 1 f. » hier 2.

⁶¹ ebda.

⁶² Franz Ronneberger: *Die grosse Täuschung. Slawischer Nationalismus und bolschewistische Doktrin*. In: *Donauzeitung*, 8. Jänner 1944, 1 f., hier 2.

⁶³ Franz Ronneberger: *Bulgarien in der europäischen Front*. In: *Neue Ordnung*, 8. Juli 1942, 2.

Offene Fragen

Natürlich ist es nicht besonders attraktiv, einen Beitrag zur Klärung der Fachgeschichte mit dem Verweis vorerst zu schliessen, dass viele Fragen noch offenbleiben. Das UNJ-Forschungsinstitut – wenn es denn diesen Namen überhaupt verdient – und die Tätigkeit Franz Ronnebergers für diese politische Einrichtung verstehen sich lediglich als kleiner Baustein zur viel zu lange nicht geschriebenen Biographie dieses ehemals führenden Fachvertreters.

Analysieren wir die Fachgeschichte besonders in Zeitabschnitten mit starken Systembrüchen und den dabei oft zu beobachtenden erstaunlichen personellen Kontinuitäten, so sind diese freilich nicht immer gleichzusetzen mit inhaltlichen Fortsetzungen. Wer nun Franz Ronneberger in diesem Sinne abhakt und meint, nach 1945 war er demokratisch gesinnt, macht es sich meines Erachtens zu leicht (abgesehen davon, dass Peer Heinelt vor Kurzem inhaltliche Kontinuitäten herausgearbeitet hat,⁶⁴ denen bisher von fachlicher Seite nicht widersprochen wurde). Denn die Folgen von (nicht oder wenig diskutierten) personellen Kontinuitäten sind in einem Berufsfeld erheblich vielfältiger als lediglich das mögliche Problem des Fortwirkens einer Person im alten (in dem Fall unseligen) Geist.

Wir haben uns etliche Fragen noch nicht gestellt bzw. darauf keine Antworten bekommen: Hat der Umstand, dass Ronneberger nach 1945 bald in führenden Positionen im Fach verankert war, das gewichtige Publikationsorgan *Publizistik* mitherausgegeben hatte und in der Fachgesellschaft DGPK bedeutsam war, jemand in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren davon abgehalten, sich mit der Fachgeschichte im «Dritten Reich» oder gar explizit seiner NS-Karriere zu beschäftigen?

Was hat Ronneberger selbst daran gehindert, am Ende seiner Karriere offen seine Erfahrungen und Handlungen vor 1945 zu thematisieren und so als erfahrener Publizist vielleicht zu einer frühzeitigen Beschäftigung mit dem offensichtlich schwierigen Thema beizutragen? Warum kommt die ganze Antwort auf die Frage, was und wer Ronneberger vor 1945 war, erst und immer noch zögerlich nach seinem Tod – abgesehen vom berechtigten Einwand, dass davor viele Aktenstücke unzugänglich waren (doch hätten wir Ronneberger um Zustimmung zur Einsichtnahme in diesen Akten ersuchen können)?

Waren oder sind wir – berechtigterweise: wegen befürchteter Einbussen bei akademischen Karrieremöglichkeiten – doch feige?

⁶⁴ Peer Heinelt: *PR als Dienst an der «Volksgemeinschaft»*. *Biographische Untersuchungen zur Geschichte einer Kommunikationsdisziplin*. In: *Medien & Zeit*, Jg. 14 (1999), H. 1.

Von Karl Oswin Kurth zu Kurt Paupié

Eine Geschichte ideologischer Konformität?

Wolfgang Duchkowitsch

1. Vorspann

1.1

Kurth, geboren 1910 in der sächsischen Kleinstadt Döbeln, war zehn Jahre älter als der in Linz auf die Welt gekommene Paupié. 1968 kreuzten sich ihre Lebenswege. Beide bewarben sich um die – laut Dienstpostenplan der Universität Wien neu geschaffene – Lehrkanzel für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien. Die Berufungskommission reihte sie «primo et aequo loco», Heinz Otto Sieburg «secundo loco».¹ Der Mitbewerberin Marianne Lunzer-Lindhausen, seit 1943 Assistentin am Institut und kraft ihrer unbelasteten Vergangenheit nach dem Ende des «Dritten Reichs» als Assistentin weiterhin aktiv, attestierte die Kommission, eine «ausgezeichnete Lehrkraft» und «vorzügliche Mitarbeiterin» zu sein. Für eine Reihung an vorderer Stelle komme sie aber nicht in Frage. Seit ihrer Habilitationsschrift² habe sie nämlich «kaum nennenswerte» Publikationen hervorgebracht, woran «verschiedene familiäre Schicksalsschläge» schuld seien.³

Nachdem die Berufungskommission beschlossen hatte, Lunzer⁴ diese Begründung in geeigneter Form zukommen zu lassen, entschloss sie sich im nächsten Verfahrensschritt, Paupié den Vorzug vor Kurth zu erteilen. Für ihn spreche insbesondere der Band 2 seines «Handbuchs der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959».⁵ Der Band habe im In- und Ausland grosse Anerkennung gefunden, dokumentiert v.a. durch eine Rezension von Wilmont Haacke. Diese Beurteilung ergänzte ein extra eingeholtes Gutachten, verfasst von René Marcic. Er war während des 2. Weltkriegs (mit einer kurzen Unterbrechung) von 1943 bis Mai 1945 Kultur- und Pressereferent beim kroatischen Generalkonsulat in Wien, er stand also im Dienste der faschistischen Ustascha-Regierung. Ab 1946 war er Gerichtssaalreporter bei den *Salzburger Nachrichten*, ab 1954 Chefredakteur-Stellvertreter und von 1959-1964 Chefredakteur. 1959 habilitierte er sich für Allgemeine Staatslehre. 1963 erhielt er eine Professur für Rechts- und Staatsphilosophie in Salzburg⁶ und war spiritus rector für die Gründung des dortigen Instituts für Zeitungswissenschaft.

Marcic beglaubigte Paupié, der im Wintersemester 1966/67 und im folgenden Semester eine Vorlesung zur «Geschichte der politischen Presse in Österreich» am Institut für Zeitungswis-

¹ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

² Marianne Lunzer-Lindhausen: *Die Umstellung in der österreichischen Pressepolitik – die Verdrängung der negativen Methoden durch positive*. Habil. Schrift. Wien 1953.

³ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

⁴ Lunzer-Lindhausen zeichnete ihre Veröffentlichungen und ihre Nennungen in den Vorlesungsbüchern der Universität Wien immer nur mit dem ersten Teil ihres Namens.

⁵ Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*. Bd 2. Wien. Stuttgart 1966.

⁶ Fritz Hausjell: *österreichische Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947). Eine kollektivbiographische Analyse ihrer beruflichen und politischen Herkunft*. Bd. 1-3. Phil. Diss. Salzburg 1985, 635.

senschaft der Universität Salzburg abgehalten hatte, «als einziger in profunder Weise die wissenschaftliche Theorie des Fachs» vertreten zu haben, «neben» [I] Hans Wagner, damals Assistent am Institut für Zeitungswissenschaft in München. Paupié würde gerne in Salzburg gesehen werden. Eine Berufung an das Salzburger Institut würde das Wiener Institut jedoch als «unfreundlichen Akt» betrachten.⁷ So hoch gewürdigt, konnte Paupié die Lehrkanzel besetzen.

1.2

Kurth war es damit nicht gelungen, an seine ehemalige Wirkungsstätte als a.o. Professor im «Dritten Reich» zurückzukehren. Er hatte das 1938 gegründete, aber aus mehreren Umständen ohne Vorstand versehen gewesene Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien ab Mai 1942 geleitet. Es war als geistiges Tor für den südosteuropäischen Raum konzipiert, materiell begleitet von der eigens dafür eingerichteten «Südosteuropa-Abteilung» der Nationalbibliothek in Wien.⁸

Kurth hatte die Vorstandsfunktion bis zum Ende des «Dritten Reichs» inne, obwohl er im Herbst 1943 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach der Grundausbildung war er in der «Grossfunkstelle Wien für die Nachrichtenbearbeitung zuständig».⁹ Dies erlaubte ihm, so gibt Arnulf Kutsch – sein erster Biograph – weiter an, «behelfsmässig die Lehre in Wien aufrecht zu erhalten, bis er als Gefreiter und Oberfunke des 14. Armeekorps an die Südostfront abkommandiert [wurde].»¹⁰ Fakten, die nach einer Erklärung suchen, aber bislang noch keine gefunden haben.

Wurde Kurth zur Wehrmacht eingezogen, weil er nicht mehr so wichtig für das Fach war? Diese Denkvariante ist auszuschliessen. Hatte er zu enge Kontakte zu Mitarbeiterinnen des «Handbuchs der Zeitungswissenschaft», die in Räumen des Instituts tätig waren und dieses Unternehmen laut Haacke, Assistent am Institut von 1939 bis 1942 und eifertiger Mitarbeiter für das in Lieferungen ausgegebene Werk,¹¹ wegen «Zensurschwierigkeiten» 1942 abbrechen mussten?¹² Ein derartiges Motiv kommt gleichfalls nicht in Frage, zumal sich eine solche Spurensuche schnell als kalt erweist. Die Mitarbeiterinnen des Handbuchs waren nämlich noch viele Monate nach 1942 rühmig am Werk. Die letzte Lieferung erfolgte im Dezember 1944! Und daran wollte Haacke, der 1944 an der Universität in Freiburg im Breisgau tätig war, sich 1961 nicht mehr erinnern können, als er den Abbruch des Handbuchs wegen «Zensurschwierigkeiten» bezeugte? War er vielleicht einer Selbsttäuschung unterlegen oder stand ein Täuschungsmanöver dahinter? Denn wies er sich nicht selbst mit der Angabe, es sei das Handbuch wegen «Zensurschwierigkeiten» stillgelegt worden, Widerspenstigkeit, wenn nicht sogar Widerständigkeit zu? Baute er nicht eine Nebelwand auf, hinter der zu verbergen es sich lohnen sollte? Hat Wilfried Scharf dies anlässlich des 90. Geburtstags von Haacke nicht perpetuiert, als er die fachpublizistischen Aktivitäten des Jubilars vor 1945 in der *Publizistik* verschwieg?¹³

⁷ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

⁸ Wolfgang Duchkowitsch: *Zeitungswissenschaft «an der schönen heimatischen Donaustadt»*. Aufbau, Errichtung und Funktion des Wiener Instituts für Zeitungswissenschaft. Wien 1989. (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. 43). 155-178; hier 161 ff.

⁹ Arnulf Kutsch: *Karl Oswin Kurth (1910-1981)*. In: *Publizistik* 26 (1981), 3, 397-413; hier 407. Wieder abgedruckt in ders. (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien* unter Mitarbeit von Frank Biermann und Ralf Herpolsheimer. Köln 1984, 217-234; hier 229.

¹⁰ ebda.

¹¹ Wilmont Haacke: *Das jüdische Wiener Feuilleton*. In: *Handbuch der Zeitungswissenschaft*. (Hg. von Walther Heide). Bd 2. Leipzig 1940. Sp. 2051-2072.

¹² Wilmont Haacke: *Die Zeitschrift. Schrift der Zeit*. Essen 1961, 89.

¹³ Wilfried Scharf: *Wilmont Haacke 90 Jahre*. In: *Publizistik* 46 (2001), 1, 69-70.

1.3

Schweigen wollen ist nicht der Grund, weshalb die fachgeschichtliche Forschung bislang nur kommentierend auf die Einberufung von Kurth zur Wehrmacht einging.¹⁴ Sein «kriegsbedingtes Ausscheiden aus der Zeitungswissenschaft» sei mit «durchaus ironischen Begleitumständen verbunden» gewesen, formulierte Kutsch.¹⁵ Theodor Venus ging über diese Formulierung hinaus. Er glaubte die Tätigkeit von Kurth an der «Südostfront» folgendermassen ironisieren zu können: Damit erfüllte sich die dem Institut zugedachte Aufgabe, Tor zum Südosten zu sein, «für ihn auf eine sehr persönliche, wenngleich von ihm auch kaum erwartete oder gar gewünschte Art und Weise».¹⁶

Diese Interpretationen beruhen auf zugänglich gewesenen Quellen. Die Realität ist eine andere. Sie war eben nicht mit durchaus ironischen Begleitumständen im oben wiedergegebenen Sinne verbunden. Kurth hat sich freiwillig zur Wehrmacht gemeldet! Dies bekundet ein Brief, der mit vielen anderen Korrespondenzen und sonstigen Dokumenten aus der Vorstandszeit von Kurth am Institut für Zeitungswissenschaft in Wien verblieben ist und danach jahrzehntelang (ebenso wie alle anderen Unterlagen Kurths) geheim verwahrt wurde.¹⁷

«Heute ist nun für Sie der grosse Tag, der so entscheidend in Ihr Leben eingreift», schrieb ihm Walther Heide, Präsident des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes (DZV), am Tag der Einberufung, am 4. Oktober 1943. Gleichzeitig trug er ihm seine Sorge um den Fortbestand des Instituts vor:

*Sie wissen, wie ich es auf der einen Seite begrüsse, dass Sie aus den von Ihnen ja immer wieder betonten Gründen Soldat werden, wie ich aber auf der anderen Seite sowohl um Sie als auch um das Institut und die von Ihnen so erfolgreich in Wien begonnene Arbeit meine Sorgen nicht unterdrücken kann.*¹⁸

Ein Professor, der mit einer Arbeit über die «deutschen Feld- und Schützengrabenzeitungen des Weltkriegs» seine Dissertation bestritten hat,¹⁹ war also ins Feld gezogen. Es war sein lang ersehnter, heisser Wunsch, Katheder- mit Fronterfahrung zu tauschen. Von da an war er nur mehr strammer Soldat. Unterzeichnet mit «Funker Kurth», schrieb er für das *Wienerische Diarium*,²⁰ für das von ihm initiierte Kameradschaftsblatt der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung, erschienen von 1943 bis 1944, einen Beitrag zum Thema «Nachrichtentruppe und Zei-

¹⁴ Diese Frage vernachlässigt auch mein Beitrag: *Zeitungswissenschaft an der schönen heimatlichen Donaustadt'* (hier 166 f.). Der im Archiv der Universität Wien erhaltene Personalakt bezeugt nicht mehr als die Vorkehrungen für den Fall einer Einberufung Kurths zur Wehrmacht sowie die Bemühung des Dekans, für Kurth eine «unabkömmlich-Stellung» zu erreichen, v.a. deshalb, weil das Wiener Institut «heute den Mittelpunkt für die Studierenden bildet und aus allen Teilen des Reichs der Zustrom wächst».

¹⁵ Kutsch, *Karl Oswin Kurth*, 407; ders., *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, 229.

¹⁶ Theodor Venus: *Zur historischen Situation der österreichischen Zeitungswissenschaft*. In: *Jahrbuch der österreichischen Kommunikationswissenschaft*. 6 (1987), 123.

¹⁷ Erst nach der Übersiedlung des Instituts (schon seit längerem: für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft) vom Neuen Institutsgebäude (NIG) vor rund zehn Jahren in ein eigenes Haus tauchte dieses Archiv auf. Der Institutsvorstand Wolfgang R. Langenbacher überantwortete es einige Zeit später dem Assistenten Fritz Hausjell. Seiner freundlichen Empfehlung gemäss danke ich die Durchsicht dieses Archivs, das als Quelle einer Analyse der Zeitungswissenschaft im «Dritten Reich» nach wie vor harrt. Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, Archiv Kurth.

¹⁸ ebda.

¹⁹ Sie erschien 1937 im Verlag Noske, Leipzig, als Band 8 der Schriftenreihe «Wesen und Wirkungen der Publizistik».

²⁰ In Namensgleichheit mit dem 1703 gegründeten Blatt in Wien, das später den Titel *Wiener Zeitung* trug. Dass just jene Zeitung 1938 zugunsten des *Völkischen Beobachters*. Wiener Ausgabe eingestellt wurde, hinderte Kurth nicht, diesen Titel zu wählen.

tungswissenschaft». Darin tat er u.a. kund: «Vor allen Dingen gilt [...] für die gesamte Tätigkeit der Nachrichtentruppe: Die Nachrichtenübermittlung ist niemals Selbstzweck – sie ist allein sinnvoll im Dienste der Führung.»²¹

Nach seiner «Rückkehr» aus dem «Krieg» im November 1945 und einem Kurzaufenthalt in Wien, bei dem er seine Relegation von der Universität erfuhr, mit der Angabe trotzend, von den Briten eine Berufung nach Göttingen als Professor für Zeitungswissenschaft erhalten zu haben,²² landete er in deren «Gefangenschaft». Nach der Flucht aus dieser «verschlug» es ihn in die Nähe von Göttingen. Bald danach fand er Kontakt zu dem 1946 gegründeten «Göttinger Arbeitskreis», der sich um die wissenschaftliche Bearbeitung von Fragen der ehemaligen deutschen Ostgebiete kümmerte. Als einer der ersten festen Mitarbeiter besorgte er mit «unbestreitbar grossem Fleiss» u.a. die für unser Fach «nützlichen Nachschlagewerke .Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen' und .Handbuch der deutschsprachigen Presse ausserhalb Deutschlands' sowie die Mappe .Dokumente der Menschlichkeit', zu deren englischer Ausgabe Albert Schweitzer ein Vorwort beisteuert[e].»²³

1.4

Im Jahr der Bestellung von Paupié zum Ordinarius des Wiener Instituts wurde Kurth als Hilfsreferent des Lektorats «Auslandspresse» im Presse- und Informationszentrum des Bundesministeriums für Verteidigung in der Bundesrepublik angestellt. In dieser Funktion erreichte er den Titel Regierungsdirektor. 1973 ging er in den vorzeitigen Ruhestand.²⁴

Acht Jahre danach starb er. Paupié verschied im selben Jahr. Im Nachruf auf ihn hob Maximilian Gottschlich in der *Publizistik* abschliessend hervor:

*Mit Kurt Paupié hat das Fach keinen strahlenden und angestrahnten Lehrer verloren. Wohl aber einen Mann, der es jedem, wenn er es nur wollte, möglich machte dasjenige Wissen zu finden, mit dessen Hilfe er sich entscheiden konnte, welchen Platz er in der Gesellschaft einnehmen möchte.*²⁵

2. Zur Karriere von Kurth vor seiner Professur in Wien

Laut Kutsch lassen sich folgende Eckdaten ausmachen: 1929 Eintritt in die SA und die NSDAP, 1930 Abitur, danach Studium der Germanistik, Anglistik und Philosophie in Königsberg, der Zeitungswissenschaft, Germanistik und Anglistik in Leipzig sowie in Heidelberg und München, 1932 Rückkehr nach Leipzig; 1933 Leiter der neu gegründeten «Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung Leipzig» und der «Zeitungswissenschaftlichen Fachschaft»; 1934 Pressewart des «Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes» (NSDStB) im Kreis Mitteldeutschland und Assistent am Institut für Zeitungswissenschaft in Leipzig; 1935 Pressewart des NSDStB im Gau Sachsen, Geschäftsführer des «Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbands» (DZV), stellvertretender Hauptschriftleiter des *Presse-Berichts*, einer Nachrichtenkorrespondenz für die deutschen Botschaften im Auslands-Presse-Büro, einer halboffiziösen Dienststelle für Auslandspropaganda, die Walther Heide, Präsident des DZV leitet, sowie Schriftleiter im Fachorgan *Zeitungswissenschaft*, eine neu geschaffene Funktion, die ihm Heide zuschanzt; 1936 Pro-

²¹ *Wienerisches Diarium*. 1942, 2,15-16; hier 16.

²² Archiv der Universität Wien, Akt Kurth.

²³ Kutsch, *Karl Oswin Kurth*; ders., *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*.

²⁴ w.o.

²⁵ Maximilian Gottschlich: *Kurt Paupié t*. In: *Publizistik* 37 (1982), 2,179-180; hier 180.

motion und Leiter der «Reichsfachabteilung Zeitungswissenschaft der Deutschen Studentenschaft».²⁶

Spätestens ab 1936, befindet Kutsch, «muss er mit Walther Heide zu den einflussreichsten Figuren in der Wissenschaftspolitik der Disziplin gerechnet werden». In der «eigenartigen Verbindung zwischen Heide und Kurth gilt der Präsident des DZV als fürsorglicher Schirmherr für Kurths weitere Karriere, während Kurth als dessen Protagonist für die Durchsetzung von Heides wissenschaftlichen Vorstellungen zunächst in der Studentenschaft und später in wenig niveaувollen, dafür aber um so stärker polemischen Publikationen sorgt.»²⁷

1938 verfasste Kurth gemeinsam mit Wolfgang Hollmann die Schrift «Durchbruch zur Zeitungswissenschaft».²⁸ 1940 veröffentlichte er – wiederum gemeinsam mit Hollmann – eine Studie über die «Wirkungsgesetze der Presse».²⁹ Im selben Jahr habilitierte er sich an der Universität Königsberg mit der Arbeit «Taktik und Strategie der Nachrichtenpolitik». 1941 wurde er mit der Leitung des dortigen Instituts für Zeitungswissenschaft betraut. Im selben Jahr publizierte er in geistiger Fortsetzung seiner Habilitationsschrift gemeinsam mit Hans Jessen eine Arbeit über die friderizianische Nachrichtenpolitik.³⁰ Bald danach war er in Wien, wo er im Wintersemester 1941/42 als Institutsvorstand in spe eine Vorlesung zur «Zeitungslehre I» und eine Übung zum Thema «Zur vergleichenden Interpretation friderizianischer und theresianischer Kriegsberichte» abhielt.

3. «Vom Wesen und Wirken der Nachricht»

Unter diesem Titel legte Kurth am 7. Mai 1942, am Tag der offiziellen Eröffnung des Instituts für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien, eine rund dreissig Seiten lange Broschüre vor.³¹ Er kennzeichnete sie als «Versuch einer philosophischen Grundlage des Journalismus»,³² seiner wissenschaftlichen «Amtlichkeit» seit 1936 gewiss. Diesen Versuch stattete er gemäss der zugeordneten Bedeutung des Instituts mit einer pro domo sprechenden Anmerkung im Vorwort aus:

Die folgenden Gedankengänge wurden [...] zuerst vor Studierenden dieser Disziplin an der Universität Wien vorgetragen und sodann auf einem, im Zusammenwirken deutscher Reichsstellen mit der Kroatischen Regierung durchgeführten Kurs für Schriftleiter der kroatischen Presse in Agram wiederholt.

Was Kurth mit dem «Versuch einer philosophischen Grundlage des Journalismus» zu beglaubigen oder zu definieren meinte, kann nicht Sache dieses Beitrags sein. Seine Thematik wäre schnell überfordert. Aus dem Blickfeld der fachgeschichtlichen Forschung gerät diese Broschüre deshalb aber nicht. Es ist zu erwarten, dass ihre Intentionen im Kontext all seiner programmatischen Schriften in einer am Wiener Institut angenommenen und hoffentlich bald vorliegenden Dissertation analysiert werden. Daher seien hier nur zwei Kernaussagen ange-

²⁶ Kutsch, *Karl Oswin Kurth*, 407; ders., *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, 229.

²⁷ ebda.

²⁸ erschienen im Verlag Röhrscheid, Bonn, als Band 4 der Reihe «Vorträge und Abhandlungen» des Instituts für Zeitungswissenschaft an der Universität Köln.

²⁹ Karl Kurth/Wolfgang Hollmann: *Die Wirkungsgesetze der Presse. Gedanken über den Zusammenhang von Volkstum und Nachrichtengestaltung*. Berlin 1940. Zweite durchgesehene und erweiterte Auflage 1941.

³⁰ erschienen im Verlag Duncker & Humblot, Berlin.

³¹ Karl Kurth: *Vom Wesen und Wirken der Nachricht*. (= Wiener wissenschaftliche Vorträge und Reden. Heft 3.) Wien, Leipzig 1942.

³² w.o. 6.

führt, die exemplarisch einen Teil seines engen Gravitätsspektrums dokumentieren, die Beziehung von Führen und Auslösen von «Willensentschlüssen»:

*Was ist eigentlich Journalismus? Wovon kann er den Anspruch herleiten, Menschen täglich zu führen, dass sie selbst Willensentschlüsse fassen und nicht durch fremde Gewalt, Zwang oder Drohung veranlasst werden, im bestimmten Sinne zu handeln und nicht anders?*³³

*Eine Nachricht wirkt [...] nicht nur meinungsbildend, sondern löst in dem Nachrichtenempfänger eigene motorische Impulse aus. Ich wiederhole: eigene Willensentschlüsse. Deshalb ist die Nachricht und mit ihr die Presse ebenso mächtig und wirksam wie selbst die gesetzgebende und vollziehende Gewalt, denn ein Gesetz oder eine Anordnung oder ein Befehl stellen einen fremden Willen dar, der erst zum eigenen Willen werden muss, ehe er sich auf die Dauer als wirksam erweist. Wenn man dagegen jemanden nicht befehlen will oder kann, so wird man ihm Tatsachen vor Augen führen, die in ihm selbst Entschlüsse auslösen.*³⁴

An den beiden folgenden Tagen nach der Institutseröffnung fand in der Nationalbibliothek eine Dozententagung des DVZ statt. Dabei ging es um die Klärung des Forschungsgebietes der Zeitungswissenschaft, v.a. aber um die viel beschworene «Einheit der Disziplin» in der Öffentlichkeit. Das Ergebnis dieser Tagung führte zu folgender Formel, mit der sich Kurth gegenüber Hans A. Münster durchsetzte: «Zeitungswissenschaft befasst sich in Forschung und Lehre mit der gesamten Presse sowie mit der Nachrichtenpublizistik, d.h. mit dem Einsatz der Nachrichten in allen ihren Darbietungsformen».³⁵

4. Aktivitäten und Pläne von Kurth in Wien

Kurth bestritt bis zu seinem freiwilligen Eintritt in die Wehrmacht fast das gesamte Lehrangebot. Aber auch danach war er sehr präsent, dokumentiert zumindest das Vorlesungsverzeichnis. So hielt er z.B. im Sommersemester 1944 folgende Lehrveranstaltungen ab: «Die publizistischen Führungsmittel» (Vorlesung), «Probleme des presse- und nachrichtenpolitischen Kampfes im 1. Weltkrieg» (Hauptseminar) sowie «Grosse Journalisten der Vergangenheit» (Proseminar). Marianne Pig (nach ihrer Heirat: Lunzer-Lindhausen) war mit einer Lehrveranstaltung vertreten: mit der Übung «Nachrichtenverwertung und Nachrichtengestaltung». Kurth und Pig sahen sich damals rund 100 Studierenden gegenüber. Im Wintersemester 1942/43 waren es 162 (die grösste Zahl an Studierenden), im Sommersemester 1945 war die Zahl auf 52 gesunken.³⁶

Kurth entwickelte mit «unbestreitbar grossem Fleiss», ein Attest von Kutsch angesichts dessen Aktivitäten beim «Göttinger Arbeitskreis» (s. oben), ein «stolz» erdachtes, seinen Vorstellungen vom Fach und den Aufgaben des Instituts entsprechendes Publikationsprogramm:

- Repetitorium der Zeitungswissenschaft (Der Lehrplan in sieben Teilen)
- Wiener Forschungen zur Geschichte der Presse- und Nachrichtenpolitik (Dissertationsreihe)
- Geschichte der Südostpresse (Reihe oder Handbuch)

³³ w.o. 10.

³⁴ w.o. 13-14.

³⁵ Bilanz der deutschen zeitungswissenschaftlichen Arbeit. In: *Zeitungswissenschaft* 17 (1942),6, 284-309; hier 307.

³⁶ Duchkowitsch, *Zeitungswissenschaft «an der schönen heimatlichen Donaustadt»*, 165.

- Sitzungsberichte der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung Wien im DZV (Jahrespublikation)
- Geschichte der geistigen Kriegsführung in vier Bänden (1. Antike, 2. Von Karl dem Grossen bis 1806, 3. Von den Freiheitskriegen bis zur Gegenwart und 4. Taktik und Strategie der Nachrichtenpolitik)
- Schriftenreihe über das Generalgouvernement (Polen).³⁷

Davon kamen aufgrund seines freiwilligen Eintritts in die Wehrmacht nur zwei Teile des «Repetitorium der Zeitungswissenschaft» zustande: das Heft I. «Die publizistischen Führungsmittel» sowie das Heft Via. «Zeitschriftenwesen», beide Wien 1944. Abgesehen von der Herausgabe des *Wienerischen Diariums* über den Umweg der von ihm gegründeten «Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung Wien im DZV» (s. oben) brachte Kurth im Rahmen der Reihe «Quellenhefte zur Zeitungswissenschaft» die Publikation «Die ältesten Schriften für und wider die Zeitung» heraus,³⁸ eine Zusammenstellung, die Beachtung verdient, ohne damit seine Funktion als «Scharfmacher» des Fachs zudecken zu wollen.

5. Zum Werdegang von Kurt Paupié

5.1

Paupié war 19 Jahre alt, als der 2. Weltkrieg begann. Im Nachruf auf ihn schrieb Gottschlich: «Nach der Matura studierte er zunächst Medizin in Bonn, musste dieses Studium jedoch bald durch seine Einberufung zur deutschen Wehrmacht aufgeben.»³⁹ Die Wirklichkeit ist eine andere. Nach Abschluss der Matura – einer Externistenmatura – am 25.9.1939 legte er an der Universität Graz das Vorphysikum ab, meldete sich danach aber sofort zur Wehrmacht. Seinen Angaben zufolge diente er als Sanitäter bei der Luftwaffe vom 10.10.1939 bis 13.7.1945 und nahm an den «Feldzügen» [I] in Russland und im «Westen» teil.⁴⁰ Im Curriculum vitae, verfasst am 19.10.1957, im Jahr nach Vorlage der Habilitationsschrift (s. dazu weiter unten), hielt er fest: Während des Wintersemesters 1943/44 und des Sommersemesters 1944 «wurde mir Gelegenheit gegeben, im Rahmen einer Studentenkompanie an der Universität Bonn Medizin zu inskribieren».⁴¹ Der Hintergrund für das einjährige Medizinstudium: Er sollte als Sanitätsoffizier «Verwendung finden».⁴² Aus zwei Semestern «Medizin» wurde also eine salonfähige, «desinfizierte» Geschichte, die sich quasi von selbst fortschrieb.

Allein für sich genommen, steht sie lediglich als Beleg für eine zurecht gezimmerte, sehr «saubere» Vergangenheit im 2. Weltkrieg. «Ich war weder Angehöriger noch Anwärter der NSDAP», bekundete Paupié im Bewerbungsschreiben um ein weiteres Fortkommen am Institut für Zeitungswissenschaft, nachdem er mit 1.10.1948 als wissenschaftliche Hilfskraft angestellt worden war. Das polizeiliche Führungszeugnis, ausgestellt am 20.12.1948, enthielt den Vermerk, dass über ihn nichts Nachteiliges vorgemerkt sei. Es war, wie in dieser Zeit üblich, mit dem Stempel versehen: «Das Führungszeugnis gibt keine Auskunft über die Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen.» Als Paupié sich um eine Assistentenstelle am Institut bemühte, musste er eidesstattlich gleich allen anderen Bewerberinnen um einen öffentlichen Dienstposten zwei damals unverzichtbare Fragen beantworten: Sind Sie minderbelastet im Sinne des VBG (des Verbotsgesetzes) § 47, sind Sie belastet? Auf beide antwortete er mit «nein».

³⁷ w.o. 169.

³⁸ Erschienen 1944 im Verlag Rohrer, Brünn, München, Wien.

³⁹ Gottschlich, *Kurt Paupié* I.179.

⁴⁰ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

⁴¹ ebda.

⁴² Archiv der Republik Österreich, Gauakt Paupié.

Damit entsprach er nicht der Wahrheit. Er war Mitglied der SA (SA-Standarte 12, Sturm 6) ab 1.1.1938, also kein «Märzveilchen».⁴³ Davor war er schon bei der HJ. Zwei Jahre verbrachte er – von wann an, geht aus dem Gauakt nicht hervor – deshalb sogar in der «Korrekptionsanstalt Kaiserebersdorf». Ein «Umstand», der vorderhand den Abschluss seiner Externistenmatura im Alter von 19 Jahren erklärt, keine vier Wochen nach Beginn des 2. Weltkriegs. Später wurde er (vermutlich 1939) «aus der HJ als Mitglied in die NSDAP übernommen.»⁴⁴

5.2

Nach Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft war Paupié freier Mitarbeiter bei diversen österreichischen und deutschen Blättern. Vom 1.12.1945 bis 31.1.1947 arbeitete er als Werkstudent bei der RAV AG, Sender Wien, zunächst als Reporter für das *Echo des Tages*, danach in der wissenschaftlichen Abteilung. Das Studium der Zeitungswissenschaft (Nebenfach: Neuere österreichische Geschichte) schloss er 1949 ab. Er dissertierte beim Honorarprofessor Eduard Ludwig, Nationalrat der ÖVP, a.o. Gesandter, bevollmächtigter Minister (vor 1938 hochrangiger Funktionär und ab 1936 im Rahmen der ständestaatlich organisierten Pressekommission für die Heranbildung von Journalisten zuständig, was ihm nach 1945 die kommissarische Leitung des Instituts eintrug) mit einer Arbeit über Moritz Szeps.⁴⁵

Im Herbst 1948 erhielt er eine Stelle als Privatassistent Ludwigs, nach seiner Promotion ab 1.1.1950 eine als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitungswissenschaft, das zu dieser Zeit rund 300 Hörer und Hörerinnen besuchten.⁴⁶ Von da an begann seine – nicht gerade als stürmisch zu bezeichnende – universitäre Karriere.

Am 1.12.1954 wurde er «nichtständiger» Hochschulassistent. Zwei Jahre später reichte er die Habilitationsschrift ein, «seinem verehrten Lehrer, Excellenz Minister Eduard Ludwig,» im Vorwort «dafür danken[d], dass er ihm bei der Durchführung [...] immer hinweisend und ratend zur Seite gestanden hat». Sie trägt den Titel «Die Nachricht als Funktionsmittel menschlicher Kommunikation. Nachgewiesen an Hand der optischen Erscheinungsform der Zeitung» und umfasst – zweizeilig geschrieben – 182 Seiten. 1957 stellte sie die Fakultät mit nur einer Gegenstimme zurück: Eine neuerliche Behandlung sei erst nach Vorlage weiterer gedruckter Arbeiten möglich.⁴⁷ Die Erfüllung dieser Bedingung dauerte bis 1961, auch wenn er zunächst unverzüglich reagierte.

5.3

Er veröffentlichte noch im selben Jahr eine 32 Textseiten umfassende Studie unter dem Titel «Öffentlichkeit, Meinungsbildung und Nachricht»; sie erschien im Verlag Braumüller, Wien. Reich erscheint auf den ersten Blick ihre acht (!) Seiten lange «Literatur und Quellenangabe». In der Studie selbst bezog er sich allerdings nur auf einige wenige Schriften, die er in der «Literatur und Quellenangabe» angeführt hatte. Er legte somit kein Verzeichnis verwendeter Literatur vor, sondern betrieb eine Art Bibliographie. Darin führte er neun Autorinnen und Autoren an, die sich im «Dritten Reich» hervorgetan hatten: Zweimal Heide, dreimal Kurth und dreimal Wilhelm Waldkirch, erbrachte insgesamt 16 bibliographische Eintragungen (vgl. Anhang).

⁴³ Als «Märzveilchen» wurden alle jene bezeichnet, die nach dem «Anschluss» Österreichs (März 1938) einer Organisation der neuen Machthaber beigetreten sind.

⁴⁴ Archiv der Republik Österreich, Gauakt Paupié. Dies stellte die Gauleitung Wien, Personalamt, Hauptstelle für politische Bildung fest.

⁴⁵ Kurt Paupié: *Moritz Szeps. Persönlichkeit, Werk und Beziehungen zum Kaiserhaus*. Phil. Diss. Wien 1949.

⁴⁶ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

⁴⁷ ebda.

Griff Paupié deshalb auf Publikationen von Heide, Kurth und anderen zu, weil sie in der Institutsbibliothek vorhanden waren, weil er sie zu Hause hatte, weil sie ihm Ludwig, sein verehrter Lehrer, empfohlen hatte, weil er ihre Absichten nicht ganz durchblickte oder weil er sie durchschaute, ihnen vertraute und zu ihrer Rezeptionsrestauration verhelfen wollte?

Die Suche nach einer Beantwortung dieses Fragenkomplexes führt zu seiner Habilitationsschrift zurück. Eine hinlänglich argumentierbare Antwort liefert das fünfte Kapitel: «Die Abhängigkeit der Gesellschaft vom Kommunikationsmittel Zeitung.» Primär ging es ihm dort darum, «einer sozialpsychologischen Betrachtung der Nachrichtenwirkung gerecht zu werden».48 Nach einem kurzen Ausflug in die Individualpsychologie betonte er:

*Halten wir zunächst fest: die Nachricht wird mit der Absicht abgegeben, den anderen zu einer Handlung zu veranlassen, sie rechnet auf Reaktion. Es ist nun festzuhalten, an welchem Punkte des Komplexes, den die Persönlichkeit des Nachrichtenempfängers darstellt, die Nachricht einzudringen vermag.*49

Die Rückversicherung dafür fand Paupié in folgender Aussage Kurths, entnommen aus der 1942 erschienenen Broschüre «Vom Wesen und Wirken der Nachricht»:

*Wenn nun eine Tatsache mitgeteilt wird, so entscheidet der Empfänger dieser Nachricht immer sofort, wie weit ihn der Tatbestand angeht. Das Interesse des Zeitungslersers [«am Weltgeschehen»] unterschlug Paupié, ohne dies wider wissenschaftlicher Norm kenntlich zu machen] ist zu verstehen als das Bedürfnis, sich zu den Tatsachen irgendwie einstellen zu wollen. Der Leser von Nachrichten prüft also mehr oder weniger bewusst die Tatsachen daraufhin, inwieweit und wie stark sie auf sein persönliches Leben und das seiner Gemeinschaft: Familie, Bekanntschaft oder Volk einwirken können.*50

Am 27.1.1961 erhielt er die *venia legendi*. Die Fakultät konzidierte ihm «zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften». Insbesondere hob sie sein «Handbuch der österreichischen Pressegeschichte» hervor,51 das damals nur als Band 1 vorlag.52 Der Orientalist Herbert Wilhelm Duda, oftmaliger Begutachter zeitungswissenschaftlicher Dissertationen des Instituts, beurteilte es folgendermassen: «In diesem Werk zeigt sich die Bedeutung der Zeitungswissenschaft als historische Hilfswissenschaft.»53

5.4

Paupié trat mit 7.12.1962 in ein dauerndes Dienstverhältnis über. Den Titel Oberassistent (a. Prof.) erhielt er am 20.4.1967. Zum Ordentlichen Professor und Institutsvorstand wurde er am 19.2.1969 berufen. Schon «in den frühen sechziger Jahren erkannte er», so Gottschlich im Nachruf auf ihn, «die Notwendigkeit der Integration von Theorie und Praxis im Kommunikationsbereich und verpflichtete namhafte österreichische Journalisten an das Institut.»54 Er baute «kontinuierlich das Lehr- und Forschungsangebot aus» und förderte die «Vielfalt wissenschaftlicher Betätigung und Auseinandersetzung sowohl bei den Studenten als auch bei

⁴⁰ Kurt Paupié: *Die Nachricht als Funktionsmittel menschlicher Kommunikation. Nachgewiesen an Hand der optischen Erscheinungsform der Zeitung*. Habil. Schrift Wien 1956,103.

⁴⁹ ebda.

⁵⁰ Kurth, *Vom Wesen und Wirken der Nachricht*, 12.

⁵¹ Archiv der Republik, Personalakt Paupié.

⁵² Der zweite Band erschien erst 1966, ebenfalls im Verlag Braumüller, Wien.

⁵³ Archiv der Republik, Personalakt Paupié.

⁵⁴ Gottschlich, *Kurt Paupié f.*, 179.

seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern», dies auf «der Basis seiner überzeugenden liberalen Grundhaltung».⁵⁵

6. Paupié, ein «Professor Seltsam»?

Paupié war Mitglied der NSDAP wie rund 600.000 andere Österreicher und Österreicherinnen auch. Den Beitritt zur SA, als der «Umbruch» in der Luft hing, teilt er mit vielen knapp 18-jährigen, die Einweisung in die «Korrekptionsanstalt Kaiserebersdorf» wegen seiner Tätigkeit bei der illegalen HJ mit etlichen. Die eidesstattliche Verleugnung, bei der SA und NSDAP gewesen zu sein, teilt er mit vielen, die sich in der Nachkriegszeit um eine Stelle im öffentlichen Dienst beworben haben. Die «Lebenslüge», ein Studium vor der Einberufung zur Wehrmacht begonnen zu haben, ist nicht weit entfernt von Vertuschungen ähnlicher oder anderer Art. Abgesehen von jenen Wissenschaftlern, die nach ihrer 1945 erfolgten Relegation ihre universitäre Karriere doch fortsetzen konnten, teilt er als ehemaliges Mitglied der SA und NSDAP seine Berufung zu einem Institutsvorstand auf einer österreichischen Universität höchstwahrscheinlich nur mit ganz wenigen Professoren.

Doch selbst dies stellt bloss einen biographischen Hintergrund für manche seiner Aktivitäten vor und nach seiner Berufung zum Institutsvorstand dar. Am 24.2.1964 wurde dem Institut seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung der Auftrag erteilt, «eine Analyse der Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationsdienstes im Büro des Bundesministers für Landesverteidigung zu machen.»⁵⁶ Die Analyse, durchgeführt von einem Arbeitsteam des Instituts, erstreckte sich vom 11.4.1961 bis zum 11.4.1964. Dazu gehörte eine Auswertung der Haltung aller österreichischen Tageszeitungen zu Problemen der Landesverteidigung im Allgemeinen und des Bundesheeres im Besonderen. Die Einschätzung der Haltung erfolgte nach keinem gängigen Skalierungsverfahren, sondern nach folgenden Wertungen: «sehr positiv», «positiv», «leicht positiv», «zurückhaltend», «nicht profiliert», «kritisch, aber wohlwollend», «nicht negativ», «leicht negativ» und «negativ». Als «positiv» bewertete die Studie z.B. einen Bericht der Zeitung *Express*, «in dem das Bundesheer als hart und nicht immer angenehm und frei von Schikanen geschildert wird». Als «negativ» wurde das *Neue Österreich* bewertet, weil es «sehr empfindlich» sei bei «Schikanen und bei NS-Vergangenheit von Offizieren».

1970 unterstützte das Bundesministerium für Landesverteidigung sowie jenes für Unterricht eine bei Paupié eingereichte Dissertation über die «Frontzeitungen des deutschen Heeres 1939-45». Heinz-Werner Eckhardt, der im Oktober 1966 zum Leutnant der Reserve befördert worden ist, hielt im Vorwort zunächst fest, dass die Frontzeitungen «unter bestimmten Voraussetzungen [welchen bloss?] zur Verfeinerung [1] der Geschichtsschreibung beitragen könnten».⁵⁷ Sodann hob er hervor:

Für die Einsatzgeschichte der Propagandatruppen war ich in der glücklichen Lage, auf eine Zeitschrift zurückgreifen zu können, die sich schon bald nach Kriegsende, wenn zunächst mit anderer Blickrichtung [?], mit diesem Problemkreis in unzähligen Details beschäftigt. Es ist dies die ‚Wildente‘, die in erster Linie den Zusammenhalt der Angehörigen der ehemaligen Propagandatruppen pflegen sollte und deren Herausgeber Günther Heysing sich daneben immer mehr einer Dokumentation aller Teilgebiete der Propagandatruppen widmet.

⁵⁵ ebda.

⁵⁶ Analyse der Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationsdienstes im Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien 1964.

⁵⁷ Heinz-Werner Eckhardt: *Die Frontzeitungen des deutschen Heeres 1939-45. Ihre Stellung innerhalb der deutschen Presse und ihre Organisation im Felde*. Phil. Diss. Wien 1970. Vorwort. Bl. 3.

Kann man in diesem Zusammenhang davon ausgehen, dass Paupié – immerhin hatte er Neue österreichische Geschichte im Nebenfach studiert – nichts von Quellenkritik hielt? Wusste er nicht, welche Intentionen die *Wildente* verfolgt? Wusste er nicht, dass Herr Heysing, dem Eckhardt «grossen Dank für prinzipielle [!] Aufklärungen und für die Beantwortung zahlreicher Detailfragen»⁵⁸ aussprach, Autor von Büchern war, wie «Unteroffizier Emsig. Ein Reservist erzählt», Potsdam 1937, «Junge Soldaten. Erlebnisbericht eines Rekruten», Potsdam 1939, «Er ging an meiner Seite», 1940 oder «Adler gegen Falken. Sonderdienste der deutschen Luftwaffe im Kampf gegen die SU», Hamburg 1967, erschienen im Verlag «Wildente»? Wusste er nicht, dass Heysing Kriegsberichter war? Waren ihm die beiden folgenden Sätze aus dem Vorwort nicht höchst bedenklich, der erste «dunkel» gehalten, der zweite umso heller?

*Beim Versuch, Aussagen zur Problematik des Frontzeitungswesens oder der Wehrmachtspropaganda zu erhalten, war in einzelnen Fällen eine Animosität feststellbar, die heute nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Die Mehrzahl der Herren aber, die ich ausfindig machen konnte, waren gerne bereit, aus bester Erinnerung mir bei der Klärung einer Unzahl von Details zu helfen.*⁵⁹

«Polenfeldzug», «Russlandfeldzug», «Westfeldzug» und «Balkanfeldzug» – ein Vokabular, in dem Eckhardt und sein «Dissertationsvater» einander wie ein Ei dem anderen glichen, ein Vokabular der «Landser-Hefte», setzte sich vom Inhaltsverzeichnis ausgehend im Text fort, wie z.B.: «180'000 Mann blieben im Kurlandkessel zurück»⁶⁰ oder «Ende August 1942 wurde die 11. Armee [...] an die Leningrad-Front geworfen». Offensichtlich hatte Paupié auch an folgenden Schilderungen seinen Gefallen gefunden:⁶¹

*Erst sollte der Kurland-Kämpfer in Danzig erscheinen, dann in Stettin, doch der Feind war immer rascher zur Stelle.*⁶²

*Je weiter man nach Osten kam, desto unmöglicher [sic!] wurde ihre Beschaffung [die Beschaffung funktionsfähiger Druckereien. Erg.]. Meist war vor Herannahen der deutschen Wehrmacht genug Zeit geblieben, um ‚verbrannte Erde‘ auch in den Druckereien zu hinterlassen. Die Maschinen waren unbrauchbar gemacht, die Setzkästen ausgeschüttet und verstreut und die Räumlichkeiten verwüstet.*⁶³

Denn mit der Drucklegung dieser Dissertation im Jahr 1975 eröffnete Paupié die «Schriftenreihe des Instituts für Publizistik der Universität Wien» im Verlag Braumüller.

Ein Jahr davor approbierte er die Dissertation «Der berufsständische Aufbau der Presse im Deutschen Reich (1933-45) und in Österreich (1936-45)» von Helmut Golowitsch, einem Teilnehmer als «Waffenstudent» am «Südtiroler Freiheitskampf».⁶⁴ Wegen «politischer Verschwörung», Besitzes von Sprengmitteln und versuchter Sachbeschädigung wurde Golowitsch 1962 zu vier Jahren, einem Monat und zehn Tagen Gefängnis verurteilt.⁶⁵ Er rief gemeinsam mit Dr. Norbert Burger und zwei anderen 1966/67 die Nationaldemokratische Partei (NDP) ins Le-

⁵⁸ w.o. Bl. 4.

⁵⁹ ebda.

⁶⁰ w.o. S. 95.

⁶¹ w.o. 122.

⁶² w.o. 96.

⁶³ w.o. 156.

⁶⁴ *Handbuch des Rechtsextremismus*. Hg.: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1993. 298.

⁶⁵ Erhard Hartung/Peter Kienesberger: *Chronik 1959-1969*. In: Otto Scrinzi (Hg.): *Chronik Südtirol 1959-1969*. Graz. Stuttgart 1996, 280.

ben.⁶⁶1970 zwingen ihn familiäre Gründe zur Unterbrechung des Studiums und zur Übernahme der väterlichen Firma, im Wintersemester 1974/75 nahm er sein Studium wieder auf und reichte seine Dissertation ein. Das Vorwort beginnt mit folgendem Satz: «Die vorliegende Arbeit könnte eine brauchbare Anleitung dafür sein, wie man die Presse zentral steuern kann.» Wem das noch nicht genug ist, schlägt die Seite 2 des Vorworts auf:⁶⁷

Das Dritte Reich hingegen [gemeint ist gegenüber Mussolini, Erg.] tat einen tiefen Eingriff in die Struktur der Presse und sicherte sich auch die geistige Ausrichtung. Zwei miteinander rivalisierende Männer und Konzepte standen hier anfangs einander gegenüber. Später, so werden wir sehen, ergänzten ihre Massnahmen einander gegenseitig [!] und führten gemeinsam zum gewünschten Ziel.⁶⁸

Golowitsch versah die bibliographischen Eintragungen im Quellen- und Literaturverzeichnis mit der jeweiligen Signatur des Standortes. Ein Service besonderer Art, wäre da nicht ein klitzkleiner Hinweis angebracht. Bei einigen Druckschriften führte er «Eigenbesitz» an, so z.B. Hitlers «Mein Kampf», 307.-311. Auflage, München 1938 und Heides Anleitung «Wie studiere ich Zeitungswissenschaft?», Essen 1943, Feldpostausgabe.

7. Vorläufiges Resümee

Wie bereits bei der Tagung in Dortmund expressis verbis betont, hier in schriftlicher Form wiederholt, geht es nicht darum, Paupié wegen seiner Mitgliedschaft bei der HJ, der SA und der NDSAP oder seines freiwilligen Eintritts in die Wehrmacht nachträglich einen Schuldstrick umzuhängen. Andererseits kann nicht sorglos übergangen werden, dass er es verstanden hat, seine Vita im «Dritten Reich» jahrzehntelang zu verschleiern, «schön» zu definieren und sich vor irgendwelchen «peinlichen» Nachfragen zu schützen. Dass er eidesstattlich die Fragen nach einer Belastung im Sinne des VBG1947 wider der Wahrheit mit «nein» beantwortet hat, ist zwar ein Faktum, steht aber nicht im Zusammenhang mit der Frage nach Kontinuitäten von der Zeitungs- zur Publizistikwissenschaft.

Dass er in der 1957 erschienenen Studie «Öffentlichkeit, Meinungsbildung und Nachricht», einer seiner wenigen gedruckten Arbeiten überhaupt, mehrere Autorinnen und Autoren des «Dritten Reichs» angeführt hat, darunter Schriften von Heide und Kurth, wiegt hingegen anders. Dies betrifft ebenso seine Bezugnahme auf Kurth in der Habilitationsschrift, als es ihm darum gegangen war, einer sozialpsychologischen Betrachtung der Nachrichtenwirkung gerecht zu werden.

Allein an der Studie für das österreichische Bundesheer sowie an den beiden genannten Dissertationen, denen er zur Seite gestanden ist, soll Paupié noch nicht gemessen werden. Schon gar nicht an dem Gerücht, er habe noch (?) in den 60er Jahren «braune Zellen» unter der Studentenschaft geduldet oder sogar gefördert. An seiner Geschichte, an seinem Wirken als Institutsvorstand wie auch während der Zeit davor wird ebenso noch zu arbeiten sein wie an seiner Bedeutung für das Image des Instituts selbst. Gespräche mit Zeitzeugen lassen erkennen, dass er für manche Studenten durchaus ein angestrahelter Lehrer war.

⁶⁶ *Handbuch des Rechtsextremismus*, 330.

⁶⁷ Helmut Golowitsch: *Der berufsständische Aufbau der Presse im Deutschen Reich (1933-45) und in Österreich (1936-45)*. Phil. Diss. Wien 1974,1.

⁶⁸ w.o. 2.

Anhang

Liste der in Paupié's Studie «Öffentlichkeit, Meinungsbildung und Nachricht» angegebenen Bücher aus der NS-Zeit, vorgelegt ein Jahr nach Abgabe seiner Habilitationsschrift:

Ilse Böttcher: *Film und Tageszeitung. Vergleich ihrer Struktur und Wirkungsmöglichkeit.* (= Schriftenreihe: Wesen und Wirken der Publizistik. 9). Leipzig 1937.

Karl d'Ester: *Die Presse und ihre Leute im Spiegel der Dichtung. Eine Ernte aus drei Jahrhunderten.* Würzburg 1941.

Walther Heide (Hg.): *Handbuch der Zeitungswissenschaft.* Leipzig 1940-1942.

Willy Klutentreter: *Presse und Volksgemeinschaft. Eine soziologisch-zeitungswissenschaftliche Studie über das Verhältnis von Presse, Volk und Staat in Deutschland.* 1937.

Karl Kurth: *Repetitorium der Zeitungswissenschaft. Der Lehrplan in sieben Teilen: 1. Die publizistischen Führungsmittel.* Wien 1944.

ders.: *Die ältesten Schriften für und wider die Zeitung.* Berlin 1944.

ders.: *Vom Wesen und Wirken der Nachricht.* (= Wiener wissenschaftliche Vorträge und Reden. Heft 3.). Wien 1942.

ders.: *Die Wirkungsgesetze der Presse. Gedanken über den Zusammenhang von Volkstum und Nachrichtengestaltung.* Berlin 1941.

Hans A. Münster: *Geschichte der deutschen Presse.* Leipzig 1941.

ders.: *Die moderne Presse. Das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen im In- und Ausland in zwei Bänden.* Bad-Kreuznach 1935/36.

Willy Stiewe: *Das Bild als Nachricht. Nachrichtenwert und Technik des Bildes.* Berlin 1933.

Alfred Sturminger: *Politische Propaganda in der Weltgeschichte.* Salzburg 1938.

Wilhelm Waldkirch: *Die zeitungspolitische Aufgabe.* 2 Bände. Ludwigshafen 1934/35.

ders.: *Publizistik. Menschen – Methoden – Mittel.* Leipzig 1939.

ders.: *Zeitung und Politik. Eine Einführung in die Zeitungswissenschaft.* Leipzig 1935.

Die geistigen «Ariseure»*

Die «Wiener Schule» der Werbeforschung im Dienste des Nationalsozialismus. Ein Werkstattbericht

Bernd Semrad

Vorbemerkung

Über die Geschichte der Werbung in Österreich zurzeit des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus zu schreiben, bedeutet Neuland zu betreten. Fragen zu dieser «Frühgeschichte» der Werbung wurden bislang weder von der kommunikationshistorischen noch von der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschung ausreichend beantwortet.¹ Insbesondere für den Zeitraum von 1938 bis 1945 zeigen sich viele «weisse Flecken» in der Erkundung der «braunen» Vergangenheit der Werbung in Österreich – auf institutioneller, inhaltlicher als auch auf personeller Ebene.²

Der vorliegende Beitrag versteht sich vor diesem Hintergrund als Forschungsskizze, gleichsam als Problemaufriss zu einem grösseren Projekt, und als Auftrag, die bisherigen – vornehmlich von deutschen Kolleginnen geleiteten – Erkenntnisse zu Institutionen und Personen im Bereich der Werbung zurzeit des «Dritten Reichs», zu Theorien und Inhalten sowie allfälligen Fragen zu Brüchen und Kontinuitäten nach 1945 um die spezifisch österreichische Komponente sowie um das Phänomen der «geistigen ‚Arisierung‘» zu erweitern. Notwendige Vorbedingung hierfür ist die Aufarbeitung des Bereichs der «Arisierung» in der Werbebranche.

I Problemaufriss: «Arisierung» Im Bereich der Werbung

Werbung spielte schon vor der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur eine grosse Rolle im Wirtschaftsleben. Ab der Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert kann von einem Boom der Wirt-

* In diesem Beitrag werden NS-Termini wie «Arisierung», «Arier», «Entjudung», «Ostmark», «Anschluss» etc. durchgehend unter Anführungszeichen gesetzt, um so auf die Herkunft der Begriffe zu verweisen. Dies mag den Lesefluss zwar etwas einschränken, doch soll damit unterstrichen werden, dass es sich dabei um Wortschöpfungen eines Regimes bzw. von diesem «besetzte» Begriffe handelt und diese nicht verharmlost werden sollten, indem sie in den «normalen» Sprachgebrauch einfließen.

¹ An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Geschichte der Werbung nicht nur aus einer (isolierten) Perspektive der Kommunikationsgeschichte oder der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu schreiben ist, sondern darüber hinaus auch in einem transdisziplinären Feld aus Kunst- und Kulturgeschichte, Konsum- und Mentalitätsgeschichte angesiedelt ist. Überlegungen dazu stellte etwa Rainer Gries an (gern. m. Volker Ilgen und Dirk Schindelbeck): «*Ins Gehirn der Masse kriechen*». *Werbung und Mentalitätsgeschichte*. Darmstadt 1995, Einleitung. Die Autoren versuchen hier Kommunikations- und Mentalitätsgeschichte zu verknüpfen, da Werbung «die Funktion und den Rang eines Schlüsselinstruments zugesprochen bekommen [hat], mit dessen Hilfe sich Wege zu kollektiven Vorstellungswelten eröffnen lassen sollen» (S. 15). Für Österreich liegen bislang hauptsächlich künstlerisch-ästhetische Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus vor, zuletzt etwa im Sammelband Ilja Dürhammer/Pia Janke (Hg.): *Die «österreichische» nationalsozialistische Ästhetik*. Wien 2003.

² Im Sinne von Averbeck/Kutsch (vgl. den Beitrag in diesem Band) auch als (Struktur-,) Ideen- und Sozialgestalt der Werbung zu verstehen.

schaftswerbung gesprochen werden,³ die Umsätze der Werbewirtschaft steigen – über die Zeiträume gesehen –⁴ kontinuierlich, die ersten «Werbeagenturen» werden gegründet⁵, Werbefachzeitschriften und Verbandsstrukturen⁶ entstehen und etablieren sich.

Schon kurz nach der «Machtergreifung» der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 begannen erste Massnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben – auch im Bereich der Werbung. Die NS-Machthaber erkannten die Bedeutung dieses Bereichs für die Sicherung und den Ausbau ihrer Herrschaft – so wird die Werbung in dieser Zeit daher vorwiegend als Instrument der «Propaganda und Verbrauchlenkung» charakterisiert.⁷ Am 12. September 1933 wurde das *Gesetz über die Wirtschaftswerbung*⁸ erlassen, wodurch der erste Schritt zu einer «Gleichschaltung» der Werbung gesetzt wurde. Die Einflussnahme auf die Werbung und die Werbewirtschaft wurde durch die gleichzeitig erfolgte Einrichtung des «Werberats der deutschen Wirtschaft» gesichert. Dieser stand als steuerndes und kontrollierendes Organ im direkten Verantwortungsbereich des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. Fortan war jeder, der Werbung betreiben wollte, von der Genehmigung durch den Werberat abhängig.⁹

*Mit der Benennung in «Werberat der deutschen Wirtschaft» sowie mit der Wahl seiner Rechtsform als Körperschaft öffentlichen Rechts sollte der Eindruck erweckt werden, es handele sich bei ihm um ein Organ der Wirtschaft. Tatsächlich war er ein verlängerter Arm des Propagandaministeriums, dessen Aufsicht er auch unterstand. Seine massgeblichen Mitarbeiter waren allesamt Parteikarrieristen oder frühere Ministerialbeamte.*¹⁰

Dem Werberat oblag die «Gleichschaltung» der Werbewirtschaft, somit in weiterer Folge die «Entjodung» dieses Bereichs. Schon die «Zweite Bekanntmachung» des Werberats konnte

³ Zur Geschichte der Werbung vor und in der Zeit des Nationalsozialismus vgl. u.a. Dirk Reinhardt: *Von der Reklame zum Marketing. Geschichte der Wirtschaftswerbung in Deutschland*. Berlin 1993 (zugleich Diss. Univ. Münster 1991) sowie Matthias Rücker: *Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus. Rechtliche Ausgestaltung der Werbung und Tätigkeit des Werberats der deutschen Wirtschaft*. (= Rechtshistorische Reihe 229). Frankfurt/Main u.a. 2000 (zugleich Diss. Univ. Kiel 2000).

⁴ Von konjunkturellen Schwankungen, der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Zeit der Weltwirtschaftskrise soll hier abgesehen werden.

⁵ vgl. Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 125-128.

⁶ vgl. ebd., 129ff. sowie 450ff.

⁷ siehe auch Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 445-448.

⁸ § 1: Zwecks einheitlicher und wirksamer Gestaltung unterliegt das gesamte öffentliche und private Werbungs-, Anzeigen-, Ausstellungs-, Messe- und Reklamewesen der Aufsicht des Reichs. Die Aufsicht wird ausgeübt durch den Werberat der deutschen Wirtschaft.

§ 2: Die Mitglieder des Werberats werden vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda im Einvernehmen mit den zuständigen Fachministern berufen. Der Werberat untersteht der Aufsicht des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, die im Einvernehmen mit den für die Wirtschaftspolitik zuständigen Reichsministern ausgeübt wird.

§ 3: Wer Wirtschaftswerbung ausführt, bedarf einer Genehmigung des Werberats. Der Werberat kann die Erteilung der Genehmigung von der Erhebung einer Abgabe abhängig machen, deren Höhe durch Verordnung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda und des Reichsministers für Finanzen festgelegt wird. Die Genehmigung kann an weitere Bedingungen geknüpft werden. Der Werberat kann für bestimmte Fälle der Eigenwerbung Ausnahmen vom Genehmigungszwang festsetzen.

⁹ Zu den gesetzlichen Regelungen, Erlässen und Tätigkeitsbereichen des Werberats siehe Rücker, *Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus*, insbesondere Kapitel 3 («Der Werberat der deutschen Wirtschaft», 103ff.) und 5 («Die Gleichschaltung der Werbewirtschaft», 279ff.).

¹⁰ Rücker, *Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus*, 357.

nach Belieben antisemitisch ausgelegt werden und setzte «Arisierungs»bestrebungen in die Tat um.¹¹ Rucker konstatiert daher:

*Die Berufsverbände wurden von den Nationalsozialisten umstrukturiert und zum grössten Teil der direkten Aufsicht des Werberats unterstellt. [...] Politische Gegner sowie ausländische und jüdische Werbefachleute wurden so aus der Branche gedrängt.*¹²

Mit dem Inkrafttreten der 15. Bekanntmachung des Werberats am 1. Jänner 1936 mussten alle Werbefachleute, um im Besitz ihrer Genehmigungen bleiben zu können, Mitglied in der NSRDW (Nationalsozialistische Reichsfachschaft Deutscher Werbefachleute) werden. Nach § 4 der Satzung der NSRDW konnte als Mitglied abgelehnt werden, wer persönlich unzuverlässig oder sonst «offensichtlich» ungeeignet war. Aufnahme konnten zudem nur «Deutschblütige» finden.¹³

Gänzlich aus dem deutschen Wirtschaftsleben hinausgedrängt wurden Juden ab 1938: zunächst mit der *Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe* (22.4.1938) und mit der *Verordnung zur Anmeldung jüdischen Vermögens* (26.4.1938), wodurch die praktische Enteignung jüdischen Vermögens vorbereitet wurde; den Höhepunkt dieser Entwicklung markiert die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938. Juden war es somit nicht mehr möglich, sich als Werber zu betätigen. Die «Entjudung» in der Werbebranche hatte damit ihren theoretischen Abschluss gefunden.¹⁴ Wie viele Reklame-, Werbe- und Graphikbüros, Annoncenexpeditionen, Werbemittler und Reklamekünstler davon ab 1933 betroffen waren, liess sich bis heute mangels gesicherter Quellen und Statistiken nicht exakt feststellen.¹⁵

Nach dem «Anschluss» Österreichs an Deutschland am 12. März 1938 hatten die o.g. gesetzlichen Regelungen auch für den Bereich der «Ostmark» Gültigkeit.¹⁶ Während die Herausdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben im «Altreich» in drei Phasen erfolgte, wurde auf dem Gebiet Österreichs sofort nach dem «Anschluss» mit den «Arisierungs»massnahmen begonnen.

Botz¹⁷ unterscheidet grob zwischen mehreren aufeinander folgenden bzw. teilweise parallel laufenden Phasen der «Arisierungen»¹⁸: der Phase der «wildes ,Arisierungen'» im Frühjahr 1938, der Phase der durchorganisierten und – durch die Umsetzung der *Verordnung zur Anmeldung jüdischen Vermögens* – quasi-legalen «Arisierungen» (Mai bis Herbst 1938), der vor allem ab dem Novemberpogrom («Reichskristallnacht») einsetzenden Phase der Zwangs»arisierungen», Vertreibungen und Ghettoisierungen sowie der Schlussphase mit der «Verwer-

¹¹ Die «gesetzliche» Grundlage dafür wurde in der Zweiten Bekanntmachung des Werberats der deutschen Wirtschaft vom 1. November 1933 geschaffen: In Ziff. 6, «Richtlinien nach denen Wirtschaftswerbung ausgeführt und gestaltet werden soll», heisst es: «(...1 Die Werbung hat in Gesinnung und Ausdruck deutsch zu sein. Sie darf das sittliche Empfinden des deutschen Volkes, insbesondere sein religiöses, vaterländisches und politisches Fühlen und Wollen, nicht verletzen. [...])»

¹² Rucker, *Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus*, 357-358.

¹³ *Wirtschaftswerbung* 11/1938,11. vgl. Rucker, *Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus*, 302.

¹⁴ vgl. hiezu Rucker, *Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus*, 302-303.

¹⁵ vgl. Uwe Westphal: *Werbung im Dritten Reich*. Berlin 1989,105.

¹⁶ Die Regelungen traten mit 1. August 1938 in Kraft. Vgl. dazu etwa die Bekanntmachungen in *Der Zeitschriftenverleger*, Heft 35, 31. August 1938, 419 sowie *Der Zeitungs-Verlag*, Nr. 32, 6. August 1938, 496.

¹⁷ Gerhard Botz: *Arisierungen in Österreich (1938-1940)*. In: Dieter Stiefel (Hg.): *Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und «Wiedergutmachung»*. (= Querschnitte. Einführungstexte zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte 7). Wien/München 2001, 29ff.

¹⁸ Botz merkt hinsichtlich der Begriffsverwendung dieses *terminus technicus* des NS-Staates an, dass sowohl die «Arisierungs»massnahmen per se – also die Überführung jüdischen Besitztums in nicht-jüdischen Besitz –, als auch Raub und Diebstahl jüdischen Besitzes sowie Liquidation bzw. «Abwicklung» gemeint sein können.

tung» des geraubten jüdischen Vermögens und Besitzes. Die Phase der «wilden Arisierungen» bezeichnet eine bis dahin nicht gekannte andauernde Pogromstimmung, in der selbst ernannte «Kommissare», Plünderungen und planlose Zerstörungen auf der Tagesordnung standen. Diese Phase stellt eine «österreichische Besonderheit» dar.¹⁹

Wie schon Genschel feststellt, erreichten die Massnahmen der «Arisierungen», Liquidationen und «Abwicklungen» auf dem Gebiet der «Ostmark» eine gänzlich neue Qualität.

*Einen besonders scharfen Kurs in der Arisierungsfrage steuerte die Partei in Österreich, wo im März 1938 annähernd 40% der deutschen Juden lebten und sich ein noch höherer Anteil der jüdischen Betriebe befand. [...] Diese wirtschaftlichen Faktoren verschärften den mittelständischen Antisemitismus erheblich, der sich nach dem Anschluss Österreichs in einer «spontanen» Arisierungswelle entlud, die das in Deutschland übliche Mass weit übertraf.*²⁰

Ebenso eine «österreichische Besonderheit» stellte die Einrichtung der sog. «Vermögensverkehrsstelle» dar. Diese wurde mit der «Vermögensanmeldungsverordnung» am 26. April 1938 eingerichtet, ihr Leiter wurde Walter Rafelsberger, der «mächtigste Wiener NS-Wirtschaftsfunktionär; da er zugleich Gauwirtschaftsberater der Wiener NSDAP und Staatskommissar in der Privatwirtschaft»²¹ war. Diese Stelle war für alle Vermögensübertragungen von Juden zuständig – somit für alle «Arisierungen».²²

*Im Ganzen gesehen bietet die Arisierung in Österreich das Bild eines riesigen Beutezuges, in den ersten Monaten zugunsten der «alten Kämpfer», dann zunehmend zugunsten der Partei und schliesslich daneben auch zugunsten des Staates. In dieser Entwicklung eines halben Jahres ist vieles komprimiert, was sich in Deutschland auf Jahre verteilte. [...] Im Verlaufe weniger Monate hatte Österreich das Altreich in der praktischen Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft mindestens eingeholt und in der Vorbereitung einer zentralgeleiteten Zwangsarisierung überholt, was sich nach der «Kristallnacht» bestätigen sollte.*²³

25.519²⁴ Betriebe in jüdischem Besitz wurden in der «Ostmark» ab April 1938 «angemeldet». Der grösste Teil davon war mit Kriegsbeginn im September 1939 bereits «arisiert» oder liquidiert. Lediglich 6'000²⁵ Fälle waren 1940 noch nicht «erledigt». Den Daten der «Vermögens-

¹⁹ vgl. Botz, *Arisierungen in Österreich*, 32-34.

²⁰ Helmut Genschel: *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*. (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 38). Göttingen 1966, 160-161.

²¹ Botz, *Arisierungen in Österreich*, 42.

²² ebd., 43.

²³ Genschel, *Die Verdrängung der Juden*, 165-166.

²⁴ Genschel (160, 205 und 207) wie auch Botz (44) zitieren hier aus Aufstellungen der Vermögensverkehrsstelle, die – als österreichische «Erfindung» – den Prozess der «Arisierung» plante, überwachte und vollzog. Diese Zahlen sind grossteils aus einer Dissertation an der Hochschule für Welthandel in Wien entnommen. Karl Schubert: *Die Entjudung der ostmärkischen Wirtschaft und die Bemessung des Kaufpreises im Entjudungsverfahren*. Diss. Hochschule für Welthandel Wien 1940, insb. 121-122. Diese Arbeit ist stark nationalsozialistisch gefärbt, enthält aber sehr viel für die Erforschung des Phänomens der «Arisierung» in Österreich wichtiges Material, da sich der Autor auf Quellen aus der Vermögensverkehrsstelle stützen konnte.

²⁵ vgl. Genschel, *Die Vertreibung der Juden aus der Wirtschaft*, 250-251. Er bezieht sich auch bei dieser Angabe auf Schubert, *Die Entjudung der ostmärkischen Wirtschaft*, 121f. Nach Schubert wurden 4164 Unternehmen in «arischen» Besitz überführt, 18.800 stillgelegt, knapp 2'500 im Jahre 1940 noch zu «entjuden» oder in Abwicklung begriffen.

verkehrsstelle» entsprechend, wurden in Österreich nur rund 17% der jüdischen Betriebe «arisiert», umgekehrt ist die Zahl der Liquidationen entsprechend gross.²⁶

Wie viele Werbe- und Reklameunternehmer, Gebrauchsgraphiker und Reklamekünstler von diesen Massnahmen betroffen waren, lässt sich auch für den Bereich der «Ostmark» nicht gesichert feststellen. Ebenso wenig können gesicherte Aussagen darüber getroffen werden, wie viele Betriebe «arisiert» oder liquidiert wurden. Daran änderte sich auch mit dem im Februar 2003 präsentierten Schlussbericht²⁷ (sic!) der Historikerkommission der Republik Österreich nichts. Keiner der 54 Einzelberichte beinhaltet etwa Erkenntnisse zum Bereich der «Arisierung» in der Werbebranche.²⁸

Zu «Arisierungen» und Berufsverboten im Bereich der gesellschaftlichen Kommunikation allgemein bietet lediglich *ein* Teilbericht²⁹ tiefere Einblicke, wenn auch – etwa für den Bereich des Journalismus – durchgehend auf schon vorhandene Forschungsergebnisse³⁰ rekurrierend. Die Erforschung der Werbung/der Werbebranche (in Österreich) zurzeit des Nationalsozialismus kann also weiterhin als Desiderat der kommunikationshistorischen Forschung angesehen werden; dies soll als Ausgangspunkt zur detaillierten Auseinandersetzung mit dem Bereich «Arisierung» und Restitution in der Werbebranche dienen.³¹

Welchen Stellenwert die Werbung (oder früher: Reklame) in Wien bereits am «Vorabend» des Nationalsozialismus hatte, lässt sich aus Hinweisen in einer Abhandlung entnehmen, die durchaus als Vorbereitung der «Arisierung» in diesem Bereich gesehen werden kann: Nach

²⁶ weder Schubert noch Genschel – der auch auf statistische Angaben über jene der Vermögensverkehrsstelle hinaus Bezug nahm – machen Angaben zu den Verhältnissen von «Arisierungen» zu Liquidationen im Bereich der Werbebranche. Dies erlaubt diametral zueinander stehende Thesen: Einerseits kann aufgrund bisheriger Forschungsergebnisse angenommen werden, dass es sich bei den meisten Werbe-Unternehmen um strukturell bedingte Kleinunternehmen (sprich: Einzelbetriebe) handelt. Das würde das Verhältnis hier noch deutlicher zugunsten der Liquidationen ausfallen lassen, da der «Wert» für den NS-Apparat als (zu) gering einzuschätzen wäre. Andererseits stieg Wien wohl nicht erst in der Zeit des Nationalsozialismus zu einer der bedeutendsten Städte, in denen Werbung betrieben wurde, auf. Dies würde darauf hindeuten, dass überproportional viele Unternehmen der Werbebranche «arisiert» wurden, um dem NS-Propagandaapparat schon von Anfang an geeignete Strukturen zu bieten.

²⁷ Historikerkommission der Republik Österreich (Hg.): *Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Zusammenfassungen und Einschätzungen*. Wien 2003. In 47 Einzelprojekten waren rund 160 Forscherinnen und Forscher beschäftigt.

²⁸ Auf rund 14.000 Seiten erfüllen die Mitglieder der Kommission ihr von der Republik Österreich im Jahr 1998 erteiltes Mandat zur Aufarbeitung des Phänomens der «Arisierung» bzw. der Restitution nach 1945. Das Mandat lautete, „[d]en gesamten Komplex Vermögenszug auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit sowie Rückstellungen bzw. Entschädigungen (sowie wirtschaftliche oder soziale Leistungen) der Republik Österreich ab 1945 zu erforschen und darüber zu berichten.“

²⁹ Historikerkommission (Hg.): Alexander Mejstrik/Therese Garstener/Peter Melichar/Alexander Prenninger/Christa Putz/Sigrid Wadauer: *Berufschädigungen in der nationalsozialistischen Neuordnung der Arbeit. Vom österreichischen Berufsleben 1934 zum völkischen Schaffen 1938-1940*. Wien 2002. Der Bereich der Werbung wird in diesem Teilprojekt gar nicht thematisiert. Für den Bereich des Journalismus bietet der Bericht lediglich eine rudimentäre Zusammenschau früherer Forschungsergebnisse.

³⁰ etwa Fritz Hausjell: *Journalisten für das Reich. Der «Reichsverband der deutschen Presse» in Österreich 1938-45*. Wien 1993 sowie ders.: *Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947)*. 2 Bde. Frankfurt/Main 1989.

³¹ Im nahe verwandten Bereich des graphischen Gewerbes beschäftigte man sich nach 1945 ausführlich mit der Aufarbeitung der «Arisierung» und Restitution: So zeigt der Band *500 Jahre Druck in Österreich. Die österreichischen graphischen Gewerbe zwischen 1918 und 1982* (hg. vom Hauptverband der graphischen Unternehmungen Österreichs) die Entwicklungsgeschichte dieses Gewerbes ohne Auslassung der Jahre 1938 bis 1945. Für den Bereich der Werbung existiert Äquivalentes nicht.

Glockemeier³² standen im Jahr 1936 rund 290 Reklamebüros, Annoncenvermittlungen u.ä. im (Mit-)Besitz von Juden.³³ Die bis zu diesem Zeitpunkt letzte Volkszählung 1934 wies 2,8% der Gesamtbevölkerung als Angehörige der jüdischen Konfession aus – 92,1% davon lebten in Wien (das entsprach über neun Prozent der Gesamtbevölkerung Wiens). Wenn man die von den Nürnberger Rassegesetzen Betroffenen (in der NS-Terminologie «Rassejuden» und «Mischlinge») mitberücksichtigt, ergeben sich rund 200.000 Personen.³⁴

Glockemeier fordert vor dem Hintergrund dieser Zahlen in seiner «Kampfschrift» eine «gerechte und rechtzeitige Lösung der Wiener Judenfrage», denn – er zitiert Staatsrat [Leopold] Kunschak³⁵ – in der Judenfrage «gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man löst die Judenfrage rechtzeitig, Eingebungen der Vernunft und Menschlichkeit folgend, oder sie wird gelöst werden, wie das unvernünftige Tier seinen Feind angeht, im Toben wildgewordenen Instinktes»³⁶. Wie die «Judenfrage» letztlich «gelöst» wurde, verdeutlichen nicht nur die bereits erwähnten Analysen von Botz und Genschel.

Glockemeier liefert die später von den Nationalsozialisten und von Revisionisten noch heute gerne ins Treffen geführten Begründungen:

Der Aufstieg der Juden, der durchaus überproportionale Formen annahm, indem die Juden sich nicht nur im Laufe der Jahrzehnte seit 1848 viel stärker vermehrten als die Christen, sondern obendrein noch die Wirtschaft in ihre Hände brachten, [...] hat begreiflicherweise den Antisemitismus auf den Plan gerufen.³⁷ [...] Heute handelt es sich übrigens schon längst nicht mehr um Antisemitismus, um Bekämpfung einer Minderheit, sondern der Wiener Antisemitismus hat nichts mehr und nichts weniger zum Ziele, als die Reste des arischen Mittelstandes vor Vernichtung zu schützen.³⁸

Insbesondere im Kapitel über das Wirtschaftsleben in Wien tritt der glühende Antisemit aus Glockemeier hervor:

Treten die Juden in geringen Mengen auf, so übernehmen sie die für das Gedeihen der Wirtschaft nicht unerwünschte Rolle der Hechte im Karpfenteich. Treten sie dagegen in Massen auf, so fallen sie auf die Nerven und vergiften mit ihren Praktiken das Geschäftsleben.³⁹

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses «Werks» waren die Nationalsozialisten in Österreich (noch) illegal, die «Endlösung der Judenfrage» wurde mehr mit Assimilation oder Zionismus assoziiert als mit Deportation und Vernichtung. Dennoch nimmt es Glockemeier vorweg:

[...] die Arier Wiens wiederum sollten sich dessen bewusst sein, dass das Judenproblem in Wien ungleich komplizierter liegt als draussen im Reich, dass also das

³² Georg Glockemeier: *Zur Wiener Judenfrage*. Leipzig/Wien 1936, 78.

³³ Westphal (105) weist mit Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft*, 161 und 289, darauf hin, dass Glockemeiers Berechnungen zwar mit einem Fragezeichen zu versehen sind, die Größenordnung der von ihm angegebenen im jüdischen Besitz befindlichen Reklameagenturen u.ä. aber durchaus die tatsächliche Situation in der Wiener Wirtschaft widerspiegelt.

³⁴ Auf Unschärfen in dieser Schätzung geht Botz genauer ein (vgl. Botz, *Arisierungen in Österreich*, 31). Vgl. dazu auch Glockemeier, der die statistischen Unschärfen dazu benützt, Schätzungen abzugeben, die davon ausgehen, «dass die Zahl der Judenstämme die Zahl der statistisch erfassten Juden im Allgemeinen nicht um mehr als 50% überschreiten dürfte». (Glockemeier, *Zur Wiener Judenfrage*, 67) Dies gelte für die Erfassung der Juden in allen Wirtschaftsbereichen.

³⁵ vgl. *Neue Freie Presse*, 16.3.1936.

³⁶ Glockemeier, *Zur Wiener Judenfrage*, 5.

³⁷ ebd., 55.

³⁸ ebd., 65.

³⁹ ebd., 100.

Judenproblem Wiens seine ihm eigene Lösung erfahren muss, welche Lösung durch die tatsächliche Entwicklung des letzten Jahrzehnts gleichsam vorgezeichnet ist.

Mit «tatsächliche Entwicklung» umschreibt Glockemeier Nationalismus und Antisemitismus am Kulminationspunkt Nationalsozialismus; die «Wien eigene Lösung» lässt sich mit dem Terminus «wilde ‚Arisierung‘» am treffendsten beschreiben.

Die Auflistungen der «Verjudung» der österreichischen Wirtschaft bietet auch für den Bereich «Reklame» Erhellendes. Glockemeier konstatiert:

Die Arier haben in diesem Bereich fast nichts zu sagen, wenn man vom städtischen Reklamebüro absieht. Es gibt zurzeit rund 300 Reklamebüros, von denen weniger als 10 arisch sind. Mit Recht konnte daher ein jüdischer Vertreter dieser Branche sagen: «In unserer Branche sind wir glücklicherweise ganz unter uns.»⁴⁰

Welche Dimension die «Arisierungs»bestrebungen der neuen Machthaber im Bereich der Werbung annahmen, kann aufgrund dieser Zahlen dennoch nur vage geschätzt werden. Erste Erkenntnisse zeigen jedoch, dass «Arisierungen» und Liquidationen im unternehmerischen Bereich sowie die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der vormaligen Eigentümer auch im Bereich der Werbung von langer Hand vorbereitet und in ebenso systematischer Weise exekutiert wurden. Von den vor dem Einmarsch geschätzten rund 290 in jüdischem Besitz stehenden Werbe-, Reklame- und Graphikbüros sowie Annoncenexpeditionen, existierten schon 1939 nur mehr die wenigsten.⁴¹ Wien galt nach dem «Anschluss» im März 1938 neben Berlin, Leipzig, Hamburg und München als wichtigste «Propagandastadt» des «Dritten Reichs».⁴² Auch Westphal kommt zu dem Schluss, dass es «sicher bald nach dem Einmarsch keines dieser Büros mehr [gab], denn der Werberat ging [...] in Wien nicht anders mit jüdischen Werberrn um als im ‚Altreich‘».⁴³ Darüber hinaus ist auch eine unbestimmte Zahl an Gebrauchsgraphikern und Reklamekünstlern zu nennen, die im weitesten Sinne ebenfalls zur Werbebranche gezählt werden müssen. Die Vorgangsweise und der Umfang des «Arisierungs»vorganges sowie die halbherzige Restitution nach 1945 wurden in jüngster Zeit durch erste Ergebnisse im Rahmen von Seminaren am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien erhellt.⁴⁴

Weiterhin im Dunkeln liegt jedoch eine Gesamtbetrachtung dieses «Raubzuges» und eine Erfassung der Nutzniesser (der «Ariseure») auf der institutionell-strukturellen Ebene der Werbung im «Dritten Reich» (fokussiert auf Österreich, insbesondere auf Wien als wichtigste Stadt, in der Werbung gestaltet und vermittelt wurde). Das Phänomen der «Arisierung» in der Werbebranche harrt also nach wie vor der detaillierten Auseinandersetzung und genauen Erforschung. Struktur, Organisation und Stellenwert können bislang nur anhand von Teilergebnissen und -erkenntnissen umrissen werden. Hier gilt es, nicht nur den Tatbestand der «Arisierung» resp. Restitution zu klären, sondern auch, Fragen nach institutionellen, organisatorischen und personellen Kontinuitäten auf allen Ebenen der beteiligten NS-Einrichtungen zu beantworten.

⁴⁰ ebd., 78.

⁴¹ Dies lässt sich durch Autopsie von Branchenverzeichnissen, vornehmlich sogenannten «Adressbüchern» – etwa «Lehmann's Wiener Adressbuch» – abschätzen. Der kursorische Vergleich von Ausgaben der Jahre 1937 und 1939 zeigt etwa, dass in den Branchen Reklamebüro, Reklameatelier, Annoncenexpedition, Lichtwerbung, Reklamekünstler u.a.m. allein in Wien rund 100 Unternehmen nicht mehr existierten. Ganz abgesehen von jenen, die vorderhand gar nicht in diesen «Adressbüchern» angeführt wurden.

⁴² Westphal, *Werbung im Dritten Reich*, 75.

⁴³ ebd., 105-106.

⁴⁴ Im Rahmen von Methodenlehrveranstaltungen bzw. Seminaren zum Thema «Arisierung» im Bereich der Medien bzw. der Werbebranche am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.

II Werbung Im Nationalsozialismus: Geistige «Arisierung»

Aufbauend auf den eben beschriebenen grundlegenden Prozessen der «Arisierung» im Bereich der Werbung erfordert nun der Terminus «geistige ‚Arisierung‘» nähere Erläuterung. Geistige «Arisierung»⁴⁵ bezeichnet all jene theoretischen, organisatorischen und logistischen «Vorbereitungen» von (zunächst illegalen) Nationalsozialisten bzw. von deren Sympathisanten, um die Werbebranche in all ihren Facetten – struktureller, inhaltlicher und personeller Natur – im Gefolge des «Anschlusses» an Deutschland «judenfrei» zu machen.

Geistige «Arisierung» meint damit eine umfassend verstandene Qualität der «Entjudungsprozesse», wie sie auch Botz beschreibt – nicht auf betriebliches Vermögen, Geschäfte, Wohnungen o.ä. beschränkt –, sondern im Zusammenhang dieses Forschungsvorhabens auch auf der Ebene der Sozial- und Ideengestalt der Werbebranche. Im weitesten Sinne soll damit die Verdrängung, Vertreibung und Vernichtung jüdischer Intelligenz aus dem Bereich der Werbung und die Sublimation dessen durch nationalsozialistische Werbelehre und -praxis beschrieben werden.⁴⁶

Der Forschungsstand zur Geschichte der Werbung im Nationalsozialismus wurde im ersten Kapitel bereits umrissen und bietet für den Bereich der frühen Theoriegeschichte der Werbung einige Anknüpfungspunkte. Zu fragen ist nun, welche Merkmale die Frühgeschichte der auch als PRopaganda⁴⁷ bezeichneten «Disziplin» prägten und welche Entwicklung die Theoriebildung und Ideengeschichte infolge des Nationalsozialismus nahm. Im Anschluss daran ist auf denselben Ebenen nach Kontinuitäten und Brüchen nach dem Ende des Regimes zu fragen.

Die «Pioniere» der Werbeforschung am Beginn des 20. Jahrhunderts stammten zum grössten Teil aus den absatztheoretischen Instituten an den Wirtschaftshochschulen, aus dem Bereich der Nationalökonomie, weniger der künstlerisch-ästhetischen Richtungen, vor allem aber der Psychologie. Die Verknüpfung von psychologischen Lehren und Werbung begann in den 20er Jahren. Die Werbefachverbände⁴⁸ entdeckten die Marktanalyse etwa in der Mitte des Jahrzehnts als Teil ihres Aufgabengebietes. Das erste spezialisierte Marktforschungsunternehmen auf deutschem Boden wurde 1925 von der amerikanischen Firma Thompson in Berlin gegründet, ab 1927/28 waren es vor allem die sich in Deutschland etablierenden Zweigniederlassungen amerikanischer Werbeagenturen, die Pionierarbeit auf dem Gebiet der Marktanalyse leisteten.⁴⁹ Schliesslich wird dieser amerikanische Einfluss auch anhand der Tatsache deutlich,

⁴⁵ Für dieses Forschungsvorhaben in weiterer Folge (s. Kapitel III) vornehmlich auf das Gebiet Österreichs bezogen.

⁴⁶ Damit kann auch an ein von Fritz Hausjell angesprochenes Desiderat angeschlossen werden: Der «Cultural exodus» jüdischer Wissenschaftler und Publizisten infolge des Nationalsozialismus ist bis heute nicht umfassend aufgearbeitet. Das gilt für den Bereich der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft allgemein, im vorliegenden Zusammenhang speziell für die Werbeforschung. Siehe hierzu Fritz Hausjell: *Emigration österreichischer Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Eine Einleitung*. In: Friedrich Stadler (Hg.): *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*. Wien/München 1988, 832-825, insb. 832-833.

⁴⁷ Die Hervorhebung der Initialen ist intendiert; Dies soll als Vorgriff auf später in diesem Beitrag folgende Zusammenhänge zur Sensibilisierung dienen. «PR» als neue Qualität der Werbung im weitesten Sinne floss erst nach 1945 in den allgemeinen Sprachgebrauch ein. Vgl. dazu die jüngst publizierte Dissertation von Peer Heinelt: «PR-Päpste». *Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger*. (= Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 37). Berlin 2003 (zugleich Diss. Univ. Marburg 2002).

⁴⁸ Für Österreich sind hier der Schutzverband der Reklametreibenden und der Verband der Reklamefachleute zu nennen. Beide verfügten ab 1926 über publizistische Organe. Der *Kontakt* wurde vom Schutzverband der Reklametreibenden Österreichs (gemeinsam mit dem Bund österreichischer Gebrauchsgraphiker) herausgegeben, die *österreichische Reklame* vom Verband der Reklamefachleute.

⁴⁹ vgl. Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 47ff. Ob dies auch für den Bereich der Werbung in Österreich gilt, lässt sich vom heutigen Standpunkt aus nicht klären. Zu gross sind die Wissenslücken im Bereich der «Topographie» der Werbebranche – in Kapitel I bereits als Desiderat der Forschung beschrieben.

dass das 1928 erschienene Standardwerk «aus der Zusammenarbeit eines führenden deutschen Werbefachmannes mit einem amerikanischen Statistiker» (Bruno W. Randolph) hervorging.⁵⁰ Dieser «deutsche» Werbefachmann war der Österreicher Hanns F. J. Kropff.

Kropff war es auch, der 1924 vehement eine Umorientierung der Werbegraphik forderte.⁵¹ Künstler und Graphiker näherten sich über ihre Definition als «Gebrauchsgraphiker» in der Folge wieder mehr der ökonomischen Sphäre an und ab 1925 kann von einer engeren Zusammenarbeit mit den Unternehmern gesprochen werden. Damit kamen die Graphiker auch den Interessen der Unternehmer entgegen, die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts im Zusammenhang mit Rationalisierungsbemühungen die angewandte Psychologie für ihre Zwecke zu nutzen begannen und daher bei der Gestaltung der Werbung wieder stärker auf die professionellen Werbegraphiker vertrauten. Die Zahl der hauptberuflichen Gebrauchsgraphiker stieg in Deutschland bis 1929 auf etwa 2'000.⁵² Kropff selbst setzte dies im Rahmen seiner Tätigkeit beim Unternehmen Elida in die Tat um: Die Werbemittel, die er in diesem Zusammenhang gestalten liess, entstanden ausnahmslos auf der Basis intensiver psychologischer Studien und wurden nicht mehr von einem künstlerisch orientierten Werbegestalter selbständig entworfen, sondern von einem eher handwerklich arbeitenden Gebrauchsgraphiker nach Kropffs Anweisungen ausgeführt.⁵³ Der Erfolg gab ihm rein funktional Recht, nicht mehr die «künstlerische» Durchbildung der Werbemittel war entscheidend, sondern die psychologisch durchdachte Wahl der Motive und ihrer Gestaltung. Dies dokumentierten nicht nur neu gegründete Zeitschriften (Gebrauchsgraphik), sondern auch Kropffs im Laufe der folgenden Jahre erschienenen Hand- und Lehrbücher.⁵⁴

Psychologie «verwissenschaftlichte» die Werbung bzw. die Werbelehre dieser Zeit. Die bis dahin noch unbekannte experimentelle Werbepsychologie erregte Aufmerksamkeit in der Fachwelt – gleich ihrem Credo, «Auffälligkeit» als wichtigsten Faktor in der Werbung zu betrachten.⁵⁵ Das erste einschlägige Institut war das «Institut für Wirtschaftspsychologie», gegründet 1920 an der Berliner Handelshochschule. Lehrplanmässig war die Werbepsychologie etwa auch in Stuttgart⁵⁶ und an anderen Hochschulen⁵⁷ etabliert. In Wien nahmen Paul F. Lazarsfeld und seine Mitarbeiterinnen im Jahr 1931 ihre Arbeit auf: Die «Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle» ging als erste österreichische Institution empirischer Sozialforschung vor allem mit der Studie «Die Arbeitslosen von Marienthal» in die Geschichte ein.⁵⁸ Ein Mitarbeiter Lazarsfelds war Ernst Dichter, der zu dieser Zeit auch als «Fachpsychologe und Berufsberater» tätig war. Seine Ideen der psychologischen Marktforschung entwickelte er aber erst, nachdem

⁵⁰ ebd.; Reinhardt spricht damit folgendes Werk an: Hanns F. J. Kropff (gern. m. Bruno Randolph): *Marktanalyse. Untersuchung des Marktes und Vorbereitung der Reklame*. München 1928.

⁵¹ In: *Die Reklame* 17 (1924). 673-675. Kropff beklagt dort vor allem, die Künstler seien «kleine Diktatoren» und kümmerten sich «selten darum, ob ihre Arbeit vom Standpunkt der Reklame gut ist». (675).

⁵² Gerhard Nolte: *Die Reklame in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den modernen Einzelhandel unter besonderer Berücksichtigung der haitischen Verhältnisse*. Diss. Halle 1929, 87. zit. n. Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 82.

⁵³ *Plakate in München 1840-1940. Eine Dokumentation zu Geschichte und Wesen des Plakats in München aus den Beständen der Plakatsammlung des Münchner Stadtmuseums*. München 1975, 36. zit. n. Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 83.

⁵⁴ detailliertere Angaben zu Werk und Wirken von Kropff finden sich in Kapitel III.

⁵⁵ vgl. etwa Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 87ff.

⁵⁶ mit Rudolf Seyffert. Seyffert gilt mit seiner 1929 veröffentlichten *Allgemeinen Werbelehre* als ein Vordenker der Werbelehre.

⁵⁷ Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 91.

⁵⁸ zur Geschichte der Forschungsstelle siehe Christian Fleck: *Rund um «Marienthal». Von den Anfängen der Soziologie in Österreich bis zu ihrer Vertreibung*. In: Verein Kritische Sozialwissenschaft und Politische Bildung (Hg.): *österreichische Texte zur Gesellschaftskritik*. Wien 1990.

er «eineinhalb Jahre vor Hitler» Österreich Richtung Paris und später den USA verlassen hatte.⁵⁹

Dies ist insofern von Interesse, als vor allem der Einfluss der Psychoanalyse auf die Werbepsychologie einen heftigen Meinungsstreit entfachte.⁶⁰ So weist etwa Kropff auf die Gefahren hin, welche durch diese Theorien «in den Händen Unberufener entstehen können». Diese Lehre fusse darauf, «im Unterbewusstsein des Menschen bestimmte Vorstellungen zu erwecken. Die praktischen Arbeiten, wie Plakat, Inserat usw., die gezeigt werden, benützen aber sehr primitive, eindeutige, meistens erotische Symbole. Dieser Widerspruch zeigt schon die Schwäche dieser Lehre».⁶¹

Weil die Nationalsozialisten die Psychoanalyse als «jüdisch» und «undeutsch» ablehnten, hatte dieser Ansatz ab 1933 keine Chance mehr.⁶² Vielmehr fand das Gedankengebäude Jungs auf breiter Basis Eingang in die Werbepsychologie.⁶³ Die Protagonisten dieser Richtung forderten, je nach Warenart und Werbeziel verschiedene Tiefenschichten der menschlichen Seele unter Zuhilfenahme der entsprechenden Archetypen anzusprechen. Der Propaganda der Zeit folgend, betonten sie als wichtigsten Archetypen den überlegenen Anführer, dem zu folgen dem Volk ein Bedürfnis sei.

Auch der zweite Aspekt, der an der nationalsozialistischen Propaganda hervorzuheben ist, lässt sich in der Werbepsychologie dieser Zeit finden: das zumindest vordergründige Eingehen auf die konkreten Wünsche der Menschen, allerdings ohne die für Propaganda spezifische Aggressivität. Massgeblicher Exponent dieser Entwicklung war einmal mehr Hanns F. J. Kropff mit seinem 1934 publizierten Buch «Psychologie in der Reklame».⁶⁴ Hier wurde nicht mehr gefordert, die primitiven Neigungen der Menschen mit Hilfe der Werbung auszunutzen, sondern auf ihre Wünsche einzugehen – auf den Wunsch nach Gesundheit, nach Geselligkeit, nach Vergnügen, nach Bequemlichkeit, nach Herrschaft und – selbstredend – den Wunsch, einem Führer zu folgen (sic!). Die Werbepsychologie wandelte sich – zumindest in ihrer Selbstdarstellung – von einer in den 20er Jahren vorherrschenden und von einem einseitigen und negativen Konsumentenbild geprägten Sender- zur rezipientenorientierten «Wissenschaft» – freilich einer willfähigen Wissenschaft.⁶⁵

Bezogen auf den Wunsch nach Unterwürfigkeit, den «Wunsch, von anderen beherrscht zu werden, einem Führer zu folgen», führt Kropff aus:

Die nationale Revolution unter Adolf Hitler in Deutschland ist ein klarer Beweis für die Bereitwilligkeit einer Nation, ihre moralischen, wirtschaftlichen und politischen Anschauungen abzulegen und einem Führer zu folgen. Selbst die Auferlegung schwerer persönlicher Opfer wird in Kauf genommen, um einer Bewegung zu dienen

⁵⁹ Ernest Dichter: *Zeitzeuge*. In: Stadler, *Vertriebene Vernunft II*, 293–296.

⁶⁰ Dichter selbst wurde in weiterer Folge (nach 1945) nicht nur als «Vater der Motivforschung» gefeiert, sondern auch als «Kristallisationspunkt des Diskurses um die Vergesellschaftung und Kommerzialisierung psychologisch-psychoanalytisch begründeten Wissens» geächtet. Dazu jüngst Rainer Gries: *Die Geburt des Werbeexperten aus dem Geist der Psychologie*. Ernest W. Dichter: *Der «Motivforscher» als Berater und Prophet*. In: Hartmut Berghoff/Jakob Vogel (Hg.): *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte*. Erscheint 2004 (i.V.). Eine systematische Beschäftigung mit dem Diskurs innerhalb der Werbepsychologie nach 1945 wird in Kapitel IV skizziert.

⁶¹ dargestellt bei Hanns F. J. Kropff: *Psychologie in der Reklame als Hilfe zur Bestgestaltung des Entwurfs*. Stuttgart 1934, 4–5.

⁶² vgl. Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*. 98f. Die meisten deutschen Psychoanalytiker emigrierten infolge der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Ebenso gilt dies für Österreich spätestens ab 1938.

⁶³ ebd.; Reinhardt nennt einige Beispiele für Beiträge in der zeitgenössischen Werbeliteratur und für Beiträge in zeitgenössischen Fachzeitschriften.

⁶⁴ vgl. dazu auch Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 99.

⁶⁵ vgl. Kropff, *Psychologie in der Reklame*, 17–78.

*und ihr zum Sieg zu verhelfen, die in ihren grossen Zielen den Hoffnungen und Idealen des Volkes gerecht wird. Hier kommt zu dem Wunsch, einem Führer zu folgen, die Selbstbesinnung auf den nationalen Stolz, der zur mächtigen Kraft wird.*⁶⁶

In weiterer Folge wird aus dem anfänglich gegenüber den neuen Machthabern in Deutschland noch distanziert wirkende Werbepsychologe Kropff ein einwandfreier Konformist: Er beschreibt in der «Psychologie in der Reklame» auch den Wunsch, dem Vaterland zu dienen. Reklame, welche auf diesen Wunsch abziele, soll demnach Nationalgefühl, Stammeszugehörigkeit und Nationalstolz auslösen.

*Das rassenmässige Blut spielt für die Kraft dieses Wunsches eine ebenso grosse Rolle, wie die bewusste oder unbewusste Erinnerung an Landschaft, Umgebung, Tradition und Geschichte. Die Erweckung und Festigung dieses Wunsches kann sich durch Vorbild und Erziehung zu gewaltiger Dynamik steigern. Dieser gesteigerte Wunsch kann dann die Grundlage der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, moralischen und ethischen Umgestaltung und Revolution eines ganzen Volkes werden.*⁶⁷

An diesen Ausführungen und am Wandel der Werbung werden die Parallelentwicklungen der Kommunikationsmechanismen im totalitären System des Nationalsozialismus deutlich: Politische wie wirtschaftliche Sphäre weisen ähnliche Kommunikationsstrukturen auf, zwischen politischer Führung und Bevölkerung wie zwischen Unternehmen und Verbrauchern laufen auf weiten Strecken übereinstimmende «Kommunikationen» ab. Die zugrunde gelegten psychologischen Ansätze wurden von einer Wissenschaft geliefert, die sich infolge der Machtübernahme der Nationalsozialisten vereinnahmen liess bzw. freiwillig unterordnete – wie auch anhand Werk und Wirken Kropffs deutlich wird.

Diese Ansätze versuchten zwar, auf Wünsche und Bedürfnisse der Menschen einzugehen, liefen jedoch weitestgehend auf eine spezifisch nationalsozialistische «Integration» der Bevölkerung hinaus, da sie «systemintegrierend innerhalb eines inhumanen Systems [war], indem sie nur solche Bedürfnisse für zulässig erklärten, die systemstabilisierend wirkten»⁶⁸.

Dies gilt gleichermaßen für das bereits nationalsozialistische Deutschland wie für das noch austrofaschistische Österreich, dessen herausragender Exponent der Werbepsychologie in Deutschland reüssierte – Hanns F. J. Kropff; vor 1938, als er in Österreich und Deutschland publizierte und lehrte: in der Zeit des Nationalsozialismus, als er auch als Mitglied des «Werberats der deutschen Wirtschaft»⁶⁹ massgeblich an der «Entjudung» dieses Wirtschaftsbereichs beteiligt war – und danach.

III Die «Wiener Schule» der Werbeforschung

Für Deutschland gibt es – wie eben dargestellt – bereits einige teils bemerkenswerte Studien und Gesamtdarstellungen der Werbung im Nationalsozialismus. Die darin enthaltenen Erkenntnisse für Österreich fallen (verständlicherweise) rudimentär aus.

⁶⁶ ebd., 40.

⁶⁷ ebd., 74.

⁶⁸ Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 99. Vgl. dazu insbesondere auch den Zusammenhang von «Integrationsfunktion» und Public Relations in der deutschen Nachkriegswissenschaft, nachgezeichnet anhand der Personen Hundhausen, Oeckl und Ronneberger – von dem auch die populärste und mittlerweile wohl umstrittenste «Integrationsfunktion» der Medien stammt. Zu finden in: Heinelt, *PR-Päpste* und vgl. zu Ronneberger Heinelts Beitrag in diesem Band.

⁶⁹ An dieser Stelle sei auf die Feststellung von Rücker (*Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus*, 357) verwiesen (Fussnote 10), wonach die «massgeblichen Mitarbeiter [des Werberates] allesamt Parteikarrieristen oder frühere Ministerialbeamte [waren]. Auf Kropff trifft wohl ersteres zu.

Zwar gibt Westphal neben einer Darstellung des Werberats der deutschen Wirtschaft, in dem als «österreichische» Vertreter ab 1938 Hanns Kropff «von der Hochschule für Welthandel und Karl Passarge, Leiter der Auslandsabteilung des Rates»⁷⁰, sassen, auch einige Hinweise auf die Topographie der österreichischen Werbelandschaft vor dem «Anschluss», doch sind daraus – wie aus den Werken von Reinhardt und Rücker – wenige Erkenntnisse abzuleiten, inwiefern sich im «Ständestaat» als auch schon davor eine genuin österreichische Werbelehre auszubilden begonnen hat. Oder pointierter: Warum ist eine Fokussierung auf Österreich und seine Werbelehre und -forschung opportun, wenn das Land von 1938-45 im nationalsozialistischen «Dritten Reich» aufging und sowohl die institutionelle Eigenständigkeit wie auch eine «Wiener Werbelehre» auf den ersten Blick nicht erkennbar sind?

Als im März 1938 der «Anschluss» erfolgte, war dies der Startschuss für einen schon im Untergrund als auch unverhohlen in der Öffentlichkeit geplanten Raubzug: Dass dabei auch der Bereich der Medien und im Besonderen der (für das «Reich») von Bedeutung scheinenden Werbebranche besonders penibel «gesäubert» worden ist, wurde in Kapitel I eingehend erläutert. Aus diesen Gründen ist der Fokus auf ein genuin österreichisches Phänomen, jenes der «Wiener Werbelehre» und ihrer Rolle im NS-Staat allgemein und in der Vorbereitung und Durchführung der «Arisierung» im Besonderen, von Bedeutung. Im Sinne einer historischen Kommunikationsforschung, genauer: einer umfassenden Fach- und Dogmengeschichte der Kommunikationswissenschaft, steht die detaillierte Beschäftigung mit der akademischen Auseinandersetzung mit der Werbung hierzulande noch gänzlich aus.

Zentrale Frage ist, ob man von «geistiger ‚Arisierung‘» auch auf dem Gebiet der «Ostmark» sprechen kann. Welche Personen und Institutionen waren die Exponenten dieser rassistisch motivierten Berufs- und Wirtschaftspolitik? Im Sinne einer biographischen als auch kollektivbiographischen Berufsfeldforschung soll eine theoretisch fundierte Schablone entworfen werden, die in weiterer Folge als gemeinsame Matrix auf verwandte Berufsbilder im Bereich der gesellschaftlichen Kommunikation ausgedehnt werden soll.

Auf inhaltlicher Ebene soll nicht nur erhellt werden, welche Gestalt «nationalsozialistische» Werbung spätestens nach 1938 annahm, sondern auch, welche inhaltlichen Verluste die Verfolgung, Vertreibung bzw. Vernichtung jüdischer Werbeunternehmer, Graphiker etc. bedeutete. Um dies zu klären, muss zunächst die Ebene des (vorerst freien) Berufszuganges, der Ausbildung und der Herkunft der Werbe-Unternehmer betrachtet werden. Oder: Was waren die Denkschulen der Werbung in den 30er und 40er Jahren? Welche Entwicklungsstufen können für die Werbung nachgezeichnet werden? Kann von einer zunehmenden Akademisierung (etwa an der Hochschule für Welthandel) gesprochen werden oder liegen die Wurzeln der damaligen Werbelehre mehr im künstlerisch-ästhetischen Bereich (Hochschule für angewandte Kunst, Höhere graphische Lehr- und Versuchsanstalt) oder ebenso wie in den USA oder Deutschland in psychologischen Lehren?

Auf allen drei für diese Forschungsskizze relevanten Ebenen muss letztlich eine entscheidende Frage gestellt werden: Welche Kontinuitäten und Brüche lassen sich nach 1945 feststellen? Kam es zu einem gänzlichen Neuanfang, verbunden mit dem (Re-)Import⁷¹ US-amerikanischer

⁷⁰ Westphal, *Werbung im Dritten Reich*, 150-151. Siehe auch Kapitel I.

⁷¹ Bereits an dieser Stelle ist der Verweis auf einen Nebenaspekt der «geistigen ‚Arisierung‘» von Bedeutung: Darunter sind nicht nur die von den Nationalsozialisten enteigneten, vertriebenen und letztlich in vielfacher Weise «vernichteten» jüdischen Werbe-Unternehmer (und in geringerem Ausmass Unternehmer anderer – «nicht völkischer» – Provenienz) gemeint, sondern auch jene, die zumeist bereits vor dem «Anschluss» emigrierten und ihre Kenntnisse in theoretischer wie praktischer Form im Exil umsetzten. Allen voran für den Bereich der Werbung etwa Ernest Dichter.

Werbe- und Warenästhetik oder wurden bereits in der Zeit des Vorabends des Nationalsozialismus und des «Dritten Reichs» vorhandene Theorien, Methoden und Dogmen adaptiert. Das Ziel dieses Forschungsvorhabens muss es also sein, mit tauglichen kommunikationshistorischen Methoden auf diese drei Ebenen zuzugreifen: die personelle, institutionelle und inhaltliche Gestalt der Werbebranche von den 30er bis zu den 50er Jahren.

Eine Theoretisierung des Problems der geistigen «Arisierung» bedeutet, Theorien und Ideen der Werbelehre und -forschung in einen grösseren Zusammenhang zu stellen: in jenen der Ideengestalt der Kommunikationswissenschaft. Das Fach war bis in die 50er Jahre noch nicht «zuständig» für Werbung und Marktkommunikation, Markt- und Meinungsforschung – dennoch oder: gerade deshalb zählt die Frühgeschichte der Werbung zur Dogmengeschichte der Kommunikationswissenschaft.

Fragen, die bislang noch nicht gestellt wurden und einer Beantwortung harren, betreffen vor allem die Organisation, Mitwirkung und Durchführung von führenden Vertretern der österreichischen Werbebranche, von Praktikern ebenso wie von Verbandsfunktionären, Werbewissenschaftlern und im Bereich der Lehre Tätigen, an der «Arisierung» im Bereich der Werbung zurzeit des Nationalsozialismus.

Wenn auch die Frage nach direkter oder indirekter Mitwirkung an und Verantwortung für «Arisierungsvorgänge» – im Speziellen im Bereich der Werbung und Reklame – noch nicht konkret beantwortet werden kann, so lassen die eben dargestellten Hinweise den Schluss zu, dass jedenfalls geistige Vorarbeit an (und in weiterer Folge rege Mitwirkung an der Festigung dieser) einer «nationalsozialistischen Werbelehre» geleistet wurde. Im für die einzelnen Personen wohl günstigsten Fall kann von opportunistischer Anpassungshaltung gesprochen werden, die dem Regime natürlich gedient hat – wie auch den betreffenden Werbetheoretikern: Viele können auf veritable Karrieren nach 1945 verweisen. Diese Karrieren weisen im Gegensatz zu all jenen, die 1938ff. ihrer Lebensgrundlage (und oftmals Existenz) verlustig gingen, jedoch keine nennenswerten Brüche auf.

Bei der Erforschung dieses Bereichs muss aufgrund der spärlichen brauchbaren Literatur zu Werbung im Austrofaschismus und Nationalsozialismus auf bislang noch nicht ausgewertetes Quellenmaterial zurückgegriffen werden. Dies stellt zum einen ein Problem dar, da der Bereich der Werbung nur begrenzt in Archiven dokumentiert wurde. Hier sind vor allem die Bestände aus dem Bereich der NS-Behörden zu nennen, die «Arisierung» und Enteignung penibel dokumentiert haben. Zum anderen ergibt sich durch die erstaunlich grosse Zahl an Lehrangeboten, Hochschulkursen oder Vorträgen die Chance, das Phänomen von einer theoretischen Seite her aufzuknüpfen. Dokumentiert wurden diese Veranstaltungen in der Branchenpublizistik, herausgegeben von Fachverbänden, Innungen und privaten Unternehmern. Schon bisher erwiesen sich die Fachzeitschriften aus der Zeit des Austrofaschismus als reiche Quelle, die Topographie der Werbebranche, inhaltliche sowie personelle Komponenten auszumachen.

Wesentlich dabei sind die Tätigkeiten und Funktionen der Proponenten der «Wiener Schule» der Werbeforschung in Lehre und Publizistik, in Verbänden und der Werbepaxis. Fokussiert werden soll der Blick dabei auch auf teils kontinuierliche Karrieren von der Zeit des Austrofaschismus über den Nationalsozialismus bis in die wiedergewonnene Demokratie nach 1945. Dass diese Frage – trotz (oder gerade wegen?) der Zäsur im März 1938 – von grosser Bedeutung ist, zeigt die nachstehende biographische Skizze von Hanns F. J. Kropff, die zur besseren Veranschaulichung vor dem Hintergrund der Werbelandschaft im Nationalsozialismus und danach montiert werden soll.

II 1.1 Hanns Ferdinand Josef Kropff. Eine biographische Skizze eines Protagonisten nationalsozialistischer Werbelehre

Hanns Ferdinand Josef Kropff wurde am 7. August 1882 geboren. Er befand sich also schon in seinen «besten» Jahren, als er begann, zum Thema Werbung zu publizieren und seine Erfahrungen auch in den Dienst des Nationalsozialismus zu stellen. Die erste Broschüre datiert auf das Jahr 1926: «Wie werde ich Reklame-Chef?» Kropff war zu dieser Zeit bereits Reklame-Chef bei einem Dutzend Unternehmen gewesen und konnte somit auf einschlägige Berufserfahrung verweisen.

So eröffnete das Warenhausunternehmen Leonhard Tietz AG im Jahr 1913/14 eine neue Filiale in Köln – herausragend dabei war ein «modern anmutendes Marketingkonzept». Sagt Hanns Kropff, der 1913 als Leiter der Werbeabteilung für die neue Filiale verpflichtet wurde. Er erhielt umfassende Vollmachten auf den Gebieten der Innenarchitektur, der Waren- und Packungsgestaltung, der Anzeigen- und Drucksachenwerbung, der Schaufensterdekoration sowie der Repräsentation gegenüber der Presse. Diese Tatsache und seine Weisungsbefugnis gegenüber den Abteilungsleitern zeigt, wie einflussreich diese Stellung war.⁷²

Mitte der 20er Jahre war die Werbeabteilung in der Markenartikelindustrie bereits so fest etabliert, dass sie auch bei der Neugründung eines Unternehmens zu den zentralen Planungsbestandteilen gehörte. Die Elida Parfümerie AG, die 1925 in Leipzig gegründet wurde und bis 1928 eines der erfolgreichsten deutschen Markenartikelunternehmen war, stellte den Werbeleiter Hanns F. J. Kropff von Anfang an an die Spitze einer «Zentral-Reklame-Abteilung» und übertrug ihm weitreichende Vollmachten.⁷³

Infolge des «Anschlusses» Österreichs an Deutschland war es vor allem der «Reichsverband der Werbungtreibenden» (RdWt), der das nationalsozialistische Werbewesen in die «Ostmark» verpflanzte. 1938 wurde in Wien eine Tagung abgehalten, in der die Wege zur Erreichung dieses Ziels festgelegt wurden. Prominenter Referent war Hanns F. J. Kropff: Er sprach über das Thema «Wie werbe und verkaufe ich in Österreich?»⁷⁴ Kropff war ab 1938 als Vertreter der «Ostmark» an prominenter Stelle im Werberat der deutschen Wirtschaft an Lenkung und Kontrolle der Werbewirtschaft im «Dritten Reich» beteiligt.⁷⁵ Nach Rücker ist hier zu fragen, ob Kropff «Parteikarrierist oder früherer Ministerialbeamter» war.⁷⁶ Nachdem letzteres ausgeschlossen werden kann, muss die Forschung auf den Aspekt der NS-Karriere des Hanns F. J. Kropff gelenkt werden.

Kropff war nicht nur Mitglied im Werberat der deutschen Wirtschaft,⁷⁷ sondern – neben Carl

⁷² vgl. Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 29. Nach den Erinnerungen des Werbeleiters Kropff: *Vom Ramschluden zum bewunderten, modernen Warenhaus. Nach den Erinnerungen aus den Jahren 1908-1918*. In: *Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung* 9 (1963), 358-380.

⁷³ Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 32. Nach Hanns W. Brose: *Elida*. In: *Die Reklame* 21 (1928), 241.

⁷⁴ *Seidels Reklame. Werben und Verkaufen* 22 (1938), 269-277, 334-336. zit. n. Reinhardt. *Von der Reklame zum Marketing*, 133.

⁷⁵ vgl. Westphal, *Werbung im Dritten Reich*, 105-106.

⁷⁶ Rücker, *Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus*, 357. (= Anm. 10)

⁷⁷ Im Rahmen künftiger Forschungen verdienen auch die österreichischen Vertreter in nationalsozialistischen Branchenverbänden über Kropff hinaus nähere Betrachtung. An Fachverbänden sind nicht nur Werberat der deutschen Wirtschaft, sondern auch die von ihm als «weisungsbefugter Dachverband» kontrollierten Verbände zu nennen, etwa Nationalsozialistische Reichsfachschaft Deutscher Werbefachleute, Reichsverband der Werbungtreibenden, Reichsverband der deutschen Werbungsmitler, Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger, Reichsverband der deutschen Zeitschriftenverleger, Reichsverband für Aussenwerbung, Reichsverband des Adress- und Anzeigenbuchverlagsgewerbes und andere. Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 129-148, insb. 144.

Hundhausen⁷⁸, Hans Domizlaff und Egon Juda als prominenten deutschen Werbefachleuten – auch Mitglied der «Arbeitsgemeinschaft für Innerbetriebliche Werbung» (AIW), die mit Kriegsbeginn von der NSRDW gegründet wurde. Ziel dieses Gremiums war, «durch Aufklärung und Werbung die naturgegebene Bereitschaft der Gefolgschaften zur Vollbringung von Leistungen» zu verstärken; sprich: die Belegschaften sollten «zum Nutzen der Volksgemeinschaft» zu «überdurchschnittlicher Leistungsbereitschaft» angespornt werden.⁷⁹ Hundhausen schlussfolgerte, dass der Krieg als «Vater aller Dinge» bewusst gemacht habe, dass «unablässiges Ringen» erforderlich ist, um die Haltung der Gefolgschaften unserer Unternehmungen und Betriebe nach innen und aussen» zu sichern.⁸⁰

Derselbe war es, der 1953 im Geleitwort zum Band 2 seiner Reihe «Grundriss der Werbung» zu einer Lobeshymne auf seinen Kollegen Kropff⁸¹ anhebt:

*Die deutschen Werbefachleute grüssen in Hanns F. J. Kropff, der am 7. August 1952 seinen 70. Geburtstag beging, den unerschrockenen Kämpfer und den mutigen Bekenner in ihrem Bereich, den berufs- und welterfahrenen Praktiker und den anerkannten Gelehrten ihres Fachgebietes.*⁸²

Schon in seiner ersten Schrift («Wie werde ich Reklame-Chef?») weist Kropff darauf hin, dass die wissenschaftliche Durchdringung der Werbung und die «Errichtung geistiger Fundamente» unerlässlich seien. Zwei Jahre später (1928) legt er zusammen mit Bruno W. Randolph eines der ersten deutschsprachigen Werke über die «Marktanalyse» vor. Hundhausen kommentiert es später als «Markstein im absatzwirtschaftlichen Denken und in der Auffassung vom Absatzmarkt in Deutschland überhaupt»⁸³. 1934 folgt die «Psychologie in der Reklame als Hilfe zur Bestgestaltung des Entwurfs». Dieses Buch galt bald als Standardwerk der wissenschaftlichen Literatur über Werbung.

Weitere Publikationen folgen schon in der Zeit nach dem «Anschluss» Österreichs. Unübersehbar machte auch die Wissenschaftlichkeit Kropffs einen Wandel (?) durch. Was 1934 noch verschlüsselt wird als «Wünsche und Bedürfnisse», liest sich an anderer Stelle bereits eindeutiger. Und während etwa Passagen in dem 1941 erschienenen Werk «Die psychologische Seite der Verbrauchsforschung»⁸⁴ noch daran denken lassen, dass Kropff dem Regime gegenüber verhalten, ja gar distanziert ist, zeigt seine 1939 publizierte «Totalität der Werbung» unverhohlenen Eifer «im Dienst der nationalsozialistischen Werbelehre».⁸⁵

⁷⁸ Zur Karriere von Carl Hundhausen im Nationalsozialismus und danach bietet Heinelt, *PR-Päpste* aufschlussreiche Erkenntnisse (eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich auf den Seiten 189-209).

⁷⁹ Zur «Arbeitsgemeinschaft für Innerbetriebliche Werbung» siehe etwa Heinelt, *PR-Päpste*, 45-47.

⁸⁰ Carl Hundhausen: *Absatzwerbung und Betriebswerbung, Ein Beitrag zu dem Problem «Public Relations», «Innerbetriebliche Werbung» und Werbung im Kriege*. In: *Der Markenartikel. Monatsschrift zur Förderung der Qualitätsware* 7 (1940), Nr. 4, 69-77, hier 77; zit. n. Heinelt, *PR-Päpste*, 45.

⁸¹ Hundhausen wie auch Kropff waren nach 1945 an der Universität Frankfurt/Main tätig und gemeinsam mit anderen Protagonisten der NS-Werbelehre als prominente Redner beim «Reklame-Kongress» des «Zentralausschusses der Wirtschaft» 1951 aufgetreten. Vgl. Heinelt, *PR-Päpste*, 82-83.

⁸² Carl Hundhausen: *Geleitwort*. In: Hanns F. J. Kropff: *Die Werbemittel und ihre psychologische, künstlerische und technische Gestaltung*. (= Grundriss der Werbung 2). Essen 1953, 5.

⁸³ vgl. ebd.

⁸⁴ Hanns F. J. Kropff: *Die psychologische Seite der Verbrauchsforschung. Ein Beitrag zur Verbesserung der Marktforschung und damit der Warenherstellung, der Werbung und des Verkaufs*. Leipzig 1941. Insbesondere im Vorwort (III-VI) verweist Kropff zu grossen Teilen auf US-amerikanische Literatur und deren Verfasser – «Psychologen von Rang».

⁸⁵ Hanns F. J. Kropff: *Totalität der Werbung. Ein Beitrag zur Vorbereitung ihrer Rationalisierung und zum Einbau in die neue Absatzlehre*. (= Marktwirtschaft und Verbrauch 2). Berlin 1939.

Hundhausen beschreibt dies 1953 so:

Im Kriege erscheint die Studie «Die psychologische Seite der Verbrauchsforschung», deren letzte Forderungen bereits in einer 1939 erschienenen Schrift ihren Ausdruck fanden: «Die Werbelehre ist die notwendige Ergänzung der Wirtschaftswissenschaft.» – «Für die Werbeausbildung der Unternehmer und Betriebsführer ist die Hochschule der richtige Platz [...]»⁸⁶

Die 1939 erschienene Schrift ist «Totalität der Werbung». Was Hundhausen verschweigt, sind andere Forderungen Kropffs in dem schon vom Titel weg gänzlich als NS-Schrift zu klassifizierenden Machwerk. Kropff hebt etwa an mit einem bewundernden Kniefall vor dem Nationalsozialismus:

Seit der Machtübernahme erhält die Werbung in Deutschland eine immer steigende Bedeutung. Die Stellung des Führers zur politischen Propaganda ist eindeutig festgelegt in seinem Buch «Mein Kampf», in seinen grossen politischen Reden, in seinen Anmerkungen bei besonderen Gelegenheiten. Sie wird eindeutig dokumentiert durch die Entwicklung des Propagandaministeriums, dessen Leiter Reichsminister Dr. Goebbels die Werbung in ihrer Form als politische Propaganda zu einem wichtigen Mittel der Staatsführung gemacht hat. In dem Masse, in dem die Wirtschaftspolitik in eine einheitliche Linie mit der Staatspolitik gebracht wurde, musste auch die Wirtschaftswerbung eine totale Gleichrichtung erfahren.»⁸⁷

Dieses Instrument der «Gleichschaltung» ist der Werberat der deutschen Wirtschaft, dessen umtriebige Mitglied Kropff zu diesem Zeitpunkt bereits war. Dieses Gremium sichere «die Einheit der Haltung des Werbenden» und verbinde so «organisch Werbung und Wirtschaftspolitik». Werbung wird für Kropff somit willfähiges Instrument des Regimes, Werbung sei «nicht mehr Angelegenheit der Privatwirtschaft, sondern ihre Aufgaben machen sie zu einem Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik»⁸⁸, Werbung wurde in die Reihe der «staatspolitischen Aufgaben gestellt» und gehöre somit zu den «geistigen Führungsmitteln».⁸⁹ Diese Einstellung wird auf den folgenden rund 50 Seiten mehrfach deutlich und eindringlich erörtert. Kropff fordert nicht nur den «totalen Geist in der Werbung»⁹⁰, sondern sieht in der «Lenkung der Verbraucher» eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Wirtschaftswerbung.⁹¹ «Die Einheitlichkeit der Staatslenkung bedingt die Einheitlichkeit der Wirtschaftslenkung. Alle Einzelteile – also auch die Werbung, haben sich einzuordnen.»⁹² Kropff, beseelt von der Einheitlichkeit der Werbung, versucht in der Folge eine Eingrenzung des Begriffs «Werbung» aus verschiedenen Perspektiven. «Werbung» sei anderen Begriffen deshalb vorzuziehen, da dieses «deutsche Wort» alles Wesentliche umfasse.⁹³ «Propaganda» sei deshalb abzulehnen, da dieser Begriff für «alle Aufgaben des Propagandaministeriums» stehe; «Reklame» sei zu eng, da es «immer dort gebraucht und verstanden wird, wo es sich um ein Gebiet rein geschäftlichen Geldverdienens handelt – schon diese Stigmatisierung als ein Ausdruck rein kapitalistischer Interessen machen es für uns unverwendbar.»⁹⁴

⁸⁶ Hundhausen, *Geleitwort*, 5.

⁸⁷ Kropff, *Totalität der Werbuna*, 5.

⁸⁸ ebd., 6.

⁸⁹ ebd.

⁹⁰ ebd., 5,10.

⁹¹ ebd., 9.

⁹² ebd., 11.

⁹³ ebd., 12.

⁹⁴ ebd. Unverkennbar sind an dieser Stelle die antisemitischen Untertöne: Schon in Kapitel I wurde dargelegt, welche Assoziationsketten und Stigmatisierungen von den Nationalsozialisten aufgebaut wurden. So wurde Reklame zum «jüdischen» Begriff und alles Jüdische mit Schmarotzertum, Kapitalismus und Geldgier gleichgesetzt.

«Nach der psychologischen Begriffsbestimmung» sei die Definition von Werbung als «Erregung von Aufmerksamkeit und Interesse bei der Allgemeinheit» zu eng geworden. Vielmehr sei Werbung «ein Mittel zur Aufklärung und Erziehung der breiten Massen, zur Schaffung von Überzeugung und Vertrauen [...]. Sie ist ein Mittel zur Lenkung des Bedarfes und dadurch der Verbraucher [«.].»⁹⁵ Schliesslich: «Die totale Wirkung der Werbung ist ohne Hilfe der Psychologie undenkbar.»⁹⁶ Damit benennt Kropff nicht nur die wissenschaftlichen Fundamente für eine totale Wirkung der Werbung, sondern fordert auch die hochschulgebundene «Werbe-Ausbildung für Unternehmer und Betriebsführer».⁹⁷ Kropff führt als Vorbild für die wissenschaftliche Fundierung der Werbelehre US-amerikanische Publikationen, Zeitschriften, Hochschul-Curricula und Werbeforscher an.⁹⁸ Letztlich fordert er die Verankerung der Ausbildung zum Werbefachmann an den Hochschulen im Rahmen der Betriebswirtschaftslehre, einem «Fach der Zukunft»⁹⁹.

Hanns F. J. Kropff entsprach seiner Forderung, die Werbelehre an den Hochschulen zu verankern, indem er selbst Lehraufträge an der Hochschule für Welthandel (heute: Wirtschaftsuniversität) in Wien wahrnahm. Anhand der Vorlesungsverzeichnisse und Akten der Hochschule für Welthandel lässt sich rekonstruieren, dass Kropff spätestens ab 1936 Lehrveranstaltungen abgehalten hat. Beginnend mit Sonderkursen mit dem Titel «Werbewesen» spannt sich seine Lehrtätigkeit bis zumindest 1943. Im Studienjahr 1936/37 war Kropff etwa für «Psychologie in der Reklame» zuständig. Ein gleichnamiges Institut unter seiner Leitung befand sich in der Josefstädterstrasse im achten Wiener Bezirk und siedelte im Jahr darauf in die Schellinggasse um. Ab dem Studienjahr 1941/42 lehrt Kropff «Angewandte Psychologie in der Absatzwirtschaft». Sein Vorgesetzter als Vorstand des Reklamewissenschaftlichen Institutes von 1936 bis 1945 war Karl Seidel. Noch steht eine nähere Beleuchtung seiner Tätigkeit in der Lehre aus. So gilt es etwa, Fragen nach Dissertationen zu beantworten, die unter seiner Betreuung entstanden.

Kropff war aber nicht nur fest im Wirtschaftsleben verankert, als eifriger Fachpublizist sowie als Dozent tätig, sondern er bekleidete auch Verbandsfunktionen und war massgeblich an Werbefachzeitschriften beteiligt. Ab 1926 war er Leiter des Redaktionskomitees des *Kontakt*, des «offiziellen Organs des Schutzverbandes der Reklametreibenden Österreichs».¹⁰⁰ Er war auch Vorstandsmitglied dieses Verbandes. In der ersten Ausgabe stellte er klar: «Kontakt ist nötig in der österreichischen Reklame.»¹⁰¹ Kropff führt hier auch die Gründe für die Gründung des Schutzverbandes und des *Kontakt an*, macht im weitesten Sinne «Werbung für die Werbung». Es gehe um die Entwicklung der Reklame in künstlerischer, technischer und organisatorischer Hinsicht, Ideen sollten über die Grenzen hinweg verbreitet werden. Er stellt einen Zusammenhang zwischen Massenelend und durch die Steuer gedrosselte Reklame her. Der Schutzverband solle ein «Zusammenschluss aller guten Elemente» sein. Er plädiert weiters dafür, Werbung auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen, wie etwa in den USA, wo Werbung als «sozialer Wohltäter» gesehen werde. *Kontakt* soll ermöglichen, dieses Niveau auch in Österreich zu erreichen. Werbung sei «Propaganda von Ideen» und «Verbreiter von Aufklärung». Sein Grundsatz «Wahrheit in der Reklame und Frieden durch Reklame». An anderer Stelle sollten diese Grundsätze in noch eindeutigerer Form auftauchen.

⁹⁵ ebd., 17-18.

⁹⁶ ebd., 18.

⁹⁷ ebd., 20ff., 25ff.

⁹⁸ ebd., 47.

⁹⁹ ebd., 58.

¹⁰⁰ *Kontakt* 1 (1926), Heft 1,1. Der *Kontakt* erschien bis 1931.

¹⁰¹ ebd.

Auch die *österreichische Reklame*, das «offizielle Organ des Verbandes österreichischer Reklamefachleute und des Bundes österreichischer Gebrauchsgraphiker» bot ein publizistisches Forum für Kropff. Diese Zeitschrift erschien ebenso wie der *Kontakt* ab 1926, es dürften sich aber nur im Jahrgang 1928 Beiträge von Kropff hier finden.¹⁰² Die Gründe dafür liegen noch im Dunkeln: Möglicherweise sind diese in einer «Konkurrenzsituation» der als Herausgeber fungierenden Verbände zu suchen, möglicherweise gar darin, dass die Zeitschrift von einem jüdischen Verleger herausgegeben wurde (Leo Landau)¹⁰³ und einen jüdischen sowie einen «halb-jüdischen» Chefredakteur (Leo Unger bzw. Rudolf Bach) hatte. Weitere Autoren in der *österreichischen Reklame* waren etwa Viktor Mataja (der Autor des frühen Standardwerks «Die Reklame»¹⁰⁴) und August Lichal (Vertreter Österreichs beim Kontinentalen Reklame-Verband).

III.2 Kontinuitäten oder Brüche?

Eindrucksvoll lesen sich Werk und Wirken Kropffs in der Zeit des Nationalsozialismus. Doch was passierte mit der Integrationsfigur nationalsozialistischer Werbelehre nach 1945? Hier verliert sich zunächst seine Spur. In Wien und insbesondere auch an der Hochschule für Welthandel gab es für Kropff offensichtlich keine Zukunft mehr. Ab 1949 tritt Kropff wieder als Autor auf – im *Fachblatt für Wirtschaftswerbung*, ab 1949 herausgegeben von der Innung des wirtschaftlichen Werbewesens. Eine kontinuierliche Karriere nimmt seinen Lauf. Kropff wird geführt als Werbefachmann, Markt- und Verbrauchsforscher sowie Präsident des Instituts für Industrieforschung in Wien, «dessen Hauptaufgabe die wirtschaftliche Forschung und praktische Beratung für industrielle Unternehmen aller Art darstellt. Durchgeführt wurden Markt- und Verbrauchsforschung, Produktions-, Absatz- und Werbepflege».¹⁰⁵ Kropff hat also in der österreichischen Fachpublizistik schnell den Anschluss wieder gefunden. Weitere Autoren dieser Fachzeitschrift sind – wie schon im *Kontakt* bzw. der *österreichischen Reklame* Rudolf Bach bzw. August Lichal.

Ab 1950 lässt sich seine Fährte in Deutschland wieder aufnehmen: In diesem Jahr übersiedelte Kropff nach München, wo er seine Publikationstätigkeit wieder aufnimmt und das «Werbewissenschaftliche Institut» aufbaut.¹⁰⁶ In weiterer Folge nimmt er ab 1953 eine Stelle als Honorarprofessor an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main an.¹⁰⁷

¹⁰² Etwa in Heft 11/12 1928: *Das Schlagwort im Inserat*, S. 7; Heft 13: *Frauen als Käuferinnen*, S. 17; Heft 15: *Kunst und Technik des Textschreibens*, S. 9.

¹⁰¹ Verlag C. Barth in Wien I., Hessgasse 7 – an dieser Adresse war ab 1942 das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien untergebracht. Dies kann als Hinweis für eine infolge des «Anschlusses» erfolgte «Arisierung» des Verlags und eine Weiterverwendung als nationalsozialistisches wissenschaftliches Institut gewertet werden. Nähere Forschungen stehen noch aus.

¹⁰⁴ Viktor Mataja: *Die Reklame. Eine Untersuchung über Ankündigungswesen und Werbetätigkeit im Geschäftsleben*. München/Leipzig 1910ff. Siehe dazu auch die Buchbesprechung von Wolfgang Duchkowitz in: Christina Holtz-Bacha/Arnulf Kutsch (Hg.): *Schlüsselwerke für die Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden 2002, 296-298.

¹⁰⁵ *Werbung. Fachblatt für Wirtschaftswerbung* 1 (1949). Er publiziert etwa im ersten Jahrgang: Jänner: *Grundfragen der österreichischen Werbung*, S. 6-8 sowie fortgesetzt in Februar, S. 7 und 10. März: *Von der Reklame zur Werbung*, S. 1-3 und 10; Mai/Juni: *Marktgerecht und werbereif*, S. 1-4; Juli/August: *Innerbetriebliche Werbung als wertvolles Hilfsmittel zur Steigerung der industriellen Produktion*, S. 1-2; September: *Amerikanisches – allzu Amerikanisches*, S. 2-3; November: *Der erste Fachkongress nach dem Kriege*, S. 7-8; Dezember: *Literatur für den Werbefachmann* (Rubrik), S. 5.

¹⁰⁶ vgl. Heinelt, *PR-Päpste*, 46.

¹⁰⁷ Heinelt, *PR-Päpste*, 83. Kropff folgte Carl Hundhausen nach. Hanns F. J. Kropff: *Angewandte Psychologie und Soziologie in Werbung und Vertrieb. Der gegenwärtige Entwicklungsstand der Werbepsychologie unter Einbezug sozio-psychologischer Erfahrungen*. Stuttgart 1960.

IV Resümee und Ausblick

Welche Relevanz dem Phänomen der «geistigen .Arisierung» innewohnt, zeigt sich schon anhand der Betrachtung von Werk und Wirken Hanns F. J. Kropffs. Dieser kann vor dem Hintergrund der in diesem Beitrag zusammengeführten Bausteine weitestgehend als geistiger «Arisseur» bezeichnet werden. Als Werbetheoretiker mit einer kontinuierlichen Karriere von der Ersten Republik, der Zeit des Austrofaschismus über den Nationalsozialismus bis in die Zeit nach 1945. Er hatte seine «Wiener Schule» der Werbeforschung zunächst in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt und nach 1945 weiter vorantreiben können – wenn auch von München bzw. Frankfurt aus.

Im Rahmen dieses Beitrags wurde versucht darzustellen, welche Faktoren für eine umfassende Erforschung der Werbung im Austrofaschismus, besonders aber im Nationalsozialismus und danach von Bedeutung erscheinen. Es gilt, Fragen nach personellen und inhaltlichen Kontinuitäten im Bereich der Werbebranche nach 1945 zu stellen. Welche Proponenten nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik und -praxis sind verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der «Arisierung»; aber auch: welche sind auch nach 1945 in Verbandsfunktionen, als Unternehmer, als Werbetheoretiker und im Bereich der Branchenpublizistik tätig? Anders gefragt: Wer waren die Personen, die schon vor 1938, zwischen 1938 und 1945 sowie danach Funktionen in Verbänden, Standesvertretungen, im Bereich der Werbepaxis oder der Werbelehre hatten?

Genauso muss im weiteren Verlauf der Forschung nach anderen Personen in der Werbelehre und der Werbepaxis aus der Zeit vor 1938 bzw. im Nationalsozialismus gesucht werden, die möglicherweise ebenso geistige «Arisierung» betrieben haben oder diesem Phänomen Vor-schub geleistet haben. Von Forschungsinteresse sind hier etwa Karl Oberparieiter oder Rudolf Bach.

Karl Oberparieiter war schon vor 1938 an der Hochschule für Welthandel tätig und nach 1945 viermal Rektor derselben. Er gilt als Begründer der betriebswirtschaftlichen Verkehrslehre und betreute auch in der Zeit des Nationalsozialismus einschlägige Dissertationen. Das Werbewissenschaftliche Institut an der Hochschule für Welthandel geht zurück auf den Wiener «Werbepionier» Viktor Mataja. 1949 wurde an der Hochschule für Welthandel der Universitätslehrgang für Werbung und Verkauf als Institution zur berufsbegleitenden Weiterbildung gegründet.

Rudolf Bach war Wiener Werbeberater und ab 1926 Hauptschriftleiter der *österreichischen Reklame*. 1927 war Bach Referent Österreichs auf dem Weltreklamekongress in Berlin; dort erhielt er eine Auszeichnung für sein Referat über Ethik in der Werbung. Ab 1934 war Bach bei der Markenartikelfirma Franck und Kathreiner beschäftigt. Laut der Auswertung der Akten aus dem KZ-Verband stand Bach der sozialistischen Partei bis zu deren Verbot 1934 nahe. Ungeklärt ist, warum Bach als «Mischling 1. Grades» bis 1944 in Berlin als freier Werbeberater tätig sein konnte und erst dann aufgrund «politischer Unzuverlässigkeit» in ein Zwangsarbeitslager eingewiesen wurde. Nach 1945 war Bach wieder in Wien als Werbeberater und Redakteur in Branchenblättern tätig.

Es geht keinesfalls darum, Personen ob ihrer (von Überzeugung geleiteten) Tätigkeit im und für das NS-Regime zu verurteilen. Vielmehr sollen Brüche und Kontinuitäten auf theoretischer und inhaltlicher Ebene aufgespürt werden sowie die daraus resultierenden Konsequenzen für die Entwicklung des Fachs geklärt werden. Konkret betrifft dies Fragen nach der verhinderten Remigration vertriebener Intelligenz, das Weiterwirken totalitärer Gedanken in der Werbelehre und das Schweigen der prominenten Fachvertreter zu den Verwicklungen in den Nationalsozialismus. Erst nach Klärung dieser Fragen kann im Sinne der Typologisierung von «Hand-

lungsweisen im NS-Regime und danach»¹⁰⁸ die Frage gestellt werden, ob es sich bei den für die Werbung im Nationalsozialismus relevanten Personen um Konformisten, Opportunisten oder doch um Opfer handelt.

Erst in den 50er Jahren erfolgte mit dem (Re-)Import der werbetheoretischen Erkenntnisse und der praktischen Umsetzung zumeist US-amerikanischer Werbe- und Warenästhetik die Verankerung der Werbelehre an den kommunikationswissenschaftlichen Instituten. Zu dieser Zeit erfolgte mit der Ausweitung der Erkenntnisobjekte um Film und Fernsehen sowie der Hinzunahme der Werbung, der (damals noch wenig ausdifferenzierten) PR-Lehre und auch der Markt- und Meinungsforschung die Ausweitung des Faches von der Zeitungswissenschaft zur Publizistikwissenschaft. Nach der Wiederbegründung des Institutes für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien finden sich etwa erstmals Mitte der 50er Jahre Lehrveranstaltungen zu Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.

Nach der totalitären und propagandistischen Überformung während der Zeit des NS-Regimes wurde die Werbelehre ab den 50er Jahren nicht nur als Teil der neu formierten Publizistikwissenschaft «adoptiert», sondern wurden Werbetheoretiker der Zeit des Austrofaschismus bzw. des Nationalsozialismus wieder in ihren angestammten Bereichen aktiv. Hier ist nach etwaigen Kontinuitäten in deren Denktraditionen zu fragen. Werbung als Teil der psychologischen Kriegsführung – mit denselben Dogmen wie Propaganda – ging somit auch eine akademische Symbiose ein. Mit denselben Prämissen wie die psychologische Kriegsführung: Überzeugung, Gewinnung, Beeinflussung, Lenkung und Absatz – gerichtet an ein disperses (Massen-)Publikum.

Dass Werbung/Propaganda und Öffentlichkeitsarbeit in diesem Zeitraum nicht trennscharf voneinander abzugrenzen sind – weder in theoretischer noch methodologischer Hinsicht – demonstriert eindrucksvoll Peer Heinelt in seiner bereits zitierten Betrachtung der «PR-Päpste».¹⁰⁹ Heinelt zeigt anhand der Biographien und Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger, dass es vor allem jene drei waren, die die «PR» gleichsam in einem artifiziellen und teils «herbeigeschriebenen» Akt nach 1945 – für sich und ihre zu verschweigende NS-Vergangenheit – von der Werbung abtrennten. Dass die Dogmen und Leitlinien ihrer Tätigkeit unter den terminologischen Differenzierungen weitestgehend gleich blieben, sei hier ebenso erwähnt. Denn allesamt zählten sie in ihren Bereichen zu Vordenkern des Nationalsozialismus bzw. der totalitären Werbung/Propaganda. Allesamt können sie auf eindrucksvolle «Nachkriegs»-Karrieren verweisen. Parallelbeziehungen von Hanns F. J. Kropff zu Hundhausen, aber auch zu Ronneberger und Oeckl wurden bereits erwähnt. Die künftige Forschung wird sich mit diesen Netzwerken noch näher auseinandersetzen müssen – vor allem mit dem Aspekt der möglichen gegenseitigen theoretischen Befruchtung.

Auf der theoretischen Ebene ist die Einbettung der Werbetheorie und -lehre in den Machtapparat des NS-Staats und in die universitäre Zeitungswissenschaft auch für Österreich vor dem Hintergrund der gleichgeschalteten Propagandamaschinerie von Goebbels und anderen «Lenkern» des Regimes zu sehen. Dies ist deswegen von besonderem Interesse, als die «Dogmengeschichte» der Werbung (und in einem grösseren Zusammenhang der Kommunikationswissenschaft generell) diesen Faktor bislang nur unzureichend betrachtet hat. Insbesondere die Standardwerke zu Werbung und PR gehen – so sie überhaupt die Geschichte der Werbung mehr als nur stichwortartig betrachten – auf die Wurzeln der Werbung in der politischen Pro-

¹⁰⁸ siehe dazu den Beitrag von Horst Pöttker in diesem Band.

¹⁰⁹ Heinelt, *PR-Päpste*. Die Zusammenfassung seiner Erkenntnisse zu «theoretischen Kontinuitäten und Diskontinuitäten» findet sich auf den Seiten 201-209.

paqanda und des damit verwandten (totalitären) Auftrags der Verbrauchlenkung nur ungenügend ein. Sprich: Auch wenn die «moderne» Werbung als amerikanischer Import gesehen wird, so lassen sich (auch in den USA) die Herkunft/Wurzeln/Ursprünge in den (freilich je anders bezeichneten) «Zentren für psychologische Kriegsführung» finden. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Absatzlehre und politischer Propaganda ist vor allem in Kriegszeiten dies- und jenseits des Atlantik eminent. Die Dogmen lauteten: Persuasion und Lenkung – gleichzusetzen mit Propaganda im zeitungswissenschaftlichen Sinne. Welche Relevanz dieses Thema für die Theorie- und Dogmengeschichte der Kommunikationswissenschaft hat, zeigt etwa der zumindest bis 1960 virulente Konflikt zwischen der europäischen und der amerikanischen Motivforschung.

Dass der Faktor der «geistigen Arisierung» in Österreich auch mit dem Re-Import der US-amerikanischen Waren- und Werbelehre und -ästhetik stark in Zusammenhang steht, erläutert aktuell Rainer Gries in der Betrachtung der Motivforschung Ernest Dichters. Dieser emigrierte aufgrund des Nationalsozialismus in die USA. Selbst kam er nach dem Zweiten Weltkrieg lediglich als Besucher in seine alte Heimat. Seine Lehre der Motivforschung freilich fand über vielfältige Anwendungen in der Werbung, in der Produkt- und Warenästhetik ihren Weg nach Europa. Auch diesen Aspekt gilt es, im Rahmen eines grösseren Projekts zu betrachten.

Denn neben Kropff begann sich im Österreich der 30er Jahre auch eine «alternative» Schule der Werbepsychologie auszubilden – im Rahmen der an anderer Stelle erwähnten «Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle». Namhafte Proponenten wie Paul F. Lazarsfeld oder Ernest Dichter (vor seiner Emigration 1937: Ernst) seien als die zwei wichtigsten Exponenten dieser Stelle genannt.¹¹⁰ Wenngleich die Erkenntnisse erst im Exil verdichtet wurden, wirkte diese tiefenpsychologische, qualitative Ausrichtung bis weit nach 1945 nach.

Seiner theoretischen Fundierung blieb auch Kropff nach 1945 treu, nicht anders sind die bis an das Ende seiner Karriere dauernden «Papierkriege» gegen die US-amerikanische Motivforschung, namentlich gegen Ernest Dichter, zu erklären. Vor allem Dichters Vorstellungen von einer tiefenpsychologisch orientierten und auf die kommerzielle Marktforschung ausgerichteten Motivforschung, forderten Kropff des Öfteren zu scharfer Kritik heraus. Die Motive dafür lassen sich nicht nur auf fachlich-theoretischer Ebene ausmachen. Kropff kommentiert dies 1960 in Anbetracht der Darstellung der Entwicklung der Werbepsychologie bei Dichter so:

*Von der Entwicklung einer eigenständig deutschen qualitativen Verbrauchs- und Werbeforschung, wie sie in den Jahren 1938 bis 1943 stattfand, spricht Dichter ebenfalls nicht. Das ist allerdings erklärlich, denn er ist 1936 von Wien nach den USA gegangen und konnte dort kaum Gelegenheit haben, die Veröffentlichungen zu verfolgen, die in diesem Zeitraum in deutschen Büchern und Zeitschriften erschienen sind.*¹¹¹

Dies kann bloss als zynisch klassifiziert werden: Noch 25 Jahre nach der von den Nationalsozialisten erzwungenen Emigration wurde dem österreichischen Sozialforscher jüdischer Abstammung «Fahnenflucht» vorgeworfen. Noch Jahre nach dem Ende des NS-Regimes sollten sich die «Kristallisationspunkte» einzelner werbepsychologischer Zugänge einen Papierkrieg liefern. Allen voran Dichter und Kropff.¹¹²

¹¹⁰ vgl. dazu jüngst Gries: *Die Geburt des Werbeexperten*.

¹¹¹ Hanns F. J. Kropff: *Motivforschung. Methoden und Grenzen*. Essen 1960, 427.

¹¹² siehe Gries, *Die Geburt des Werbeexperten*.

Auch wenn Kropff an anderer Stelle die Erkenntnisse Dichters lobend erwähnt, bleibt als Essenz eine implizite Ablehnung dieser mit Methoden der Tiefenpsychologie operierenden und «kommerziell orientierten» Verbrauchsforschung.¹¹³ So wurde 1957 auch eine Tagung des Arbeitskreises für Betriebswirtschaftliche Markt- und Absatzforschung abgehalten, dessen Thema «Auseinandersetzung mit Dr. Ernest Dichter» sein sollte – freilich ohne den Betroffenen einzuladen. Schliesslich wurde der Titel in «Warum Kunden kaufen» abgeändert. Dennoch bemühten sich die Referenten, die Motivforschung Dichterscher Provenienz zu kritisieren. Als prominente Rednerin trat eine in der damaligen Publizistikwissenschaft aufstrebende Person auf: Elisabeth Noelle-Neumann.¹¹⁴ In ihrem Beitrag beklagte sie den «wirren Charakter der Auseinandersetzung über das, was Motivforschung leisten soll». Die Begründung für ihre scharfe Kritik sei «langjährige Praxis wie ihre Beschäftigung mit den wissenschaftlichen Grundlagen der Meinungsforschung».¹¹⁵ Die Kritik spitzt sich in ihrem finalen Urteil zu: «Um es einmal ganz deutlich zu sagen, Tiefeninterviews der Art, wie sie im Zusammenhang einer Dichterschen Motivanalyse durchgeführt werden, sind allein für sich genommen weder für klinische Zwecke geeignet, noch taugen sie zur statistischen Analyse.»¹¹⁶ Kropff hebt Noelle-Neumann dafür auch lobend hervor, «vor allen Dingen deshalb, weil sie den schönen Mut der unbekümmerten Offenheit zeigte.»¹¹⁷

Dieser Nebenaspekt verdient in Zukunft noch grössere Beachtung. So müssen etwa die personellen und inhaltlichen Kontinuitäten im Denken Kropffs und die Verstrickungen anderer namhafter Fachvertreter der frühen Kommunikationswissenschaft in die werbepsychologische Diskussion erforscht werden. Denn die Dogmengeschichte der Werbung ist eine Dogmengeschichte der Kommunikationswissenschaft – und auf der Ebene der Ideen- und Sozialgestalt untrennbar mit dem Fach und seiner Geschichte verbunden.

¹¹³ An anderer Stelle wurde auf Kropffs Ablehnung des Begriffs Reklame hingewiesen. Die Begründung deckt sich mit den Gründen seiner Ablehnung der Motivforschung, wie sie etwa Dichter vertrat. Vgl. Anm. 94.

¹¹⁴ Kropff: *Motivforschung*, 410-411.

¹¹⁵ ebd., 410. Noelle-Neumanns Beitrag ist abgedruckt in: *Die Anzeige*, März 1958.

¹¹⁶ ebd., 411.

¹¹⁷ ebd.

Auswahlbibliographie Hanns F. J. Kropff: (eigenständige Publikationen)

Wie werde ich Reklame-Chef? Ein Wegweiser für alle, die Reklame als Beruf wählen und für jene Geschäftsleute, die ihre Werbung selbst besorgen wollen. Wien 1926.

(gern. m. Bruno Randolph) *Marktanalyse. Untersuchung des Marktes und Vorbereitung der Reklame.* München 1928.

Psychologie in der Reklame als Hilfe zur Bestgestaltung des Entwurfs. Stuttgart 1934.

Totalität der Werbung. Ein Beitrag zur Vorbereitung ihrer Rationalisierung und zum Einbau in die neue Absatzlehre. (= Marktwirtschaft und Verbrauch 2). Berlin 1939.

Stand und Zukunftsentwicklung der Wirtschaftspsychologie in Deutschland. Mit besonderer Betonung der Absatzwirtschaft. Leipzig 1941.

Die psychologische Seite der Verbrauchsforschung. Ein Beitrag zur Verbesserung der Marktforschung und damit der Warenherstellung, der Werbung und des Verkaufs. Leipzig 1941.

Die erste Public-Relations-Campagne in Deutschland. Erfolgreiches Beispiel der Anwendung von Prinzipien, Methoden und Mitteln der Wirtschaftswerbung zur Ausbreitung nationaler, sozialer und kultureller Ideen, o.O.1953

Die Werbemittel und ihre psychologische, künstlerische und technische Gestaltung. (= Grundriss der Werbung 2). Essen 1953, 2. Aufl. Essen 1961.

Neue Psychologie in der neuen Werbung. Methodische Grundlagen für die praktische Anwendung. Stuttgart 1951. (= 2. Auflage der Psychologie in der Reklame)

Wörterbuch der Werbung. (= Grundriss der Werbung 6). Essen 1959.

Angewandte Psychologie und Soziologie in Werbung und Vertrieb. Der gegenwärtige Entwicklungsstand der Werbepsychologie unter Einbezug sozio-psychologischer Erfahrungen. Stuttgart 1960. (= 3. Auflage der Psychologie in der Reklame)

Motivforschung. Methoden und Grenzen. (= Grundriss der Werbung 8). Essen 1960.

Autorinnen und Autoren

Averbeck Stefanie, Dr. phil., * 1967, ist wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft der Universität Leipzig. Studium der Publizistikwissenschaft, Politologie und Romanistik an der Universität Münster. Dort Promotion 2000 mit einer Arbeit über die Theoriengeschichte der Zeitungswissenschaft. Berufstätigkeiten im Journalismus (u.a. freie Mitarbeiterin beim *Westdeutschen Rundfunk*) und als PR-Beraterin in einer Agentur. Arbeitet an einem Habilitationsprojekt über Kommunikationstheorien in Frankreich. Publikationen u.a.: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft 1927-1934*. Münster, Hamburg 1999; *Die französische Kommunikationswissenschaft, semiotische Perspektiven und die Sphären der Postmoderne*. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 48. Jg. 2000, Nr. 3, S. 396-404; *Zerfall der Öffentlichkeit? Sozialwissenschaftliche Diagnosen in der Zeit der Weimarer Republik*. In: Otfried Jarren/Kurt Imhof/Roger Blum (Hrsg.): *Zerfall der Öffentlichkeit?* Opladen 2000, S. 97-111; *The post-1933 emigration of communication researchers from Germany. The lost works of the Weimar Generation*. In: *European Journal of Communication*, Vol. 16 2001, No. 4, S. 451-475.

Blaum Verena, Univ.-Prof. Dr. phil., geboren 1941. Bis 2002 Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Lüneburg. Forschungsschwerpunkte: Journalismus und Medienwissenschaft in der DDR, Journalismusgeschichte, deutsche Presse- und Filmgeschichte der 50er Jahre, Filmtheorie und -analyse.

Blum Roger (1945), Professor für Medienwissenschaft an der Universität Bern (seit 1989), studierte in Basel Geschichte und Staatsrecht, war 1971-78 im Kanton Baselland Parlamentsabgeordneter und arbeitete 1978-1990 als Journalist (zuerst als Ressortleiter Inland bei den *Luzerner Neusten Nachrichten*, dann als politischer Redakteur, als Mitglied der Chefredaktion und als Korrespondent im Berner Bundeshaus beim *Zürcher Tages-Anzeiger*). 1991-2001 Präsident des Schweizer Presserates, 1995-2003 auch Lehrbeauftragter für Medienwissenschaft an der Universität Basel, seit 1999 Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM). Publikationen (Auswahl): *Medien zwischen Geld und Geist* (1993, Hrsg., zusammen mit Werner Catrina und Toni Lienhard), *Die Aktualität* (1995, Hrsg., zusammen mit Katrin Hemmer und Daniel Perrin), *Das öffentliche Theater* (1995, Hrsg., zusammen mit Klaus Armingeon), *Steuerungs- und Regulierungsprobleme in der Informationsgesellschaft* (1999, Hrsg., zusammen mit Kurt Imhof und Otfried Jarren), *Helvetisches Stiefkind. Schweizerische Aussenpolitik als Gegenstand der Medienvermittlung* (2000, zusammen mit Heinz Bonfadelli und Bettina Nyffeler), *Zerfall der Öffentlichkeit?* (2000, Hrsg., zusammen mit Otfried Jarren und Kurt Imhof), *Journalisten in der Schweiz. Eigenschaften, Einstellungen, Einflüsse* (zusammen mit Mirko Marr, Vinzenz Wyss und Heinz Bonfadelli) und *Integration und Medien* (2002, Hrsg., zusammen mit Kurt Imhof und Otfried Jarren).

Bohrmann Hans, geboren 1940 in Berlin, Studium der Publizistik, Geschichte und Soziologie an der FU Berlin (ab 1959); Promotion bei Fritz Eberhard mit einer Arbeit über die Geschichte der deutschen Studentenzeitschriften (1967); danach wiss. Assistent am Institut für Publizistik der FU Berlin. 1972-1977 Akademischer Rat/Oberrat am Institut für Publizistik der Universität Münster. An 1977 Direktor des Instituts für Zeitungsforschung, Dortmund. Seit 1978 nebenamtlich Geschäftsführer des Mikrofilmarchivs der deutschsprachigen Presse in Dortmund und seit 1992 nebenamtlich Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Dortmund. Mit-

herausgeber des Readers *Gesellschaftliche Kommunikation und Information* (1973), Mitherausgeber der Reihe «Kommunikation und Politik» (1971ff); Mitherausgeber der Reihe «Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung» (1977ff); Mitherausgeber der Reihe «Edition und Dokumentation der NS-Pressenanweisungen» (1984ff), zahlreiche Aufsätze in Sammelwerken und Zeitschriften, u.a. in *Publizistik, Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte*.

Duchkowitsch Wolfgang, Dr. phil., geboren 1942; Univ. Prof., am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; Leiter des «Arbeitskreises für Historische Kommunikationsforschung»; Mitherausgeber der Zeitschrift *Medien & Zeit*; Leiter zahlreicher kommunikationshistorischer Projekte. Hauptarbeitsgebiete: Medien und Kommunikation zwischen Missbrauch und Aufklärung. Diverse medienhistorische Publikationen; Herausgeber zahlreicher Bücher, zuletzt *Journalismus als Kultur. Analysen und Essays* (gern, mit Fritz Hausjell u.a.). Opladen 1998; *Die österreichische NS-Pressen 1918-1933*. Wien 2001.

Fabris Hans Heinz, geb. 1942, Dr. phil., O. Univ. Prof., Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Arbeitsschwerpunkte: Journalismusforschung, österreichisches Mediensystem, Medien- und Kommunikationspolitik, Internationale Kommunikation, Interpersonelle Kommunikation. Neuere Publikationen: *Angewandte Kommunikationswissenschaft. Problemfelder, Fragestellungen, Theorie*. München 2002; Hans Heinz Fabris/Franz Rest (Hrsg.): *Qualität als Gewinn. Salzburger Beiträge zur Qualitätsforschung im Journalismus*. Innsbruck/ Wien/ München/Bozen 2001.

Hachmeister Lutz, geboren 1959, Studium Kommunikationswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Münster und Berlin; 1986 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland. Danach zunächst Medienredakteur des Berliner *Tagespiegel* (1987-1989), anschließend Berufung zum Direktor des Adolf Grimme Instituts in Marl (1989-1995). Er hat 1991 das Kölner Fernseh- und Filmfest (Cologne Conference) gegründet und bis 2001 geleitet und ist seit 1995 Partner in der Kölner Unternehmensberatung HMR International, 1999 Habilitation für Journalistik an der Universität Dortmund. 2000-2002 Jury-Präsident des Deutschen Fernsehpreises. Seit 1997 Regie und Konzeption für dokumentarische TV-Formate und Dokumentarfilme, u.a. «Hotel Provençal», «Das Gefängnis – Landsberg und die Entstehung der Republik», «Schleyer – Eine deutsche Geschichte». Publikationen u.a.: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. Berlin 1987; *Wer beherrscht die Medien? Die 50 grössten Medienkonzerne der Welt* (zus. mit G. Rager u.a.), München 1997, 3. Aufl. 2002; *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*. München 1998; *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945* (Hg. zus. mit F. Siering), München 2002; *Die Fernsehproduzenten. Rolle und Selbstverständnis* (Hg. zus. mit D. Anschlag), Konstanz 2003.

Hardt Hanno ist seit 1991 Professor der Kommunikationswissenschaften an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubljana, Slowenien. Er war von 1968 bis 2002 John F. Murray Professor am Institut für Journalismus und Massenkommunikation sowie Professor der Kommunikationswissenschaften an der Universität Iowa. Seine zahlreichen Publikationen sind in amerikanischen, britischen, deutschen und slowenischen Fachzeitschriften erschienen. Im kommenden Jahr wird sein Buch *Hegemony of Mass Communication. A Critical Reading* bei Blackwell, Oxford, erscheinen. Er ist Autor oder Herausgeber folgender Bücher: *Social Theories of the Press. Constituents of Communication Research, 1840s-1920s*. Revised and enlarged 1979 edition. Boulder, CO: Rowman & Littlefield 2001; *Tönnies On Public Opinion. Selections and Analyses*. (With Slavko Splichal). Boulder: Rowman & Littlefield 2000; *In the Company of Media. Cultural Constructions of Communica-*

tion, 1920s-1930s. Boulder: Westview Press 2000; *Picturing the Past. Media, History and Photography*. (with Bonnie Brennen), eds. Champaign: University of Illinois Press 1999; *NEWSWORKERS. Towards a History of the Rank and File*, (edited by Hanno Hardt and Bonnie Brennen) Minneapolis: University of Minnesota Press 1995; *Critical Communication Studies. Communication, History, and Theory in America*. London: Routledge 1992.

Hausjell Fritz, Ao.Univ.Prof. Dr., Jahrgang 1959; Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie Pädagogik an den Universitäten Salzburg und Wien; 1986 Vertragsassistent am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg; ab 1988 Vertragsassistent, ab 1994 Universitätsassistent, ab 2000 Assistenzprofessor am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; 2003 Habilitation. Herausgeber und Autor mehrerer Buchveröffentlichungen (*Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus*, 1989; *Die Vierte Macht*, 1991; *Journalisten für das Reich*, 1993; *Vertriebene Wahrheit*, 1995; *Journalismus als Kultur*, 1998) sowie Autor zahlreicher Aufsätze in wissenschaftlichen Sammelbänden und Fachzeitschriften, besonders zu den Bereichen Exiljournalismus, Medien- und Kommunikationspolitik des Nationalsozialismus, Journalismusentwicklung in der Zweiten Republik, Neonazismus und Rassismus im medialen Kontext, Behinderung und Medien sowie Fachgeschichte. Mitherausgeber und 1986 Mitbegründer der Fachzeitschrift *Medien & Zeit* sowie Mitherausgeber von *Rundfunk und Geschichte*.

Heinelt Peer, Jg. 1966, Dr. phil., Politologe, Studium an der FU Berlin, 1993 Diplom, 1995/96 Weiterbildung zum PR-Berater (DAPR), verschiedene Tätigkeiten in den Bereichen Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit, 2000-2002 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, März 2003 Promotion an der Philipps-Universität Marburg, im Sommersemester 2003 dort Lehrbeauftragter des Instituts für Politikwissenschaft (Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie) zum Thema «Propaganda, Public Relations und Politik». Die Dissertation ist Anfang 2003 erschienen unter dem Titel: «PR-Päpste». *Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger*. (Rosa-Luxemburg-Stiftung Manuskripte 37). Karl Dietz Verlag: Berlin 2003.

Koszyk Kurt, geboren 1929 in Dortmund, Dr. phil. 1953 in München, 1950-57 journalistische Tätigkeiten und Ausbildung zum Redakteur, 1957-77 Leiter des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, 1964/65 Lehrauftrag für Publizistik an der FU Berlin, 1965-69 Ruhr-Universität Bochum, 1968 Habilitation für Publizistik an der FU Berlin, 1969-74 Professor an der Ruhr-Universität Bochum, 1975-80 Vorsitz der Planungskommission für den Studiengang Journalistik, der in Dortmund eingerichtet wurde; dort 1977-91 Professor, seither emeritiert, 1984 Ruf an die Ludwig-Maximilians-Universität München abgelehnt, dort 1984/85 Lehrauftrag. Publikationen (neben Aufsätzen): *Zwischen Kaiserreich und Diktatur* (1958); *Deutsche Pressegeschichte Bd. II bis IV* (1966-1986); *Gustav Stresemann* (1989); *Publizistik und politisches Engagement* (1999).

Kutsch Arnulf, Prof. Dr. phil., geboren 1949; Studium der Publizistik, Geschichte, Germanistik und Soziologie an der Universität Münster; 1993 Habilitation an der Universität Münster, seit 1993 Inhaber des Lehrstuhls für Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft der Universität Leipzig; Hauptarbeitsgebiete: Medienforschung, Kommunikationsgeschichte, Fachgeschichte; Mitherausgeber der Fachzeitschrift *Publizistik. Vierteljahrshefte für Kommunikationsforschung* und des *Jahrbuchs für Kommunikationsgeschichte*.

Langenbacher Wolfgang R., geboren 1938, o. Univ. Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Promotion 1963 und Habilitation 1973 in München. 1975 bis 1983 an der Universität München, seit Sommer 1984 an der Universität Wien. Seit

1972 Mitherausgeber der Zeitschrift *Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung*. Schriftenverzeichnis: Walter Hömberg: *Auswahlbibliographie 1964-88*. In: *Publizistik* 33 (1988), H. 1, 127-136). Bibliographie 1964-1998 in: Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell, Arnulf Kutsch, Irene Neverla (Hg.): *Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Festschrift anlässlich des 60. Geburtstages*. Wiesbaden 1998, 271-295. Neuere Veröffentlichung: *Rundfunk und Gesellschaft*. In: Dietrich Schwarzkopf (Hg.): *Rundfunkpolitik in Deutschland. Wettbewerb und Öffentlichkeit*. München 1999 (=dtv 30714), Bd. 1, 149-315; *Wahrgenommene Bilder: Fernsehnachrichten, World Wide Web und die Europäische Kommunikationsunion*. In: Peter Ludes: *Multimedia und Multi-Moderne: Schlüsselbilder*. Wiesbaden 2001, 17-35.

Meier Peter, Lic.phil., geboren 1965, Historiker und Medienwissenschaftler. Seit 1998 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medienwissenschaft der Universität Bern verantwortlich für verschiedene Forschungsprojekte («Der Mediendiskurs über die Schweiz zur Nazizeit»; «Die Rolle der Ringier-Zeitschriften in den Krisen- und Kriegsjahren 1933-45»; «Unternehmensgeschichte des Ringier-Konzerns 1833-2003»), zuvor Journalist (1991-98). Laufende Dissertation zum Thema «Nachrichtengagenturen und Nachrichtenpolitik in der Schweiz der Krisen- und Kriegsjahre 1933-45». Forschungsschwerpunkte: Medien- und Kommunikationsgeschichte, politische Kommunikation, Zweiter Weltkrieg, Unternehmensgeschichte. Jüngste Publikationen: Peter Meier/Nicole Gysin: *Vom heimischen Herd an die politische Front. Medienhistorische Untersuchung der Rolle der Ringier-Zeitschriften in den Krisen- und Kriegsjahren 1933-1945*. Bern 2003; Peter Meier/Nicole Gysin: *Hitler als Tierfreund. Ringier und der Schatten des Zweiten Weltkriegs*. In: *Klartext* 4/August 2001. Peter Meier: *Umkämpfte Geschichte – der «neue» Mediendiskurs über die Rolle der Schweiz während der Nazizeit als Folge der Debatte über die nachrichtenlosen Vermögen. Synthesericht im Rahmen des NFP 42 Aussenpolitik*. Bern 2000.

Pöttker Horst, Dr. phil.-hist., geboren 1944, Professor für Theorie und Praxis des Journalismus an der Universität Dortmund, Schwerpunkt: Gesellschaftliche und historische Grundlagen des Journalismus. Studium der Soziologie, Philosophie und deutschen Philologie in Hamburg, Zürich, Kiel und Basel; 1972 bis 1982 Zeitschriftenredakteur; 1982 bis 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Soziologie an der Universität-Gesamthochschule Siegen; 1985 bis 1996 verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *medium*; 1992 bis 1995 Gastprofessur für Kommunikationswissenschaft an der Universität Leipzig; 1995 Habilitation für Soziologie an der Universität-Gesamthochschule Siegen; 2001/02 Gastprofessur an der University of Iowa. Jüngere Veröffentlichungen: *Entfremdung und Illusion. Soziales Handeln in der Moderne*. Tübingen 1997; Hg. (mit Arnulf Kutsch): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*. (=Publizistik Sonderheft 1). Opladen 1997; *Stilistik für Journalisten*. Wiesbaden 2000 (mit Josef Kurz, Daniel Müller, Joachim Pötschke); Hg.: *Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien*. Konstanz 2001.

Schütz Walter J., Dr. phil., geboren 1930 in Bochum; Studium der Publizistikwissenschaft, Geschichte und Geographie an den Universitäten Münster und München; 1953-60 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Universität Münster; 1956-93 Redakteur der *Publizistik*; 1960-95 im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, zuletzt als Ministerialrat Leiter des Medienreferates; 1963 Gründungsmitglied, 1968-70 Vorstandsmitglied, 1963-91 Schatzmeister der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft; seit 1995 Honorarprofessor am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik und Theater Hannover; 1993-97 Vorsitzender des Mikrofilmarchivs der deutschsprachigen Presse e.V.; seit 2003 Mitglied des Beirates der Kommission für historische Pressedokumentation der österreichischen Akademie der Wissenschaften; 1971-74

Mitglied des Sachverständigenausschusses für Fragen der Pressekonzentration beim Europarat in Strassburg. Veröffentlichungen (Auswahl) – Monographien: *Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Konstanz 1983; *Zeitungsatlas der Bundesrepublik Deutschland. Acht Blätter im Massstab 1:300.000*. (a) Stand: Juli 1976; (b) Stand: April 1989. Bonn; *Medienregion Stuttgart. Eine Bestandsaufnahme*. Konstanz 1993. Editionen: *Medienrecht. Lexikon für Wissenschaft und Praxis*. Neuwied 1977, 1990, 1994. (gern. m. Peter Schiwy); «*Publizistik*». *Wissenschaftliches Gesamtregister der Jahrgänge 1 (1956) bis 20 (1975)*. (gern. m. Franz Ronneberger); *Schriften der Deutschen Gesellschaft für COMNET*. Konstanz. 12 Bände 1982-1999. (gern. m. Otto B. Roegele); *Medienpolitik. Dokumentation der Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990*. Konstanz 1999.

Aufsätze u.a.: *Zeitungsprognosen und Zeitungsentwicklung – historisch und aktuell*. In: Otfried Jarren/Gerd G. Kopper/Gabriele Toepser-Ziegert (Hg.): *Zeitung – Medium mit Vergangenheit und Zukunft*. München 2000, S. 209-230; *Henk Prakke und die Gründung der «Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft»*. In: Joan Hemels/Arnulf Kutsch/Michael Schmolke (Hg.): *Entgrenzungen. Erinnerungen an Henk Prakke*. Assen 2000, S. 72-91; *Entwicklung der Tagespresse*. In: Jürgen Wilke (Hg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln 1999, S. 109-134; *Auflagendichte im deutschen Zeitungsmarkt*. In: BDZV (Hg.): *Zeitungen 2000*. Berlin 2000, S. 251-265.

Semrad Bernd, Mag., geb. 1976. Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Derzeit Doktoratsstudium. Seit 2002 Studienassistent und Projektmitarbeiter am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Wien. Forschungsschwerpunkte: Fachgeschichte, Geschichte und Theorie von Werbung und Propaganda, Geschichtsvermittlung. Vorstandsmitglied des «Arbeitskreises für Historische Kommunikationsforschung» (AHK) und Mitherausgeber der Fachzeitschrift *Medien & Zeit*.

Sösemann Bernd, Univ.-Prof. Dr. phil. (Göttingen 1977), Historiker, Inhaber des 1985 gegründeten Lehrstuhls für «Geschichte der öffentlichen Kommunikation» an der Freien Universität Berlin, Gründungs-Direktor des «Instituts für Kommunikationsgeschichte und angewandte Kulturwissenschaften», Wissenschaftlicher Leiter der «Arbeitsstelle für Kommunikationsgeschichte und interkulturelle Publizistik» und Hg. der Buchreihe «Beiträge zur Kommunikationsgeschichte» (Franz Steiner Verlag). Der Schwerpunkt von Lehre und Forschung liegt auf der neuzeitlichen Geschichte der öffentlichen Kommunikation, Propaganda und Meinungslenkung in Diktaturen des 20. Jh., Geschichte Preussens in der nachfriderizianischen Zeit, Geschichte des Liberalismus in Kaiserreich und Weimarer Republik, Editionswissenschaft. – Zuletzt erschienen eine Biographie Theodor Wolffs (2. Aufl. 2001), ein zweibändiges Werk zur Geschichte der Medien und öffentlichen Kommunikation in Preussen vom 16. bis zum 19./20. Jh. (mit Albrecht Hoppe), der Sammelband *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick* (2002) sowie Untersuchungen zur NS-Propaganda und den täglichen Notaten von Joseph Goebbels (2003).

Stöber Rudolf, * 1959, Studium der Geschichte und Publizistik an der Universität Göttingen. Promotion 1990, Heinz-Maier-Leibnitz-Preis 1991, Habilitation 1996. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, der Universität Lüneburg und der Universität Leipzig. Lehrstuhlvertretungen und Gastprofessuren an der TU Dresden, der Universität Zürich und der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Seit Sommersemester 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Monografien: *Pressefreiheit und Verbandsinteresse* (1992); *Geschichte* (1996); *Die erfolgsverführte Nation* (1998); *Deutsche Pressegeschichte* (2000); *Mediengeschichte. Die Evolution neuer Medien von Gutenberg bis Gates* (2003); Mitherausgeber des *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte*.

Kommunikation.Zeit.Raum

hrsg. von Wolfgang Duchkowitsch
und Fritz Hausjell (Universität Wien)

Thomas Cudlik

Mise en Scène der Wirklichkeit

Der Literaturjournalist Tom Wolfe
und seine fiktionale Wirklichkeit.

Eine Morphologie

Der US-Autor Tom Wolfe nimmt seit über
vier Jahrzehnten einen Sonderrang als stil-
bildender Literarjournalist (*The Electric Kool-
Aid Acid Test*, *Radical Chic*) und journalisti-
scher Literat (*Fegefeuer der Eitelkeiten*) ein.
Dieser Band legt nun erstmals eine tatsäch-
lich umfassende Darstellung, Analyse, In-
terpretation und Verortung von Autor und
Werk vor:

In facettenreicher Annäherung – aus kom-
munikationswissenschaftlicher, soziologi-
scher und philosophischer Perspektive –
wird Wolfe als «Kurator einer Inszenie-
rungsgesellschaft», sein Werk als ebenso an-
spruchsvolle wie real aussagekräftige
literarjournalistische Inszenierung dieser
Gesellschaft kenntlich. Mit seiner theore-
tisch weit gefassten Kontextualisierung geht
dieses Buch zugleich über seinen Protago-
nisten hinaus und führt paradigmatisch vor,
in welcher Weise Journalismus als genuine
Kulturleistung anzuerkennen ist.

Bd. 2, Frühjahr 2005, ca. 300 S., ca. 19,90€, br., ISBN 3-8258-7474-5

Wolfgang Duchkowitsch Medien zwischen Missbrauch und Orientierung in vier Jahrhunderten

22 Texte zur österreichischen
Kommunikationsgeschichte

Die Beiträge entstanden im Laufe meiner
Lehr- und Forschungstätigkeit am Institut für
Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
der Universität Wien. Der älteste Beitrag
stammt aus 1983, der jüngste aus 2003. Die
Bandbreite reicht von «Neuen Zeitungen» bis
zu Fernsehen und Video. Der inhaltliche
Bogen erfasst Rahmenbedingungen der Medi-
enproduktion, öffentliche und veröffentlichte
Interessenswahrnehmungen (staatlich, poli-
tisch, kulturell, religiös, ökonomisch, sprach-
lich, im Widerschein und Vollzug von Repres-
sion und Deformation, Opposition und Ge-
meinwohl sowie neuer journalistischer Quali-
tät), Phänomene der Medienrezeption, weiters
methodische und theoretische Problemfelder
der Medien- und Kommunikationsgeschichte
sowie Bestandsaufnahmen zur Vorgeschichte
der Kommunikationswissenschaft in Öster-
reich.

Bd. 3, Frühjahr 2005, ca. 300 S., ca. 19,90 €, br., ISBN 3-8258-7475-3

Fritz Hausjell

Journalisten für das Reich

Der «Reichsverband der deutschen
Presse» in Österreich 1938-45

Bd. 4, 2. Aufl. Frühjahr 2005, ca. 304 S.,
ca. 24,90 €, br., ISBN 3-8258-7753-1

LIT Verlag Münster – Berlin – Hamburg – London – Wien

Grevener Str./Fresnostr. 2 48159 Münster

Tel.: 0251 - 62 032 22 – Fax: 0251 - 23 1972

e-Mail: vertrieb@lit-verlag.de – <http://www.lit-verlag.de>

Emigration – Exil – Kontinuität

Schriften zur zeitgeschichtlichen
Kultur- und Wissenschaftsforschung hrsg.
von Friedrich Stadler (Institut für Zeitge-
schichte der Universität Wien und Institut
Wiener Kreis)

Friedrich Stadler (Hg.)

Vertriebene Vernunft I

Emigration und Exil österreichischer
Wissenschaft 1930-1940

Seit 50 Jahren steht eine wissenschaftliche
Aufarbeitung der «intellektuellen Emigra-
tion» nach dem «Anschluss» Österreichs
aus. Die Chance einer «Wissenschaft von
der Emigration» liegt im fundierten Aus-
und Ansprechen wohlbehüteter Tabus und
latenter Gegensätze jenseits von persönli-
cher Schuldzuweisung und Denunziation.
Vertriebene Vernunft 1 reduziert die Vertrei-
bung und Vernichtung der Intellektuellen
nicht zu einem isolierten historischen Er-
eignis, sondern sucht das Verdrängte zum
spürbaren und warnenden Bestandteil un-
serer kollektiven Erinnerung zu machen.

Bd. 1, 2. Aufl. 2004, 584 S., 19,90 €, br., ISBN 3-8258-7372-2

Friedrich Stadler (Hg.)

Vertriebene Vernunft II

Emigration und Exil österreichischer
Wissenschaft 1930-1940

Dieser illustrierte Sammelband ist die Doku-
mentation über Emigration und Exil Tausender
österreichischer Wissenschaftler/innen in der
Epoche der Faschismen. Der Band vereint Bei-
träge der einschlägigen Exilforschung mit
den autobiographischen Berichten von heute
grossteils weltberühmten Frauen und Männern
der Verlust- und folgenreichen Wissenschafts-
emigration – als Zeitzeugen der Vertreibung
und Vernichtung der Intellektuellen. Der Unter-
gang und die Vertreibung der Vernunft durch
Austrofascismus und Nationalsozialismus aus
der Perspektive der wenigen noch lebenden
Betroffenen und der gegenwärtigen Exil- und
Emigrationsforschung werden eindrucksvoll
vermittelt.

Bd. 2, 2. Aufl. 2004, 1114 S., 29,90 €, br., ISBN 3-8258-7373-0

Friedrich Stadler (Hg.)

Kontinuität und Bruch 1938 –1945 –1955

Beiträge zur österreichischen Kultur-
und Wissenschaftsgeschichte

Am Beispiel der Wissenschaften
dokumentiert *Kontinuität und
Bruch* personelle, institutionelle
und intellektuelle Entwicklungen
jenseits gängiger Periodisierungen in
vergleichender Perspektive und kritischer
Absicht. Neben den bekannten ...

LIT Verlag Münster – Berlin – Hamburg – London – Wien
Greverer Str./Fresnostr. 2 48159 Münster

Tel.: 0251 - 62 032 22 – Fax: 0251 - 23 1972

e-Mail: vertrieb@lit-verlag.de – <http://www.lit-verlag.de>

... Zäsuren von 1938, 1945 und 1955 ergeben sich damit auch bislang vernachlässigte Kontinuitäten von der Ersten zur Zweiten Republik mit den austrofaschistischen und nationalsozialistischen Herrschaftssystemen als antidemokratische Zwischenspiele.

Damit ergibt sich ein neues Bild «österreichischer Geistesgeschichte» vom Ende der Ersten Republik bis zur Phase des «Kalten Kriegs», welches gerade im Zusammenhang offizieller Jubiläumsveranstaltungen im Jahre 2005 (60 Jahre Zweite Republik und 50 Jahre Staatsvertrag) an Bedeutung gewinnt.
Bd.3, 2. Aufl. 2004, 416 S., 19,90€, br., ISBN 3-8258-7489-3

Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.)

Jahrbuch 2004

Schwerpunkt «Mauthausen».

Redaktion: Christine Schindler

Die Beiträge des Jahrbuchs 2004 beschäftigen sich schwerpunktmässig mit dem KZ Mauthausen und dessen Nebelagern. So wird u.a. das grosse Oral-History-Projekt, im Zuge dessen 840 Überlebende des KZ-Mauthausen in ganz Europa, Israel, Nord- und Südamerika interviewt wurden und das vom DÖW gemeinsam mit dem Institut für Konfliktforschung Wien unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Gerhard Botz (Institut für Zeitgeschichte Wien) durchgeführt wurde, dargestellt. Vermögensentzug in der NS-Zeit und Rückstellung und Entschädigung in Österreich nach 1945 sind weitere Themen.

2004, 208 S., 9,90 €, br., ISBN 3-8258-7580-6

Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten

Thomas Mang

«Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber»

Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens?

Bd. 1, 2003, 296 S., 19,90€, br., ISBN 3-8258-7258-0

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.)

Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart

Arbeiterbewegung – NS-Herrschaft – Rechtsextremismus. Ein Resümee aus Anlass des 60. Geburtstags von Wolfgang Neugebauer. Redaktion: Brigitte Bailer-Galanda, Christa Mehany, Christine Schindler.

Ein thematischer Bogen vom Februar 1934 über Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit bis zur Entnazifizierung. Die Beiträge des Sammelbands spiegeln die wesentlichen Forschungsfelder des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und seines langjährigen wissenschaftlichen Leiters Wolfgang Neugebauer wider.

Bd.4, 2004, 184 S., 19,90 €, br., ISBN 3-8258-8250-0

LIT verlag Münster – Berlin – Hamburg – London – Wien

Grevener Str./Fresnostr. 2 48159 Münster
Tel. : 0251 – 62 032 22 – Fax : 0251 – 23 1972

e-Mail: vertrieb@lit-verlag.de - <http://www.lit-verlag.de>